R G B WH GR BL
Grey Scale #13
C M Y K
Part Code
ST1316
DANES PICTA .COM
A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19
Colour Chart #13
Blue
Cyan
Green
Yellow
Red
Magenta
White
3/Color
Black
Inches
Centimetres

Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik 1871—1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Diese mit dem Reichsadler versehene Sonderausgabe wird ausschließlich für die VERTRIEBSSTELLE FÜR NATIONALE LITERATUR in München hergestellt und allein von ihr in ihren eigenen Originaleinbänden vertrieben. Durch den Buchhandel ist diese Ausgabe nicht zu beziehen.

Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik 1871-1914

Unveröffentlichte diplomatische Dokumente

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Oberst Bernhard Schwertfeger

unter Mitwirkung von **Prof. Dr. Alfred Doren**
und **Dr. Wilhelm Köhler**

Nebst zwei Ergänzungsbänden

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Dritter und Vierter Band

1908—1911

Die Bosnische Krise / Agadir Die albanischen Wirren

*

1912—1914

Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen

Mit je einem Faksimile

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

94/99 L. 327

2.4736/2

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Pedag. - Wych.
L. inw. 1114

Dritter Band:

1908—1911

Die Bosnische Krise
Agadir
Die albanischen Wirren

Bearbeitet von

Alfred Doren

VORWORT

Bei der Durchsicht der Aktenbestände des belgischen Ministeriums des Äußern zu Brüssel wurde seinerzeit unter der Bezeichnung P 6016 eine große Anzahl mechanisch vervielfältigter Berichte aus den Jahren 1897 bis 1914 aufgefunden, deren sich die belgische Regierung bedient hatte, um ihre diplomatischen Vertreter im Auslande wechselseitig über die Berichterstattung ihrer Kollegen auf den anderen Gesandtschaftsposten zu unterrichten. Aktenmäßig bezeichnete das belgische Ministerium des Äußern diesen Schriftverkehr als „correspondance politique". Er verdankte seine Entstehung dem Generaldirektor Arendt, der 1897 die politische Abteilung des belgischen Außenministeriums leitete. Einem Schreiben vom 17. März 1897 an den Minister, dem gegenüber er die Notwendigkeit der Versendung eines Zirkulars begründen mußte, entnehmen wir die Grundsätze, nach denen die Auswahl der „circulaires" oder „extraits" erfolgte.

„Ich möchte", heißt es dort, „die Gelegenheit benutzen, Ihnen, Herr Minister, die Grundsätze darzulegen, nach denen ich bei der Herstellung der politischen Korrespondenz zu verfahren mich bemühe.

1. Auszuschließen sind tatsächliche Neuigkeiten in eigentlichem Sinne. Der Telegraph unterrichtet darüber jedermann.

2. Was uns unmittelbar angeht, sind die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit. Der Friede Europas hängt davon ab. Das studiere ich in den Depeschen ganz besonders.

3. Unsere Vertreter auf Posten zweiten Ranges, Belgrad, Bukarest, Athen, geben uns sonst nicht veröffentlichte und

wenig bekannte Auskünfte, die an Ort und Stelle geschöpft sind, einen tatsächlichen Wert besitzen, und die unsere Gesandten mit großer Freude aufnehmen. Aber ich bestrebe mich, nur Dinge zu schreiben, die ein dauerndes Interesse im Verlauf der Ereignisse behaupten. Auf diese Auswahl richte ich meine ganze Aufmerksamkeit."

Die Art der Bearbeitung der Zirkulare war nicht immer gleichmäßig. Anfangs wurden nur wenige Berichte zu Zirkularen verwendet, häufig auch mehrere Berichte verschiedener Herkunft zu einem Gesamtüberblick über eine bestimmte Frage vereinigt. Bald darauf wird das Verfahren bevorzugt, einen, mitunter auch mehrere Berichte desselben Gesandten als Grundlage für ein Zirkular zu nehmen. Während anfangs die verschiedenen, zu einer Mitteilung zusammengefaßten Berichte gelegentlich nicht unerheblich umgeändert wurden, zeigt sich nun das Bestreben, den ausgewählten Bericht möglichst unverändert zu lassen. Kürze wird vor allem angestrebt, alles Entbehrliche fortgelassen und alles unterdrückt, was durch seinen vertraulichen Charakter zur Weitergabe nicht geeignet erscheint. Wo der Originalbericht die Quelle für eine vertrauliche Mitteilung nennt, wird ein allgemeiner, unverfänglicher Ausdruck dafür eingesetzt. Aus den Zirkularen verschwindet ferner alles, was man im Brüsseler Ministerium als eine rein persönliche Meinungsäußerung des berichtenden Gesandten über Personen und Dinge, oder was man als von anderer Seite nicht genügend bestätigt ansah. Die Zirkulare wachsen in ihrer Bedeutung dadurch wesentlich über den Wert der Originalberichte hinaus, zumal da das belgische Ministerium häufig in Einzelfällen erwog, ob die von seinen Gesandten mitgeteilte Beurteilung politischer Vorgänge auch als objektiv genug gelten konnte, um zu einem Zirkular verwendet zu werden. So war beispielsweise Ende November 1908 nach einem Gesandtschaftsbericht aus Rom vom 20. November, der eine scharfe Kritik der Ährenthalschen Politik enthielt, ein Zirkularentwurf hergestellt worden. Arendt verhinderte am 27. November die Vervielfältigung dieses Zirkulars mit der an den Bearbeiter gerichteten Bemerkung: „Der Ton dieses Berichts, der eine nicht objektive Würdigung darstellt,

scheint mir für eine Mitteilung an unsere Gesandtschaften nicht geeignet, obwohl Sie die Stellen ausgesucht haben, die unter diesem Gesichtspunkt am wenigsten zur Kritik herausfordern."

Die somit von größter Vorsicht bestimmten Grundsätze der Bearbeitung verleihen diesem amtlichen politischen Schriftwechsel zwischen dem belgischen Ministerium des Äußern und seinen Gesandtschaften einen besonderen Wert. Natürlich wurden manche wertvollen Bemerkungen der Originalberichte durch eine derartige Überarbeitung verwischt, das Anekdotische tritt in den Hintergrund, temperamentvolle, subjektive Urteile verschwinden oder werden wesentlich gemildert. Der hierdurch entstehende Verlust wird aber überreichlich ausgeglichen durch den Gewinn an objektiver Zuverlässigkeit und vor allem dadurch, daß die Zirkulare in der vorliegenden Form von den für die Außenpolitik verantwortlichen amtlichen Stellen sozusagen dienstlich abgestempelt wurden. Betrachten wir die Zirkulare in ihrer Gesamtheit, so ergeben sie ein deutliches Bild davon, wie ein zu neutraler unparteiischer Stellungnahme verpflichtetes Ministerium die politischen Ereignisse der letzten 18 Jahre vor dem Beginn des Weltkrieges aufgefaßt, und in welchem Lichte es sie seinen Vertretern im Auslande dargestellt hat. Sie zeigen, daß Deutschland während dieses ganzen Zeitraums von belgischer Seite — und die Diplomaten des kleinen Landes waren im allgemeinen gut unterrichtet — niemals als Störenfried des europäischen Friedens angesehen worden ist. Vielmehr erscheint in ihnen der Weltkrieg als ein unabwendbares Verhängnis, dem selbst die Friedensliebe des deutschen Kaisers einen hinreichend festen Damm nicht entgegenzusetzen vermag.

Die Veröffentlichung der vorliegenden, nahezu 18 Jahre umfassenden Zirkulare bildet nach mehreren Richtungen hin eine unparteiische Ergänzung der im Jahre 1915 vom Auswärtigen Amt in Berlin herausgegebenen „Belgischen Aktenstücke 1905—1914"[1]). Diese beschränkten sich auf im ganzen 119 nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte und nur von den

[1]) In französischer Ausgabe unter dem Titel „Documents Diplomatiques 1905—1914" erschienen.

Gesandtschaften in Berlin, London und Paris erstattete Originalberichte. Die Zirkulare hingegen umfassen sämtliche Gesandtschaften und auch den Zeitraum von 1897 bis 1904; sie schaffen dadurch eine breitere Grundlage für die Beurteilung der politischen Vorgänge, die zum Weltkriege hingeführt haben.

Für die hier vorliegende Herausgabe der Zirkulare sind nur solche Stücke ausgewählt worden, die Deutschlands Stellung inmitten der europäischen Politik kennzeichnen. Die Auswahl selbst ist ohne jede Tendenz erfolgt. Als Hauptgrundsatz ist dabei festgehalten worden, überall möglichst nur die Sprache der Dokumente zu Worte kommen zu lassen. Die geschichtlichen Einleitungen in deutscher Sprache, die vorausgeschickt werden, stellen nur eine Zusammenfassung des wesentlichsten Inhalts der Zirkulare dar, wobei auf eine möglichst wortgetreue Verdeutschung der zitierten Stellen Wert gelegt wurde. Herausgeber und Bearbeiter haben hierbei strengste Objektivität angestrebt und jeder Versuchung widerstanden, den belgischen Dokumenten etwa eine nicht in den Stücken selbst enthaltene deutsch-freundliche Auslegung zu geben.

Die Zirkulare selbst sind nach den vorliegenden Originalstücken, die in Brüssel als Makulatur aufgefunden wurden, ohne irgendwelche Abänderungen oder Überarbeitungen wörtlich zum Abdruck gebracht. Nur gelegentlich, wo es wichtig erschien, sind seinerzeit die Originalberichte, nach denen die Zirkulare hergestellt waren, zum Vergleich herangezogen worden.

Die Beigabe einer deutschen Übersetzung schien entbehrlich, da ohnehin die weitere Auswertung der mitgeteilten inhalts- und bedeutungsreichen Schriftstücke dem Publikum überlassen bleiben muß.

Berlin, den 5. November 1918.

Bernhard Schwertfeger

Die Zeitspanne von 1908—1911, die hier an der Hand der belgischen Zirkulare verfolgt werden soll, gewinnt ihren Charakter dadurch, daß neben den politischen Problemen des westlichen Mittelmeeres — der Marokkopolitik und dem Versuch der Absprengung Italiens vom Dreibund — die Grundfragen des östlichen Mittelmeerbeckens, die Gestaltung der Türkei und ihrer Randstaaten, für den Gesamtverlauf der europäischen Ereignisse von bestimmendem Einfluß werden. Die Balkanpolitik rückt damit in den Vordergrund des Interesses. Die belgische Regierung hält es für ihre Pflicht, ihre Gesandten über den Verlauf der Dinge im alten Wetterwinkel Europas dauernd auf dem laufenden zu halten; die für die Zirkulare verwendeten Berichte aus den kleinen Balkanhauptstädten übertreffen an Zahl und teilweise auch an Bedeutung die aus den großen europäischen Metropolen; letztere vor allem müssen sich gelegentlich von den vorsichtig wägenden Bearbeitern im belgischen Auswärtigen Amt starke Änderungen, Auslassungen, Umstellungen gefallen lassen, wenn man nicht vorzieht, sie wegen ihrer allzu temperamentvollen Form oder ihres nicht unbedenklichen Inhalts überhaupt nicht weiterzugeben.

Die Betrachtungen des zweiten Bandes dieser Serie hatten mit dem Hinweise darauf geschlossen, daß die europäische Gleichgewichtslage eine „höchst zweifelhafte geworden sei“[1]). Mit zäher Energie, durch gelegentliche Mißerfolge nicht abgeschreckt, ist auch in den folgenden Jahren der Herrscher Englands am Werke, das Netz, in das er die Mittelmächte und vor allem das Deutsche Reich einspannen will, immer dichter und fester zu gestalten. Ein Besuch des Kaisers Wilhelm

[1]) Zur europäischen Politik 1897—1914, Band 2 (Marokkokrisis — König Eduard VII.), S. 48.

Anl. 1. in London, im November 1907, hatte trotz aller äußeren Zeichen einer freundlichen Aufnahme doch das Mißtrauen der Engländer gegen die Berliner Regierung und „die ehrgeizigen Pläne des Admirals des Atlantischen Ozeans“ nicht zu bannen vermocht.

Das nach einem Bericht aus Tokio vom 7. Dezember 1907
Anl. 2. bearbeitete Zirkular vom 22. Januar 1908 leitet uns nunmehr zu den Orientfragen hinüber. —

Eine unmittelbare Verbindung mit dem nahen Orient durch Herstellung einer direkten Bahnlinie war angesichts der politischen Lage für Deutschland ein dringendes Lebensbedürfnis; für Österreich-Ungarn aber galt es damals zunächst, sich einen unmittelbaren Zugang zum östlichen Mittelmeerbecken durch den Ausbau der ihm im Berliner Vertrage von 1879 zugebilligten Sandschakbahn zu schaffen. Während die Regierungen von
Anl. 7. Österreich-Ungarn und der Türkei sich über deren Notwendigkeit und Nutzen einig sind, fehlt es selbst am Goldenen Horn nicht an gegnerischen Stimmen, die vor allem — wohl nicht ohne Übertreibung — auf die selbstverständliche Gegnerschaft Rußlands hinweisen. Rußland aber ist auf der Wacht;
Anl. 2; vgl. Anl. 107. nach dem völligen Fehlschlagen seiner Politik im fernen Orient, die Iswolski, der Minister des Äußeren, als Gesandter in Japan seinerzeit als um 50 Jahre verfrüht bezeichnet hatte, ist es nunmehr bereit, seine alten, niemals völlig begrabenen Pläne gegen die Türkei wieder aufzunehmen und seine panslawistischen Ideale der Verwirklichung zuzuführen. Es mag jetzt um so eher auf einen Erfolg hoffen, als das Haupthindernis auf diesem Wege, die Gegnerschaft Englands gegen die Öffnung der Dardanellen und einen Zusammenschluß der Balkanvölker unter russischer Führung, wenn nicht völlig beseitigt, so doch in seiner Bedeutung stark gemindert schien. — Für die englische Einkreisungspolitik zeigte sich offenbar hier ein Weg, Rußlands Interessen im nahen Orient für die eigenen Ziele einzuspannen und auszunutzen; ein Balkanbund unter Rußlands Schutz, die damit notwendig verbundene Schwächung der Türkei schien ein geeignetes Mittel, die Ausdehnung des Machtkreises der Mittelmächte nach Südosten zu verhindern und den letzten Ring in die einschnürende Kette einzufügen.

Diese Kette aber schien um die gleiche Zeit eben an der Stelle rissig werden zu sollen, wo sie der stärksten Belastungsprobe ausgesetzt war und sie bestehen mußte: an der Stelle des russisch-französischen Bündnisses. Ein Bericht aus Petersburg vom 6. Februar 1908 läßt uns erkennen, wie stark in weiten Anl. 6.
Kreisen Rußlands, vor allem bei den Konservativen, damals die Gegnerschaft gegen das Bündnis mit der Republik war, deren Leiter, Clémenceau, man ganz offen zum Vorwurf macht, daß er „Frankreich in seinem zynischen Verlangen, England zu gefallen, kompromittiere" und trotz seines Liebäugelns mit den russischen Radikalen an seiner Feindschaft gegen Rußland keinen Zweifel lasse. Die Gegensätze spitzen sich so zu, daß der französische Botschafter in Petersburg, Bompard, zumal er die Tendenzen des französischen Ministerpräsidenten ungeschickt und taktlos vertrat, von seinem Platze weichen muß. Die geschickte Wahl des Nachfolgers auf dem Petersburger Botschafterposten ließ dann allerdings den Zwischenfall ohne dauernde Folgen bleiben. — Die Festigkeit des Dreibunds dagegen erhält durch Anl. 12,
die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit König Viktor Emanuel 13.
in Venedig eine neue Bestätigung: vor aller Welt soll damit bezeugt werden, daß, wenn auch Italien die ihm seit einigen Jahren von allen Großmächten gemachten Avancen „mit einer gewissen Koketterie" entgegengenommen hat, es doch „die Bande, die es an die Mittelmächte knüpfen," trotz aller Seitensprünge „fest und unverändert erhalten will," daß alle Versuche König Eduards, Italien an Frankreich-England anzunähern und es womöglich vom Dreibund abzusplittern, vergeblich waren, daß dieser allein imstande ist, Italiens Bestand wie einst gegen Frankreich, so jetzt gegen etwaige Angriffsgelüste Österreichs selbst zu schützen, und daß er auch heute noch „die nötige Macht hat, wie in der Vergangenheit Angelpunkt aller politischen Kombinationen zu sein, die sich in Europa bilden". —

Diese vor aller Welt zur Schau getragene Festigkeit des Dreibunds praktisch zu erproben, boten die Probleme des nahen Orients gerade damals mannigfache Gelegenheit. Die mazedonische Frage — die Befriedung der buntgemischten, in inneren Kämpfen sich zerfleischenden christlich-mazedonischen

Bevölkerung und die Sicherung ihrer Interessen gegenüber der türkischen Herrschaft — wird vor allem von England mit wachsamem Auge verfolgt. Indem es die Unterstellung der mazedonischen Bevölkerung unter einen christlichen Gouverneur als Lösung vorschlägt — ein Vorschlag, der nicht nur bei Italien, sondern auch bei Österreich-Ungarn, Rußland und Deutschland Widerstand findet — weiß es in seiner bekannten Art, wie ein Bericht
Anl. 8. aus Sofia vom 7. März es darstellt, nach der Ansicht amtlicher Kreise seine realpolitischen Absichten mit einem sentimentalhumanitären Mäntelchen geschickt zu verkleiden. In Wahrheit will es damit den österreichischen Plänen auf Verwirklichung des Sandschakbahnprojekts einen Riegel vorschieben, um eine Ausdehnung der österreichischen Interessensphäre bis nach Saloniki zu verhindern; es sucht zugleich Deutschland, das aus sachlichen Gründen — mangelnder Berücksichtigung der religiösen Interessen der muselmanischen Bevölkerung — gegen den
Anl. 9. Plan ist, zu verdächtigen und ihm hier, wie bei seiner Stellung zum Sandschakbahnprojekt, fälschlicherweise egoistische Motive
Anl. 10. unterzuschieben. In Petersburg ist man allerdings der Ansicht, daß ohne eine vorhergehende Verständigung zwischen Aehrenthal und Iswolski das österreichische Projekt nie hätte Wirklichkeit werden können, daß Aehrenthal dann aber seinen Gegenspieler durch ein in der öffentlichen Meinung Rußlands scharf kritisiertes Doppelspiel überrumpelt habe. Iswolski, so sagt man, habe sich durch die seiner aristokratischen und damit antirepublikanischen Gesinnung gemachten Zugeständnisse von seinem geriebenen Kollegen einfangen lassen. In Wahrheit bedeute das Bahnprojekt das Wiederaufleben des seit der Mürzsteger Konvention von 1903 mühsam überkleisterten russisch-österreichischen Gegensatzes im Orient; England, das Rußland durch die Übereinkunft über Zentralasien ein Pfand für seine versöhnliche Gesinnung gegeben habe, wird dabei seinen Vorteil finden, um dann mit um so größerem Erfolge gegen den von Deutschland und Österreich-Ungarn am Goldenen Horn erworbenen Einfluß anzukämpfen.

Die Verdächtigung, als ob die Berliner Regierung das österreichische Vorgehen veranlaßt habe, wird vom deutschen

Staatssekretär des Auswärtigen mit aller Energie zurück- Anl. 9.
gewiesen; man sei im Gegenteil dadurch ziemlich beunruhigt gewesen, weil man davon, auch bei günstigem Ausgange, eine Trübung der seit zehn Jahren herrschenden Harmonie befürchte; die Bahn vom Balkan zur Adria sei kein genügender Ausgleich für diese „nicht unerwartete, aber sehr unbequeme Konkurrenz". Andererseits begegnet der mazedonische Reformplan Englands Anl. 11.
wegen der durchsichtigen Tendenz, Bulgarien zu begünstigen und an sich heranzuziehen, starkem Mißtrauen auf Seiten Griechenlands, wo infolgedessen eine deutschfreundliche Stimmung Boden gewinnt, da Deutschland im Orient nur seine wirtschaftlichen Interessen verfechte und weder „des Slawismus noch des Bulgarismus angeklagt werden könne". Italien endlich — so wird aus Rom berichtet — ist mit Österreichs Vorgehen Anl. 12.
unter der Bedingung einverstanden, daß ihm selbst keine Schwierigkeiten für eine friedliche Durchdringung des Balkans gemacht werden; Englands Vorschlag wegen Mazedonien findet dagegen nicht die Billigung des römischen Kabinetts. —

Für die weitere Gestaltung der Dinge wird die Entwicklung in Serbien entscheidend. Durch das österreichische Bahnprojekt herausgefordert, in seiner wirtschaftlichen, zum Meer drängenden Entwicklung behindert, gibt man sich nicht nur im eigenen Lande, sondern auch in den von Serben bewohnten Gebieten Österreich-Ungarns einer revolutionären Propaganda Anl. 14.
hin, die unter kluger Benutzung der vorhandenen Unzufriedenheit mit der österreichischen Verwaltung zu einer Gefahr für den Bestand des österreichischen Staates werden kann. Man ist in Pest, wie ein Artikel des offiziösen Pester Lloyd beweist, der Überzeugung, daß die Fäden dieser wühlerischen Propaganda im serbischen Ministerium des Äußeren zusammenlaufen und daß man dort auf einen allgemeinen Aufstand hinarbeitet. Bei aller Berücksichtigung einer gewissen tendenziösen Übertreibung in der Darstellung des ungarischen Blattes ist der belgische Gesandte in Belgrad doch nicht geneigt, den beruhigenden Versicherungen des serbischen Außenministers ohne weiteres Glauben zu schenken. „Es fällt schwer" — fügt er hinzu — „anzunehmen, daß einem serbischen Ministerium

in der Praxis die Geschicke von Landstrichen gleichgültig sein sollten, die von Bevölkerungen gleichen Blutes bewohnt sind, und wo seit einiger Zeit die Rufe: ‚Es lebe König Peter, es lebe Serbien', immer häufiger werden."

Auf russische Hilfe allerdings wird man damals in Serbien kaum mit Sicherheit haben zählen können. Rußland ist nach
Anl. 16, 18. der Darstellung des belgischen Gesandten in Petersburg seit der Zusammenkunft Eduards VII. mit dem Zaren in Reval (9. Juni) fester als bisher an Englands Interesse gekettet; für Persien und Mazedonien wird ein gemeinsames Vorgehen verabredet; die letzten Reste der früheren Englandfeindschaft in der russischen Gesellschaft und der offiziellen Welt sind damit beseitigt; Konservative und Liberale begrüßen von verschiedenen Gesichtspunkten aus diese der Geschicklichkeit Eduards VII. zu verdankende Wendung der Dinge mit gleicher Freude. Eine von manchen Zeitungen vermutete förmliche Allianz wird allerdings halbamtlich in Abrede gestellt und die deutschfeindliche Sprache mancher Organe der öffentlichen Meinung zurückgewiesen. — England aber begünstigt auch weiterhin im Orient nicht Serbien, sondern Bulgarien als den stärksten und innerlich festesten der Balkanstaaten: nicht nur, daß das englische Balkankomitee ganz offen in ausschließlich bulgarischem Interesse Propaganda treibt, auch das englische
Anl. 17. Kabinett selbst, „dessen gegenwärtige Hauptsorge" — wie ein Bericht vom 12. Juni aus Belgrad (Zirkular vom 6. Juli) meldet — „es zu sein scheint, dem österreichisch-deutschen Einfluß im Orient den Weg zu versperren", läßt ihm eine gewisse Ermutigung zu teil werden; der Hilfe Rußlands, dem sie ihre Befreiung verdanken, glauben die Bulgaren ebenfalls im Notfall sicher zu sein.

Ehe indes jene Pläne Englands praktische Gestalt annehmen, ehe die serbische Propaganda in Österreich-Ungarn verhängnisvolle Wirkungen haben kann und um vor allem diese Wirkungen von vornherein zu unterbinden, erfolgt von österreichischer Seite am 5. Oktober 1908 jener Schlag, der in den belgischen
Anl. 35, 48. Berichten später wiederholt als ein „Theatercoup" bezeichnet wird und dessen Folgen von dem führenden österreichischen

Staatsmann Graf Aehrenthal wohl kaum in ihrer ganzen Schwere vorhergesehen waren: die staatsrechtliche Eingliederung Bosniens und der Herzegovina in die Doppelmonarchie. — Auch dieser Schritt geschieht, wie spätere Berichte melden, ohne daß Deutschland vorher verständigt wurde; dagegen wird in zwei anderen Berichten des Jahres 1909, einem Wiener vom 9. Januar und einem Petersburger vom 20. August, rückschauend ausdrücklich betont, daß Graf Aehrenthal damals im Einverständnis mit Iswolski vorgegangen sei, dem auf der Besprechung zu Buchlau Aehrenthal die Öffnung der Dardanellen als Gegengabe für die Annexion der serbischen Provinzen in nahe Aussicht gestellt und damit — wie sich bald zeigte — trügerische Hoffnungen erweckt habe. Ein rückschauender Pariser Bericht vom 5. April 1909 stellt Aehrenthal das rühmliche Zeugnis aus, daß jener Schlag gelungen sei, weil er mit einer außergewöhnlichen Kenntnis der Kräfte und der Stimmungen in den verschiedenen Ländern, deren Widerstand man voraussehen konnte, geführt worden sei.

Anl. 31. 66, 84. Anl. 36, 78. Anl. 58.

War dem wirklich so, oder urteilte der belgische Diplomat in Paris nur aus den bis dahin — April 1909 — erreichten Erfolgen, ohne die tieferen Zusammenhänge von Ursache und Wirkung zu erkennen? — Die belgischen Berichte und die aus ihnen zusammengestellten Zirkulare lassen die Wege der großen Politik, die Entwicklung der Beziehungen der großen Mächte zu einander während dieses Sommers der politischen Begegnungen mit aller Deutlichkeit erkennen. Eine angeblich sehr kriegerisch gefärbte Rede des deutschen Kaisers in Döberitz, im Auslande viel beachtet, wird in Berlin amtlich weder bestätigt noch abgeleugnet; wohl aber wird von offiziöser Seite darauf hingewiesen, daß Deutschland zwar der Entwicklung der Dinge in Mazedonien wie in Marokko mit sicherer Ruhe entgegensieht und sich so lange beobachtend verhalten wird, wie das europäische Konzert nicht gestört wird; daß es zwar nirgends die Initiative ergreifen wird, „daß es aber nicht die Absicht hat, sich — wie einzelne Zeitungen behaupten — in einen Zustand versetzen zu lassen, in dem es nicht mehr fähig

Anl. 15.

ist, irgend jemandem wehe zu tun". Noch schärfer tritt kurz darauf ein von den meisten deutschen Zeitungen gebilligter
Anl. 19. Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen" den systematischen Versuchen entgegen, Deutschland fälschlich die Aufrührung aller der Fragen, die damals die Welt bewegten, in die Schuhe zu schieben. Regierung und Presse — so fügt Greindl hinzu — hätten in gleicher Weise das Gefühl für die durch König Eduards Politik heraufbeschworene Minderung der Sicherheit Europas; man glaube an geheime Manöver gegen Deutschland und wolle zum Ausdruck bringen, daß das deutsche Volk zwar den Frieden, aber nicht den Frieden um jeden Preis wünsche. —

Unterdessen aber sehen wir auch während dieses Sommers König Eduard weiter fleißig am Werke. Auf die Zusammenkunft des englischen Königs mit dem russischen Zaren in Reval, die, wie wir schon sahen, in Rußland von links und rechts mit Begeisterung begrüßt worden war und alle noch vorhandenen Reibungsflächen zwischen den beiden Großmächten zu beseitigen versprach, war am 27. August die Begegnung des Russenherrschers mit dem französischen Präsidenten am gleichen Ort gefolgt, die allerdings weit weniger Enthusiasmus ausgelöst hatte. Auf der Reise nach Rußland hatte der Präsident Fallières an den Höfen von Kopenhagen,
Anl. 21; vgl. Anl. 47. Stockholm und Christiania Station gemacht; in Kopenhagen allerdings hat die dänische Presse auf den Appell an die gemeinsame Gegnerschaft gegen einen angeblich eroberungsgierigen Nachbarn und auf den Versuch, Dänemark an den neuen Dreiverband England-Frankreich-Rußland zu ketten, mit klugem
Anl. 20. Schweigen geantwortet. Ein Pariser Bericht vom 20. Juli 1908[1]) (Zirkular vom 17. August) betont den politischen Charakter dieser Besuche an den nordischen Höfen. Frankreich segle dabei ganz im englischen Fahrwasser; handle es sich auch für den Augenblick nicht um eine neue Tripelallianz, so gelte es zum mindesten, „eine zu enge Gruppierung dieser Länder unter deutscher Führung zu verhindern". Die friedlichen Versicherungen des Ministers Pichon können bei dem belgischen Gesandten nicht den Zweifel bannen, ob Frankreich, im Schlepp-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 51, S. 61.

tau Englands, immer der Ereignisse Herr bleiben und es werde vermeiden können, daß gefährliche Verstimmungen jenseits des Rheins entständen. —

Und wie hier die belgischen Gesandten sich durch den äußeren Schein und schöne friedliche Phrasen nicht bestechen lassen, so bewahrt Greindl seine kluge Skepsis auch gegenüber der allseitig mit großen Hoffnungen auf eine allgemeine Entspannung begrüßten Zusammenkunft König Eduards mit Kaiser Wilhelm in Kronberg (11. August 1908). Gewiß sei es wahr, Anl. 22.
daß mit der Lösung der mazedonischen Frage (durch die von den Jungtürken versprochenen Reformen) „der Hauptgrund des während des letzten Winters auf den europäischen Völkern lastenden Unbehagens und damit auch das Haupthindernis für eine englisch-deutsche Annäherung gefallen sei"; im übrigen blieben aber — trotz aller freundschaftlichen Besprechungen — die Antipathie König Eduards gegenüber dem Kaiser und die zahlreichen Ursachen der Rivalität zwischen beiden Völkern bestehen. Gerade der Orient böte zu wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mannigfachen Anlaß; für diese sei Deutschland, vor allem durch Baron Marschalls Anwesenheit am Bosporus, trefflich gerüstet; weil man das in London wisse, finde man es jetzt vielleicht vorteilhaft, sich mit Deutschland zu vertragen. Zwar bestände, wie man in Berlin wisse, keine englisch-französische Militärkonvention, aber der genaue Inhalt der Entente zwischen beiden Ländern sei unbekannt. — Den im ganzen negativen Ausgang der Kronberger Begegnung will ein nach zwei Wiener Berichten vom 30. August und 3. September zusammen- Anl. 23.
gestelltes Zirkular „auf Grund von Nachrichten aus guter Quelle" ausschließlich dem deutschen Kaiser in die Schuhe schieben, der sich geweigert habe, auf König Eduards Vorschlag einer wechselseitigen Rüstungsbeschränkung einzugehen. Eine Darstellung, deren objektiver Wert einigermaßen durch die Tatsache gemindert wird, daß der Gewährsmann des Wiener Gesandten, wie wir aus den im Zirkular ausgelassenen Eingangsworten des Originalberichtes entnehmen, von keinem Geringeren als dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Clémenceau selbst seine Informationen erhalten haben will!

Der letzte Besuch, den König Eduard im Sommer 1908 noch
Anl. 23. machte, der bei Kaiser Franz Joseph in Ischl (13. August), brachte die Dinge nicht weiter. Die Rechtfertigung der englischen Orientpolitik durch den englischen König wirkte offenbar nicht überzeugend; auf die Bitte, Kaiser Franz Joseph möge zwischen Berlin und London vermitteln, bat sich dieser Bedenkzeit aus; von der Wiederholung des Versuchs, den österreichischen Kaiser von seinem Bunde mit Deutschland abzuziehen, ist nicht die Rede. —

Wie wenig es jener Kronberger Zusammenkunft gelungen war, die zwischen dem Deutschen Reiche und Großbritannien bestehenden Schatten zu bannen, zeigt schon die ungeheure Aufregung, in die die Länder durch die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" vom 28. Oktober 1908 über eine Unterredung mit dem deutschen Kaiser versetzt wurden. Von mehreren mit diesem Zwischenfall sich beschäftigenden Berichten Greindls
Anl. 26. gibt die belgische Regierung den vom 14. November in ihrem Zirkular vom 21. November weiter. Der belgische Diplomat kennzeichnet darin die einstimmige Stellungnahme des Reichstags gegen die wiederholten verfassungswidrigen Eingriffe des Kaisers in den Gang der auswärtigen Politik, gegen die Unbesonnenheit seiner Ausdrucksweise und die ganze persönliche Politik, für die der Kanzler weiterhin einzutreten sich weigere. Über die Gleichgültigkeit des Kaisers gegenüber dieser tiefgehenden Erregung im Volke müsse man sich wohl wundern und zugleich sich die Frage vorlegen, ob der Kaiser, in seinem Selbstvertrauen trotz aller Mißerfolge ungebrochen, noch Wert auf die weitere Mitarbeit eines Kanzlers lege, dessen laue Verteidigung der kaiserlichen Politik im Reichstage eher einer Anklage geglichen habe. — Jedenfalls werde, wie immer die Krise ausgehe, das Prestige des Kaisers und Deutschlands Ansehen in der Welt einen Stoß erleiden; und dieser Ausgang sei um so bedauerlicher, als Europa Deutschland und seinem Kaiser 37 Jahre des Friedens verdanke. —
Anl. 29. Indem eben damals Äußerungen des Kaisers über die Zukunftsaufgaben der deutschen Flotte das in Japan seit Schimonoseki bestehende Mißtrauen gegen die deutsche Politik — trotz aller

beruhigenden Auslegungen des deutschen Gesandten — aufs neue entfachen, bringen sie einige, japanischen Würdenträgern vom Kaiser erwiesene Liebenswürdigkeiten um einen Teil ihrer Wirkung.

So viel geht aus allen belgischen Zirkularen, die von den Monarchenbegegnungen dieses Sommers berichten, mit aller Klarheit hervor: die treibende Kraft in der großen Politik ist England, ist der englische König. Von der Stellung der englischen Regierung hing es deshalb auch in erster Linie ab, ob der zunächst mit russischer Zustimmung unternommene Vorstoß Aehrenthals in der Angelegenheit der bosnisch-herzegowinischen Annexion zu dauernden Zuständen führen und ob die Lage im nahen Orient durch die erfolgte Störung des Status quo nicht in schwere Wirrnis geraten werde. Hier aber zeigte sich bald, daß England nicht gewillt war, von seinem Prinzip, Anl. 78.
die Öffnung der Dardanellen mit allen Mitteln zu verhindern, abzugehen. Indem somit der Leiter der österreichischen Politik verhindert wurde, Rußland zu dem als Gegengabe für seinen Staatsstreich zugesagten Preise zu verhelfen, mußte Iswolski sich schmählich betrogen glauben: eine maßlose persönliche Erbitterung gegen seinen Gegenspieler und gegen Österreich-Ungarn war die Folge, bildet, wie die Zirkulare deutlich er- Anl. 35,
kennen lassen, in den nächsten Jahren, ja bis zum Weltkriege, 59, 78.
einen bestimmenden Faktor in der russischen Politik und läßt sie in ihrer leidenschaftlichen Verranntheit unstet und unklar erscheinen. —

Die nächste Folge der Annexion Bosniens war die Selbstständigkeitserklärung Bulgariens und eine hierdurch noch gesteigerte erbitterte Wut des um die Verwirklichung seiner Pläne für alle Zeit betrogenen Serbiens, das nun mit erhöhter Spannung und verdoppelter Sehnsucht auf Rußland als die Vormacht des Slawentums blickt und nicht gewillt ist, Anl. 27.
sich um die Warnungen der Großmächte vor einer herausfordernden Haltung allzusehr zu kümmern; Rußland soll ihm durch sein Eingreifen gewähren, was es aus eigener Kraft zu erringen nicht mehr imstande ist. Und in der Tat macht sich nun die Kadettenpartei in Rußland zur Trägerin radikal- Anl. 25

panslawistischer Bestrebungen, unterstützt durch die Oktobristen und einen Teil der gemäßigten Rechten; darauf gestützt wagt man es in Serbien, falls die serbischen Forderungen nicht erfüllt würden, klipp und klar den Krieg zu predigen, den man auf russischer Seite allerdings wegen der inneren Zustände und mangelnder Bereitschaft des Heeres nicht unternehmen zu dürfen glaubt; die offiziellen Kreise, die es nicht wagen, die starke panslawistische Strömung direkt zu bekämpfen, müssen sich damit begnügen, ihr einen Dämpfer aufzusetzen. Die Reisen
Anl. 28. serbischer Staatsmänner an die europäischen Höfe bringen nirgends bestimmte Zusagen; trotzdem und trotz der Zurückhaltung des Königs und der Regierung gewinnt in weiten Kreisen des Volkes — bei den mittleren und niederen Schichten, weil sie wenig zu verlieren haben, bei den Intellektuellen, weil der großserbische Wahn sie gefangen hält, — der Gedanke der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Österreich immer mehr Raum; vielleicht hat schon damals die künstliche Erhitzung und Aufpeitschung der Volksleidenschaften, von der in meh-
Anl. 27, reren späteren Berichten die Rede ist, dabei eine verhängnis-
39, 54, 72. volle Rolle gespielt. Wir hören von Banden, die man zum Einfall in Bosnien bereit hält; kein Opfer dünkt dem kleinen Volke zu groß, wenn es gilt, sein Ziel zu erreichen.

Indem damit die Gefahr eines Krieges zwischen Serbien und Österreich langsam in unmittelbare Nähe gerückt und zugleich das Gespenst eines daraus entstehenden allgemeinen europäischen Brandes heraufbeschworen wird, gewinnt die Stellung der europäischen Großmächte zu den Balkanfragen in jener Zeit wiederum erhöhte Bedeutung. Die Zirkulare lassen keinen Zweifel, daß — bei aller vorsichtigen Verschleierung — Serbiens unerhört kühnes Vorgehen auch in den nächsten Monaten ohne die geheime und offene Unterstützung von russischer Seite nicht denkbar wäre. Die russische Regierung läßt es an Mahnungen zur Ruhe und Versicherungen ihrer Fried-
Anl. 27, fertigkeit gewiß nicht fehlen; aber es ist ihr nicht um Klärung,
48. sondern um Verdunkelung der Lage zu tun, damit Österreich sich aus seinen Schwierigkeiten nicht herausfinde. Die panslawistische Idee gewinnt immer weiteren Boden, und die

Regierung ist machtlos gegenüber der Gewalt ihres Vordringens. Darüber hinaus aber haben die belgischen Gesandten an den verschiedenen Höfen geradezu den Eindruck, daß die serbische Politik in Rußland gemacht werde und nicht ohne Weisungen von dort her zu arbeiten wagen würde. Der Plan eines Balkanbundes unter russischer Leitung, der zugleich eine dauernde Bedrohung der Existenz Österreichs und einen Riegel für die wirtschaftliche Expansion Deutschlands nach Südosten darstellen sollte, wird durch Aehrenthals Anerbieten der Rückgabe des Sandschaks und der Zahlung einer Geldentschädigung an die Türkei für den Augenblick unmöglich gemacht. Anl. 39, 48, 51, 60.

Von Frankreich ist in unseren Zirkularen in diesem Zusammenhange wenig die Rede; mit dem Ausbau seiner marokkanischen Stellung beschäftigt und in genauer Kenntnis der mangelnden kriegerischen Bereitschaft Rußlands ist es ehrlich bemüht, dem Frieden zu dienen, und hat in diesem Sinne wohl auch in Rußland gewirkt. Dagegen glaubt Italien durch Österreichs Schritt sich in seinen Adria-Interessen gefährdet; der belgische Gesandte in Rom macht sich in einem Bericht vom 20. November 1909 die italienische Empörung so sehr zu eigen, daß ein auf Grund dieses Berichtes hergestelltes Zirkular auf den Rat des Direktors der politischen Abteilung in Brüssel, Arendt, als zu subjektiv gehalten nicht abgeschickt wird[1]). Man glaubt in Rom, die Hoffnung auf Gewinnung der „unerlösten Gebiete“ als Gegengabe für den Verzicht auf etwaige Balkanansprüche nunmehr für alle Zeiten aufgeben zu müssen; und so zeigt man sich russischen Lockungen gegenüber nicht abgeneigt, die einen engen Anschluß Italiens an Rußland zu gemeinsamem Vorgehen auf dem Balkan und zur Durchkreuzung der österreichischen Balkanpolitik ins Auge fassen. Anl. 35, 51, 58. Anl. 32. Anl. 33.

Englands Stellung zu den Balkanproblemen ist durch die konsequent festgehaltenen Ziele seiner Weltpolitik festgelegt und eindeutig bestimmt. Sehr deutlich spricht das z. B. ein Bukarester Bericht vom 8. Oktober 1908 (Zirkular vom 30. Okt. 1908) aus: man ist dort gleich nach Ausbruch der Krise geneigt, Anl. 36. Anl. 24.

[1]) Vgl. Vorwort S. VI.

in der endgültigen Lostrennung der serbischen Provinzen von der Türkei und der Selbständigkeitserklärung Bulgariens einen schweren Schlag für die Engländer zu sehen, und befürchtet, daß England „die Karten in Konstantinopel durcheinanderzuwerfen und ins Feuer zu blasen sich Mühe gibt", das sich — dank der Weisheit der türkischen Regierung — nicht recht entzünden will. Seinen Widerspruch gegen die Öffnung der Dardanellen aufzugeben, war England allerdings nicht gewillt und brachte damit die, ihm natürlich höchst unwillkommene, österreichisch-russische Verständigung zum Scheitern; um so eher ist es dann bereit, Rußlands Politik in allem übrigen mit voller Kraft zu unterstützen. Ein Wiener Bericht vom 9. Ja-
Anl. 36. nuar 1909 (Zirkular vom 28. Januar) schildert ebenfalls Englands intrigante Politik in Konstantinopel, wo es im Verein mit Rußland darauf ausgeht, jede direkte Verständigung Österreichs mit der Türkei zu verhindern, dadurch das geschwächte eigene Ansehen im Orient zu stärken und „Deutschland in seiner internationalen Stellung Schwierigkeiten zu schaffen". Serbiens herausfordernde Haltung in dem ganzen Konflikt
Anl. 48. wird auf Einflüsterungen nicht nur von Petersburg, sondern auch von London zurückgeführt; man hoffe dort — so meinen die Skeptiker — Österreich-Ungarn dadurch eine Demütigung aufzuzwingen, die auf Deutschland zurückwirken müsse. — Selbst die scheinbare Annäherung an Deutschland bei dem Berliner Besuch des Königs Eduard (9.—12. Februar) läßt Greindl
Anl. 42. die Augen nicht gegen die Erkenntnis verschließen, „daß das Verhalten Englands in der Balkanfrage geeignet war, zum mindesten die Lösung eines Konflikts zu verzögern, der Deutschland in die peinlichste und delikateste Lage bringt"[1]). Ja, man geht
Anl. 68, vgl. Anl. 13. offenbar in London noch weiter in seinen Plänen: die Hoffnung besteht noch immer, den Dreibund zu zertrümmern, indem man Italien unter Ausnutzung seiner Antipathien gegen Österreich und seiner Sympathien für England von ihm absprengt. Einen

[1]) Die schärfste Stelle des Originalberichtes (vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 54, S. 63), in der gesagt wird, der Weltfrieden sei niemals mehr gefährdet gewesen, als seitdem der König von England sich mit seiner Sicherung beschäftige, ist im Zirkular ausgelassen.

Krieg allerdings will es, ebenso wie Frankreich, vermeiden, predigt daher in Petersburg gelegentlich Versöhnung und warnt den russischen Premier vor gefährlichen Abenteuerwegen, auf die man ihm zu folgen nicht gewillt ist. Wäre der Krieg ausgebrochen, so war man allerdings, wie am 5. April 1909 der belgische Gesandte aus Paris auf Grund zuverlässiger Nachrichten meldet, in London wie in Paris entschlossen, Rußland mit allen Mitteln sofort zu unterstützen, und hätte damit, nach Ansicht des belgischen Diplomaten, einen allgemeinen Krieg entfacht. Anl. 51, 59. Anl. 58.

Deutschlands Politik ist von Anfang an ebenfalls klar bestimmt: mit allem Eifer bestrebt, einen kriegerischen Austrag des Konfliktes zu vermeiden, denkt es diesem Bestreben am besten zu dienen, wenn es keinen Zweifel darüber läßt, daß es eine Demütigung seines Bundesgenossen niemals zulassen, daß es deshalb auch dem Vorschlage, den Streitfall einer allgemeinen Gesandtenkonferenz zu unterbreiten, nur in dem Falle zustimmen wird, daß Österreich selbst gewillt ist, diesen Ausweg zu wählen. Schon die große Rede Bülows im Reichstag am 10. Dezember 1908 bei der Beratung des Budgets läßt darüber keine Zweifel. Greindl unterstreicht in seinem Bericht darüber ausdrücklich, daß der Kanzler mit vollem Recht die starke deutsche Rüstung als die beste Gewähr für die Sicherung des europäischen Friedens in seiner jetzigen gefährdeten Lage hinstelle; seine Versicherung der, trotz mancher Unzufriedenheit mit Aehrenthals Abenteuerpolitik, unverbrüchlichen Allianz mit Österreich diene — entgegen der Auffassung einer unberechtigten französischen Kritik — offensichtlich dem gleichen Ziele. Der allgemeine Beifall von rechts bis links, der dieser Erklärung zuteil geworden sei, lasse erkennen, „daß die anfänglich in weiten Kreisen Deutschlands herrschende Mißstimmung gegen das Vorgehen Baron Aehrenthals vor dem hohen Interesse der Erhaltung des Friedens verlöschen müsse". Anl. 31.

Die Forderung Rußlands: da das Vorgehen Österreichs die eigenmächtige Änderung eines internationalen Vertrages bedeute, müsse eine internationale Konferenz wieder über die endgültige Gestaltung der Verhältnisse entscheiden, von den

Mächten der Entente unterstützt, stellte Österreich, wie es in einem Bericht Greindls vom 28. Dezember 1908 (Zirkular
Anl. 34. vom 14. Januar 1909) heißt, vor die schwere Wahl, entweder von der Konferenz fertige Beschlüsse einfach registrieren zu lassen oder — bei freier Diskussion — wie in Algeciras sich vereinzelt an der Seite Deutschlands zu finden, während auf der Gegenseite die Türkei „von England und allen übrigen Großmächten, die an König Eduards Politik zu ketten gelungen ist", unterstützt werde. — Deutschland könne Österreich nur militärischen, keinen diplomatischen Beistand sichern; in Wien wirke es im Sinne der Mäßigung, und seinen dringenden Vorstellungen sei es zu verdanken, wenn die Beziehungen zwischen Österreich und der Türkei nicht abgebrochen worden seien. —

Der Austausch mehrerer Noten zwischen Österreich und Rußland über das der Konferenz vorzulegende Programm — wobei Österreich auf seiner Weigerung beharrte, die Tatsache der Annexion selbst der Konferenz zur Diskussion zu unterbreiten, — brachte die Angelegenheit keinen Schritt weiter;
Anl. 38. die trotz russischer, widerwillig gegebener, Warnungen nach wie vor maßlos heftige Sprache der serbischen Blätter und die zum Kriege drängende Strömung in der öffentlichen Meinung Serbiens ließen die Möglichkeit einer friedlichen Lösung des Konflikts in immer weitere Ferne rücken. Ein Belgrader Bericht
Anl. 39. vom 12. Februar (Zirkular vom 19. Februar) warnt vor dem unbegründeten Optimismus der Diplomaten, wenn man auch die kriegerischen serbischen Ausfälle gegen Österreich nicht allzu tragisch nehmen dürfe; das serbische Volk nähre einen tiefen Haß gegen Österreich und wolle „dessen politisches und wirtschaftliches Joch abwerfen"; die Regierung werde die Geister nicht mehr los, die sie selbst gerufen; die Stunde komme, in der man vor die Wahl gestellt sei zu kapitulieren oder das Abenteuer zu wagen; Österreich werde, sobald es mit der Türkei einig sei, vor einem energischen Vorgehen nicht zurückscheuen. Die große Gefahr für den Frieden stellten jene serbischen Banden dar, die an der Grenze bereitständen und deren Einfall für Österreich den casus belli bedeuten würde. —

Der Wechsel in der türkischen Regierung, der Ersatz Kiamils Anl. 41.
durch Hilmy Pascha, wird als ein neuer Erfolg der Deutschen über die Engländer am Bosporus gedeutet und erweckt Verstimmung bei der englischen Gesandtschaft. Rußland spart zwar auch weiterhin gegenüber den slawischen Balkanstaaten, Anl. 43.
vor allem Serbien, nicht mit Versicherungen wohlwollender Protektion, so daß Österreichs Einschüchterungsversuche dort ohne Wirkung bleiben, ist aber wegen der Schwäche und inneren Zerrüttung seiner Armee zum Kriege nicht gerüstet. Anl. 46.
Angesichts dieser Lage bleibt der serbischen Regierung nichts übrig, als durch eine geschickte diplomatische Wendung ihr Schicksal vertrauensvoll in die Hände der Großmächte zu Anl. 45.
legen, um, wenn diese auf einer Konferenz gegen Serbien entscheiden, zum mindesten den erregten Leidenschaften des eigenen Volkes gegenüber gerechtfertigt dazustehen, im übrigen aber weiter zu rüsten und sich für alle Fälle bereitzuhalten. Eine Verständigung mit Österreich und damit eine Rückkehr zur Politik König Milans erscheint damals, angesichts des Versagens der Hoffnung auf Rußland, im Bereich der Zukunftsmöglichkeiten serbischer Politik. — Bei den Mittelmächten aber findet die ganze serbische, von Rußland geleitete Politik hinterhältiger Zweideutigkeit ebenso energische Ablehnung wie ein Anl. 48.
russischer Schritt in Belgrad, der von England, Frankreich und Italien unterstützt wird; man könnte sagen, so fügt Greindl hinzu, daß die russische und die sie beantwortende serbische Note absichtlich redigiert worden seien, nicht um die Lage zu klären, sondern um sie zu verdunkeln. Die Optimisten mögen darin die Vorbereitung einer Rückzugsbewegung sehen, die man, um das Prestige zu retten, stufenweise vollziehen muß, nachdem einmal Serbien, auf Anstachelung von London und Petersburg hin, sich in ein uferloses Abenteuer gestürzt habe. Mit etwas weniger Wohlwollen dürfe man vermuten, daß diese zweideutigen Schritte einzig den Zweck hätten, die Verlegenheiten, in denen sich Österreich-Ungarn seit dem Gewaltstreich des Barons Aehrenthal befindet, zu verlängern und es vielleicht zu einem Nachgeben zu zwingen, das nach der Unnachgiebigkeit der ersten Tage einer Demütigung für es selbst und damit zugleich auch für Deutsch-

Anl. 49. land gleichkäme[1]). Und in einem weiteren Bericht betont Greindl aufs neue seine Zweifel an der Aufrichtigkeit der russischen Friedensbeteuerungen; offenbar wolle Rußland nicht, wie Italien es vorschlage, die Besetzung der beiden Provinzen — trotz des zwischen Österreich und der Türkei unterdessen geschlossenen Vertrages — auf einer Konferenz nur zu Protokoll nehmen, sondern sie dort zur Diskussion stellen lassen. Nur völlige Klarheit könne helfen; Deutschland habe es daran im Interesse der Erhaltung des Friedens nicht fehlen lassen, indem es sich, trotz der Abneigung des Heeres, sich für Graf Aehrenthals Abenteuerpolitik zu schlagen, mit voller Ent-
Anl. 49, schlossenheit hinter Österreich stellte. — Ebenso besorgt lauten
50, 53. Berichte der gleichen Zeit aus Konstantinopel. In Serbien aber
Anl. 51, gerät man angesichts des Zögerns der durch Frankreich und
52. England, durch die Friedensliebe Stolypins und des Zaren und vor allem durch die eigene militärische und politische Schwäche zurückgehaltenen Russen in eine immer schwierigere Lage; die Träume, in die man, veranlaßt durch „Anstachelungen von außen und die trügerischen Versprechungen der eigenen Re-
Anl. 51, gierung", sich eingesponnen hat, die Hoffnung auf Hilfe Europas
54. gegen die angebliche „Verletzung des Rechts der Nationalitäten" zerrinnen, die letzten „Weisungen Iswolskis, dessen Politik
Anl. 52. Serbien dauernd zwischen wahnsinnigen Hoffnungen und tiefen Enttäuschungen hin und her geworfen hat", geben jenen Träumen den Gnadenstoß, und Österreich, wo man damals sogar an die Gründung eines südslawischen, Bosnien und Serbien umfassenden Staates unter österreichischer Hegemonie denkt, scheint seinen Sieg voll ausnutzen zu wollen. Das serbische Volk aber will im Gegensatz zu einem Teil der Intellektuellen, der in der Ausgestaltung eines großserbischen Staates unter Österreichs Ägide die Rettung sieht, von seinem Glauben an das „heilige Rußland" trotz aller Enttäuschungen nicht lassen. —

[1]) Es bedarf wohl kaum des Hinweises, wie sehr die Erinnerung an die Vorgänge zu Anfang des Jahres 1909 und die Furcht vor ihrer Wiederholung im Sommer 1914 bestimmend auf die verhängnisvolle Energie Österreich-Ungarns bei seinem Vorgehen gegenüber Serbien eingewirkt haben.

Diesen dauernden Bedrohungen des europäischen Friedens gegenüber und angesichts der undurchsichtigen Politik des „unfaßbaren“ Iswolski, der alle Versuche zur Lösung der Krise — nach einem Berliner Bericht vom 26. März 1909 —, zuletzt noch einen italienischen Vorschlag für die zu berufende Konferenz und ein englisches Vermittlungsanerbieten, zum Scheitern gebracht, jede unmißverständliche, klare Erklärung der Serben, daß sie die Annexion als solche anerkännten, verhindert hat, — angesichts solcher mangelnden Übereinstimmung zwischen Worten und Taten des russischen Premierministers und seiner stets erneuten fruchtlosen Versuche, Deutschland zu einem Druck auf Österreich in der Richtung der russischen Forderungen anzuspornen, sieht sich Fürst Bülow zu einem energischen Vorgehen veranlaßt. Er läßt, während zugleich Österreich seine Truppen an der serbischen, russischen und italienischen Grenze verstärkt, durch den deutschen Botschafter in Petersburg, den Grafen Pourtalès, kategorisch erklären, daß Österreich in Kürze Belgrad besetzen werde, daß Deutschland hinter Österreich stehe und bereit sei, mit allen Mitteln für die Erfüllung der österreichischen Forderungen einzutreten; eine deutsche Truppenkonzentration an der Ostgrenze sollte, wie man sagte, diesem Schritte den nötigen Nachdruck verleihen. Anl. 57; vgl. Anl. 95. Anl. 59.

Die gewollte Wirkung bleibt nicht aus: Rußland, und nach ihm die anderen Mächte, erklären einzeln in Belgrad ihre Zustimmung zu der vollzogenen Angliederung der beiden Provinzen. In Belgrad gehen die Wogen der Erregung anfangs natürlich hoch, glätten sich aber bald wieder, woraus man, wie ein Belgrader Bericht vom 30. März meint, wohl schließen dürfe, daß jene „hochgradige Erregtheit“, der, wie man vorgibt, die Bevölkerung zum Opfer gefallen war, mehr scheinbar als wirklich gewesen sei, und daß sie, wie man übrigens schon immer vermutet habe, durch künstliche Mittel genährt war. In London, wo man nach einer russischen Meldung kurz zuvor noch sehr energisch den österreichischen Forderungen entgegengetreten ist, sieht man in dem Ausgange der Krise den Ausdruck der beherrschenden Rolle, die Deutschland in den letzten Monaten auf dem Balkan gespielt hat, fühlt man einen Schlag Kaiser Anl. 54. Anl. 55. Anl. 56.

Wilhelms gegen die Entente, bewirkt durch die politische und militärische Schwäche Rußlands, die es unter dem starken deutschen Drucke zum Nachgeben zwang; Frankreich und England hätten daraufhin nicht panslawistischer als der Zar sein können. In Deutschlands Vorgehen will man die Absicht erkennen, Österreich durch die ihm aufgebürdete Dankesschuld noch enger an sich zu ketten, durch einen starken Beweis seiner Kraft den Anstrengungen zu begegnen, die es isolieren wollten, Rußland zu demütigen und Frankreich und England dadurch zu beunruhigen, daß es Rußland der Triple-Entente abspenstig zu
Anl. 58. machen suchte. Ein Pariser Bericht ähnlichen Inhalts betont vor allem die — wie es heißt, aus bester Quelle geschöpfte — Auffassung, daß im Fall einer kriegerischen Lösung des Konflikts England und Frankreich sich verpflichtet hätten, Rußland mit den Waffen zu unterstützen; Frankreich stehe auch weiterhin hinter Iswolski, um möglichst viel von den Trümmern des Bündnisses mit Rußland zu retten; ganz Europa fühle ein starkes Unbehagen; ein Krieg würde in Frankreich nicht nur sehr unpopulär, sondern geradezu verhängnisvoll sein. In
Anl. 60. Petersburg sucht man vor der öffentlichen Meinung den russischen Rückzug vor allem mit der Sorge um das Wohl und Wehe Serbiens zu begründen. —

Anl. 72; vgl. Anl. 60. Serbien selbst hat den Glauben an England allerdings bald verloren; man schreibt hier der englischen Politik rein egoistische Motive zu, während England seinerseits die serbische Unbelehrbarkeit für das Mißlingen des Versuchs verantwortlich machen will, den letzten Ring zur Einkreisung Deutschlands hier im Südosten in die fast vollendete Kette zu schmieden. Dagegen besteht der Glaube an Rußland im Volke unverändert weiter, und auch die Ereignisse der letzten Zeit haben ihn nicht zu erschüttern vermocht. Im Innern, in seiner Finanz- und allgemeinen Wirtschaftslage, ist das Land fast ungeschwächt aus der schweren Krise hervorgegangen; man fühlt sich nicht gedemütigt, sondern ist im Gegenteil stolz darauf, zehn Monate lang Europas Interesse auf sich gelenkt und unter dem Schutz einiger Großmächte dem mächtigen Nachbarreiche erfolgreich Widerstand geleistet zu haben. So hofft man auf bessere Zeiten, die von der russischen

Regierung prophezeit werden; während der vorübergehend genährte Gedanke an eine Annäherung an Österreich[1]) durch dessen wenig entgegenkommendes Verhalten nach errungenem Siege völlig erstickt wird. —

Für den Augenblick scheint jedenfalls der Triumph der Mittel- Anl. 68.
mächte vollkommen. In der Entente aber ist man, nachdem sich die erste Wut gegen Iswolski in der russischen Presse genügend Luft gemacht, geneigt, Rußlands Rückzug, den man nicht verhindern konnte, wenigstens nach Möglichkeit zu verschleiern und schonend zu verdecken, da, wie es in einem Petersburger Bericht vom 9. April 1909 heißt, man mit Recht Anl. 61.
der Ansicht ist, daß der Dreiverband „das einzige Mittel bleibt, Europa vor Deutschlands Hegemonie zu retten". Auch die deutsche offiziöse Presse erleichtert durch ihre gemäßigte Haltung dem russischen Premier sein Verbleiben an seinem Platze. Zu gleicher Zeit aber sucht Rußland sich für seine Niederlage Anl. 64.
im Orient selbst Revanche zu holen, indem es die türkisch-bulgarische Annäherung als Grundlage eines neuen Balkanblocks begünstigt und dadurch Österreichs und Deutschlands Stellung am Goldenen Horn zu schwächen unternimmt. —

Auf der anderen Seite aber ist der Zusammenhalt des Dreibundes im Inneren[2]) durch die Krise insofern erschüttert worden, als die Sympathien der Italiener weit ausgeprägter „ihren Anl. 63.
Freunden, den Russen, als ihren Verbündeten, den Deutschen und Österreichern" gelten; man freut sich in Rom des glücklich erhaltenen Friedens, weil man auch für sich wegen der völligen Desorganisation des Heeres und der Gefährdung der Finanzen zu einem Kampf „eher an der Seite der Freunde als der Verbündeten" nicht gewappnet war. Dennoch ist man dort der Anl. 65.
Ansicht, daß Fürst Bülow aus diesem Bestreben Italiens, „seine französischen, englischen und russischen Freunde zu schonen", keine durch den diplomatischen Sieg Deutschlands ihm nahegelegten Folgerungen zu ziehen bestrebt sein werde; man fürchtet Österreich-Ungarn dort ebenso, wie man es haßt, und betrachtet den Dreibund jetzt nicht mehr „als einen Schutz gegen den

[1]) Vgl. o. S. 18.
[2]) Vgl. o. S. 3.

Ehrgeiz einer vierten Macht, sondern als eine Garantie gegen die eventuellen Anfälle schlechter Laune bei der österreichisch-ungarischen Monarchie". Nur aus diesem Grunde halten alle Parteien am Dreibunde fest, dessen Erneuerung man, allerdings unter für Italien günstigeren Bedingungen, erhofft. Von der Zusammenkunft Bülows mit Tittoni in Venedig erwartet man eine Zerstreuung aller der leichten Nebel, die eine Zeitlang über den inneren Beziehungen der Mächte des Dreibundes gelagert hatten.

Der Besuch des Deutschen Kaisers bei Kaiser Franz Joseph (14. Mai), dem, im Gegensatz zu den meisten Monarchenbesuchen,
Anl. 66. von Greindl in einem Bericht vom 16. Mai wirkliche politische Bedeutung zugesprochen wird, drückt das Siegel auf Deutschlands Erfolg, der nicht nur den Ausbruch des Krieges verhindert, sondern auch das seit der französisch-englischen Entente und vor allem seit der Konferenz von Algeciras gesunkene Ansehen des Dreibundes wieder hergestellt hat. „Ein Verteidigungsbund" — führt Greindl aus — „hat keine Gelegenheit, strahlende Triumphe davonzutragen. Die Gefahren, die er beseitigt, bleiben der großen Masse des Publikums unbekannt, und man schließt daraus, daß sie überhaupt nie da gewesen seien. Das österreichisch-deutsche Bündnis hat soeben seine Probe bestanden und beiden Völkern gezeigt, wie sehr es vonnöten ist. Der Ausgang des österreichisch-serbischen Konfliktes hat die Treue Italiens gefestigt, das zwischen seinen Verbündeten und seinen Freunden schwankte und im Innern entschlossen war, sich im entscheidenden Augenblick auf die Seite des Stärkeren zu schlagen. Er hat andererseits den grundlegenden Fehler des Dreiverbandes klar an den Tag gelegt, der nicht auf gemeinsamen Interessen, sondern auf dem negativen Grunde des Hasses gegen Deutschland beruht, und dessen Glieder, sei es aus Mangel an Kraft, sei es mehr aus Mangel an wechselseitigem Vertrauen, sich unfähig erwiesen haben, dem geeinten Mitteleuropa
Anl. 68. gemeinsam die Stirn zu bieten." — In London aber bucht

man den Sieg der Mittelmächte mit starkem Mißvergnügen und verbirgt seine Enttäuschung über das Fehlschlagen der Hoffnung nicht, Italien unter Ausnutzung seiner anti-österreichischen und englandfreundlichen Stimmungen vom Dreibund abzusplittern.

So schien zunächst die Stellung der Mittelmächte gesichert und gefestigt; zum ersten Male hatte die Einkreisungspolitik König Eduards einen offenbaren Mißerfolg erlitten. Sie hatte in der Zwischenzeit keineswegs geruht. Wir hören, daß bei der Heeresvorlage in Dänemark (Februar 1909), die eine Anl. 40.
nicht unbeträchtliche Heeresverstärkung ins Auge faßt, England die Hand im Spiele hat; allerdings ist man dort auf der Hut und sucht, unbekümmert um populäre Strömungen, in ehrlicher Neutralität sich für den Fall eines europäischen Krieges nach beiden Seiten hin zu decken. —

In einem Bericht vom 2. März (Zirkular vom 20. März 1909) Anl. 47.
weist der Berliner Gesandte darauf hin, daß ernstliche Annäherungsversuche zwischen Deutschland und Dänemark in den letzten Jahren gemacht worden seien. Die Bevölkerung von Nord-Schleswig sei nicht mehr rein dänisch, und die Rückgabe des Landes an Dänemark würde daher die Einfügung eines Fremdkörpers bedeuten und das Land in ähnliche Schwierigkeiten bringen, wie sie vor 1864 zur Katastrophe geführt hätten. Das dänische Volk aber habe nicht vergessen, daß der Krieg dieses Jahres der Eroberung gedient habe. — Die Sympathien der Dänen für Frankreich und England erschwerten die politische Lage des Landes im Innern und nach außen. Im Falle eines Kontinentalkrieges müsse es damit rechnen, daß eine feindliche Flotte vor seiner Hauptstadt erscheine und es zur Allianz zwinge. Kopenhagen müsse daher nach der Seeseite, aber auch landeinwärts, hinreichend befestigt werden, letzteres um zu verhindern, daß Deutschland von Jütland her die Stadt besetze.

Der lange aufgeschobene Besuch des englischen Königspaares in Berlin anfangs Februar 1909 hatte in den deutsch-englischen Beziehungen einen bedeutsamen Umschwung nicht herbeizuführen vermocht. Der Bericht, den Greindl darüber am 13. Februar Anl. 42.
nach Brüssel sendet, spricht es mit aller Deutlichkeit aus:

Volk und Regierung in Deutschland wünschen seit langem eine Annäherung an England; alles Entgegenkommen aber ist bisher erfolglos geblieben. Man erhofft von dem Besuche des Königs die Geneigtheit zu einer Milderung der von ihm persönlich gelenkten deutschfeindlichen Politik, gibt sich aber keinen Illusionen hin. Alle Friedensversicherungen des Königs stehen im Widerspruch mit der Praxis dieser seiner Politik, die auf die Isolierung Deutschlands ausgeht; zudem zeigen das Vorgehen Englands auf dem Balkan, wo es alles daransetzt, Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten, und die neue englische Flottenvorlage, die ein Nordseegeschwader in einer noch nie dagewesenen Stärke vorsieht, im Verein mit der Agitation für eine Vermehrung der Landarmee, die schwerlich rein defensiven Zwecken dienen kann, den wahren Charakter der englischen Politik[1]). Die Niederlage der Entente in der Balkanpolitik hat den König Eduard in seinem zielbewußten Vorgehen nicht irre machen können; Versuche der konservativen Opposition, durch eine planmäßige Agitation in den englischen Kronländern diese für eine unmittelbare Beteiligung an der Verstärkung der englischen Flotte zu gewinnen und dadurch sich den Weg zur Übernahme der Regierungsgewalt zu ebnen, finden
Anl. 62. allerdings in Kanada nur ein sehr schwaches Echo. — Gefähr-
Anl. 76. lich aber für England ist die aufrührerische Stimmung in Indien, die in einigen Attentaten gegen englische Beamte zu deutlichem Ausdruck kommt; man befürchtet offene Revolten für den Fall des Konflikts Englands mit einer europäischen Macht und zeigt aus diesem Grunde in anglo-indischen Kreisen eine so große Besorgnis (terreur) vor dem Deutschen Reich. —
Anl. 68. Jedenfalls ist das englische Volk entschlossen, für die Wiederherstellung des gestörten europäischen Gleichgewichts jedes finanzielle Opfer zur Vermehrung seiner Flotte zu bringen, während die Regierung aus finanzpolitischen Gründen sich noch nicht dazu entschließen kann. —

Anl. 44. [1]) Ähnlich skeptisch äußert sich ein Bericht Greindls vom 17. Februar 1909 (Zirkular vom 8. 3. 1909).

Der Sturz und die Entthronung Abdul Hamids und die Befestigung des jungtürkischen Regiments am Goldenen Horn stellen die europäischen Großmächte, kaum daß die bosnische Krise beseitigt ist, vor neue schwierige Probleme der Orientfrage. Die merkwürdige Zurückhaltung, deren sich die Ententemächte, in scharfem Gegensatz zu ihrer seit einem Jahrhundert mit Winken und guten Ratschlägen am Bosporus betätigten Übergeschäftigkeit, jetzt befleißigen, bucht Greindl als eine Nachwirkung des Sieges der Mittelmächte; „man ist nicht darauf erpicht, eine Aktion einzuleiten, bei der Deutschland eine führende Rolle spielen würde, und, falls eine Differenz der Anschauungen zutage träte, aufs neue zu versuchen, jenem die Spitze zu bieten". — Englands kühle Zurückhaltung gegenüber dem neuen Regime wird in einem Bericht aus Konstantinopel mit der Furcht vor dem Beginn eines Zeitalters der Anarchie begründet, da der neue Sultan nicht die Kraft habe, die auseinanderstrebenden Kräfte zusammenzuhalten; mit Rußland und Frankreich hinter sich bereitet England sich vor, an Deutschland, dessen Einfluß nach der jungtürkischen Revolution angeblich unbestritten am Bosporus herrscht[1]), bei erster Gelegenheit eine diplomatische Rache zu nehmen.

Anl. 66.

Anl. 69.

Im Sommer 1909 beginnen bereits wieder serbische Umtriebe und Wühlereien gegen die Doppelmonarchie, doppelt bedeutsam, da jetzt durch Masaryk die Verbindung mit den Tschechen hergestellt und ein gemeinsames Vorgehen mit allen österreichischen Slawen verabredet wird; eine Verbindung, die, wie der belgische Gesandte in Belgrad meint, allerdings die zentrifugalen Tendenzen der bosnischen Serben zu mildern und sie zur Abfindung mit innerer Autonomie sich bereit erklären zu lassen geeignet ist[2]). Im übrigen wird das immer rege und sichere Selbstbewußtsein des kleinen Landes bald wieder nicht nur dadurch gehoben, daß sein inneres Leben, durch die eben überwundene schwere Krise kaum gestört, bald wieder seinen normalen Gang

Anl. 70.

Anl. 72.

[1]) Spätere belgische Berichte sprechen, im Gegensatz dazu, von einem damals erfolgten Rückgang des deutschen Einflusses. Vgl. u. S. 47 und Anl. 116, 121.

[2]) Vgl. auch o. S. 5 und Anl. 14.

Anl. 74. geht, sondern auch dadurch, daß die neue türkische Regierung den serbischen Bemühungen um ein Bündnis mit der Türkei mehr Gehör schenken zu wollen scheint, als die alte, und auf der Anl. 73. anderen Seite auch Bulgarien bei der geringen Aussicht, zu einem einigermaßen günstigen Handelsvertrage mit Österreich-Ungarn zu gelangen, endlich unter russischem Einfluß seinen Widerstand gegen die von Serbien seit langem erstrebte Annäherung aufgibt: ein neuer Balkanbund, hergestellt durch den Eintritt Anl. 74. Serbiens in ein bulgarisch-türkisches Bündnis, würde „zwar Österreich nicht angenehm sein, aber auch nicht den Anschein eines ausschließlich gegen Österreich gerichteten politischen Systems erwecken". —

Sehr eigenartige, aber, wie sich bald herausstellt, trügerische Anl. 71. Perspektiven eröffnet ein Bericht vom 25. Juni aus Petersburg über die Begegnung der Herrscher des deutschen und russischen Reiches in den finnischen Schären. Die Herzlichkeit der Beziehungen der beiden Kaiser, wie sie bei dieser, wie es heißt, nicht von russischer Seite angeregten Zusammenkunft zum Ausdruck kommt, begegnet zwar bei den Liberalen wie bei den Slawophilen in Rußland starkem Mißtrauen, weil sie durch die Fortschritte der „deutschen Infiltration" das Festhalten an der Tripelentente bedroht glauben; die konservativen Kreise dagegen, die den Zaren umgeben und beherrschen, sympathisieren mit Deutschland, teils infolge von Rassenverwandtschaft, teils wegen ihrer feudalen und autoritären Neigungen, und würden den Bund mit der liberalen Republik gern durch die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses ersetzen, zumal das militärisch geschwächte Frankreich Rußland im Stiche gelassen habe. „Hätte man nicht den Fehler begangen", so heißt es in dem Brüsseler Anl. 71. Zirkular vom 3. Juli 1909, „sich auf eine lange Zeit vorzugsweise mit dem unversöhnlichen Feinde der deutschen Nation zu verbünden, wieviel Unheil wäre Rußland erspart worden": die Niederlage gegen Japan, wo man es im Stiche ließ, die revolutionären Wirren, die daraus folgten, die letzte Schlappe im Orient und die Milliarden, die das alles gekostet hat. —

Die Zusammenkünfte der Staatsoberhäupter und ihre politische Bedeutung erregen auch in den nächsten Monaten in erster

Linie die Aufmerksamkeit der belgischen diplomatischen Beobachter. Die Begegnung zwischen Felix Faure und dem Zaren Anl. 75.
in Cherbourg (31. Juli) findet in Frankreich im Gegensatz zu dem früher bei solchen Gelegenheiten bezeugten wilden Enthusiasmus eine merkwürdig kühle Aufnahme, verursacht durch Rußlands im japanischen Krieg bezeugte Schwäche und die wiederholten Anleihen; auf russischer Seite dagegen legt man Wert auf den Anl. 77.
besonders herzlichen Ton der zwischen den beiden Souveränen gewechselten Trinksprüche und sieht darin einen gewollten Ausdruck für die unveränderte Festigkeit des Bündnisses gegenüber den in letzter Zeit zutage getretenen und besonders von den deutschen Zeitungen hervorgehobenen Symptomen von Mißstimmung zwischen den Alliierten, die durch die Angriffe der Sozialisten gegen den Zaren und die Zweikaiserzusammenkunft in den finnischen Schären neue Nahrung erhalten hatten.

Dagegen ist man in Petersburg mit dem Verlauf der Zusammenkunft von Cowes zwischen den Herrschern Englands und Rußlands (2. August) deshalb nicht zufrieden, weil man an der durch den Besuch der Dumamitglieder in England geweckten und geflissentlich betonten Befriedigung in russischen Regierungskreisen ebenso Anstoß nimmt wie an dem Lobe der englischen Flotte, das den kläglichen Zustand der russischen in doppelt helles Licht rückt.

Die Öffnung der Dardanellen, jene Perspektive, mit der Anl. 78.
Aehrenthal einst Rußlands Zustimmung zu seinem Plan der Angliederung der bosnischen Provinzen erkauft hatte und deren Verwirklichung seinerzeit an Greys Widerspruch gescheitert war, wurde diesem kurz nach der Begegnung von Cowes durch Iswolski aufs neue vorgeschlagen, stieß aber auch diesmal auf eine in der Form zwar freundlich vertröstende, in Wahrheit aber ablehnende Haltung des englischen Staatsmanns, der sich auf die energische Gegnerschaft der Türkei gegen diesen Plan stützen konnte. Aus der Haltung der russischen Presse — so wird aus Petersburg gemeldet — dürfe man schließen, daß Rußland für den Augenblick diese Frage nicht in den Vordergrund zu rücken gewillt ist, sondern im Vertrauen auf seine Freundschaften und Bündnisse den rechten Zeitpunkt abwartet. —

Die nächste Fürstenbegegnung dieses Jahres endlich, die des Zaren mit dem König von Italien in Racconigi (24. Oktober), Anl. 79. wird von Greindl — trotz aller beruhigenden und beschönigenden Redensarten der deutschen Zeitungen — als eine Fortsetzung jener Annäherungsbewegung der beiden Mächte aufgefaßt, die während der bosnischen Krise aus dem gemeinsamen Gegensatz gegen die österreichische Politik entsprungen war und eine Zeitlang wieder die Absprengung Italiens vom Dreibund in eine England beglückende Nähe gerückt hatte. Jetzt gelten die Besprechungen einmal der Verhinderung weiteren Vordringens Österreichs auf dem Balkan, vor allem nach Saloniki zu, dann aber der Einigung über die Beschützerrolle Rußlands gegenüber den kleinen christlichen Balkanstaaten, auf die auch Italien zum Teil Anspruch macht, und endlich der Lösung der mazedonischen Frage. So bildet die Zusammenkunft, nach Greindls Urteil, in letzter Linie einen weiteren Erfolg der englischen Politik, d. h. der Politik der Isolierung Deutschlands, einen Erfolg, über den man in Deutschland verstimmt, aber nicht be- Anl. 80. unruhigt ist. — Den gleichen Zielen dient das türkenfreundliche Gebaren der russischen Politik am Goldenen Horn, das aber viele Politiker dort sehr kühl läßt, weil man darin nur den Wunsch erkennt, die Türkei von Deutschland loszulösen. —

In neue, sehr eigentümliche Versuche der englischen Politik, Deutschland allmählich dadurch völlig zu isolieren, daß sie die schon früher wiederholt gemachten Anstrengungen, Österreich vom Bündnis mit dem Deutschen Reiche loszusprengen, wieder aufnimmt, gewährt uns eine Reihe von belgischen Zirkularen aus den ersten Monaten des Jahres 1910 deutlichen Einblick. Der Weg, den man diesmal einschlägt, ist der einer durch England vermittelten Annäherung Österreichs an Rußland. Schon als das Gerücht von solchen Versuchen Anl. 81. zuerst auftaucht — Anfang Februar 1910 — hören wir, daß 82. eine solche Annäherung, die „im Verlauf der Dinge liege“ und viel Wahrscheinlichkeit habe, zwar bei allen Regierungen günstige Aufnahme finde, am meisten aber in London, „weil die englische Regierung“ — wie der belgische Gesandte in

Wien am 11. Februar meldet — „eine ernste und allgemeine Gruppierung der Mächte im Hinblick auf das in der Orientfrage zu beobachtende Verhalten" herzustellen wünsche. Hinderlich sei dem Plan die noch immer nicht gehobene Verstimmung Iswolskis gegen Aehrenthal, der deshalb als der Sieger die Initiative ergreifen müßte; Deutschland stehe dem Plane wohlwollend gegenüber und suche ihm durch versöhnliche Sprache in Petersburg den Weg zu bahnen. Erst ein Wiener Bericht vom 21. Februar entschleiert deutlicher die Anl. 83.
dunklen Hintergründe der ganzen Aktion: während Aehrenthal zurücktritt, ja sich ziemlich skeptisch über die Möglichkeit einer wirklichen Entspannung äußert, erscheint der englische Botschafter in Petersburg, Sir Arthur Nicolson, als die hinter Iswolski stehende und ihn anstachelnde treibende Kraft. In Berlin gibt man sich wohl den Anschein, die Beseitigung der Ver- Anl. 84.
stimmung zwischen den beiden auf dem Balkan rivalisierenden Mächten mit Freude zu begrüßen, läßt aber keinen Zweifel an dem festen Willen Deutschlands, auch jetzt, wie 1908/09, treu zu dem Bundesgenossen zu stehen und jeden Versuch zur Abänderung des Status quo auf dem Balkan an dem festen Zusammenhalt der Mittelmächte auch diesmal scheitern zu lassen. Während man in Rumänien an die Annäherung nicht recht Anl. 86.
glaubt, ist man in Serbien in weiten Kreisen des Volkes nicht Anl. 85.
ohne Besorgnis vor einer den serbischen Plänen daraus erwachsenden Gefahr. Die Regierung des Landes dagegen vertraut auf das — auch durch den Ausgang der bosnischen Krise nicht gebrochene — Prestige Rußlands in Serbien, zumal Rußland in seinem neuen Vertreter in Belgrad, Hartwig, jetzt einen Mann von großer politischer Erfahrung in den Balkanfragen besitzt, ohne dessen Mitwirkung fortan kein Entschluß von Bedeutung in Belgrad gefaßt wird; Österreich dagegen hat durch seine Zauderpolitik nach Abschluß der Balkankrise und den Ausgang des Friedjung-Prozesses die Achtung eingebüßt, die Großmächten mit starken militärischen Kräften gezollt zu werden pflegt. — Die Gründe dafür, daß die Verhandlungen keinen rechten Fortgang nehmen und zu scheitern drohen, sieht ein Bukarester Bericht vom 8. März vor allem auf russischer Anl. 86.

Seite, indem Iswolski sich weigere, das von Aehrenthal entworfene Programm in allen Punkten anzunehmen, und an dem neuerdings wieder verschärften Vorgehen der österreichischen Behörden gegen panslawistische Umtriebe in der Doppelmonarchie Anstoß nehme. — Neben der persönlichen Gereiztheit
Anl. 87. Iswolskis betont ein Petersburger Bericht in gleichem Zusammenhang die Weigerung des Wiener Kabinetts, ernstere Garantien als rein negative Versicherungen gegen ein weiteres Vordringen der „germanischen Expansion" nach dem Balkan hin zu geben. Iswolski habe bei dieser Forderung fast die gesamte öffentliche Meinung Rußlands hinter sich und trete für einen engeren Zusammenschluß der Mächte der Tripelentente ein. Nicht Iswolskis, sondern Aehrenthals Abgang könnte eine Entspannung herbeiführen und zugleich Deutschlands seit der bosnischen Krise gesunkenes Ansehen in Rußland wieder heben. —

In rechtem Licht erscheinen dieser negative Ausgang des österreichisch-russischen Annäherungsversuches und die ihm zugrunde liegenden Motive erst bei Berücksichtigung anderer gleichzeitiger Vorgänge, die zuerst gerüchtweise in jenem schon
Anl. 86. genannten Bukarester Berichte vom 8. März erwähnt werden, bald aber festere Gestalt annehmen. Die Besuche der Könige von Serbien und Bulgarien in Petersburg und der beabsichtigte Besuch des rumänischen Kronprinzen am Petersburger Hofe zeigen deutlich, wohin nun die Fahrt geht. Es gilt wiederum den Abschluß jenes Balkanbundes unter russischer Führung, für dessen Herstellung als des Schlußsteins in dem von England gegen Deutschland errichteten politischen Gebäude Rußland bereits 1909 einmal gewonnen war[1]).

Anl. 88. Zu den Besuchen von Diplomaten der christlichen Balkanstaaten in Petersburg tritt eine Reise des serbischen Premierministers nach Konstantinopel, die zunächst der Anknüpfung engerer Handelsverbindungen mit der Türkei und der Gewinnung eines Weges zur See über Saloniki dient, daneben aber und vor allem der Bildung jenes Bundes der Balkanstaaten mit der militärisch wieder zu Kräften gekommenen Türkei als Mittelpunkt und unter wohlwollender Mitwirkung Italiens,

[1]) Vgl. o. S. 21.

für das die Monarchenzusammenkunft von Racconigi[1]) jetzt ihre Früchte zu tragen beginnt. Ein Bericht aus Belgrad vom gleichen Monat klingt wie das Echo dieser Mitteilungen aus Konstantinopel: Rußland hat sein Ziel erreicht, eine unbestrittene moralische Autorität über alle Balkanstaaten auszuüben; die Niederlage des letzten Jahres scheint völlig wettgemacht. Nachdem am 28. August Montenegro, unter stillschweigender Zustimmung Petersburgs, zum Königreich erhoben worden und die Verbindung des kleinen Bergstaats mit der großen slawischen Schutzmacht durch dynastische Fäden besonders eng geknüpft ist, tritt die panslawistische Idee als die eigentliche Triebkraft dieser neuen Gruppierung der Mächte im Osten in voller Klarheit hervor; der letzte Rest der ehemaligen Sklaverei der Slawen auf dem Balkan ist beseitigt; die drei slawischen Balkankönigreiche bilden nunmehr einen Wall gegen die Ausbreitung des Germanentums nach dem Osten; ihre politische Solidarität bietet die „Garantie einer Zukunft voll Größe und Glück und wird endlich den Traum eines Balkanbundes verwirklichen, der früher oder später der Krone Habsburgs — so denkt man — die slawischen Provinzen entreißen wird, die sie nur nach dem Recht des Stärkeren besitzt!“

Anl. 89.

Anl. 93.

Unterdessen suchen die befreundeten Mächte nach Kräften den deutschen Einfluß am Bosporus zu untergraben: die Ernennung Revoils, eines der befähigtesten französischen Diplomaten, zum Generaldirektor der Ottomanischen Bank (August 1910) und die Beförderung zweier anderer Diplomaten der gleichen Nation ebenfalls zu hohen Stellungen in der türkischen Finanz- und Bankverwaltung zeigen das Bestreben Frankreichs, einen diskreten, aber beherrschenden Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auszuüben. Das gleichzeitig auftauchende Gerücht von einem engeren Anschluß der Türkei an den Dreibund wird mit dem Hinweis auf diese ihre engen finanziellen Bindungen vor allem an den Pariser Markt von dem belgischen Gesandten energisch dementiert. Aber zuletzt siegt doch, wie ein Berliner Bericht vom 9. November 1910 meldet, auch hier die geschickte, von dem deutschen Botschafter Baron Marschall

Anl. 91.

Anl. 91, 92.

Anl. 96.

[1]) Vgl. o. S. 28.

befolgte Politik, die sich, im Gegensatz zu dem am Goldenen Horn sonst von den Großmächten beliebten Verfahren, auf die Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen zurückgezogen, sich jeder Einmischung in die innertürkischen Verhältnisse begeben und dadurch auch das anfängliche Mißtrauen der Jungtürken allmählich zerstreut hat: die Annäherung Englands an Rußland, ihr gemeinsames Vorgehen in Persien haben den Türken allmählich die Augen geöffnet, sie „den wahren Charakter der angeblichen Sympathien Englands und Frankreichs für die Türkei" erkennen und die „Nichtigkeit des vor allem von der englischen Presse mit ebensoviel Geschicklichkeit wie Zähigkeit gegen Deutschland geweckten Argwohns" durchschauen lassen. Die Affäre der türkischen Anleihe, bei der Frankreich versucht hatte, die Türkei in eine nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Abhängigkeit zu bringen, während der deutsche Vertreter Helfferich sich dabei auf dem rein ökonomischen Gebiet gehalten habe, habe auch dem Blindesten die Augen geöffnet. Noch sei Deutschland nicht völlig wieder im Besitz der alten Stellung, aber es sei dauernd und erfolgreich bemüht,
Anl. 94. sie zurückzugewinnen. Ein römischer Bericht hatte kurz zuvor noch weit positiver davon gesprochen, daß der deutsche Einfluß damals (Mitte September 1910) in Konstantinopel herrsche; man schreibt ihm in Rom das in Italien ungern gesehene Projekt einer engeren Anlehnung der Türkei an den Dreibund zu, das der italienischen Expansion auf dem Balkan hinderlich und zugleich geeignet sei, den Zusammenschluß der slawischen Balkanstaaten mit Griechenland unter russischer Führung zu fördern. Indem verschiedene Gerüchte, die von Annäherungsversuchen zwischen einzelnen Balkanstaaten, z. B. zwischen der Türkei und Rumänien, zwischen Griechenland und Bulgarien, zu erzählen wissen, sich ebenso schnell als unhaltbar erweisen, kann zu Ende des Jahres der Plan des Balkanblocks gegen die Mittelmächte zum zweiten Male als gescheitert gelten: ein
Anl. 134. Popanz — wie er später bei erneuten Versuchen, ihn ins Leben zu rufen, genannt wird —, vor dem man in Wien nicht in Furcht zu geraten brauchte.

Die kurze Pause, die damit in den Bewegungen der — allerdings nur scheinbar — beruhigten Balkanvölker eintritt, hat ihren Grund nicht nur in den Verhältnissen der Orientpolitik selbst, sondern ist tiefer in gewissen Umlagerungen der großen Weltmächte und einer allgemeinen Entspannung der politischen Lage begründet. Indem am 6. Mai 1910 mit Eduard VII. diejenige Persönlichkeit von der politischen Bühne abtritt, die mit fester Hand während fast eines Jahrzehnts Europas Geschicke bestimmt und jede politische Einzelhandlung einem einzigen zäh und hartnäckig festgehaltenen Ziele untergeordnet hatte, ergeben sich neue Möglichkeiten der Annäherung und Umschichtung, die allgemein zunächst als Erleichterung empfunden und auch in den belgischen Berichten und Zirkularen als solche erkannt und dargestellt werden. Ein erstes praktisches Ergebnis dieser Veränderung der allgemeinen Lage ist die Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren in Potsdam (4./5. November 1910), deren über ähnliche Monarchenbegegnungen früherer Zeit hinausragende Bedeutung von Baron Greindl sofort erkannt, hervorgehoben und Anl. 95.
freudig begrüßt wird, um so mehr, als kurz zuvor Eduards Gegenspieler bei den Aktionen der letzten Zeit, Iswolski, aus dem russischen Außenministerium verschwunden war; eine Umgruppierung der Mächte und eine Umstimmung des russischen Volkes gegenüber Deutschland dürfe man allerdings von ihr nicht erhoffen. Um so nervöser ist man in Paris und sucht dort, Anl. 97,
durch Hetze gegen Graf Aehrenthal und gegen Deutschland 101.
das Ergebnis einer Annäherung Rußlands an den Dreibund zu stören.

In Konstantinopel allerdings gelingt es nur mit Mühe, die Anl. 98.
dort — vor allem infolge einer irreführenden Veröffentlichung des Inhalts der Potsdamer Abmachungen in der englischen Presse — entstandenen Besorgnisse wegen einer Benachteiligung türkischer Interessen durch die deutsch-russischen Abmachungen zu zerstreuen. Dunkel und gefährlich für die Türkei aber bleiben vor allem Englands Pläne im Persischen Golf, wo es, gestützt auf einige ihm ergebene Scheichs, offenbar die Absicht verfolgt, sich unter dem Vorwand der Bekämpfung des Schmug-

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Polit. -Wych.

gels einen Stützpunkt zu schaffen, um die Weiterführung der Bagdadbahn bis zur Küste zu hindern. Gewiß würde die energische Betonung der friedlichen Absichten Englands, wie sie
Anl. 104. Grey in seiner großen Rede über die auswärtige Politik Englands (14. März 1910) ausgesprochen hatte, auch in Deutschland an eine Umkehr der englischen Politik glauben lassen — in dem Sinn, daß sie den der Tripelentente von ihrem Schöpfer, König Eduard VII., aufgeprägten aggressiven Charakter aufgebe —, wenn nicht das deutsche Publikum, durch die vielen Monarchenbegegnungen und ihre mangelnden praktischen Erfolge abgestumpft, gegen neue Enttäuschungen sich zu wappnen suchte[1]). Immerhin konstatiert Greindl zum mindesten die Rückkehr normaler Beziehungen zwischen den beiden Ländern, einen herzlichen Ton zwischen den Dynastien und als tatsächliches Ergebnis englischen Entgegenkommens die Erklärung Greys, daß die Bagdadbahn eine innertürkische Angelegenheit sei, in die sich einzumischen England kein Recht habe, und daß es nur seine Finanzinteressen mit loyalen Mitteln schützen wolle. So sei — meint Greindl — die von Kiderlen-Wächter erstrebte Annäherung Deutschlands an England und Rußland auf gutem Wege; in Frankreich beginne man bereits, die Tripelentente als „sinnlose Formel" anzusehen.

Dennoch kann die deutsche Presse ihren, nach Greindls Urteil jetzt unberechtigten, Skeptizismus auch gegenüber den
Anl. 117. erneuten Beweisen für bessere deutsch-englische Beziehungen nicht überwinden, wie sie bei dem Besuch des deutschen Kaiserpaares in London (Mai 1911) zum Ausdruck kamen: weder der besonders warme Ton der Trinksprüche, noch die freundliche Haltung der englischen Presse gegenüber dem Kaiser, noch der Verzicht auf die Forderung der Einschränkung der deutschen Flottenbauten haben den erhofften Eindruck gemacht. Und

---

[1]) Die im Original (vgl. Belg. Aktenstücke Nr. 65, S. 77) hier folgende Stelle: „Dies Mißtrauen ist verständlich, zumal sich die englische Regierung noch ganz kürzlich an der Vliessinger Intrige beteiligt hat. Den Beweis dafür haben wir in der Demarche, die Sir A. Hardinge bei Ihnen machte, um zu versuchen, uns mit hineinzuziehen", ist im Zirkular ausgelassen.

doch sei nicht zu leugnen, daß tatsächlich dieser Besuch in Anl. 118.
London einen völlig anderen Charakter zeige als der vor vier Jahren; daß eine Atmosphäre von Herzlichkeit, begünstigt durch den rein privaten und zivilen Charakter des Besuches, das Kaiserpaar umgeben habe; daß seit dem Tode König Eduards die durch seine, vom Kabinett gebilligte, Entente- und Einkreisungspolitik geschaffene Atmosphäre von Furcht vor und Haß gegen Deutschland allmählich gewichen sei, und daß der Kaiser, indem er nicht mehr in schimmernder Wehr, sondern im bürgerlichen Rock mit den Seinen durch London promenierte, seinen unter günstigen Verhältnissen unternommenen Schritt nicht zu bereuen haben werde. —

Man wird die deutsche Zurückhaltung und die Skepsis der deutschen Presse verstehen, wenn man sich, wie es ein Bukarester Bericht vom 2. April tut, ins Gedächtnis ruft, daß Anl. 107.
man überall in der Welt Deutschland — dank dem Prestige, das es sich erworben hat — als in alle Geschehnisse von einiger Wichtigkeit verwickelt hinstellen zu müssen glaubt und ihm Hintergedanken unterschiebt, „die häufig nur im Geist derer bestehen, die sie ihm unterschieben"! Das ist eben jene „Atmosphäre von Haß und Mißtrauen", die König Eduard um Deutschland geschaffen hat, und die über seinen Tod hinaus ihre verhängnisvolle Wirkung weiterübt. Daneben aber gab es noch weitere Gründe, die es Deutschland zur Pflicht machten, auf der Wacht zu sein: die neue Marokkokrise und der Wiederausbruch von Wirren am Balkan, deren Abwicklung den Rest des Jahres 1911 ausfüllt.

Wir hatten schon darauf hingewiesen[1]), daß Frankreichs große Zurückhaltung und ehrlich auf Erhaltung des Friedens hinarbeitende Politik während der bosnischen Krise nicht nur durch seine militärische Schwäche, sondern auch durch das Bestreben bedingt war, seine ihm durch die Konferenz von Algeciras in Marokko zugebilligte Vorzugsstellung durch „friedliche Durchdringung" des Landes immer weiter auszubauen. Die einzelnen Etappen auf diesem Wege, die vor allem von

[1]) Vgl. o. S. 13.

dem belgischen Gesandten in Tanger gewissenhaft registriert und durch die Zirkulare zum großen Teil den übrigen Gesandten weitergegeben werden, sollen hier nicht genauer verfolgt wer-
Anl. 3. den. — Schon zu Beginn des Jahres 1908 werden die guten Aussichten der Franzosen, in Marokko zu ihrem Ziele zu ge-
Anl. 4. langen, betont, aber zugleich wird in einem Wiener Bericht bereits auf gewisse Differenzen der Auffassung zwischen Paris und Berlin über den Umfang des zu Algeciras Frankreich und Spanien anvertrauten Mandats hingewiesen. Hinter Frankreich aber steht damals wieder König Eduard VII., und schon zeigen sich deutlich die ersten Spuren jener zur Krisis des Sommers 1911 führenden Entwicklung, indem schon damals
Anl. 5. die Besprechung der Kammerinterpellationen über die marokkanische Angelegenheit dem Opfer der ersten Marokkokrise von 1905, Delcassé, Gelegenheit gibt, zum erstenmal seit seinem Sturz wieder mit einer großen, gegen Jaurès' „antinationale" Politik gerichteten Programmrede auf der politischen Bühne aufzutauchen und unter dem Beifall der Kammer eine nachträgliche Rechtfertigung seiner einstmals gescheiterten Politik zu versuchen; eine Rechtfertigung, die bei dem Vertreter Belgiens in Paris beträchtlichen Zweifeln begegnet. — Zucker-
Anl. 30. brot und Peitsche, Bestechung und Waffengewalt versteht Frankreich bei seinen weiteren Forderungen in Marokko mit gleichem Geschick zu gebrauchen und neue Privilegien „zwischen den Maschen der Algecirasakte ohne allzu große Mühe durchschlüpfen zu lassen", um die einzelnen Verwaltungszweige des Landes einen nach dem anderen in seine Gewalt zu bringen. —
Anl. 37. Zu Anfang des neuen Jahres scheint man in Berlin, wie der belgische Gesandte in Tanger meint, vielleicht aus innerpolitischen Gründen, im Gegensatz zur Haltung des letzten Sommers geneigt, Frankreich dabei freie Hand zu lassen, weil „Marokko keinen Krieg wert ist", während zu gleicher Zeit der französische Gesandte in Tanger beruhigende Zusicherungen gibt [1]). — Geschreckt durch dauernde trübe Erfahrungen bleibt man

Anl. 90. [1]) Bekanntlich kam es am 8. Februar 1909 zu einem deutsch-französischen Abkommen über Marokko, das in den Zirkularen nur gelegentlich einmal erwähnt wird.

auch in Spanien mißtrauisch gegen die marokkanische Politik Anl. 67.
Frankreichs, das, im geheimen von England gestützt, Spanien in ein Abenteuer stürzen möchte, dessen Erfolg letzten Endes nicht ihm zustatten käme. Spanien aber, so heißt es, habe sich in Algeciras mit Worten abspeisen lassen und sich die Hände gebunden; man habe, wie sich immer deutlicher zeige, viel von ihm gefordert, ohne ihm etwas zu geben.

In der nächsten Zeit werden die belgischen Zirkulare immer schweigsamer über die marokkanischen Angelegenheiten, um endlich während des Jahres 1910 fast völlig zu verstummen. Phantastische Mitteilungen — im Anschluß an eine Unter- Anl. 90.
haltung Pichons mit dem Deutschen Kaiser in London — über eine angeblich deutsch-französische Annäherung und geheime Abmachungen zwischen beiden Ländern werden von deutscher Seite auf ihr richtiges Maß, Verständigung über einzelne Fragen in Marokko und Kamerun, zurückgeführt. Die wenigen Nachrichten, die über das eine Zeitlang wirklich mit den Mitteln „friedlicher Durchdringung" sich vollziehende weitere Vordringen Frankreichs in Marokko bei der Brüsseler Zentrale eingehen, scheinen nicht bedeutsam genug, um als Informationsmaterial an die Gesandten ausgegeben zu werden. — Das Eigentümliche aber ist nun, daß, auch nachdem im Frühjahr 1911 die marokkanischen Angelegenheiten wieder akute Bedeutung für die große europäische Politik gewonnen haben, die Orientierung der belgischen Gesandten fast ausschließlich auf Grund der Berichte von den Gesandtschaften in den kleinen, an der Entwicklung unmittelbar interessierten Staaten, von Tanger und Madrid aus, erfolgt, daß dagegen die Berichte aus Berlin, London und Paris zum großen Teil überhaupt nicht oder wenigstens nur in stark gekürzter Form weitergegeben werden. Dabei ist, wie aus einem in die Zirkulare nicht übernommenen Berichte[1])

[1]) Bericht Nr. 987/534 des belgischen Gesandten zu London, Grafen de Lalaing, an den Minister des Äußern Davignon. Lalaing berichtet darin über eine Unterredung, die er mit dem soeben ernannten englischen Gesandten für Belgien, Sir Francis Villiers, vor dessen Abreise nach Brüssel, in London gehabt hat. Darin heißt es wörtlich: «Nous avons causé du différend franco-allemand au sujet du Maroc. Sir Francis Villiers m'a paru plutôt pessimiste. Il semble disposé à croire que la guerre

des belgischen Gesandten in London vom 12. Oktober 1911 hervorgeht, die belgische Regierung über die drohende allgemeine Kriegsgefahr nicht nur, sondern auch darüber unterrichtet, daß England ein zunächst aus 80 000 Mann bestehendes, später auf 200 000 Mann zu erhöhendes Hilfskorps Frankreich zu Hilfe senden wird, daß also für Belgien selbst eine unmittelbare Gefahr besteht, in die Wirren eines kommenden Krieges hineingerissen zu werden. Sehen wir aber noch näher zu, so erkennen wir, daß fast durchweg jenen Auslassungen, so weit sie nicht gleichgültige Stellen und Formalien betreffen, das Bestreben zugrunde liegt, die England, daneben auch die Frankreich belastenden Mitteilungen möglichst zu unterdrücken oder sie mindestens so abzuschwächen, daß die Schuld an dem damals über Europa drohend sich zusammenballenden Gewölk gleichmäßiger verteilt wird. Im Zusammenhange mit der durch die Veröffentlichung der bekannten Unterredungen zwischen dem englischen Major Bridges und dem belgischen General Jungbluth uns gewordenen Aufklärung gewinnt diese Feststellung eine gewisse Bedeutung für das viel erörterte Problem der belgischen Neutralität vor dem Kriege. Das Bild jedenfalls, das wir aus den belgischen Zirkularen über den Verlauf der Marokkokrise bekommen, ist somit ein notwendig lückenhaftes und verzerrtes; es fehlen darin fast alle Mitteilungen über die Absichten der Großmächte, mithin gerade das, was nach dem Plan der Zirkulare deren Hauptinhalt ausmachen sollte, während das von Tanger weitergegebene örtliche Tatsachenmaterial vorherrscht. Dennoch ist auch dieses nicht ohne Wert für die rechte Abschätzung der unglückseligen Ursachenverkettung, die den Weltkrieg heraufgeführt hat.

---

entre les deux Puissances doit fatalement éclater. Tout au plus pourrait-on s'attendre à un délai d'un an ou deux pendant lequel l'Allemagne renforcerait sa flotte en prévision du grand conflit auquel l'Angleterre devra bien, semble-t-il, prendre part. Sir Francis pense que, dès le début des hostilités, la Grande-Bretagne pourrait envoyer un corps de 80000 hommes sur le Continent et expédier finalement 200000 hommes au secours de la France. Il n'a pas abordé la question de l'apparition des troupes anglaises sur le sol belge.»

Der Wiedereintritt Delcassés ins aktive politische Leben, Anl. 101.
zunächst auf dem verhältnismäßig untergeordneten Posten des Marineministers, nachdem er schon zu Beginn des Jahres 1908 einmal, wie wir sahen[1]), bei einer Marokkodebatte deutliche Beweise einer unveränderten politischen Gesinnung gegeben hatte, wird in Berlin zwar nicht tragisch genommen, zumal er ja nicht mehr in König Eduard einen Mann zur Seite hat, Vgl. Anl. 4.
„dessen Wegführer er zu sein glaubte und dessen Instrument er gewesen ist"; aber man ist doch auf der Hut, denn die öffentliche Meinung drängt in Frankreich auf eine aktivere Politik und macht es Pichon zum Vorwurf, daß er — was gar nicht in seiner Macht lag — die Potsdamer Zusammenkunft nicht verhindert habe, die übrigens, wie Greindl am 3. März 1911 berichtet, „niemand hätte beunruhigen können, wenn wirklich die Tripelentente, wie man es behauptet, nur die Erhaltung des Friedens im Auge hätte"[2]). Der Präsident des französischen Senats — so heißt es weiter in dem gleichen Zirkular — „sprach bei feierlicher Gelegenheit vor kurzem offener über die Revanche, als man es seit Jahren getan hat"; die Presse hat das Vorgehen gegen die Befestigung von Vliessingen warm begrüßt und Pichon dabei nur zum Vorwurf gemacht, daß er nicht zum Ziel gelangt sei; jeden Tag entdecken die französischen Blätter irgendeinen Grund zu Anklagen gegen Deutschland, „auf dessen innere Schwierigkeiten man zu spekulieren scheint".

In diese Richtung eines gewaltsamen Aktivismus, der nach Gelegenheit zur Betätigung ausspäht, weist denn auch der erste Bericht des Jahres 1911 aus Tanger über angebliche Unruhen Anl. 109.
und gefährliche Bewegungen im Innern Marokkos, die von der französischen Presse ungebührlich aufgebauscht und dazu benutzt werden, eine Verstärkung der französischen Truppen

[1]) Vgl. o. S. 36 und Anl. 4, S. 59.

[2]) Im Zirkular ist die hier folgende Stelle bezeichnenderweise ausgelassen: „Da in der Gruppierung der Mächte keine Änderung eingetreten ist, so müßte man eine Annäherung freudig begrüßen, die die deutsch-russischen Beziehungen verbessert; aber in Paris und London wünscht man gerade, daß sie schlecht sind." Vgl. Belgische Aktenstücke Nr. 63, S. 75.

in Marokko und ein weiteres Vordringen ins Innere zu verlangen[1]). Dabei sind nicht nur die auswärtige Politik, sondern auch die meisten Zweige der inneren Verwaltung bereits in den Händen der Franzosen, die gegen ihre Politik der friedlichen Durchdringung kaum mehr Widerstand finden, von Deutschland seit 1909 nicht mehr gehindert, von Rußland, England, Italien und Portugal unterstützt werden und nur bei Spanien auf eine gewisse Gegnerschaft stoßen, das, wegen seiner militärischen Schwäche zu selbständigem Vorgehen nicht imstande, seine — sicherlich trügerische — Hoffnung nur noch auf ein Veto
Anl. 111. Deutschlands setzt. Ein so folgenschwerer Entschluß, wie der des Marsches gegen Fez, wird ohne Kenntnis und entgegen den wiederholten Ratschlägen des französischen Gesandten in
Anl. 113. Tanger gefaßt. Einzig die Franzosen sind es, die die Lage der dort weilenden Europäer als verzweifelt hinstellen; überall im Lande herrscht, wie eine Inspektionsreise ergab, in Wahrheit völlige Ruhe, am meisten da, wo die Franzosen die schwärzesten Gefahren und Bedrohnisse an die Wand gemalt haben. Der belgische Berichterstatter zu Tanger glaubte sogar, seinen Minister darauf aufmerksam machen zu müssen, er möge etwa anläßlich des französischen Präsidentenbesuches in Brüssel erfolgenden mündlichen Beteuerungen der selbstlosen und humanen Rolle Frankreichs in Marokko keinen Glauben schenken.

Anl. 114. In London verfolgt man das französische Vorgehen zu Anfang mit ängstlicher Spannung, man scheint zu befürchten, daß „Frankreich durch irgendeinen unvorsichtigen Akt Deutschland Anlaß zu einer Beschwerde geben könne"; und wenn man auch von Deutschlands Friedensliebe überzeugt ist, so rechnet man doch damit, daß es in solchem Falle, um einen Beweis seiner Stärke zu geben und vor der parlamentarischen Opposition die Nützlichkeit seiner gewaltigen Heeres- und Flottenmacht zu erweisen, sich z. B. bei dauernder Besetzung von Fez durch die Franzosen zu einem Eingreifen entschließen könne.

[1]) Der Bericht aus Tanger vom 15. 4. 1911 wurde durch Zirkular nur den Gesandten in Berlin, Paris und London übersandt und dabei die Stelle: „daß Frankreich die Gelegenheit nicht habe vorübergehen lassen können, ohne seine Rolle als Retter der Zivilisation zu unterstreichen", ausgelassen. Vgl. u. S. 232.

Gegenüber Hetzereien der Jingopresse bewahrt das englische Kabinett einstweilen noch vorsichtige Zurückhaltung[1]). In Spanien nimmt die Regierung gegenüber Hetzartikeln der Presse Anl. 115. gegen Frankreich zunächst eine ähnliche Haltung ein und betont das gute Verhältnis zu dem Nachbarlande, auf dessen Anregung wahrscheinlich auch ein energischeres Vorgehen gegen Räuberbanden im Gebiet der spanischen Einflußsphäre in Marokko zurückzuführen ist. Die Anlehnung, die Spanien an Deutschland gesucht hat, hat dort, wo man Spaniens Haltung in Algeciras nicht vergessen hat, keine Gegenliebe gefunden, zumal man es dort vorzieht, solange Frankreich innerhalb der ihm auf jener Konferenz gewiesenen Grenzen bleibt, sich mit wirtschaftlichen Privilegien abfinden zu lassen. Spaniens energischeres Vorgehen, die plötzliche Besetzung von Larrasch und El-Ksar Anl. 122. hat jedenfalls nur die eine Folge, daß es einen Protest des Sultans an die Mächte heraufbeschwört, der angesichts der damaligen Isolierung Spaniens Erfolg zu haben verspricht. Im Gegensatz dazu hat Frankreich es verstanden, sich „die wertvolle Unterstützung Englands ebenso wie Deutschlands Neutralität zu sichern", hat es so durchgesetzt, sich die Gegenwart seiner Truppen in Fez durch den Sultan selbst erbitten zu lassen, so daß es nun zu der Behauptung imstande ist, es sei nach Fez nur gezwungen gegangen, während niemand nach der Mitwirkung Spaniens Verlangen trage[2]). —

[1]) Die Worte des Londoner Originalberichts Nr. 476/243 vom 9. 5. 1911, die von den Bemühungen des französischen Botschafters zu London sprechen, für Frankreich und gegen Spanien Stimmung zu machen, sind im Zirkular ausgelassen. Es hieß dort: »L'ambassadeur de France à Londres a constamment de longs entretiens au Foreign Office, où il s'efforcerait plus particulièrement d'insister sur les droits prépondérants de la France au Maroc, à côté desquels ceux de l'Espagne seraient insignifiants.«

[2]) Eine wichtige Stelle im Bericht aus Tanger vom 11. Juni, die darauf hinweist, daß Frankreich im Notfall auch bei Rußland Hilfe finden werde, während Spanien auf den Dreibund nicht rechnen könne, ist wiederum ausgelassen. Im Bericht hieß es: «Le rapport de mon collègue de Madrid du 26 Mai dernier No. 93 démontre que l'Angleterre marche d'accord avec la France et il est certain que la Russie les appuyerait au besoin. Quant à la triple alliance menée par l'Allemagne qui se désintéresse du Maroc le Gouvernement du Roi d'Alphonse n'a pas à compter sur son intervention....»

Am 30. Juni entsendet die deutsche Regierung, der ewig hinhaltenden friedlichen Versicherungen Frankreichs müde, den „Panther" nach Agadir, um die Interessen deutscher Staatsangehöriger in Südmarokko zu schützen und zugleich gegen Frankreichs ihrer Auffassung nach ungerechtfertigte Überschreitung der ihm in Algeciras zugebilligten Rechte, wie sie in der Besetzung von Fez zum Ausdruck kam, vor aller Welt sichtbar Protest zu erheben. Überraschend klingt das Echo, das dieser schnelle und unerwartete Schritt in Marokko
Anl. 128. selbst erweckt: von der dort ansässigen englischen Kolonie wird er mit Genugtuung begrüßt, weil man in diesen Kreisen nur ungern die Überlassung Marokkos an die Franzosen gesehen hat und das französisch-englische Abkommen vom 8. April 1904 als „eine Schande für Lord Lansdowne" empfindet. Ein vor kurzem publizierter Geheimvertrag vom 10. April 1911 — so heißt es weiter in jenem Bericht aus Tanger —, der eine zu bildende marokkanische Armee ganz von Frankreich abhängig macht, würde, wenn seine Echtheit sich erwiese, in der Tat zeigen, daß der Vertrag von Algeciras aufgehoben sei und daß Marokko das Schicksal von Tunis drohe. Muley Hafid habe die Ankunft des deutschen Kreuzers mit Genugtuung begrüßt, weil er vermutlich in der Rivalität zwischen den europäischen Mächten die einzige Rettung seiner Selbständigkeit erkenne. —

Während die belgische Regierung auch jetzt, nach der jähen Wendung in der marokkanischen Angelegenheit, es nicht für nötig hält, gerade die wichtigsten Berichte ihrer Gesandten aus den Zentren der europäischen, an Marokko in erster Linie interessierten Staaten weiterzugeben[1]), unterrichtet sie sie merkwürdigerweise über die Stellung der Petersburger maß-
Anl. 129. gebenden Kreise zur Marokkofrage, die, wie der Bericht selbst zugibt, an ihr nicht unmittelbar interessiert sind, sondern es nur lieben, das Spiel der Mächte zu beobachten. Sie erkennen in Deutschlands Schritt einen geschickt und zur rechten Zeit getanen Schachzug, wohl geeignet, Deutschlands bisher nicht

[1]) So die Guillaumes aus Paris vom 2., 8., 24., 28. Juli und 10. August (Belgische Aktenstücke Nr. 73, 75, 77, 79, 80, S. 87 f.) und die Lalaings aus London vom 5., 8., 24. Juli (ebenda Nr. 74, 76, 78, S. 89 f.).

genügend gehörte Stimme in der Marokkofrage zur Geltung zu bringen. Für die Politik Englands, das ebenso wie Frankreich durch seine inneren Verhältnisse so in Anspruch genommen sei, daß es an einen Krieg wohl nicht denken könne, würde die Besetzung Agadirs, zumal Gibraltar nicht mehr als uneinnehmbar gelten könne, eine dauernde Bedrohung der verschiedenen Schiffahrtswege bedeuten, die jener Hafen beherrsche. Indes sei es wahrscheinlich, daß Deutschland gar nicht an dauernde Besetzung denke, sondern nur gewillt sei, Kompensationen zu erlangen und damit die marokkanische Frage einer Lösung zuzuführen. Die Frankreich gewährleistete diplomatische Unterstützung Rußlands bedeute, wie die bosnische Krise erweise, nur dann etwas, wenn eine tatsächliche Macht dahinterstehe. — Eine ähnliche, allerdings den französischen Standpunkt mehr betonende Auffassung der Lage spricht aus einem Pariser Bericht Anl. 130. vom 12. Juli, der ebenfalls zunächst hervorhebt, daß die Flottenexpedition nach Agadir nur den klaren Ausdruck des Verlangens des Berliner Kabinetts bedeute, endlich von Frankreich gehört zu werden und gewisse Kompensationen von ihm zu erlangen: man wisse in Berlin, daß Frankreich keinen Krieg wolle, ihn auch nicht wollen könne; man frage sich deshalb in Paris, warum Deutschland nicht einen weniger geräuschvollen und England weniger herausfordernden Weg gewählt habe, um zum Ziele zu gelangen. Denn wenn jetzt darüber Verhandlungen eingeleitet seien, so wisse man doch nicht, ob England — ganz abgesehen von Spanien — sich in einer es so unmittelbar interessierenden Sache auf die Dauer ausschalten lasse. Im übrigen schreibe man in Paris in dem Bewußtsein, die Algecirasakte nicht übertreten zu haben, das Eingreifen Deutschlands den Einflüssen Spaniens zu, das seinerseits jene Grenzen nicht gewahrt habe. Die neue Lage — denn nicht nur in Deutschland, sondern auch in England scheine man die Algecirasakte als nicht mehr bestehend anzusehen — sei für Frankreich peinlich und ungewiß. „Von jetzt ab hängt es vom guten Willen Englands ab, ob es Öl ins Feuer gießen will (d'envenimer la question). Man muß hoffen, daß die Umstände und sein Eigeninteresse ihm im Gegenteil eine friedliche Haltung diktieren werden." —

Mit dieser Phrase schließt die Berichterstattung der belgischen Zirkulare über die Marokkokrise und den Zwischenfall von Agadir. Gerade dieses Zirkular aber, das von Deutschlands Vorgehen als von einer ungeschickten und unnötigen Herausforderung spricht, ist besonders an seinem Schlusse gegenüber dem Originalbericht so entstellt, daß die Absicht, Englands Eingreifen trotz allem in einem möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen, kaum zweifelhaft sein kann[1]). Der böse Vorwurf, daß England allein an der Vergiftung der Lage ein Interesse finden könnte, ist zu dem Ausdruck der Hoffnung gemildert, daß England im eigenen Interesse eine friedliche Haltung annehmen werde. Frankreich, „durch Kaiser Wilhelms Geste erschreckt", sucht — nach dem Originalbericht — Hilfe bei den beiden ihm befreundeten Mächten, zu denen vielleicht auch schon, von England herbeigerufen, Amerika sich gesellt hat. — Während der dann folgenden Berliner Verhandlungen, die endlich zu dem von Deutschland gewünschten Ausgleich führen und monatelang Europa in Atem halten, — Monate, während deren die Kriegs-

[1])

Im Zirkular:

D'ici là il dépend du bon plaisir de l'Angleterre d'envenimer la question. **Il faut espérer que les circonstances et son intérêt lui dicteront au contraire une attitude pacificatrice.**

Im Bericht:

et il dépend du bon plaisir d'Angleterre d'envenimer cette question. **Elle seule pourrait y trouver de l'intérêt.** Si comme on l'a dit, l'Empereur Guillaume a voulu donner un coup de sonde il a pu constater l'effroi que causent toujours ses moindres gestes et le prestige de ses armées. La France s'est immédiatement tournée du côté de l'Angleterre et de la Russie et s'il est vrai, ce dont je doute encore, que les Etats-Unis aient fait une démarche auprès du Cabinet de Berlin pour protester contre l'établissement de toute base navale allemande sur le littoral de l'Océan atlantique, il est probable que la Grande Bretagne ne serait pas étrangère à l'entrée en scène de la grande puissance americaine.

gefahr oft unmittelbar an Belgiens Tür zu klopfen schien und das Land selbst zu außergewöhnlichen Vorsichtsmaßregeln veranlaßte, erfuhren die belgischen Gesandten durch die Zirkulare offenbar so gut wie nichts über den Fortgang der Dinge. Und doch hatten die belgischen Vertreter in Paris, London und Berlin ihre Regierung dauernd auf dem Laufenden gehalten. Diese aber mußte wohl bestimmte Gründe haben, um Äußerungen wie die des Barons Guillaume in seinem Bericht vom 28. Juli[1]): „Im allgemeinen habe ich ein geringeres Zutrauen zu den friedlichen Absichten Großbritanniens, das nicht ungern sieht, wenn die anderen sich gegenseitig verschlingen" oder die andere des gleichen Berichts: „Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu erhalten. Nicht so die Engländer, die sich über gewisse Grundsätze und Forderungen nicht vergleichen werden," und andere ähnlichen Inhalts ihren Vertretern nicht mitzuteilen[2]). — Erst lange nach der Beilegung der Krise wird uns in einem Zirkular vom 24. Januar 1912 Anl. 140. auf Grund eines Londoner Berichts vom 15. Januar[3]) angedeutet, daß es zwischen England und Frankreich während jener Verhandlungen zu schweren Verstimmungen gekommen sei, weil sich England durch zu weitgehendes Entgegenkommen des Kabinetts Caillaux gegenüber deutschen Forderungen verraten glaubte, und daß damit diejenigen recht zu bekommen schienen, die in der von dem damaligen englischen Kabinett befolgten Politik einer engeren Bindung an Frankreich einen politischen Fehler erblickten; eine Ansicht, die vor allem von dem linken Flügel der Liberalen und der Arbeiterpartei energisch vertreten wird[4]).

So fragmentarisch und einseitig die belgische Regierung ihre auswärtigen Vertreter über die Marokkokrisis unterrichtet, so sehr ist sie bestrebt, sie über die Vorgänge auf dem Bal-

---

[1]) Belgische Aktenstücke Nr. 79, S. 93.

[2]) Vgl. Belgische Aktenstücke Nr. 79—86, S. 93—104.

[3]) Vgl. Belgische Aktenstücke Nr. 87, S. 104. Wiederum ist das Zirkular gegenüber dem Originalbericht stark zu Englands Gunsten gemildert.

[4]) Vgl. Europäische Politik, Bd. 4, S. 1.

kan während des Jahres 1911 durch ausgiebige Verwertung und Weitergabe der zahlreich vor allem aus den kleinen Balkanstaaten eingehenden Berichte dauernd auf dem Laufenden zu halten. Die Zeit scheinbarer Beruhigung und Stabilisierung der Verhältnisse ist nur eine sehr kurze; schon Anfang Februar
Anl. 99. beginnt man wieder in Serbien mit ängstlicher Sorge nach dem ewig brodelnden Mazedonien zu schauen, wo das neue türkische Regime so wenig Ordnung zu halten vermag, wie das alte es vermocht; man fühlt sich weiterhin auf allen Seiten von österreichischen Intrigen umwittert, die selbst vor den Grenzen Serbiens nicht haltmachen, und will an die Ehrlichkeit der friedlichen, auf die Erhaltung des Status quo im nahen Orient ausgehenden Erklärungen des Grafen Aehrenthal nicht glauben. In dem alten, von Serbien seit langem verfolgten
Anl. 100. Bestreben der Herstellung einer Transbalkanlinie von der Donau zur Adria, in der Furcht vor Unruhen in Albanien und Mazedonien findet man sich mit Italien zusammen und erwartet von dem Eingreifen des Königs Victor Emanuel eine Besserung der in letzter Zeit sehr gespannten serbisch-montenegrinischen
Anl. 102. Beziehungen. In Rumänien, wo man im Gegensatz zu Serbien zu der Aufrichtigkeit der österreichischen Politik volles Vertrauen hat, ist man auf der Wacht vor bulgarischen Vergrößerungsplänen. Die Türkei selbst ist sich bewußt, daß die Ruhe
Anl. 103, 105. in Albanien dauernd durch Wühlereien von außen bedroht, und daß das Zentrum dieser mit großen Geldmitteln arbeitenden Intrigen in Montenegro zu suchen ist, wenn man sich auch den Anschein gibt, an eine ernste Gefahr albanischer Unruhen nicht zu glauben und den Scharmützeln an der österreichischen Grenze ebenso geringe Bedeutung beizulegen, wie dem Aufstande im Yemen.

Anl. 106. Der nun bald — Ende März — tatsächlich ausbrechende Aufstand der Malissoren in Albanien wird anfangs ebenfalls in Konstantinopel in seiner Bedeutung nicht erkannt und
Anl. 108, 123. deshalb unterschätzt; daß er nicht so schnell, wie man anfangs gehofft, niedergeschlagen werden kann, führt man dort auf die Hilfe zurück, die den Aufständischen aus Montenegro zuteil zu werden scheint, dessen Neutralitätsbeteuerungen man keinen

Glauben schenkt. Hinter Montenegros Vorgehen aber wieder vermuten die einen den Einfluß Rußlands, dessen Politik seit Iswolskis Ersatz durch Sasonoff sich in Wahrheit wieder mehr und mehr den asiatischen Problemen, China und Persien, zuwendet, die anderen Österreich, das aber die Gefährlichkeit einer solchen Politik für die eigenen Interessen einsehen muß, andere wieder Montenegros eigene kriegerische Instinkte, das sich, dank der dynastischen Beziehungen seines Herrscherhauses, bei einem etwaigen Fehlschlage der von ihm angestifteten Unruhen vor der Vernichtung sicher wähnen darf. Während man auch jetzt noch in Bukarest an aggressive Absichten Österreichs nicht glaubt, das sich hüten werde, den gefährlichen Weg nach Saloniki zu gehen, zumal es in Triest und Fiume ausreichende Ausfuhrhäfen besitze, hält man hier Italien für stärker interessiert an der Entwicklung der Dinge an der Ostküste der Adria, da ein selbständiges Albanien und die dadurch bewirkte Schwächung der Türkei im äußersten Westen ihres Herrschaftsbereichs durchaus in der Richtungslinie der italienischen Politik lägen.

Anl. 107, 108, 112. Anl. 110.

Was hier nur als wohlbegründete Vermutung auftaucht, wird bald von anderer Seite bestätigt: man zweifelt in Konstantinopel nicht daran, daß italienische Komitees die Arnauten kostenlos mit Waffen versehen und befürchtet neue Anschläge des ewig unruhigen jüngeren Garibaldi; aber man hofft dort noch immer, aller Unruhen ohne größeres Blutvergießen Herr zu werden, in sicherem Vertrauen auf die moralische Unterstützung Deutschlands, das seine durch die jungtürkische Revolution anfangs geschwächte Stellung am Goldenen Horn dank der geschickten Politik des Barons Marschall wieder neu gefestigt hat. Als dann aber die Türkei im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Integrität sich zur Versammlung eines größeren Truppenaufgebots an der montenegrinischen Grenze entschließt, da tritt auch Rußland, von König Nikita zum Schutze der christlichen Balkanstaaten aufgerufen, aus seiner Zurückhaltung heraus, ohne indes mit seiner an die Türkei gerichteten Warnung die Zustimmung der anderen Großmächte zu finden. So sehr man dann auch in Konstantinopel bemüht ist, die anfängliche Erregung über

Anl. 116, vgl. 123. Anl. 119, 120. Anl. 121.

das russische Vorgehen auf das rechte Maß zurückzuführen, so ist man doch nicht ohne Besorgnis wegen einer neuen Orientierung der russischen Orientpolitik nach dem Balkan hin: denn man ist sich klar darüber, daß „Rußlands Interesse ... es erfordere, daß der langsame Auflösungsprozeß des (türkischen) Reiches fortdauere. Es hatte allerdings seit dem Aufkommen des neuen Regimes dafür gesorgt, seine wahren Gefühle unter der Maske lebhafter Herzlichkeit zu verbergen. Jetzt hat es den Augenblick für gekommen erachtet, sich teilweise zu entschleiern", hat aber damit nur denen die Augen geöffnet, die sich bisher über Rußlands Stellung zur Türkei noch in Illusionen gewiegt hatten.

So finden sich, wie schon öfters[1]), auf dem Balkan die Inter-
Anl. 123. essen Rußlands mit denen Italiens zusammen, das immer deutlicher und unverschleierter seine durch Lieferung von Mannschaften und Waffen unterstützte Hetzpolitik in Montenegro weiterführt, um dieses in den Krieg gegen die Türkei zu
Anl. 124. treiben; während man allerdings in Serbien, und wie es scheint nur da, der Meinung ist, daß jene geheimnisvollen Waffen österreichischer Herkunft sind: auch hier aber erkennt man die für den Bestand der Türkei gefährliche Bedeutung an, die die in Italien entstandenen Kolonien albanischer Emigranten allmählich gewonnen haben. Was jener russische Schritt in
Anl. 124, 125. Konstantinopel nicht zuwege gebracht: die Türkei zu Konzessionen an die Aufständischen zu veranlassen, das gelingt nun dem Vorgehen der österreichischen Regierung, dem sich die anderen Mächte anschließen. Von Montenegros Haltung, von der Aufgabe der auf Erweiterung nach Süden gerichteten Bestrebungen des Königs Nikita, scheint nunmehr der Weiterbestand des Friedens abzuhängen; in Wien ist man jetzt (Mitte Juni 1911) auch von Italiens friedlichen Absichten überzeugt.
Anl. 126. Aber die Hoffnungen auf Montenegros Einsicht erweisen sich als trügerisch. Indem es trotz allem auch weiterhin die albanischen Rebellen unterstützt, beschwört es die Gefahr von Zwischenfällen herauf, die den Chauvinismus der Balkanslawen aufzuwecken geeignet sind. Man hat jetzt in Konstantinopel

[1]) Vgl. o. S. 14, 28.

keinen Zweifel mehr, daß Montenegro von Rußland im stillen Anl. 127.
unterstützt wird, wo man zwar einen Krieg vermeiden will, aber die Schwächung der Türkei durch den albanischen Aufstand nicht ungern sieht. Wenn zuletzt die Unruhen unter dem Druck Anl. 131.
der Mächte durch neue Konzessionen der Türkei an die Arnauten beendigt werden, so ist der eigentliche Sieger Montenegro, dessen König durch seine schlaue Politik sich nicht nur von der Vormundschaft Rußlands befreit, sondern sein Prestige gegenüber dem großen serbischen Bruder gehoben und zugleich, indem er den Malissoren zur Selbstverwaltung verhalf, zum Auseinanderfall der Türkei das seinige beigetragen hat.

Die Gefahr für den Bestand des türkischen Reiches kam allerdings zunächst von einer anderen Seite: von Italien, dessen mehr als zweifelhafte Haltung zum albanischen Aufstand wir kennen lernten, das nun die Nichterfüllung seiner tripolitanischen Forderungen am 28. September mit einem Ultimatum beantwortete, das den Kriegsausbruch bedeutete. Die belgischen Zirkulare widmen dem Verlauf dieses Krieges und seiner Rückwirkung auf die europäische Politik verhältnismäßig geringe Aufmerksamkeit; diese gilt vielmehr nach wie vor in erster Linie der Weiterentwicklung der Dinge in der europäischen Türkei und deren Randstaaten. Man ist am Goldenen Horn Anl. 133.
— unter dem Einfluß der ersten Mißerfolge der Italiener — nach wie vor gesonnen, mit allen Mitteln, über die man selbst verfügt, die Integrität des Reiches aufrechtzuerhalten, die Stärkung durch Allianzen aber so lange zu verwerfen, als sie nur durch Abtretung von Reichsteilen, wie z. B. von Mesopotamien an England, zu erkaufen wären. Deutschland bemüht sich dabei Anl. 135.
ehrlich, zwischen dem befreundeten und dem verbündeten Reiche zu vermitteln und auf beiden Seiten die Hindernisse für einen schnellen Friedensschluß zu beseitigen, erreicht damit aber nur Verstimmungen in der Türkei und in Petersburg das Auftauchen neuer Hoffnungen auf eine Annäherung Italiens an Rußland und damit auf „baldige Zersprengung des Dreibunds".

Unter dem Druck der Furcht, daß bei längerer Fortdauer des tripolitanischen Krieges neue Gefahren von seiten der Balkanstaaten entstehen könnten, gewinnt damals jener Ge-

danke eines Balkanbundes mit Einschluß der Türkei wieder Boden, der, schon zweimal von russischer Seite angeregt, eine Zeitlang die Gemüter in lebhafte Erregung versetzt hatte[1]). Daß auch jetzt ein solcher Bund mit Notwendigkeit sich unter Rußlands Schutz stellen müsse, und daß es schwer sein werde, die auseinanderstrebenden Interessen der in ihm vereinten
Anl. 133, 136. Staaten auf die Dauer zusammenzuhalten, wird in Konstantinopel dagegen geltend gemacht und deshalb von mancher Seite ein engerer Bund nur mit Bulgarien befürwortet. Aus ähnlichen
Anl. 134. Gründen prophezeit der belgische Gesandte in Belgrad dem von Hartwig dort, wie es schien auf Weisung von Petersburg, betriebenen Projekt des Balkanblocks selbst jetzt keinen besseren Erfolg als bei seinem ersten Auftauchen im Geiste Iswolskis nach der bosnischen Krisis, obgleich die in dieser Richtung tätigen Kräfte in der Türkei, wie in Serbien und Bulgarien allmählich
Anl. 133. an Boden gewinnen; einflußreiche Publizisten in Konstantinopel predigen ein Umschwenken der türkischen Politik von der deutschen auf die russische Seite, während die öffentliche Meinung im ganzen immer noch im Russen den Erbfeind des türkischen Reiches sieht und von einer Verwirklichung des Bündnisplanes die Unvermeidlichkeit weiterer Konzessionen an die christlichen Balkanvölker befürchtet. Das Jahr geht nicht zu Ende, ohne neue Gefahren am Horizonte des türkischen Reiches erscheinen zu lassen: Rußland, wo sich immer noch Neigung
Anl. 135, 137. zum engeren Anschluß an Italien zeigt, will die Dardanellenfrage aufrollen; in Mazedonien wird aufs neue von den Bulgaren mit
Anl. 138. Dynamitattentaten gearbeitet, und man hat schon wieder Beweise, daß italienische Sendlinge hinter den Revolutionären stehen, deren Komitee sich in einem Aufruf an die Mächte offen der von ihm organisierten Banden und ihrer Taten rühmt; mit den Bulgaren verbinden sich hier die Albanesen gegen die Serben; Rumänien und die Türkei im Verein suchen die Griechen
Anl. 139. zu unterdrücken. Mit einem besorgten Überblick über die der Türkei von allen Seiten, aus Albanien, Mazedonien, Montenegro drohenden Schwierigkeiten, über die Gefahr, daß aus dem Eingreifen Österreichs ein allgemeiner Konflikt entstehen, und

[1]) Vgl. o. S. 21 und 30.

daß der türkische Haß gegen die Italiener in einer Explosion des islamischen Fanatismus gegen alle Fremden sich entladen könne, klingt die belgische Berichterstattung des Jahres 1911 sehr pessimistisch aus, um dann allerdings die des beginnenden neuen Jahres mit erleichtertem Aufatmen, dank der im Laufe des Dezember gebesserten Lage, einsetzen zu lassen[1]).

Aus der verwirrenden Fülle der Gesichte, die uns die Betrachtung der politisch ungemein bewegten Jahre von 1908—1911 erschließt, wenden wir uns zum Schluß noch einmal zu der Stellung Deutschlands zu den großen Weltproblemen der Zeit, wie sie uns aus dem Spiegel der belgischen Gesandtschaftsberichte und der Zirkulare in voller Klarheit entgegentritt. —

In sicherem, vielleicht allzu sicherem, Bewußtsein seiner Kraft zeigt das Deutsche Reich allen auftauchenden Problemen gegenüber zunächst die denkbar größte Zurückhaltung. Wie es in der Kretafrage den anderen Großmächten Europas völlig freie Hand gelassen hat und nur über der Wahrung des Status quo in der ihm befreundeten Türkei wacht, so hat es in Mazedonien nur einen gerechten Ausgleich der gegeneinander stürmenden Kräfte und damit die Wahrung des Friedens im Auge; so läßt es Österreich-Ungarn in der Frage der Sandschakbahn und der Angliederung Bosniens freie Hand, obwohl beide Maßnahmen zu Anfang in Deutschland auf starke Verurteilung stoßen und bei beiden die deutsche Regierung nicht um ihren Rat angegangen worden ist; so erhebt es lange Zeit keinen Widerstand gegen Frankreichs, nach Ansicht der belgischen Gesandten mit dem Wortlaut der Algecirasakte kaum mehr zu vereinbarendes, Vorgehen in Marokko; so sucht es zuletzt im Kampfe zwischen der Türkei und Italien eine nach beiden Seiten wohlwollend-neutrale Haltung zu bewahren. Diese vornehme und kühle Zurückhaltung aber hat da ihre Grenzen, wo Deutschland seine eigenen Lebensinteressen, die seiner Verbündeten oder den Weiterbestand des europäischen Friedens bedroht glaubt: entschlossen tritt es hinter seinen Bundes-

[1]) Vgl. Bd. IV, S. 1.

genossen, als die Entwicklung der bosnischen Frage zum Kriege oder zur Demütigung Österreichs zu führen droht, und zwingt damit die Gegner zum Rückzuge; es wagt die Expedition nach Agadir, um die eigenen wirtschaftlichen Interessen in Marokko zu wahren und für die offenbare Überschreitung der Algecirasakte von seiten Frankreichs einen entsprechenden Ausgleich zu erzwingen.

Selten nur äußern sich die Zirkulare über die Klugheit und politische Zweckmäßigkeit dieser deutschen Politik. Um so zahlreicher sind die Stellen, die den guten Willen, die aufrichtige Friedensliebe der deutschen Regierung und des Deutschen Kaisers hervorheben, gegen dessen Schwächen und temperamentvolle Unbesonnenheiten man durchaus nicht blind ist. Wiederholt verwahren sich unsere Berichte gegen die absichtliche Mißdeutung deutscher Maßnahmen und gegen die diesen immer wieder fälschlich untergeschobenen Motive: eine Feststellung, die um so wertvoller für uns ist, als ebenso zahlreiche Urteile der belgischen Diplomaten die Politik des Dreiverbandes, vor allem die persönliche Tätigkeit König Eduards VII. energisch mißbilligen. Der Haß, der nach Greindls Bericht[1]) vom 16. Mai 1909 allein die drei in diesem Bunde zusammengeschlossenen Mächte gegen Deutschland eint, ist noch nie ein guter und zuverlässiger politischer Berater gewesen: gegen dasselbe Deutschland, dem nach einem anderen Worte Greindls aus dem Jahre 1908[2]) „die Welt die 37 Friedensjahre verdankt, deren sie sich bisher hat erfreuen dürfen".

[1]) Vgl. Anl. 66 u. o. S. 22.
[2]) Vgl. o. S. 10 u. Anl. 26, S. 98/99.

ANLAGEN

VORBEMERKUNG

Alle Hervorhebungen durch fetten Druck rühren, wo es nicht ausdrücklich anders bemerkt ist, vom Bearbeiter her.

1.

BRUXELLES, 13. 1. 1908.

(Extrait d'un rapport de Londres du 13 décembre 1907, No. 556.)

Relations anglo-allemandes.

Après sa visite officielle au Roi Edouard et son séjour de trois semaines près de Bournemouth, l'Empereur d'Allemagne a passé quelques jours à Londres à l'Ambassade d'Allemagne où le comte Metternich a invité pour rencontrer Sa Majesté à diner des membres de la famille royale et de la haute société anglaise que Guillaume II désirait voir, ainsi que des personnages du monde officiel.

Une pluie de décorations allemandes s'est abattue sur le pays, ce qui a fait le meilleur effet, les anglais étant très friands de rubans, sous le nouveau règne. Sa Majesté Impériale n'a rien négligé pour se rendre populaire. Elle a visité des écoles, planté des arbres commémoratifs de sa visite, etc., etc. Au moment de son départ pour la Hollande l'Ambassade a fait parvenir une note à la presse, exprimant la satisfaction de l'Empereur au sujet de sa réception par la nation britannique et son espoir que sa visite aura contribué à entretenir des sentiments d'amitié entre les deux pays.

La presse de Londres s'est montrée discrète dans ses commentaires sur la question allemande pendant le séjour du visiteur Impérial, dont la présence a donné lieu à une détente momentanée dans l'opinion, sans cependant, comme c'était à prévoir, modifier les vues des hommes d'état des deux nations ou la politique des cabinets.

Dans les cercles officiels, on est d'avis que la visite de Guillaume II a donné tous les résultats qu'on pouvait en espérer.

Ceux qui ont approché Sa Majesté ont été sous le charme de sa personnalité et il est certain qu'il est aujourd'hui moins impopulaire qu'il y a un mois. Mais la méfiance à l'égard du Cabinet de Berlin et des visées ambitieuses de l'amiral de l'Atlantique persistent comme avant.

2.

BRUXELLES, 22. 1. 1908.

(Extrait d'un rapport de Tokio du 7 décembre 1907, No. 104.)

Russie et Japon.

M. Shipoff, ancien ministre des finances de Russie vient de visiter le Japon. Il s'est surtout entretenu avec les hommes d'affaires et les banquiers et a dans plusieurs réunions publiques témoigné de son admiration pour les progrès accomplis par le Japon et déploré qu'un courant plus important d'affaires n'existe pas entre les deux pays. Il dit que le but de son voyage est de travailler à augmenter les intérêts communs.

Les excellents rapports qui existent aujourd'hui entre la Russie et le Japon et la réconciliation si prompte qui s'est opérée entre eux sont-ils bien réels et seront-ils durables?

Le gouvernement japonais croit à la sincérité des assurances russes; il ne redoute pas une nouvelle agression de la part de l'adversaire qui lui a coûté tant de sang et d'argent.

Il est difficile de savoir exactement sur quelles données se base la confiance du gouvernement Impérial mais il est certain que cette confiance existe.

La mission de M. Taft à St. Pétersbourg ne parait pas de nature à l'ébranler.

C'est avec le plus grand calme qu'on envisage à Tokio le voyage du secrétaire d'Etat de la guerre en Russie.

La raison en est peut-être qu'on est bien renseigné sur la politique que le ministre des affaires étrangères de Russie veut suivre dans un orient moins lointain.

Lorsque M. Iswolsky était ministre de Russie à Tokio il a exprimé l'avis, dans des conversations privées que la politique

russe en Mandchourie était en avance de 50 ans; et que la Russie avant de s'engager en Extrême-Orient devrait réaliser son programme historique dans les Balkans et en Turquie.

3.

BRUXELLES, 27. 1. 1908.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 18 Janvier 1908, No. 12.)

Situation politique au Maroc.

La fête du mouton s'est passée hier fort tranquillement ici. Les autorités maghzéniennes, habilement conseillées, avaient fait comparaître le Cadi de Tanger, suspect de Hafidisme, et lui avaient déclaré que s'il ne faisait pas la prière à la grande Mosquée au nom d'Abd-el-Aziz, il serait fusillé sur le champ: l'on eût tenu parole. Trois soldats armés de fusils entouraient le Cadi pendant la lecture de la prière, fait inouï jusqu'à présent dans une mosquée.

A Rabat, le Sultan a pu conjurer les velléités de révolte suggérées par l'exemple de Fez, en convoquant les principaux notables de la ville et de Salé. Il leur montra les périls de la situation du Maroc, menacé par la France, et parvint à les persuader qu'il travaillait pour leur bien.

A Tétouan, la première apparition des officiers de police espagnols en uniforme avait failli provoquer des troubles, il y a quinze jours, dans la population soutenue par les autorités. Là aussi, le calme semble rétabli.

Les questions posées par le Sultan aux Ouléma de Fez et qui furent le prétexte de sa déchéance, concernaient l'emprunt français, et non pas l'appel aux troupes françaises.

Quelles sont aujourd'hui les probabilités pour ou contre le nouveau Sultan imposé par l'émeute au choix des chefs religieux de Fez?

Mouley Hafid ne saurait guère songer à marcher sur cette capitale. Le prestige des grands Caïds qui le soutiennent se borne à la région de Marrakesch dont ils sont originaires. A mesure qu'ils s'éloigneraient du territoire des Haouz, ils se heurte-

raient aux rivalités de tribus qui dominent toute la vie politique du Moghreb.

De plus, les chemins naturels qui mènent à Fez passent, l'un par la côte, à portée des troupes françaises, l'autre par Méquinez, dont le Gouverneur aurait juré de barrer la route à l'armée Hafidiste.

Enfin, le triomphe final d'Abd-el-Aziz est nécessaire au succès de la politique française. Celle-ci, après avoir successivement paralysé l'opposition allemande et le mauvais vouloir même du Maghzen, saura bien, semble-t-il, contourner encore le dernier obstacle dont elle ait à s'inquiéter: l'hostilité de peuplades divisées entre elles et sans organisation guerrière.

Grâce à l'avance imminente de quelques millions français, en attendant «le grand emprunt» une Mahalla partira, dit-on, dans quelques semaines pour Fez. Une autre doit marcher plus tard sur Médionna, où elle remplacera les troupes françaises, selon les conventions arrêtées entre le Maghzen et M. Regnault.

Aujourd'hui, les conseillers les plus écoutés du Sultan sont incontestablement gagnés à la cause française.

«Les français, disait un des membres les plus intelligents de la Délégation Chérifienne, ont abandonné la manière violente. Ils ont eu l'habilité de se montrer très sincères dans leur désir de travailler pour le Sultan. Lorsque des émissaires de tribus viennent offrir leur soumission, les autorités militaires françaises les renvoient aux **autorités Chérifiennes**[1]). La France a forcé les Beni-Snarsen à fournir mille cavaliers pour renforcer **la Mahalla du Sultan**[1]). C'est ainsi qu'ils ont fini par convaincre le Maghzen que le Maroc a besoin de leur collaboration. Peu à peu, la pénétration pacifique deviendra une réalité. Après les fonctionnaires, viendront les chemins de fer français, et les mines du Maroc entre des mains françaises.»

«Le Sultan a du choisir entre deux dangers: braver l'opposition de son peuple ignorant ou braver la France et derrière elle l'Europe, garante de l'acte d'Algéciras. Il a choisi le moindre péril. Accepter l'amitié française, telle est aujourd'hui pour le Maroc, la seule chance de salut.»

[1]) Im Zirkular unterstrichen.

41[1]).

BRUXELLES, 31. 1. 1908.

(Extrait d'un rapport de Paris du 27 janvier 1908, No. 643.)

Débat sur les affaires marocaines à la Chambre des Députés de France.

La Chambre a commencé vendredi dernier et terminera lundi ou mardi prochain l'examen des interpellations sur les affaires marocaines. M. Jaurès qui avait suspendu depuis quelques mois ses attaques contre M. Clémenceau a pris le premier la parole pour critiquer la politique marocaine du Gouvernement et pour proposer l'abandon de toute action au Maroc, c'est-à-dire l'abdication de la France. M. Jaurès ne semble tenir aucun compte de la dignité nationale tandis que l'opinion publique et la majorité de la Chambre, qui ne sont pourtant ni l'une ni l'autre favorables à une aventure marocaine sont nettement hostiles à une politique d'abdication. M. Ribot dans une mordante et énergique réplique aux arguments du leader socialiste a exposé les raisons de dignité, d'intérêt et d'honneur national qui obligent la France à poursuivre l'œuvre marocaine. M. Ribot en y ajoutant quelques conseils de prudence approuve au fond l'attitude du Gouvernement au Maroc.

Le fait le plus important et le plus inattendu de la séance de vendredi a été l'intervention de M. Delcassé. L'ancien Ministre des Affaires Etrangères, tombé en juin 1905 dans les circonstances tragiques qui sont encore présentes à la mémoire de tous s'était abstenu jusqu'ici avec autant de tact que de patriotisme de chercher à se justifier et son silence avait été apprécié autant ici qu'au delà des frontières de l'Est.

On se demande si c'est fortuitement ou avec préméditation que M. Delcassé est intervenu dans le débat. Le fait est que sur une allusion faite par M. Jaurès, il a demandé la parole et a prononcé un discours qui a fait sensation. Certes bien des raisons personnelles pouvaient engager M. Delcassé à profiter d'une occasion pour parler à tous ceux qui poursuivent encore

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 40, S. 48.

aujourd'hui sa politique générale après l'avoir abandonné et maltraité depuis le jour où sa retraite avait été décrétée comme un sacrifice national. **En faisant l'historique des amitiés qui se sont groupées autour de la France sous son administration, il s'est attribué tout le mérite d'une situation nouvelle qui d'après lui, rendait la guerre avec l'Allemagne impossible. Le Français chauvin s'est rallié avec enthousiasme à cette affirmation sans se demander 1°) si le groupement nouveau des Puissances n'est pas le résultat d'un vaste programme admirablement conçu à Londres et dans l'exécution duquel M. Delcassé a beaucoup plus été un instrument qu'un initiateur? 2°) Si son affirmation que la résistance aux prétentions de l'Allemagne en 1905 et le refus d'aller à Algésiras n'eussent pas amené la guerre est fondée? C'est là une opinion qu'il est facile pour l'ex-ministre d'avancer aujourd'hui pour soulever en sa faveur les sentiments patriotiques de ceux qui ont souffert de l'humiliation subie en 1905.** Mais cela n'empêche que tous ceux qui ont acclamé hier M. Delcassé avaient au moment de sa chute une appréciation bien différente du résultat de sa politique et aucun d'eux ne lui a tendu la main ou n'a osé proférer une parole pour sa défense lorsqu'il a été immolé.

Si M. Delcassé a réussi en faisant habilement vibrer la note patriotique à obtenir un succès personnel notoire, on se demande s'il n'a pas commis une grosse faute politique en ravivant des incidents délicats et en risquant de provoquer de nouvelles et dangereuses polémiques dans la presse étrangère. On voit du reste déjà combien son discours est apprécié en Angleterre et combien il est critiqué en Allemagne.

La note officieuse de la «Gazette de Cologne» est une riposte qui a déjà fait comprendre ici combien était déplacé l'élan d'enthousiasme qui s'est manifesté vendredi à la suite des paroles de M. Delcassé. On estime donc que M. Delcassé eût agi sagement en continuant à se renfermer dans un prudent silence.

M. Pichon en répondant mardi aux diverses interpellations se bornera sans doute à indiquer la politique que le Gouvernement compte suivre au Maroc et sans vouloir s'engager à la

suite de M. Delcassé dans la discussion du passé, il jugera peut-être utile d'atténuer l'impression produite à l'étranger par certaines de ses affirmations.

5.

BRUXELLES, 10. 2. 1908.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 14 janvier 1908. No. 20.)

Affaires marocaines.

Le Cabinet de Vienne, qui ne poursuit pas des intérêts politiques au Maroc, observe l'attitude des Puissances au regard de la déposition d'Abdul-Azis.

Il croit savoir que le Ministère Clémenceau n'a pas l'intention de se lancer dans une aventure belliqueuse au Maghreb.

«Je n'ai pas, aurait dit récemment M. Clémenceau, renversé Jules Ferry, il y a dix-huit ans, je n'ai pas écrit des centaines d'articles contre la guerre du Maroc pour y faire moi-même la guerre. Il ne serait pas difficile d'y entrer, au Maroc, le plus difficile serait d'en sortir.»

On pense dès lors que, aussi longtemps que M. Clémenceau sera Ministre-Président, une action militaire considérable n'aura pas lieu.

On croit savoir au Ballplatz que le Roi Edouard partage entièrement la manière de voir du Gouvernement français. On sait, aussi bien, que le maintien intégral de la capacité politique et militaire de la France est, à ses yeux, une des conditions essentielles de l'entente anglo-française. Il en résulte que la France et l'Angleterre éviteront tout ce qui serait susceptible d'affaiblir la puissance militaire de l'une d'elles.

On n'ignore pas, d'autre part, qu'entre les vues de l'Allemagne et de la France au sujet du Maroc, il existe certaines divergences. Tandis que la France prétend que c'est affaire à elle et à l'Espagne de rétablir éventuellement l'ordre au Maroc, vu qu'elles ont obtenu un mandat à cette fin à Algésiras, on opine à Berlin que la question intéresse toutes les Puissances

européennes et que conséquemment, le mandat ne peut être réservé exclusivement à la France et à l'Espagne.

Dans ces conditions, on envisage, avec une extrême attention, les côtés délicats de l'événement.

6.

BRUXELLES, 26. 2. 1908.

(Extraits de 2 rapports de St. Pétersbourg en date des 4 et 6 février 1908, No. 46 et 50.)

Incident Bompard.

L'Ambassadeur de France, M. Bompard, rentré depuis peu à son poste est reparti subitement pour Paris.

Suivant la version la plus accréditée dans les cercles diplomatiques, ce départ serait motivé par les attaques dont non seulement l'Ambassadeur mais aussi le Gouvernement de la République ont été récemment l'objet dans la presse russe.

Sous la signature du Prince Metschersky, le journal «Grodjamine» a publié un article des plus violents où il s'en prend d'abord à M. Clémenceau qui, dit-il, est, de par ses opinions politiques et son attitude peu dissimulée, l'ennemi de la Russie actuelle, en même temps qu'il compromet la France dans son désir cynique de plaire à l'Angleterre.

Quant à M. Bompard, il reflète avec un zèle maladroit «les sentiments de son Gouvernement. Il a, de la sorte, réussi à s'aliéner les sympathies de la bonne société de St. Pétersbourg et finira par ne plus s'entourer que de cadets et de socialistes révolutionnaires. Dans ces conditions l'alliance franco-russe risque fort de décliner rapidement.»

L'impression dans les milieux politiques est que cette campagne de presse, réédition de celle du mois d'août dernier, aurait pour cause première la résistance opposée par M. Clémenceau, sur la suggestion de M. Bompard, au projet d'émission d'un nouvel emprunt russe sur le marché français, sans l'assentiment préalable de la Douma.

Un communiqué publié hier par les journaux au sujet de

l'incident diplomatique soulevé à l'occasion de l'article malveillant du «Grodjamine» contre l'Ambassadeur de France, annonce que le journal en question a été frappé d'une amende de mille roubles par le préfet de St. Pétersbourg muni des pouvoirs discrétionnaires que lui confère la protection renforcée sous le régime de laquelle est administrée la capitale.

Le communiqué déclare en même temps que les lois russes ne contiennent pas de disposition qui permette de poursuivre par une action publique, en procédure pénale, les offenses dirigées par voie de la presse contre les représentants des Puissances amies. C'est pourquoi il n'a pu être fait autrement droit à la réclamation de l'Ambassadeur.

La demi satisfaction donnée à M. Bompard, et seulement après son départ subit de St. Pétersbourg, est évidemment insuffisante car il eut été facile au Gouvernement russe de trouver un moyen moins indirect de prendre publiquement la défense de l'Ambassadeur de la puissance alliée.

Elle est, néanmoins, vivement critiquée et jugée excessive par la presse conservatrice ainsi qu'en témoigne un article paru hier dans la «Novoïe Vremia», et qui, au dire du «Journal de St. Pétersbourg» résume exactement l'ensemble des idées en cours dans les milieux politiques. Suivant l'opinion de ce dernier journal la prétention de M. Bompard de se faire rendre justice par le Gouvernement apparait comme une tentative de bâillonner la presse. La «Novoïe Vremia» s'attache à démontrer qu'une espèce de fatalité continue à peser sur l'alliance franco-russe.

De part et d'autre, affirme-t-il, s'accumulent les malentendus; les maladresses se succèdent découvrant et accentuant les aspérités qui existent dans les relations de la Russie avec la France, difficultés devenues particulièrement sensibles depuis l'avènement au pouvoir de M. Clémenceau. Resté fidèle à ses antécédents révolutionnaires, le premier ministre français dissimule à peine sa russophobie tout en minaudant avec les partis russes de la gauche avancée. C'est ainsi qu'il s'est opposé au nouvel emprunt sur le marché de Paris et qu'après avoir fait, d'assez mauvaise grâce d'ailleurs, arrêter quelques anar-

chistes russes résidant et conspirant en France, il s'est arrangé pour les faire relâcher.

Quant aux autres Ministres du Gouvernement républicain et à M. Bompard, on peut, à l'exception de M. Briand, leur appliquer le proverbe «tel maître tel valet».

La «Novoïe Vremia» termine par la déclaration suivante: «Il est certain qu'en présence d'une pareille attitude, les sympathies entre Russes et Français diminuent sensiblement et l'on peut prédire que sous peu il ne restera de l'alliance qu'un souvenir.»

Le Gouvernement français vient de faire demander à l'Empereur son agrément à la nomination comme ambassadeur de la République, du Vice-amiral Touchard, ancien chef d'état-major de la marine et commandant actuel de l'escadre de la Méditerranée.

Le choix de cet officier-général est accueilli ici avec satisfaction. On apprécie favorablement le retour à la tradition française qui fut inaugurée en 1870 et interrompue seulement par la mission de MM. de Montebello et Bompard, c'est-à-dire de choisir dans l'élément militaire étranger aux luttes de partis, le représentant de la République française près du Czar.

7.

BRUXELLES, 29. 2. 1908.

(Extraits d'un rapport de Constantinople du 16 février 1908, No. 81.)

Question du chemin de fer de Mitrovitza à la frontière autrichienne.

La lecture des journaux étrangers permet de se rendre compte de la profonde sensation causée par le discours du Baron d'Aehrenthal et par l'iradé du Sultan autorisant les études préliminaires de la voie ferrée destinée à relier Mitrovitza au réseau bosniaque.

A Vienne comme à Constantinople, on s'efforce de ramener les esprits à envisager la situation avec plus de calme et de

modération. On y fait ressortir qu'en vertu du traité de Berlin et par suite de son établissement en Bosnie-Herzégovine, l'Autriche-Hongrie a le droit incontestable d'établir les voies de communication utiles et qu'il ne s'agit en l'espèce que d'un raccordement entre les deux réseaux de chemin de fer, constituant une mesure d'ordre économique ne pouvant, en aucune façon, être considérée comme venant modifier le statu quo politique dans la péninsule balkanique.

C'est le langage que tient ici l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie. Le Grand Vizir s'attache, de son côté, à faire comprendre que la Turquie a, à cette jonction, un intérêt même supérieur à celui de l'Autriche-Hongrie. «La préoccupation de faciliter l'envahissement de notre territoire, dit-il, ne nous a jamais empêché d'autoriser les raccordements avec les chemins de fer étrangers. D'ailleurs, s'il s'agissait de se placer à ce point de vue, il faudrait tenir compte du fait que la monarchie voisine a poussé son réseau jusqu'à la dernière limite de son territoire d'occupation, ce qui lui permettrait à chaque instant de faire entrer ses troupes dans notre Sandjak de Novi-Bazar, tandis que le point extrême de notre voie ferrée est actuellement à 130 kilomètres de notre frontière et que nous nous trouvons ainsi dans un état d'infériorité auquel nous avons tout intérêt à mettre fin. Mais, en réalité, nous n'avons en vue que le développement de nos relations économiques. Cette ligne est projetée depuis longtemps; son exécution a été retardée par diverses circonstances. Nous allons maintenant procéder aux études, et si le résultat en est satisfaisant, si nous trouvons l'argent nécessaire, nous procéderons à sa construction. Je ne vois pas en quoi ce fait modifierait la situation présente et avec quel fondement on pourrait soulever à l'étranger des objections contre la réalisation de ce projet.»

A ce langage, il serait juste d'opposer les réflexions que j'entends émettre autour de moi. On me fait remarquer que cette nouvelle voie n'est pas la plus courte et la plus directe. La voie nouvelle n'aurait, en réalité, que l'avantage de mettre l'Autriche-Hongrie en contact direct avec la Turquie et de lui permettre de pénétrer sur le territoire ottoman sans devoir

passer par la Serbie, ce qui lui donnerait bien un caractère plutôt stratégique qu'économique.

On dit aussi que ce raccordement aurait, aux yeux de l'Autriche-Hongrie, le précieux résultat de tracer en quelque sorte une barrière de séparation entre la Serbie et le Monténégro, d'empêcher toute ligne transversale pouvant relier ces deux états et d'enterrer définitivement le projet déjà fort ancien en vertu duquel le réseau des voies ferrées russes, prolongé à travers la Roumanie, la Serbie et l'Albanie, aurait abouti à un port de l'Adriatique.

Tout le monde semble ici convaincu que dans les cercles officiels de St. Pétersbourg on est très irrité contre ces projets de l'Autriche-Hongrie.

Il doit y avoir dans tout ceci beaucoup d'exagération et il est permis de supposer que la question ne tardera pas à être envisagée avec plus de calme.

La ligne projetée ne pourra pas avoir l'importance qu'on cherche à lui attribuer. Elle ne pourra faire une concurrence sérieuse à l'ancienne voie, ni au point de vue économique, vu la différence dans l'écartement des rails, rendant nécessaire le transbordement des marchandises, ni au point de vue militaire, puisqu'il ne serait guère possible de faire passer de grandes quantités de troupes par les défilés étroits des montagnes de la Bosnie. En cas d'invasion de la Turquie, s'il s'agissait d'y pénétrer avec des forces imposantes, le gros de l'armée austro-hongroise devrait toujours, de gré ou de force, passer par la Serbie.

La rupture de l'entente des Puissances en vue de poursuivre dans des conditions relativement modérées, mais d'une main ferme, l'œuvre de réformes en Macédoine pourrait avoir des conséquences beaucoup plus graves. La situation qui en résulterait ne pourrait être que nuisible à la Turquie elle-même, car si elle lui procurait une satisfaction et un soulagement momentanés, elle ouvrirait, par contre, la porte à toutes les complications possibles.

8.

BRUXELLES, 16. 3. 1908.

(Extraits d'un rapport de Sophia du 7 mars 1908, No. 39.)

Le chemin de fer du Sandjak de Novi-Bazar et la Bulgarie. — La Macédoine.

Le Gouvernement de Sophia n'a pas songé à protester contre le projet du baron d'Aehrenthal, projet dans lequel il ne veut voir pour le moment, qu'une entreprise commerciale, il ne protestera pas davantage contre la construction du chemin de fer du Danube par la Serbie vers l'Adriatique, mais il sollicitera l'appui des Puissances pour obtenir de la Sublime Porte l'autorisation, sinon de construire, de faire construire et exploiter, avec garantie de cette dernière, une voie ferrée de Kusténdil, frontière Bulgaro-Turque, à Kumanovo, district du territoire macédonien déjà relié à Salonique qui lui permettrait d'établir son ascendant au cœur même de la Macédoine. La concession de cette ligne, promise depuis trente ans, aurait une grande portée économique puisqu'elle raccourcirait le trajet qu'effectuent actuellement les marchandises venant par mer à destination de la Principauté.

L'établissement de la nouvelle voie de pénétration projetée par la Bulgarie rencontrera certainement, de nos jours comme jadis, l'opposition de la Sublime Porte. Cependant le gouvernement princier, d'après le ministre des affaires Etrangères, est dès maintenant assuré du consentement des chancelleries de Vienne et de Pétersbourg, ces gouvernements étant décidés à exercer leurs efforts pour que la Turquie concède la construction et l'exploitation de la ligne à un groupe financier étranger qui se mettrait préalablement d'accord avec la Bulgarie.

Le bruit qui entoure l'affaire du chemin de fer du Sandjak de Novi-Bazar met de plus en plus en évidence la question de la Macédoine. La proposition du Cabinet de Londres de donner un gouverneur chrétien à cette province rencontre, il va sans dire, le meilleur accueil dans les Balkans, elle est envisagée indistinctement par les Bulgares et les Grecs de même

que par les autres populations de la Macédoine comme étant l'unique moyen, dans les circonstances présentes, de ramener un peu d'ordre et de tranquillité dans ce pays, de faire cesser les actes de cruauté dont il est le théâtre.

Malheureusement ni la Russie ni l'Autriche et par conséquent l'Allemagne ne sont disposées à accepter l'idée émise par l'Angleterre, pensée qu'on considère dans beaucoup de cercles officiels, plutôt comme inspirée par le secret désir de créer à l'Autriche des difficultés qui s'opposent à la réalisation de son projet de voie ferrée à travers le Sandjak de Novi-Bazar, dont au fond le gouvernement britannique voudrait pouvoir empêcher l'exécution parce qu'elle livrerait le port Salonique à l'influence austro-hongroise, que par des préoccupations d'ordre sentimental et d'intérêt humanitaire.

On voit par ce qui précède que la question de la pacification de la Macédoine est loin d'être résolue; on remarque qu'elle est au contraire de nature à inquiéter de plus en plus ceux qui s'intéressent, sans arrière pensée, au sort de ses habitants.

9.

BRUXELLES, 20. 3. 1908.

(Extraits de deux rapports de Berlin en date du 22 février 1908, N^{os} 354 et 349.)

Les réformes en Macédoine. — La question du chemin de fer du Sandjak de Novi-Bazar.

Le Secrétaire d'Etat au Département Impérial des affaires étrangères m'a parlé hier sans que je l'aie interrogé sur ce point, de la question de la Macédoine.

On accuse, m'a-t-il dit, l'Allemagne d'entraver la réforme judiciaire; c'est à tort. Le plan qui a été élaboré, a été critiqué, comme ne tenant pas un compte suffisant des traditions, des aspirations et des idées religieuses du pays. Le Gouvernement Impérial trouve ces critiques fondées. Il est d'avis qu'avant de présenter le projet au Sultan il faut le remanier afin de le rendre exécutable et acceptable par Sa Majesté. C'est l'opinion

de tous les Ambassadeurs à Constantinople. On pense ici que le parti le plus sage est de s'en remettre au jugement des diplomates qui sont sur les lieux et qui ont des éléments d'appréciation dont au loin on est dépourvu. Malheureusement cette manière de voir n'est pas celle des cabinets, sauf l'Allemagne. Il faut cependant faire quelque chose. Si le Gouvernement Impérial ne parvient pas à convertir les autres puissances à ses vues, il finira par souscrire au projet tel qu'il est, tout en croyant que le but ne sera pas atteint.

On a également accusé l'Allemagne d'avoir, dans la question du chemin de fer du Sandjak de Novi-Bazar, poussé le Gouvernement austro-hongrois à cette entreprise. C'est absolument faux. Le Gouvernement Impérial n'a donné aucun conseil au Gouvernement austro-hongrois et celui-ci n'en a pas demandé. Le Baron d'Aehrenthal a communiqué son projet à l'Allemagne comme aux autres puissances. Lorsque l'Ambassadeur d'Allemagne à Constantinople en a été informé, il a dit à la Sublime Porte, sans en avoir été sollicité, qu'il trouvait le plan excellent. C'est tout.

Loin d'encourager l'Autriche-Hongrie, le Gouvernement Impérial a été fort contrarié de l'action engagée par l'Autriche-Hongrie. Il craint que l'incident, même s'il s'arrange d'une manière satisfaisante, ne cause des tracas et ne trouble la bonne harmonie qui a duré dix ans.

Il n'est pas nécessaire de mettre en doute la véracité et la loyauté du Baron d'Aehrenthal pour redire que son chemin de fer destiné à des marchandises pourra, le moment venu, transporter aussi des soldats et que le jour de l'effondrement final l'Autriche-Hongrie voudra sa part d'un patrimoine que d'autres se sont déjà adjugé en entier.

Le chemin de fer des Balkans à l'Adriatique n'est pas une compensation suffisante pour cette concurrence non pas inattendue, mais fort incommode.

10.

BRUXELLES, 21. 3. 1908.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 24 février 1908, No. 65.)

Influence que la question du chemin de fer du Sandjak pourrait exercer sur les rapports entre la Russie et l'Autriche et sur la politique générale.

L'agitation qu'a provoqué dans la presse russe le projet de construction d'une ligne de chemin de fer traversant le territoire macédonien pour aboutir à Salonique, parait se calmer.

On n'en cherche pas moins, dans les milieux officieux de St. Pétersbourg à répandre le bruit des difficultés que rencontrerait de la part de la Porte la réalisation du plan autrichien, lequel demandera pour chacune des questions que soulève l'établissement de la voie de raccordement du Sandjak de nombreuses et laborieuses négociations. Le Gouvernement ottoman se serait, prétend-on, aperçu de l'importance stratégique pour l'Autriche de ce tronçon qui lui créera une voie de pénétration dans les régions de la Vieille Serbie, Novi-Bazar et Mitrovitza, territoires macédoniens qu'elle convoite.

L'iradé n'aurait été obtenu du Sultan que mitigé, amoindri, réduit à la valeur d'une concession de principe autorisant de nouvelles études et laissant de côté les détails techniques. L'intervention active de l'ambassadeur de Russie à Constantinople ne serait pas étrangère à l'échec relatif du projet austro-hongrois.

Quoiqu'il en soit, il est difficile d'admettre que la divulgation de ses combinaisons faite par le Baron d'Aehrenthal dans son discours aux délégations, ait été pour la chancellerie russe un coup de surprise.

Comment croire qu'au cours de sa visite à Vienne où, étant l'hôte du Baron d'Aehrenthal au mois d'octobre dernier, il a été comblé de prévenances et de distinctions auxquelles il est fort sensible, M. Iswolsky ait été laissé dans une complète ignorance de ce qui se préparait?

Il est peu probable qu'une divergence quelconque de vues se soit produite alors, car, à la suite de ce voyage, on a pris soin ici d'affirmer la continuation du parfait accord existant entre les deux Gouvernements en matière balkanique.

Il est permis de penser que le Baron d'Aehrenthal aura réussi à convaincre son collègue russe de l'innocuité de ses desseins et de lui représenter que pour la pacification de la Macédoine, l'installation de voies ferrées sillonnant ce territoire constituerait un élément pratique plus efficace, peut-être, que les moyens de coercition militaire ou judiciaire.

On suppose aussi qu'il aura fait miroiter aux yeux du Ministre du Tsar l'avantage à retirer pour la Russie de la construction éventuelle d'une ligne du Danube à l'Adriatique, d'une importance commerciale au moins égale à celle d'Uskub-Mitrovitza-Uvac, sachant d'ailleurs fort bien qu'une telle entreprise aussi compliquée que coûteuse est en disproportion avec la capacité financière de la Serbie et de l'Empire moscovite, qui déjà faute d'argent, n'arrive pas à compléter son propre réseau intérieur.

Les attaques de la presse à l'adresse du Gouvernement austro-hongrois dont elle dévoile la duplicité sont l'expression de l'opinion à peu près générale.

Elles visent en même temps M. Iswolsky pour son défaut de clairvoyance. Dans son souci d'orienter sa politique dans le sens d'un rapprochement toujours plus accentué de la Russie vers les deux grands empires occidentaux, au détriment de l'alliance avec la France républicaine, pour laquelle il affecte un dédain aristocratique, il s'est, dit-on, laissé enguirlander et circonvenir par l'astucieux ministre autrichien et n'a pas su prévenir la faillite de Mürtzsteg.

Bien qu'il ne s'agisse, en somme, que d'un projet de chemin de fer d'une mise à exécution encore incertaine, l'événement actuel dont la presse de différents pays a exagéré l'importance n'en est pas moins gros de conséquences au point de vue de la nouvelle direction à imprimer à la politique des grandes puissances.

Il est, en effet, de nature à altérer sensiblement l'intimité des rapports qui existaient jusqu'à présent entre la Russie et

l'Autriche-Hongrie et qui, par un revirement subit, sont aujourd'hui taxées ici d'hybrides, de faux et d'artificiels.

Il marque la renaissance de l'ancienne rivalité austro-russe sur le terrain oriental.

L'Angleterre qui, depuis trois ans, s'efforce de se concilier les bonnes grâces de la Russie et lui a donné un gage effectif de ses avances par son récent accord relatif à l'Asie Centrale, saura y trouver son profit pour lutter avec plus d'avantages contre l'influence acquise auprès de la Porte Ottomane par l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie.

Ces appréciations résument le sentiment dominant dans les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg.

Quant au Baron d'Aehrenthal, son attitude est jugée sévèrement dans le monde russe où, au temps de sa mission d'ambassadeur, il fut «persona gratissima» jouissant d'une situation privilégiée auprès de la Cour, du Gouvernement et de la haute société. Il a quitté St. Pétersbourg, dans une sorte d'apothéose. On l'accuse d'avoir trahi, sans vergogne, la confiance qui lui a été témoignée et de s'être chargé de justifier la célèbre prédiction: «L'Autriche étonnera le monde par son ingratitude.»

11.

BRUXELLES, 10. 4. 1908.

(Extrait d'un rapport d'Athènes du 18 mars 1908, No. 87.)

La Macédoine. Proposition anglaise.

La proposition de l'Angleterre tendant à la nomination d'un gouverneur en Macédoine et à l'éloignement des troupes ottomanes a été très mal accueillie à Athènes.

L'opinion unanimement répandue ici est que la réalisation de ce projet aurait pour résultat inévitable d'encourager et de seconder les desseins de la Bulgarie. On a la conviction que l'établissement d'un tel régime et surtout l'éloignement des troupes turques donneraient une véritable autonomie à la Macédoine et faciliteraient aux Bulgares la répétition du coup de la Roumélie Orientale.

Les Grecs s'attachent à démontrer que le départ des soldats ottomans ne fera qu'aggraver la guerre d'extermination que se font les différentes nationalités, puisque rien ne sera changé aux conditions actuelles de la Macédoine. On fait aussi remarquer que le Gouverneur, fût-il anglais, russe ou français ou même suisse ou norvégien, risque fort de n'être que l'instrument des Puissances qui l'auront fait nommer.

D'ailleurs ce serait, dit-on, la violation de l'accord de Mürzsteg et la négation indirecte du principe de l'intégrité de l'Empire Ottoman.

Ce que l'on voudrait ici, c'est que l'Europe impose à la Bulgarie l'abandon de la violence, du meurtre et de l'assassinat comme moyens de propagande. Cette méthode a été inaugurée par elle et ce n'est qu'après avoir protesté en vain auprès des Puissances, que les Grecs ont dû se servir du même système pour se défendre: il résulte en effet des documents publiés dans un des récents livres bleus anglais que c'est un agent bulgare à Monastir, M. Risof, qui signala à son gouvernement le peu d'efficacité de la propagande au moyen des écoles et des prêtres et conseilla l'emploi de la force armée afin d'imposer par la terreur l'influence bulgare. Son conseil a été suivi et c'est de cette époque que date cette série de crimes et de drames dont la Macédoine est le théâtre depuis cinq ans.

La Bulgarie, grâce à cette lutte fratricide a certainement réussi à gagner du terrain, surtout dans les premiers temps, en 1903, lorsqu'elle est parvenue à soulever la partie septentrionale de la Macédoine en se faisant passer aux yeux des populations pour la nation libératrice qui allait les aider à secouer le joug ottoman.

Les Grecs au contraire, plus paisibles et plus policés, tout en se défendant vaillamment, ne se trouvent pas dans leur élément et préfèrent la lutte pacifique sur le terrain des écoles et des églises. C'est pourquoi ils ont intérêt au maintien du Statu quo politique et ils espèrent que l'achèvement des chemins de fer actuellement en construction, en mettant les foyers d'hellénisme en communication directe avec la mère patrie, contribuera à étendre leur influence.

L'attitude de l'Angleterre lui a fait perdre un grand nombre de sympathies dont elle jouissait ici. Par contre coup un courant d'opinion se manifeste en faveur de l'Allemagne, qui ne poursuit en Orient que le développement de ses intérêts commerciaux et qui ne peut être accusée ni de slavisme, ni de bulgarisme.

12.

BRUXELLES, 24. 4. 1908.

(Extrait d'un rapport de Rome du 23 mars 1908, No. 142.)

Entrevue de Venise.

Dans les cercles diplomatiques on attribue un caractère politique très accentué à l'entrevue que le Roi d'Italie aura à Venise avec l'Empereur d'Allemagne. Si l'Empereur Guillaume II a décidé de passer par Venise au lieu d'aller s'embarquer à Trieste, et si le Roi Victor-Emmanuel s'est résigné à subir les fatigues d'un long déplacement de Rome à Venise pour ne séjourner que vingt-quatre heures à peine dans l'ancienne ville des Doges, c'est qu'apparemment, les deux souverains ont pour but de prouver à l'Europe entière que la triple alliance continue plus que jamais à servir de pivot à la politique extérieure des trois monarchies.

Depuis trois ou quatre années, l'Empereur d'Allemagne et le Roi d'Italie ne s'étaient plus rencontrés. Si Guillaume II, se rendant à Corfou, et passant en vue des côtes italiennes, n'avait pas mis les pieds sur le territoire de la péninsule, on n'aurait pas manqué de faire ressortir combien l'itinéraire impérial paraissait avoir été combiné de façon à ne pas dissimuler que certains ressentiments ont survécu aux déconvenues d'Algésiras, et aux rapprochements qui se sont produits depuis lors entre le Cabinet de Rome et ceux de Paris et de Pétersbourg.

Il est manifeste que depuis quelques années, toutes les grandes puissances font des avances à l'Italie, et que celle-ci accepte avec une certaine coquetterie les hommages qu'on lui rend; mais il lui appartient de rappeler, de temps en temps, que si elle ne méconnaît pas la satisfaction intime de se voir l'objet de

témoignages de sympathie très flatteurs, elle entend maintenir solides et inaltérables les liens qui la rattachent aux Empires du centre.

Sur des points de politique extérieure n'impliquant pas le casus foederis, l'Italie a parfois différé d'opinion avec ses deux alliés; elle a pu incliner parfois, soit du côté français, comme à Algésiras, soit du côté russe, comme dans la presqu'île des Balkans, mais quand les questions débattues dans le concert des grandes puissances prennent une allure telle qu'il pourrait en résulter une rupture de l'équilibre européen et un danger pour la paix, l'Italie doit rester fidèle aux engagements formels qu'elle a contractés, et il ne lui déplaît pas de montrer que telles sont ses intentions.

Dans le dernier grand discours politique qu'il a prononcé à la Chambre des Députés, M. Tittoni a beaucoup insisté sur les excellentes relations qui existent entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie, sur les souvenirs précieux qu'il a conservés de ses entrevues cordiales avec le Baron d'Aehrenthal à Desio et au Semmering, pendant l'été dernier, et sur l'accueil particulièrement sympathique qu'il reçut de l'Empereur François-Joseph à Ischl; mais, dans ce même discours, le Ministre des Affaires Etrangères n'a pas fait allusion, probablement par suite d'un simple oubli, à ses longs entretiens avec le Prince de Bülow à Rappallo, pendant les vacances de Pâques de l'année dernière.

Aussi, est-il fort probable que M. Tittoni est enchanté d'avoir l'occasion de prouver, en accompagnant son souverain à Venise, que l'intimité des rapports entre les Cabinets de Rome et de Berlin n'a subi aucune altération, et que s'il en est moins souvent question à la tribune parlementaire à Rome ou dans les entrevues estivales, que de l'excellence des relations entre Vienne et Rome, c'est que ce dernier côté de la question est le plus délicat, et le seul, en réalité, qui puisse faire naître certaines hésitations ou certains doutes.

Ainsi qu'on le dit au Ministère des Affaires Etrangères, l'Empereur Guillaume et le Roi Victor-Emmanuel ne se borneront pas à contempler des fenêtres du palais royal à Venise, les splendeurs de la façade de St. Marc, ou à déplorer la chute du

Campanile; ils s'entretiendront certainement des questions politiques à l'ordre du jour, et notamment de la situation de la presqu'île des Balkans.

En ce qui concerne l'action poursuivie par l'Autriche-Hongrie dans le Sandjak de Novi-Bazar, il n'y aura pas de désaccord entre les deux Souverains, puisque l'Italie faisant peut-être bonne mine à mauvais jeu, a déclaré explicitement, par l'organe de M. Tittoni, qu'elle ne cherchera à contrarier en rien le programme du Baron d'Aehrenthal, par suite de la déclaration formelle du Cabinet de Vienne, portant qu'il reconnait au Gouvernement italien le droit de favoriser, lui aussi, la construction de voies de pénétration dans la presqu'île des Balkans.

La question de la nomination d'un Gouverneur indépendant en Macédoine, n'a pas rencontré un accueil favorable à Rome, et l'on y penche pour l'adoption de la proposition russe.

Reste la question de la réforme judiciaire en Macédoine; à la Consulta, on est contrarié et un peu surpris de l'attitude du Baron Marshall, qui avait d'abord semblé accepter le projet, et qui, dans une seconde réunion des Ambassadeurs, a élevé des objections, probablement à la suite d'une démarche faite à Berlin par la Sublime Porte; il est à supposer toutefois que l'Allemagne ne persistera pas dans son opposition, si les autres grandes puissances restent d'accord pour préconiser l'application de la réforme projetée.

13.

BRUXELLES, 24. 4. 1908.

(Extrait d'un rapport de Rome du 31 mars 1908, No. 157.)

L'Italie et la triple alliance.

Chaque année, à l'époque où réapparait le printemps, une grande effervescence se manifeste en Italie en matière de combinaisons diplomatiques et d'entrevues de Souverains et d'hommes d'Etat qualifiés pour représenter les tendances politiques de leurs pays respectifs.

L'année dernière, le Roi d'Angleterre, naviguant dans la

Méditerranée, profitait de ses escales pour tenter, en apparence du moins, sinon de détacher l'Italie de la triple alliance, du moins de la rapprocher de l'amitié anglo-française.

Cette année-ci, la triple alliance qui avait paru, il y a un an, observer une attitude de recueillement, a une tendance visible à s'affirmer et à s'imposer aux méditations des cercles politiques et à l'attention du monde entier.

Il est certain que cette campagne diplomatique a sa raison d'être, car on commençait réellement à faire trop bon marché de l'alliance unissant les trois monarchies du centre de l'Europe et à attribuer une importance exagérée au rapprochement qui s'est produit entre l'Italie d'une part, et la Russie ainsi que la France et l'Angleterre d'autre part.

Il est donc permis de supposer qu'à Berlin on entend en ce moment préciser que la triple alliance n'a aucunement dégénéré, qu'elle n'a rien perdu de son caractère obligatoire, et qu'elle conserve la puissance nécessaire pour servir, comme par le passé, de pivot à toutes les combinaisons politiques qui s'organisent en Europe.

Dans la presse, obéissant aux inspirations françaises, on a pris l'habitude de plaindre l'Italie qui serait obligée, par la force des choses et par les souvenirs d'un passé lointain, à rester fidèle à une alliance dont ses intérêts et ses aspirations nouvelles condamnent le maintien. Ces doléances sont sans fondement et ces suppositions erronées. La triple alliance n'est pas impopulaire en Italie, car elle a rendu à ce pays le même service que l'alliance franco-russe a assuré à la France. La triple alliance a mis pendant longtemps l'Italie à l'abri de tout danger; elle lui a rendu sa confiance en elle-même et lui a permis de se consacrer entièrement à son relèvement économique.

Jadis, le pacte liant les trois monarchies protégeait l'Italie contre la France; aujourd'hui il la protège contre l'Autriche-Hongrie. La disproportion des forces à la frontière italo-autrichienne est tellement grande que, si un jour un conflit éclatait dans ces parages, l'armée italienne y serait certainement écrasée; un conflit de ce genre est inadmissible dans les circonstances actuelles; mais, si la triple alliance était dissoute, l'Italie serait

forcée de procéder immédiatement à des armements fort coûteux pour protéger sa frontière orientale. La triple alliance garantit donc l'Italie contre les dangers d'une lutte de races du côté de Trieste et de Trente, et le pays se rend si bien compte des avantages qui en découlent au point de vue des dépenses militaires, que les violences irrédentistes et les démonstrations hostiles à l'ennemi héréditaire se sont considérablement atténuées et ont même presque entièrement disparu depuis quelque temps.

14.

BRUXELLES, 2. 5. 1908.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 21 avril 1908, No. 48.)

Propagande serbe en Bosnie et en Autriche-Hongrie.

La Serbie suit avec un intérêt sympathique la lutte entamée par les Croates contre le Gouvernement de Pesth. Depuis les dernières élections à la Diète d'Agram, le conflit est arrivé à l'état aigu.

Mais la Croatie n'est pas l'unique souci de la monarchie voisine. Les esprits en Bosnie sont également en fermentation. Les éléments serbe et musulman se plaignent de l'administration autrichienne qu'ils trouvent tracassière et sont d'accord pour demander une autonomie qu'on leur fait entrevoir dans un temps trop éloigné, à leur gré. Les fonctionnaires autrichiens, eux-mêmes, sont fort peu satisfaits de leur condition.

Ce mécontentement général est un terrain propice pour la propagande grand' serbe. Les indices de désaffection se sont multipliés, depuis quelque temps, de telle sorte que l'attention des hommes dirigeants de Vienne s'est tournée vers ces provinces dont la situation troublée peut paraître d'autant plus inquiétante qu'elles confinent à la péninsule des Balkans, où l'agitation politique est à l'état permanent.

A Vienne et surtout à Pesth, on soupçonne les autorités serbes d'être de connivence dans ce mouvement hostile à la monarchie austro-hongroise. Aussi longtemps que la querelle des nationalités restait localisée en Croatie, le Gouvernement

Autrichien n'avait pas de raison de trop s'émouvoir d'événements qui, au pis aller, causaient surtout des difficultés au Cabinet de Pesth. Mais l'extension du mouvement aux provinces occupées lui donne une gravité qui intéresse l'Empire tout entier.

Un article paru dans le «Pester Lloyd» du 19 de ce mois, révèle l'état des esprits, à Pesth, en ce qui concerne le rôle qu'on attribue à la Serbie dans les événements qui se déroulent parmi les populations habitant le sud de la Monarchie.

«Tous les fils de la propagande grand' serbe», écrit le journal hongrois, «se concentrent au Ministère des Affaires Etrangères, à Belgrade. Une section de ce Ministère appelée «macédonienne» s'occupait autrefois de propagande en Macédoine et dans la Vieille-Serbie, seulement; maintenant, elle est chargée aussi de l'organisation de la propagande en Bosnie et en Autriche-Hongrie. C'est en Bosnie que la propagande serbe sévit le plus; tout y est préparé pour une insurrection contre l'Autriche-Hongrie. A l'instar de ce qui se passe en Macédoine, la Bosnie entière est divisée en arrondissements; chaque arrondissement a son chef qui a le devoir de recruter des agents spéciaux et d'organiser, avec leur aide, des dépôts secrets d'armes destinées à une insurrection. Ces chefs sont désignés déjà à Serajéwo, à Mostar et à Banjaluka. Tous sont payés par la section macédonienne du Ministère des Affaires Etrangères à Belgrade, et sont en correspondance avec lui. Le plan de guerre est élaboré dans cette section également, par les officiers de l'état-major serbe.»

Après avoir fait remarquer que la propagande serbe s'exerce aussi en Croatie et dans la Hongrie Méridionale, par le moyen des associations littéraires et des sociétés de tir, le Pester Lloyd termine par ces mots: «Le filet que la propagande serbe a tendu dans le sud et le sud-est de l'Autriche-Hongrie doit être déchiré; il faut trancher la tête à l'hydre serbe. On ne peut accomplir cette œuvre que si, à Agram, à Pesth, à Serajéwo et à Vienne on concerte un plan d'ensemble pour marcher contre l'ennemi commun.»

Sans doute, il ne faut pas prendre au pied de la lettre le réquisitoire formulé par un organe toujours prêt à faire des

procès de tendance au Gouvernement serbe. Mais on est fondé à croire que le journal reflète, en les exagérant, les préoccupations actuellement dominantes dans les cercles politiques de l'Autriche aussi bien que de la Hongrie. En ce dernier pays l'inquiétude est plus vive parce que l'on est plus près du danger.

Le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade a la conviction que des subsides officiels, du côté du Royaume, servent à alimenter la propagande irrédentiste en Autriche-Hongrie; mais cette intervention indirecte est si bien déguisée qu'il est incapable d'en saisir les fils.

Dans ses conversations avec le corps diplomatique, le Ministre des Affaires Etrangères proclame bien haut que le Gouvernement serbe ne veut s'immiscer en rien dans le mouvement nationaliste qui se dessine en Bosnie. L'Europe dit M. Pachitch, a créé cette situation, c'est à elle qu'il appartient de la dénouer.

Il est difficile d'admettre qu'en pratique un Ministère serbe se désintéresse à ce point des destinées d'un pays habité par des populations de même sang où, depuis quelque temps, deviennent de plus en plus fréquents les cris de vive le Roi Pierre! Vive la Serbie!

15.

BRUXELLES, 24. 6. 1908.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 juin 1908, No. 1014.)

Prétendu discours belliqueux de l'Empereur d'Allemagne à Döberitz.

S'il faut ajouter foi à la nouvelle lancée par un journal de province, l'Empereur aurait adressé une courte allocution aux officiers de la division de la cavalerie de la garde, pendant le déjeuner qui a suivi l'inspection de ce corps de troupes au champ de manœuvres de Döberitz. Sa Majesté aurait dit:

«Maintenant il semble vraiment tout à fait qu'on veuille nous encercler et nous tenir en arrêt. Nous saurons supporter cela. Le Germain ne s'est jamais aussi bien battu, que quand il a dû se défendre de tous les côtés, nous sommes prêts.»

Le Berliner Tageblatt qui lance souvent des nouvelles douteuses, dit que le texte des paroles attribuées à l'Empereur n'est pas authentique; mais que Sa Majesté s'est exprimée dans ce sens.

Jusqu'à présent les journaux de premier ordre de Berlin n'ont pas reproduit cette information et ne s'en sont occupés ni pour la confirmer ni pour la démentir. Si elle n'est pas contredite à très bref délai par la presse officieuse, il faudra la tenir pour exacte.

La nouvelle vraie ou fausse parait avoir été répandue à l'étranger plus rapidement que dans la capitale de l'Allemagne. On trouve en effet dans le numéro 639 de la Gazette de Cologne de ce matin, un télégramme de Paris en date d'hier, où il est dit que le correspondant du Temps à Berlin s'est adressé à une source officielle pour demander des renseignements au sujet d'un prétendu discours de l'Empereur. Son interlocuteur lui aurait répondu que si Sa Majesté a dit quelque chose de semblable, Elle n'a fait qu'exprimer l'opinion de tous les allemands, la sienne, celle du chancelier et de tous les patriotes.

L'informateur du correspondant du „Temps" aurait ajouté qu'on ne croit pas ici à une nouvelle triple alliance; à une entente des Puissances pour enlever diplomatiquement à l'Allemagne la place qu'elle occupe et pour la reléguer au rang de quantité négligeable; mais il ne faut pas croire que l'Allemagne attendrait pour tirer l'épée, qu'elle soit mise au second plan. On ne croit pas ici à de pareils projets. On n'est ni inquiet ni nerveux. **On attend et l'on espère que les propositions anglo-russes concernant la Macédoine que l'on connaîtra bientôt, auront pour but de sauvegarder le concert européen et non de le rendre impossible. Jusque là, l'Allemagne n'a rien à dire et pas de déclaration à faire, sa politique est d'observer ce qui arrivera. Elle n'a pas d'impulsion à donner pour la Macédoine. Elle ne fera rien non plus pour le Maroc; mais elle n'a pas l'intention de se laisser mettre hors d'état de nuire, comme le disent certains journaux.**

16.

BRUXELLES, 3. 7. 1908.

(Extraits de deux rapports de St. Pétersbourg en date des 30 mai et 10 juin 1908, N^{os} 186 et 200.)

L'entrevue de Reval.

La rencontre du Roi d'Angleterre avec l'Empereur de Russie est envisagée dans les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg comme ayant une portée considérable, car son effet immédiat doit être de resserrer plus étroitement les relations amicales qui depuis la signature de l'accord anglo-russe relatif à l'Asie Centrale ont fait place aux sentiments de sourde malveillance dont étaient animés l'une vis-à-vis de l'autre les deux nations rivales sur le terrain oriental.

L'opinion publique en Russie n'avait pas d'abord accueilli favorablement l'idée d'un rapprochement politique avec l'Angleterre. Elle est aujourd'hui revenue de ses préventions.

Bien qu'ayant à peine huit mois d'existence, l'entente des deux Gouvernements est devenue un facteur de la politique internationale russe sinon plus important, du moins plus sympathique que l'alliance avec la France.

Née d'hier elle présente cette particularité d'avoir pris racine avec autant de force que si elle datait d'une époque déjà reculée. Il eut paru paradoxal de prédire un tel revirement il n'y a pas trois ans, alors que l'ambassade britannique à St. Pétersbourg était mise à l'index de la haute société, voire même du monde officiel. La métamorphose est due en grande partie aux efforts et à l'habileté du Roi Edouard VII, qui n'a rien négligé pour aboutir à ce résultat.

Les conservateurs de toute nuance se montrent satisfaits parce que le cachet aristocratique d'une union avec l'Angleterre atténue à leurs yeux le froissement qu'ils ressentaient de voir la Russie autocratique obligée de suivre à la remorque sa seule alliée, la France républicaine.

Les journaux libéraux se plaçant à un autre point de vue, manifestent leur contentement de ce rapprochement du Tsarisme

avec un pays au régime constitutionnel parlementaire, terre classique de la liberté dont l'influence pourra, espèrent-ils, se faire sentir sur la politique intérieure du Gouvernement impérial.

Certains journaux vont jusqu'à prévoir la conclusion d'un accord pouvant bientôt se transformer en un véritable traité d'alliance anglo-franco-russe, destiné à faire échec à la triplice actuelle.

La «Rossia», organe officieux du Gouvernement et spécialement du Ministère des Affaires Etrangères, a publié un article tendant à mettre exactement au point la signification politique de la rencontre des deux souverains.

Ce journal considère un projet de nouvelles alliances comme inadmissible parceque les relations réciproques des Puissances ont actuellement un caractère bien déterminé et que toute tentative faite pour échafauder de nouvelles combinaisons porterait en elle des germes de lutte et d'intentions hostiles dissimulées.

Elle contrasterait avec l'esprit pacifique manifesté dans ces dernières années et caractérisé par la conclusion de plusieurs ententes séparées.

Parmi celles-ci, l'une des plus importantes est l'accord intervenu entre la Russie et l'Angleterre, grâce auquel ces deux Etats sont entrés dans une voie où ils peuvent travailler avec une confiance mutuelle au bien-être de leurs peuples.

Bien que, ajoute la «Rossia», la Russie estime du plus grand prix ses relations amicales avec toutes les puissances, particulièrement avec l'Allemagne à laquelle elle est rattachée par de nombreux et anciens liens, elle repousse quant à présent, toute alliance nouvelle, quelle qu'elle soit, comme inopportune.

Il se rencontre dans l'opinion publique certaines tendances à pousser la Russie vers une orientation politique spéciale. Il importe de résister à ce mouvement où l'Allemagne est prise pour but d'attaques constantes. On lui attribue dans mainte question de politique internationale des machinations perfides, bien qu'aucune preuve n'en soit apportée.

Une telle attitude d'une partie de l'opinion publique pourrait avoir les pires conséquences. En cherchant à troubler ainsi la

nature pacifique des rapports de deux peuples voisins faits pour vivre en bonne harmonie, on prépare inévitablement le terrain pour une inimitié dont on ne saurait prévoir les suites.

La confirmation qu'apporte la visite du Roi Edouard VII au rapprochement entre la Russie et l'Angleterre n'implique pas une atteinte portée à la cordialité des relations de l'Empire avec les nations limitrophes.

L'article de la «Rossia» porte évidemment l'empreinte de l'inspiration officielle. Il est destiné à démentir les rumeurs qui ont circulé récemment au sujet de l'éventualité d'une alliance anglo-franco-russe, à opposer à la triplice actuelle.

17.

BRUXELLES, 6. 7. 1908.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 12 juin 1908, No. 64.)

Rapports entre la Bulgarie et la Serbie.

Depuis que la Bulgarie a été constituée en état semi-indépendant par le traité de Berlin, elle n'a cessé d'exciter la jalousie de la Serbie.

Toutes les tentatives de rapprochement faites jusqu'à ce jour, ont échoué ou n'ont eu qu'un succès éphémère. La cause de cette division profonde réside dans la compétition ardente des deux adversaires en ce qui concerne la Macédoine.

Les Bulgares habitués à suivre, dans ces provinces, la marche triomphante de leur propagande, ont été irrités des progrès faits par les Serbes, en ces derniers temps. Leur mécontentement se manifeste non seulement dans la presse mais aussi par des démarches officielles.

On imprime tous les jours, à Sofia, des articles où la Serbie et son Gouvernement sont traités de la façon la plus injurieuse. Les incidents de frontière se multiplient donnant lieu, du côté bulgare surtout, à des plaintes et à des récriminations dont le ton devient de plus en plus aigre.

En Serbie, on observe une grande modération. Le monde officiel marque de la réserve et les journaux se bornant à re-

pousser les imputations erronées répandues par la presse bulgare, évitent d'envenimer la polémique.

L'arrogance étalée par la Principauté s'appuie sur la conscience qu'on y a de la supériorité de l'appareil militaire national, vis-à-vis de l'armée serbe; elle trouve aussi un aliment dans des excitations qui lui viennent du dehors.

Le comité balkanique qui fonctionne à Londres fait de la propagande presque exclusivement en faveur de la Bulgarie. **D'autre part, le Cabinet de St. James, dont la préoccupation actuelle semble être de barrer la route à l'extension de l'influence austro-germanique en Orient tourne les yeux du côté du champion le plus robuste de l'indépendance des nationalités dans les Balkans et laisse percer certains encouragements.**

Les Bulgares sont convaincus d'ailleurs — et non sans raison vraisemblablement — que dans un danger extrême, ils ne seraient pas abandonnés par la Russie, à laquelle ils doivent d'avoir pu secouer le joug turc.

Ces éléments moraux concourent à donner à la politique bulgare le caractère agressif qu'elle déploie tant à l'égard des autres nationalités balkaniques qu'envers l'Etat suzerain.

Tout autre est la position de la Serbie refoulée sur elle-même, dans une situation géographique défavorable, dépourvue d'amitiés à l'extérieur, et ne disposant que d'une armée insuffisante. Le sentiment de son infériorité l'incite à ménager son adversaire; c'est peut-être une des meilleures garanties du maintien de la paix entre les deux pays.

18.

BRUXELLES, 7. 7. 1908.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 20 juin 1908, No. 1042.)

Entrevue de Reval.

D'après ce qu'on apprend de source autorisée il ne s'est rien passé, dans l'entrevue de Reval, qui fut dirigé contre l'Allemagne.

L'Angleterre et la Russie se sont mises d'accord pour ne pas

intervenir dans les affaires intérieures de la Perse à moins que les mouvements révolutionnaires qui éclateront vraisemblablement dans ce pays ne prennent une tournure menaçante pour la vie des Européens.

Le Cabinet de St. Pétersbourg s'est également mis d'accord avec le Gouvernement anglais pour un plan de réformes en Macédoine qu'il soumettra prochainement aux Grandes Puissances et qui lui parait de nature à obtenir leur approbation.

Il parait que l'entente n'est pas encore complètement établie sur certains points de détail. Quant au Gouvernement Impérial il n'a pas autre chose à faire qu'à attendre. Le cas échéant il s'efforcera d'écarter du programme ce qu'il y aurait d'excessif et de dangereux quitte à s'entendre accuser, comme toujours, de vouloir détruire le concert européen.

19.

BRUXELLES, 8. 7. 1908.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 22 juin 1908, No. 1046.)

Article officieux sur la politique extérieure. — Suite à la circulaire du 24 juin.

La «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» a publié dans son n° du 20 juin un article officieux qui mérite de fixer l'attention.

L'article dit qu'il règne une inquiétude dont l'origine doit être cherchée moins dans les faits précis, que dans l'idée qu'il se forme un nouveau groupement des Puissances pouvant rendre difficile la solution pacifique des questions pendantes. Il serait puéril de nier, ajoute la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung», que des discussions diplomatiques ardues peuvent surgir; mais ce n'est pas aider à les résoudre que d'en exagérer le danger. C'est dans ces périodes d'attente que se donnent carrière les gens qui se plaisent à semer le trouble et à répandre des nouvelles absolument sans fondement. La politique allemande doit être particulièrement vigilante parce que c'est elle qui est le point d'attaques commun contre lequel tous ces faux bruits sont dirigés.

La «Norddeutsche Zeitung» énumère ensuite toutes les questions épineuses du jour qu'on accuse sans aucun fondement l'Allemagne d'avoir suscitées. On réédite la légende d'après laquelle l'Empire Allemand aurait provoqué la guerre entre la Russie et le Japon. On l'accuse de pousser la Turquie à la guerre. On le rend responsable de l'anarchie qui règne en Perse. On l'accuse d'avoir fourni des instructeurs militaires à l'Afghanistan; d'exciter le monde musulman contre l'Europe; de préparer une intervention dans la Pologne russe; d'entretenir des relations secrètes avec Mouley-Hafid.

Malheureusement, dit le journal officieux, ces accusations trouvent un écho en Allemagne. Il faut une grande légèreté, au moment où les affaires de Turquie prennent une importance exceptionnelle, pour annoncer, sans aucun fondement, que l'ambassadeur d'Allemagne à Constantinople va être remplacé par le Général Goltz et pour rapporter d'une façon arbitraire des paroles adressées par l'Empereur à ses officiers. Ce qui a donné lieu à cette nouvelle, c'est la critique des manœuvres de la brigade de cavalerie impériale à Döberitz, après la revue du 29 mai. Sa Majesté n'a parlé ni d'encerclement ni de mise en arrêt. Son allocution ne faisait allusion à aucune question politique du jour et était purement militaire. Ce qui est vrai, c'est que l'Empereur a exprimé la confiance que l'armée fidèle à l'esprit de Frédéric-le-Grand, resterait à la hauteur de sa mission.

L'article conclut par un avertissement adressé aux Puissances étrangères et qui exprime en d'autres termes la pensée prêtée à l'Empereur. Voici la traduction littérale de ce passage: «Sans doute nous voulons tous ne pas fermer les yeux devant les dangers possibles. Nos soldats ne portent pas sur leur bonnet l'inscription peu belliqueuse du contingent de Hildesheim dans l'ex-armée de l'Empire: «Da pacem, Domine, in diebus nostris.» La conscience de notre force doit nous donner la confiance et le calme qui seul est digne d'un grand peuple pacifique.» Il résulte de cet article qu'on a rompu avec le système longtemps suivi et qui consistait à paraître ajouter foi à des déclarations officielles auxquelles on ne croit pas et à se déclarer absolument satisfait d'événements désagréables.

La plupart des journaux ont copié sans commentaire, l'article de la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung», ce qui équivaut à un acquiescement. Ceux qui ont ajouté des réflexions, l'ont fait pour exprimer la même idée plus clairement encore et sous[1]) les ménagements de rigueur dans un article officieux.

Cette unanimité de la presse prouve qu'elle a au même degré que le Gouvernement le sentiment de la diminution de sécurité européenne résultant de la politique inaugurée par le Roi Edouard VII. Elle croit à des manœuvres secrètes pour former une coalition contre l'Allemagne et tient à ce que l'on sache qu'on ferait fausse route en s'imaginant que le peuple allemand qui désire sincèrement la paix, la veut à tout prix.

20[2]).

BRUXELLES, 17. 8. 1908.

(Extrait d'un rapport de Paris du 20 juillet 1908, No. 1762.)

Les voyages du Président de la République française.

Le Président de la République a quitté la France le 18 juillet pour rendre officiellement visite à l'Empereur de Russie et aux rois de Suède, de Danemark et de Norvège. M. Fallières, s'inspirant de l'idée essentielle de la politique extérieure de la France et des vœux de l'opinion publique, avait à cœur de saluer le chef de la nation amie et alliée. En même temps le Président rendra aux Souverains de Danemark et de Norvège la visite qu'ils lui ont faite et profitant de sa présence dans ces régions, il ira saluer le Souverain de la Suède.

Le voyage de M. Fallières, basé sur des motifs de courtoisie, a en même temps un caractère politique qui ne manque pas d'importance en ce moment où le groupement des Puissances est l'objet de toutes les préoccupations. La France gagnée[3]) à la politique anglaise a voulu prêter à celle-ci un solide con-

[1]) Zu lesen wohl: sans!

[2]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 51, S. 61.

[3]) Im Originalbericht stand: «inféodée».

cours auprès des Puissances du Nord. **S'il n'est peut-être pas question pour le moment d'une nouvelle triple alliance, on voudrait du moins empêcher un groupement trop intime de ces pays sous l'égide de l'Allemagne.** Appuyée sur cette base, la France proclame hautement que le maintien de la paix est le but de sa politique et M. Pichon, aux cours qu'il va visiter, comme il l'a fait ici, ne cessera de le répéter en affirmant que la diplomatie française pratiquera, fidèle à ses alliances, amitiés et engagements, une politique d'entente entre tous et de conciliation générale des intérêts. Il cherchera à démontrer que cette politique n'a pas pour but d'opposer les Puissances les unes aux autres ni d'opposer la France à aucune d'elles.

Il est certain que la politique française est inspirée par des idées pacifiques, mais, entraînée dans l'orbite de l'Angleterre, il est permis de se demander si la France pourra toujours maîtriser les événements et éviter que des froissements dangereux se manifestent au delà du Rhin.

21.

BRUXELLES, 17. 8. 1908.

(Extrait d'un rapport de Copenhague du 24 juillet 1908, No. 144.)

La visite du Président de la République française à Copenhague.

La visite du Président de la République française à la Cour de Danemark s'est passée sans incident digne d'être signalé. Le programme des cérémonies et des festivités qui avait été soigneusement réglé d'avance, a été accompli à la lettre.

Pendant trois jours les visites et les excursions ont succédé aux festins et aux soirées.

Indépendamment des politesses d'usage, il a été quelque peu question de l'amitié séculaire qui existe entre le Danemark et la France. Les journalistes de Paris, qui suivent le Président dans ses voyages, ont sans doute cherché à rappeler que le Danemark comme la France avaient été démembrés par un voisin avide de conquêtes. **Peut-être se sont-ils flattés de l'espoir d'entraîner le Gouvernement de Copenhague dans l'orbite de la**

nouvelle triplice anglo-franco-russe. Mais on n'a répondu à ces avances que par un silence prudent.

D'autres événements tels que les fêtes jubilaires de la garde et le remaniement ministériel ont relégué à l'arrière plan la visite du Président Fallières.

22.

BRUXELLES, 31. 8. 1908.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 14 août 1908, No. 1332.)

L'entrevue de Kronberg.

Dans les milieux officiels on assure que l'entrevue qui vient d'avoir lieu entre l'Empereur et le Roi d'Angleterre à Kronberg est due à l'initiative d'Edouard VII. Elle marque, affirme-t-on, une accentuation sérieuse de la détente qui se manifestait déjà depuis quelque temps dans la situation politique en Europe.

Deux décisions ont été prises à Kronberg; la première concerne le choix d'un nouvel ambassadeur d'Angleterre à Berlin. Ce sera Sir Edw. Goschen, actuellement ambassadeur à Vienne, qui succèdera à Sir Franck Lascelles dans ces hautes fonctions. Le Gouvernement impérial est satisfait de ce choix.

La seconde décision est plus importante; elle est relative à la visite officielle que les souverains anglais feront à l'Empereur et à l'Impératrice au début de l'année prochaine, probablement à Berlin. Ni le lieu ni la date n'ont encore été définitivement fixés. Cette manifestation est appelée à produire une bonne impression; elle sera la preuve, assure-t-on, qu'un changement notable s'opère dans les relations entre les deux pays, surtout si on le rapproche des discours prononcés récemment par Sir Edw. Grey et M. Lloyd George.

Parmi les raisons auxquelles il faut attribuer la détente qui se remarque en ce moment dans les relations politiques en Europe figure en bonne place l'ajournement ou plutôt l'abandon du projet de réformes en Macédoine, à la suite de la nouvelle situation créée en Turquie. On attribue ici à la question macé-

donienne la plus grande partie du malaise qui a si lourdement pesé sur l'Europe l'hiver dernier. Cette question n'existant plus, il n'y aurait plus d'obstacle à un rapprochement entre l'Allemagne et l'Angleterre.

Les résultats de l'entrevue de Kronberg sont donc des plus heureux et ont une haute portée. Il ne faut pas oublier toutefois que bien des fois des entrevues ont eu lieu entre Guillaume II et Edouard VII sans réussir à amener des conséquences durables; le peu de sympathie du Roi pour l'Empereur et les nombreuses causes de rivalité entre les deux peuples subsistent. Mais il semble qu'on escompte aujourd'hui un changement d'une certaine stabilité dans les relations anglo-allemandes. Leurs intérêts opposés se rencontreront encore et principalement peut-être dans l'Orient, qui est représenté comme une des premières causes de la tension de leurs rapports. Toutefois ils s'y rencontreront dans un autre domaine; il s'agira sans doute d'une lutte plutôt économique que politique. Guillaume II est représenté à Constantinople par un diplomate de toute première valeur. On peut espérer que le Baron de Marschall réussira à éviter les froissements qui feraient dévier la lutte et ramèneraient une situation analogue à celle qui vient de finir; d'autant plus qu'il sera secondé à Berlin par le Sous-Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères qui a séjourné longtemps en Turquie et en Perse et qui connait à fond l'Orient. **L'Allemagne semble donc bien armée pour la lutte qui parait s'annoncer. On s'en rend peut-être compte à Londres et, peut-être aussi, y trouve-t-on avantageux de s'entendre avec elle.**

La réelle cordialité qui a régné à Kronberg a été très remarquée. C'est par erreur que les journaux ont annoncé que M. de Schœn y assistait.

Il n'existe pas de convention militaire entre la France et l'Angleterre, le Gouvernement impérial en a reçu plusieurs fois l'assurance, mais on ignore à Berlin les conditions exactes de l'entente entre les deux pays.

23.

BRUXELLES, 14. 9. 1908.

(Extraits de rapports de Vienne du 30 août 1908, No. 271 et du 3 septembre 1908, No. 278.)

Angleterre et Allemagne. Entrevues de Kronberg et de Ischl.

D'après des renseignements puisés à une bonne source, le Roi Edouard VII était fort bien disposé en allant à Kronberg et il est reparti mécontent. Sa Majesté a demandé à l'Empereur si, tout le monde désirant la paix, il ne jugeait pas le moment propice pour diminuer les armements.

Guillaume II aurait répondu qu'il ne peut être question de rien de semblable, du moins en ce qui concerne l'Allemagne; que celle-ci n'a aucune raison de cesser ses armements, que d'ailleurs il y a des engagements pris envers la nation.

Le Roi Edouard aurait conclu de ces paroles que l'Angleterre est menacée, que dès lors il importe qu'elle ne se laisse pas surprendre. Il en résulterait une nouvelle froideur entre Londres et Berlin.

Sur ces entrefaites, Sa Majesté a fait sa visite annuelle à l'Empereur François-Joseph à Ischl.

Depuis l'affaire de la Sandjakbahn les relations entre l'Autriche-Hongrie et l'Angleterre assure-t-on, auraient perdu quelque peu de leur cordialité. Cette dernière puissance se serait mise du côté de la Russie sans se préoccuper de l'Autriche.

L'Empereur a fait au Roi un accueil solennel, mais il lui aurait donné à entendre qu'il avait été surpris de l'attitude de l'Angleterre, lui-même et son gouvernement s'étant toujours efforcé de ne rien faire qui pût causer le moindre déplaisir à la Grande-Bretagne. Edouard VII aurait répondu que le cabinet de St. James n'avait eu aucune arrière-pensée déplaisante à l'égard de la monarchie des Habsbourg, mais qu'en présence des armements de l'Allemagne, l'Angleterre devait prendre ses précautions, et qu'à Réval il n'avait pas manqué d'entretenir l'Empereur de Russie de ses appréhensions. Il demandait, en conclusion, à François-Joseph de servir de mé-

diateur entre Berlin et Londres. L'Empereur ne se serait pas engagé; il aurait demandé à réfléchir. Un article du journal officieux **Wiener Allgemeine Zeitung** du 31 août, dont le directeur est en relations avec l'ambassade de France, confirme les renseignements qui précèdent relativement aux résultats de l'entrevue de Kronberg.

L'article du journal officieux peut se résumer de la façon suivante:

«Nous apprenons de bonne source anglaise que les résultats des entrevues de souverains et de ministres ont été moins satisfaisants que ceux obtenus dans les rencontres de l'année dernière. On ne cache pas que la situation internationale est devenue plus tendue qu'en 1907. On n'est pas parvenu à donner un caractère permanent à la détente qui a été la conséquence de l'entrevue de Wilhelmshöhe. L'antagonisme allemand-anglais domine, après comme avant, la situation internationale.

Les entretiens des souverains à Kronberg n'ont pas pu dissiper les préventions qui existent dans les milieux anglais contre les allemands et dans les milieux allemands contre les aspirations de l'Angleterre.

L'Empereur Guillaume s'est exprimé en termes peu voilés sur l'impression pénible causée en Allemagne par certains faits de la politique extérieure de l'Angleterre. Le mot «encerclement» n'a pas été prononcé mais il a été clairement indiqué.

La proposition du Roi Edouard concernant la limitation des armements n'a pas reçu un accueil favorable chez l'Empereur, bien que le Roi ait déclaré qu'une telle mesure est la plus sûre garantie de la paix et qu'elle devrait être considérée comme la preuve absolue de dispositions vraiment pacifiques de la part des deux pays.

Le refus de Guillaume II a été fait de façon si décisive qu'il n'est pas à prévoir que la question de l'arrêt des armements des flottes allemande et anglaise pourra être soulevée à nouveau dans un avenir prochain.

24.

BRUXELLES, 30. 10. 1908.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 8 octobre 1908, No. 106.)

Impression produite à Bucarest par les événements d'Orient.

La presse de Bucarest a exprimé avec beaucoup de réserve et de circonspection son opinion sur la proclamation de l'indépendance de la Bulgarie et sur l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine. Elle s'est gardée d'apprécier au point de vue roumain ces événements, qui modifieront le statu quo balkanique d'une manière fâcheuse pour les aspirations ambitieuses de la Roumanie. Rien ne saurait les contrarier davantage que la création au Sud du Danube d'un royaume slave plein de vitalité et d'énergie. Aussi les journaux n'ont-ils aucune parole de sympathie pour ce peuple voisin, qui a marché sur les traces des Roumains dans la voie périlleuse aboutissant à ces deux étapes successives, l'autonomie complète et l'indépendance absolue.

«L'Indépendance roumaine», qu'il faut toujours citer, parce qu'elle reflète dans la politique extérieure les vues du Gouvernement mieux que les autres feuilles de la capitale, s'est montrée, dans un premier article, froide et pessimiste. C'est bien une province turque (la Roumélie Orientale), dit-elle, que le Prince Ferdinand a déclarée hier incorporée à son pays. Si tout va bien, si l'Europe laisse faire, il est clair que le peuple bulgare aura eu raison d'étonner le monde par sa crânerie; mais si les choses se compliquent? Cette question revêt une singulière gravité, d'après elle, par suite de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine à l'Autriche-Hongrie. Elle ne porte aucun jugement sur le geste de François-Joseph s'appropriant, lui aussi, sans respect pour les traités existants, des provinces turques. Mais son silence même est significatif; il équivaut à une désapprobation.

Dans un second article, le journal ministériel donne une note plus rassurante. L'attitude pacifique du grand vizir et des Jeunes Turcs lui fait espérer que l'éventualité d'une guerre sera écartée, car en toute logique le Sultan devrait la faire aussi

bien à l'Autriche-Hongrie qu'à la Bulgarie. «L'Indépendance roumaine» suspecte, d'ailleurs, la sincérité des protestations britanniques, en insinuant que la Grande Bretagne veut peut-être sa part du butin. Enfin elle met toute son ironie à plaindre «ces pauvres Serbes», qui voient s'évanouir leurs plus chères espérances, et elle ne prend pas au sérieux les cris de «Guerre à l'Autriche!» proférés à Belgrade.

La presse conservatrice est plus favorable, ou plus indulgente aux Bulgares. C'est la perspective de voir la question de la Macédoine résolue pour longtemps dans le sens turc qui les a exaspérés, dit «La Roumanie» comme pour les excuser. Elle pense qu'un royaume bulgare indépendant sera pour l'Etat roumain un voisin préférable à une Bulgarie mécontente, inquiétante, faisant et ne faisant pas partie de l'empire ottoman; la Bulgarie nouvelle sera plus calme, plus tranquille, plus conservatrice dans le sens de la politique internationale. Par le fait même qu'elle sort de l'empire ottoman, ajoute l'organe de M. Take Jonesco, elle coupe de sa propre main ses attaches politiques et religieuses avec les Bulgares de Turquie. Mais son souverain a eu tort de tirer d'un passé poussiéreux ce titre de tzar, qui l'isole des familles régnantes européennes.

Dans les sphères officielles on croit que la paix sera maintenue dans les Balkans par la sagesse du Gouvernement ottoman, à moins que l'Angleterre, pour qui ces derniers événements, en affaiblissant le prestige des Jeunes Turcs, constituent un véritable échec, ne cherche à brouiller les cartes à Constantinople et à souffler sur un feu qui refuse de s'allumer.

25.

BRUXELLES, 10. 11. 1908.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 31 octobre 1908, No. 385.)

La politique russe dans la question des Balkans et l'opinion publique en Russie.

On considère ici que la mission de M. Iswolsky à Berlin n'a pas eu le succès que l'on espérait et l'on s'en montre assez déçu.

L'opinion publique et les principaux organes de la presse reprochent à la diplomatie russe un certain flottement depuis l'ouverture de la crise. Au lendemain de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine et de la proclamation de l'indépendance de la Bulgarie, le Cabinet de St. Pétersbourg déclara que le traité de Berlin ayant été violé, la Russie demanderait la réunion d'une Conférence et qu'une note dans ce sens serait expédiée incessamment aux Puissances signataires de ce traité. Il eut fallu, dit-on, s'en tenir strictement à cette déclaration et provoquer la prompte réunion de la Conférence. Au lieu de cela, on a perdu 15 jours à chercher une base d'entente, on a donné le temps à l'Autriche et à la Bulgarie d'entrer en conversation avec la Turquie; enfin cette base d'entente n'ayant pu être trouvée, on en est revenu au point de départ et l'on est dans la nécessité de chercher à s'entendre avec l'Autriche soit directement, soit par l'intermédiaire de l'Allemagne. On craint dans les milieux diplomatiques qu'en ce qui concerne la rectification de frontières demandée par la Serbie pour unir ses frontières à celles du Monténégro, il sera difficile d'arriver à un accord avec l'Autriche.

Cette situation inquiète d'autant plus l'opinion qu'elle correspond avec l'ouverture de la Douma, où s'est manifesté, dès le début, un sérieux mouvement panslaviste. Le voyage du Prince héritier de Serbie (qui) n'avait pas été directement désiré par la Cour, mais auquel elle n'a pas cru devoir mettre opposition, s'est trouvé coïncider avec l'ouverture de l'assemblée.

On a peut-être recherché cette coïncidence du côté serbe et l'on a certainement travaillé à créer un mouvement de l'opinion publique russe en s'appuyant sur certaines personnalités du **parti cadet dont les membres autant par tactique de politique intérieure que pour faire opposition au Gouvernement, se font les champions des idées panslavistes. Mais ce mouvement ne s'est pas arrêté au parti cadet; les octobristes et une partie de la droite modérée s'y sont montrés favorables.**

Il vient de recevoir une nouvelle impulsion dans une réunion publique où des personnalités politiques serbes et russes ont pris la parole, notamment le Président de la Douma. Du

côté serbe on s'est montré très violent, un des orateurs a prêché nettement la guerre, si les revendications slaves étaient écartées.

Ce serait, toutefois, une erreur de croire que cette éventualité soit envisagée comme possible par une portion quelconque de l'opinion publique en Russie. On se rend compte que la Russie n'est pas suffisamment remise de sa dernière guerre avec le Japon et dans les milieux officiels on se souvient trop bien de la révolution et des dangers qu'elle a fait courir à l'ordre établi.

Un membre de la Douma, le Comte Bobrinski, a assez exactement reproduit l'opinion des éléments panslavistes modérés en disant que la Russie, au cas où elle ne pourrait obtenir de compensation pour la Serbie et le Monténégro, avait le devoir de refuser de souscrire à l'écrasement des Slaves du Sud en ne reconnaissant pas l'annexion de la Bosnie-Herzégovine. Une telle politique signifierait l'abandon du projet de conférence qui a été poursuivi jusqu'ici par le Cabinet de St. Pétersbourg.

Dans les cercles officiels, sans vouloir contrecarrer directement le mouvement panslaviste on cherche à mettre une sourdine aux manifestations intempestives de quelques zélés.

On est inquiet ici de l'effervescence qui règne en Serbie et au Monténégro et des armements qui se poursuivent dans ces deux pays. D'autre part les compensations réclamées par la Serbie paraissent exorbitantes.

On ne connait pas encore officiellement le résultat de l'entrevue du Prince héritier avec l'Empereur, mais il parait certain que l'Empereur aura recommandé au jeune Prince une attitude plus calme. Ou lui aura fait comprendre que la Serbie ne peut rien gagner à une guerre désespérée contre l'Autriche, que son salut dépend de la Russie et que si la Russie est disposée à défendre les droits des peuples Slaves dans le concert des grandes Puissances et à obtenir pour eux la somme de compensations possible, elle ne pourrait cependant prendre une attitude qui serait de nature à compromettre les efforts poursuivis jusqu'ici pour assurer par une entente internationale, la paix en Orient.

En résumé, le point de vue officiel ici reste toujours la réunion d'une Conférence et la recherche des solutions pour y arriver; tandis qu'une partie de l'opinion publique commence à attaquer et à critiquer cette politique.

26.

BRUXELLES, 21. 11. 1908.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 14 novembre 1908, No. 1800.)

L'interpellation sur l'interview du Daily Telegraph au Reichstag.

La crise que traverse l'Allemagne, a indubitablement un caractère de gravité exceptionnelle. C'est ce qui ressort à l'évidence de l'interpellation qui a occupé le Reichstag dans les séances des 10 et 11 novembre. Les attaques dirigées contre le Gouvernement visaient plus haut que le Chancelier et s'adressaient à l'Empereur lui-même. La Chambre à l'unanimité déplore l'intervention répétée et non concertée avec ses Conseillers légaux de l'Empereur dans la politique extérieure. L'Allemagne entière veut l'application sincère de la constitution, et le Chancelier n'a pas caché qu'à cet égard il partage le sentiment général. Il a publiquement manifesté qu'il s'associe aux angoisses patriotiques causées par les imprudences de langage du Souverain et annoncé qu'il ne consentirait pas à porter la responsabilité qui lui incombe, dans le cas où le régime de la politique personnelle ne ferait pas place à l'application des principes de la constitution.

La crise serait terminée si le Prince de Bülow avait été autorisé à faire quelque déclaration dans ce sens de la part de l'Empereur. Il ne l'était évidemment pas, puisqu'il s'est abstenu et tout le monde ignore encore quelle est l'impression produite sur Sa Majesté par les débats du Reichstag. On se demande si Elle se rend bien compte de la portée du mouvement d'opinion qui s'est produit contre Elle. L'Empereur chasse en ce moment chez le Prince Fürstenberg à Donau-Eschingen. On s'étonne qu'il n'ait pas jugé nécessaire de revenir à Berlin.

Nul ne sait non plus si l'Empereur tiendra encore à la collaboration du Prince de Bülow, après que celui-ci n'a pas même essayé de défendre les actes politiques personnels de Sa Majesté, ou l'a fait au moins si faiblement que la défense ressemblait fort à une censure par prétérition.

Enfin les nombreux échecs subis par l'Empereur n'ont pas diminué sa confiance en lui-même. La nouvelle leçon reçue sera-t-elle plus efficace?

Quelle que soit l'issue de la crise le prestige de l'Empereur en sortira fort amoindri et l'autorité de l'Allemagne dans les affaires internationales en sera diminuée. C'est un malheur européen. **C'est incontestablement à l'Allemagne et aux tendances profondément pacifiques de l'Empereur que nous devons les trente-sept années de repos dont nous avons joui.**

27.

BRUXELLES, 5. 12. 1908.

(Extraits d'un rapport de Belgrade du 19 novembre 1908, No.125)

Démarches des Puissances auprès du Cabinet de Belgrade. Attitude de la Serbie.

Les Puissances continuent à exercer à Belgrade leur influence dans un sens pacifique. Sur des instructions reçues de St. Pétersbourg, le Ministre de Russie a réuni chez lui ses collègues de France, d'Angleterre, d'Italie et d'Allemagne, afin d'examiner et de préciser les points sur lesquels il serait opportun d'attirer l'attention du Gouvernement serbe. On tomba d'accord sur l'utilité qu'il y aurait à signaler à ce gouvernement le danger que constituent pour la paix, le déploiement de forces militaires sur la frontière et les préparatifs pour la formation de bandes destinées à pénétrer en Bosnie. Des représentations en ce sens furent faites à M. le Président du Conseil.

M. Velimirovitch a promis que le gouvernement serbe se conformerait au vœu exprimé par les Puissances, en renvoyant dans leurs garnisons respectives les troupes cantonnées le long de la frontière et en s'opposant à l'organisation de bandes sur

le territoire de la Serbie. Mais, en même temps, il remit aux représentants étrangers un aide-mémoire, préparé d'avance, dans lequel sont énumérés les griefs que le Royaume a à faire valoir contre l'Autriche-Hongrie tels que: mesures militaires menaçantes; saisies de canons, fusils, munitions destinés à la Serbie, sans qu'il y ait d'hostilités déclarées; refus de laisser transiter la plupart des marchandises sous divers prétextes; contestations douanières incessantes; injures tolérées dans la presse à l'égard de la famille royale etc.

On n'a pas jugé opportun de demander au Gouvernement serbe de congédier les réservistes du 1r ban de l'armée, qui sont appelés sous les drapeaux par roulement, de telle sorte que les effectifs actuels comprennent de 42 000 à 45 000 hommes, au lieu de 28 000 à 30 000, qui est le pied de paix normal, à cette époque de l'année. On a voulu ainsi ménager l'amour-propre national en ne lui imposant, pour le moment, que le minimum de sacrifices requis dans l'intérêt de la paix. Mais il n'est pas impossible que de prochaines observations portent sur ce point.

Le renforcement des effectifs pèse lourdement sur les finances de l'Etat, mais la Serbie croit nécessaire de maintenir son attitude belliqueuse afin d'y puiser un argument auprès de l'Europe, en faveur de ses revendications nationales présentées sous forme de compensations.

28.

BRUXELLES, 9. 12. 1908.

(Extraits d'un rapport de Belgrade du 27 novembre 1908, No.128.)

Missions de M. M. Milovanovitch et Pachitch. Etat de l'opinion publique en Serbie (suite à la circulaire du 5 décembre 1908).

M. Milovanovitch, Ministre des Affaires Etrangères de Serbie, est rentré de son voyage en Occident.

Sauf à Berlin, où sa visite était de pure forme, il a rencontré à Londres, à Paris et à Rome un accueil sympathique. Il a réussi à intéresser à la cause serbe des milieux politiques auparavant indifférents; mais il n'a pu arracher aucune promesse

de concours effectif, ni d'engagement relatif au refus de reconnaître le statut territorial créé par l'annexion de la Bosnie-Herzégovine.

M. Pachitch, qui a accompagné le Prince Georges en Russie et est resté près d'un mois dans ce pays, s'est efforcé, non sans succès, d'exciter le sentiment panslaviste en faveur de la Serbie; mais, pas plus que M. Milovanovitch, l'ancien Président du Conseil, dont on attend le prochain retour ne rapporte d'engagement ferme de la part du Cabinet de St. Pétersbourg.

Le Gouvernement serbe continue ses armements. Il commande à l'étranger du matériel et des munitions de guerre et exerce, successivement, les différentes classes de réserves de l'armée. Il a beaucoup à faire, sous ce rapport, car l'appareil militaire du Royaume a été très négligé dans ces dernières années. La hâte qu'on apporte dans ces préparatifs n'est pas destinée seulement à réparer les fautes du passé, mais aussi à rassurer l'opinion publique, devenue très nerveuse, et à impressionner l'Europe en lui laissant entrevoir la possibilité d'une conflagration balkanique.

Le Roi Pierre et ses conseillers responsables sont conscients de la témérité qu'il y aurait à provoquer une guerre avec l'Autriche-Hongrie. Toutefois, ce sentiment de prudence n'est pas partagé par la majorité de la population. La classe riche, qui est peu nombreuse, ne désire courir aucune aventure; mais la classe moyenne et le peuple ont des dispositions belliqueuses. Le paysan, qui est ailleurs un élément conservateur et pacifique, est élevé, en Serbie, dans l'idée que les luttes d'affranchissement ne seront pas terminées aussi longtemps que des frères de race serbe se trouveront sous le joug étranger. La guerre lui paraît une nécessité inéluctable; il n'a, d'ailleurs, que fort peu de chose à y perdre, car il n'a pas d'épargne et vit au jour le jour de ce qu'il gagne par son travail, pour la satisfaction de ses besoins immédiats.

Dans les milieux intellectuels de ce pays on s'adonne à l'idéologie et l'appel aux armes est considéré comme le seul moyen d'échapper à l'étreinte autrichienne et de réaliser la grande patrie serbe. Il n'est pas jusqu'aux commerçants, gens habi-

tuellement amis de la paix qui, découragés par le déclin des affaires, ne s'accoutument à envisager le recours aux moyens extrêmes comme un expédient propre à tirer le pays de l'impasse où il se sent acculé.

Telle est, résumée en quelques mots, la psychologie du peuple serbe dans les circonstances qu'il traverse en ce moment et qui sont si pénibles pour le sentiment national.

29.

BRUXELLES, 11. 12. 1908.

(Extrait d'un rapport de Tokio du 10 novembre 1908, No. 128.)

Confidentiel.

Impression produite au Japon par les propos prêtés à l'Empereur d'Allemagne.

Les déclarations de l'Empereur d'Allemagne concernant le rôle que la marine allemande serait appelée à jouer dans les eaux du Pacifique et les allusions au sujet du péril jaune ont causé sinon de l'émotion au Japon du moins un certain étonnement. Elles font revivre les sentiments de défiance à l'égard des objets de la politique allemande en Extrême-Orient.

Depuis la guerre l'Empereur d'Allemagne a semblé chercher les occasions de témoigner de ses sympathies pour le Japon.

L'appel à une union possible des flottes européennes dans le Pacifique efface la bonne impression que les amabilités de l'Empereur envers le prince Arisugawa et récemment envers le prince Kuni n'avaient pas manqué de produire. — La presse a été très sobre de commentaires et s'est tenue sur une grande réserve.

L'ambassadeur d'Allemagne a été chargé de donner les explications les plus amicales sur le sens des paroles de l'Empereur; elles sont néanmoins reçues avec un certain scepticisme.

L'alliance avec l'Angleterre, l'entente avec la France et la Russie ainsi que les assurances des plus amicales des Etats-Unis garantissent le Japon contre l'éventualité de complications que

l'Allemagne dans les circonstances actuelles ne pourrait, quelque puissante qu'elle soit en Europe, susciter ou créer en Extrême-Orient.

L'intervention de l'Empereur, son fameux tableau du péril jaune n'étaient pas oubliés, mais on aimait à n'en plus parler. Les propos prêtés à l'Empereur en réveillent le pénible souvenir.

30.

BRUXELLES, 11. 12. 1908.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 30 novembre 1908, No. 101.)

Muley Hafid et la France.

Le Gouvernement français examinerait, dès à présent, l'opportunité d'envoyer une mission auprès de Muley Hafid.

Il ne parait pas téméraire de supposer que dans un avenir plus ou moins éloigné, le Maghzen du nouveau Sultan doive s'engager, à son tour, dans la voie d'entente avec la France qu'Abd El Aziz avait si résolument suivie. L'occupation du territoire marocain par l'armée du Général d'Amade est un argument qui s'impose de plus en plus. Mais il en est d'autres auxquels peu de marocains sont à la longue capables de résister. De tout l'ancien Maghzen, feu Moh. Torres était le seul dont l'intransigeance patriotique fut à l'abri de certaines déductions. Moh. Guebbas, son successeur, ouvertement acquis à la pénétration française, s'est vu confirmer dans son poste par le nouveau Sultan.

Si le jour vient où Muley-Hafid, à son tour, réclamera «le concours bienveillant» de la République, celle-ci n'aura qu'à poursuivre la politique habile grâce à laquelle la France se trouve avoir installé des travaux publics tels que la télégraphie sans fil et le chemin de fer stratégique de la Chaouia et s'être assuré d'autres privilèges qu'elle a fait passer, sans trop de peine, entre les mailles de l'acte d'Algeciras.

31.

BRUXELLES, 17. 12. 1908.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 11 décembre 1908, No. 1959.)

La crise des Balkans.

Le discours prononcé hier par le chancelier au Reichstag, à l'occasion de la discussion du budget met plus nettement en lumière que ne l'avaient fait les déclarations antérieures, ce que pense le Gouvernement Impérial des relations de l'Allemagne avec l'Angleterre et de la situation générale de la politique internationale.

On avait demandé pourquoi le Gouvernement allemand n'a pas consenti à la limitation des armements maritimes. Le Prince de Bülow a répondu qu'il n'avait jamais reçu aucune proposition dans ce sens. Le chancelier ne s'est pas borné à cette fin de non recevoir. Il a ajouté que l'Allemagne avait plus d'une fois examiné comme les autres Puissances, la question de la limitation des armements, bien avant que les difficultés financières actuelles n'aient surgi. Il la considère comme une chose très désirable en soi. L'attitude de l'Allemagne a été dictée par les doutes qu'elle éprouve au sujet de la possibilité de mettre ces projets à exécution et de l'opportunité de se livrer à une discussion sans issue sur une question aussi délicate, au risque d'aggraver les contrastes au lieu de les adoucir.

Après avoir fait allusion aux difficultés techniques qu'il y aurait à comparer les forces navales des divers pays qui ne se mesurent pas uniquement par le nombre de vaisseaux; à déterminer combien il en faut à chacun d'eux, à distinguer entre les aspirations légitimes et celles qui ne le sont pas; le Prince de Bülow a dit que l'Allemagne placée au centre de l'Europe occupe la position stratégique la plus désavantageuse qui existe dans les cinq parties du monde. Les armements de l'Allemagne sont dictés par la nécessité d'être capable de se défendre de plusieurs côtés à la fois. Au cours du débat, on a dit plusieurs fois que la situation extérieure de l'Allemagne laisse à désirer. Certainement la situation en Europe n'est

pas commode en ce moment. Le chancelier croit qu'actuellement la situation de l'Allemagne serait vraiment mauvaise et que la paix serait vraiment menacée, si les préparatifs militaires de l'Empire descendaient au-dessous de ce qui exige sa position.

Il n'est pas possible de faire entendre plus clairement que d'après l'avis du Gouvernement Impérial, la guerre aurait déjà éclaté si la crainte salutaire des armées allemandes ne donnait pas à réfléchir à ses adversaires et qu'en cas d'une guerre continentale contre la France et la Russie alliées, l'Allemagne s'attend à être attaquée par l'Angleterre. C'est la peur d'une agression anglaise qui a acquis la faveur publique au développement de la marine de guerre si impopulaire encore, il y a quelques années. On voit avec quelle rapidité disparait l'optimisme manifesté, il y a trois semaines, dans les sphères officielles allemandes.

Le Prince de Bülow a été inspiré par la même pensée lorsqu'il a parlé dans son discours d'hier, de la question des Balkans. Il a exprimé le regret d'avoir entendu M. Haussmann critiquer sur divers points la politique de l'Autriche-Hongrie. Le pays est, a-t-il dit, depuis une génération, un allié fidèle de l'Allemagne. Il n'est pas juste de compliquer par une critique infructueuse les difficultés dans lesquelles cet allié se trouve en ce moment. Le chancelier croit devoir répéter que l'Allemagne est aux côtés de l'Autriche-Hongrie et que, d'après son opinion, elle sert le mieux la cause de la paix en ne laissant aucun doute sur la solidité inébranlable de cette alliance et sur le sérieux avec lequel l'Allemagne comprend ses devoirs d'alliée.

Cette déclaration a été à plusieurs reprises bruyamment applaudie par la droite, le centre et la gauche du Reichstag. C'est un avertissement à l'adresse de l'étranger dont la netteté ne laisse rien à désirer. Le chancelier a évidemment voulu lui faire comprendre qu'il ne fallait pas compter sur le mécontentement causé en Allemagne par la politique aventureuse du Baron d'Aehrenthal. Ces froissements s'effacent devant l'intérêt supérieur de la conservation de la paix européenne. Ce n'est sans doute pas pour répondre à M. Haussmann député jouissant de très peu de notoriété et d'aucune autorité, que le Prince

de Bülow a jugé opportun de faire sa déclaration. Elle s'adresse aux Gouvernements des grandes puissances afin de leur faire savoir qu'en cas de conflagration l'Autriche-Hongrie trouverait l'Allemagne prête à lui fournir le concours de ses armes; ce qui entraînerait indubitablement la guerre générale.

32.

BRUXELLES, 24. 12. 1908.

(Extrait d'un rapport de Rome du 4 décembre 1908, No. 542.)

Interpellation sur la politique étrangère de l'Italie.

La chambre des députés a continué avant hier la discussion des motions et interpellations sur la politique étrangère du gouvernement.

L'extrême-gauche n'a plus renouvelé la tentative absurde d'obstruction qui a marqué le commencement des débats; aussi ceux-ci se sont-ils poursuivis avec une dignité parfaite qui a même pris hier un caractère de solennité impressionnante.

On aurait pu croire, dans le principe, que tous les orateurs de l'opposition auraient eu surtout en vue d'attaquer la politique de M. Tittoni. Ces prévisions ne se sont guère réalisées jusqu'à présent, car les seuls discours qui ont produit un grand effet, comme ceux du Baron Sonnino et de M. Fortis, tous deux anciens présidents du conseil et adversaires du gouvernement actuel, ont constitué de vrais réquisitoires non pas contre la politique étrangère de l'Italie, mais contre l'annexion de la Bosnie-Herzégovine et l'attitude de l'Autriche-Hongrie à l'égard de l'Italie.

Sans qu'on l'avoue explicitement, le sentiment national n'avait cessé d'espérer que l'unité de la patrie se complèterait un jour par l'annexion de Trieste et du Trentin; presque tous les gouvernements qui se sont succédé à Rome depuis trente ans ont fait des tentatives pour amener le cabinet de Vienne à satisfaire aux vœux exprimés si clairement par les populations italiennes de la monarchie austro-hongroise, et l'on avait espéré que cette dernière trouverait une compensation suffisante dans l'assentiment

du gouvernement italien quand elle procéderait à l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine.

Ces espérances, qui, il faut le reconnaître, étaient bien hasardées, se sont évanouies pour toujours.

On a voulu d'abord rejeter la responsabilité de cette mésaventure sur M. Tittoni, sous le prétexte qu'il s'est toujours déclaré d'accord avec le comte Goluchowski et avec le B^{on} d'Aehrenthal sur toutes les questions concernant la presqu'île des Balkans alors qu'en réalité il n'avait probablement pas même abordé la plus importante de toutes aux yeux des Italiens: celle des compensations qu'il y aurait lieu d'accorder à l'Italie lors de l'annexion éventuelle de la Bosnie-Herzégovine.

Depuis trois jours, à la chambre des Députés, cette question des compensations a joué un rôle prépondérant, non pas que des réclamations dans ce sens eussent été exposées catégoriquement par certains orateurs, mais parcequ'on sentait que chacun d'eux avait une arrière-pensée, toujours la même: le retour de Trieste et du Trentin à la mère patrie.

M. Fortis qui a prononcé hier un discours dont le succès a été énorme, et dont les avertissements à l'égard de l'Autriche-Hongrie ont soulevé des transports d'enthousiasme, n'a pas fait allusion à Trente et à Trieste, mais on a compris que chacun des reproches qu'il adressait à la puissance voisine et alliée avait pour but indirect de blâmer l'obstination de cette dernière à refuser toute conversation sur la question qui préoccupe les esprits et fait palpiter les cœurs en Italie.

Telles sont les principales réflexions que suggère l'allure générale des débats qui se poursuivent à la Chambre des députés.

Les acclamations triomphales qui ont accueilli le réquisitoire de M. Fortis contre la politique de l'Autriche-Hongrie proviennent de ce que cet homme d'Etat, interprète fidèle du sentiment national, a exprimé des idées que tout Italien partage, mais que personne d'aussi haut placé que lui n'avait eu le courage et l'audace d'énoncer: «Je veux rester, malgré tout, fidèle à la Triplice; je dis malgré tout, attendu que cette fidélité nous est rendue de jour en jour plus difficile . . . L'Italie n'a à craindre qu'une guerre éclate que si elle lui est déclarée par

une puissance amie . . . Nous devons prendre les mesures nécessaires pour la défense de la patrie . . .» Ces trois phrases ont été acclamées par l'assemblée entière et quand l'orateur s'est rassis, tous les députés, y compris les chefs des partis opposés au sien, M. Giolitti et M. Bazelai[1]) ont quitté leur banc pour aller féliciter l'ancien président du Conseil. Ce fut, paraît-il, une manifestation imposante; on assure que depuis de longues années, jamais un orateur n'avait été l'objet à la chambre des députés d'Italie, d'ovations aussi significatives.

33.

BRUXELLES, 13. 1. 1909.

(Extrait d'un rapport de Rome du 27 décembre 1908, No. 568.)

Les Balkans.

La dépêche circulaire de M. Iswolsky et son discours à la Douma qui sont évidemment destinés à se compléter réciproquement, ont produit une excellente impression dans les cercles officiels et dans les organes de la presse à Rome.

On y fait remarquer, d'une part, qu'en s'adressant aux Puissances, le ministre des affaires étrangères du Czar a maintenu énergiquement, sauf quelques atténuations de pure forme, le programme qu'il avait élaboré, dès le principe, d'accord avec la France, la grande Bretagne et l'Italie; d'autre part, lorsque M. Iswolsky a exposé sa politique devant les députés de la nation russe, il s'est surtout attaché à enlever à sa dépêche circulaire tout caractère désobligeant pour l'Autriche-Hongrie, en affirmant sa confiance dans le maintien de la paix ainsi que son désir de consolider les relations amicales de la Russie avec toutes les puissances, et en donnant aux panslavistes, et aux slaves de la presqu'île des Balkans, des conseils de nature à calmer leur effervescence.

M. Isvolsky a donc blâmé les procédés de l'Autriche-Hongrie lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, dans des termes tellement nets et tellement probants qu'il a presque eu l'air d'exprimer la pensée de l'Europe entière. Ensuite, le lendemain

[1]) Soll wohl heißen Barzilai.

du jour où sa dépêche circulaire a été connue, il a prévenu tous les slaves de la presqu'île des Balkans que la Russie est décidée à soutenir leur cause par les voies pacifiques et à étendre sur eux sa protection qui leur a été si utile dans le passé, à condition qu'ils s'abstiennent aussi bien envers la Turquie qu'envers l'Autriche-Hongrie, de tout acte qui pourrait être considéré à Constantinople ou à Vienne comme ayant un caractère d'hostilité ou de provocation.

Ce programme est absolument conforme aux aspirations du monde officiel en Italie, lesquelles peuvent se résumer de la façon suivante:

Fidélité au pacte de la Triple alliance; mais maintien de l'indépendance complète de l'Italie dans ses relations internationales, de telle façon que ses engagements vis-à-vis des deux Empires alliés ne portent aucune atteinte au libre développement de ses relations d'amitié avec la France, la Grande-Bretagne et la Russie; raffermissement de l'équilibre dans les Balkans, ce qui implique d'abord des ménagements particuliers envers la Turquie, puis une action commune avec la Russie pour arrêter toute tentative d'empiètement nouveau de l'Autriche-Hongrie, et pour procurer, dans la mesure du possible, quelques compensations légères aux nations slaves de la presqu'île des Balkans.

Bien entendu, la presse conservatrice et radicale socialiste ou socialiste en Italie, de même que les politiciens, désirant avant tout battre en brèche les hommes d'Etat actuellement au pouvoir, soutiennent des idées beaucoup moins conciliantes, mais ces journaux faisant de l'opposition systématique et ces individualités sans mandat, n'exercent qu'une influence fort limitée sur le Parlement et sur les masses populaires. Il n'y a que M. Giolitti, fort de l'appui du Roi et du corps électoral, qui compte en Italie au point de vue de la direction à imprimer aux destinées de la nation.

On est donc enchanté dans les sphères officielles de Rome de voir la Russie rechercher dans la presqu'île des Balkans une entente avec l'Italie, entente destinée on l'espère, à remplacer l'accord austro-russe qui a tenu si longtemps l'Italie à l'écart.

On est également très reconnaissant à M. Isvolsky d'avoir affirmé dans son discours d'avant-hier «qu'il attache la plus grande importance au rapprochement italo-russe qui aura pour conséquence de faciliter beaucoup la solution pacifique et équitable des questions pendantes».

Le sentiment national se prononce d'une façon tellement sensible en Italie en faveur de la consolidation de l'entente avec la Russie, que toute allusion faite à cette puissance par un membre de la chambre des députés, au cours d'un débat quelconque soulève immédiatement, et comme instinctivement, les applaudissements de l'assemblée.

On espère que l'Autriche-Hongrie, ne déclarera pas qu'elle se refuse à discuter l'insertion dans le texte du traité de Berlin, «d'une clause définissant d'une façon précise la situation de la Bosnie-Herzégovine».

Si, au contraire, le cabinet de Vienne persiste à soutenir que le concert européen n'a aucunement le droit d'intervenir dans le règlement de la question de la Bosnie-Herzégovine, il pourra se vanter peut-être d'avoir fait échouer le projet de Conférence, mais il aura de la peine à rompre le faisceau d'inimitiés et de rancunes qui se sera formé contre lui dans l'Europe presque entière.

34.

BRUXELLES, 14. 1. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 28 décembre 1908, No. 2039.)

Les Balkans.

Dans la question des Balkans on est actuellement aussi éloigné d'une solution qu'au début du différend entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie au sujet de la Bosnie-Herzégovine. La Russie persiste dans sa thèse qui en droit est inattaquable. Un traité ne peut être changé que du consentement unanime des puissances qui l'ont signé. D'un autre côté on conçoit la répugnance du baron d'Aehrenthal à participer à une conférence qui aurait autre chose à faire que d'enregistrer de résolutions déjà arrêtées. Si la discussion y était libre l'Autriche-Hongrie s'y trouverait comme

à Algéciras isolée en compagnie de l'Allemagne, en face de la Turquie soutenue par l'Angleterre et par le reste des grandes puissances que la politique du Roi Eduard VII a réussi à mettre à sa suite.

Le seul facteur favorable à noter est la déclaration très nette du prince de Bülow faisant savoir qu'en cas de guerre l'Autriche-Hongrie trouvera l'Allemagne à ses côtés. Pour avoir pris cet engagement public, il faut que l'on soit bien pénétré ici de l'idée que l'Autriche-Hongrie est un élément indispensable de l'équilibre européen. La tâche assumée est d'autant plus lourde que le Baron d'Aehrenthal a choisi pour courir les aventures le moment où l'artillerie autrichienne est en voie de transformation. On n'est même pas certain ici qu'elle sera en état de faire la guerre dans le courant de l'année 1909. La promesse d'appui militaire est tout ce que l'Allemagne pouvait faire pour son alliée. Diplomatiquement elle est hors d'état de lui venir en aide. Ses conseils n'ont guère de chance d'être écoutés à Londres, à Paris et à St. Pétersbourg. Elle ne peut agir qu'à Vienne et elle le fait dans le sens de la modération. C'est sur ses pressantes démarches que le marquis Pallavicini est resté à Constantinople et que les négociations avec la Turquie ont été reprises avant la fin du boycottage. On lui doit aussi que le Baron d'Aehrenthal ait consenti à discuter par des pourparlers entre les cabinets les questions de la Bosnie qu'il a d'excellentes raisons d'exclure de la Conférence; mais les reculades de l'Autriche-Hongrie sont insuffisantes pour donner satisfaction à ses adversaires et pour préparer une solution.

Le prince de Bülow sans se dissimuler aucune des difficultés de l'heure présente, manifeste le ferme espoir qu'elles s'aplaniront sans guerre.

35.

BRUXELLES, 16. 1. 1909.

(Extrait d'un rapport de Paris du 26 décembre 1908, No. 3009.)

La note russe sur les Balkans.

Dans le monde officiel de la République on se montre excessivement sobre d'appréciations sur les évènements qui se dé-

roulent dans les Balkans et sur les négociations qui y sont relatives. Sans être directement ni spécialement intéressée dans ces questions, la France est étroitement liée à deux Puissances qui veulent y jouer un rôle, pas toujours concordant mais que le gouvernement de la République désire soutenir.

Dans le début de la crise actuelle le cabinet de Paris a nettement déclaré qu'il prêterait son concours le plus efficace au maintien de la paix et il s'est, en même temps, mais moins ouvertement efforcé de maintenir une parfaite communauté d'idées avec l'Angleterre et la Russie.

Toute la politique de M. Pichon est actuellement basée sur ces deux points. Quoique la triple entente existe et que les trois Puissances agissent de commun accord on cherche à ne pas trop la proclamer et on veut éviter de la présenter comme un bloc opposé à la Triple alliance.

L'attitude de la France devient de plus en plus difficile et délicate à mesure que son allié s'engage de plus en plus dans le conflit balkanique et on se demande ce qu'elle ferait le jour où aux négociations austro-russes succéderaient des hostilités.

La récente note russe, répondant aux propositions autrichiennes a été fort froidement accueillie parce qu'elle laisse, comme au jour du coup de théâtre du Baron d'Aehrenthal la question d'Orient ouverte toute entière devant l'Europe. Elle montre que les détentes successives, que l'on a signalées ces derniers temps, n'étaient que des illusions.

M. Isvolsky, tout en accédant au désir exprimé par son collègue de Vienne, quant à l'entente préalable, avant la convocation d'une conférence, laisse entrevoir que cette entente sera impossible, vu que la Russie toute la première ne se résignera pas, comme l'exige l'Autriche-Hongrie, à souscrire, soit avant, soit pendant la Conférence, purement et simplement, au fait accompli et que la question des compensations reste ouverte. Comme il est impossible que l'Autriche-Hongrie revienne sur ce qu'elle a fait, on ne voit pas où est la solution pacifique désirée par tous.

En droit, la thèse soutenue par M. Isvolsky semble ici inattaquable et on est d'accord avec lui sur ce point depuis le mois

d'octobre. Si, dans sa circulaire, il admet le nouveau «modus procedendi» la France, toujours dans le ferme désir de participer à toutes les négociations qui peuvent contribuer au maintien de la paix participera dans une large mesure au nouvel échange de vues qui devrait rendre possible la réunion de la Conférence.

M. Pichon est disposé à continuer les efforts qu'il a faits depuis trois mois pour la pacification générale, mais c'est à condition qu'il soit bien entendu que les concessions seront faites pour les seuls Etats qui ont violé, à leur profit, le Traité de Berlin.

On considérerait ici avoir perdu le sentiment de la dignité nationale si on consentait à aider financièrement l'Autriche-Hongrie à sortir des difficultés dans lesquelles la politique aventureuse du Baron d'Aehrenthal l'a entraînée.

La France, dans l'échange de vues qui se prépare n'a rien à demander pour elle-même, mais elle restera unie aux Puissances de la Triple-Entente qui ne veulent supporter ni moralement ni matériellement les frais de l'opération bosniaque.

En résumé, sans se montrer pessimiste, il semble qu'ici comme partout, on croit, après la lecture de la note russe, que la réunion de la Conférence projetée et, en conséquence la solution des difficultés actuelles des Balkans paraissent encore très-éloignées. Cette situation n'est pas faite pour dissiper les inquiétudes qu'on a pu concevoir dès le début de ce triste incident.

Les optimistes pensent que plus les choses tireront en longueur, mieux cela vaudra parce que l'antagonisme qui s'est établi entre le Baron d'Aehrenthal et M. Isvolsky pourra venir à se terminer par la retraite de l'un ou l'autre de ces ministres ou par celle de tous les deux.

36.

BRUXELLES, 28. 1. 1909.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 9 janvier 1909, No. 23.)

L'Angleterre et la Russie vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie.

Depuis l'annexion de la Bosnie-Herzégovine par l'Autriche-Hongrie, les deux puissances qui ont mené la campagne contre la monarchie dualiste ont été l'Angleterre et la Russie.

Ces deux Puissances sont intervenues à Constantinople chaque fois que l'occasion s'est présentée pour contrecarrer les négociations directes que l'Autriche-Hongrie s'efforce encore d'amener à bonne fin avec la Turquie.

L'Angleterre est inspirée dans sa manière d'agir par plusieurs considérations qui se rattachent à sa politique générale. Elle a vu dans la situation présente l'occasion de reconquérir une situation en Orient qui avait beaucoup perdu de son ancien prestige. En faisant de l'agitation contre l'Autriche elle a voulu affaiblir l'alliée de l'Allemagne et compliquer peut-être la situation internationale de cette dernière Puissance.

Les rapports entre l'Autriche et l'Angleterre ne sont guère meilleurs aujourd'hui qu'ils l'étaient il y a deux mois. Les paroles peu courtoises échangées au dernier entretien du Baron d'Aehrenthal avec l'exambassadeur Sir Ed. Goschen et la réception de son successeur qui a été marquée par des incidents diversément rapportés mais dénotant un manque de cordialité absolu et qui ont vivement froissé Sir E. Cartwright suffisent à prouver que l'on n'est pas sur le terrain de la conciliation.

La Neue Freie Presse a publié ces jours-ci des articles violents contre l'Angleterre qui ont du au moins être tolérés par le Ballplatz.

Quant à la Russie, on s'est plu ici à donner au discours prononcé par M. Isvolsky à la Douma un caractère plus favorable qu'il ne semble le mériter. Ce discours quoique plus conciliant que les précédents présente essentiellement la marque d'une allocution parlementaire rédigée pour un auditoire spécial dont il faut ménager les vues.

Des personnes indépendantes et bien renseignées constatent dans les rapports entre les ministres des affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie et de Russie une animosité personnelle qui a commencé lors des déclarations du Baron d'Aehrenthal au sujet du chemin de fer du Sandjak aux délégations et que les évènements de l'automne dernier n'ont fait qu'envenimer. Au lendemain de l'entrevue de Buchlau un diplomate russe disait que les deux ministres s'étaient parfaitement entendus et que les questions discutées avaient été de la plus grande importance.

Ces paroles semblaient indiquer qu'on s'était occupé de l'annexion et de l'indépendance de la Bulgarie, deux évènements qui prenaient place presque immédiatement après l'entrevue.

Cette parfaite entente n'a pas empêché les deux ministres de se lancer des démentis.

L'emprunt que la Russie est obligée de contracter prochainement l'obligera tout autant que la situation intérieure à une politique modérée.

37.

BRUXELLES, 2. 2. 1909.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 8 janvier 1909, No. 6.)

Confidentielle. Le Maroc.

Malgré les démentis des journaux français il paraît certain que des troupes françaises ont franchi la rivière Oum-el-Rbia et ont occupé un point du territoire des Doukkala (vers Mazagan).

D'autre part on annonce de Rabat qu'un détachement de troupes françaises a occupé la Casbah de Sekhirat dans la journée du 3 courant. Cette Casbah se trouve à 4 heures de Rabat environ.

Les Français ont donc fait un nouveau pas en avant aux deux extrémités de la zône occupée.

Ce fait coïncide avec l'attitude à laquelle le gouvernement allemand paraît être revenu, après ses velléités menaçantes de l'été dernier.

Il n'est pas douteux qu'à cette époque on n'eût à peu près résolu à Berlin, d'effronter même les chances d'un conflit dans le cas d'une nouvelle initiative française trop prononcée. On le savait à Paris, et c'est alors, qu'au mois d'août, le prince de Radolin écrivait au Prince de Bülow: «M. Clémenceau m'a promis l'évacuation de la Chaouïa dans deux mois.»

La crise politique intérieure allemande a-t-elle influé depuis sur les dispositions du cabinet berlinois? C'est possible. En tous cas, le Dr. Rosen a tenu récemment les propos suivants

qui contrastent avec l'opinion émise par le Baron de Wangenheim l'été dernier.

«Le Maroc ne vaut pas une guerre. Du reste, il n'y a pas grand inconvénient à ce que la France entretienne ici une source permanente de différends.»

De son côté, le ministre de France à Tanger disait il y a quelques jours:

«C'est par la côte qu'il faut tenir le Maroc. De Casablanca et des environs nous exerçons une pression efficace sur le Maghzen de Fez. La même répercussion ne saurait avoir lieu du côté de la frontière algérienne. Un agrandissement de territoire dans cette région ne serait pas équivalente à l'occupation de la Chaouïa, par où nous prenons le Maroc de face[1]) et par où nous réglons, grâce aux ports, les conditions de son existence économique.»

38.

BRUXELLES, 6. 2. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 30 janvier 1909, No. 44.)

Attitude de la Russie dans les affaires d'Orient.

M. Isvolsky s'est attaché en ces derniers temps à faire comprendre à M. Popovitch, le représentant du Roi Pierre à St. Pétersbourg que l'acuité de la crise issue des derniers évènements qui se sont produits dans les Balkans ayant disparu pour faire place à un désir général d'apaisement, il convient que la Serbie et le Monténégro s'abstiennent de nouvelles provocations et d'intrigues qui ne pourraient que nuire à leur cause dans l'esprit des Puissances européennes.

Il est facile toutefois de s'apercevoir au langage de certains personnages officiels que ces efforts faits en vue de la conciliation n'excluent pas le vif déplaisir et la rancune ressentie à St. Pétersbourg à la suite du nouveau succès diplomatique du Baron d'Aehrenthal. Son dernier coup de surprise dans

[1]) Im Zirkular unterstrichen.

l'affaire de la Bosnie-Herzégovine marque d'une façon plus sensible encore le recul de l'influence russe à Constantinople déjà entamée par la rupture imprévue de l'entente de Mürzsteg.

Le bloc balkanique qui naguère était le pivot de la politique orientale se trouve aujourd'hui désagrégé. On se rend compte qu'un abîme se creuse entre la jeune Turquie et le Panslavisme, dont la Bulgarie indépendante finira par se désintéresser pour s'orienter vers l'Autriche-Hongrie.

La presse russe enregistre le fait avec force attaques à l'adresse de cette dernière Puissance et un persiflage des procédés du gouvernement ottoman auquel elle reproche de se contenter d'un chèque pour régler le sort de ses possessions, de mettre ses nationaux aux enchères comme on marchande un tapis dans les bazars de Pera.

39.

BRUXELLES, 19. 2. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 12 février 1909, No. 19.)

Affaires d'Orient.

Le mémorandum que le gouvernement serbe se propose d'adresser aux Puissances, pour y exposer à son point de vue la question bosniaque est prêt, mais on hésite à lui donner le jour. Il a été concerté, quant à sa rédaction, avec le gouvernement monténégrin et soumis à l'appréciation de la chancellerie russe. Le Cabinet de St. Pétersbourg en a déconseillé l'envoi comme inopportun. Aussi le ministre des Affaires Etrangères à Belgrade a fait connaître que la note dont il s'agit ne paraîtrait qu'après l'aplanissement des difficultés pendantes entre la Turquie d'une part et l'Autriche-Hongrie et la Bulgarie, de l'autre.

L'intervention financière de la Russie en faveur de ce dernier pays, a causé en Serbie, tout d'abord, du dépit, par jalousie; ensuite on s'est ressaisi et l'on a proclamé que, puisque le Tsar vient en aide au nouveau royaume danubien, il ne pourra faire moins pour les sujets du Roi Pierre.

L'atmosphère générale de l'Europe devient moins favorable à la Serbie. On s'en aperçoit ici et la colère que l'on en ressent s'exprime par des violences de langage propres à diminuer les sympathies que ce pays avait réussi à s'acquérir vers la fin de l'année dernière. Il y avait lieu de redouter les suggestions que peut enfanter le sentiment de l'abandon dans l'esprit d'un peuple aussi impressionable et imaginatif que celui-ci.

La plupart des membres du corps diplomatique ne croient pas à l'éventualité d'un conflit armé avec l'Autriche-Hongrie. Ces vues semblent plutôt pêcher par un excès d'optimisme. Sans doute, il y a une large part de radomontade dans les menaces, sans cesse proférées, de partir en guerre contre l'Autriche-Hongrie, dans le cas où les prétentions nationales ne recevraient pas de satisfaction; c'est un moyen de pression sur l'opinion européenne que l'on sait fermement attachée à la paix; mais il ne faut pas oublier que le peuple serbe a une haine profonde contre la monarchie voisine, dont il désire, avec impatience, secouer le joug politique et économique.

Le gouvernement a joué avec l'excitation populaire pour s'en faire un argument diplomatique; puis il s'est senti entraîné par le courant qu'il avait créé et l'a suivi dans l'espoir de le diriger. Mais l'heure approche où il sera mis dans l'alternative de capituler ou de courir la pire des aventures.

L'Autriche-Hongrie ne tolérera plus bien longtemps un état de choses qui lui impose de lourds sacrifices pour assurer la sécurité des provinces annexées. Dès qu'elle aura réglé son différend avec la Porte elle prendra, vraisemblablement, une attitude énergique susceptible de provoquer en Serbie des complications intérieures ou extérieures et, peut-être, les deux à la fois.

En attendant, les préparatifs de guerre se poursuivent avec activité. On dispose des éléments constitutifs de bandes destinées à être jetées éventuellement en Bosnie. Il y a actuellement, soit dans les environs de Tranja, au Sud-Est, soit dans la région de la Drina, à l'ouest, des volontaires engagés en nombre suffisant pour former 22 bandes de 30 hommes chacune.

Le plus grand danger pour la paix réside dans l'entretien de

ces irréguliers. Il n'y a pas à douter que si un seul parti de ceux-ci venait à franchir la frontière bosniaque, le Cabinet de Vienne n'en fit un casus belli.

40.

BRUXELLES, 27. 2. 1909.

(Extrait d'un rapport de Copenhague du 19 février 1909, No. 53.)

Projets militaires du ministère danois.

Le Folketing a commencé hier la discussion des projets de loi militaires.

On se souvient que l'année passée le parti du gouvernement s'était mis plus ou moins d'accord pour la présentation d'un plan pouvant se résumer comme suit: extension du service militaire; grandes fortifications maritimes destinées à protéger Copenhague contre une attaque par mer, dépense initiale de 31 à 35 millions de Kroner; augmentation du budget de la guerre de 2 millions par an.

Le projet du Gouvernement actuel va beaucoup plus loin. Il ne s'agit plus de renforcer les fortifications maritimes seulement, mais d'entourer la capitale d'une vaste enceinte fortifiée, de manière à en faire un camp retranché capable de résister également à une attaque qui se produirait du côté de la terre. La dépense initiale prévue est beaucoup plus considérable; à vrai dire, elle n'est pas même complètement limitée.

Le Cabinet Neergaard, qui avait été soutenu jusqu'à présent par le parti des réformes, qui a pour chef l'ancien Président du Conseil, J. C. Christensen, a adopté le programme des militaristes les plus convaincus. On laisse entendre que l'influence anglaise n'est pas étrangère à ce déploiement de zèle qui menace de provoquer une dislocation du parti des réformes. Celui-ci est, en effet, composé de députés agricoles du Jutland qui se soucient fort peu de supporter de nouveaux impôts pour fortifier le Seeland. Il est évident qu'après avoir englouté des millions autour de la capitale, on devra plus tard fortifier quelques points du Jutland et notamment le port d'Esbjirg

qu'une flotte anglaise pourrait employer comme base d'opérations contre le canal de Kiel à la mer du Nord. On se demande si le Danemark pourra jamais faire respecter efficacement sa neutralité sur des points si divers, entrecoupés par des bras de mer. C'est cet argument que les nihilistes de la défense entendent surtout invoquer pour combattre les projets du Ministre et pour réduire encore le budget de la guerre.

41.

BRUXELLES, 1. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 13 février 1909, No. 38.)

La retraite de Kiamil Pacha.

Le changement survenu dans le gouvernement suprême en Turquie ne doit pas être considéré comme néfaste pour le développement politique et économique de l'Empire. Kiamil Pacha ne serait jamais entré franchement et complètement dans le rôle d'un homme d'Etat constitutionnel. Il serait resté sans cesse en lutte avec le comité „Union et Progrès" qui ne lui avait accordé qu'une trêve devant se prolonger jusqu'à l'apaisement des conflits avec l'Autriche-Hongrie et avec la Bulgarie.

En thèse générale, un changement s'imposait, car, sans vouloir diminuer les mérites très réels de Kiamil Pacha, il faut reconnaître que sous sa direction le gouvernement, loin de regagner peu à peu une certaine autorité, en perdait chaque jour davantage, et que la situation intérieure empirait au lieu de s'améliorer.

Ce qu'il faut actuellement à la Turquie, c'est un gouvernement suffisamment fort, sachant se faire obéir, maintenant l'ordre et marchant franchement dans la voie des réformes et du progrès.

C'est dans cet ordre d'idées, que l'on peut saluer l'arrivée au pouvoir de Hilmy Pacha. Il sera naturellement obligé de marcher d'accord avec le Comité auquel il est affilié et de subir son influence. Cette situation sera loin d'être parfaite;

les manifestations fort incorrectes qui ont eu lieu à plusieurs reprises et tout récemment encore de la part des officiers de terre et de mer, animés d'ailleurs des meilleurs intentions, démontrent qu'il existe chez toute cette jeunesse militaire une mentalité bien étrange et un manque complet d'esprit de discipline qui doivent inspirer de sérieuses craintes pour l'avenir. Or c'est sur l'armée et principalement sur les 2ème et 3ème corps que s'appuie le comité. Dans ces conditions la tâche du gouvernement ne sera pas facile et l'ère des surprises et des évènements graves ne parait pas devoir être close de sitôt en Turquie.

Quoique le Comité ait immédiatement fait une démarche à l'ambassade d'Angleterre pour y donner l'assurance que ce changement de gouvernement ne diminuerait en rien les sympathies de la jeune Turquie pour la nation anglaise, Sir Gerald Lowther ne cache guère son mécontentement et l'avènement au pouvoir de Hilmy Pacha est généralement considéré comme un certain succès remporté par le Cabinet de Berlin sur celui de Londres. Malgré la politique suivie par l'Allemagne sous l'ancien régime, malgré l'attitude peu bienveillante prise à son égard depuis le rétablissement de la Constitution, toute la partie instruite de l'armée ottomane subit encore à un haut degré l'influence allemande. Or l'armée étant le principal point d'appui du Comité, c'est sur elle que l'Allemagne compte pour reconquérir petit à petit le terrain perdu.

42[1]).

BRUXELLES, 6. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 13 février 1909, No. 263.)

Visite du Roi d'Angleterre à Berlin.

Le Roi et la Reine d'Angleterre ont quitté Berlin hier soir, après une visite qui a duré quatre jours. Rien n'a été épargné de la part de la Cour et de l'administration communale de Berlin pour rendre l'accueil fait à Leurs Majestés aussi splendide et aussi cordial que possible.

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 54, S. 64.

Le Roi d'Angleterre règne depuis huit ans; à plusieurs reprises il a eu des entrevues avec l'Empereur d'Allemagne; mais il n'avait pas encore fait à Berlin sa visite officielle, tandis qu'il avait rempli ce devoir de courtoisie dans la plupart des capitales de l'Europe. On interprétait ici, non sans raison, le peu d'empressement du Roi d'Angleterre, comme l'un des symptômes de la froideur des rapports des deux souverains et de la tension des relations entre les deux pays. Il n'y a personne ici à qui cette situation ne pèse, parce qu'elle constitue un danger permanent pour l'Empire. Il y a longtemps qu'un rapprochement aurait été opéré si la chose ne dépendait que de l'Empereur, du Gouvernement impérial ou du peuple allemand. On a prodigué les avances et toujours sans succès. On aime à croire que la démarche du Roi d'Angleterre indique une disposition à tempérer la politique franchement hostile à l'Allemagne qu'il dirige personnellement. Le ton amical des toasts échangés au dîner de gala et les intentions pacifiques manifestées par les deux souverains ont causé une heureuse impression. Néanmoins le ton de la presse est courtois; mais réservé. Déjà avant l'arrivée du Roi d'Angleterre, les journaux avaient prémuni leurs lecteurs contre la tentation d'exagérer les résultats possibles de l'entrevue. On attend, pour voir si les actes répondront aux paroles et l'on a éprouvé trop de déceptions pour s'abandonner à la confiance.

Le Roi d'Angleterre affirme que la conservation de la paix a toujours été le but de ses efforts. Il n'a pas cessé de le dire depuis le début de la campagne diplomatique qu'il a menée à bonne fin, dans le but d'isoler l'Allemagne.

L'attitude de l'Angleterre dans la question des Balkans, a été de nature à retarder au moins la solution du conflit qui place l'Allemagne dans la position la plus pénible et la plus délicate.

La visite du Roi d'Angleterre coïncide avec une augmentation considérable du budget de la marine, avec la construction de nouveaux cuirassés du type Dreadnought et avec la formation de la plus formidable escadre qui ait jamais existé et dont le port d'attache est dans la mer du Nord, à l'endroit le plus

rapproché possible des côtes allemandes. Est-ce uniquement pour se mettre à l'abri d'une attaque éventuelle que l'Allemagne est incapable d'effectuer? L'agitation pour la création d'une armée territoriale continue. L'Angleterre n'en a nul besoin pour sa défense. Qu'en veut-elle faire, si elle n'entretient aucune arrière pensée d'agression sur le continent.

Ces réflexions sautent aux yeux et expliquent l'hésitation des allemands à considérer la détente comme un fait acquis.

Une information donnée aux journaux dit que M. Hardinge le sous secrétaire d'Etat des affaires Etrangères, qui a accompagné le Roi d'Angleterre à Berlin a fait une longue visite au chancelier de l'Empire et qu'il y a été naturellement parlé de politique. Les questions à l'ordre du jour ont été passées en revue et sur aucune il n'y a de contradiction entre les intérêts des deux pays. Aucun arrangement concret n'a été conclu.

43.

BRUXELLES, 6. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 24 février 1909, No. 25.)

Affaires d'Orient.

L'entente austro-turque au sujet de l'annexion de la Bosnie est virtuellement acquise. Forte de ce succès l'Autriche-Hongrie vient de commencer contre la Serbie une campagne d'intimidation. Des deux côtés de la Leitha la presse retentit de cris de guerre. Des hommes politiques, même, laissent entrevoir l'éventualité prochaine d'un recours à des mesures de coërcition envers le Royaume danubien dont l'agitation incessante est une menace pour la paix dans les Balkans.

Ce bruit d'armes n'a pas causé d'émoi à Belgrade, parce que l'on en a compris le but qui est d'amener les Puissances à s'entremettre dans le différend austro-serbe. **On puise aussi de la confiance dans la nouvelle tendance de la chancellerie russe à accentuer son rôle de protection envers les slaves du sud. Par deux fois dans l'espace de quelques jours, elle vient d'en donner la preuve manifeste à l'égard de la Bulgarie. Des indices cer-**

tains montrent qu'elle accorde aussi des témoignages discrets de sa bienveillance au Gouvernement serbe.

Cependant aucun des Gouvernements russe, austro-hongrois ou serbe ne désire la guerre; mais chacun en agite le spectre pour servir les intérêts dont il a la sauvegarde.

M. Iswolski est un diplomate traditionnaliste qui vise à rétablir, dans les Balkans, le prestige de la Russie que des fautes accumulées depuis plus d'un quart de siècle, ont à peu près fait évanouir. Son intervention efficace en faveur du chemin de fer transbalkanique, l'année dernière, a marqué un premier succès de cette politique qui vient de s'affirmer de nouveau en Bulgarie. Il cherche, ici, à contrebalancer les conséquences de l'accord austro-turc, dont le contrecoup sera vivement ressenti dans le monde slave.

L'attachement connu de M. Iswolski pour l'amitié de l'Allemagne, alliée de l'Autriche-Hongrie, inspire une certaine défiance dans les cercles politiques serbes; mais on y fait fond sur le sentiment populaire de l'Empire moscovite, et l'on croit fermement qu'il serait impossible au Ministre du Tzar de ne pas tenir compte de ce courant.

Ces considérations expliquent le calme avec lequel on assiste à la levée de boucliers qui a lieu de l'autre côté de la Save.

44[1]).

BRUXELLES, 8. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 17 février 1909, No. 288.)

Confidentielle.

Voyage du Roi d'Angleterre à Berlin.

Au cours de la visite du Roi d'Angleterre à Berlin les conversations de Sir C. Hardinge avec le chancelier et avec le secrétaire d'Etat des affaires étrangères ne sont pas sorties des généralités. On a reconnu de part et d'autre qu'il fallait faire les plus grands efforts pour empêcher que la question des Balkans n'aboutisse à la guerre. Une déclaration dans ce

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 55, S. 65.

sens était pour ainsi dire obligatoire. Elle n'a donc pas grande portée. Ce qui est plus significatif est qu'on s'est trouvé d'accord sur la nécessité de réunir une conférence, non pour réviser, mais pour enregistrer le résultat des négociations pendantes entre les puissances les plus directement intéressées. Sir C. Hardinge s'est donc placé au point de vue autrichien.

Il a été convenu que de part et d'autre on se déclarerait satisfait du résultat de l'entrevue de Berlin. C'est dans ce sens qu'ont été rédigées les communications adressées aux journaux.

Jusqu'à un certain point, du côté allemand, cette satisfaction est réelle. On a su gré à Sir C. Hardinge de n'avoir fait aucune allusion aux questions brûlantes. Il n'a parlé ni de la limitation des armements maritimes ni du chemin de fer de Bagdad.

Le gouvernement Impérial a fait le nécessaire pour que le public d'un côté ne croie pas à un échec et de l'autre ne se fasse pas d'illusions sur les résultats obtenus. Il est de style, après chaque visite de souverain, d'insérer en tête de la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» un article hautement officieux dans lequel on se félicite en termes plutôt dithyrambiques de l'identité des vues politiques constatée. Cette fois, on s'est abstenu et les communiqués à la presse ont revêtu une forme moins bruyante.

La situation a été très exactement caractérisée dans la revue hebdomadaire de la politique extérieure publiée par la «Kreuzzeitung» de ce matin No. 79. M. Schiemann dont on connait la grande autorité comme journaliste et les relations avec la chancellerie, constate que le séjour du Roi Edouard s'est bien passé et que la presse ainsi que le public ont témoigné le respect dû à Sa Majesté. Il ajoute que «pour répondre à la question de savoir s'il faut signaler la visite du Roi Edouard comme un événement d'une portée politique, on devra attendre cinq ou six semaines; nous voulons, dit-il, attendre si d'ici là, l'opinion publique en Angleterre se sera calmée au sujet du péril allemand; car tout est possible aussi longtemps que ce fantôme pèsera comme un cauchemar sur les anglais. Il faudra donc observer l'attitude du «Times», du «Standard», de la «National Review» et consorts pour constater si la campagne d'excitation contre

l'Allemagne continuera ou si elle sera enfin terminée; au surplus il est avéré qu'il y a eu des entretiens politiques amicaux, mais aucun arrangement.»

On ne peut pas mieux dire que même si le Roi d'Angleterre a un désir sincère de le rapprocher de l'Allemagne, il est malgré sa grande influence personnelle, incapable de la réaliser, aussi longtemps qu'un revirement ne se sera pas opéré dans l'opinion publique anglaise.

45.

BRUXELLES, 19. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 10 mars 1909, No. 54.)

La note circulaire du Gouvernement serbe.

Les relations si tendues entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie ont causé pendant ces derniers jours une préoccupation générale. Grâce à l'intervention de la Russie, qui a provoqué dans le petit royaume slave un vif désappointement, la situation parait avoir perdu tout caractère de danger immédiat. Est-ce à dire qu'à Belgrade et à Cettigné on ait renoncé à toute revendication territoriale et qu'on y ait abandonné la prétention de voir la Bosnie et l'Herzégovine érigées en provinces autonomes? Cette appréciation serait, tout au moins prématurée.

La réponse du Cabinet de Belgrade qui place la solution de la question entre les mains des Puissances est fort habile. Le Gouvernement du Roi Pierre ne mettant pas en doute que la Conférence internationale, dont on parle depuis l'éclosion de la crise orientale, devra avoir lieu, suppose, avec une grande apparence de raison, que celle-ci devra forcément s'occuper des revendications serbes et ne pourrait guère leur opposer une fin complète de non recevoir. Ce ne serait que si ce dernier espoir était déçu qu'on aurait à choisir entre une lutte à main armée provoquée par une situation désespérée ou l'acceptation du fait accompli.

Pour le moment ce sont toujours les dispositions belliqueuses qui prévalent, d'autant plus que le répit permettra de compléter les armements, et le sentiment national de cette population

slave est si vivace que s'il s'agissait au moment voulu d'écouter les conseils de la sagesse, elle ne s'y résignerait que fort difficilement.

Cependant, dans les cercles dirigeants de Belgrade on commence à être découragé. La démarche russe a non seulement causé aux serbes une immense désillusion, mais elle leur a démontré une fois de plus à quel point cette amitié protectrice et tutélaire de l'Empire Moscovite, sur laquelle ils fondaient tout leur espoir, était vaine, et ne résistait pas à la première épreuve un peu sérieuse.

La diplomatie austro-hongroise continuera ses efforts pour contrecarrer le projet de réunion d'une conférence, tandis que le Gouvernement serbe a le plus grand désir qu'elle ait lieu afin de pouvoir soumettre ses doléances au jugement des Puissances. Ce n'est pas qu'il se fasse actuellement encore grande illusion sur les résultats pratiques de cette procédure, mais étant donné l'ardeur belliqueuse qui anime toute cette population slave et les grands sacrifices consentis en vue de se préparer à la guerre, ce ne serait qu'en se couvrant d'une décision définitive et irrévocable des Puissances que les chefs de ce mouvement national pourraient donner le signal d'une retraite forcée et essayer de ramener le calme dans les esprits.

Ce qui se passe maintenant semble bien démontrer que ce n'est pas de la Russie, mais de l'Autriche-Hongrie que la Serbie doit attendre son salut, et que le Roi Milan avait parfaitement raison lorsqu'il cherchait à Vienne appui et protection. A Belgrade et même dans l'entourage du Roi Pierre, on commence à se rendre compte de cet état de choses. Aussi est-il permis de supposer que le Gouvernement serbe tentera, au moment opportun, d'établir une entente avec l'Autriche-Hongrie, que celle-ci s'empressera de faciliter par tous moyens raisonnables.

La récente démarche du Comte de Forgach ne produira pas encore ce résultat et on voudra attendre la décision de la conférence. Mais si celle-ci constituait un refus formel, on n'hésitera sans doute plus à entrer dans une voie qui aura pour résultat final de faire de la Serbie l'alliée et l'avant-garde de la politique austro-hongroise dans la presqu'île balkanique.

46.

BRUXELLES, 19. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 11 mars 1909, No. 93.)

Organisation de l'armée en Russie.

A la séance de la Douma d'Empire du 23 février/8 mars dr, M. Goutchkoff a défendu son rapport sur le projet de loi qui accorde un crédit de 39 858 597 roubles pour compléter l'approvisionnement et le matériel de l'armée. Après avoir justifié le crédit demandé, le leader des octobristes, au nom de son parti, a ajouté qu'il considérait que l'insuccès de la Russie, au point de vue militaire, était dû aux défauts graves qui troublent l'organisation de l'armée. On croyait, dit-il, que des désastres récents forceraient le gouvernement à porter toute son attention sur la défense de l'Etat. Au contraire on a vu la 3e Douma entrer en conflit avec le ministère de la guerre, non pas pour lui refuser les crédits qu'il demandait, mais pour le pousser au contraire à en solliciter d'autres — crédits indispensables pour les réformes et la régénération complètes. L'armée russe n'est pas prête au combat. Et ce fait est aussi bien connu des représentants de la nation que des ennemis de la Russie. On a certainement obtenu quelques améliorations au point de vue matériel; mais c'est le haut commandement surtout qui laisse à désirer. On ne trouve guère parmi les chefs militaires supérieurs d'hommes capables de faire l'éducation de l'armée en temps de paix et de la conduire à la victoire quand l'occasion se présentera.

En répondant à M. Goutchkoff, le ministre de la guerre a reconnu le danger que signalait le chef du parti octobriste. Des mesures énergiques, dit-il, ont été prises pour renouveler le personnel appelé à commander les différentes parties de l'armée. «Mais, tout en choisissant soigneusement les candidats appelés aux postes supérieurs, on est cependant forcé de se contenter des aptitudes que possèdent les candidats parmi lesquels on doit choisir.»

Par cet aveu, qui le justifie du reproche de n'avoir rien entre-

pris pour améliorer la sauvegarde de l'Etat, le chef de l'armée établit, d'une façon qui rend toute autre explication inutile, la situation militaire actuelle de la Russie et les conséquences de cette situation au point de vue de la politique étrangère de l'Empire.

47.

BRUXELLES, 20. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 2 mars 1909, No. 368.)

Projets militaires du ministère danois (suite à la communication du Département du 27 février 1909).

Des tentations sérieuses de rapprochement entre l'Allemagne et le Danemark ont été faites dans ces dernières années. La Cour et le Gouvernement danois paraissent avoir compris que l'article 5 du traité de Prague est devenu irrévocablement lettre morte et que la restitution du Schleswig du Nord n'est plus même désirable. La population de cette région n'est plus purement de race danoise comme elle l'était il y a quarante-cinq ans. De nombreux allemands s'y sont établis. Si le Nord du Schleswig était rétrocédé, il introduirait dans le royaume un élément hétérogène et le Danemark se trouverait de nouveau aux prises avec les mêmes difficultés que celles qui ont amené la catastrophe de 1864.

Mais le peuple danois n'a pas oublié que la guerre entreprise sous le prétexte de défendre la constitution des duchés n'avait en réalité d'autre but que la conquête.

Ces ressentiments toujours vivaces limitent très étroitement les chances de succès des tentatives des deux gouvernements pour amener l'oubli du passé.

Ce courant d'opinion et la sympathie des Danois pour la France et l'Angleterre rendent la situation politique du Danemark difficile à l'intérieur et à l'extérieur. Le danger d'une guerre européenne est permanent. En supposant la crise aiguë des Balkans conjurée, il n'en reste pas moins vrai que ni l'arrangement relatif au Maroc, ni la politique parallèle de l'Allemagne

et de la France dans la question d'Orient, ni les toasts amicaux échangés lors de la récente visite du Roi d'Angleterre à Berlin ne peuvent produire autre chose qu'une accalmie temporaire et superficielle. Rien de tout cela n'efface les souvenirs de 1870 et ne modère les sentiments peu amicaux dont est animé le peuple anglais envers l'Allemagne.

Il n'est pas à supposer que le Danemark qui a toujours conduit sa politique extérieure avec beaucoup de sagesse soit tenté de prendre part à un conflit dans lequel en cas de succès, il aurait peu de chose à gagner et qui en cas de revers le condamnerait à l'anéantissement; mais il court le risque d'y être entraîné en dépit de sa volonté; c'est ainsi que s'explique le besoin qu'il éprouve de développer ses forces défensives.

En cas de guerre continentale, rien que la menace d'une diversion par mer obligerait l'Allemagne à immobiliser en Holstein plusieurs corps d'armée. **Un débarquement sur la côte allemande est à coup sûr impossible mais il serait fort aisé si l'on disposait de l'outillage d'un grand port. Il est donc exposé à ce qu'une flotte paraisse devant sa capitale et lui impose une alliance.** Il lui serait d'autant plus difficile de la repousser que sa neutralité serait inspirée par la raison d'état et non par le sentiment populaire. Un plan semblable a déjà existé. C'était probablement l'objet de la mission du Duc de Cadore à Copenhague au début de la guerre de 1870. Il n'y a pas été donné suite à cause des succès foudroyants des armées allemandes qui ne permettaient pas à la France de distraire une partie de ses forces pour une diversion lointaine; mais l'idée était juste et pourrait être reprise. C'est sans doute pour ce motif que le Gouvernement danois éprouve le besoin de fortifier Copenhague du côté de la mer. L'Allemagne aurait un intérêt évident à prendre les devants en occupant Copenhague par une expédition qui traverserait le Jutland. C'est ce qui rend les fortifications du côté terrestre indispensables pour assurer au Danemark sa liberté d'action.

48.

BRUXELLES, 20. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 mars 1909, No. 432.)

La note circulaire du Gouvernement serbe.

La note du Gouvernement serbe est jugée ici peu satisfaisante. Elle ne correspond pas à la récente démarche du gouvernement austro-hongrois à Belgrade et contient un appel aux grandes Puissances dont l'Autriche-Hongrie a déclaré depuis longtemps l'intervention inadmissible.

On comprend aisément que la note serbe ait fait une mauvaise impression à Berlin. Elle se contredit elle-même.

Le gouvernement austro-hongrois se départant quelque peu de son attitude intransigeante a renvoyé à Belgrade son ministre en congé par ordre et l'a chargé de dire que si comme le bruit en courait le gouvernement serbe voulait renoncer à la politique suivie en Bosnie et en Herzégovine et entretenir des relations amicales avec l'Autriche-Hongrie, le cabinet de Vienne était prêt à entrer en pourparlers avec la Serbie au sujet de questions de commerce et de voies de communication, aussitôt qu'il serait officiellement informée de ces dispositions.

La note serbe donne au début les assurances demandées. Elle reconnaît que la situation juridique de la Serbie vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie est restée normale après l'annexion de la Bosnie. La Serbie n'a donc nulle intention de provoquer une guerre avec l'Autriche-Hongrie ni de modifier ses relations juridiques avec cette puissance.

Si l'on s'arrêtait ici, il n'y aurait donc plus aux yeux de la Serbie de question bosniaque et la controverse tomberait d'elle-même faute de matière; mais le Gouvernement serbe se rétracte immédiatement en ajoutant qu'il considère toujours l'affaire bosniaque comme une question européenne et qu'il appartient aux puissances signataires du traité de Berlin de la régler aussi bien en ce qui concerne l'annexion qu'en ce qui regarde le changement de rédaction de l'article 25 du traité précité. D'après le Gouvernement serbe le litige subsiste toujours et il ne re-

connaît pas même qu'il y est étranger. La note dit en effet, que la Serbie abandonne sans réserve le soin de ses intérêts aux grandes puissances comme au tribunal compétent.

Par une nouvelle contradiction le Gouvernement serbe termine en disant qu'il ne demande à l'Autriche-Hongrie aucune compensation territoriale, politique ou économique; mais que signifie le paragraphe précédent, sinon que la Serbie attend ces compensations d'une conférence des grandes puissances s'érigeant en tribunal devant lequel l'Autriche-Hongrie comparaîtrait comme accusée.

On se doutait depuis longtemps que la politique serbe ne se fait pas à Belgrade, mais à Saint-Pétersbourg. La note serbe le confesse et la dépêche russe du 2 mars publiée hier le confirme. M. Isvolski tombe dans la même contradiction que le Gouvernement serbe. Il engage celui-ci à renoncer aux revendications territoriales qui ne trouvent ni sympathie ni appui chez les grandes puissances; mais il lui conseille en même temps de laisser à ces puissances la solution des questions pendantes. C'est donc une nouvelle tentative de soumettre à la révision européenne l'affaire bosniaque au sujet de laquelle l'Autriche-Hongrie a déclaré dès le début qu'elle n'admettrait aucune discussion.

C'est bien ainsi qu'on l'a compris à Berlin. Le Gouvernement allemand ne s'est pas associé à la démarche russe à Belgrade appuyée par l'Angleterre, la France et l'Italie.

On dirait que les notes russe et serbe ont été rédigées à dessein non pour éclairer; mais pour obscurcir la situation. Les optimistes peuvent y voir la préparation d'un mouvement de retraite, que pour sauver le prestige il faut opérer par échelons après que sur les excitations venues de Londres et de St. Pétersbourg, la Serbie s'est lancée dans une aventure sans issue.

Avec moins de bienveillance, il est permis de soupçonner que ces démarches ambiguës n'ont d'autre but que de prolonger les embarras où se débat l'Autriche-Hongrie depuis le coup de théâtre du B^on^ d'Aehrenthal et peut-être de l'obliger à une concession qui après l'intransigeance des premiers jours équivaudrait à une humiliation pour elle et par contre coup pour l'Allemagne aussi.

Ce qui se passe prouve qu'il faut être en garde contre les conséquences trop optimistes qu'on aurait pu être tenté de tirer de l'accalmie qui paraissait s'être produite il y a quinze jours.

49.

BRUXELLES, 26. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 19 mars 1909, No. 483.)

Affaires d'Orient.

Certains journaux allemands ont publié des correspondances de Paris d'après lesquelles l'Autriche-Hongrie aurait fait savoir par l'intermédiaire de l'Allemagne avec autres Grandes Puissances, qu'elle est prête à participer à une conférence à la condition que celle-ci n'aurait à s'occuper que de la reconnaissance de l'indépendance de la Bulgarie, de la reconnaissance de l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine et de la révision de l'article 29 du traité de Berlin relatif au Montenegro. Cette nouvelle a été démentie par un télégramme de Berlin adressé à la Gazette de Cologne. Le Gouvernement austro-hongrois n'a adressé aucune demande au Gouvernement allemand et celui-ci n'a fait aucune démarche semblable de sa propre initiative.

L'article officieux ajoute qu'il s'agit probablement d'une confusion. C'est l'Italie qui a fait une proposition contenant en effet les points énumérés ci-dessus.

Cette proposition italienne n'avait d'abord pas plu à Berlin. Le point de vue a changé maintenant et on est d'avis ici qu'elle mérite au moins un sérieux examen. D'après la proposition de Mr. Tittoni la conférence n'aurait en effet qu'à enregistrer l'entente intervenue entre l'Autriche-Hongrie et la Turquie et celle qui parait imminente entre la Bulgarie et l'Empire Ottoman. Le ministre italien se place au point de vue que la Serbie n'étant pas signataire du traité de Berlin, n'a pas à se mêler de la conférence et que celle-ci n'a par conséquent pas à s'occuper des prétentions serbes.

Une résolution unanime des Puissances dans ce sens pourrait peut-être encore ramener le peuple serbe à la raison, à la con-

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Polit.-Wych.

dition que la Russie y prenne complètement et franchement part. A St. Pétersbourg on prétend avoir toujours donné des conseils pacifiques à la Serbie. Comment les aura-t-on formulés? Et ne les aura-t-on pas accompagnés de commentaires officieux poussant la Serbie à n'en tenir aucun compte? Répondant à la notification austro-hongroise de l'accord conclu avec la Turquie Mr. Iswolsky parle de nouveau d'une conférence appelée à délibérer[1]) sur la question bosniaque. Cette rédaction donne le droit de conclure que le Gouvernement russe se réserve de discuter à la conférence le fond même de l'affaire et de donner à celle-ci le droit de modifier ou même de rejeter entièrement l'accord austro-turc. La note russe se place donc au même point de vue que la note serbe du 10 mars. Elle constitue un encouragement direct donné à l'agitation serbe malgré les assurances d'intention pacifique qui ont été prodiguées.

Le moment est venu où il faut parler clairement, si l'on veut empêcher l'Autriche-Hongrie de passer à l'action. A Vienne on ne parait plus d'humeur à se laisser leurrer par des réponses évasives.

Ici l'on a fait tout ce qui est possible pour la conservation de la paix en proclamant que l'Allemagne combattrait, aux côtés de l'Autriche, quiconque y porterait atteinte. Mais la situation de l'Allemagne reste extrêmement difficile. Les sentiments de l'armée au sujet d'une guerre éventuelle sont très éloignés de l'enthousiasme. Elle ne se soucie nullement de se battre parceque le Baron d'Aehrenthal s'est lancé dans les aventures. On obéirait sans doute, mais il manquerait l'élan patriotique qui a joué un si grand rôle dans les succès de 1870.

50.

BRUXELLES, 27. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 19 mars 1909, No. 61.)

Affaires d'Orient.

A la suite de la réponse peu satisfaisante faite par le Cabinet de Belgrade à la démarche du comte de Forgach, les rapports

[1]) Die Worte „à delibérer" sind im Zirkular unterstrichen.

entre la Serbie et l'Autriche-Hongrie ont repris un caractère indéniable de gravité dont on est ici extrêmement préoccupé. On prévoit que le B^{on} d'Aehrenthal va adresser incessamment au gouvernement du Roi Pierre un ultimatum, lui demandant de déclarer catégoriquement, dans un certain délai, s'il renonce dans la question de la Bosnie et de l'Herzégovine à toute revendication territoriale.

Jusqu'à présent on pouvait s'attendre qu'à la dernière heure la Serbie, se rendant compte de son isolement et du manque de tout appui sérieux de la part des Puissances, entrerait dans la voie de l'entente directe avec l'Autriche-Hongrie.

Aujourd'hui, on a perdu presque tout espoir à ce sujet. On s'attend à Belgrade à l'arrivée prochaine de cet ultimatum, mais on y est décidé, paraît-il, à n'en tenir aucun compte.

Les esprits sont trop excités, dit-on, pour qu'il soit possible de reculer et le gouvernement, dût-il être d'un avis contraire, sera débordé par la pression du parti militaire et de l'opinion publique.

Malgré l'attitude peu encourageante observée pendant ces derniers temps par le Cabinet de St. Pétersbourg, on compte encore à Belgrade sur les sentiments slavophiles du peuple russe. On espère que ceux-ci se manifesteront avec une telle vivacité, que M. Isvolsky devra abandonner la direction des affaires extérieures et que le gouvernement du Czar sera obligé d'agir énergiquement en faveur du petit royaume.

Dans ces conditions et à moins d'une puissante intervention de la dernière minute, dont il est maintenant difficile de prévoir l'origine et la nature possibles, la guerre deviendrait inévitable.

51.

BRUXELLES, 27. 3. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 20 mars 1909, No. 104.)

Affaires d'Orient.

Rien n'indique que la Russie songe à pousser le dévoûment aux intérêts du slavisme jusqu'à prendre, à main armée, la

défense du royaume danubien en cas d'attaque de celui-ci par l'Autriche.

A supposer qu'elle en eût la velléité, elle s'en trouverait empêchée par la France et l'Angleterre qui n'ont cessé de prêcher la conciliation et ont, par l'organe de leurs ambassadeurs à St. Pétersbourg, fait comprendre à M. Isvolsky le danger de s'engager trop avant dans une aventure où elles ne pourraient le soutenir.

On sait, d'ailleurs, que l'Empereur Nicolas et le Président du Conseil M. Stolypine sont animés d'intentions résolument pacifiques et n'admettraient pas que le débat avec l'Autriche-Hongrie à propos de la question bosno-herzégovienne déviât jusqu'à prendre des proportions compromettantes pour la paix générale. Aussi, quoiqu'en aient dit les journaux, aucun préparatif de mobilisation de l'armée russe n'est signalé en ce moment dans l'éventualité de l'ouverture des hostilités sur les bords du Danube et de la Drina.

On rejette toute la responsabilité de la situation critique sur l'Autriche-Hongrie. M. Isvolsky ne se cache pas pour déclarer, qu'à son avis, le B^{on} d'Aehrenthal est bien décidé à entreprendre la guerre parce qu'elle est pour lui le seul moyen de sortir de la position embarrassante où l'a placé sa politique imprudente.

Cette impression est partagée par une partie du Corps diplomatique étranger où l'on affirme que l'Archiduc héritier est également partisan d'une action belliqueuse contre la Serbie, satisfaction que réclame le parti militaire autrichien.

A l'Ambassade d'Allemagne on se montre très réservé mais on laisse entendre que le conflit serait depuis longtemps apaisé si M. Isvolsky au lieu de faire de la politique serbe (on le soupçonne, en effet, d'avoir inspiré les dernières notes au Cabinet de Belgrade) se préoccupait davantage de dissiper les dangers d'une conflagration européenne.

Ce qui prouve, au surplus, que le Gouvernement Russe ne songe pas à donner à la Serbie d'autres gages de sa sympathie et de sa solidarité que celui d'un concours purement platonique, c'est l'opinion émise dans les milieux les plus autorisés que si

la guerre éclate, elle sera localisée sur le territoire serbe, mais qu'elle n'en sera pas moins longue et difficile pour l'armée autrichienne qui se verra harcelée par des bandes de guérillas formées et renforcées par les nombreux éléments slaves de tous les pays avoisinants y compris les volontaires de la Russie, voire même ceux des provinces tchêques de l'Empire austro-hongrois.

Tout ne serait pas dit après l'entrée des troupes autrichiennes à Belgrade. La Serbie, n'ayant plus rien à perdre, pourrait prolonger indéfiniment une campagne de partisans, dont la monarchie dualiste ne viendrait à bout qu'après de grands efforts et de longs sacrifices.

52.

BRUXELLES, 1. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 mars 1909, No. 44.)

Autriche-Hongrie et Serbie.

Poussé, pendant plusieurs mois, par des excitations venues du dehors et par les promesses fallacieuses de ses gouvernants, le peuple serbe a marché dans un rêve étoilé. Il s'est figuré, de bonne foi, que l'Europe ne permettrait pas à l'Autriche-Hongrie de s'annexer ses frères de Bosnie et de consommer ainsi ce qu'il considère comme un crime contre le droit historique des nationalités.

Le Gouvernement du Roi Pierre, au début de la crise, avait réussi à se concilier les sympathies de plusieurs Puissances dont les assurances bienveillantes firent concevoir des espérances irréalisables. Puis vint l'heure des déceptions inévitables.

La Turquie, avec laquelle on s'efforçait, contre toute vraisemblance, de conclure une alliance offensive et défensive, accommode son différend avec l'Autriche-Hongrie.

L'Angleterre dont la presse ainsi que les hommes publics et privés s'étaient montrés, pendant de longs mois, si généreux en promesses, commença à témoigner plus de réserve pour préparer sa retraite.

La France qui avait d'abord manifesté une tendance favorable à la cause serbe, s'absorba, peu à peu, dans son rôle de courtier de la paix européenne et pencha souvent vers l'Autriche-Hongrie en reconnaissance des services que cette Puissance lui a rendus au Maroc.

La Russie du côté de laquelle se tournaient surtout les regards du peuple serbe, comme vers l'ange tutélaire des slaves opprimés, fut la cause des plus cruels mécomptes. **La politique de M. Iswolski n'a cessé, depuis six mois, de balloter les serbes entre de folles espérances et de profonds découragements. Il semble bien qu'à la suite des dernières démarches de la Chancellerie de St. Pétersbourg, jointes aux représentations des Puissances occidentales, le rêve serbe ait reçu le coup de grâce.** Les gouvernants serbes, depuis quelque temps déjà, comprennent que la partie est perdue et qu'il n'y a plus qu'à se résigner. La défaite diplomatique de la Serbie est complète et il est à craindre que le vainqueur n'abuse de la victoire. C'est en vain que les Puissances de la triple entente et l'Italie s'agitent pour obtenir une capitulation honorable. L'intransigeance du Baron d'Aehrenthal menace d'infliger à la Serbie un traitement douloureux pour sa conscience nationale.

Malgré les déceptions qu'elle a occasionnées, la politique de M. Iswolski n'a pas épuisé le fonds de ferveur que nourrit tout cœur serbe pour la sainte Russie. Il est curieux de constater combien, malgré tous les déboires éprouvés, ce peuple est encore fasciné par le nom russe.

Néanmoins certains indices permettent de reconnaître que, dans les sphères intelligentes, il se forme un courant qui porte les esprits, peu à peu, vers une entente avec l'Autriche-Hongrie. On y comprend que la Serbie est condamnée par sa situation géographique à graviter dans l'orbite de la monarchie habsbourgeoise. D'aucuns iraient même jusqu'à souhaiter un rapprochement plus intime sous la forme d'une fédération.

D'après des renseignements très sûrs, il existerait, en Bosnie, une fraction politique qui se proposerait d'attirer à soi les Serbes du Royaume, afin de constituer un état slave sous l'hégémonie autrichienne. Ce mouvement d'idées est vu d'un bon œil à

Vienne, où l'on envisagerait avec satisfaction l'éventualité d'un trialisme qui permettrait de contrebalancer les velléités d'impérialisme hongrois en y opposant un groupement national, robuste, des slaves du sud.

Il semble que la diplomatie autrichienne cherche à profiter des circonstances pour réaliser ce dessein. Il n'est pas invraisemblable de croire que le Baron d'Aehrenthal tend à rattacher la Serbie à la monarchie dualiste par une communauté d'intérêts qui l'enchaînerait définitivement. Le mystère qui plane toujours sur les importantes concessions économiques que l'on fait miroiter aux yeux des Serbes, et l'énergie déployée à Vienne pour réclamer impérieusement dans les négociations, le tête-à-tête avec le petit royaume danubien, font présumer que l'on médite d'imposer à ce faible adversaire une manière d'union douanière qui ne serait qu'une première étape conduisant vers l'aboutissement fatal d'une absorption politique.

53.

BRUXELLES, 2. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 26 mars 1909, No. 71.)

Autriche-Hongrie et Serbie.

L'amélioration qui s'était produite pendant ces derniers jours dans la situation si tendue entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie a été de courte durée. Il semble qu'on ne parvient pas à trouver la formule qui permettrait aux deux Etats d'entamer des négociations directes.

Il est cependant indubitable que dans les cercles gouvernementaux de Belgrade on se rend maintenant compte qu'on a été trop loin, qu'on a fait fausse route et qu'il faudrait battre en retraite. On serait tout disposé à la faire et on entrevoit déjà, pour l'avenir, cette alliance et ce traité secret avec l'Autriche-Hongrie auquel il a été fait allusion précédemment. Le cabinet actuel étant composé de représentants de tous les groupes politiques, il est même permis de supposer que, malgré la pression du parti militariste et malgré la surexcitation des

esprits, le Gouvernement pourrait entrer dans cette voie sans éprouver trop de difficultés à y entraîner le pays. Mais, pour pouvoir s'assurer le concours de l'opinion publique, les Ministres du Roi Pierre voudraient que cette retraite fût honorable, que leur amour-propre fût sauvegardé et que le Ministre des Affaires Etrangères de l'Empire austro-hongrois, auquel on reproche à Belgrade l'intransigeance de son attitude, leur facilitât la tâche en montrant plus de bienveillance et un esprit de conciliation plus accentué.

A Vienne on a certainement été d'avis que par la dernière démarche du Comte Forgach on avait beaucoup fait dans cet ordre d'idées et on ne se rend pas bien compte jusqu'où les prétentions de la Serbie pourraient aller sous ce rapport. Mais c'est évidemment à ce côté de la question que se confinent maintenant les difficultés de la situation. En tous cas l'Autriche-Hongrie parait décidée à faire tous ses efforts en vue de régler la question serbe de manière définitive et durable.

54.

BRUXELLES, 8. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 30 mars 1909, No. 47.)

Autriche-Hongrie et Serbie.

Comme on l'avait prévu, le Gouvernement Serbe avait épuisé tous ses moyens de résistance et il ne lui restait plus qu'à se courber sous la volonté de l'Empire voisin. Aussi M. Milovanovitch a-t-il accepté les conditions qui sont imposées au Gouvernement Serbe et ce soir, ou demain, le Ministre de Serbie à Vienne notifiera au Baron d'Aehrenthal cette acceptation.

La démarche dont il s'agit n'a pas eu lieu sous la forme de conseil, comme les précédentes. Le fait que le représentant de l'Allemagne s'y était joint lui a donné le caractère sérieux répondant à la gravité des circonstances.

Après tant de défections éprouvées dans ces dernières semaines, la défection subite de la Russie, suivie de l'abdication du Prince Georges, achevèrent de ruiner toutes les espérances longtemps

caressées par ce peuple imaginatif. L'agitation des esprits est tombée aussi vite qu'elle était née. La presse, naguère encore si furieusement déchaînée, est devenue presque muette. **Il faut en conclure que la surexcitation, à laquelle on disait la population en proie, était plus apparente que réelle et que, comme on s'en doutait d'ailleurs, elle était alimentée par des moyens artificiels.**

55.

BRUXELLES, 15. 4. 1909.

(Extraits de deux rapports de St. Pétersbourg des 27 et 28 mars 1909, No. 110 et 111.)

La crise des Balkans.

Le brusque revirement du Gouvernement russe dans le conflit austro-serbe suivant de si près l'envoi de la dernière note à Vienne où il insistait sur la nécessité de remettre à une Conférence internationale l'examen de la question bosniaque-herzégovienne, est généralement envisagé comme un échec absolu de la politique orientale de M. Isvolsky.

Dans les milieux officiels on cherche à le pallier en déclarant que la nouvelle mais dernière concession faite par la Russie à l'expansion germanique dans la presqu'île des Balkans n'a pas la signification d'un renoncement à la défense des intérêts du slavisme, et qu'elle n'a été dictée que par l'espoir de sauver la Serbie d'une catastrophe.

Si la guerre éclatait, la Russie ne pourrait venir en aide à la petite nation danubienne pour la préserver d'une débâcle où sombrerait son indépendance.

On a pu recueillir des renseignements très exacts sur la façon dont s'est joué dans les chancelleries le dernier acte de ce drame politique, qui tirait en longueur et devenait chaque jour plus menaçant pour la paix européenne.

Lorsque le Gouvernement austro-hongrois eut conclu son accord avec la Turquie, il s'empressa de le communiquer aux Puissances, en les priant d'y donner leur adhésion. Celles-ci

firent attendre leur réponse, et cependant le conflit austro-serbe devenait de plus en plus aigu. Il y a quatre jours le Comte de Pourtalès, ambassadeur d'Allemagne à St. Pétersbourg, vint trouver M. Isvolsky et lui tint ce langage: «Si la Russie ne reconnaît pas l'accord austro-turc, l'Autriche va occuper immédiatement Belgrade, et on verra quand il y aura lieu de la rendre ...»

M. Isvolsky, cerné de toutes parts, a dû céder devant une menace qui, en présence de l'alliance étroite de l'Allemagne et de l'Autriche et de l'attitude de l'Autriche vis-à-vis de la Serbie ne pouvait plus être considérée comme vaine.

Dans le même temps, l'ambassadeur d'Autriche à Londres s'efforçait d'obtenir l'adhésion anglaise. Mais Sir Edward Grey mettait une condition «sine qua non» à cette reconnaissance. — «Nous accepterons l'accord austro-turc, répondit-il au Comte Mensdorff, le jour où le cabinet de Vienne aura terminé son différend avec la Serbie. Il ne peut pas entrer dans nos vues de reconnaître l'annexion de la Bosnie-Herzégovine et de souscrire à de pareils avantages en faveur de l'Autriche-Hongrie, si nous devons encore supporter dans la suite le désavantage d'une guerre dans les Balkans. Nous entendons bien faire un sacrifice à la paix européenne, mais à la condition que nous ayons nos garanties sur cette paix.» — L'ambassadeur d'Autriche alors, se serait, paraît-il, exprimé dans ces termes: «Vos paroles constituent un danger extrêmement grave pour la paix» — sur quoi, Sir Edward aurait riposté avec vivacité: «Je ne veux pas prendre vos paroles pour une menace, car nous ne céderons jamais sous la pression.»

Le Gouvernement français répondit dans le même sens que le cabinet de Londres aux sollicitations d'adhérer que lui présenta le Comte Khevenhüller.

Quant à la Consulta, elle fit connaître au Comte Lützow qu'elle ne voyait, pour sa part, aucun inconvénient à reconnaître l'accord austro-turc si le cabinet de Vienne maintenait l'offre qu'il lui avait fait spontanément, au moment de l'annexion de la Bosnie, de modifier l'art. 29 du traité de Berlin.

On sait que cet article 29 assure à l'Autriche-Hongrie un droit de police qui a pour conséquence de limiter la puissance

navale du Monténégro et de lui assurer de ce chef dans l'adriatique des avantages qui gênent l'Italie.

Le cabinet de Vienne s'est engagé à maintenir sa promesse de modifier l'art. 29 et dès lors le Gouvernement italien ne voyait plus d'obstacle à sa reconnaissance.

Tel est le mécanisme de cette laborieuse combinaison diplomatique qui nous permet d'envisager l'avenir avec plus de sérénité et, dès à présent, éloigne de l'Europe une menace de guerre qui a trop longtemps pesé sur elle.

56.

BRUXELLES, 15. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Londres du 30 mars 1909, No. 191.)

Question des Balkans.

Les évènements qui viennent de se dérouler prouvent que c'est, enfin de compte, l'Allemagne qui, dans la crise balkanique, a joué le grand rôle. L'indignation contre Berlin est de nouveau considérable. L'empereur dit-on, a voulu l'an dernier porter un coup à l'entente franco-anglaise par son ingérence au Maroc. Il a échoué. Il veut aujourd'hui en porter un à l'entente russo-franco-anglaise, en faisant sentir sa puissance à Saint-Pétersbourg, où il a adressé un véritable ultimatum, en appuyant les vues autrichiennes avec des menaces qui, pour la Russie, affaiblie et minée, étaient si redoutables que le cabinet moscovite a dû céder et céder tout de suite, sans avoir le temps même de se consulter avec Paris ou Londres.

La Russie ayant cédé, la France et l'Angleterre ont emboîté le pas, ne pouvant être plus panslavistes que le Czar et ces deux états vont également reconnaître l'annexion de la Bosnie-Herzégovine et engager la Serbie à faire la déclaration qu'exige le Baron d'Aehrenthal.

On n'admet pas ici que l'Allemagne ait simplement joué le rôle d'une alliée fidèle de l'Autriche. Elle a voulu, dit-on, augmenter la dette de reconnaissance de l'Empereur François-Joseph, répondre aux tentatives d'isolation, entreprises, à ce

que l'on croit à Berlin, par la triple entente, en prouvant sa force réelle, en humiliant la Russie et en se montrant vexatoire pour la France et l'Angleterre, dont elle voudrait détacher le gouvernement du Czar. On espère ici qu'elle ne réussira pas définitivement, mais on admet qu'elle a gagné la première manche.

57.

BRUXELLES, 17. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 26 mars 1909, No. 536.)

Conflit austro-serbe. Remerciement de la Russie.

L'optimisme manifesté à Berlin depuis le début de la crise austro-serbe avait fait place, dans les derniers temps, à de sérieuses inquiétudes. La guerre paraissait inévitable et au département Impérial des affaires étrangères on se bornait à dire que l'on avait la confiance qu'elle serait localisée.

Tout dépend en effet de la Russie et l'attitude de cette puissance restait équivoque.

L'acceptation de la proposition italienne eût tout arrangé. C'est l'opposition de la Russie qui l'a fait échouer.

C'est à cause de la Russie aussi, que l'échange de vues entre Saint-Pétersbourg, Londres et Paris n'ont donné aucun résultat.

C'est sans doute aussi par ménagement pour la Russie, que la médiation essayée en dernier lieu par l'Angleterre a été stérile. Aussi longtemps que la Russie continuait à donner son appui à la Serbie, il était impossible de trouver une formule qui garantit à l'Autriche-Hongrie que la question était réglée définitivement sous réticence. Il fallait pour espérer du gouvernement de Belgrade une déclaration nette excluant le recours à des échappatoires, une pression de l'Europe unie et on ne pouvait pas l'obtenir de la Russie, qui, ou bien n'a pas donné les conseils pacifiques dont elle entretenait les autres cabinets, ou les a formulés de façon à ce qu' à Belgrade, on ne crût pas à leur sincérité. Certains indices autorisent à penser qu'à Berlin on croyait à l'existence d'engagements secrets contrac-

tés par la Russie envers la Serbie; c'est ce qui expliquait les contradictions perpétuelles de M. Isvolsky.

La situation a pris un aspect moins mauvais, depuis le revirement qui s'est accompli à Saint-Pétersbourg et l'on pourrait en induire avec certitude que la crise approche d'une solution satisfaisante, si l'affaire austro-serbe n'avait pas été menée jusqu'ici avec une incohérence déjouant toutes les prévisions. **M. Isvolski est insaisissable. Les actes ne sont jamais d'accord avec ses paroles. Il ne semble tenir aucun compte des faits acquis. Il n'a cessé de harceler le gouvernement Impérial de demandes tendant à le déterminer à exercer une pression sur l'Autriche-Hongrie.** On lui répond invariablement que l'Allemagne n'a ni influence à exercer, ni conseil à donner à l'Autriche-Hongrie. Son rôle est uniquement de venir en aide à son alliée, en cas de besoin. Ces fins de non recevoir réitérées n'ont pas empêché M. Isvolski de renouveler à tout propos et hors de propos, des instances condamnées d'avance à l'insuccès.

58.

BRUXELLES, 17. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 avril 1909, No. 902.)

Impression que la victoire diplomatique de la Triple-alliance dans la crise des Balkans a faite en France.

L'Autriche-Hongrie a déchiré en octobre dernier le traité de Berlin à son profit sans que les craintes d'un conflit européen se soient réalisées. Ce que cette perturbation dans l'équilibre des puissances produira dans l'avenir on ne saurait le prévoir, mais on se plait à constater pour le moment que le coup a réussi parce qu'il a été préparé avec une connaissance extraordinaire des forces et des sentiments des divers pays dont on avait à prévoir l'opposition.

L'Autriche-Hongrie a dépensé des centaines de millions pour se préparer à la guerre et assurer la paix par un déploiement de forces qui a intimidé la Russie, assuré la reconnaissance de l'annexion et préparé la substitution de l'influence allemande

à celle des russes dans les Balkans. L'Allemagne a largement contribué à ce succès et elle a eu en outre la grande satisfaction de battre en brêche la triple entente et de prouver l'inefficacité de l'alliance franco-russe. On se rend compte ici de la majeure habileté déployée en Allemagne et en Autriche dans cette circonstance et du meilleur usage que l'on eut pu faire en France de forces équivalentes pour inspirer les mêmes craintes.

Toutefois, il résulte de renseignements puisés à la meilleure source que tant à Paris qu'à Londres des engagements étaient pris pour soutenir la Russie si la guerre avait éclaté. Tout était réglé pour se mettre rapidement en campagne. On ignore quels étaient les plans combinés avec Londres pour porter secours à la Russie, mais quels qu'ils fussent ils eussent sans doute entraîné une guerre générale.

Il est de l'intérêt et de la dignité de la France de sauver autant que possible les épaves de l'alliance russe et c'est pourquoi on soutient M. Isvolski et on conseille de le maintenir au pouvoir afin qu'il n'augmente pas par sa retraite l'importance du succès allemand.

Le dépit a été plus grand ici qu'on n'a naturellement voulu le montrer et il semble régner dans toute l'Europe un malaise qui n'attend qu'une occasion pour faire naître des incidents graves. **Du côté français on lutte pour le maintien de la paix parce que l'on comprend que toute guerre serait impopulaire et provoquerait une situation désastreuse dans le pays.**

59.

BRUXELLES, 19. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 30 mars 1909, No. 116.)

M. Isvolsky et la crise politique dans les Balkans.

De même qu'à Berlin, on conteste ici l'exactitude de l'information donnée par le «Temps» de Paris et reproduite par la plupart des journaux étrangers au sujet d'une lettre adressée au Tsar par l'Empereur Guillaume II.

Il n'en est pas moins vrai que la brusque volte face du Gouvernement russe dans la question bosniaque est due à une forte pression de l'Allemagne.

Le langage catégorique tenu par le Comte de Pourtalès à M. Isvolsky était appuyé par une forte concentration de troupes allemandes à la frontière de la Pologne.

D'ailleurs, l'Empereur Nicolas II, d'accord avec le Président du Conseil et le Ministre des Finances, tout en admettant que la Russie devait autant que possible conserver sa position spéciale dans les Balkans et donner des gages de sa protection aux éléments slaves, était opposé à une politique trop accentuée dans ce sens et pouvant amener des complications de nature à compromettre la paix générale.

M. Isvolsky était dans le vrai lorsqu'il insistait sur la procédure légale à adopter pour faire ratifier par les Puissances les modifications introduites dans le traité de Berlin. Mais il a eu le tort de s'immiscer avec une ardeur intempestive dans la querelle austro-serbe et d'encourager, en quelque sorte, les prétentions excessives de ce pays lorsqu'il savait que la Russie ne pouvait les appuyer d'une façon effective, c'est-à-dire par les armes.

Sa dernière note au Cabinet de Vienne au sujet de la Bosnie-Herzégovine où il déclare que la Conférence aura à délibérer[1]) sur la question de l'annexion a été surtout une faute de tactique diplomatique qui lui est aujourd'hui sévèrement reprochée. Il aurait dû se rendre compte de l'inanité de cette espèce de provocation, en présence de l'alliance étroite de l'Autriche-Hongrie avec l'Allemagne.

Des conseils de prudence lui ont été, à maintes reprises, donnés par les Gouvernements français et anglais. Mais il n'en voulait plus écouter d'aucune part, paraissant comme désemparé et dominé par son animosité personnelle contre le Baron d'Aehrenthal.

[1]) Drei Worte im Zirkular unterstrichen.

60.

BRUXELLES, 19. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 10 avril 1909, No. 57.)

Etat des esprits en Serbie depuis la fin de la dernière crise politique dans les Balkans.

La Serbie est sortie sans secousse de la crise politique qu'elle vient de traverser. L'acte de soumission qu'elle a accompli à l'égard de l'Autriche-Hongrie n'a eu aucune répercussion fâcheuse ni sur la tranquillité intérieure du pays, ni sur la question dynastique.

On peut s'étonner qu'un calme aussi complet ait succédé, subitement, à des jours si agités, alors que le sentiment national semble n'avoir reçu aucune satisfaction.

Cette indifférence s'explique par la manière dont on envisage ici la solution donnée au conflit austro-serbe.

Sans doute, on regrette de n'avoir rien pu obtenir relativement aux prétentions élevées sur la Bosnie-Herzégovine; mais on ne considère pas le procès comme terminé, et l'on ne reconnaît pas, en son for intérieur, comme valable, une renonciation arrachée par une violence morale.

Les cercles politiques et l'opinion publique n'ont pas, non plus, ressenti d'humiliation à accepter les conditions dictées par le Cabinet de Vienne. Dans leur esprit, l'échec subi atteint les Puissances intervenantes et non pas la Serbie qui leur avait confié sa cause. Les événements de ces six derniers mois ont démontré que le petit royaume balkanique a réussi à intéresser à son sort quelques grandes Puissances de l'Europe et que grâce à l'appui de celles-ci il a pu soutenir, pendant tout ce temps, contre l'Empire voisin, une lutte diplomatique dont l'issue, sans lui avoir été avantageuse ne lui a, en somme, rien fait perdre. On est donc porté à trouver dans ce résultat une garantie pour le présent et un encouragement pour l'avenir.

Jusqu'ici l'Autriche-Hongrie n'a guère su profiter de sa victoire. Au lieu de se concilier son adversaire par un geste

généreux, dès le début des négociations commerciales, elle a marchandé ses concessions avaricieusement. Cette âpreté n'est pas de nature à favoriser le mouvement qui pousse certains hommes politiques à tenter de chercher, au sein de la monarchie habsbourgeoise, l'accomplissement des destinées du serbisme.

Les pourparlers, à peine commencés, sont restés à l'état stationnaire. On n'a pas même pu s'entendre sur les bases d'un arrangement provisoire. Des deux côtés de la Save on s'observe donc avec défiance, et le moment d'un rapprochement sincère ne semble pas être encore arrivé.

La faillite de la politique suivie par le Cabinet de St. Pétersbourg, pendant toute cette crise orientale n'a pas, toutefois, dépossédé la Russie de la prise qu'elle n'a cessé d'avoir sur les esprits serbes. **Ici, l'on ne tient même pas rigueur à la chancellerie russe, de son abandon final, parce qu'elle a su faire valoir que son impuissance momentanée ne pouvait que compromettre la cause serbe, si l'on poussait les choses à bout, et qu'il valait mieux céder maintenant pour se réserver en vue d'un avenir meilleur.**

Du reste on ne rompt pas facilement avec des habitudes auxquelles on a conformé sa conduite pendant longtemps. **Depuis les complications nées à la suite de l'affaire du chemin de fer de Novi-Bazar, le Gouvernement serbe a toujours puisé ses inspirations à St. Pétersbourg.**

A partir du moment où la situation est devenue critique pour la Serbie, on peut dire qu'aucune résolution n'a été arrêtée, aucune démarche tentée par elle sans que l'on eût pris d'abord l'avis du Gouvernement russe.

Les cercles politiques et la presse serbes ont témoigné une vive reconnaissance à l'Angleterre pour les efforts qu'elle a fait en vue d'accommoder le différend austro-serbe, en sauvegardant les intérêts du petit royaume. Ce patronage s'est exercé et s'exerce encore avec le plein agrément du Gouvernement russe, de sorte que l'on ne peut pas dire que celui-ci ait été supplanté par le cabinet de St. James.

61.

BRUXELLES, 20. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 9 avril 1909, No. 130.)

M. Isvolsky et la dernière crise politique dans les Balkans.

La capitulation du cabinet de St. Pétersbourg devant l'intransigeance de l'Autriche-Hongrie a soulevé un véritable déchainement de colère non seulement à travers la presse mais encore dans toutes les sphères de la société russe.

De l'avis presque unanime, la démission de M. Isvolsky s'imposait.

Toutefois le premier moment d'irritation passé, on a réfléchi que sa chute immédiate aurait pour effet d'accentuer davantage le succès de la politique austro-hongroise, personnifiée par le baron d'Aehrenthal, que la Russie soulignerait en quelque sorte son impuissance à reconquérir la situation prépondérante à laquelle elle prétend dans les régions balkaniques, à titre de protectrice des éléments slaves.

On pense donc qu'en dépit de la répugnance de M. Isvolsky à parcourir plus longtemps un chemin semé d'épines le prestige de l'Empire exige qu'il reste rivé à la mauvaise fortune jusqu'à ce que s'efface l'impression causée par une déroute diplomatique qu'une grande Puissance ne peut avouer.

La presse française et anglaise a, dès le premier jour, tenu un langage tout différent de celui de la presse russe. Elle n'a pas eu un mot de reproche à l'adresse du ministre des affaires étrangères de l'Empereur.

Le «Temps» de Paris, qui, certes, ne peut être suspecté de bienveillance préméditée à l'égard de M. Isvolsky lui a consacré récemment deux articles où tous ses mérites déniés par ses compatriotes sont mis en relief avec une louable équité.

Cette modération de langage dont on semble s'être donné le mot en pays étrangers, correspond à l'attitude des gouvernements anglais et français.

En face du bloc germanique fortifié par la triomphante solution du conflit serbe et de la question bosniaque, la France

et la grande Bretagne estiment non sans raison que la triple entente avec la Russie restant le seul moyen de préserver l'Europe de l'hégémonie allemande, il importe de voiler autant que possible le caractère de déchéance imprimé par les circonstances actuelles au grand Empire moscovite.

De son côté, cherchant à masquer l'action du gouvernement allemand au profit de son allié austro-hongrois, la presse officieuse de Berlin ne se borne pas à adoucir par d'adroites flatteries la blessure infligée à l'amour-propre du ministre russe des affaires étrangères. Tout en le félicitant d'avoir sacrifié ses visées politiques et ses rancunes personnelles à l'œuvre de la paix, elle proteste contre l'opinion répandue qu'il ait cédé à une pression exercée par une démarche énergique de l'Ambassadeur de l'Empereur Guillaume à St. Pétersbourg.

Le comte de Pourtalès, prétend-elle, n'aurait fait que donner un conseil amical et indiquer seulement le moyen d'apaiser en Serbie une effervescence dont les conséquences devaient aboutir pour ce royaume à une catastrophe et aggraver, par surcroît, la situation générale, déjà si compliquée.

M. Isvolsky en aurait référé à l'Empereur.

Le Tsar qui, de tout temps, penchait vers la conciliation n'a pas voulu que, par une plus longue résistance de son gouvernement, la crise orientale prit des proportions menaçantes pour la paix de l'Europe. Il aurait exigé que l'adhésion de la Russie à l'annexion de la Bosnie-Herzégovine fût aussitôt notifiée au Cabinet de Vienne.

Cette version inspirée sans doute, par la Chancellerie de Berlin pour les besoins de la cause et que les membres de l'ambassade d'Allemagne se sont employés à propager avec une insistance significative a commencé à circuler quatre ou cinq jours après que la réalité des faits ait été connue de tout le corps diplomatique de St. Pétersbourg, sans être contredite dans les milieux officieux russes où se laissait même accréditer le bruit d'une forte concentration de troupes allemandes à la frontière de Pologne, démonstration militaire constatée par de nombreux témoins occulaires et signalée par les rapports des autorités.

Quoiqu'il en soit, et l'exactitude de ce détail n'a pas jus-

qu'ici été contestée, M. Isvolsky aurait remis son portefeuille à la disposition de son souverain. Le Tsar n'aurait ni accepté ni refusé cette démission pour les raisons exposées plus haut et aussi, à cause de la difficulté de trouver en ce moment un successeur auquel M. Isvolsky ne serait pas faché d'ailleurs de passer la main en prenant la direction d'une importante ambassade, de préférence celle de Berlin dont le titulaire actuel, Comte Osten Sacken, aurait déjà manifesté l'intention de se démettre.

Il a été parlé dans les journaux de certaines avances faites aux ambassadeurs d'Autriche et d'Allemagne par la société russe, à la suite des évènements dont la susceptibilité nationale a eu à souffrir. Les faits ont été dénaturés en ce qui concerne les invitations déclinées chez le comte de Pourtalès. Son diner n'a été remis qu'à cause du décès de M. Argyropoulo ministre de Grèce qui venait de succomber à une pneumonie.

Pour ce qui est de l'Ambassade d'Autriche-Hongrie on a bien essayé de lui faire grise-mine mais les sympathies personnelles dont jouissent le comte et la comtesse Berchtold et la bonne grâce avec laquelle ils ont fait semblant de ne pas s'apercevoir des froideurs affectées à leur égard ont vite désarmé la rigueur de cette société que distingue une grande mobilité d'impression.

62.

BRUXELLES, 30. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport d'Ottawa du 30 mars 1909, No. 101.)

Discussion sur la défense nationale au Canada.

L'ordre du jour suivant a été voté hier soir, à l'unanimité par la Chambre des Communes du Canada:

«Cette chambre reconnaît qu'il est du devoir du peuple canadien à mesure qu'il s'accroît en nombre et que sa richesse augmente, de prendre une plus large part à la défense nationale. Cette chambre est d'avis que sous les relations constitutionnelles qui existent entre la mère patrie et les colonies autonomes,

le paiement de contributions régulières et périodiques au trésor impérial pour la défense militaire et navale n'est pas la solution la plus satisfaisante de la question de la défense.»

«Cette chambre approuvera cordialement toute défense nécessaire faite dans le but de promouvoir l'organisation prompte d'un service de marine canadienne qui coopérerait avec la marine impériale se tiendrait en relations intimes avec elle, d'après les suggestions faites par l'Amirauté au cours de la dernière conférence impériale, et qui tiendrait compte que la suprématie navale de l'Angleterre est essentielle à la sécurité du commerce, à la sûreté de l'Empire et à la paix de l'Univers.»

«Cette chambre exprime sa ferme conviction que, lorsque le besoin s'en fera sentir le peuple canadien sera prêt et disposé à faire n'importe quel sacrifice nécessaire pour donner aux autorités impériales l'appui le plus loyal et le plus cordial dans tout mouvement relatif au maintien de l'intégrité et de l'honneur de l'Empire.»

Au début de la séance, M. Foster, membre en vue de l'opposition, avait déposé la résolution suivante:

«Que vu ses ressources abondantes et variées, sa situation géographique et obéissant à ce sentiment de fierté nationale et de confiance en ses propres forces qui doit animer un peuple fort et progressif, le Canada ne devrait pas retarder plus longtemps de prendre sa juste part de responsabilité et de dépenses pour assurer convenablement la protection de ses côtes et de ses grands ports maritimes.»

Dans un discours remarquable, M. Foster a développé ces idées, souvent aux applaudissements unanimes de la chambre.

Sir Wilfrid Laurier lui a répondu. Il a reconnu qu'il y avait quelque chose à faire, que le Canada, à un moment donné, devrait pouvoir donner jusqu'à son dernier dollar et son dernier homme pour le salut de l'Empire. Quant à faire cadeau à la Grande Bretagne d'un «Dreadnought» il n'en était pas partisan. Il lui semblait préférable de renforcer la milice canadienne, de la perfectionner et de faire peut-être un pas de plus: créer un noyau de flotte canadienne.

«Qu'allons-nous donc faire, a dit le premier ministre; ce que

nous faisons avec notre milice; nous allons consulter les autorités navales de la Grande Bretagne et après avoir organisé un plan, nous l'exécuterons au Canada avec nos ressources et avec notre argent.»

Dans le discours de Sir Wilfrid se détache cette phrase pleine de fierté qui montre bien l'état d'esprit canadien quand sont envisagés ses rapports avec la mère-patrie. «L'Empire est composé d'un concert de jeunes nations, fières de leur allégeance à la Couronne britannique et aussi de leur indépendance. Si elles ont un but commun, elles se sont réservé le droit et le devoir de développer leurs ressources, chacune dans le sens qu'elles entendent. Cette autonomie peut s'étendre jusqu'à la défense.»[1])

Il résulte de ce débat que le gouvernement canadien, tout en donnant les meilleures assurances de sa loyauté à la Grande-Bretagne et en se disant préparé à créer une marine canadienne destinée à coopérer, le cas échéant, avec les flottes de la mère-patrie, n'entend pas se laisser englober dans l'agitation théâtrale qui remue en ce moment l'Angleterre. Le gouvernement d'ici se rend très bien compte que cet agitation est factice et qu'elle est l'œuvre politique d'un parti d'opposition qui désire revenir aux affaires. Si M. Balfour et ses amis ne montreront qu'une satisfaction tempérée du manque d'enthousiasme du Dominion, il est vraisemblable que le gouvernement libéral n'aura eu qu'à se louer de l'attitude raisonnable de ces pays.

63.

BRUXELLES, 30. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Rome du 4 avril 1909, No. 180.)

Affaires d'Orient. — Désorganisation de l'armée italienne.

L'Italie a plutôt joué un rôle de second plan dans les derniers évènements; mais elle ne pouvait guère agir différemment, car elle avait à concilier sa fidélité envers ses alliés avec son amitié envers la France, la Grande Bretagne et la Russie, et elle a profité de ses excellents rapports avec toutes les puissances

[1]) Dieser Satz im Zirkular unterstrichen.

pour exercer une action de conciliation et de médiation entre elles.

Cette attitude ne pouvait réussir que si elle avait pour point de départ une loyauté parfaite; or, les journaux de Vienne et de Berlin, comme ceux de Paris et de Londres ont rendu hommage au désintéressement et à la sincérité dont le gouvernement italien ne s'est pas départi pendant ces longues semaines d'agitations et de luttes diplomatiques.

Comme les sympathies des Italiens sont beaucoup plus accentuées envers leurs amis les Russes qu'envers leurs alliés les Allemands et les Austro-hongrois, la solution intervenue a certainement causé quelque désappointement et peut-être quelques regrets à Rome, mais on a le bon esprit de dissimuler soigneusement ces deux sentiments derrière la vive satisfaction que l'on éprouve du maintien de la paix générale.

Cette vive satisfaction est réelle et sincère car l'Italie eût pu être entraînée bien à contre cœur dans un conflit armé, désastreux pour elle, désastreux, parcequ'elle n'a pas le moindre désir de se mesurer sur les champs de bataille avec ses amis plutôt qu'avec ses alliés, désastreux aussi, parceque l'armée italienne se trouve dans un état de désorganisation beaucoup plus complet qu'on ne l'avoue dans les sphères gouvernementales et qu'on ne le proclame dans la presse et au Parlement. Pendant de longues années, on a tout sacrifié pour obtenir le rétablissement de l'équilibre budgétaire; ce résultat a été atteint, mais au prix d'économies exagérées qui se sont surtout appesanties sur les services des chemins de fer et sur ceux de l'armée. Après avoir beaucoup trop dépensé du temps de Crispi, on a beaucoup trop peu dépensé depuis lors: le Gouvernement propose d'augmenter d'une vingtaine de millions le montant du budget ordinaire de la guerre; les hommes compétents assurent qu'une augmentation annuelle de cent millions serait à peine suffisante. L'armée se compose de douze corps d'armée, et elle possède à peine les effectifs et les cadres suffisants pour constituer huit corps d'armée solides. Il faudrait également pourvoir à la votation du budget extraordinaire de la guerre, ce qui permettrait d'armer la frontière austro-italienne et de

renouveler la plus grande partie du matériel de l'artillerie. Ce matériel est déplorable; la moitié des batteries comprend des canons d'un modèle suranné, et l'autre moitié, des canons d'un modèle qui n'est plus à la hauteur des progrès actuels de la science.

Les réformes nécessaires exigeraient des disponibilités énormes; au lieu de cela, l'argent manque.

M. Tittoni disait dernièrement à la Chambre des députés: «Sans une armée forte, nous ne pouvons pas faire de la grande politique.» Il a donc raison de se contenter d'exercer une action pacifique, et surtout de viser à ménager la puissante Autriche-Hongrie.

64.

BRUXELLES, 30. 4. 1909.

(Extrait d'un rapport de Sophia du 12 avril 1909, No. 49.)

Accord turco-bulgare. Reconnaissance de la Bulgarie.

D'après les dernières nouvelles parvenues à Sophia l'accord serait sur le point de s'établir à Constantinople au sujet des questions litigieuses qui devaient encore être réglées entre la Turquie et la Bulgarie.

Le Gouvernement Bulgare estimait que sa discussion avec la société des chemins de fer orientaux était close à partir du jour où il avait accepté l'arrangement financier proposé par la Russie, dans lequel l'indemnité à payer tant à la Turquie qu'à la société dont il s'agit, pour la prise de possession de la ligne et du matériel, était fixée à quarante deux millions de francs et que désormais les négociations concernant la répartition de cette indemnité devaient se poursuivre entre la Sublime Porte et la Compagnie.

Mais aujourd'hui la commission de la dette ottomane ayant réclamé sa part du produit de l'emprunt de cent vingt cinq millions de francs que la Russie consent à négocier afin d'arriver à désintéresser les créanciers de la Bulgarie de nouvelles difficultés surgissent de ce côté et on propose de soumettre le différend concernant les chemins de fer orientaux et les porteurs

de titres de la dette ottomane au jugement de la cour arbitrale de La Haye et de procéder sans plus de retard à la reconnaissance du Royaume de Bulgarie.

La Russie s'efforce de faire accepter cette proposition par le gouvernement ottoman, d'obtenir à ces fins l'appui de la majorité des grandes puissances, d'isoler ainsi, dans la question turco-bulgare, l'Autriche et l'Allemagne ce qui serait la revanche de son trop sensible échec au cours de l'incident austro-serbe.

Il semble cependant que ni l'Autriche ni l'Allemagne ne peuvent conseiller à la Compagnie des chemins de fer orientaux de refuser l'arbitrage. Il serait en tout cas difficile pour les deux puissances alliées de s'inspirer, dans ces conditions, d'une contestation sans aucun caractère politique pour s'abstenir de reconnaître l'indépendance de la Bulgarie.

65.

BRUXELLES, 5. 5. 1909.

(Extrait d'un rapport de Rome du 16 avril 1909, No. 199.)

Entrevue du Prince de Bülow et de M. Tittoni à Venise.

La question de la triple alliance est à l'ordre du jour depuis plus d'une semaine, dans la presse italienne, quoique l'Empereur Guillaume ne soit arrivé qu'avant hier à Venise; mais le Chancelier de l'Empire l'y a précédé et M. Tittoni a jugé à propos d'aller saluer le chef responsable de la politique de l'Allemagne.

On a prétendu à l'étranger que M. Tittoni avait été invité par le Prince de Bülow à aller négocier les conditions du renouvellement de la triple alliance. Les journaux italiens soutiennent que cette façon d'interpréter les intentions du Prince de Bülow ne peut être qu'erronée, et il est très probable en effet qu'ils sont dans le vrai.

Le Prince de Bülow sait parfaitement que l'Italie ne peut pas se passer des avantages que lui procure son alliance avec les deux Empires. Pourquoi, dès lors, voudrait-il fixer ou

imposer les conditions du renouvellement de l'alliance si longtemps avant l'expiration du pacte qui en consacre le caractère obligatoire?

M. de Bülow peut avoir été médiocrement flatté de ce que pendant les longues négociations qui viennent de se terminer, l'Italie a surtout paru désireuse de ménager ses amis français, anglais et russes; mais il a trop d'attaches à Rome et il a conservé de trop bons souvenirs de son séjour en cette ville où il compte se retirer un jour, en un mot il est un ami trop sincère de l'Italie pour se montrer réellement froissé du manque d'enthousiasme dont le Gouvernement italien a fait preuve envers la politique du Baron d'Aehrenthal.

Des indices probants permettent du reste d'avancer que si l'Allemagne a pris si énergiquement parti pour la politique du Baron d'Aehrenthal, c'est beaucoup moins pour obéir à ses convictions et faire triompher ses préférences que pour sauvegarder sa situation internationale.

On ne doit donc pas supposer que M. de Bülow pardonnera difficilement à l'Italie l'effacement et la réserve dans lesquels cette dernière s'est confinée pendant la dernière crise, et ce serait dénaturer les faits que d'attribuer au Chancelier de l'Empire d'Allemagne l'intention d'abuser du prestige de la victoire remportée à St. Pétersbourg de concert avec la diplomatie austro-hongroise, pour forcer l'Italie à souscrire dès à présent dans des conditions fort délicates pour elle, au renouvellement de la triple alliance.

L'Italie, d'ailleurs, n'est pas en état de se passer des avantages que lui procure cet accord international, car elle ne saurait reconstituer ses forces assez à temps pour faire face, le jour où l'alliance viendrait à expiration, à l'Autriche-Hongrie qui pourrait fort bien, à ce moment, exiger la cessation du mouvement irrédentiste, avec des arguments aussi menaçants que ceux dont elle s'est servi il y a quinze jours pour obliger la Serbie à désavouer les menées panserbes. La frontière austro-italienne est formidablement armée et défendue du côté autrichien tandis qu'elle est absolument ouverte du côté italien, et comme le temps ainsi que l'argent manquent pour réorganiser

en deux ou trois ans l'armée italienne et pour fortifier tous les passages des Alpes donnant accès dans les plaines de la Vénétie et de la Lombardie, **il en résulte qu'en Italie on craint presque autant les Austro-Hongrois qu'on les déteste, et qu'on désire continuer à les avoir pour alliés afin de ne pas être traité par eux en ennemi. La triple alliance est devenue, en ce qui concerne l'Italie, non pas une sauvegarde contre les ambitions d'une quatrième puissance, mais bien une garantie contre les accès de mauvaise humeur éventuels de la monarchie austro-hongroise.**

C'est de cette façon que tout le monde en Italie comprend la triple alliance; personne ne demande qu'elle ne soit pas renouvelée dans l'avenir, et sous ce rapport les personnalités dirigeantes des groupes de l'extrême gauche sont d'accord avec les conservateurs et les libéraux; **mais on a l'arrière-pensée que dans quelques années un nouveau pacte d'union pourra peut-être être conclu dans de meilleures conditions qu'aujourd'hui; on a donc le désir et l'espoir que le Gouvernement n'engagera pas dès à présent le pays pour une nouvelle période de six à huit ans.**

Pour démontrer que l'Italie ne veut pas entendre parler du renouvellement de la Triplice, on rappelle souvent dans la presse française ou francophile l'enthousiasme anti-autrichien qui s'est déchaîné, il y a quelques mois, à la Chambre des Députés à Rome à la suite d'un discours irrédentiste de M. Fortis, ancien Président du Conseil. Mais il ne faut pas perdre de vue d'abord que cet enthousiasme ne fut qu'un emballement théatral, puis qu'une heure après le discours de M. Fortis, le Président du Conseil Giolitti déclarait, sans être interrompu, que l'Italie était décidée à rester observateur scrupuleux de tous les engagements du pacte de la triple alliance, et enfin que, le lendemain, M. Fortis proclamait à la Chambre même que son discours avait été mal interprêté.

Il est certain que le Prince de Bülow n'a pas commis l'impolitesse de convier M. Tittoni à se rendre auprès de lui à Venise; c'est donc le Ministre des Affaires Etrangères du Roi d'Italie qui a pris l'initiative d'aller passer 24 heures auprès du Chancelier de l'Empire.

M. Tittoni a eu sans aucun doute l'intention d'exposer que son attitude pendant la crise orientale n'a eu aucun caractère hostile à la politique de l'Allemagne, et si le Prince de Bülow lui a fait observer que l'Italie n'a pas appuyé les revendications des deux Empires, le Ministre italien des Affaires Etrangères a pu répondre que l'Allemagne pour rendre service à l'Autriche-Hongrie, s'était attachée à faire triompher dans la question d'Orient des principes très impopulaires en Italie et qui ne sont absolument pas prévus dans le pacte de la triple alliance.

Quoi qu'il en soit, on espère à Rome que l'entrevue de Venise aura pour conséquence de dissiper les quelques nuages qui projetaient une ombre légère sur les relations du Cabinet de Berlin avec la Consulta, et l'opinion tient compte à M. Tittoni des efforts qu'il aura faits à Venise, pour éclaircir la situation et pour démontrer la loyauté de l'attitude de l'Italie pendant la crise orientale.

66.

BRUXELLES, 3. 6. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 mai 1909, No. 21/851.)

L'Entrevue des Empereurs d'Allemagne et d'Autriche-Hongrie et la Triple-alliance.

Après avoir exagéré l'importance des entrevues de souverains on est porté ici et un peu partout, à la diminuer outre mesure; mais il est certain que les dispositions personnelles des chefs d'Etat ne peuvent pas changer grand chose aux courants irrésistibles qui dirigent la politique du monde. Les relations entre les peuples sont ce que les font la concordance ou l'antagonisme des intérêts réels ou imaginaires. Les visites de souverains ne servent pas même à en constater l'état. Elles se sont beaucoup multiplié dans ces derniers temps et sont devenues banales. Les bienséances obligent à réserver un bon accueil à l'hôte qui se présente chez vous et dans les toasts politiques qui sont maintenant aussi de rigueur, il est entendu que chacun parlera

des sentiments d'amitié dont il est animé et de sa ferme intention de maintenir la paix. En Allemagne ces clichés ne font plus d'impression. On a appris par le résultat absolument négatif des nombreuses rencontres de l'Empereur avec le Roi d'Angleterre à ne pas leur attribuer plus de portée qu'elles n'en ont.

La récente visite de l'Empereur et de l'Impératrice d'Allemagne à l'Empereur François-Joseph constitue une exception parce que sa cordialité répond aux sentiments des deux peuples. L'Empereur d'Autriche a exprimé en termes chaleureux sa gratitude pour le service éminent que l'Allemagne vient de lui rendre et proclamé que c'est avant tout à l'inébranlable fidélité de l'Allemagne qu'il doit d'avoir pu résoudre sans guerre les difficultés qui ont surgi dans ces derniers temps.

La satisfaction manifestée par l'Empereur d'Allemagne dans sa réponse, n'est pas moins sincère et moins en harmonie avec les impressions du peuple allemand.

On a été de fort mauvaise humeur à Berlin de ce que sans nécessité bien démontrée le Baron d'Aehrenthal eut risqué de déchaîner la guerre générale; d'autant plus qu'il s'était lancé dans cette aventure sans consulter son alliée et même sans l'avoir suffisamment avertie. La confiance qui régnait autrefois entre Vienne et Berlin en avait été fort diminuée. Si le gouvernement Impérial allemand avait néanmoins pris sans hésiter, position à côté de l'Autriche-Hongrie, c'est parce qu'il n'y avait pas moyen de faire autrement sans coopérer au succès du plan d'isolement de l'Allemagne à la réalisation duquel le Roi d'Angleterre travaille depuis le début de son règne.

Le brillant succès de la récente campagne diplomatique a amené un revirement complet. L'attitude résolue de l'Allemagne a fait plus qu'empêcher la guerre de sortir du conflit austro-serbe. Elle a restauré le prestige de la triple alliance très entamé depuis l'entente anglo-française et surtout par la conférence d'Algeciras. Une alliance défensive n'a guère l'occasion de remporter des triomphes éclatants. Les dangers qu'elle écarte restent inconnus de la grande masse du public et l'on en conclut que d'aucune façon ils ne se fussent produits. L'Alliance austro-allemande vient de faire ses preuves et de démontrer aux deux

peuples à quel point elle est nécessaire. L'issue du conflit austro-serbe a raffermi la fidélité de l'Italie hésitante entre ses alliés et ses amis et décidée in petto à se ranger au moment décisif du côté du plus fort. **Il a mis en évidence le vice constitutionnel de la triple entente basée non sur des intérêts communs, mais sur le fondement négatif de la haine de l'Allemagne et dont les membres soit par défaut de force soit plutôt par manque de confiance les uns envers les autres ont été incapables d'agir de concert pour tenir tête à l'union de l'Europe centrale.**

La restauration de la prépondérance de la triple alliance a tout de suite produit son effet bienfaisant, au moment même où l'incident austro-serbe était clos éclatait la contre-révolution turque immédiatement suivie de la réaction jeune turque. Tous les cabinets à l'envi se sont empressés de déclarer qu'il s'agissait d'une affaire intérieure turque dans laquelle l'étranger n'avait pas à intervenir. Ils ne nous avaient pas habitués à ces scrupules. Au contraire depuis un siècle le moindre prétexte leur suffisait pour offrir au gouvernement ottoman des conseils le plus souvent inexécutables, presque toujours intéressés, en tout cas non sollicités dont le moindre inconvénient était de rendre les crises interminables en encourageant les perturbateurs. Cette fois pourtant les intérêts européens sont sérieusement menacés. Trois révolutions militaires ont éclaté en dix mois. C'est pis qu'aux plus mauvais temps des janissaires. La constitution turque est fondée sur la fusion des races, comme s'il était possible de supprimer par décret des haines cinq fois séculaires. Selon toute vraisemblance il y aura encore bien des convulsions en Turquie et peut-être approchons-nous de la catastrophe finale. L'Europe reste passive. Est-il téméraire de croire que cette réserve provient de ce qu'à Londres, à St. Pétersbourg et à Paris, instruit par une leçon de choses encore toute fraîche, on ne se soucie ni d'entamer une action où l'Allemagne jouerait un rôle dirigeant ni, si des divergences de vues se manifestaient, d'essayer de nouveau de lui tenir tête.

67.

BRUXELLES, 4. 6. 1909.

(Extrait d'un rapport de Madrid du 15 mai 1909, No. 115.)

La situation au Maroc.

Au Ministère d'Etat, on n'attache pas au départ de Fez de la Mission spéciale espagnole la gravité qu'ont voulu lui donner certains journaux.

On fait remarquer que la Mission française, elle aussi, s'est retirée sans avoir mené à bonne fin ses négociations et que le Gouvernement français, comme le Gouvernement espagnol, a accepté de poursuivre les pourparlers avec des Délégués marocains. Paris sera servi le premier, il est vrai, mais la raison en est que c'est à Paris que doit se traiter la question la plus urgente: celle de l'emprunt.

On reconnait que la situation au Maroc continue à être anormale. Le Sultan n'est pas maître de ses actes et chaque jour il subit de nouvelles influences qu'il n'ose secouer. Actuellement c'est le Grand Vizir qui a toute l'autorité. C'est lui qui a négocié avec M. Merry del Val, tandis que le Ministre des Affaires Etrangères, restait à Rabat pendant toute la durée des pourparlers.

Les Conseillers du Sultan semblent être d'accord sur un seul point qui est de faire obstacle à toute nouvelle concession octroyée à l'étranger. Ils exploitent très habilement l'appréhension qu'inspirent à Muley Hafid les tribus xénophobes et l'entretiennent dans la crainte de partager un jour le sort de son frère. C'est pourquoi le Sultan n'ose prendre sur lui aucune responsabilité. Tel est le point de vue du Gouvernement.

Le point de vue de l'opinion publique, représentée par la presse, est moins optimiste. Les journaux affirment que l'échec de la mission espagnole a été complet et beaucoup plus marqué que celui de la mission française qui n'aurait été qu'apparent. Ils s'en prennent moins au Sultan qu'aux Puissances qui devraient seconder l'action de l'Espagne au Maroc. **La France, secrètement appuyée par l'Angleterre, chercherait, d'après**

eux, à engager l'Espagne dans quelque aventure dont le bénéfice ne serait pas pour elle en dernier ressort. La «Correspondencia» disait avant hier que M. Regnault avait quitté Fez en déclarant que «la France évacuerait la Chaouïa à condition «que l'Espagne évacuât le Rif». Et ce fut là, dit-on, un mauvais procédé, car les postes espagnoles du Rif n'ont rien de comparable à l'occupation militaire de la Chaouïa. Ces postes n'ont été créés que pour assurer la sécurité des communications et du trafic entre Ceuta et Melilla.

Cet argument est, d'ailleurs, contestable car les possessions espagnoles de l'Afrique du Nord ont connu une tranquillité et une prospérité ne laissant rien à désirer avant qu'on eût songé à pénétrer dans le Rif, et l'on peut s'étonner de ce que le Gouvernement de Madrid n'ait pas pris les devants et n'ait pas profité de cette occasion pour alléger sa part de charges, tout en se conciliant, par une évacuation spontanée, le bon vouloir du Sultan, dont la situation délicate ne pouvait lui être inconnue.

Malheureusement pour elle, l'Espagne, qui s'est payée de mots à Algeciras, se trouve avoir les mains liées. Il apparait chaque jour plus clairement qu'on est décidé à lui demander beaucoup sans jamais lui rien donner.

Quelque importance qu'il faille attribuer à l'échec de M. Merry del Val, il n'en reste pas moins acquis qu'il a produit un effet déplorable dans le public. On ne parle que d'envois de renforts à la côte africaine. On dit que les travaux de prospections minières qu'on venait à peine de commencer, vont être abandonnés. Et, pour tout résumer d'un mot, on se demande ce que l'Espagne est allé faire dans la galère marocaine.

68.

BRUXELLES, 4. 6. 1909.

(Extrait d'un rapport de Londres du 17 mai 1909, No. 270.)

L'Entrevue des Empereurs à Vienne et la Triple alliance.

La rencontre récente, à Vienne, des deux Empereurs a souligné une situation politique qui n'a rien de rassurant pour

l'Angleterre, car elle consacre en quelque sorte la prépondérance de l'influence allemande en Europe et augmente le prestige de la Triplice. Le Souverain austro-hongrois a reconnu les services rendus par l'Empereur Guillaume, le fidèle allié, lorsque celui-ci a amené la Russie à céder aux vœux du Baron d'Aehrenthal, dans la question de l'incorporation de la Bosnie et de l'Herzégovine. L'Autriche, de son côté, a dûment soutenu à Algeciras les vues du Gouvernement Allemand. Cette entrevue loyale a porté ses fruits. **On s'était bercé ici de l'espoir de voir la Triple alliance se désagréger prochainement; on escomptait un peu une défection possible de l'Italie en raison de l'antipathie de certaines de ses populations pour l'Autriche et de la sympathie du pays pour l'Angleterre. Cet espoir, sans être perdu, a faibli, car on estime qu'à Rome aussi on réalise la force réelle des deux alliés principaux de la triplice,** et c'est avec appréhension que l'on constate que si l'Allemagne construit dix cuirassés, l'Autriche va en commander quatre et l'Italie elle-même deux, ce qui dotera la triple alliance d'une marine formidable, alors que les armées réunies des trois pays en question atteignent déjà le chiffre de sept millions d'hommes environ.

Où en est maintenant l'équilibre européen? La Russie, militairement parlant, est impuissante. La France ne cherche qu'à éviter toute aventure. On en conclut que le salut de la Grande Bretagne, dont les forces de terre sont si minimes, réside uniquement et plus que jamais dans sa flotte, pour l'accroissement de laquelle aucun sacrifice financier ne devrait être trop lourd.

On peut dire que tel est l'avis de la nation, mais le Gouvernement n'est pas encore disposé à donner, à pleines mains, l'argent nécessaire. Il veut consacrer une grande part des ressources du Trésor aux dépenses favorisées par les utopistes de l'extrême gauche. Afin de tenir tête aux exigences navales, en même temps qu'aux réformes sociales, il lui faut beaucoup d'argent, que le Chancelier de l'échiquier se propose d'arracher aux classes aisées de la nation par des mesures qui le rendent forcément impopulaire.

69.

BRUXELLES, 9. 6. 1909.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 21 mai 1909, No.111.)

Affaires d'Orient. Les Puissances à Constantinople.

Le retour au pouvoir du parti jeune turc ne semble pas avoir été accueilli par toutes les Puissances avec le même enthousiasme que la révolution du mois de juillet dernier.

Si l'attitude de certains ambassadeurs reflète fidèlement la politique de leur Gouvernement, la confiance, les encouragements, voire même l'appui d'alors, ont fait place à la méfiance, le scepticisme et l'indifférence.

L'Angleterre, qui fut la première à approuver le rétablissement de la Constitution, qui croyait le moment opportun pour reprendre en Turquie une position délaissée depuis 30 ans, témoigne une faveur marquée pour le régime actuel qu'elle semble considérer comme le commencement d'une ère de désordre et d'anarchie dans l'Empire. Sans aller jusqu'à manifester des regrets à la suite de la chute du Sultan Abdul-Hamid, on le tient pour avoir été capable de maintenir, dans une certaine mesure, l'équilibre entre les nationalités si diverses de son pays et l'on constate que tous les efforts du parti jeune turc vers ce but n'ont abouti qu'à la situation actuelle grosse de complications futures.

Il n'est pas douteux que l'influence germanique est de nouveau plus puissante à Constantinople. L'Ambassadeur d'Allemagne, fidèle soutien d'Abdul-Hamid, l'a laissé sombrer pour s'attacher ouvertement à la fortune renaissante des jeunes turcs. L'esprit de discipline allemande qui anime les armées venues de Salonique a tout naturellement porté le parti politique qui leur doit son triomphe à se tourner vers Berlin pour en solliciter la consécration. Le retour prochain du général von der Goltz, principal organisateur de l'armée ottomane, la nomination de Ferid-Pacha, dont les sympathies allemandes sont notoires, au poste important de Ministre de l'Intérieur, la dictature militaire occulte à laquelle préside un général imbu d'idées germaniques,

sont autant de faits indiquant une orientation politique dont un diplomate aussi avisé que le Baron de Marshall saura tirer profit pour son pays.

La France et la Russie, par le fait de leur politique récente en Europe ne pourront manquer de lier partie avec l'Angleterre en vue d'évènements futurs en Turquie; l'Orient pourrait ainsi devenir le théâtre de la revanche diplomatique, que les Cabinets de St. Pétersbourg et de Londres tenteront de prendre, à la première occasion, après les succès du Baron d'Aehrenthal. Quelques-uns parlent à ce sujet d'une reprise de la question des Dardanelles.

70.

BRUXELLES, 2. 7. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 8 juin 1909, No. 83.)

La question serbe dans l'Empire austro-hongrois.

Le procès politique qui se déroule à Agram, depuis plusieurs mois et les persécutions auxquelles sont en butte les Serbes de la Croatie et de la Bosnie ont suggéré aux promoteurs du mouvement jougo-slave l'idée de transférer, au sein même de la monarchie habsbourgeoise, le centre de cette agitation nationale.

Il y a quelque temps, M. Masaryk, député tchèque au Reichsrat autrichien, est venu à Belgrade pour y concerter un nouveau plan de propagande slave.

M. Masaryk n'a pas fait un mystère de sa démarche; sa première visite a été pour le Comte Forgach, le représentant de son pays, en Serbie, auquel il n'a pas caché les intentions de son parti. Ensuite il s'est abouché avec les principaux hommes politiques d'ici. Toutes les dispositions ont été prises pour que, dorénavant, l'impulsion provienne d'un comité central siégeant à Prague. C'est également là que seront centralisés les moyens financiers destinés à soutenir l'œuvre.

En rattachant leur action à celle des autres Slaves de l'Empire austro-hongrois les Serbo-Croates et les Bosniaques risqueront moins d'être taxés de haute trahison; ils pourront ainsi poursuivre avec plus de chances de succès leurs visées nationalistes.

D'autre part, il y a lieu d'observer qu'en se fusionnant avec tous les Slaves qui vivent sous le sceptre des Habsbourg, les Serbes de la monarchie peuvent être amenés à perdre leurs tendances centrifuges et à s'accommoder d'une autonomie qui leur rendrait supportable l'impérialisme austro-hongrois.

A la vérité, l'évolution qui vient de se produire fortifie l'élément slave des deux côtés de la Leitha, en lui donnant plus de cohésion; mais, en même temps, elle est de nature à rendre moins agissantes les causes de désagrégation qui, sourdement, minent les bases de l'Empire.

71.

BRUXELLES, 3. 7. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 25 juin 1909, No.223)

Entrevue des Empereurs de Russie et d'Allemagne.

Certains milieux russes ont accueilli avec une grande froideur l'entrevue dans les eaux finlandaises des Empereurs Guillaume et Nicolas.

La presse, à part les organes officieux, s'est abstenue de commenter la portée politique de cet événement qui, suivant de près l'épisode final de la crise balkanique et précédant le voyage prochain du Tzar en France et en Angleterre n'est pourtant pas dénué d'importance.

Dans les sphères officielles, si l'on continue à ne pas révéler de quel côté est venue l'idée de la rencontre des deux souverains, on laisse volontiers entendre que l'initiative n'émane pas de la Russie, car celle-ci n'avait aucune raison de provoquer, surtout en ce moment, une manifestation publique de mutuelle sympathie et de confiance affirmées de part et d'autre dans les toasts impériaux de Standaert-Rade. Tout s'est d'ailleurs passé le mieux du monde pendant les deux jours qu'a duré la visite dans la baie de Bjorkö et qu'un temps radieux a favorisée.

L'Empereur d'Allemagne s'est montré des plus gracieux pour l'entourage du Tzar. Il avait apporté de beaux présents au jeune Grand Duc héritier, et aux Grandes Duchesses et a

conféré des décorations en brillants à M. M. Isvolsky et Stolypine. Sa Majesté a eu avec ce dernier d'assez longs entretiens et s'est attaché à temoigner au Président du Conseil et au Ministre des Affaires Etrangères des égards particulièrement flatteurs où perçait le désir de voir rétablir sur l'ancien pied de cordialité les relations entre les deux Gouvernements. L'Empereur Nicolas, de son côté, a témoigné aux personnages de la suite du souverain allemand une bonne grâce empressée.

Ces démonstrations sont de nature à réveiller la défiance d'une partie de l'opinion russe, celle qui se compose des libéraux et des slavophiles.

Ceux-ci admettent que petits fils et successeurs presqu'immédiats de leurs Empereurs de glorieuse mémoire, le Tzar et le Kaiser demeurent fidèles à leurs traditions de famille et tiennent à rester de grands amis. Mais ils s'inquiètent d'un rapprochement entre deux Gouvernements qui, trop marqué, pourrait changer l'orientation politique actuelle de la Russie en la détachant peu à peu de la triple entente au profit de l'Allemagne.

Le Gouvernement de Berlin, — pensent ces Russes, qui se sentent menacés par les progrès incessants de l'infiltration allemande dans leur pays — est habile à profiter des discussions intestines d'une nation voisine et sait quel parti il pourrait tirer de l'âpre lutte qui met ici aux prises conservateurs et libéraux.

Les conservateurs — beaucoup plus puissants qu'on ne le croit, car ils disposent en haut lieu de faciles moyens d'influence puisqu'ils entourent seuls l'Empereur, — comptent dans leurs rangs un grand nombre de familles d'origine allemande. L'Allemagne leur est sympathique; aux uns, par affinité de race, aux autres, à cause de son organisation sociale où subsistent des vestiges de droits féodaux, à cause de son affirmation précise et énergique du principe d'autorité, des longs souvenirs du «Dreikaiserbund», voire même de la sainte alliance qu'elle travaille, prétend-on, à restaurer.

Le pacte conclu avec la France démocratique et syndicaliste les scandalise. Ils s'efforcent d'en empêcher le renouvellement.

Le mouvement «libérateur» n'a-t-il pas trouvé son encouragement dans ce Gouvernement de socialistes? On rappelle les

maladresses de M. Bompard intervenant avec l'approbation du quai d'Orsay en faveur des «Cadets» et faisant du maintien de la Douma la condition de l'émission des emprunts russes sur le marché français. La France républicaine, fait-on remarquer, affaiblie militairement, s'est dérobée lorsque, dans des circonstances critiques, elle avait à prêter un appui effectif à la Russie, encore à demi autocratique; l'Allemagne, au contraire, consciente de sa force soutient fidèlement ses alliés. Exemple: l'Autriche. L'Allemagne a un intérêt de premier ordre à défendre le régime conservateur en Russie, à laquelle une étroite entente avec sa formidable voisine peut seule donner la sécurité à l'intérieur, imposer le respect au dehors et permettre de faire retour aux traditions qui ont assuré sa grandeur dans l'histoire.

Sans la faute commise de se lier de préférence, pour une longue période, à l'irréconciliable ennemie de la nation allemande, que de désastres eussent été épargnés à la Russie. Elle aurait échappé à la défaite dans sa guerre avec le Japon où nul n'a songé à la secourir et à la tourmente révolutionnaire qui en a été la conséquence.

Ces terribles aventures lui ont coûté des milliards de roubles et ont ruiné son prestige à l'extérieur. Les récentes humiliations subies au cours de la crise balkanique lui eussent également été épargnées.

Si elle avait marché d'accord avec les deux grands Empires voisins la Russie aurait eu une part avantageuse dans le règlement des questions orientales.

Ainsi raisonnent dans la Société de St. Pétersbourg nombre de personnes qui, dégagées d'attaches officielles, n'ont pas à se gêner pour exprimer librement leur opinion. Le sentiment qu'elles formulent n'est d'ailleurs que le reflet de la pensée de beaucoup d'autres qui, par leur situation trop en évidence, sont tenus à plus de réserve de langage.

72.

BRUXELLES, 10. 7. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 18 juin 1909, No. 85.)

Situation intérieure en Serbie.

Depuis la fin de la crise Austro-Serbe la situation politique du Royaume n'a subi aucune modification appréciable.

Le calme qui s'est rétabli dans le pays aussitôt après la détente, a eu pour effet de ramener, immédiatement, le peuple serbe à ses paisibles occupations. La volte face a été si subite qu'elle a surpris ceux qui avaient attaché plus d'importance qu'il ne fallait aux manifestations exubérantes d'un patriotisme exalté par des moyens quelque peu artificiels.

Le Ministère de concentration présidé par M. Novakovitch n'a pas eu seulement le mérite de résoudre le conflit avec l'Autriche-Hongrie; il a aussi apporté un grand apaisement dans les affaires internes en faisant taire l'esprit de faction.

Il y aura bientôt deux mois que la Skoupchtina a clôturé sa session consacrée presque tout entière aux difficultés internationales. Grâce au pacte intervenu entre les partis on a évité d'y soulever les questions irritantes.

La Serbie a traversé la crise récente sans éprouver la déperdition de force économique que l'on pouvait craindre. Pendant la période de tension diplomatique elle s'est recueillie, ne faisant d'autres dépenses que celles nécessitées par la défense du pays. La hausse des céréales, qui s'est produite au printemps, a permis aux paysans de réaliser leurs réserves avec bénéfice, et la récolte prochaine se présente sous des auspices favorables.

Les finances de l'Etat n'ont pas eu, non plus, trop à souffrir de cette tourmente politique. Des crédits extraordinaires, s'élevant à une 20e de millions de francs, ont été alloués au Gouvernement. Mais les 3/4 de ce montant étaient, en tout état de cause, nécessaires pour l'équipement, l'armement et l'approvisionnement de l'armée. Les charges résultant du renforcement des effectifs pendant 6 mois, se réduisent donc à quelques millions de francs.

En ce qui concerne la politique extérieure, l'attitude de la Serbie à l'égard de l'Autriche-Hongrie continue à être expectante. Elle attend que sa puissante voisine formule des propositions susceptibles de servir de base à des négociations commerciales. Sans nier qu'une entente soit désirable, elle ne manifeste aucune hâte à la provoquer. C'est qu'en effet un travail opiniâtre de 3 ans, pour rechercher de nouveaux débouchés, a affranchi, en partie, le Royaume danubien de la dépendance économique qui le liait à la double monarchie.

Les relations du Cabinet de Belgrade avec celui de Saint Pétersbourg sont restées telles qu'elles étaient au sortir de la crise. Malgré sa défaite diplomatique la Russie a gardé, ici, intact tout son crédit.

Il n'en est pas de même de l'Angleterre à la conduite de laquelle, dans l'affaire orientale, on attribue des motifs purement égoïstes. Réciproquement, on constate que les cercles politiques anglais qui tiennent de près au Roi Edouard, se montrent très irrités contre la Serbie. Ils attribuent à l'obstination de celle-ci la responsabilité d'avoir réduit à néant les patients efforts poursuivis depuis nombre d'années, par la diplomatie britannique, en vue d'encercler l'Allemagne.

Depuis quelque temps on multiplie, de Belgrade, les avances à la Bulgarie. On voudrait opérer un rapprochement politique qui conduirait à une union douanière. Une combinaison de ce genre fortifierait la position de la Serbie vis-à-vis de la monarchie habsbourgeoise. Mais, à Sophia, on montre peu d'empressement à saisir la main tendue. La principale raison de cette froideur réside dans l'antagonisme des ambitions rivales en Macédoine. Cette jalousie est habilement exploitée par la diplomatie autrichienne qui met tout en œuvre pour entretenir la division parmi les petits Etats balkaniques.

73.

BRUXELLES, 22. 7. 1909.

(Extrait d'un rapport de Sophia du 28 juin 1909, No. 235.)

Séjour de M. Malinoff à Vienne. Commentaires de la presse dans les pays balkaniques.

Les journaux des pays balkaniques, notamment la presse serbe, se sont livrés dans les derniers temps à des commentaires absolument fantaisistes au sujet de la présence prolongée de M. Malinoff, premier Ministre bulgare, à Vienne.

On sait que des efforts s'exercent depuis quatre ans de la part de la Serbie en vue d'arriver à un rapprochement avec la Bulgarie. Ces avances, auxquelles le Gouvernement bulgare ne semble pas trop pressé de répondre, quoiqu'elles soient soutenues par la Russie, ont redoublé d'intensité depuis des récentes et graves difficultés austro-serbes. Or ces tendances qui sont ouvertement dirigées contre la pénétration du germanisme dans les Balkans, déplaisent naturellement à Vienne où on s'efforce de les paralyser.

L'Autriche, qui avait mis jusqu'ici une certaine mauvaise volonté à conclure un traité de commerce avec la Bulgarie, aurait proposé, dit-on, à M. Malinoff de reprendre les pourparlers à cet effet. On s'attend ici à ce qu'elle fasse au jeune Etat des concessions qu'elle s'était jusqu'à présent refusé de lui accorder. Mais le Gouvernement de Sophia ferait bien de s'abstenir de nourrir de trop grandes illusions à cet égard. Si le Baron d'Aehrenthal consentait à donner à la Bulgarie quelque lattitude (sic!) en ce qui concerne l'introduction du bétail bulgare en Hongrie, il réclamait de sa part des dégrèvements importants sur plusieurs des principaux articles formant l'exportation autrichienne en Bulgarie, dont le chiffre total s'élève annuellement à 40 millions de francs, sans qu'il soit prouvé que le bétail bulgare auquel on prescrirait de remplir certaines conditions relativement à la qualité et au poids, trouverait acquéreur sur les marchés Hongrois.

On affirme aussi que le voyage de M. Malinoff en occident se rapporterait à un projet d'emprunt à conclure en vue d'étendre

la dette flottante, de régulariser complètement la situation financière du pays, au moyen d'une conversion. D'autre part, les journaux d'hier soir répandaient le bruit que le Roi, qui se trouve actuellement avec la famille royale à Szent-Antal en Hongrie, où Sa Majesté est l'hôte de son frère le Prince Philippe de Saxe-Cobourg, irait prochainement à Paris accompagné de son premier Ministre.

Cette nouvelle demande confirmation.

74.

BRUXELLES, 22. 7. 1909.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 11 juillet 1909, No. 94.)

L'ambassade turque à Belgrade. Alliance turco-serbe.

Les envoyés turcs chargés de notifier à la Cour de Belgrade l'avènement du Sultan Mahomet V, viennent de quitter la Serbie après y avoir accompli leur mission. Ils ont été reçus avec les honneurs accoutumés; mais les assurances d'amitié échangées à cette occasion ont été empreintes d'une réelle cordialité.

Au cours de la dernière crise orientale, des tentatives ont été faites par le cabinet de Belgrade pour contracter une alliance avec la Turquie. Mais les ouvertures serbes étaient vouées à l'insuccès, parce que la Sublime Porte avait le dessein arrêté de s'entendre avec l'Autriche-Hongrie. Les intrigues menées avec les Jeunes-Turcs ne réussirent pas davantage. Sans se laisser décourager par des échecs répétés, le Gouvernement du Roi Pierre continue à tendre vers le même but.

La mission ottomane avait à sa tête Gabriel Effendi Noradunghian. La présence à Belgrade de cet homme d'Etat qui a déjà géré le Ministère des Affaires Etrangères dans son pays et que l'on désigne comme un successeur éventuel de Rifaat Pacha, a stimulé le zèle des partisans de l'Alliance turque. L'accueil fait aux avances serbes est toujours bienveillant; mais on peut augurer que la diplomatie ottomane s'en tiendra, pour le moment aux bonnes paroles dont elle est si volontiers prodigue. Le rétablissement de l'influence allemande à Con-

stantinople est un gage que l'on s'y abstiendra de tout acte qui, dans les circonstances actuelles, pourrait paraître dirigé contre l'Autriche-Hongrie.

Comme on le sait, la Bulgarie, de son côté, cherche à opérer un rapprochement intime avec son ancien suzerain. Elle y est poussée tant par ses besoins économiques que par ses intérêts nationaux et politiques. Cette tendance est encouragée par la diplomatie russe. Si les démarches faites par le Gouvernement de Sofia aboutissaient à une union avec la Turquie pour la défense des intérêts balkaniques contre toute intervention étrangère, rien n'empêcherait la Serbie d'accéder à une semblable alliance. Une combinaison de cette espèce, bien que peu agréable à l'Autriche-Hongrie, n'aurait pas l'apparence d'un système politique dirigé spécialement contre elle.

Il semble donc que, dans l'état présent des choses, une entente intime entre la Serbie et l'Empire Ottoman ne puisse s'établir, que moyennant un accord préalable turco-bulgare.

75[1]).

BRUXELLES, 19. 8. 1909.

(Extrait d'un rapport de Paris du 3 août 1909, No. 1826.)

Le voyage du Czar en France.

Ainsi qu'il avait été annoncé depuis longtemps, M. le Président de la République s'est rencontré avec l'Empereur de Russie à Cherbourg, le 31 juillet dernier.

Quand on se reporte au temps du 1^er^ voyage du Czar à Paris, de la visite de Félix Faure à Pétersbourg, de la venue en France de l'Amiral Avelane, on ne peut que s'étonner du peu de retentissement qu'a eu dans le pays l'entrevue des deux Chefs d'Etat. Les journaux s'en occupent, mais comme de n'importe quel autre évènement et il ne reste vraiment plus rien de l'enthousiasme frénétique qui secoua la France aux beaux jours de l'alliance russe.

Deux grands facteurs ont amené ce revirement de l'opinion

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 61, S. 71.

publique: la guerre avec le Japon, qui a montré qu'il ne fallait pas trop compter sur ses amis russes et les emprunts répétés. M. Caillaux disait cependant tout dernièrement qu'il y avait infiniment moins de fonds russes en France qu'on le supposait généralement.

Le «Temps», dans son numéro du 2 courant, a écrit, à propos des toasts prononcés à Cherbourg qu'ils étaient «une consécration nouvelle de l'alliance à laquelle les deux Gouvernements el les deux nations restent fermement attachés» et il ajoutait: «notre alliance est aujourd'hui aussi étroite qu'elle était hier.»

Cette alliance, on en parle, mais il semble qu'il faille pour en parler que quelque chose en réveille le souvenir et qu'on en se la rappelle que comme une chose agréable, mais sur laquelle on ne compterait plus guère si on venait à en avoir besoin.

Si la presse sérieuse a été assez sobre de commentaires, la presse avancée a, comme d'habitude, publié des articles d'assez mauvais goût.

Les «socialistes unifiés» ont voulu manifester à Cherbourg, mais la municipalité «socialiste indépendante» a pris des mesures pour qu'aucune salle ne soit mise à leur disposition. Ces mesures ont valu des protestations diverses; on n'a pas non plus manqué d'ergoter au sujet de l'absence de M. Briand dans la suite de M. Fallières. Le Président du Conseil a, sans doute, été heureux de ne pas devoir suivre le Président de la République, mais ses opinions personnelles n'y ont été pour rien et on n'a fait que se conformer à un protocole d'après lequel les Ministres des Affaires Etrangères, de la Guerre et de la Marine sont les seuls à accompagner le Chef de l'Etat en pareille circonstance.

76.

BRUXELLES, 21. 8. 1909.

(Extrait d'un rapport de Calcutta du 14 juillet 1909, No. 88.)

Les Indes Anglaises.

L'assassinat de Sir William Curzon Willie, commis récemment à Londres par un étudiant hindou, a provoqué une vive émotion aux Indes.

La presse anglo-indienne s'est fortement élevée contre cet attentat, en déplorant la mort de ce haut fonctionnaire qui avait séjourné longtemps dans ce pays, où il avait laissé les meilleurs souvenirs.

Quant aux journaux hindous, ils ont également protesté contre cette propagande par le fait, prétendant qu'elle faisait plus de mal que de bien à la cause nationaliste. Il est cependant permis de douter que cette manière de voir soit sincère car les éditeurs de ces feuilles savent que s'ils prenaient une autre attitude leurs journaux seraient supprimés et eux envoyés en prison.

A ce propos, un organe indigène «Le Bengali» publiait il y a quelques jours une liste de soixante-douze hindous qui avaient été condamnés en ces dernières années par les autorités anglaises pour écrits ou discours séditieux.

Ces mesures sévères n'arrêtent cependant pas les meneurs révolutionnaires. Le principal d'entre-eux, Arabindo Ghose, à peine sorti de prison, a commencé par donner une série de conférences dans le pays.

Tout en blâmant les violences, les attentats par les bombes, Arabindo Ghose a conseillé à ses fidèles la résistance passive et a prôné, plus que jamais, le «Swadeshi» c'est-à-dire le boycottage des produits anglais qui a commencé, il y a 3 ou 4 ans, et qui paraît atteindre assez sensiblement l'industrie de la Grande-Bretagne.

Par ce mouvement les nationalistes veulent faire prospérer les usines indigènes, au point d'en arriver à se passer complètement des marchandises de la métropole.

Chacune des réunions où Arabindo Ghose a pris la parole a été levée au chant du «Bande Mataram» hymne national du Bengale.

Les journaux anglo-indiens se sont plaints amèrement de ces discours, et l'un d'eux imprimait que, du moins par tact, Arabindo Ghose, qui venait d'être acquitté, aurait dû se taire.

Une des causes de désaffection des Indes est précisément le manque d'égards des Anglais vis-à-vis des Hindous. Il ne se passe pour ainsi dire pas de jour où l'on ne puisse relever des faits de ce genre.

Tous ces incidents, qui sont connus des Hindous, aigrissent ces derniers et sont de nature à précipiter le cours des évènements. Il n'est pas à dire cependant qu'une révolte à main armée soit proche; mais on a l'impression que si l'Angleterre se trouvait un jour aux prises avec une nation européenne les plus graves évènements seraient à craindre aux Indes.

C'est ce que comprennent très bien les anglo-indiens, et c'est le motif pour lequel, tant dans la presse que dans les conversations particulières, on constate une si grande terreur de l'Empire germanique.

77.

BRUXELLES, 27. 8. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 9 août 1909, Nr. 272.)

Les entrevues de Cherbourg et de Cowes.

Les entrevues de Cherbourg et de Cowes n'ont été, dans leur ensemble, que le régulier accomplissement des formalités de courtoisie internationale n'empruntant aux circonstances du moment d'autre signification que celle de visites obligatoires rendues par l'Empereur de Russie au Président de la République et au Roi d'Angleterre.

La réception faite aux souverains russes par le Chef de l'Etat français, si elle n'a pas été entourée du même faste que celles qui ont précédé et suivi de près la conclusion de l'alliance a cependant été empreinte d'une cordialité particulièrement démonstrative.

On a remarqué la note chaleureuse qui dans les toasts respectifs perce à travers la réserve imposée au langage officiel d'une imprécision voulue.

Ce n'est pas, croit-on, sans intention que Sa Majesté Impériale a appuyé sur le vif plaisir qu'elle éprouve toujours à aborder les côtes de la France, sur les chaudes sympathies qu'elle ressent pour ce beau pays, sur les effets bienfaisants de l'amitié qui lie les deux peuples. Ces formules, dont la nuance expansive

n'a pas échappé à l'attention du public, trouvent leur explication dans le désir réciproque de réagir contre la rumeur d'une crise que traverserait l'alliance franco-russe et que la presse allemande surtout se plaisait à propager. A la vérité, on apercevait depuis quelque temps dans les relations des deux associés politiques un sentiment de malaise, de lassitude, qui sans être profond ne menaçait pas moins d'user à la longue et de déraciner l'intimité de l'entente avant qu'elle n'ait porté tous ses fruits.

Depuis, est venue s'ajouter la campagne entreprise par les socialistes français contre le Tsar, la concession qui semble leur avoir été faite par le nouveau Président du Conseil, M. Briand, de s'abstenir de figurer aux fêtes de Cherbourg, afin de s'assurer le concours de l'Extrême Gauche dont il a besoin.

D'autre part, la récente venue impromptue de l'Empereur Guillaume dans les eaux Finlandaises devait donner à penser en France que cette nouvelle rencontre des Souverains, réitérée à court intervalle, n'était pas sans concordance avec l'idée préconisée par les conservateurs, en tête desquels figurent les Grands-Ducs, de changer l'orientation politique de la Russie dans le sens d'un accord étroit entre les trois Empires Européens. Le séjour de la famille Impériale en territoire allemand au cours de son voyage vers Cherbourg était fait pour accentuer cette impression.

Pour ce qui est de l'allocution prononcée à Cowes par le Roi Edouard VII, elle a donné ici matière à critiques.

Dans certains milieux on eût préféré que Sa Majesté Britannique n'insistât pas sur la satisfaction que lui a causée la visite en Angleterre de la Délégation de la Douma. Son éloge de la flotte anglaise a déplu également.

Le régime parlementaire n'est pas encore assez sympathique au Tsar pour qu'il lui fût agréable d'en entendre louer l'institution. L'étalage des forces navales Britanniques était-il bien opportun en présence de la désorganisation de celles de la Russie ? La comparaison ne pouvait que s'imposer.

Les toasts à prononcer par les Souverains avaient, il est vrai, été duement concertés. Aussi impute-t-on à grief à M. Isvolsky l'approbation donnée à l'avance aux passages in-

criminés du discours anglais. On lui attribue le désir de se concilier, de la sorte, les bonnes grâces de la Douma, devant laquelle il aura à défendre sa politique extérieure, à la rentrée prochaine de la Chambre.

78.

BRUXELLES, 30. 8. 1909.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 20 août 1909, No. 283.)

La réouverture des Dardanelles.

Après avoir accompagné S. M. l'Empereur aux entrevues de Cherbourg et de Cowes, M. Isvolsky au lieu de se diriger vers Francfort, comme il en avait d'abord l'intention, s'est rendu à Londres où il est resté plusieurs jours.

D'après l'opinion la plus accréditée, les conversations essentielles des deux Ministres auraient porté sur la question des Dardanelles remise à l'ordre du jour à l'occasion de la prochaine visite du Tzar au Roi d'Italie. Ce n'est que récemment, alors que se préparait à Vienne l'annexion de la Bosnie-Herzégovine que le règlement de la question des Dardanelles a été sérieusement envisagé, à titre de compensation légitime dûe à la Russie.

Au mois d'octobre dernier, au cours de l'entretien de Buchlau, le Baron d'Aehrenthal aurait, parait-il, pris l'initiative d'une proposition dans ce sens assurant à M. Isvolsky que, non seulement il pouvait compter sur le concours du Cabinet de Vienne pour mener à bien une négociation, mais qu'il avait des raisons de croire au résultat satisfaisant d'une démarche à tenter auprès des autres Puissances, étant donné les dispositions bienveillantes de celles-ci. Le Baron d'Aehrenthal était pourtant rien moins que certain des intentions favorables de l'Angleterre.

M. Isvolsky, ébloui par la perspective d'un succès diplomatique qu'il ambitionnait, aurait, en échange du procédé obligeant de son collègue, acquiescé au profit de la monarchie dualiste

à la main-mise sur la Bosnie-Herzégovine. C'est ainsi que le Baron d'Aehrenthal a pu faire affirmer par la presse officieuse que le Ministre russe des Affaires Etrangères n'avait tout d'abord formulé aucune objection contre l'annexion dont il s'agit.

M. Isvolsky s'étant rendu aussitôt après à Paris, n'eut pas de peine à persuader au Gouvernement de la République combien il était équitable de permettre l'ouverture des détroits, sous réserve de la neutralisation, l'Europe ne pouvant pas faire peser plus longtemps sur la Russie une servitude que l'état des relations entre les Puissances n'expliquait plus.

L'adhésion de la France obtenue, le Ministre, plein d'espoir dans la réussite de ses nouvelles démarches, se transporta à Londres. Mais une déception l'y attendait. Sir E. Grey accueillit froidement la suggestion d'un accord à conclure sur le point précité.

Dépité de son échec, M. Isvolsky, en rentrant à St. Pétersbourg, apprit le fait accompli de l'incorporation des territoires bosniaques dans le domaine austro-hongrois; il en garda rancune au Baron d'Aehrenthal ce qui motiva son attitude hostile dans la crise austro-serbe prolongée jusqu'au moment où il se vit forcé d'opérer le brusque revirement politique que l'on sait.

Après l'entrevue de Cowes, M. Isvolsky, se croyant placé sur un meilleur terrain, aurait voulu renouer à Londres les anciens pourparlers. Il n'aurait obtenu de Sir E. Grey qu'une vague assurance de bon vouloir pour l'époque où une solution générale des difficultés inhérentes à la question orientale serait intervenue. L'ajournement d'une négociation ferme s'imposait à cause de l'opposition énergique du Gouvernement ottoman à la réalisation du désir de la Russie. La Porte, toutefois, s'est prêtée de bonne grâce à concéder aux bâtiments de guerre de l'escorte impériale russe à destination de l'Italie le passage du Bosphore et des Dardanelles.

Dans ces circonstances, la Chancellerie de St. Pétersbourg a jugé nécessaire de faire publier par son organe officieux un communiqué contredisant la nouvelle suivant laquelle la question des détroits aurait fait l'objet de pourparlers à Cowes et même aurait été tranchée.

La rédaction ambiguë de ce communiqué laisse subsister la vraisemblance des suppositions émises en ce qui concerne le motif du voyage de M. Isvolsky à Londres. Cette appréciation se trouve confirmée par le langage des journaux français. Le «Temps» notamment a publié un article de fond dont il est facile d'apercevoir l'inspiration.

La presse russe, au moins celle qui d'ordinaire reflète la pensée du Gouvernement, affecte de prendre la chose légèrement.

Pour nous, dit-elle, la question des Dardanelles se pose avec une grande simplicité.

La Méditerranée ne nous intéresse d'aucune façon. Le temps de la politique et des expéditions d'aventure est passé. En cas de conflagration européenne la flotte russe traversera le Bosphore et les Dardanelles au salut des batteries ottomanes, si la Turquie et la Russie défendent la même cause. Elle ne pourra jamais les passer si les destinées historiques veulent que l'Empire ottoman soit éventuellement du côté de ses ennemis.

Dans ces conditions, il convient de ne pas attacher une importance exagérée à la liberté juridique des détroits. Elle n'est en somme qu'une affaire d'amour-propre pour la Russie qui consent à patienter parce qu'aujourd'hui elle ne se soucie pas de soulever des difficultés internationales. Il lui suffit de savoir qu'au moment voulu les Puissances alliées ou amies lui prêteront un vigoureux concours pour faire annuler une clause caduque d'un traité à peu près disparu.

79.

BRUXELLES, 3. 11. 1909.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 26 octobre 1909, No. 1601.)

L'Entrevue de Racconigi et la Triple Alliance.

Les journaux des pays de la triple entente se montrent très satisfaits du résultat de l'entrevue de Racconigi; ils ont toute raison de l'être; d'autre part la presse officielle allemande ne

manifeste aucune mauvaise humeur; elle dit que la visite du Tsar était dûe depuis longtemps, puisque le Roi d'Italie, dès son avènement, s'était empressé d'aller à St. Pétersbourg. Elle développe le thème habituel en pareille circonstance, faisant ressortir que la triple alliance, constituée uniquement dans un but défensif pour la conservation de la paix, ne peut pas s'offusquer des bonnes relations existant entre ses membres et d'autres puissances. Elle doit au contraire s'en féliciter comme de tout ce qui écarte le danger d'un conflit européen.

Il est impossible pourtant qu'on se méprenne ici sur le caractère vrai de la récente entrevue: ni du côté russe, ni du côté italien on ne prend la peine de dissimuler que la rencontre des deux Souverains et de leurs Ministres des Affaires Etrangères est plus qu'une simple démonstration de courtoisie; depuis des années le voyage du Tsar en Italie avait été différé pour des raisons autres que des circonstances fortuites par lesquelles on en avait expliqué le retard; ce sont l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine et le mécontentement causé à St. Pétersbourg et à Rome par la solution du conflit austro-serbe qui ont amené un rapprochement entre St. Pétersbourg et Rome et créé les intérêts communs dont les deux Souverains ont parlé dans leurs toasts officiels. **L'énorme détour dont le Tsar s'est imposé la fatigue pour se rendre de Livadia à Racconigi montre assez clairement qu'il s'agissait d'une démonstration anti-autrichienne** et l'entrevue de M. Isvolski avec un journaliste français de même que le ton des journaux italiens font voir que l'entente s'est établie dans le but de s'opposer à de nouveaux empiètements de l'Autriche-Hongrie dans la péninsule des Balkans où la Russie, battue en Extrême-Orient, veut exercer de nouveau son rôle de protectrice des petits états chrétiens et sur laquelle l'Italie a des convoitises qu'elle n'a pas toujours pris la peine de cacher. La question macédonienne n'a pas été résolue, elle n'a été que suspendue par la révolution turque; le jour probablement prochain où elle redeviendra actuelle, il est infiniment probable que l'Autriche-Hongrie cherchera à se procurer un débouché sur la mer Egée en poussant jusqu'à Salonique, quoi qu'elle vienne de renoncer solen-

nellement à son droit d'occupation dans le Sandjak de Novi-Bazar.

Déjà, à Algésiras, il a été évident que l'Italie penchait plus du côté de la triple entente que de l'alliance dont elle fait partie; dans le conflit austro-serbe elle a été hésitante et n'a fini par se ranger du côté de l'Autriche-Hongrie et de l'Allemagne que quand l'échec de la coalition formée par le Roi d'Angleterre n'était plus douteux. — Déjà des journaux italiens disent qu'à l'échéance des traités en vigueur l'Italie devra renouveler la triple alliance mais à d'autres conditions.

L'entrevue de Racconigi, qui met fin à la tension des rapports entre la Russie et l'Italie, est donc un succès pour la politique du Roi d'Angleterre et des puissances qu'il traine à sa suite, et, sans qu'il y ait lieu de s'en alarmer outre mesure, n'a pas pu causer une impression agréable à Berlin.

80.

BRUXELLES, 4. 11. 1909.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 15 octobre 1909, No. 247.)

L'entrevue de Livadia. Russie et Turquie.

On a appris, au retour de la mission ottomane qui avait été saluer l'Empereur de Russie à Livadia que la visite du Tsar à Constantinople n'aurait pas lieu.

On cherche ici, dans la presse aussi bien que dans certains cercles politiques, à expliquer cette décision de diverses manières. Il en est qui prétendent que l'Empereur Nicolas a renoncé à venir sur les rives du Bosphore parce que la Sublime Porte, craignant d'établir un précédent dangereux, aurait fait objection à ce que le Yacht impérial entrât dans les détroits escorté de plusieurs vaisseaux de guerre russes. D'autres veulent y voir une conséquence de l'action de la politique anglaise.

Ces explications sont erronées. Le Tsar a dû céder devant la pression de l'élément religieux fanatisé par le clergé et qui s'est indigné à l'idée que le Chef de l'Orthodoxie russe, rom-

pant avec une tradition plusieurs fois séculaire, entrât dans la vieille capitale byzantine autrement qu'en maître.

Les informations que le Gouvernement ottoman avait reçues de Pétersbourg l'avaient mis au courant de ce fait avant que ses Envoyés partissent pour la Crimée. C'est pourquoi ceux-ci, durant leur séjour à Livadia, se sont complètement abstenus de faire allusion au projet de visite impériale qu'ils savaient irrémédiablement compromis.

Il est naturel que le Cabinet de Constantinople éprouve une certaine déception. La visite de l'Autocrate du Nord aurait évidemment rehaussé le prestige du jeune Gouvernement Constitutionnel. Toutefois, vu les raisons d'ordre intérieur qui ont motivé la décision, on ne peut pas y voir le signe d'un refroidissement entre les deux pays.

M. Tcharykow s'appliquera avec le même zèle que par le passé à convaincre le Gouvernement Ottoman de la cordialité des dispositions de la Russie et du sincère désir qu'elle éprouve de contribuer au développement de la Turquie. Toutefois il n'y a pas de doute que ces protestations d'amitié laissent sceptiques ici bien des hommes politiques.

Ils savent qu'elles sont dictées par le désir de détacher la Turquie de l'Allemagne.

Ils n'oublient pas non plus les leçons du passé et comment les difficultés les plus sérieuses ont été suscitées plus d'une fois au lendemain des démonstrations les plus amicales. Enfin il est évident pour tous que le développement de la nation ottomane aussi bien dans l'ordre économique que politique serait contraire aux intérêts de l'ambition moscovite.

La question des détroits n'a pas même été touchée à Livadia, contrairement à ce que la presse avait annoncé d'avance. Le Grand Vizir le prévoyait car il a dit à un ambassadeur étranger lors du départ de la mission, que M. Iswolsky aurait trop de tact pour profiter de cette visite de courtoisie pour aborder avec l'Envoyé du Sultan une question sur laquelle la Sublime Porte ne peut faire aucune concession.

Par contre, Rifaat Pacha a fait au Ministre du Tsar des ouvertures en vue d'arriver à un arrangement en vertu duquel

la Russie renoncerait, au moins partiellement, et dans certaines conditions, au droit de préférence qu'elle a obtenu, il y a quelques années, pour la construction des Chemins de fer dans le Nord de l'Asie Mineure.

Mais ces propositions n'ont pas reçu un accueil favorable, et M. Iswolsky laissa entendre que le Gouvernement russe n'avait nulle intention de renoncer à son privilège. Rifaat Pacha a répliqué que, l'usage du droit de préférence n'appartenant aux Russes que dans le cas où l'initiative ottomane n'entreprendrait pas la construction des Chemins de fer en question, la Turquie finirait par exécuter ce travail elle-même.

81.

BRUXELLES, 18. 2. 1910.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 11 février 1910, No. 41.)

Rapprochement austro-russe.

Il est beaucoup question depuis quelques jours dans la presse européenne d'un rapprochement politique entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. Ces bruits ne sont pas sans fondement, mais la question n'est pas aussi avancée que certains journaux le prétendent. Une amélioration sérieuse des relations entre ces deux grands Empires répondrait d'ailleurs à un vœu presque général; à Berlin, on la verrait avec plaisir, à Vienne on y est fort enclin; mais c'est surtout à Londres qu'on la désire le plus vivement parce que le Gouvernement anglais voudrait constituer un groupement sérieux et général des Puissances, en vue de l'attitude à prendre dans la question d'Orient.

Ce rapprochement est dans l'ordre des choses et selon toute probabilité, il aura lieu dans un temps peu éloigné. Ce qui le retarde et le rend malaisé, c'est le froissement qui existe entre les deux Ministres des Affaires Etrangères depuis le règlement de la question de la Bosnie-Herzégovine. Le rôle du Comte d'Aehrenthal est plus facile. Etant resté vainqueur de la lutte, il peut faire certaines avances tandis que M. Isvolsky se tient tout naturellement sur une plus grande réserve et doit

en outre user de quelques ménagements vis-à-vis de la Serbie et du Montenégro. Il est même possible qu'une solution ne pourrait être atteinte qu'à la suite d'un changement éventuel dans la direction du Ministère russe des Affaires Etrangères et la nomination d'un autre ambassadeur austro-hongrois à St. Pétersbourg.

82.

BRUXELLES, 19. 2. 1910.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 10 février 1910, No. 44.)

Relations austro-russes.

Des pourparlers sont engagés entre Vienne et St.-Pétersbourg en vue d'un rétablissement sur un pied normal des relations diplomatiques des deux Puissances, relations restées très tendues depuis les incidents qui ont précédé et suivi l'annexion de la Bosnie-Herzégovine par l'Autriche.

La brouille était complète entre M. Isvolsky et le Comte d'Aehrenthal et de ce fait, les rapports des deux Gouvernements devenus à peu près nuls.

Une telle situation ne pourrait se perpétuer sans risque de compromettre de graves intérêts politiques européens.

Il appartenait au vainqueur dans la lutte engagée par le Gouvernement russe pour la défense des droits du slavisme et des revendications serbes, dont il s'était constitué le champion, de faire les premiers pas dans la voie d'un rapprochement.

C'est donc le Comte d'Aehrenthal qui a pris l'initiative des pourparlers en proposant d'abord de faire rectifier certaines allégations désobligeantes publiées par des journaux anglais et autrichiens à l'adresse du Ministre du Tzar, à l'époque où la crise balkanique battait son plein.

M. Isvolsky a répondu qu'en l'occurence les questions individuelles lui paraissaient accessoires; mais il est disposé à examiner les bases d'un accord qui aurait pour but de faire revivre les relations suivies et cordiales des deux Gouvernements impériaux dont la longue amitié a subi un temps d'arrêt.

Le retour désirable à la bonne harmonie exclut cependant quant à présent tout acte de forme concrète.

L'entente austro-russe dans la question balkanique a cessé d'exister, rompue par les événements qui ont désagrégé le compromis de Mürzsteg. Il n'y a plus lieu d'y revenir.

Le programme à tracer aujourd'hui n'envisagera que les conjectures où serait démontrée l'utilité de coopérer de concert au maintien du statu quo c'est à dire de la paix dans l'Orient européen.

Le Cabinet de Berlin, sans participer directement à l'échange de vues en cours, semble cependant en favoriser la solution.

On peut trouver l'indice de cet esprit conciliateur dans le discours prononcé par le Comte de Pourtalès au récent banquet de la colonie allemande, où l'Ambassadeur de l'Empereur Guillaume s'est ingénié à cicatriser la blessure dont saigne encore l'amour propre national de la Russie, en représentant sous un jour flatteur le rôle joué par cette Puissance pendant la période périlleuse du conflit provoqué par les visées de la Serbie sur une partie du territoire bosniaque.

83.

BRUXELLES, 3. 3. 1910.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 21 février 1910, No. 52.)

Relations austro-russes.

La presse viennoise continue à s'occuper beaucoup d'un rapprochement entre l'Autriche-Hongrie et la Russie. S'il faillait prêter foi à toutes les nouvelles publiées à ce sujet, des pourparlers très actifs et presque quotidiens auraient lieu entre l'Ambassadeur de l'Empereur et le Ministre des Affaires Etrangères du Czar. On a même été jusqu'à annoncer comme très probable le prochain voyage de l'Archiduc François-Ferdinand à St. Pétersbourg. Tout cela est tout au moins exagéré et prématuré.

Après avoir pris au début l'initiative de faibles avances, le Ministre austro-hongrois des Affaires Etrangères observe mainte-

nant une attitude expectative et c'est sur les bords de la Néva que se règle l'allure donnée à ce mouvement. Pendant la récente crise de la question crétoise on y paraissait assez pressé. Mais depuis que le calme est revenu, il semble que ces dispositions se soient quelque peu ralenties. C'est d'ailleurs bien à Londres qu'on est le plus désireux d'arriver sous ce rapport à un résultat et on assure que M. Iswolsky n'agit en cette occurrence que sur les instigations plus ou moins pressantes de Sir A. Nicolson, l'Ambassadeur du Roi Edouard.

Parlant tout récemment à un diplomate, M. le Comte d'Aehrenthal a résumé la situation présente par ces mots: «Il y a une légère détente et une simple conversation est engagée à ce sujet.»

84.

BRUXELLES, 4. 3. 1910.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 22 février 1910, No. 308.)

L'Allemagne et le rapprochement austro-russe.

Le Comte d'Aehrenthal arrivera aujourd'hui à Berlin où il vient rendre la visite que lui a faite à Vienne le chancelier de l'Empire pendant le courant de l'automne dernier. La »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« lui souhaite la bienvenue par un article très chaleureux et hautement officieux.

On peut y remarquer le soin qui a été pris d'affirmer la complète approbation de la politique du Comte d'Aehrenthal dans l'affaire de la Bosnie et de l'Herzégovine et de mettre en lumière le rôle qu'a joué l'alliance des deux Empires dans la solution de cette question ainsi que la confiance illimitée qui préside aux relations des deux Gouvernements.

Cette démonstration est particulièrement importante au moment où des pourparlers sont en cours pour rendre normaux les rapports entre Vienne et St. Pétersbourg restés très tendus depuis la défaite diplomatique essuyée au printemps dernier par la Russie et encore compliqués par l'inimitié personnelle qui règne entre M. Isvolsky et le Ministre des Affaires Etrangères austro-hongrois. L'Allemagne s'est-elle entremise dans ces

pourparlers? Une intervention directe de sa part parait peu vraisemblable; mais un rapprochement ne peut que plaire à Berlin et c'est y aider indirectement que de proclamer que l'union des Empires du centre est aussi solide que jamais.

Au moment où le conflit austro-serbe menaçait d'amener une conflagration générale, l'attitude de l'Allemagne a imposé la paix. Son intérêt le lui commandait mais il est permis de soupçonner que ce n'est pas sans mauvaise humeur qu'elle a été obligée de se ranger aussi énergiquement du côté de l'Autriche-Hongrie dans une affaire dont cette puissance n'a retiré que de très médiocres avantages et qu'il ne dépendait que d'elle de ne pas soulever. L'article officieux de la »Norddeutsche Allmeine Zeitung« démontre que l'on ferait fausse route en spéculant sur l'hypothèse d'un refroidissement entre les deux Empires du centre. Toute tentative d'influencer les Gouvernements des Balkans dans le sens d'une modification du statu quo se heurterait à la même coalition qui a fait échouer celle de l'année dernière. Si la Russie n'a pas d'autre politique possible que l'inaction, elle n'a aucun intérêt véritable à persévérer dans sa froideur contre l'Autriche-Hongrie.

85.

BRUXELLES, 16. 3. 1910.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 22 février 1910, No. 29.)

Serbie et Russie.

L'attention en Serbie est tournée peut-être plus qu'ailleurs, vers la conversation qui s'est ouverte récemment entre Vienne et St. Pétersbourg. Cet événement a causé un certain malaise dans une partie de l'opinion publique. La presse qui a traduit ce sentiment a fait ressortir qu'un rapprochement austro-russe ne pouvait qu'être un danger pour le Serbisme. Depuis Catherine II jusqu'à nos jours, et particulièrement dans ces quarante dernières années, tous les accords politiques conclus entre les deux empires, l'ont été au détriment de la Serbie.

Les cercles dirigeants de la capitale ne partagent pas ces

appréhensions. Dès le principe, le cabinet de Belgrade a reçu de la chancellerie russe, l'assurance positive qu'une entente éventuelle n'entraînerait aucun préjudice aux intérêts du Royaume. Pour le moment on n'en est qu'aux préliminaires et l'on n'a en vue, comme résultat immédiat, que d'établir un état de choses qui fasse cesser la tension des relations austro-russes, si nuisible à la situation internationale de l'Europe.

Les hésitations auxquelles s'est abandonnée la diplomatie autrichienne, après son succès apparent qui a mis fin à la crise orientale de l'année dernière et le procès de haute trahison intenté aux membres de la coalition serbo-croate, à Agram, ainsi que le récent procès Friedjung à Vienne, ont détruit ici la crainte révérencielle qu'inspire naturellement les imposantes forces militaires d'un grand empire.

Le prestige de la Russie tout au contraire, est sorti intact de l'imbroglio oriental. L'acte d'abdication par lequel à l'apogée de la crise, le Gouvernement du Tzar reconnut son impuissance, n'ébranla pas le crédit dont il jouit en Serbie; et l'on peut dire que jamais ce crédit ne fut plus solidement établi qu'à l'heure actuelle.

M. de Hartwig, le nouveau Ministre de Russie qui a succédé à M. Sergueieff, a été pendant de longues années à St. Pétersbourg, le Chef de la Section Asiatique du Ministère des Affaires Etrangères, à laquelle ressortissent les pays balkaniques. L'expérience qu'il a acquise dans ces fonctions lui donne une grande autorité pour traiter les questions politiques se rattachant à ces pays. Aussi, il est devenu le conseiller attitré du Gouvernement Serbe, qui ne fait pas une démarche et n'arrête pas une résolution de quelque importance, sans recueillir l'avis du représentant du Tzar à Belgrade.

La Serbie retirera-t-elle de la haute protection qui s'étend sur elle, tout le profit qu'elle en attend; ou bien, ses espérances seront-elles trompées dans l'avenir comme elles le furent dans le passé! Les événements se chargeront de donner une réponse à cette question.

86.

BRUXELLES, 17. 3. 1910.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 8 mars 1910, Nr. 59.)

Le rapprochement austro-russe.

Les soupçons du Cabinet de Bucarest au sujet du peu d'enthousiasme avec lequel les tentatives de rapprochement faites par l'Autriche furent accueillies à St. Pétersbourg, tendent à se confirmer. D'après des renseignements venus de Vienne, M. Isvolsky n'aurait pas accepté tous les points du programme tracé par le Comte d'Aehrenthal touchant la politique à suivre dans les affaires balkaniques et se serait même refusé à préciser et à confirmer par écrit l'accord verbal qui s'était fait sur quelques uns de ces points.

En outre, le Ministre des Affaires Etrangères a appris par les rapports de ses consuls en Bukovine et en Pologne, que tout récemment des ordres sévères ont été expédiés de Vienne aux autorités locales en vue de s'opposer à l'infiltration, dans ces provinces, de sujets russes qui s'y livrent à la propagande panslaviste et à l'espionnage. On se montre assez préoccupé ici au sujet des visites successives des Rois Ferdinand et Pierre à la Cour de Russie, parce qu'elles paraissent avoir surtout pour but de soustraire la Serbie et la Bulgarie à l'influence austro-allemande et font craindre un rapprochement entre les pays balkaniques.

Le Gouvernement roumain a reconnu la nécessité d'améliorer ses rapports avec St. Pétersbourg et il songe, paraît-il, à envoyer à son tour le Prince héritier à la Cour de Russie.

87.

BRUXELLES, 23. 3. 1910.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 12 mars 1910, Nr. 82.)

Relations austro-russes.

Les pourparlers engagés entre Vienne et St. Pétersbourg en vue d'une amélioration des relations des deux Puissances traînent

en longueur et semblent même, sinon rompues, du moins subir un temps d'arrêt équivalent à un échec.

Malgré l'extrême réserve observée ici dans les milieux officiels, il est permis d'attribuer ce résultat négatif à la résistance du Cabinet austro-hongrois auquel était demandé pour la déclaration concernant le maintien du «statu quo» dans la région des Balkans, de sérieuses garanties contre de nouvelles velléités d'expansion germanique vers l'Orient européen.

Le Gouvernement de la Monarchie dualiste consentirait tout au plus à ne pas contrarier le libre développement des Etats Balkaniques, formule vague et équivoque n'offrant pas d'assurance suffisante quant à son renoncement complet à la poussée dans la direction de l'Est.

Ce défaut de précision rend difficile la solution du problème, car le Gouvernement Russe n'entend plus conclure un accord aussi ambigu que celui de Mürzsteg. On dit à Vienne que les négociations souffrent avant tout d'une accentuation trop prononcée de la note personnelle, en d'autres termes que la rancune de M. Isvolsky contre le Comte d'Aehrenthal n'est pas encore assez apaisée pour que puissent aboutir les tentatives de rapprochement des deux Gouvernements.

Peut-être y a-t-il dans cette supposition un fond de vérité, mais si le ressentiment du Ministre du Tzar reste assez intense pour lui inspirer une grande défiance à l'égard de son Collègue Austro-Hongrois, il ne fait que refléter le sentiment presque général en Russie où prévaut l'influence d'un parti qui s'oppose à une entente avec l'Autriche et se montre plutôt favorable au renforcement de l'alliance avec la France, de l'amitié avec l'Angleterre et de la cordialité des rapports avec l'Italie.

Si donc le but que poursuit le Comte d'Aehrenthal est de séparer les intérêts russes de ceux de ces trois Puissances sur le terrain oriental, il s'en faut de beaucoup qu'il arrive à le réaliser.

Aussi se trompe-t-on à Vienne lorsqu'on s'imagine que la présence de M. Isvolsky au pouvoir est le seul obstacle au rétablissement des relations normales entre les deux Empires. Un changement de personne à St. Pétersbourg dans la direction

de la politique extérieure ne serait pas de nature à remédier à la situation. Tout autre titulaire du Département des Affaires Etrangères se mettrait autant sinon davantage en garde contre le retour des coups de surprise de la diplomatie autrichienne. Plus exact serait un renversement de la proposition, en ce sens que la disparition du Comte d'Aehrenthal offrirait plus de chances de succès à la détente que l'on cherche à obtenir. Elle aurait, en même temps pour effet de faire regagner à l'Allemagne, en influence et en sympathie auprès de l'opinion russe, le terrain perdu par cette Puissance à la suite de l'appui que sa fidélité au pacte d'alliance l'a contrainte à donner à l'Autriche-Hongrie lors de la crise résultant de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine.

88.

BRUXELLES, 26. 3. 1910.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 11 mars 1910, No. 59.)

Le voyage de M. Milovanovitch à Constantinople.

Un communiqué officieux a été adressé à l'agence télégraphique ottomane au sujet de la visite à Constantinople de M. Milovanovitch; il a été rédigé à la Sublime Porte d'accord avec le Ministre serbe.

Ce document constate que la politique suivie par les deux pays repose sur le maintien du statu quo dans la presqu'île des Balkans et vise au développement de leurs relations économiques. Il annonce aussi la négociation prochaine d'un nouveau traité de commerce.

La Mission de M. Milovanovitch était donc, avant tout, d'ordre économique, ce qui s'explique d'ailleurs facilement, car la Serbie après ses revers politiques à propos de la Bosnie et de l'Herzégovine doit chercher des compensations sur un autre terrain en concluant des traités de commerce avantageux avec ses voisins de la Péninsule et en s'assurant des débouchés faciles du côté de Salonique et de l'Adriatique.

Le Cabinet de Belgrade a voulu faire les premières avances pour se concilier les bonnes dispositions de la Porte sur ces

questions en la persuadant de ses intentions amicales et du désir sincère qu'elle a d'asseoir ses relations futures avec l'Empire sur un pied de mutuelle confiance.

La Turquie de son côté, anxieusement désireuse de maintenir la paix sur ses frontières afin de ne pas compromettre l'œuvre à peine ébauchée et encore très fragile de sa réorganisation intérieure devait accueillir avec une satisfaction non déguisée les déclarations de l'homme d'Etat serbe qui tendaient au développement pacifique et amical des rapports entre les deux pays. La réception particulièrement courtoise qui lui a été faite tant au Palais que dans les cercles dirigeants de la politique ottomane est, sous ce rapport, assez significative.

La Mission de M. Milovanovitch peut donner des résultats dans un délai relativement rapproché, en ce qui concerne le traité de commerce et les facilités de transit vers Salonique, mais il en est autrement du chemin de fer Danube-Adriatique. La Turquie a, en effet, des objections d'ordre politique aussi bien qu'économique à l'éxécution de cette ligne.

D'abord elle doit craindre le ressentiment que toute concession de ce genre ne manquera pas de provoquer en Autriche-Hongrie, l'alliée de l'Allemagne, dont l'influence est toujours grande ici dans les hautes sphères militaires.

D'autre part, le tracé à partir de la frontière turco-serbe jusqu'à l'Adriatique près de la frontière du Monténégro, à travers le Sandjak de Novi Bazar soulève les protestations des Albanais. Ils prévoient que la ligne ne profitera qu'à la Serbie et au Monténégro en ruinant le commerce de l'Albanie.

A ces difficultés politiques et économiques viennent d'ailleurs s'en ajouter d'autres, d'ordre technique.

Restait pour l'homme d'Etat serbe le projet d'une alliance balkanique à traiter ou plutôt à effleurer.

Quel que soit l'avantage que certains Etats Balkaniques puissent retirer d'une pareille combinaison, on n'en voit pas bien l'utilité au point de vue ottoman, à moins qu'elle ne soit destinée dans l'esprit de ses promoteurs à protéger la Turquie contre une nouvelle poussée de l'Autriche-Hongrie dans la direction de Salonique.

Or, il est peu probable que la Sublime Porte consentirait à entrer dans une alliance ayant ce caractère, de nature à déplaire à certaines des Grandes Puissances dont la Turquie recherche avidement l'appui et la bienveillance.

D'ailleurs les rapports entre l'Empire ottoman et les petits Etats Balkaniques ont été pendant longtemps d'une nature trop peu cordiale et intime pour qu'il soit déjà opportun de conclure une alliance étroite avec eux.

Quoi qu'il en soit, ce projet de confédération balkanique est, sinon ouvertement encouragé du moins favorablement envisagé par la diplomatie russe.

Au dîner offert par l'Ambassadeur de Russie à M. Milovanovitch, les seuls diplomates présents représentaient des pays balkaniques, sauf l'Ambassadeur d'Italie.

On a vu dans cette exception faite pour le Marquis Imperiali, une manifestation aussi bien qu'un des effets de l'entrevue de Raconiggi (sic!).

J'ajouterai que le leader de la politique serbe a été frappé des progrès de l'armée turque qu'il considère maintenant comme le facteur important de la politique orientale.

89.

BRUXELLES, 2. 4. 1910.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 24 mars 1910, Nr. 49.)

Rapprochement austro-russe. Politique serbe.

Les communiqués publiés par les Gouvernements autrichien et russe au sujet des négociations destinées à opérer un rapprochement entre les deux Empires, confirment les assurances données par le Cabinet de Pétersbourg à celui de Belgrade. Ils font ressortir que la chancellerie russe en visant à rétablir une situation normale, s'est efforcée de faire adopter par le Comte d'Aehrenthal une formule concrète consacrant formellement le statu quo politique dans les Balkans. Avec subtilité, la diplomatie autrichienne, tout en protestant de son attachement au principe du statu quo et de l'indépendance des Etats balkaniques,

a su écarter tout engagement positif entre les deux pays, ainsi que l'éventualité d'établir un concert entre les grandes Puissances sur cette question. Mais, en publiant les documents relatifs à l'échange de vues qui vient d'avoir lieu entre Pétersbourg et Vienne, M. Isvolsky a démasqué cette attitude bien propre à faire suspecter la sincérité des intentions dont elle se réclame.

Il est manifeste que l'Autriche-Hongrie regrette les arrangements antérieurs qui divisaient en sphères d'influence, entre elle et la Russie, la péninsule des Balkans, en réservant la partie occidentale de ces pays à son activité diplomatique. L'espoir d'un retour à ce partage l'a incitée à se refuser à la signature d'un protocole de désintéressement absolu.

La Russie, au contraire, a tout lieu d'être satisfaite de l'état de choses actuel, dont il est naturel qu'elle cherche le maintien. Son autorité morale s'exerce d'une façon incontestée sur tous les Etats slaves des Balkans. Elle a réussi, en même temps, à rétablir l'harmonie parmi eux, et sa politique tend maintenant, avec succès, à les grouper autour de la Turquie rajeunie.

En ce qui concerne la Serbie, elle est tout a fait acquise à l'idée d'une entente cordiale avec l'Empire ottoman.

Son intérêt bien entendu et les Conseils qu'elle reçoit du côté russe l'y entraînent avec une égale force. La Puissance militaire de la Turquie qui se consolide chaque jour davantage fait évanouir, peu à peu, les ambitions serbes d'agrandissement vers le Sud; et elle incline, de plus en plus, les esprits, ici, à chercher auprès d'elle un point d'appui contre la poussée autrichienne.

L'effervescence de l'année dernière a donc fait place à une conduite prudente et raisonnée, à tel point qu'il est permis d'affirmer qu'en ce moment la politique serbe est un sérieux élément de stabilité dans les Balkans.

90.

BRUXELLES, 3. 6. 1910.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 25 mai 1910, No. 826.)

Entretiens de l'Empereur Guillaume avec M. Pichon.

Pendant ces derniers jours on a fait beaucoup de bruit dans la presse au sujet des entretiens qu'a eus l'Empereur à Londres et dans lesquels, d'après les prétendues révélations d'un journal de Paris plus connu par sa recherche de la sensation que par sa véracité, Sa Majesté aurait lancé l'idée d'une ligue des Etats européens pour la conservation de la paix.

L'invraisemblance d'une pareille information sautait aux yeux.

Déjà le «Temps» de Paris, organe officieux du Quai d'Orsay, avait écrit à ce sujet que ce n'est trahir aucun secret que de dire que Sa Majesté et M. Pichon ont exprimé leur confiance dans un avenir de paix et d'entente basé sur des transactions honorables lorsqu'elles sont possibles. Le Temps dit que la France et l'Allemagne ont depuis quelques mois réalisé cette entente sur un certain nombre de points sans rien sacrifier de leur dignité ou de leurs intérêts.

L'article du Temps était quelque peu énigmatique. On en pouvait déduire qu'il y avait des secrets que le journal français connaissait et qu'il lui était interdit de révéler.

Un télégramme officieux de Berlin inséré dans le numéro 568 de la Gazette de Cologne du 25 mai 1910 met les choses au point beaucoup plus nettement que ne l'a fait le journal français. Il y est dit qu'il n'existe aucun arrangement secret entre l'Allemagne et la France. Il n'y a pas eu dans ces derniers temps d'autres négociations que celles qui concernaient la loi des mines au Maroc et l'emprunt marocain. L'affaire de l'emprunt est réglée et on peut espérer que l'on arrivera aussi à une transaction pour la loi des mines. Les négociations se sont heurtées à des difficultés; mais un rapprochement s'est opéré dans ces derniers temps.

Il y a eu aussi récemment à Paris des négociations entre des groupes d'intérêts privés français et allemands dans le but

d'assurer une unité d'action dans la région frontière du Kamerun. On ne pourrait accueillir leur succès qu'avec la plus grande satisfaction; mais, dit en concluant le télégramme officieux, ce serait une grande exagération que d'y voir un arrangement d'une haute importance politique. Il suffit de dire que les relations de l'Allemagne et de la France sont absolument satisfaisantes, même sans entente secrète. Ce fait est plus important que tous les commentaires plus ou moins exacts auxquels on peut se livrer.

91.

BRUXELLES, 31. 8. 1910.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 22 juillet 1910, No. 216.)

France et Turquie.

La nomination de M. Revoil, jusqu'à présent Ambassadeur de France à Madrid, aux fonctions plus modestes de Directeur Général de la Banque Impériale ottomane à Constantinople, ne manque pas de créer une certaine sensation dans les milieux politiques de la capitale.

Les succès remportés par M. Revoil dans l'Affaire du Maroc, tant à Algésiras qu'à Madrid l'avaient placé au premier rang de la diplomatie française. Aussi l'année dernière lorsque M. Constans demanda à être relevé de ses fonctions, sa succession fut-elle offerte à M. Revoil qui déclina cet honneur afin de contribuer à la nomination de son ami intime M. Maurice Bompard, l'Ambassadeur actuel.

Si le nouveau Directeur Général de la Banque ottomane arrive en Turquie précédé de la réputation d'un diplomate très souple et d'un négociateur d'une rare habileté, ses capacités financières sont inconnues jusqu'ici. Cette nomination, suivant de près celle de deux autres diplomates distingués — tous deux Ministres Plénipotentiaires — l'un aux importantes fonctions de représentant des «bondholders» français à la Dette Publique Ottomane, et l'autre en qualité de Conseiller technique au Ministère

des Finances, rentre entièrement dans le cadre de la politique suivie actuellement par la France en Turquie.

Entourer le Gouvernement d'une sollicitude flatteuse et bienveillante, mettre à sa disposition sous des prétextes variés des hommes d'une valeur incontestée, et exercer ainsi une influence discrète mais dominante sur le développement économique du pays, telles semblent être les visées du Quai d'Orsay.

S'il entre véritablement dans cette politique une part de sentimentalité, basée sur des traditions d'amitié plus que séculaire, le côté pratique n'en est pas, toutefois, rélégué au second plan. Voyant l'influence germanique solidement établie dans les cercles militaires ottomans, la France, avec une grande habileté, a depuis deux ans su prendre une position d'exception sur le terrain économique et financier. Malgré les tentatives du Gouvernement Jeune Turc de créer des rivalités à la finance française, celle-ci lui a prouvé sans peine que le marché de Paris était le seul de taille à fournir les ressources dont le Trésor ottoman éprouve les besoins si pressants et que la Banque Impériale ottomane devait en rester le médiateur unique et privilégié.

La désignation d'un ancien Ambassadeur aux fonctions de Directeur Général de cette institution, tout en rehaussant son éclat, indique clairement le rôle prépondérant qu'elle continuera à jouer dans la politique financière de l'Empire ottoman.

92.

BRUXELLES, 31. 8. 1910.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 30 juillet 1910, No. 224.)

La Turquie et la Triplice.

La question d'un rapprochement de la Turquie vers la Triplice continue à passionner la presse ottomane. Cette nouvelle, lancée dans un but tendancieux sans doute par un journal allemand, commentée ensuite par les grands quotidiens d'Europe, a trouvé un écho facile dans les journaux de la capitale.

Cependant les probabilités d'une pareille orientation politique de la Turquie reposent sur des bases bien éphémères.

Le voyage du Grand Vizir à Marienbad, son entrevue éventuelle avec le Comte d'Aehrenthal joints à l'attitude d'une neutralité bienveillante de la part des deux Puissances Germaniques dans la question de Crête, ont seuls pu donner naissance à cette rumeur. Il est vrai, que depuis plusieurs semaines déjà, la presse de l'opposition s'émeut d'un isolement dont elle rend responsable les Puissances protectrices à cause de leur manque d'empressement à donner à la question crétoise une solution définitive conforme aux aspirations ottomanes; la presse engage aussi vivement le Cabinet à se rapprocher d'un des deux grands groupements divisant actuellement l'Europe politique.

Si l'idée d'une alliance de la Turquie avec la Triplice a fait une fortune rapide dans les milieux intéressés, — tant ici qu'à l'étranger — il faut en laisser le mérite à ceux qui ont su exploiter à leur profit l'insouciance du Gouvernement à démentir catégoriquement un projet semblable. En effet aucune négociation de cette nature n'a été entamée par le Cabinet Hakki et aucune proposition ne lui a été faite. D'ailleurs l'on aurait peine à comprendre quels seraient, à l'heure actuelle, les avantages que la Turquie pourrait retirer d'une alliance de ce genre. S'aliéner les sympathies des Puissances, qui seules sont aptes à lui offrir leur concours sur le terrain économique et financier, pour obtenir d'autre part un appui militaire dans le cas d'une guerre peu probable, constituerait pour la Turquie une faute politique d'une portée incalculable. Aussi le Gouvernement ne songe-t-il pas à lancer le pays dans une aventure de ce genre; sa ligne de conduite reste la même: ne rien promettre pour ne rien compromettre.

93.

BRUXELLES, 22. 9. 1910.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg en date du 30 août 1910, No. 249.)

Lorsque le Prince Nicolas de Monténégro a porté à la connaissance du Gouvernement du Tsar son intention de ceindre la Couronne Royale à l'occasion du cinquantième anniversaire de son règne, ce projet n'a soulevé aucune objection à Saint Pétersbourg, bien qu'on y jugeât excessif cet accès de mégalomanie chez un prince dont l'état souverain comprend 250 000 habitants et dont les ressources financières sont tirées, pour une bonne part, des subsides que lui alloue le Trésor Impérial.

La Russie ne pouvait refuser de donner ce nouveau gage de sa sollicitude au petit pays essentiellement slave qui gravite dans son orbite et dont, par son initiative énergique, elle a fait reconnaître en 1878 l'indépendance jusqu'alors contestée par l'Empire ottoman.

L'intervention de sa puissante protectrice a valu, en même temps, au Monténégro un accroissement de territoire par la possession des ports de Dulcigno et d'Antivari. Si les mariages contractés par des Grands Ducs de Russie avec les filles du Prince Nicolas vinrent resserrer encore les liens d'amitié unissant la Cour Impériale à la souveraineté monténégrine, les considérations politiques ne sont pas non plus restées étrangères à l'accueil bienveillant fait aux visées ambitieuses de celui que l'Empereur Alexandre III appelait publiquement «son unique ami».

Les profondes modifications apportées à l'équilibre international dans l'Orient Européen par les évènements de 1908, l'annexion du domaine austro-hongrois de la Bosnie-Herzégovine, la proclamation de l'indépendance de la Bulgarie, la suppression de la clause restrictive contenue dans l'article 26 du traité de Berlin concernant le port d'Antivari et les eaux territoriales du Monténégro, attendaient un parachèvement réclamé, ne fut-ce que comme satisfaction d'amour propre, par le parti panslaviste.

Celui-ci avec lequel doit compter le Gouvernement Russe, en raison de son actif développement et de l'influence qu'il exerce dans les hautes sphères, était d'avis que l'érection du Monténégro en Royaume aurait, à défaut d'importance pratique, une signification morale bien définie, en ce sens qu'elle éteindrait le dernier souvenir de la servitude des Slaves dans la péninsule Balkanique où le terme de «Principauté» évoque encore l'idée d'une ancienne vassalité.

Au surplus, dans la pensée quelque peu illusoire des nombreux adhérents à ce parti, les trois royaumes slaves aujourd'hui constitués serviront de rempart contre de nouveaux efforts d'expansion du Germanisme vers l'Est.

La solidarité politique où ils évolueront sera la garantie d'un avenir de grandeur et de prospérité et finira par réaliser le rêve d'une Confédération Balkanique qui, tôt ou tard, pourrait arracher, pense-t-on, à la Couronne des Habsbourg les provinces Slaves qu'elle ne détient qu'en vertu de la loi du plus fort.

94.

BRUXELLES, 7. 10. 1910.

(Extrait d'un rapport de Rome du 19 septembre 1910, No. 421.)

Turquie et Roumanie.

L'entente de caractère militaire qu'auraient signée la Turquie et la Roumanie rencontre peu de créance dans les cercles diplomatiques et dans la plupart des organes autorisés de la presse italienne.

Dans les milieux non officiels on se montre plus nerveux et on n'est pas loin de croire à la réalité de l'entente. L'article du «Temps» confirmant la nouvelle lancée par le «Matin» a fait impression.

On se souvient que le rapprochement de la Turquie et de la Triple Alliance a été l'objet de nombreux articles de journaux dans la presse européenne pendant cet été. La nouvelle alliance attribuée à l'activité de Hakki Pacha n'est qu'une solution,

mutatis mutandis[1]), du même problème: il s'agit toujours du bloc austro-allemand qui, directement ou indirectement, développerait le programme de sa politique dans les affaires balkaniques.

Il parait certain que l'influence de la diplomatie allemande est aujourd'hui prédominante à Constantinople et que l'on y fait une politique ouvertement anti-française et secrètement anti-anglaise.

Les puissances de la Triple entente n'ont, de toute évidence, pas réussi à se conserver les sympathies des débuts de la Jeune Turquie; l'accord turco-roumain constituerait pour elles un nouvel et grand échec.

Il est singulier que cette information voie le jour au moment où des négociations difficiles se poursuivent à Paris. On fait remarquer à ce sujet que les hommes politiques et les hommes d'affaires lancent volontiers des ballons d'essai pour aider ou combattre une combinaison financière.

Déjà l'article du matin a eu pour résultat de faire adhérer à la politique de M. Pichon une grande partie de la presse française qui, sur la question de l'attitude financière vis-à-vis de la Turquie, ne semblait pas disposée à l'appuyer.

Les journaux italiens sont unanimes à reconnaître que la convention aurait pour résultat de jeter toutes les petites nations balkaniques dans les bras de la Russie et de hâter une alliance entre la Bulgarie, la Serbie, le Monténégro et la Grèce, que d'irréductibles jalousies ont empêché de conclure jusqu'à présent.

Il est difficile de croire que cette éventualité ait échappé à la perspicacité du Comte d'Aehrenthal qui s'est employé de toutes ses forces, il y a quelques années, à briser l'arrangement économique serbo-bulgare de peur d'un rapprochement plus intime.

Quant à l'Italie, ce n'est pas avec enthousiasme qu'elle verrait s'y joindre directement ou indirectement l'Empire Ottoman. La conséquence qu'elle envisage comme assurée serait le développement de plus en plus grand de l'influence et des inté-

[1]) Zwei Worte im Zirkular unterstrichen.

rêts austro-allemands dans les Balkans, développement qui ne saurait être favorable à sa propre expansion.

95[1]).

BRUXELLES, 16. 11. 1910.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 7 novembre 1910, No. 1624.)

L'entrevue de Potsdam.

On a remarqué les articles inspirés par lesquels la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» a fait connaître au public que la récente visite rendue par l'Empereur de Russie à l'Empereur d'Allemagne à Potsdam est plus qu'une simple démarche de courtoisie.

La «Rossya», organe du Ministère des Affaires Etrangères russe, écrivait en même temps que l'entrevue des deux Souverains avait une haute portée politique. Le «Fremdenblatt» de Vienne s'exprimait dans le même sens.

Les deux premiers de ces journaux officieux disaient qu'il ne s'agissait nullement d'introduire dans le système politique de l'Europe des innovations qui ne sont désirées ni en Allemagne ni en Russie. Tous les trois étaient d'accord pour exprimer l'espoir que l'échange de vue entre les Souverains et leurs ministres aiderait à dissiper les malentendus qui surgissent forcément entre les États limitrophes qui ont des intérêts parallèles, mais conciliables et dont les rivalités sont sans influence sur la politique générale.

Plus encore que pour les commentaires officieux, le caractère de la visite du Czar a été marqué par le fait que Sa Majesté avait appelé en Hesse son nouveau Ministre des Affaires Etrangères, M. Sasonow, et s'était fait accompagner par lui pendant son court séjour à Potsdam.

M. Sasonow a été reçu par l'Empereur et par le Chancelier aussi que par M. de Kiderlen-Wächter. Les sujets de conversation n'ont pas dû manquer. Ce qui se passe en Perse et en Extrême-Orient est de nature à éveiller en Allemagne la crainte

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 62, S. 72.

que les évènements dont le côté politique pourrait laisser l'Empire indifférent, n'aient pour conséquence de fermer ces contrées au commerce allemand.

En Russie, le projet de chemin de fer allemand en Mésopotamie a toujours été vu de mauvais œil, quoique l'Allemagne ait pour principe de ne pas se mêler des questions politiques de la péninsule des Balkans. Il est impossible qu'on ne se préoccupe pas à Berlin comme à St. Pétersbourg de la turbulence de la Grèce, de l'impossibilité où sont les puissances protectrices de trouver la solution de la question crétoise, des troubles de la Macédoine et des ambitions du Czar des Bulgares. Mais tous ces problèmes sont bien compliqués et il n'est pas à penser qu'on soit parvenu à les résoudre dans le court espace de deux journées dont la plus grande partie a été absorbée par des cérémonies officielles et des banquets. Ce qui est plus important que les conversations entre les hommes d'Etat, c'est que la visite a eu lieu.

Pendant les trois premiers quarts du XIX^{e} Siècle, l'union de la Russie et de la Prusse était un facteur constant et assuré de la politique européenne. Elle était basée non seulement sur les intérêts communs des deux nations, mais aussi sur l'amitié étroite des deux familles régnantes cimentée par les liens de parenté. Il en était surtout ainsi du temps de l'Empereur Nicolas I^{er}. La première atteinte a été portée à ces relations par le Congrès de Berlin où le Prince de Bismarck a essayé de rapprocher la Russie et l'Angleterre et où il a eu le sort généralement réservé aux conciliateurs, c'est-à-dire qu'il a été accusé par chacun des deux adversaires de partialité en faveur de l'autre. Le peuple russe, se croyant frustré par la faute de l'Allemagne du fruit de ses victoires a conçu, pour sa voisine de l'Ouest, une haine encore avivée par l'envie qu'a suscité le rapide développement de la puissance allemande.

Dans l'union entre la Russie et la Prusse, celle-ci jouait un rôle quelque peu subordonné. On a été froissé à St. Pétersbourg et surtout à Moscou lorsque Berlin est devenu le centre principal de la politique européenne. Les étapes du refroidissement progressif des relations entre les deux pays ont été marquées par

l'Alliance de la France avec la Russie, par l'établissement de la Triple Entente et, en dernier lieu, par l'intervention de l'Allemagne dans l'affaire de l'annexion de la Bosnie.

On se défend ici d'avoir exercé une pression sur la Russie. Cependant il n'y a pas de doute que sans la déclaration du Prince de Bülow au sujet de la solidarité de l'Allemagne et de l'Autriche-Hongrie et sans l'avertissement donné par le Comte de Pourtalès à St. Pétersbourg, la Russie n'aurait pas brusquement mis fin à l'agitation qu'elle entretenait dans les petits Etats slaves, et surtout à Belgrade, contre l'Autriche-Hongrie. La solution de la question de la Bosnie a été à la fois pour la Russie une humiliation et une déception. Elle a dû laisser entamer son prestige en retirant, sur une injonction de l'étranger, la protection qu'elle accordait aux convoitises serbes. L'expérience lui a montré l'inefficacité de la triple Entente, la première fois qu'elle a été mise à l'épreuve.

Si l'antipathie des peuples russe et allemand n'a pas eu de conséquences plus graves, c'est parceque les rapports entre les souverains quoiqu'altérés ont toujours été meilleurs qu'entre les nations et même entre les deux gouvernements. Il semble qu'il en coûtait aux deux maisons régnantes de rompre avec une tradition séculaire et la démarche de l'Empereur Nicolas parait indiquer qu'il veut la reprendre. C'est lui qui a exprimé le désir d'une entrevue avec l'Empereur d'Allemagne, accueilli au début avec assez peu d'empressement à Berlin. Le moment choisi a été celui où le terrain était déblayé par la retraite de M. Isvolski. L'inimitié personnelle de l'ancien Ministre des Affaires Etrangères russes et du Comte d'Aehrenthal a été l'un des principaux obstacles qu'il a fallu surmonter pour arriver à une solution pacifique de la question Bosniaque. J'ai lieu de croire aussi que M. Isvolski n'inspirait à Berlin qu'une confiance très médiocre. M. Sasonow a produit, au contraire, sur l'Empereur, le Chancelier et le Secrétaire d'État des Affaires Étrangères une très bonne impression.

La visite à Potsdam est donc un évènement dont il faut se féliciter comme de nature à améliorer les relations entre les deux Empires et peut-être aussi, par contre-coup, entre Vienne

et St. Pétersbourg; mais c'est une exagération que de lui attribuer, comme l'a fait la «Rossya», une haute portée politique. **Les groupements des grandes puissances européennes resteront ce qu'ils étaient auparavant et les sentiments du peuple russe pour l'Allemagne n'en deviendront pas plus cordiaux. Le langage des journaux russes le démontre déjà.**

96.

BRUXELLES, 30. 11. 1910.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 9 novembre 1910, No. 1631.)

L'emprunt turc. Allemagne et Turquie.

Pendant très longtemps l'Allemagne a joui d'une influence prépondérante à Constantinople. Cette situation privilégiée était due à l'habileté et au tact de l'Ambassadeur d'Allemagne et surtout à ce que le Gouvernement Impérial s'est toujours soigneusement abstenu d'intervenir dans les affaires intérieures de la Turquie. Peu à peu les Grandes Puissances européennes se sont arrogé le droit consacré par une longue tolérance, d'exercer une sorte de tutelle sur l'Empire Ottoman auquel elles prodiguent des conseils non sollicités, ressemblant fort à des injonctions, rarement praticables et plus rarement encore désintéressés. L'Allemagne proclamait, au contraire, à toute occasion, qu'elle n'avait en Turquie que des intérêts commerciaux et conformait son attitude à son langage. On lui savait gré du rôle effacé qu'elle jouait volontairement et on était d'autant plus disposé à Constantinople à accueillir les entreprises économiques allemandes qu'on ne craignait pas qu'elles ne servissent de prétexte à une immixtion politique.

La révolution turque avait interverté les positions. On s'était figuré bien à tort, en Turquie, que l'attitude amicale de l'Allemagne équivalait à une approbation du système de gouvernement du Sultan Abdul Hamid et l'on prit beaucoup trop au sérieux les démonstrations de sympathie avec lesquelles l'Angleterre et la France, pays de parlementarisme, avaient accueilli l'inauguration du nouveau régime.

L'attitude de l'Allemagne dans l'affaire de l'annexion de la Bosnie avait aussi contribué à lui aliéner la Jeune Turquie.

Peu à peu on est revenu à Constantinople à une appréciation plus exacte. Le rapprochement entre la Russie et l'Angleterre a inquiété, non moins que la main mise de ces deux pays sur la Perse. **On a reconnu que dans l'affaire de la Bosnie, l'Allemagne ne pouvait pas abandonner son alliée l'Autriche-Hongrie. On s'est aperçu du caractère véritable de la prétendue sympathie de l'Angleterre et de la France pour la Turquie et de l'inanité des soupçons que la presse anglaise surtout, avec autant d'adresse que de persévérance, s'est efforcée de susciter contre l'Allemagne.**

L'affaire de l'emprunt turc aurait suffi pour dessiller les yeux s'il en était encore besoin. Mettant à profit la détresse financière de la Turquie, la France s'est efforcée de la réduire à un état de dépendance politique et économique qui eut mis l'Empire ottoman à sa merci. La bourse de Londres s'y est prêtée en refusant d'entrer en pourparlers avec les délégués turcs.

A Berlin on a habilement profité de ce que la France et l'Angleterre aient prématurément démasqué leurs batteries. Dans les négociations entre le Ministère des finances turc et le groupe de banquiers allemands représenté par M. Helferich, celui-ci s'est placé au point de vue purement économique et aucun privilège politique n'a été sollicité.

Cette affaire de l'emprunt est d'ordre purement privé. Officiellement le Gouvernement Impérial n'y est pas mêlé; mais à Berlin la haute banque a toujours grand soin de ne pas contrarier l'action politique de l'Empire et obéit docilement à ses suggestions. On a de sérieuses raisons de croire que plus d'un banquier berlinois ne participe au futur emprunt que mû par ces considérations.

Ceci ne veut pas dire que l'Allemagne ait déjà récupéré son ancienne position; mais seulement qu'elle travaille avec assiduité et succès à la regagner peu à peu.

97.

BRUXELLES, 18. 1. 1911.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 30 décembre 1910, No. 364.)

Relations austro-russes.

L'entrevue du Czar et de l'Empereur d'Allemagne à Potsdam a produit entre les deux Empires un rapprochement plus sérieux et plus important qu'on n'avait osé l'espérer à Berlin. Ce résultat est de nature à exercer une heureuse influence sur les relations entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, car dans les cercles officiels allemands on est très désireux de voir celles-ci s'améliorer. D'ailleurs le remplacement de M. Iswolsky au Ministère des Affaires Etrangères et l'arrivée d'un nouvel ambassadeur russe à Vienne aplaniront la voie vers le résultat.

Pour rendre les rapports de l'Autriche-Hongrie et de la Russie plus intimes il ne semble pas que, dans ces conditions, le remplacement du Comte d'Aehrenthal soit également nécessaire ou même utile.

La campagne de presse actuellement menée contre le Ministre des Affaires Etrangères de la Monarchie dualiste émane de Paris et il est aisé d'en reconnaître les sources. Le rapprochement entre l'Allemagne et la Russie a été mal accueilli en France. Le rescrit du Czar à son Ambassadeur à Berlin venant coïncider avec la remise des lettres de créance de M. Iswolsky à Paris est un fait caractéristique, fort remarqué à Vienne, qui peut avoir accentué cette fâcheuse impression. Mais ce sentiment paraît exagéré et insuffisamment justifié.

En tout cas il n'est pas question de la retraite du Comte d'Aehrenthal dont la situation est excellente et l'Empereur ne songe pas à se priver de ses services.

98.

BRUXELLES, 11. 2. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 22 janvier 1911, No. 21.)

L'entrevue de Potsdam et l'Empire Ottoman.

Les déclarations faites par l'Ambassadeur d'Allemagne à Rifaat Pacha le 14 janvier ont calmé ici la presse dont le ton à l'égard de l'Allemagne s'est immédiatement modifié. Toutefois il règne encore ici un certain malaise au sujet de l'entente Russo-Allemande.

L'on se demande si Potsdam n'a pas consacré le partage des zônes d'influence étrangères dans l'Empire ottoman de même que Reval a été le point de départ du démembrement de la Perse.

Férid Bey, membre de l'opposition, s'est fait hier à la Chambre l'écho de ces bruits inquiétants dans un discours, qui a été écouté avec grande attention.

Le député de Kutaya, après avoir donné lecture de la note russe publiée par l'Evening Times a déclaré que, même si ce document ne fait qu'exprimer les desiderata de la Russie et non pas ce qui a été réellement convenu entre les deux Empires, il n'en est pas moins un indice des dangereuses dispositions de certaines Puissances Européennes à l'égard de la Turquie.

L'orateur a montré ensuite les conséquences périlleuses de l'entente russo-allemande qui en provoquant la concurrence amènera la France à jeter les yeux sur la Syrie de même que les Anglais accentuent l'activité de leurs menées en Mésopotamie et dans le Golfe Persique.

Férid Bey a terminé en demandant au Gouvernement les moyens qu'il compte employer pour prévenir le morcellement de la Turquie.

La réponse du Ministre des Affaires Etrangères peut se résumer de la manière suivante:

1) L'alarme au sujet de l'accord russo-allemand serait justifiée si l'article de l'Evening Times en reproduisait exactement les dispositions, mais d'après les déclarations de l'Ambassadeur d'Allemagne cette publication est apocryphe.

2) Il résulte de l'entretien du 14 janvier avec le Baron Marschall:

a) Que les pourparlers entre l'Allemagne et la Russie relatifs aux chemins de fer ne concernent que les lignes et raccordements sur territoire Persan et non, par conséquent dans l'Anatolie du Nord-Est, comme on en a exprimé la crainte.

b) La nouvelle que l'Allemagne aurait négocié avec l'Angleterre au sujet de la Mésopotamie est absurde, cette région faisant partie intégrante de l'Empire Ottoman.

3) En ce qui concerne les bruits relatifs au Golfe Persique, la cordialité des relations avec l'Angleterre ne permet pas de supposer qu'Elle y violera les droits de l'Empire Ottoman.

4) Si l'article 4 du prétendu traité publié par l'Evening Times était authentique la Turquie aurait évidemment le droit de s'en inquiéter, car il constiuerait une menace pour l'intégrité de la Perse qui est pour l'Empire ottoman d'une importance vitale.

Mais le Baron Marschall a démenti cet article 4. Dès lors il n'y a plus à s'en préoccuper car la simple reconnaissance par l'Allemagne des intérêts spéciaux de la Russie dans le Nord de la Perse n'entraîne pas la négation des intérêts capitaux de la Turquie dans l'Empire Iranien.

Le discours de Rifaat Pacha a été généralement bien accueilli, mais il contient plus d'un point faible, particulièrement celui qui se rapporte aux agissements britanniques dans le Golfe Persique. Il est certain en effet que les Anglais y redoublent d'activité. Ils se sont attribué le soin de réprimer la contrebande des armes dans le Golfe Persique où ils ont l'intention de faire petit à petit, des Scheiks et Sultans de la côte de véritables vassaux.

Il est facile de voir que l'objectif de la Grande Bretagne est d'implanter son influence au fond du Golfe Persique assez solidement pour empêcher la Bagdad-Bahn d'aboutir à la côte.

Un conflit est donc à redouter le jour où le chemin de fer ayant atteint Bagdad l'Allemagne exigera son prolongement jusqu'à un point à déterminer sur le Golfe Persique, ainsi que

le contrat de 1902 avec le Gouvernement ottoman en donne le droit aux concessionnaires.

Le Gouvernement allemand a fait preuve d'habileté en chargeant le Baron Marschall de faire des déclarations rassurantes dès qu'il s'est aperçu de la fâcheuse impression produite ici par le Morning Times. Cette initiative a déplu à l'Ambassade de Russie qui a gardé le silence mais c'est l'influence de l'Allemagne qui en profite tandis que la défiance semble s'accroître à l'égard de Pétersbourg.

Il est intéressant de constater aussi que l'inquiétude produite par les pourparlers russo-allemands a produit ici un rapprochement à l'égard de la France. Les relations entre les deux pays paraissent en voie de reprendre le caractère de cordialité qu'elles avaient avant l'échec de l'emprunt ottoman à Paris.

99.

BRUXELLES, 22. 2. 1911.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 4 février 1911, No. 21.)

Serbie et Autriche-Hongrie.

Depuis quelque temps il règne un certain malaise dans les milieux politiques serbes. Il semble qu'on y appréhende quelque chose d'analogue au coup de théâtre produit, en son temps, par la proclamation de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine et de l'indépendance de la Bulgarie.

Il y a peu de jours, dans une réunion secrète tenue par les deux fractions du parti radical (gouvernemental), M. Milovanovitch a exposé la situation extérieure sous des couleurs assez sombres; et le Ministre de la guerre est venu affirmer que l'armée serbe, tant au point de vue de l'organisation que de l'armement et des approvisionnements, est incomparablement mieux préparée à remplir sa tâche qu'elle ne l'était au moment de la crise d'il y a deux ans.

La cause première de ces inquiétudes réside dans l'état des choses existant actuellement en Macédoine. Le désordre qui y règne est affreux; il égale celui de l'époque hamidienne s'il

ne le dépasse; et les affaires en Albanie ne vont guère mieux.

Les Turcs obligés d'envoyer des forces européennes pour réprimer la révolte de l'Yémen, et, en même temps, ne pouvant dégarnir la Macédoine, ont dû retirer la plus grande partie des troupes qui occupaient le Sandjak de Novi-Bazar. Ils ont évacué, presque complètement, les points stratégiques de Priboj, Plewljé, Prépoljé Sjénitza, ainsi que la ville de Novi-Bazar, ne laissant dans ces places que des détachements peu importants.

On se demande ici si la Porte, avant d'ordonner de telles mesures n'a pas pris, avec le Cabinet de Vienne, des arrangements dont on ne connaît pas la portée.

La perplexité qu'on éprouve à Belgrade est accrue par la démarche que vient d'y faire le Monténégro. Tout récemment le Roi Nicolas a pressenti les intentions du Gouvernement serbe au sujet de l'attitude qu'il comptait observer au cas où le chaos des affaires dans la province ottomane voisine exigerait une intervention. Il a même posé nettement la question, demandant si, dans une éventualité de l'espèce il pouvait espérer que l'armée serbe se joindrait aux troupes monténégrines.

La réponse du Cabinet de Belgrade a été catégoriquement négative.

Afin de ménager les susceptibilités ottomanes, le Cabinet de Belgrade ne veut faire aucun mouvement de troupes; mais il paraît que la dislocation de l'armée dans la région du sud-est du pays, permettrait une action rapide par les vallées de l'Ibar et de la Toplitza, vers Novi-Bazar et la vieille-Serbie, si la défense des intérêts du Royaume l'exigeait.

La Serbie se sent enveloppée de toutes parts par les intrigues dont les fils sont tenus à Vienne. En Turquie cet antagonisme s'efforce en ce moment d'empêcher la réalisation du chemin de fer Danube-Adriatique, tel qu'il serait conforme aux désirs serbes. Au Monténégro, il ne cesse de susciter la jalousie et les soupçons propres à exciter les deux familles royales et les deux peuples les uns contre les autres.

A peine se sont affaiblis les échos des scandaleux procès politiques d'Agram et de Vienne, où l'on n'a pas hésité à re-

courir à des documents faux, pour établir la complicité supposée du Gouvernement Serbe dans des conspirations imaginaires, que l'on se livre, à Belgrade même, à des manœuvres destinées à circonvenir le Prince Georges et à en faire un instrument de division et de ruine pour la dynastie et le pays.

Partout où se porte le regard il aperçoit l'Autriche posée en ennemie irréductible de la Serbie.

Dans de semblables conjectures le Comte d'Aehrenthal a déclaré, devant les délégations à Budapest, que sa politique tend au maintien du statu quo dans les Balkans, qu'elle n'y poursuit que des visées conversatrices et qu'il se félicite de constater qu'on ne parle plus guère des ambitions, que l'Autriche nourrirait à l'égard de l'Orient proche.

Jusqu'à présent la presse d'ici a passé à peu près sous silence l'exposé politique fait par le Ministre Commun des affaires Etrangères à la session actuelle des délégations austro-hongroises. La «Samoupravа», journal officieux, en a seul donné un bref résumé. Pour tout commentaire ce journal termine son article à ce sujet en observant que le passé et le présent démentent fâcheusement les protestations de bienveillance du Comte d'Aerenthal envers les Etats Balkaniques.

100.

BRUXELLES, 6. 3. 1911.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 26 février 1911, No. 29.)

Voyage du Roi de Serbie à Rome.

Le Roi de Serbie est rentré, il y a quelques jours à Belgrade, de son voyage à Rome.

Sa Majesté à été très satisfaite de l'accueil qui lui a été réservé tant par la Cour d'Italie que par la population romaine.

M. Milovanovitch dont le succès a été très vif a su trouver les paroles qu'il fallait pour attirer sur lui la faveur publique et donner l'assurance que la Serbie est animée d'intentions pacifiques. Dans les conversations politiques qui ont eu lieu, on s'est entretenu principalement de trois ordres de faits: la

situation en Turquie, les relations serbo-monténégrines et le chemin de fer Danube-Adriatique.

Sur cette dernière question le concours du Gouvernement italien était acquis d'avance. L'Italie a un intérêt politique et économique à l'exécution de la ligne transbalkanique, qui serait un utile moyen de faire pénétrer son influence et son commerce en Albanie et en Macédoine. Mais son autorité à Constantinople est énervée par les nombreux conflits qui ont surgi, en ces derniers temps, entre la Porte et la Consulta. Puis, il y a l'opposition sourde de l'Autriche qui ne pourra être surmontée que si l'on s'y emploie à Berlin.

A Rome, on partage mais à un degré moindre, les inquiétudes qui prévalent à Belgrade au sujet de la situation menaçante en Macédoine et en Albanie. Toutefois on espère que tout danger de conflagration pourra être évité si, à la fermentation qui règne dans ces provinces turques, ne vient pas ajouter une commotion qui bouleverserait le Gouvernement central.

L'état foncièrement mauvais des relations serbo-monténégrines tant entre les deux familles royales qu'entre les deux Gouvernements, a fait, assure-t-on, l'objet d'entretiens confidentiels. On ne cesse de se livrer à des menées ayant pour but de compromettre la Serbie vis-à-vis de ses voisins et de se poser en seul représentant de l'idée panserbe, laquelle serait trahie par le Royaume danubien. Dans la presse de Cettigné, ainsi que dans les journaux belgradois qui servent sa cause, il fait une guerre sans relâche au Roi Pierre et à son Gouvernement.

Le Roi Victor-Emanuel a promis de tenter une intercession à Cettigné en vue de mettre fin à cet état de choses; il ne faut cependant pas se faire d'illusion sur les résultats de cette haute intervention.

Des bruits circulent avec persistance au sujet d'une prétendue alliance qui aurait été conclue entre le Monténégro, la Bulgarie et la Grèce. D'après des informations prises à des sources très sûres, il n'y a pas à ajouter créance à ces rumeurs, qui sont dépourvues de tout fondement.

101[1]).

BRUXELLES, 9. 3. 1911.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 3 mars 1911, No. 301.)

Le nouveau ministère français.

Comme il fallait s'y attendre on a d'autant plus mal accueilli la nomination de M. Delcassé au Ministère de la Marine que le portefeuille de la Guerre a été confié à M. Berteaux. Le Gouvernement impérial ne fera vraisemblablement pas connaître, au moins publiquement, son impression afin d'éviter toute apparence d'intervention dans les affaires intérieures de la France; mais elle ne diffère évidemment pas de celle des journaux. **On ne prend cependant pas au tragique le retour au pouvoir de M. Delcassé. Ce n'est plus le Ministère des Affaires Etrangères qui lui est confié. Il n'a plus, à côté de lui le Roi Edouard VII dont il se croyait le collaborateur et dont il était l'instrument.**

L'entrevue de Potsdam a diminué la confiance des Français dans l'Alliance russe, parcequ'à Paris et à Londres on persiste à lui attribuer une portée qu'elle n'a pas. Enfin le Ministère Monis a été si mal accueilli en France même qu'il n'aura probablement qu'une durée éphémère.

Il faut ajouter qu'aucun changement de personnes ne peut amener de modification sérieuse dans les relations entre l'Allemagne et la France. Elles resteront pour bien longtemps encore, quant au fond, ce que commandent les sentiments des deux peuples. Il ne peut y avoir de différence que dans la forme. M. Pichon ne s'est jamais départi d'une correction parfaite envers l'Allemagne.

S'il n'y a pas lieu donc de s'alarmer outre mesure de la composition du nouveau ministère français, il sera éxagéré toutefois de lui dénier toute signification au point de vue de la politique extérieure.

M. Delcassé n'a pas à s'en occuper officiellement, d'une manière directe, mais il s'efforcera sans doute d'inculquer ses

---

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 63, S. 74.

idées à ses collègues. Il semble même avoir été invité à le faire, puisque, d'après l'Agence Havas, il aurait été prié par M. Monis de s'entendre avec M. Berteaux sur le choix des autres membres du Ministère.

L'opinion en France paraît aussi pousser à une politique extérieure plus active. M. Pichon qui a, sans contredit, remporté de réels succès était encore fort populaire, il y a peu de temps. Il a cessé de l'être. **On lui sait mauvais gré du résultat de l'entrevue de Potsdam qu'il n'avait pas le moyen d'empêcher et qui d'ailleurs ne devrait pas inquiéter si comme on le prétend la triple entente n'avait en vue que le maintien de la paix. Puisque rien n'a été changé au groupement des Grandes Puissances on devrait se féliciter d'un rapprochement qui améliore les relations de l'Allemagne et de la Russie; mais à Paris et à Londres il n'en est pas ainsi.**

Tout récemment le Président du Sénat français en remettant à M. d'Estournelles de Constant le prix de la paix a, devant un nombreux public et dans cette circonstance solennelle, parlé plus ouvertement de la revanche qu'on ne l'avait fait depuis des années.

La presse française a chaudement applaudi à l'action entamée dans l'affaire des fortifications de Flessingue. Ce que l'on reproche à M. Pichon ce n'est pas de s'être lancé dans cette aventure, mais d'y avoir échoué.

Les journaux français découvrent tous les jours quelque raison d'imputer un grief à l'Allemagne. C'est accoutumé, mais récemment le mouvement a redoublé d'intensité.

Est-ce pour tenir compte de cet état de l'opinion que M. Delcassé a été appelé au ministère?

On peut se demander si on ne spécule pas sur les embarras intérieurs de l'Allemagne.

Les partis sont mal dirigés et séparés non par des divergences d'opinion, mais par la rancune et par la haine. Le Gouvernement est sans influence sur le Reichstag qui, encore tout récemment, lui a infligé un échec retentissant dans l'affaire de la constitution de l'Alsace-Lorraine; mais ce serait une dangereuse illusion que d'en croire l'Empire affaibli à l'Extérieur.

Nous avons eu la preuve du contraire par la facilité avec laquelle le nouveau quinquennat militaire et le budget de la marine ont été votés. Le Reichstag divisé sur tout les a adoptés presque sans discussion, à l'unanimité, moins les voix des socialistes; même ceux-ci sont obligés de mitiger leur opposition en déclarant qu'en cas de guerre ils feraient leur devoir comme les autres allemands. Pourtant les impôts sont des plus lourds et c'est une charge écrasante pour l'Allemagne que d'entretenir à la fois une armée de terre et une flotte de premier ordre.

Ce fait n'a pas été assez remarqué à l'étranger. On en devrait tirer la leçon qu'en cas de péril extérieur les choses se passeraient comme en 1870. La discorde était alors pire qu'aujourd'hui. Elle a disparu, comme si elle n'avait jamais existé le jour de la déclaration de guerre.

102.

BRUXELLES, 11. 3. 1911.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 28 février 1911, No. 40.)

La Roumanie et les autres Etats balkaniques.

A Bucarest, on continue à surveiller de près les agissements de la Bulgarie bien que la conclusion d'un traité de commerce provisoire ait amené une certaine détente entre Constantinople et Sophia. Les voyages de M. Diamandi, le représentant du Roi Charles en Bulgarie, les longues entrevues qu'il a eues avec le souverain et le Président du Conseil ont éveillé l'attention.

La Turquie est aux prises au Yemen et au Hedjaz avec des difficultés dont on exagérerait difficilement l'importance. En raison de la défectuosité des services auxiliaires, intendance et ambulance, et de l'insalubrité du climat, la mortalité parmi les troupes envoyées dans ces contrées lointaines est considérable. L'envoi de renforts s'imposera à bref délai et on ne voit pas comment le trésor, dont la détresse est connue fera face à des dépenses qui sont évaluées au chiffre minimum de 15 millions de francs par mois.

Cette situation donne à penser au cabinet de Bucarest. Il éprouve quelque inquiétude en ce qui concerne les projets d'agrandissement de sa voisine au sud; de là viennent les plans de réorganisation militaire et l'activité que la diplomatie roumaine déploie à Sophia aussi bien qu'à St. Pétersbourg, Constantinople et Belgrade.

Au contraire, on se montre ici fort rassuré sur les intentions de l'Autriche-Hongrie et on ne met pas en doute que le Comte d'Aerenthal a été sincère en déclarant aux délégations que sa politique tend au maintien du «statu quo» dans les Balkans. Pour plusieurs motifs, l'Autriche-Hongrie ne songe qu'à se recueillir. D'abord, elle doit réparer ses finances fort éprouvées par les dépenses de la mobilisation; ensuite, elle a remarqué non sans déplaisir, que l'Allemagne avait récolté dans les Balkans, les bénéfices de la campagne diplomatique de 1908; enfin, elle veut ménager les susceptibilités de l'Italie dont les regards sont fixés sur les côtes de la Turquie d'Europe. Aussi, à moins d'incidents imprévus, qui viendraient passionner l'opinion publique et forceraient le Comte d'Aerenthal à prendre une attitude plus accentuée, l'Autriche, croit-on, ne se départira pas de sa réserve. Ce qui donne le change aux journaux d'occident sur ses véritables intentions, c'est la tendance qui se manifeste chez elle à employer des moyens d'action détournés pour assurer son influence. En Serbie, en Bulgarie, et dans certaines provinces ottomanes, elle dépense des sommes considérables pour se créer des intelligences sans toutefois obtenir par ces moyens des résultats capables de compenser les sacrifices.

103.

BRUXELLES, 30. 3. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 17 mars 1911, No. 89.)

Situation intérieure de l'Empire ottoman.

Le voyage du Sultan en province est décidé et aura lieu au printemps. Sa Majesté Impériale se rendra d'abord à Salonique,

et visitera ensuite la Macédoine prolongeant peut-être même son itinéraire jusqu'à Priztina en Albanie.

Dans le but de préparer le voyage impérial et de prendre les mesures nécessaires pour en assurer la sécurité, le Général Chefket Pacha a l'intention de faire préalablement une tournée d'inspection en Macédoine. Il partira dans une dixaine de jours, dès que le budget de la guerre aura été voté.

Bien que la situation en Albanie comme en Macédoine ne soit pas fort satisfaisante, les personnes les mieux informées ne croient pas qu'on y verra des troubles au printemps ainsi qu'on l'a souvent annoncé. Du moins ces provinces n'entreront pas spontanément en révolte. L'incendie n'y éclatera que si l'étincelle vient du dehors. A ce point de vue le principal danger est au Monténégro qui sert d'asile à de très nombreux rebelles albanais. Là se trouve le foyer d'où la conflagration pourrait sortir. Il paraît que ces réfugiés reçoivent journellement une indemnité pour leur subsistance et l'on se demande où est la source de ces subventions auxquelles les maigres finances du Monténégro ne suffiraient pas.

Le danger albanais ne cause pas de très graves préoccupations ici. On a vu la révolte de l'année dernière se calmer plus vite qu'on ne l'espérait.

Contrairement à ce que l'on croit généralement à l'étranger, les envois de troupes au Yémen n'ont guère augmenté les chances d'un mouvement insurrectionnel en Turquie d'Europe, car les vides des cadres de l'armée active y ont été comblés depuis le premier mars par les rédifs.

Il ne faut pas attacher trop d'importance non plus aux incidents de frontière qui dernièrement se sont répétés fréquemment entre troupes grecques et turques.

Ils ne sont dus, en effet, qu'à des causes locales. Les garnisons disséminées dans les petits postes des régions absolument désertes de la frontière finissent par s'énerver.

Les soldats des deux pays entrent en relations, ils échangent même des marchandises entre eux. Mais vu l'état d'esprit où ils se trouvent, il en résulte des rixes et des meurtres dont la vengeance et le vol sont ordinairement le mobile.

Les deux Gouvernements examinent cette situation dans un esprit de conciliation et se rendant compte du fâcheux effet que les solitudes de la frontière avaient fini par exercer sur le personnel des postes militaires ils ont résolu d'y placer de nouvelles troupes.

On déplacera aussi le Commandant actuel des détachements turcs sur la frontière. Cet officier d'origine crétoise, mais musulman fanatique, avait contribué à maintenir les soldats dans un état de surexcitation dangereuse.

Au Yémen les affaires ne prennent pas non plus une tournure aussi inquiétante qu'on le prévoyait. Le Gouvernement distribue habilement de l'argent aux tribus restées fidèles pour empêcher le mouvement de se propager.

Talaat Bey lorsqu'il faisait encore partie du Cabinet voulait une campagne définitive pour arriver à la soumission du hinterland arabe, une fois pour toutes. C'était là un plan qui ne pouvait être conçu que par un civil et un idéologue, car tout officier connaissant le Yemen se rend compte immédiatement des difficultés insurmontables des opérations militaires à l'intérieur. Aussi le Général Chefket Pacha a-t-il toujours été opposé aux vues de son Collègue de l'Intérieur par rapport à cette question.

Il est donc probable que le Gouvernement se contentera de chasser les rebelles de la côte et de dégager Sanaa, capitale du Yemen. Après avoir ainsi remporté quelques succès et fait sentir sa force, il emploiera d'autres moyens pour pacifier le reste du pays. On en reviendra probablement avec quelques modifications, au plan conçu par Hilmy Pacha quand il était Grand Vizir, donnant une certaine autonomie au Yemen et à l'Assyr.

Malheureusement le manque de moyens de transport a retardé l'envoi de troupes en Arabie. Les opérations ne pourront pas être finis avant l'été, et les soldats, une fois la période des chaleurs venue, seront décimés par les maladies.

Malgré ce qu'en disent les journaux les hommes faisant partie des régiments de Roumélie montrent peu d'enthousiasme pour la campagne du Yemen. Une mutinerie s'est même déclarée

à bord de deux bateaux transportant des troupes en Arabie; à Constantinople même, le personnel d'une batterie de mitrailleuses a failli se révolter au moment de partir.

104[1]).

BRUXELLES, 31. 3. 1911.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 20 mars 1911, No. 394.)

Le discours de Sir E. Grey sur la politique extérieure de l'Angleterre.

Le discours sur la politique extérieure prononcé, il y a huit jours par Sir E. Grey à l'occasion de la discussion du budget de la marine, a provoqué de nombreux commentaires dans la presse anglaise et dans celle de tous les pays, à l'exception de l'Allemagne. La «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» a témoigné la satisfaction du Gouvernement impérial. De la part de cet organe hautement officieux c'était obligé. Les autres journaux se sont bornés à reproduire le résumé du discours transmis par les agences télégraphiques ou n'y ont ajouté que de courtes réflexions insignifiantes.

C'est ici cependant que les paroles du Secrétaire d'Etat auraient dû causer le plus de sensations et produire la plus agréable impression si l'on avait la confiance qu'elles expriment bien toute la pensée du Gouvernement anglais. Elles marqueraient un revirement notable de la politique inaugurée naguère par le Cabinet unioniste et dont ses successeurs libéraux ont continué la tradition. **L'évolution n'impliquerait pas un changement du groupement actuel des grandes puissances, mais elle signifierait que l'Angleterre ne veut plus conserver à la triple entente le caractère agressif que lui avait imprimé son créateur, le Roi Edouard VII. A voir l'indifférence du public allemand, on dirait qu'il est blasé par les innombrables entrevues et échanges de démonstrations courtoises qui n'ont jamais produit aucun résultat positif et qu'il veuille se mettre en garde contre de nouvelles déceptions.**

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 65, S. 77.

Toutefois on peut se demander si le scepticisme n'est pas dans le cas présent quelque peu exagéré.

Le rapprochement avec la Russie et l'Angleterre faisait partie du programme politique tracé par M. de Kiderlen-Wächter, lorsqu'il a accepté la direction du Département Impérial des Affaires Etrangères. La première partie de ce plan a été exécutée par l'entrevue de Potsdam. Les pourparlers entre Berlin et St. Pétersbourg sont interrompus depuis que M. Sassonow est malade; mais auparavant il y a eu un échange d'idées très actif entre les deux Cabinets. Aucun résultat positif n'a encore été obtenu et peut-être n'arrivera-t-on pas à grand chose de concret; mais les relations des deux pays sont redevenues normales. Elles n'ont plus le caractère de réserve qu'elles avaient pris depuis l'affaire de l'annexion de la Bosnie. Les circonstances se prêtent à la réalisation du programme du Secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères. Il y a six semaines environ, le Roi d'Angleterre a écrit à l'Empereur d'Allemagne pour l'inviter à assister à l'inauguration de la statue de la Reine Victoria. C'est la première lettre que le Roi Georges V adressait à Sa Majesté depuis qu'il est monté sur le trône. Elle était conçue en termes particulièrement cordiaux qui ont produit ici la plus agréable impression. On se souvient de ce qu'a dit quelques jours après, le Chancelier de l'Empire dans son discours au Reichstag sur les affaires étrangères au sujet de sa confiance dans la loyauté de la politique anglaise envers l'Allemagne.

On peut considérer l'attitude de M. de Bethmann-Hollweg comme la conséquence du message du Roi d'Angleterre.

Le discours de Sir E. Grey ne s'est pas borné à de vaines paroles comme dans des occasions antérieures. Il a été accompagné ou plutôt précédé d'un acte. Pendant des années la presse anglaise a émis la prétention de contrôler et même d'interdire l'achèvement du chemin de fer de Bagdad, c'est-à-dire d'avoir la haute main sur une entreprise qui ne concerne que la Turquie, la compagnie concessionnaire et indirectement le Gouvernement allemand qui a appuyé celle-ci. Sir E. Grey a replacé la question sur le terrain du droit, en reconnaissant

que l'Angleterre n'a aucun titre l'autorisant à intervenir dans une affaire intérieure ottomane et en annonçant qu'elle se bornerait à garantir ses intérêts par les moyens légaux dont elle dispose. C'est une base sur laquelle on peut s'entendre. Personne ne niera l'existence de ces intérêts anglais et ne songera à faire au gouvernement britannique un grief de les défendre.

Enfin le moment est propice pour une tentative d'amélioration des relations entre l'Allemagne et l'Angleterre. Il n'y a maintenant à l'ordre du jour aucune question irritante de nature à l'entraver.

Il ne résulte nullement de ce qui précède que l'on puisse considérer comme déjà acquis ou imminent un rapprochement entre l'Angleterre et l'Allemagne. Il est à remarquer cependant que les journaux allemands n'ont pas prêté une attention assez sérieuse au discours de Sir E. Grey et qu'il faut attendre les évènements pour asseoir un jugement sur sa véritable portée. L'appréciation du journal «Le Temps» démontre qu'à Paris, l'opinion publique lui en attache beaucoup plus qu'on ne l'a fait à Berlin. A la manière dont s'exprime le journal français on dirait qu'il ne considère plus la triple entente que comme une formule vide de sens.

105.

BRUXELLES, 13. 4. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 31 mars 1911, No. 101.)

La révolte de l'Albanie.

Depuis quelque temps on signalait le Monténégro comme le seul foyer de la révolte qui éclaterait éventuellement en Albanie.

C'est effectivement du nord-ouest de cette province, sur la frontière monténégrine, que des nouvelles inquiétantes sont parvenues hier à Constantinople. On annonçait que les populations Malissores, aidées par les réfugiés albanais du Monténégro, s'étaient emparées de plusieurs localités après en avoir chassé les garnisons turques. Le bruit a même couru que la

ville de Scutari d'Albanie était au pouvoir des insurgés et que la rébellion, partie du nord-ouest s'étendait déjà vers Spek et la zône du nord-est dans laquelle a éclaté la révolte du printemps dernier.

Dans un article menaçant l'officieux «Tanine» rendait le gouvernement du Roi Nicolas responsable de la situation et faisait entendre que si le Monténégro continuait de servir de repaire aux brigands qui troublent chaque année la paix de l'Empire, le Gouvernement ottoman se verrait obligé de faire passer la frontière à ses troupes.

Toutefois les hommes les mieux au courant de la situation en Albanie attribuent peu d'importance aux mouvements qui viennent de s'y produire, les nouvelles plus rassurantes qui nous parviennent ce matin semblent devoir leur donner raison.

D'après eux la révolte est localisée chez les Malissores; ceux-ci ont pu obtenir quelques succès parce que l'effectif des garnisons turques était extrêmement réduit dans cette région; mais dès que les bataillons de secours que l'on vient d'expédier par mer, de Constantinople, seront arrivés, le soulèvement sera réprimé.

D'après d'autres informations, la manière brutale dont les Albanais ont été traités quand on a procédé durant l'été à leur désarmement, a encore augmenté leur animosité à l'égard du Gouvernement turc; mais les chefs du mouvement nationaliste albanais ne jugent pas le moment propice pour agir, étant convaincus qu'à l'heure actuelle, ils ne pourraient compter sur aucun appui du dehors. Les assurances formelles du Roi Nicolas promettant de prêter aucun secours aux insurgés et de laisser même les troupes turques les poursuivre sur son propre territoire ont été accueillies ici avec une grande satisfaction.

Le jour même où la nouvelle du soulèvement sur la frontière monténégrine parvenait à Constantinople, on y était péniblement impressionné par le meurtre commis à la caserne d'Yildiz sur la personne d'un officier instructeur allemand au service ottoman par un soldat auquel il faisait faire l'exercice.

Cet homme étant originaire d'Albanie, on a craint d'abord que la presse de cette province ne tirât parti du drame pour soulever les populations, en représentant le meurtrier, après son châtiment, comme une victime de l'honneur albanais. Ces appréciations se sont à présent calmées.

En résumé, un mouvement insurrectionnel sérieux n'est pas probable cette année; toutefois, comme le printemps est la saison la plus dangereuse sous ce rapport, le Département de la guerre prend ses précautions; il envoie deux transports dans la Mer Noire y chercher dix bataillons de rédifs pour renforcer les troupes déjà parties pour l'Albanie.

106.

BRUXELLES, 15. 4. 1911.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 7 avril 1911, No. 49.)

Evacuation par la Turquie du Sandjak de Novi Bazar. Troubles d'Albanie.

L'évacuation presque totale du Sandjak de Novi Bazar, par les troupes turques, avait fait naître, il y a quelques mois, certaines appréhensions dans le monde politique serbe.

La proposition inattendue d'intervention commune, émanant du Roi de Monténégro, et, en même temps, l'état troublé des choses en Macédoine et en Albanie, n'avaient fait que fortifier ce sentiment.

Les craintes manifestées n'étaient certes pas sans fondement, ainsi que le prouve le soulèvement actuel des Malissores; mais on s'est plu à les exagérer afin d'attirer l'attention des grandes Puissances sur la situation balkanique.

Il parait avéré qu'avant de dégarnir le Sandjak, la Sublime Porte avait pris des arrangements avec le Cabinet de Vienne, en vertu desquels l'armée austro-hongroise serait intervenue pour rétablir l'ordre au cas où il eut été menacé par la Serbie ou le Monténégro.

Certaines grandes Puissances se sont émues à la pensée qu'une telle éventualité risquerait de se produire et elles ont

fait ressortir auprès du Cabinet de Constantinople, le danger qui pourrait en résulter pour la paix dans les Balkans. Ainsi, pour se conformer à leurs conseils, le Gouvernement ottoman a fait réoccuper le Sandjak par des forces militaires supérieures à celles qui y tenaient garnison auparavant.

Quant à la lutte engagée actuellement dans l'Albanie du Nord, entre les troupes turques et les Arnautes révoltés, elle n'agite guère les esprits ici. On croit, à la vérité, que cette campagne exigera de sérieux sacrifices, mais que le Gouvernement ottoman réussira finalement à pacifier les tribus albanaises rebelles tant par la force des armes que par des négociations qui, en pareil cas, sont le complément indispensable d'une action militaire.

107.

BRUXELLES, 19. 4. 1911.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 2 avril 1911.)

Politique russe dans les Balkans.

Dans les pays balkaniques on a suivi avec intérêt, à raison des enseignements qu'on en tire, les phases du différend qui a surgi entre la Russie et la Chine au sujet de l'interprétation du traité de 1881.

L'état des forces moscovites réunies sur les frontières de l'Ili et de la Kachgarie autorise à penser que la Russie porte son attention sur les dépendances extérieures de l'Empire du Milieu et se prépare à les occuper militairement. On en conclut à une modification très sensible de la politique de la Russie, et il est inutile d'ajouter qu'à Bucarest on est très disposé à s'en féliciter.

Arrivé au pouvoir après les désastres de 1905, M. Iswolsky n'avait négligé aucun effort pour rétablir une entente complète avec le Japon et faire comprendre à son maître que tout agrandissement sur la frontière extrême-orientale risquait de susciter une nouvelle guerre. Il avait repris la politique traditionelle de la Russie, qui seule répond aux aspirations nationales. Quoi qu'en aient dit les organes de la Triple-Alliance, il ne l'a pas

pratiquée sans succès, puisqu'en dépit de la défaite du slavisme à Belgrade en 1908 la Russie a, depuis 5 ans, récupéré dans les Balkans une partie de l'influence qu'elle y avait perdue.

Aujourd'hui, sous l'inspiration de M. Sasonow et sous l'impulsion du parti militaire, la Russie se tourne de nouveau du côté de la Chine. Sur les causes de ce revirement les avis diffèrent. Les uns l'attribuent aux conseils de l'Allemagne et le rattachent à l'entrevue de Potsdam. C'est là une simple conjecture qui n'est d'ailleurs étayée d'aucun argument sérieux. **L'Allemagne jouit d'un tel prestige qu'on la croit volontiers mêlée à tous les évènements d'importance: on lui suppose aussi des arrière-pensées qui n'existent souvent que dans l'esprit de ceux qui les lui prêtent.**

D'autres y voient une conséquence de la révolution jeune-turque. La victoire facile des Constitutionnels et du Comité «Union et Progrès» a surpris la Russie; la rapidité avec laquelle la Jeune-Turquie a réorganisé son armée l'a déconcertée. Elle a compris, semble-t-il, que cette armée pourrait devenir un obstacle à l'exécution de ses desseins et que c'était s'exposer à des déceptions que d'escompter la chute de l'Empire et son partage.

Cette hypothèse parait plus vraisemblable, et elle est admise par des diplomates ordinairement bien renseignés sur la politique extérieure.

108.

BRUXELLES, 27. 4. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 14 avril 1911, No. 115.)

Troubles d'Albanie. Rôle du Monténégro.

Les nouvelles de l'Albanie sont assez confuses; mais il en résulte que la résistance des insurgés est plus sérieuse qu'on ne s'y attendait.

Ils ont même remporté quelques succès qui s'expliquent par l'extrême faiblesse des troupes régulières dont le Gouvernement dispose encore à l'heure qu'il est dans cette région.

Quoiqu'il en soit, l'insurrection n'aurait pas de caractère inquiétant et pourrait être assez facilement réprimée lors de l'arrivée des renforts qui sont actuellement en route, si les Malissores ne trouvaient pas d'appui à l'extérieur. Maix l'attitude du Monténégro devient de plus en plus équivoque et préoccupe sérieusement la Sublime Porte depuis trois jours, malgré les assurances de neutralité que le Roi Nicolas a fait donner hier encore à Constantinople par l'intermédiaire de son Chargé d'Affaires.

On se demande quelle est l'influence qui pousserait le Monténégro à se lancer dans une pareille aventure. Les uns soupçonnent la Russie; il parait peu vraisemblable pourtant que le Cabinet de St. Pétersbourg dont les yeux sont actuellement tournés vers la Chine et le nord de la Perse, engage en même temps le nouveau petit royaume à suivre une politique qui pourrait provoquer une conflagration générale dans les Balkans.

D'autres accusent l'Autriche de vouloir compliquer la situation afin de faire un pas de plus vers Salonique. Mais il semble que le Marquis Pallavicini, qui est actuellement au «Ballplatz» et auquel sa profonde connaissance de l'Orient révèle les dangers d'une pareille politique, ne voudrait pas en prendre la responsabilité.

Certains diplomates croient que l'attitude du Monténégro n'est pas inspirée par des conseils venant de l'étranger, mais que ce peuple belliqueux, entraîné par sa sympathie pour les populations chrétiennes qui se battent près de ses frontières contre l'ennemi séculaire veut forcer la main à son Souverain pour aider l'insurrection. Les risques auxquels il s'expose ne sont pas aussi grands qu'ils le paraissent; car, en cas de revers, le Roi Nicolas peut compter, grâce à ses alliances de famille, sur des protections assez puissantes pour préserver son peuple d'un écrasement, tandis que, d'autre part, les évènements peuvent prendre une tournure qui lui permette de profiter d'une guerre.

En attendant, le Gouvernement ottoman a pris une mesure regrettable en vue d'aider à la répression du mouvement. Il a fait distribuer des armes aux Musulmans habitant la région

où les Malissores sont en révolte. Les consuls étrangers à Scutari ont rédigé à ce sujet une note signalant le danger auquel sont exposées les populations chrétiennes sans défense devant ces irréguliers indisciplinés.

Les pessimistes prévoient de graves complications et vont jusqu'à dire que nous sommes aux débuts d'une nouvelle liquidation de l'Empire ottoman. Cette opinion est évidemment exagérée, et il y a tout lieu d'espérer que lorsque Chefket Tourghout Pacha, qui vient de partir pour le théâtre des hostilités, disposera des 25 bataillons qui lui sont envoyés, il apaisera rapidement la révolte des Malissores, de même qu'il a réprimé avec succès le mouvement albanais de l'année dernière.

109.

BRUXELLES, 27. 4. 1911.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 15 avril 1911, No. 32.)

Situation politique actuelle au Maroc.

Les troubles qui depuis quelques semaines se produisent au Maroc sont dépeints sous des couleurs tellement sombres par la presse européenne et surtout française, qu'à distance on pourrait croire que nous sommes à la veille d'un mouvement xénophobe analogue à celui qui éclata en Chine en 1900. Il ne s'agit pourtant ici que d'un phénomène normal dans un état sans cohésion. L'unité, base de toute organisation nationale, manque à l'Empire chérifien, et l'autorité du Sultan ne s'exerce, même en temps ordinaire, que sur un tiers du pays que les géographes désignent sous le nom de Maroc.

Le soulèvement actuel a pour cause l'intention de Mulaï-Hafid de visiter l'une ou plusieurs des villes de son empire, entre autres Tanger. Ces voyages, qui déplacent des milliers de personnes, entraînent des frais énormes, et, comme le trésor impérial est toujours vide, ils forcent le Maghzen à pressurer les tribus voisines de Fez. Il faut croire que, cette fois, le Grand-Vizir a dépassé la mesure, puisqu'une révolte générale a éclaté:

de là, des combats continuels, mais plus bruyants que meurtriers. Le pays n'en parait guère troublé, et le service des postes avec Fez se fait à peu près régulièrement. En somme, il suffirait de quelques concessions, — le renvoi du Grand-Vizir par exemple, — pour tout faire rentrer dans l'ordre[1]).

Les journaux français ont proclamé l'héroïsme de la mission militaire envoyée à Fez et demandé son renforcement. Cette mission se compose actuellement de 35 officiers ou sous-officiers, et cet effectif va être graduellement porté à 150 hommes. C'est ainsi que, petit à petit, les troupes françaises s'infiltrent au Maroc. A l'Est, le poste le plus avancé est à Taourirt à 180 kilomètres de Fez et à 80 de la frontière algérienne. Cet établissement a pu se faire si loin grâce au «droit de suite» basé sur l'article 4 du traité de Lalla Marnia de 1845, imposé au Maroc après la bataille d'Isly. On relie Taourirt à la province d'Oran par une voie ferrée; de sorte que l'armée d'Algérie ne sera plus qu'à huit jours de la Capitale. A l'ouest, sur les confins de la Chaouia, il s'agit de punir les tribus Zaërs accusées d'avoir assasiné un officier chargé d'une opération de police. On prépare à Casablanca une marche en avant contre ces tribus dans la direction de Méquinez, poussée qui étendra encore la zone annexée. On peut ainsi prévoir le jour où les colonnes parties de l'est et de l'ouest se rencontreront à Fez.

La France a avancé au Sultan 10 000 000 pour lui permettre de se constituer un embryon d'armée avec instructeurs français: ce prêt, remboursable par annuités d'un million, aura pour effet de retarder de plusieurs années l'évacuation de Casablanca, laquelle devait se faire théoriquement dans soixante-quinze ans. D'autre part, la politique extérieure de l'empire est aux mains du Cabinet français dont El Mokri reçoit plusieurs mois les inspirations à Paris.

Il faut mentionner aussi comme entièrement francisés: les douanes, les travaux publics, le service de l'emprunt, les télégraphes et bientôt les phares et l'exploitation des mines.

[1]) Hier ist aus dem Originalbericht die bezeichnende Stelle ausgelassen: «La France ne pouvait laisser passer une si belle occasion d'affirmer son rôle de sauveur de la civilisation».

Rien ne s'oppose plus à cette pénétration pacifique. L'Allemagne s'est effacée depuis l'arrangement du 9 février 1909 par lequel, en échange de garanties économiques, elle reconnait la prépondérance et la situation politique de la France. La Russie, l'Angleterre, l'Italie et le Portugal sont les plus fermes soutiens de la politique française. Lentement, mais sûrement, la France poursuit donc son travail d'absorption, à peu de frais, et sans devoir verser le sang de ses soldats. Une visite du Sultan à Tanger, en rendant à ce dernier un peu de prestige, aurait pu la gêner: cette éventualité est écartée. Les troubles cesseront d'eux-mêmes et lui auront servi à étendre un peu plus loin son influence.

L'Espagne seule proteste contre les faits qui s'accomplissent. Malgré les assurances officielles, les relations franco-espagnoles ne sont rien moins que cordiales: de multiples petits incidents permettent d'en juger à Tanger. Une des clauses secrètes du traité franco-espagnole assure, dit-on, l'occupation de Tanger et du pays avoisinant aux troupes espagnoles, mais en cas d'anarchie seulement, situation dont la France ne voudra jamais convenir: ses instructeurs sont là pour maintenir l'ordre. Le moment est passé, pour l'Espagne, de s'étendre jusqu'à l'Atlas comme le voudraient certains «Africanistes». Elle est depuis plus de quatre siècles à Melilla, sans résultat aucun. La sanglante campagne de 1909 elle même n'a été un succès ni militairement, ni économiquement; et, cette fois encore, malgré ses préparatifs militaires, plus bruyants qu'efficaces, elle devra s'incliner devant la «francisation» de ce qui fut le Maroc indépendant.

L'appréciation la plus juste des évènements actuels a été, semble-t-il, émise par la «Neue Freie Presse» qui a dit que ce à quoi nous assistons n'est plus qu'une «question de politique intérieure française».

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Polit.-Wych.

110.

BRUXELLES, 2. 5. 1911.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 21 avril 1911, No. 77.)

Les Balkans. Soulèvement albanais.

Certaines personnalités des mieux informées de Bucarest concernant les affaires balkaniques, considèrent l'insurrection d'Albanie comme l'évènement le plus grave dont la Turquie ait été le théâtre depuis deux ans. D'après leur opinion ce serait d'Albanie et non de Macédoine que jaillirait un jour l'étincelle destinée à mettre le feu aux Balkans.

L'Autriche-Hongrie serait étrangère aux agissements des conspirateurs d'Albanie et du Monténégro. Elle ne désirerait pas le démembrement de la Turquie et ne chercherait pas à s'étendre jusqu'à Salonique. Il lui eût été relativement aisé de poser des jalons dans cette voie en occupant la Serbie en 1909. Son armée était mobilisée, le parti militaire poussait vivement à la guerre et aucune Puissance ne se trouvait en mesure de s'opposer à ses projets. Pourtant elle a résisté à toutes les sollicitations parce que cet agrandissement aurait été pour elle une cause de faiblesse en raison des difficultés internationales qu'il aurait suscitées dans la suite. Si on jette les yeux sur une carte on voit aussitôt que pour arriver à Salonique la Monarchie devrait s'annexer des provinces habitées par des Serbes, patriotes ardents, malaisés à gouverner, et qui seront toujours animés d'intentions hostiles à l'égard de la Puissance conquérante. La Hongrie renferme déjà trop de Serbes que tous ses efforts ne parviennent pas à nationaliser.

L'Autriche et la Hongrie possèdent d'ailleurs à Trieste et Fiume des débouchés suffisants sur la mer. Salonique est trop éloignée des centres de production austro-hongrois pour devenir un port d'exportation des marchandises de l'Empire.

Ce qui contribue à donner le change à l'opinion sur les visées de l'Autriche-Hongrie c'est que les grands journaux de ce pays s'occupent presqu'exclusivement de l'Orient et entretiennent la légende de la poussée vers Salonique. Il n'est pas mauvais qu'il en soit ainsi parce que la pensée d'un idéal à réaliser con-

tribue à maintenir de la cohésion dans cet Empire de cinquante millions d'habitants divisés en tant de nationalités distinctes.

L'Italie parait, aux yeux de certains Roumains, moins désintéressée dans la question de l'Albanie, dont les côtes s'étendent en face des siennes. A Rome plus qu'ailleurs on a vu sans déplaisir l'échec du comité Union et Progrès, son incapacité à organiser la Turquie nouvelle. On se rappelle les polémiques très vives qu'a provoquées au Parlement italien l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, les menaces qui ont été proférées contre l'Autriche-Hongrie lorsqu'on la soupçonnait de vouloir s'annexer la Macédoine sans appeler au partage son alliée du Sud.

Depuis quelques années l'Italie déploie dans l'Empire ottoman une activité remarquable, elle y noue des intelligences, s'y crée une clientèle. La constitution d'une Albanie indépendante et assez forte pour barrer à tout envahisseur la route de Kossovo et de d'Uskub serait avantageuse pour l'Italie.

L'opinion ainsi résumée est évidemment basée sur des conjectures, mais elle est renforcée chez ceux qui la professent par la certitude que des milliers de réfugiés ottomans, dénués de moyens d'existence, ont pu passer l'hiver au Monténégro, acheter des armes, et s'équiper, grâce aux ressources que leur procuraient les Albanais vivant en Italie.

111.

BRUXELLES, 12. 5. 1911.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 2 mai 1911, No. 36.)

Situation politique au Maroc. France et Espagne.

Les Cabinets d'Europe sont bien mieux placés que leurs représentants à Tanger pour se rendre compte de la situation présente au Maroc. Aucun des diplomates accrédités ici ne sait exactement ce qui se passe. **Le Chargé d'Affaires de France lui même qui devrait être le plus au courant affirme que Paris ne correspond guère avec lui, et assure que la brusque décision du Gouvernement de la République de marcher sur Fez l'a d'autant plus surpris qu'il n'avait jamais cessé de conseiller de**

se borner à l'emploi de troupes locales suffisantes pour devenir maître d'une situation que les journaux de Paris semblent noircir à l'envi. Il en est de même du «Times» dont le correspondant à Tanger, M. Harris, est depuis l'entente cordiale entièrement à la dévotion de la France. Fez est bloquée, mais pas si étroitement que les correspondances ne puissent arriver jusqu'ici, les murs et l'absence d'artillerie chez les tribus la garantissent de toute attaque de vive force. Les dernières nouvelles reçues hier à Tanger datent du 23. Les lettres adressées par la mission militaire italienne à Fez au Ministre d'Italie ne sont qu'un simple récit d'escarmouches et l'on n'y fait aucune allusion à des troubles possibles dans l'intérieur de la ville ou au péril que court la colonie européenne qui se compose de 50 personnes dont 18 officiers français. La vie et les intérêts des étrangers ne sont donc pas menacés.

On peut se demander si la résolution de brusquer les évènements n'est pas due aux semblants de préparatifs militaires de l'Espagne. On croit généralement l'armée espagnole incapable de soutenir une campagne un peu sérieuse; les spécialistes qui ont suivi l'expédition de Melilla sont d'accord sur ce point. A Madrid d'ailleurs, il faut compter, d'une part, avec l'élément militaire qui flatte les sentiments guerriers du jeune Roi et lui a déjà donné le nom d'Alphonse l'Africain et, d'autre part, avec le sentiment populaire nettement hostile à tout ce qui ressemble de près ou de loin à une campagne coloniale.

La semaine dernière M. Canalejas se montrait préoccupé des intentions de la France et déclarait que son pays n'abandonnerait pas les droits qu'il tient des traités, d'autant plus qu'il ne croyait pas à une occupation temporaire de Fez se bornant à un simple rétablissement de l'ordre. Pendant ce temps les colonnes françaises arrivaient aux portes de Rabat, où le sous-chef de l'Etat Major espagnol «étudiait le plan de la ville» disent les journaux de Madrid. L'opinion espagnole se montre naturellement fort irritée d'être bernée par son alliée, et ne sachant où trouver aide espère voir intervenir le veto de l'Allemagne.

Cela parait une illusion.

112.

BRUXELLES, 13. 5. 1911.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 5 mai 1911, No. 630.)

Troubles d'Albanie.

On croit à Berlin et à Vienne que la répression de l'insurrection albanaise prendra beaucoup de temps, mais que la Turquie dispose de forces suffisantes pour en venir à bout.

Il semblerait même plus difficile qu'autrefois à l'Albanie de se constituer en pays indépendant. Les chrétiens albanais catholiques romains vivaient en bonne harmonie avec leurs compatriotes musulmans. Le sentiment de la solidarité de la race unissait ce petit peuple le seul qui ait survécu parmi les Pélasges. Il en était ainsi dans le temps, mais la situation semble s'être modifiée maintenant; il y a en Albanie entre musulmans et chrétiens une haine aussi vivace que dans le reste de l'Empire ottoman.

Le moment n'est pas non plus propice pour un mouvement séparatiste qui n'aurait guère de chance de succès s'il ne coïncidait pas avec une action de la Bulgarie pour réaliser ses vues sur la Macédoine.

Le Ministère Gruchow ne parait pas désireux de courir les aventures et la Russie veut la tranquillité dans la Péninsule des Balkans. Or il ne s'y produit jamais de troubles bien dangereux. **S'ils ne sont pas au moins tolérés par le Gouvernement russe, provisoirement détourné de la Turquie par beaucoup d'autres préoccupations.**

113.

BRUXELLES, 17. 5. 1911.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 5 mai 1911.)

Situation au Maroc.

La colonne de troupes chérifiennes placée sous les ordres du commandant français de Brémond vient de rentrer à Fez. Forte de 2500 hommes, après avoir couru des périls sans nombre

à en croire la version française, elle a rejoint la capitale n'ayant que 30 disparus — de simples déserteurs vraisemblablement. C'est cependant à son secours que marchent les troupes qui s'accumulent dans la Chaouia. **En dehors des cercles français qui dépeignent[1]) la situation comme désespérée, personne ici n'a eu d'inquiétudes sur le sort des Européens à Fez.** Le Colonel Muller, inspecteur de la police chérifienne vient de rentrer d'une tournée de service dans l'intérieur de l'Empire qui a duré près de trois mois. Nulle part il n'a été inquiété, bien au contraire, plus il allait vers le sud qu'à Paris l'on prétend menacé d'un mouvement xénophobe, mieux il était accueilli. **On peut en conclure que si les Européens se trouvent prochainement en péril, c'est à la marche en avant des colonnes de secours qu'il faudra l'attribuer[2]).**

114[3]).

BRUXELLES, 18. 5. 1911.

(Extrait d'un rapport de Londres du 9 mai 1911, No. 243.)

Affaires marocaines.

Si l'on suit à Londres avec intérêt les développements de la campagne française au Maroc, c'est que l'opinion n'est pas sans redouter les effets possibles sur la politique européenne. **On semble appréhender de voir la France, par quelqu'acte imprudent, donner prise à une réclamation de l'Allemagne.**

Bien entendu on est loin de croire que le Gouvernement impérial veuille la guerre; on est persuadé que l'Empereur ne la désire pas, mais on se demande si le Cabinet de Berlin ne serait pas tenté, dans certaines éventualités, de s'affirmer par quelque réclamation et de donner ainsi une preuve éclatante de sa puissance qui serait humiliante pour le Gouvernement

[1]) Im Originalbericht stand: «qui ont intérêt à dépeindre».

[2]) Hier ist im Zirkular aus dem Originalbericht die bezeichnende Stelle ausgelassen: «Peut-être celles-ci entreront-elles à Fez au moment où M. Fallières sera à Bruxelles. Dans ses conversations M. Cruppi ne manquera pas de vous faire remarquer le rôle tout désintéressé et humanitaire que joue son pays au Maroc: n'en croyez rien».

[3]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 69, S. 82.

de la République et désagréable pour l'Angleterre et la Russie. Le Gouvernement allemand, en affirmant sa prépondérance dans les conseils de l'Europe justifierait ainsi, vis à vis des partis de l'opposition parlamentaire allemande l'utilité du maintien de ses énormes forces militaires et navales dont le coût lui est constamment reproché au Reichstag.

Une occupation de Fez, qui revêtirait par exemple un aspect trop définitif ou un manquement à l'esprit, si pas à la lettre des engagements pris à Algésiras, pourrait fournir à Berlin une occasion d'intervenir.

Certains organes chauvins de la presse londonienne déclarent que la Grande-Bretagne devrait soutenir énergiquement le Cabinet français, si le Gouvernement impérial faisait mine d'exercer une pression. Cette attitude ne semble pas devoir être celle qu'adopterait un Gouvernement aussi pacifique que celui de M. Asquith.

Interpellé tout récemment à la Chambre sur l'action française au Maroc Sir E. Grey s'est borné à dire que la décision du Gouvernement de la République quant à l'envoi de troupes à Fez avait été notifié au Gouvernement anglais par une simple communication verbale que la méhalla avait été envoyée à Fez à la demande expresse du Sultan et que pour ce qui en était du droit d'intervention de la France, il renvoyait les orateurs à l'acte d'Algésiras et à l'arrangement anglo-français de 1904.

115.

BRUXELLES, 19. 5. 1911.

(Extrait d'un rapport de Madrid du 11 mai 1911, No. 82.)

Maroc, France et Espagne.

Le manque de confiance des journaux espagnols dans la sincérité des déclarations de la France au sujet du Maroc a fini par éveiller les susceptibilités du Gouvernement de la République, et cela avec d'autant plus de raison que les organes inspirés par le Cabinet Canalejas étaient à l'avant-garde de cette campagne.

L'Ambassadeur de France a fait comprendre les inconvénients d'une telle attitude de la presse, et le premier ministre, oubliant les paroles précédemment prononcées devant les journalistes au cours de ses entretiens quotidiens a, d'accord avec son collègue des Affaires Étrangères, envoyé aux journaux un communiqué qui donne toute satisfaction à la France.

Cette note affirme une parfaite entente entre les Cabinets de Paris et de Madrid et reconnait que M. Cruppi et l'Ambassadeur de France sont animés, tout comme M. M. Canalejas et Garcia Prieto, du plus grand désir de maintenir la bonne harmonie indispensable à la sauvegarde des intérêts respectifs des deux pays. Quant à l'attitude de la presse, elle est expliquée par l'émotion que suscite la question marocaine et par la facilité avec laquelle sont accueillies de part et d'autre les nouvelles irritantes.

Deux jours auparavant une autre note apprenait au public «l'opération de police» accomplie aux environs de Ceuta par les forces expagnoles, pour mettre un terme aux vols et aux attentats qui s'y commettaient journellement. Trois collines situées dans un rayon de 5 à 6 kilomètres du camp de Ceuta ont été occupées sans la moindre opposition par un détachement d'environ 300 hommes de troupes indigènes.

Il est assez vraisemblable que cette initiative aura été inspirée par le Gouvernement français, qui depuis longtemps conseillait aux Espagnols de «faire quelque chose» dans l'espoir sans doute de faire accepter plus facilement ses propres entreprises.

Telle est aussi la raison des offres faites à l'Espagne de participer à la construction du chemin de fer de Tanger à Alcazar, dont le premier projet avait excité tant de mécontentement.

Il faut, du reste, reconnaître qu'une partie de la responsabilité du mécontentement qui s'est manifesté envers la France retombe sur le groupe colonial français qui pousse sans cesse le Gouvernement de la République, avec lequel il est souvent en désaccord, à ne ménager aucune susceptibilité et à envahir de toutes parts l'Empire marocain pour arriver plus vite à Fez.

L'infériorité de sa situation vis-à-vis de sa trop puissante associée a bien poussé le Gouvernement espagnol à chercher

un appui du côté de l'Allemagne; mais il n'a dû trouver que peu d'encouragement à Berlin, où l'on n'a pas oublié l'attitude de l'Espagne à Algésiras et où l'on juge sans doute plus pratique de se faire accorder par la France des avantages commerciaux au Maroc en échange de certaines complaisances, avec la réserve toutefois que, si la République sortait du rôle qui lui a été assigné par la Conférence les Puissances seraient en droit de reprendre leur liberté d'action.

116.

BRUXELLES, 1. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 17 mai 1911, No. 89.)

Situation politique en Turquie.

La Roumanie a acueilli avec une vive satisfaction le mouvement révolutionnaire qui mit fin, il y a trois ans à l'absolutisme hamidien en Turquie et suit avec intérêt les vicissitudes de succès et de revers des partis dans leurs efforts de réorganisation. Cet intérêt tient à la politique et non au sentiment. Bien des Roumains se souviennent encore de la crainte que le Turc leur inspirait et des entraves de toute sorte qu'un régime exécré mettait à leur développement économique. Mais la Roumanie redoute tout changement dans les Balkans; elle ne veut pas que la question de suprématie y soit tranchée en faveur de la Bulgarie et, dans ce but, elle a besoin d'une Turquie assez forte pour décourager les convoitises de ses voisins. En raison de ce rapprochement d'intérêts, il est assez difficile à Bucarest d'être exactement renseigné sur le véritable état des choses en Turquie, les hommes politiques et la presse inclinant à l'optimisme et feignant de ne pas apercevoir les lézardes de l'édifice nouvellement construit.

Le Dr. Rosen vient de passer quelques jours à Bucarest au moment de la crise ministérielle. Contrairement à l'opinion généralement répandue en Occident, le Dr. Rosen a confiance dans le succès du mouvement Jeune Turc et croit à la sincérité des efforts accomplis par le parti révolutionnaire pour

régénérer le pays. Selon lui, il n'est impossible de maintenir l'harmonie dans le comité «Union et Progrès» qui compte quelques hommes remarquables et désintéressés. Il se passera nécessairement un peu de temps avant qu'ils n'acquièrent des idées justes sur la politique et l'art du gouvernement; mais ils reconnaissent déjà les fautes qu'ils ont commises en ne tenant pas compte, dans l'application du nouveau régime, de l'état arriéré de certaines populations et surtout des différences ethniques de celles-ci et de leurs aspirations religieuses.

La plus grande difficulté est de trouver un vizir et des ministres qui consentent à se subordonner au comité «Union et Progrès». Hakki Pacha est un personnage estimé, d'un esprit pénétrant, mais dépourvu d'autorité. Il est à peine connu dans les provinces et n'a que peu de contact avec les hommes politiques. Djavid Bey, financier avisé, manquait de doigté et de souplesse: sous ce rapport son successeur parait plus qualifié pour résoudre les difficultés qui surgissent à chaque instant. Des hommes nouveaux d'une nuance modérée et conservatrice viennent d'arriver au pouvoir: il serait prématuré de les apprécier dès maintenant. Toutefois, il est peu probable qu'il se trouve parmi eux un personnage capable de contrebalancer l'influence prépondérante de Mahmoud Chefket.

Le Dr. Rosen a été étonné des progrès réalisés par l'armée: ce qu'il a vu a dépassé de loin son attente. L'administration civile commence aussi à s'organiser dans une mesure moindre, il est vrai, ainsi que le constatent les rapports des consuls.

L'accord est complet entre les Puissances de la Triplice au sujet de l'attitude à adopter vis-à-vis de la Turquie. Il vise le maintien de l'intégrité de l'Empire: L'Allemagne est d'autant plus intéressée qu'elle s'est substituée à la France dans l'office de banquier de la Sublime Porte.

Le langage du Dr. Rosen décèle une grande satisfaction au sujet des avantages remportés sur le Bosphore par la diplomatie allemande. Celle-ci s'est vite remise de l'éclipse qu'elle avait subie après la chute du régime hamidien: elle doit ce succès au coup d'œil du Baron Marschall qui s'est immédiatement orienté vers la Jeune Turquie. Actuellement, l'Ambassadeur

allemand jouit des sympathies et de la confiance du monde politique; dans les cercles militaires l'autorité du Baron von der Goltz, le réorganisateur de l'armée, est incontestée. Assuré, depuis l'entrevue de Potsdam, que la Russie ne fera plus d'obstacle à la construction du chemin de fer de Bagdad, l'Ambassadeur prévoit l'achèvement des travaux et la mise en exploitation de la ligne jusqu' à Bagdad dans un délai de cinq ans.

A Constantinople, on n'aime à parler de l'Albanie, et les étrangers sont souvent réduits aux renseignements de Scutari et de Cettigné. De Scutari, le Consul d'Allemagne a télégraphié la semaine dernière: «Nickts (!) Neues» c'est-à-dire que Thurghut Pacha n'utilise pas les forces mises à sa disposition et ne tente aucun mouvement, sous prétexte que les passes des montagnes sont encore obstruées par la neige: en réalité Thurgut Pacha compte sur la conciliation pour ramener les insurgés. De Cettigné, on signale de petits engagements à la frontière entre Monténégrins et réguliers turcs: ces incidents ont motivé des représentations véhémentes de l'Envoyé ottoman au Roi Nicolas. Sa Majesté les a, dit-on, accueillies en souriant. La frontière monténégrine, aurait-elle répondu, à cause de son étendue et de la nature escarpée du terrain, est difficile à surveiller; comment, dès lors, pourrait-on empêcher, soit la pénétration des Malissores soit la sortie de secours et de munitions destinés aux rebelles?

A Constantinople, on ne met pas en doute que des comités italiens ne fassent passer des secours aux Arnautes. Ceux-ci, dont les armes constituent souvent toute la fortune, ont coutume de dire qu'un fusil italien ne coûte rien.

On attache une certaine importance à l'expédition de Garibaldi. Ses projets constituaient, il est vrai, un acte de chantage vis-à-vis du Gouvernement italien qui a dû payer les dettes du héros en vue d'obtenir son désistement. On a néanmoins des raisons de croire que, si les Arnautes remportent quelques succès, Garibaldi trompera facilement la surveillance dont il est l'objet et réussira à débarquer sur les côtes d'Albanie.

117.

BRUXELLES, 1. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 22 mai 1911, No. 700.)

La visite de l'Empereur et de l'Impératrice d'Allemagne à Londres.

La presse allemande s'était à peine occupée, il y a peu de temps, du discours de Sir E. Grey relatif à l'amélioration des relations entre l'Angleterre et l'Allemagne, quoique cette tentative de rapprochement parût plus sérieuse que celles qui l'avaient précédée et fût accompagnée d'un acte, c'est-à-dire d'un changement complet de l'attitude de l'Angleterre dans la question du chemin de fer de Bagdad.

Il en est de même aujourd'hui, à l'occasion du récent voyage de l'Empereur et de l'Impératrice à Londres.

Seule la »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« a exprimé sa satisfaction du bon accueil que Leurs Majestés ont trouvé de la part de la cour et de la population. Dans l'organe officieux c'était de rigueur. Les autres journaux se sont bornés à insérer des correspondances rendant compte des réceptions et des fêtes et à reproduire les articles de la presse anglaise sans y ajouter le moindre commentaire. On dirait qu'ils sont blasés par les innombrables tentatives de rapprochement opérées dans les dernières années et qui n'ont jamais été suivies d'effet.

Leur scepticisme n'est peut-être pas injustifié mais leur défiance paraît exagérée; il faudrait au moins attendre les événements pour asseoir un jugement.

Le Roi d'Angleterre s'est exprimé en termes particulièrement chaleureux lorsqu'il s'est adressé à l'Empereur d'Allemagne lors de l'inauguration de la statue de la Reine Victoria. Il ne s'est pas enfermé dans les formules banales de courtoisie inévitables en pareilles circonstances. Son discours a été confiant et affectueux.

Les journaux anglais ont rendu justice aux éminentes qualités de l'Empereur si souvent et si longtemps méconnues. Ils sont unanimes à exprimer l'espoir que la visite à Londres soit le début d'une ère nouvelle qui mettra fin aux anciens malentendus.

Le «Daily Telegraph» généralement très peu bienveillant pour l'Allemagne cite parmi les mérites de l'Empereur celui d'avoir doté son peuple d'une marine militaire de premier ordre.

Au sujet des armements maritimes un revirement semble du reste s'être produit dans l'opinion publique anglaise. On a commencé à comprendre ce qu'il y avait d'excessif dans la prétention d'imposer à ces armements une limite et l'on s'est déclaré satisfait de l'engagement réciproque de se communiquer les projets de constructions navales. La concession n'a pas dû coûter beaucoup au Gouvernement impérial. Il suffit de lire les budgets pour être complètement renseigné à cet égard.

D'ailleurs le temps est passé où l'on pouvait espérer étouffer dans son germe le développement de la marine de guerre allemande. En cas de conflit la flotte allemande serait peut-être anéantie; mais non sans avoir infligé à la flotte anglaise de très sérieuses pertes qui au moins temporairement mettraient en péril la suprématie maritime britannique.

La visite à Londres ne donne sans doute pas la garantie que l'ancien antagonisme ne renaîtrait pas si quelque question épineuse venait à surgir, mais il y a néanmoins des symptômes d'apaisement que l'on aurait tort de traiter en quantité négligeable.

118[1]).

BRUXELLES, 7. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Londres du 22 mai 1911, No. 272.)

Visite de l'Empereur d'Allemagne à Londres.

Le couple impérial allemand a quitté Londres, le 20 mai, emportant le meilleur souvenir de sa visite, qui a fait une bonne impression. L'accueil plutôt sympathique qui a été, dès le début, fait par le public aux Majestés Allemandes, s'est accentué de jour en jour, pendant leur séjour. L'Empereur et l'Impératrice se sont prodigués; la population, prévenue de tous leurs mouvements, était échelonnée sur leur passage et passait des heures

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 71, S. 85.

à attendre leur retour de diverses excursions, pour les acclamer à la rentrée au Palais. La différence dans l'accueil réservé à l'Empereur cette fois et celui qui lui a été fait au mois de novembre 1907 a été marquée. Une froide méfiance caractérisait l'attitude nationale il y a 4 ans; cette fois une atmosphère plus cordiale était visible; l'absence de tout apparat militaire la favorisait. Pas de troupes, pas d'escorte, vu le caractère privé, qu'on a scrupuleusement observé dans la réception et qui a été accentué par le refus, rédigé en termes d'ailleurs très gracieux, opposé par l'Empereur à la démarche du doyen, M. Cambon, qui avait demandé à être admis à présenter avec ses collègues les hommages du Corps diplomatique à Sa Majesté.

La mort du Roi Edouard semble avoir amené une légère détente dans les relations anglo-allemandes. On dirait qu'à l'époque des «ententes» dont le défunt Souverain était si grand partisan, la nation même avait conscience de la tentative d'encerclement à l'égard de l'Allemagne que favorisait ouvertement le Cabinet de Londres et qui ne pouvait manquer de froisser celui de Berlin. On en craignait un peu les conséquences possibles; de la crainte à la haine, il n'y a qu'un pas, que la presse antigermanique n'a pas manqué de faire franchir. La panique, dont on s'est tant moqué en Allemagne, était humiliante et on en souffrait ici. Malgré les Cassandres des milieux navals et militaires, il semble que l'on se soit un peu ressaisi et, au moment très opportun où le public commençait enfin à faire la part de l'exagération, Guillaume II a paru, délaissant l'armure étincelante pour la redingote bourgeoise et promenant à travers Londres l'Impératrice et la Princesse avec les enfants royaux d'Angleterre. L'effet, pour momentané qu'il puisse être, a été bon. Le petit-fils de la Reine Victoria n'a pas à regretter la démarche qu'il a faite dans des circonstances propices.

119.

BRUXELLES, 7. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 27 mai 1911.)

La note russe au Gouvernement ottoman.

L'agence télégraphique de St. Pétersbourg a publié hier dans la matinée le texte d'une note que l'Ambassadeur de Russie aurait été chargé de remettre à la Sublime Porte pour lui signaler le sérieux danger résultant, au point de vue de la paix internationale de la concentration de troupes turques sur la frontière monténégrine, et engager le Gouvernement à déclarer sans retarder de la façon la plus catégorique que ses sentiments à l'égard du Monténégro sont parfaitement pacifiques.

Cette information a produit ici dans les cercles politiques une émotion bien naturelle. Le télégramme de l'agence de St. Pétersbourg est cependant inexact en deux points.

D'abord M. Tcharykoff n'a pas été chargé de remettre une note, mais simplement de faire une communication verbale au Ministre des Affaires Etrangères; en second lieu les termes qu'il devait employer ne devaient pas être aussi catégoriques que ceux figurant dans le texte publié par l'Agence télégraphique et qui ont presque le caractère d'un ultimatum. En d'autres mots, la teneur du télégramme de Pétersbourg est exacte quant au fond, mais le ton des observations que la diplomatie russe a reçu la mission de formuler était plus courtois et conciliant.

Quand l'Ambassadeur se rendit hier dans l'après-midi à la Sublime Porte il trouva le Ministre des Affaires Etrangères dans un état de surexcitation très grand. Rifaat Pacha exprima tout son mécontentement de ce que le public avait pu apprendre par les journaux la communication qui lui était transmise de St. Pétersbourg, avant même qu'elle n'ait été faite. M. Tcharykoff ne put que déplorer lui-même l'indiscrétion.

Après que l'Ambassadeur eût fait de vive voix au Ministre les déclarations dont il était chargé, il offrit de lui laisser un aide-mémoire au sujet des points principaux qu'il venait de toucher

mais Rifaat Pacha le refusa tenant à laisser à la communication un caractère exclusivement verbal.

On peut se demander jusqu'à quel point la démarche du Gouvernement était nécessaire. La Turquie a déjà protesté, en effet, de ses sentiments pacifiques à l'égard du Monténégro. Si elle a rassemblé des troupes sur la frontière de ce pays, ce fut uniquement afin d'empêcher les Malissores en révolte d'aller y chercher un point d'appui.

On peut donc croire que le but de la Russie est seulement de maintenir par cette déclaration son prestige de protectrice des Etats balkaniques.

120.

BRUXELLES, 8. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 27 mai 1911, No. 730.)

Note russe au Gouvernement ottoman.

La démarche du Gouvernement russe à Constantinople au sujet de la concentration des troupes turques à la frontière monténégrine a été provoquée par une demande du Roi Nicolas adressée au Grandes Puissances pour les prier de lui donner la garantie que la Turquie n'a pas l'intention d'attaquer son pays. Le Gouvernement russe a appuyé le Gouvernement monténégrin et il a prié les autres Cabinets de faire une démarche dans ce sens auprès de la Sublime Porte.

Le Gouvernement allemand a répondu que l'Allemagne n'est pas la tutrice de la Turquie; que nul ne peut se porter garant des intentions d'autrui et qu'il voyait d'autant moins de raison d'agir dans le sens proposé que l'Ambassadeur de Turquie à Berlin lui avait déclaré que son Gouvernement n'entretient aucun dessein hostile envers le Monténégro avec lequel il ne demande pas mieux que de vivre en paix. Du reste le Roi de Monténégro pourrait faire de son côté ce qui dépend de lui pour écarter les causes du conflit.

Le Gouvernement austro-hongrois a répondu dans le même sens.

Si les nouvelles télégraphiques arrivées hier ici sont exactes

toutes les grandes Puissances auraient refusé de faire la démarche suggérée. La Russie, fidèle à son rôle de protectrice des petits Etats slaves, a pris l'initiative d'adresser seule des remontrances au Gouvernement ottoman.

Dans les milieux officiels allemands on pense que le Cabinet de St. Pétersbourg n'a nullement eu l'intention de rouvrir par là la question de l'Orient qu'il avait laissé dormir depuis ses désastres en Asie. Il n'a eu sans doute pour but que de relever son prestige auprès des petits Etats des Balkans. La Russie ne peut pas vouloir la guerre. Elle a tout autre chose à faire qu'à se lancer dans les aventures.

On parait se rendre compte à St. Pétersbourg du fâcheux effet produit par la démarche russe. On fait dire par les journaux que la publication de l'agence télégraphique russe n'est pas d'origine officielle; que, de plus, on s'est trompé en prenant cette publication comme donnant le texte d'une communication écrite à adresser au Gouvernement ottoman. C'étaient simplement des instructions données à l'Ambassadeur de Russie à Constantinople pour qu'il s'en inspire dans une conversation qu'il devait avoir avec le Ministre des Affaires Etrangères ottoman et qui a eu lieu dans les termes les plus amicaux. Du reste, des conseils pacifiques ont été donnés aussi par le Gouvernement russe à Cettigné.

Tout cela est possible mais les explications fournies après coup ont plutôt l'apparence d'une manœuvre effectuée pour couvrir une retraite rendue nécessaire par l'échec des propositions que la Russie avait adressées aux autres grandes Puissances.

121.

BRUXELLES, 10. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 28 mai 1911, No. 159.)

Démarche russe à Constantinople au sujet du Monténégro.

Le journal le «Sénine», qui a remplacé le «Tanine» a publié, à propos de la démarche russe près de la Sublime-Porte, un article que l'on dit inspiré par le Grand Vizir.

Le «Sénine» se plaint d'abord du procédé de la diplomatie russe qui a fait publier le contenu de sa note, avant que celle-ci n'ait pu être remise à Rifaat Pacha. Il constate ensuite que la mauvaise impression produite à Constantinople s'est atténuée dès qu'on s'est aperçu qu'il ne s'agissait que d'observations verbales adressées par M. Tcharykoff au Ministre des Affaires Etrangères sur un ton beaucoup plus amical que celui de la note publiée par l'agence de St. Pétersbourg.

D'après le «Sénine», la démarche russe ne se justifie à aucun point de vue. C'est en effet le Monténégro qui a fourni des armes et un refuge aux rebelles albanais et fait des préparatifs militaires à la frontière. Le Gouvernement ottoman s'est borné à se prémunir contre une attaque éventuelle. C'est donc à Cettigné, et non à Constantinople, qu'il faudrait réprimer les velléités belliqueuses.

D'ailleurs, le Gouvernement ottoman est seul juge des mesures de précaution que les préparatifs militaires de ses voisins l'obligent à prendre.

L'auteur de l'article déclare en terminant que la démarche du Cabinet de St. Pétersbourg ne s'explique logiquement que si elle constitue le prélude d'une orientation nouvelle de la politique russe. Au cas contraire, elle constituerait une faute.

Certains cercles de Constantinople ont en effet cru voir, dans la démarche prescrite à M. Tcharykoff, l'indice d'une prochaine orientation de la politique russe vers les Balkans; mais il est peu vraisemblable que la situation intérieure de la Russie lui permette d'accomplir dès maintenant une évolution marquée dans ce sens.

Il est plus probable qu'elle aura seulement voulu rappeler aux slaves des Balkans qu'ils trouveront toujours en elle une protectrice veillant sur leurs intérêts.

On a aussi émis l'opinion que la Russie aurait été poussée à donner au Monténégro cette nouvelle preuve de sa sollicitude, en constatant certains progrès accomplis par l'influence autrichienne à Cettigné: il y aurait une connexion entre sa présente attitude et la révolte des Malissores, qui sont de religion catholique.

Quoi qu'il en soit, il était indispensable pourque l'avertissement donné à la Sublime Porte produisît sur les peuples balkaniques l'effet souhaité, qu'il fût publié par la presse. La publication de la note de l'Agence pétersbourgeoise n'est donc pas le résultat d'une «fuite» ainsi qu'on l'a prétendu tout d'abord.

L'attitude de la Russie a été spécialement désagréable au Gouvernement ottoman, dans un moment où il se débat contre de grandes difficultés intérieures.

Par contre, on a constaté avec une vive satisfaction à la Sublime Porte que les Cabinets de Vienne et de Berlin avaient refusé de s'associer à la démarche du Cabinet de St.-Pétersbourg.

La Russie ne peut logiquement désirer la renaissance de la nation ottomane; ses intérêts exigent au contraire que l'œuvre lente de la désagrégation de l'Empire se poursuive. Elle avait pris soin toutefois, depuis l'avènement du nouveau régime, de dissimuler ses sentiments véritables sous les apparences d'une vive cordialité. Elle a jugé le moment venu de se démasquer en partie.

En effet, elle désirait empêcher par tous les moyens le voyage impérial en Macédoine et en Albanie craignant qu'il n'eût pour effet de relever dans ces provinces le prestige du Khalifat.

On avait donc espéré à St. Pétersbourg qu'une démarche opportune aggraverait la crise intérieure, provoquerait la chute du Cabinet et rendrait impossible le départ du Sultan.

Ce plan a échoué: la Sublime Porte, encouragée sans doute par l'attitude de l'Allemagne et de l'Autriche, et se rendant compte aussi que la Russie n'a pour le moment ni les moyens, ni le désir de recourir à la force des armes, n'a donné aucune suite aux représentations que lui avait adressées M. Tcharykow: au contraire, elle vient d'ordonner l'envoi de dix nouveaux bataillons en Albanie.

D'autre part, l'intervention russe n'a pas eu sur la situation du Cabinet la répercussion qu'en attendaient ses auteurs: elle a plutôt eu pour effet d'accentuer le rapprochement des partis qui commençait à se dessiner. Le Grand-Vizir est certain d'obtenir de la chambre le vote de confiance qu'il se propose de

provoquer à cette occasion, et rien ne s'opposera au voyage du Sultan, qui partira probablement le 5 juin.

Le seul résultat de la démarche russe aura donc été d'ouvrir les yeux à ceux qui auraient encore gardé des illusions sur les véritables dispositions de la Russie à l'égard de la Turquie.

122.

BRUXELLES, 24. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 11 juin 1911, No. 55.)

Maroc. Intervention espagnole.

Les troupes espagnoles ont occupé Larache dans la soirée du 8 juin. Le Consul d'Espagne en avait, le même jour, prévenu ses collègues[1]). Le Ministre d'Espagne a adressé le 10 au Corps diplomatique une note qui expose les raisons d'agir de son Gouvernement. Le Marquis de Villasinda rapporte qu'il y a quelques jours, malgré la présence d'un croiseur à Larache un protégé espagnol et ses deux fils ont été assassinés dans la banlieue de la ville et leurs têtes promenées à travers les tribus voisines. Laisser impuni un pareil attentat équivaut aux yeux des indigènes à l'abandon du droit de protection que le Cabinet de Madrid entend exercer dans les limites de l'Acte d'Algésiras. Son intention était de n'opérer qu'un débarquement peu important, à titre de simple démonstration, les autorités chérifiennes et la police marocaine devant faire le reste. Mais les circonstances en ont décidé autrement. La colonie espagnole d'El-Ksar étant menacée, le consul d'Espagne a pris sur lui, sans attendre les instructions qui étaient en route, de faire débarquer 800 hommes et d'en envoyer 300 à l'intérieur. Le Marquis de Villasinda déclare en terminant que le pacha sera respecté et que le drapeau marocain ne sera pas amené.

Depuis plus de deux mois, des forces d'infanterie de marine se trouvaient concentrées à Cadix, prêtes à s'embarquer; mais, comme le pays était calme, tout motif d'intervention manquait.

[1]) Hier folgt im Zirkular, wohl infolge eines Versehens, nochmals der Satz: «Le Ministre d'Espagne en avait, le même jour, prévenu ses collègues».

L'assassinat d'un protégé s'est donc produit au moment opportun.

Le 6 juin, M. Canalejas affirmait aux Cortès que la «Cataluña», ancrée devant Larache, n'avait à bord aucun soldat espagnol, sauf le contingent habituel d'infanterie de marine et que celui-ci ne serait mis à terre que sur la demande expresse du Consul d'Espagne.

Récemment encore, il a fait assurer à Londres que l'Espagne n'avait pas de visées sur Larache: il est donc à craindre que le débarquement à Larache et l'occupation d'El-Ksar ne produisent un mauvais effet sur Sir Edward Grey.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 13 juin 1911, No. 56.)

La protestation du Gouvernement marocain a été communiquée le 13 juin au Corps diplomatique. C'est, comme il fallait s'y attendre, le contrepied de la thèse de M. de Villasinda: l'ordre n'a jamais été troublé dans la région de Larache et d'El-Ksar: rien n'y justifie donc la présence de navires de guerre et encore moins un débarquement. Quant à l'assassinat d'un indigène, qui en a été le prétexte, le Maroc conteste la qualité de protégé espagnol de la victime: les conditions requises par le traité de Madrid ne sont pas, prétend-il, remplies: l'autorité locale seule avait qualité pour être saisie de l'affaire. Le Représentant du Sultan fait appel aux Puissances signataires de l'Acte d'Algésiras pour obliger l'Espagne à évacuer les territoires occupés et informe le Corps diplomatique que jusqu'à ce que satisfaction ait été donnée au Maroc, «le Maghzen n'assumera aucune responsabilité et ne remplira aucun engagement financier ou autre, récent ou ancien, qui pourrait résulter de cette occupation». Ceci veut dire que, dès à présent, le Maroc ne versera plus à l'Espagne l'annuité de frcs. 2 545 000 (par mois 212 000) prévue par l'arrangement hispano-marocain du 17 novembre 1910. Telle est la substance de cette note, qui aurait, dit-on, été rédigée en français, traduite en arabe, puis retraduite en français, pour lui donner une forme archaïque.

L'opinion générale est que l'Espagne a manqué dans cette

affaire, d'habileté et de franchise. Elle eut dû faire précéder son intervention d'une campagne diplomatique, afin de s'assurer l'un ou l'autre appui en Europe. Au lieu de cela M. Canalejas a caché ses projets aux Cortès: il a fait assurer au Gouvernement anglais que l'Espagne ne visait pas Larache, et lui-même l'a affirmé à l'ambassadeur d'Italie. Cette politique contraste avec l'attitude de la France qui, en Europe, a su s'assurer le précieux appui de l'Angleterre, la neutralité de l'Allemagne, et a réussi à faire réclamer sa présence par le Sultan, ce qui lui permet de dire qu'elle n'est venue à Fez que de force tandis que nul ne demandait le concours de l'Espagne. Ce conflit se terminera sans doute par un échec espagnol; d'ailleurs, «tout se règlera entre Paris et Madrid», ainsi que l'affirmait récemment un diplomate français. La meilleure preuve en est que le Ministre d'Angleterre a quitté Tanger pour prendre un congé de trois mois.

123.

BRUXELLES, 24. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 13 juin 1911, No. 106.)

Révolte en Albanie.

Dans le courant de la semaine dernière le Roi a mandé près de lui les Ministres d'Allemagne et de Russie afin de les entretenir de la question albanaise dont il a été un des premiers à reconnaître la gravité et qui continue à le préoccuper. Selon S. M. la paix des Balkans courra des risques aussi longtemps, que la Turquie n'aura pas trouvé le moyen d'apaiser, autrement que par l'anéantissement des révoltés, la rébellion des Arnautes; Elle regarde comme désirable que les grandes Puissances témoignent du prix qu'elles attachent au retour d'un état de choses normal en Albanie: une manifestation dans ce sens devrait, d'ailleurs, se faire aussi bien à Cettigné qu'à Constantinople. Le Roi comprend combien il est difficile à un Souverain d'entrer pour ainsi dire en pourparlers avec ses sujets rebelles; mais le voyage du Sultan en Albanie pourrait lui donner l'occasion de faire usage de son droit de grâce et

d'accorder une amnestie dans une large mesure. La principale inquiétude du Roi vient de ce que des comités étrangers surmontent toutes les difficultés pour faire passer des secours en hommes, en armes et en argent aux Malissores et poussent le Monténégro à faire la guerre à la Turquie.

Sur le premier point ainsi que sur le secours matériel et moral donné aux Malissores par le Monténégro, il n'y a plus, depuis longtemps, de doute à avoir. La note que la Turquie a remise le 4 de ce mois aux Grandes Puissances cite à cet égard des faits précis: il y est dit, notamment, qu'on a saisi, au moment où il pénétrait en Albanie par le Monténégro, un convoi de 36 chariots chargés chacun de 3 caisses, contenant 24 fusils, que, parmi les 60 prisonniers faits dans un des derniers combats, se trouvaient des Italiens dont deux officiers du grade de commandant, que 600 réguliers avaient été choisis parmi les meilleures troupes monténégrines pour combattre dans les rangs des Malissores. La note ajoute, que la Turquie a repoussé la proposition du Roi Nicolas de se constituer l'arbitre entre la Sublime Porte et ses sujets révoltés.

124.

BRUXELLES, 28. 6. 1911.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 16 juin 1911, No. 75.)

Albanie. Démarche autrichienne.

La démarche que la diplomatie autrichienne vient d'accomplir auprès de la Sublime-Porte dans la question albanaise, a produit en Serbie une impression plus profonde que celle tentée, naguère, par la chancellerie russe.

A la vérité, on n'a pas voulu se rendre compte à Belgrade de l'étendue de l'échec subi par le cabinet de St. Pétersbourg en cette circonstance, parce qu'on préférait ne considérer l'incident que sous le rapport d'une manifestation de la sollicitude russe à l'égard d'un Etat slave des Balkans.

Ce qui a frappé dans l'intervention autrichienne, c'est qu'elle n'a soulevé presque aucune protestation dans l'opinion publique

européenne et qu'elle a obtenu une efficacité immédiate auprès du Gouvernement ottoman. De plus, elle donne corps aux vues ambitieuses sur la péninsule des Balkans, que l'on ne cesse d'attribuer à la politique autrichienne.

L'article du «Fremdenblatt» qui révèle la pensée du Cabinet de Vienne, ne laisse aucun doute à cet égard. On s'est étonné, toutefois, qu'au Ballplatz on n'ait pas hésité à aller jusqu'à conseiller à la Turquie de permettre aux Arnautes révoltés, en manière de concession, de conserver leurs armes. Ce point est d'autant plus significatif pour les Serbes qu'ils sont convaincus que les armes, les munitions et l'argent nécessaires aux rebelles proviennent, en grande partie de l'Autriche-Hongrie.

L'influence que la Monarchie habsbourgeoise exerce en Albanie, repose sur des dispositions contenues dans différents traités anciens, intervenus entre elle et la Porte, — notamment celui de Carlowitz de 1699 —, traités qui lui confièrent un droit de protection sur les populations catholiques de cette partie de l'Empire ottoman.

Cette influence a été renforcée par la création d'écoles où l'on enseigne la langue du pays, et par la distribution secrète des subsides aux begs les plus importants et à certains chefs de tribus, surtout dans l'Albanie septentrionale. Le souci de maintenir son prestige auprès de ses protégés ou de ses clients, faisait donc une nécessité à l'Autriche-Hongrie de répondre à la démarche russe par une démarche identique. Le succès de son intervention a été éclatant: il fait ressortir l'autorité dont, appuyée sur l'Allemagne, elle jouit à Constantinople.

En dehors de cette constatation, on tire à Belgrade, des évènements d'Albanie, une double conséquence. D'abord, ils ont opéré un rapprochement entre les deux races des Serbes et des Skipétars, qui étaient divisées par une haine séculaire; ensuite, ils ont fait apparaître les premiers symptômes de la naissance d'une âme albanaise.

L'accueil sympathique que les Arnautes émigrés ont rencontré chez les Serbes du Monténégro a suscité en eux des sentiments plus humains, inconnus à leurs farouches ancêtres.

D'autre part, on a observé que, pour la première fois, les

colonies albanaises établies à l'étranger, surtout celles d'Italie, à quelque clan qu'elles appartinssent, ont vibré à l'unisson, encourageant et aidant dans la mesure de leurs moyens les montagnards insurgés. On considère le fait comme de haute importance, parce que, jusqu'à présent, ces peuplades guerrières vivaient enfermées dans un patriotisme étroit, dont les visées ne dépassaient pas les intérêts de la tribu. Les évènements récents démontrent qu'elles commencent à être accessibles à une idée de patrie plus large, basée sur la communauté d'origine. Les gouvernants turcs auront donc à compter, dans l'avenir, avec ce nationalisme en éveil.

125.

BRUXELLES, 1. 7. 1911.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 15 juin 1911, No. 169.)

La question albanaise.

La question albanaise a subitement changé d'aspect. L'article du «Fremdenblatt» et les explications données à son sujet par le Ministre I. et R. des Affaires Etrangères à l'Ambassadeur de Turquie, les conseils que le Gouvernement italien a fait entendre à Constantinople et qui ont très probablement été appuyés par d'autres cabinets, ont convaincu le Gouvernement ottoman qu'il devenait nécessaire d'adopter une politique nouvelle. Il est entré dans la voie des concessions, suspendant les hostilités, accordant le pardon aux rebelles qui livreraient leurs armes dans le délai de dix jours et consacrant une assez forte somme à réparer les dommages causés par cette insurrection. On attribue même au Sultan l'intention d'accorder à très bref délai une amnistie générale pour toute l'Albanie.

Si ces projets étaient loyalement exécutés, si les réformes nécessaires pouvaient être introduites en Albanie à la suite d'une entente entre les chefs des tribus et le Gouvernement, si celui-ci pouvait notamment régler à la satisfaction commune la question si importante du port des armes, il en résulterait évidemment une situation qui non seulement serait très favorable

au maintien de la paix dans la presqu'île balkanique, mais qui contribuerait puissamment aussi à consolider et à fortifier le nouvel état de choses en Turquie.

Il est à remarquer que le Gouvernement ottoman a changé d'attitude malgré les succès obtenus au point de vue militaire contre les Malissores et malgré la faible importance du récent soulèvement des Mirdites, qui parait n'avoir été qu'une simple échauffourée, ce qui démontre qu'il a bien compris la gravité de la situation. Peut-être était-il déjà enclin à entrer dans cette voie: mais c'est bien, selon toute apparence, l'intervention austro-hongroise sous la forme de l'article du «Fremdenblatt» qui l'y a décidé.

Le résultat obtenu est un nouveau succès pour le Comte d'Aehrenthal, dont la position en sera fortifiée dans son pays et dont le prestige et l'influence auprès des autres Cabinets s'en ressentiront favorablement.

C'est de l'attitude du Monténégro que dépendra désormais le résultat plus ou moins favorable des dispositions conciliantes du Gouvernement ottoman, le Roi Nicolas devant faire sortir de son territoire tous les réfugiés et insurgés albanais et cesser de leur donner aide et protection en quoi que ce soit.

Le souverain de ce petit pays fort pauvre se sent très à l'étroit dans ses états. On raconte qu'il s'en plaint et l'on prétend qu'il rêve de s'agrandir vers le sud au détriment de la Turquie. L'insurrection albanaise pourrait servir de point de départ à la réalisation de ces projets.

Il ne semble pas du reste que les désirs du Roi du Monténégro aient quelque chance de se réaliser. En admettant que la Russie soit sympathiquement disposée à leur égard, elle ne voudrait guère le montrer. Quant aux autres puissances à commencer par l'Italie et l'Autriche-Hongrie, les plus directement intéressées en cette question, elles y seraient certainement hostiles puisqu'elles veulent assurer à tout prix la paix en Orient par le maintien du statu quo en Turquie.

126.

BRUXELLES, 1. 7. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 23 juin 1911, No.191.)

Albanie. Attitude du Monténégro.

La situation dans les Balkans inspire de nouvelles appréhensions. La proclamation impériale aux Malissores n'a pas produit l'effet attendu.

Les rebelles, réfugiés au Monténégro, refusent de faire leur soumission, et l'on apprend, malgré les efforts que fait le Gouvernement pour cacher la vérité, que les combats continuent dans la région soulevée.

On ne peut douter que l'esprit de révolte ne soit entretenu par le Monténégro. Il est prouvé maintenant que ce pays a fourni aux rebelles des armes et des secours de toute espèce. Lors des derniers engagements, on a trouvé des Monténégrins parmi les insurgés tués.

Ainsi, les fautes de l'Administration ottomane ont réconcilié les Albanais catholiques avec les Monténégrins, leurs ennemis séculaires, et le Roi Nicolas joue maintenant le rôle de protecteur des Malissores et des Mirdites.

Dès le commencement de l'insurrection, ce souverain avait espéré que le mouvement prendrait une grande extension, et il entrevoyait sans doute déjà le moment où une conflagration générale éclaterait dans les Balkans.

Cet espoir a été déçu jusqu'à présent: la Bulgarie semble peu disposée à risquer l'aventure: les progrès militaires de la Turquie lui donnent à réfléchir, et elle se rend compte des effets désastreux d'une campagne au point de vue économique.

D'autre part, le Gouvernement serbe, par crainte de l'Autriche, serait plutôt disposé à s'entendre avec la Turquie.

Le Monténégro pourrait donc se trouver, en cas de guerre, dans le même isolement que la Grèce en 1897.

Il est vrai que des circonstances spéciales diminuent pour lui les risques de l'aventure. Les puissantes protections qui lui sont assurées empêcheront dans toutes les éventualités, son

adversaire de l'anéantir. D'autre part, la configuration du terrain monténégrin y rendrait les opérations d'une armée d'invasion extrêmement difficiles.

Si 3000 Malissores ont pu, pendant plusieurs mois, tenir en échec 35 bataillons ottomans, combien faudra-t-il de soldats pour écraser 30 000 Monténégrins bien armés, se battant dans leurs montagnes?

Sans doute la Turquie finirait par l'emporter, si elle pouvait consacrer ses meilleures troupes à cette campagne: mais elle ne peut songer à emprunter des hommes aux régiments de l'armée régulière de Roumélie chargés de la défense de la frontière dans l'éventualité d'une attaque de la Bulgarie et de la Grèce.

Restent les corps d'armée d'Asie Mineure; mais la mobilisation en serait longue et difficile: il faut d'ailleurs garder des forces respectables à la frontière turco-russe et dans l'Yémen.

En outre, alors que l'effectif des corps d'armée de la Turquie d'Europe est presque au complet, celui des régiments asiatiques est, pour des raisons d'économie, réduit au strict minimum. On y trouve des bataillons qui ne comptent actuellement que 50 ou 60 hommes.

Le Monténégro serait donc à même de créer à l'Empire des embarras plus graves que ne semblerait le faire croire l'extrême exiguïté de son territoire.

Bien que les dispositions pacifiques des Cabinets de Belgrade et de Sofia paraissent garantir le maintien de la paix, **il est à craindre que l'attitude du Monténégro ne provoque des incidents de nature à exciter le chauvinisme slave dans les pays balkaniques.**

Certains croient cependant que le conflit s'apaisera, s'il est fait droit aux prétentions du Monténégro, qui réclame plusieurs millions de francs d'indemnité pour les frais que lui a occassionés l'entretien des réfugiés albanais.

127.

BRUXELLES, 19. 7. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 4 juillet 1911, No. 196.)

Albanie.

Les négociations engagées à Podgoritza entre le Ministre de Turquie à Cettigné et les chefs des insurgés ne font aucun progrès.

Les réfugiés exigent comme condition sine qua non, qu'il leur soit permis de rentrer dans leurs foyers avec leurs armes. Ils soutiennent en effet qu'une fois désarmés, ils ne verront jamais se réaliser les promesses de réformes que les Turcs leur font à présent pour obtenir leur soumission. Tel a été le cas en effet l'année dernière après la première révolte albanaise.

Le Gouvernement ottoman, de son côté, se montre intraitable sur la question du désarmement, craignant l'effet moral d'une pareille concession.

La situation paraît donc sans issue et de nature à justifier les pires appréhensions.

Toutefois, dans les cercles les mieux informés, on croit que l'on finira par trouver une formule qui donnera satisfaction aux Malissores, tout en sauvegardant la dignité du Gouvernement ottoman.

Ce résultat dépendra surtout du Monténégro. S'il veut vraiment la guerre, il peut empêcher les pourparlers d'aboutir; mais il est possible que le Roi Nicolas se contente de jouer le rôle de médiateur, surtout s'il finit par en retirer certains avantages pécuniaires.

L'on s'accorde à Constantinople pour affirmer que ce Souverain est encouragé dans son attitude actuelle par la Russie, parce que la révolte albanaise affaiblit la Turquie, mais que le Cabinet de Pétersbourg ne veut cependant pas que les difficultés suscitées à la Sublime Porte soient de rendre inévitable une guerre qui serait en ce moment contraire à la politique russe en Europe.

Il est probable que le Gouvernement ottoman recourra, pour sortir d'embarras, au grand remède turc, c'est-à-dire à la tem-

porisation. Déjà un second délai de quinze jours a été accordé aux révoltés pour faire leur soumission. Il pourra être suivi de plusieurs autres.

On annonce que l'évêque catholique de Scutari, cédant à la demande de la Sublime Porte, s'est rendu lui-même à Podgoritza pour exercer son influence sur les réfugiés au profit de la paix. Il se serait préalablement entendu avec le Vali de Scutari, sur les promesses qu'il était autorisé à faire aux rebelles.

Ce ne serait pas sans peine, paraît-il, que le consentement du Vatican à cette démarche aurait été obtenu.

Quant à l'idée d'une conférence internationale pour le règlement de la question albanaise, l'Allemagne et l'Autriche-Hongrie la trouvent inopportune et de nature à porter un coup irréparable au prestige de la Jeune Turquie. Ce n'est que dans le cas où les hostilités éclateraient que les chancelleries de Berlin et de Vienne seraient disposées à une entente internationale en vue de localiser la guerre.

128.

BRUXELLES, 20. 7. 1911.

(Extrait d'un rapport de Tanger du 7 juillet 1911, No. 68.)

Agadir.

Les Anglais établis au Maroc ne cachent pas la satisfaction que leur cause l'intervention allemande. Les milieux anglais de Tanger ont toujours été opposés à l'abandon du Maroc à la France. Leur organe attitré le «Moghreb-el-Aksa» dit dans son numéro du 6 juillet que l'accord franco-anglais du 8 avril 1904 est une honte pour Lord Lansdowne. Ce même numéro publie un traité secret, ratifié, dit-il, le 10 avril dernier par Moulay-Hafid qui prévoit un embruyon d'armée encadré par la mission militaire française et dont les frais seraient avancés par la France. Le bruit d'une combinaison de ce genre a couru en effet au mois d'avril. La stipulation la plus importante de l'accord serait la suivante: la France reconnaîtrait au Sultan le droit de conclure les traités qu'il lui plairait mais elle devrait

en avoir connaissance au préalable. Si ces renseignements sont exacts, le Maghzen aurait les mêmes pouvoirs que le Bey de Tunis, l'Acte d'Algésiras aurait vécu, et la «tunisification» qu'il devait empêcher serait un fait accompli. Mais on peut douter de l'authenticité du document publié par un journal francophobe.

Cependant la Légation d'Allemagne semble y donner son attention, comme si le soi-disant traité était chose nouvelle pour elle. En ce cas la démonstration d'Agadir ne serait pas une réplique à cette convention, comme le croient certains diplomates étrangers accrédités ici.

On affirme de source autorisée que Moulay-Hafid a appris avec satisfaction l'arrivée du croiseur Berlin et qu'il a fait dire aux populations voisines d'Agadir de faire bon accueil aux nouveaux arrivants.

Le Maghzen commencerait-il à se persuader que les rivalités de l'Europe sont son dernier garant d'indépendance? On assure cependant que le mois dernier le Sultan aurait dit au Consul de France Bengabut (?), venu à Fez pour la conclusion d'un nouvel emprunt: «Nous sommes dans la main de la France comme le Bey de Tunis, qu'elle nous envoie tout ce dont nous avons besoin»; Moulay Hafid aurait donc récemment changé d'avis.

129.

BRUXELLES, 20. 7. 1911.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 9 juillet 1911, No. 145.)

Maroc.

Le développement de la question marocaine est suivi ici avec intérêt; on aime à constater le jeu des puissances, surtout lorsqu'il s'agit, comme dans l'espèce, d'une question qui ne touche pas directement les intérêts de la Russie.

La récente intervention allemande est généralement considérée comme une prise de position diplomatiquement adroite et dont le moment a été fort bien choisi. L'Allemagne n'aurait pas été

à même dans ces derniers temps de se faire entendre comme elle l'eût désiré: à la suite de son intervention au Maroc, on prendra au moins ses demandes en considération.

La France et l'Angleterre ont de graves préoccupations intérieures suffisantes pour entraver toute politique belliqueuse. Il s'agit donc de trouver un terrain sur lequel on puisse s'entendre: la parole est à l'Allemagne.

Les assurances données par M. de Schoen au Gouvernement français sont analogues à celles que lui avait exprimées l'Ambassadeur d'Espagne. On continue à jouer sur les mots, et l'Acte d'Algésiras sera respecté, aussi longtemps que l'on trouvera des formules permettant de l'éluder.

Malgré la réception fort amicale faite dernièrement à Londres à l'Empereur Guillaume, l'Angleterre ne change rien à ses engagements politiques et soutient fermement la cause française. L'occupation éventuelle d'Agadir par une puissance étrangère l'intéresse spécialement: en effet la place de Gibraltar n'est plus considérée comme inexpugnable et les Anglais regretteraient même de ne pas l'avoir échangée autrefois contre celle de Ceuta, qui est située juste en face et répond bien mieux aux exigences stratégiques modernes. Agadir entre les mains de l'Allemagne constituerait une menace perpétuelle pour les diverses voies de navigation que ce port permettrait à une flotte de commander.

Il semble toutefois peu probable que l'Allemagne pousse jusque là ses prétentions, et l'on est plutôt porté à croire qu'elle se réserve éventuellement d'autres compensations. Une entente avec la France pourrait dans ce cas singulièrement hâter la solution de la question marocaine.

La France est certes assurée de l'appui diplomatique de la Russie; mais la crise provoquée par l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine a prouvé une fois de plus que l'appui diplomatique ne compte réellement que s'il peut être soutenu d'une façon efficace.

130.

BRUXELLES, 24. 7. 1911.

(Extraits d'un rapport de Paris du 12 juillet 1911, No. 2013.)

Agadir.

On croit communément que l'envoi d'un bâteau de guerre allemand à Agadir a été motivé par le désir du Cabinet de Berlin de marquer, de manière frappante, un vœu déjà exprimé — mais peu entendu — d'entrer en conversation avec la France au sujet des affaires marocaines, et de certaines compensations souhaitées.

Que ce désir existe, qu'il ait été exprimé sans obtenir de satisfaction, la chose est très vraisemblable. M. Cruppi, très intelligent et plein du désir de bien faire, était fort inexpérimenté en matière diplomatique; il fut très impressionné et absorbé par les scandales de divers genres qui éclatèrent dès son arrivée au Ministère des Affaires Etrangères. Il aimait assez à différer la solution des questions qui l'embarrassaient. Enfin, le Cabinet dont il faisait partie fut en quelque sorte décapité par l'accident arrivé à M. Monis; il était d'ailleurs continuellement balayé par la tempête parlementaire.

Mais l'Empereur d'Allemagne est trop bien renseigné pour ne pas savoir que la France ne veut pas la guerre et ne peut pas la vouloir.

Dès lors on peut se demander pourquoi l'Allemagne a été à Agadir, alors qu'elle aurait pu marquer son désir d'entrer en conversation de manière moins bruyante et en évitant un acte qui devait fatalement mettre l'Angleterre en cause.

Il n'est guère possible que l'Empereur ait ignoré que M. M. Caillaux et de Selves sont arrivés au pouvoir avec la conviction que la question marocaine était dangereuse, qu'on avait été trop loin et qu'il importait de faire machine en arrière.

On devait savoir aussi à Berlin que M. Delcassé est devenu l'élément le plus pacifique du Cabinet. En supposant même que l'Allemagne ait quelques compensations territoriales à demander en Afrique, en admettant qu'elle souhaite de l'argent

français pour achever le chemin de fer de Bagdad bien que cette affaire soit aujourd'hui presque terminée, il semble qu'elle se serait entendue plus facilement avec la France, en tête à tête, qu'en éveillant les susceptibilités et les défiances de la Grande Bretagne.

Aujourd'hui la conversation entre M. M. Cambon et de Kiderlen-Wächter n'a pas de témoins, mais l'Espagne se plaint d'être tenue à l'écart, et l'on peut craindre que l'Angleterre n'ait pas assez de confiance dans les hommes politiques français pour accepter longtemps leur intermédiaire dans une affaire qui l'intéresse aussi directement.

On en veut ici profondément à l'Espagne que l'on accuse de complicité avec l'Allemagne. On n'admet pas à Paris que l'on ait dépassé en allant à Fez, ni la lettre ni l'esprit du traité d'Algésiras. On en conclut que ce doivent être les procédés du Gouvernement de Madrid qui expliquent l'attitude récente de l'Allemagne. Les Espagnols seuls, dit-on, ont déchiré l'Acte d'Algésiras et doivent porter la responsabilité de l'envoi d'un navire allemand à Agadir.

Il est intéressant de noter que l'attitude de l'Allemagne et les polémiques de la presse officieuse semblent indiquer que l'on considère à Berlin l'Acte d'Algésiras comme n'existant plus, tandis que le premier Ministre d'Angleterre n'a pas été loin de s'exprimer dans le même sens en disant que: «le Gouvernement de Sa Majesté estime qu'une nouvelle situation est survenue au Maroc».

Cette situation est délicate pour la France et l'incertitude actuelle peut se prolonger avant qu'on trouve une solution mettant d'accord tous les intéressés. **D'ici là il dépend du bon plaisir de l'Angleterre d'envenimer la question. Il faut espérer que les circonstances et son intérêt lui dicteront au contraire une attitude pacificatrice.**

131.

BRUXELLES, 19. 8. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 10 août 1911, No. 234.)

Albanie.

L'entente intervenue entre la Porte et les Malissores constitue un succès pour le Gouvernement turc en ce sens du moins que le danger de plus graves complications ou d'une guerre avec le Monténégro semble conjuré.

Le Roi Nicolas, cédant probablement à la pression étrangère, s'est décidé à changer d'attitude, et, après avoir longtemps déconseillé aux révoltés d'accepter les conditions proposées par la Sublime Porte, il les a engagés à se fier aux promesses du Ministre de Turquie à Cettigné.

Quelque problématique que soit le profit matériel que le Monténégro pourra recueillir, en compensation des sacrifices qu'il s'est imposés pour entretenir les réfugiés et mettre sa propre frontière en état de défense, le rôle qu'il a su jouer durant l'insurrection malissore a grandement accru son prestige et son influence morale sur les peuples balkaniques et sur les Albanais en particulier.

On pourrait même y voir le point de départ d'une nouvelle orientation de la politique du Roi Nicolas.

Cette politique qui, jusqu'à présent, passait pour être exclusivement inspirée et dirigée par la Russie, évoluerait désormais d'une façon plus indépendante et plus soucieuse du rôle et des destinées du Monténégro. Celui-ci représente en effet, au même titre que la Serbie elle-même, le principe de l'union de tous les peuples serbes en un seul et même Etat.

Après les échecs subis à Belgrade, d'abord dans la guerre avec la Bulgarie, ensuite par l'annexion à l'Autriche-Hongrie de la Bosnie-Herzégovine, on peut même dire que le Monténégro a devancé de plusieurs longueurs le royaume frère, obligé d'observer une politique d'isolement et d'effacement.

En appuyant avec succès les revendications des Malissores, le Monténégro a posé un premier jalon dans la voie de la dé-

centralisation administrative de la Turquie d'Europe, sinon de l'Empire ottoman tout entier.

Déjà les Albanais Musulmans s'agitent à leur tour et réclament les mêmes prérogatives, que celles qui viennent d'être octroyées à leurs compatriotes chrétiens. On signale en effet, sur de nombreux points de l'Epire, la formation de bandes, trop faibles, il est vrai, pour attaquer les villes défendues par des garnisons, mais qui jettent le trouble dans le pays.

La question est de savoir si la Porte attendra une nouvelle insurrection pour faire droit à ces prétentions, ou bien si elle accordera dès maintenant à toute l'Albanie un régime, non pas autonome, — elle paraît bien décidée à ne jamais aller jusque là, — mais suffisamment décentralisé pour assurer la tranquillité dans cette partie de l'Empire.

La décentralisation administrative est d'ailleurs prévue dans la constitution ottomane sous le nom plus terne d'«extension du pouvoir». Le Gouvernement devra examiner aussi s'il n'y aurait pas lieu d'étendre ce régime à d'autres provinces de l'Empire, sous réserve de l'unité et de la souveraineté ottomanes.

Certains hommes politiques pensent que le Gouvernement Jeune-Turc entrera provisoirement dans cette voie, afin d'ôter tout prétexte à de nouvelles révoltes et d'éviter une intervention étrangère. Mais ils croient qu'il n'agira de la sorte qu'avec l'intention bien arrêtée de reprendre toutes ces concessions au moment opportun. En effet, à ses yeux, l'Etat véritablement ottoman ne peut subsister que si l'Empire est régi d'une façon uniforme d'après les principes de la centralisation.

Les Jeunes-Turcs sont persuadés que ce résultat ne peut être obtenu qu'au moyen d'une armée puissante: aussi voyons-nous le Gouvernement ne reculer devant aucun sacrifice dès qu'il s'agit de dépenses réclamées par le Département de la Guerre.

La crainte des revendications autonomistes des diverses races peuplant l'Empire, a inspiré, dit-on, à plusieurs membres du Comité «Union et Progrès», l'idée de proposer au parti, lors de sa prochaine réunion à Salonique, de suspendre la constitution

pendant deux ans. Durant cette période, une sorte de dictature pacifierait les provinces et préparerait de nouvelles élections législatives de manière à obtenir une chambre mieux composée.

Une proposition si contraire aux principes au nom desquels s'est faite la révolution n'a guère de chances d'être adoptée.

Quoiqu'il en soit, l'horizon politique semble momentanément éclairci.

132.

BRUXELLES, 20. 10. 1911.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 octobre 1911, No. 1303.)

Le Conflit Italo-Turc. L'attitude de l'Allemagne.

La protection des sujets italiens en Turquie acceptée par l'Allemagne pour la durée de la guerre a été très efficace. Personne n'ignore que c'est grâce aux efforts du Baron Marschall que le Gouvernement ottoman a renoncé à l'expulsion des très nombreux Italiens établis dans ce pays. Il faut que l'Ambassadeur Allemand ait été très énergique pour que la Turquie militairement impuissante se dessaisisse de l'unique moyen qu'elle possède de nuire à son ennemi. On ne peut douter que la démarche allemande n'ait été inspirée par le désir d'éviter tout ce qui pourrait envenimer le conflit et retarder la conclusion de la paix aussi désirable au point de vue turc qu'au point de vue européen puisque la Turquie n'a aucune chance de victoire mais on est rarement équitable envers un médiateur. L'Allemagne en fait l'expérience. La presse turque est de mauvaise humeur du peu d'appui que l'Empire ottoman a trouvé à Berlin. La condescendance allemande a ses limites. Le Gouvernement Impérial a fait savoir amicalement et confidentiellement à Rome qu'il ne pourrait plus continuer à exercer son action modératrice à Constantinople si le Gouvernement Italien persiste à réclamer l'annexion pure et simple de la Tripolitaine excluant ainsi la possibilité de donner une satisfaction d'amour propre à la Turquie en laissant au Sultan la souveraineté nominale sur la province africaine qui de fait va devenir italienne.

133.

BRUXELLES, 9. 11. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 27 octobre 1911, No. 335.)

Projets turcs d'alliance. Projet de confédération balkanique.

Les projets d'alliance auxquels le Grand Vizir a fait allusion dans son dernier discours continuent de provoquer les conjectures les plus contradictoires.

Les hommes politiques les mieux placés pour juger froidement la situation sont d'avis qu'une alliance véritable de la Turquie n'est réalisable, ni avec les Puissances de la Triple Entente, ni avec celle de la Triplice, parce qu'elle ne saurait répondre au but naturel des traités de ce genre.

En effet, en ce qui concerne l'Angleterre, ce pays, devenu l'allié de l'Empire ottoman, reculerait pourtant devant l'idée de lui porter secours en cas d'empiètements de la Russie.

D'autre part, il est permis de se demander quelle aide la Grande Bretagne pourrait recevoir, en cas de conflit européen, d'une puissance incapable, faute de marine de guerre, de porter secours à ses propres sujets en Tripolitaine.

Le Cabinet de St. James devrait donc demander, pour prix de cette alliance, des compensations d'un autre genre, c'est-à-dire des cessions territoriales, probablement la Mésopotamie.

Mais ce serait là un nouveau démembrement auquel la Porte ne peut consentir. D'ailleurs l'Allemagne a les motifs les plus sérieux de s'y opposer.

Quant à cette dernière puissance, son objectif est depuis longtemps d'exercer à Constantinople une sorte de protectorat déguisé; mais elle ne voudrait pas d'une alliance proprement dite qui pourrait l'exposer à de graves embarras.

Le Tanine, organe du comité «Union et Progrès» revient sur la possibilité d'une entente turco-russe, qui fournirait à la Sublime-Porte les moyens de profiter de l'influence russe dans les Balkans pour rétablir l'ordre en Macédoine, et qui lui assurerait la tranquillité du côté de la Perse.

Mais, parmi les Jeunes-Turcs eux-mêmes, la plupart sont opposés à l'idée de lier la politique ottomane à celle de l'Empire des Tzars dont le principe doit rester «ne varietur» la descente vers Byzance.

Saïd Pacha se rend parfaitement compte des obstacles qui s'opposent à la conclusion des alliances dont il n'a d'ailleurs parlé qu'en termes vagues et ambigus.

Le but des paroles qu'il a prononcées à ce sujet à la Chambre a été conforme au principe hamidien d'exciter la rivalité des Puissances.

En outre, il a voulu par là créer un dérivatif à l'opinion publique en détournant son attention des querelles intérieures et en lui faisant entrevoir une issue dans le dédale de la question tripolitaine.

Un télégramme de l'Ambassadeur de Turquie à Londres a fourni le 26 octobre des renseignements sur les derniers combats livrés aux environs de Bengasi et de Tripoli.

La nouvelle des revers éprouvés par l'ennemi a encouragé les esprits tout en rendant les perspectives de paix plus lointaines.

Les Turcs se montrent plus intransigeants que jamais sur le principe du maintien de la souveraineté ottomane sur la Tripolitaine.

D'autre part, leur adversaire ne voudra pas négocier sous le coup d'un échec. Aussi les personnes bien informées affirment-elles qu'en ce moment le Gouvernement allemand ne fait aucune démarche à Rome ni à Constantinople en vue de faire accepter sa médiation.

Il serait d'ailleurs difficile à l'Italie d'accepter pour la Tripolitaine un régime analogue à celui de l'Egypte.

L'Angleterre a la puissance et les moyens nécessaires pour empêcher la Suzeraineté ottomane sur la vallée du Nil d'y contrecarrer l'action de l'administration britannique.

Une tentative de la Porte d'y favoriser par exemple un mouvement nationaliste serait rapidement suivie de représailles anglaises sur quelque partie vulnérable de l'Empire.

L'Italie, à ce point de vue, ne dispose pas des mêmes ressources, et il est à prévoir que, si elle ne procède pas à une annexion

pure et simple, elle aura de la peine à abattre tous les obstacles que l'influence de Constantinople continuera à lui susciter en Tripolitaine, surtout parmi les tribus arabes de l'intérieur.

L'état de guerre peut donc durer longtemps encore. Mais on éprouve à Constantinople des appréhensions au sujet de l'attitude des Etats balkaniques, pour le cas où la paix ne serait pas conclue d'ici à deux mois. C'est pourquoi l'idée d'une Union balkanique dans laquelle entrerait la Turquie commence à y trouver d'assez nombreux partisans. On attribue même à un groupe de membres du Parlement l'intention de travailler à la réalisation de ce projet.

Une telle combinaison rencontrerait pourtant deux grands obstacles: d'abord il sera toujours malaisé de concilier les intérêts souvent opposés des divers Etats de la péninsule; ensuite on risquerait, en cherchant à la réaliser, d'amener une tension nouvelle dans les rapports austro-russes.

Une Union Balkanique serait en effet presque forcément amenée à se placer sous l'égide de la Russie. Dans ces conditions, elle porterait un tel ombrage à la monarchie austro-hongroise que celle-ci emploierait bientôt tous les moyens dont elle dispose pour la dissoudre.

Il est une autre combinaison moins vaste qui aurait plus de chances de succès et qui consisterait dans une entente entre la Turquie et la Bulgarie seulement.

La Sublime Porte serait délivrée ainsi d'une grave préoccupation qui l'oblige à multiplier ses moyens de défense en Roumélie. Elle pourrait espérer aussi que cet accord l'aiderait à pacifier la Macédoine.

En retour, elle concéderait à son ancienne vassale des avantages sur le terrain économique et aussi en matière religieuse.

Assim Bey qui, avant de prendre le portefeuille des Affaires Etrangères, a été assez longtemps ministre à Sofia, est, parait-il, assez favorable à cette idée qu'il serait mieux que tout autre à même de réaliser.

134.

BRUXELLES, 9. 11. 1911.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 29 octobre 1911, No. 133.)

Projet de confédération des Etats balkaniques.

Les velléités d'alliances qui se sont manifestées, en ces derniers temps, à Constantinople, ont encouragé la diplomatie russe à faire une nouvelle campagne en faveur d'une union à conclure entre les Etats balkaniques contre les agressions du dehors.

Après l'annexion de la Bosnie-Herzégovine par l'Autriche-Hongrie, M. Isvolsky, alors qu'il dirigeait la chancellerie russe, avait lancé l'idée de cette combinaison que l'on décorait pompeusement du nom de Confédération balkanique. Ce fut un épouvantail dont on n'eut guère à s'émouvoir, à Vienne, puisque du côté russe, on ne sut pas même lui donner une apparence de réalité.

Les circonstances actuelles ne sont pas plus favorables et l'on peut affirmer que toute tentative de susciter une ligue de cette nature est condamnée à un échec certain. Aussi le Ministre de Russie à Belgrade, qui agite de nouveau cette question, semble en cela obéir à des instructions venues de St. Pétersbourg plutôt qu'à une conviction raisonnée de sa part. Il est trop au courant des affaires de la péninsule pour s'abuser à cet égard.

Chacun des petits Etats balkaniques serait heureux d'être défendu par ses voisins, s'il était l'objet d'une agression; mais aucun d'entre eux ne serait disposé à prendre les armes à moins qu'il ne fût lui-même menacé. Que l'Autriche s'empare du Sandjak de Novi-Bazar, la Serbie et le Monténégro se sentiront lésés dans leurs intérêts vitaux, tandis que la Bulgarie ne sera touchée qu'indirectement et la Grèce point du tout. Du reste, ces Etats se jalousent mutuellement et ils éprouveraient une satisfaction secrète à voir l'un d'eux affaibli par l'attaque d'une Puissance étrangère qui les laisserait indemnes et les débarrasserait, en même temps, d'un compétiteur dans le partage

éventuel de l'Empire Ottoman, dont ils se considèrent comme les héritiers naturels.

Quant à la Turquie, elle ne se fierait jamais à la loyauté de ces prétendus confédérés dont elle connaît les appétits dirigés sur son territoire. D'ailleurs c'est en Europe qu'elle a son armée la plus nombreuse et la mieux organisée et, à tort ou à raison, elle croit que cette force militaire y suffit à sa défense. Comment admettre dès lors qu'elle consente à accepter des alliances inutiles, sinon dangereuses, dans la presqu'île balkanique, et qui ne lui seraient d'aucun secours pour la sauvegarde de ses possessions d'Asie.

Il semble donc invraisemblable que les efforts tentés ici et ailleurs, par la Russie, pour susciter une ligue défensive parmi les Etats balkaniques, puissent aboutir à un résultat positif.

135.

BRUXELLES, 21. 11. 1911.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 26 octobre 1911, No. 237.)

Rapprochement italo-russe.

Plusieurs journaux de St. Pétersbourg esquissent une campagne en faveur d'un rapprochement italo-russe, à la faveur de ce qu'ils appellent la dislocation prochaine de la Triple-Alliance.

Il ne faut pas exagérer la valeur de ces énonciations: 1) parce que l'un de ces journaux, la «Novoie Vrémia», bien que passant pour avoir des attaches officieuses, recherche avant tout l'article à sensation; 2) parce que le Gérant intérimaire du Département des Affaires Etrangères ne se meut encore qu'avec circonspection sur le terrain de la politique extérieure; 3) parce qu'aucun organe de la presse russe ne saurait prétendre refléter l'opinion publique, jusqu'aujourd'hui dans la période embryonnaire.

Néanmoins, les articles de ces journaux ne sont pas tout à fait négligeables, puisque simultanément certaines gazettes

allemandes déclarent voir dans l'alliance italienne un facteur plutôt nuisible, dont ils invitent le Gouvernement de Berlin à se dégager.

«Le Ministre des Affaires Etrangères, dit en substance la «Novoie Vrémia», s'occupe d'un rapprochement entre la Russie et l'Italie, en prenant pour bases les excellentes relations franco-italiennes et la froideur de l'Allemagne et de l'Autriche envers leur alliée.»

«La Gazette de la Bourse», de son côté, raconte que M. Melegari, Ambassadeur d'Italie, aurait eu des conférences dans le même sens avec de hautes personnalités russes, en présence d'un député italien. On y aurait discuté «la dissolution» de la Triplice, et «les sympathies naturelles du peuple italien. Au point de vue économique, la Péninsule aurait besoin de la Russie, le blé russe étant particulièrement propre à la fabrication du macaroni. M. Melegari aurait provoqué la fondation d'un syndicat commercial italo-russe, et la finance italienne participerait aux opérations de la «Banque forestière», qui sera inaugurée le 15/28 octobre à St. Pétersbourg.»

136.

BRUXELLES, 7. 12. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 6 novembre 1911, No. 348.)

Projet de confédération balkanique.

La presse continue d'examiner les conditions et les chances de réalisation d'une alliance balkanique dans laquelle entrerait la Turquie. L'un des principaux organes du Comité Union et Progrès et plusieurs autres de ses confrères ont longuement disserté à ce sujet et conclu, ces jours derniers, dans un sens favorable à la combinaison dont il s'agit.

D'autre part il s'est formé une commission composée d'une quinzaine de membres du Parlement, dont plusieurs représentant l'élément serbe et bulgare de l'Empire, en vue d'étudier ce projet et de contribuer si possible à sa réalisation.

Certains journaux de Belgrade et de Sofia plaident également les avantages d'une union quelconque.

La Serbie surtout, qui se croit menacée par les visées expansives de l'Autriche-Hongrie, pense trouver dans une entente balkanique des garanties efficaces pour la sauvegarde de ses intérêts politiques et économiques. Cette idée n'est d'ailleurs pas récente, car, déjà en 1909, lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, M. Novakovich, ancien premier ministre, avait reçu la mission de se rendre à Constantinople pour pressentir la Sublime Porte à ce sujet.

Le Chef actuel du Gouvernement Serbe est, parait-il, un adepte convaincu d'une alliance étroite avec la Turquie et les autres Etats Balkaniques.

M. Guechoff, de son côté, est généralement connu comme sérieux d'éviter tout ce qui pourrait troubler les relations de la Bulgarie avec les pays voisins et notamment avec l'Empire ottoman.

Le principal obstacle à la conclusion d'une telle alliance serait que la Russie arriverait forcément à la prendre sous son égide, ce qui lui donnerait un caractère de menace contre l'Autriche.

Aussi, voit-on les journaux de la capitale, dévoués à la triple alliance, combattre l'idée d'une Union Balkanique dans laquelle entrerait la Turquie. L'Osmanischer Lloyd a publié, à ce sujet un article qui a été remarqué, parce qu'on l'a cru inspiré par l'Ambassade d'Allemagne.

La Russie au contraire semble actuellement favorable à un pareil groupement. Son Ambassade a donné plusieurs fois à entendre que l'Empire compte entretenir dorénavant des relations de paix et d'amitié avec Constantinople, vu que les motifs qui l'avaient poussé jadis à intervenir, même par la guerre, en faveur des Slaves habitants la Turquie, ont cessé d'exister depuis l'avènement de la constitution.

Le publiciste bien connu, Hussein Djahid, membre très en vue du Parti Union et Progrès, et qui, jusqu'à présent, n'avait cessé de se montrer partisan de l'orientation de la politique ottomane vers Berlin, préconise maintenant une entente avec

la Russie. Son journal, le «Tanine», mène à ce sujet une campagne dans une série d'articles dont la rédaction, assure-t-on, serait due, en partie, à l'Ambassade de Russie.

Toutefois d'autres organes de la presse, appartenant aussi bien au parti de la majorité qu'à l'opposition, combattent une pareille alliance. Il ne faut pas oublier que l'animosité du peuple turc contre la Russie, qu'il considère comme son ennemi séculaire et irréconciliable, est tout aussi vivace que jadis.

Il sera donc fort malaisé de gagner l'opinion publique musulmane à tout rapprochement dans lequel le Gouvernement de St. Pétersbourg jouerait un rôle prépondérant.

Les hommes d'Etat ottomans doivent se rendre compte aussi que les Etats Balkaniques ne consentiraient à la combinaison dont il s'agit que moyenant des concessions importantes aux diverses nationalités non musulmanes de l'Empire.

Il en résulterait que celles-ci finiraient par acquérir une prépondérance marquée dans l'Union, où l'élément turc proprement dit se trouverait en minorité.

137.

BRUXELLES, 18. 12. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 7 décembre 1911, No. 385.)

La question des Dardanelles. L'Empire ottoman et la Russie.

Le bruit s'était répandu à Constantinople que l'Ambassadeur de la Russie avait remis à la Sublime Porte une note réclamant le libre passage, en tout temps, de la flotte russe dans le Bosphore et les Dardanelles.

Le journal «La Liberté» qui a certaines attaches avec le Gouvernement a immédiatement déclaré qu'il est autorisé à démentir cette information.

La nouvelle est cependant exacte et, pour la contredire on doit jouer sur les mots.

Il est possible, en effet, que la demande de la Russie n'ait pas été formulée par une note, mais d'une autre façon, peut-être

même simplement de vive voix par M. Tcharykoff, mais dans tous les cas la démarche a eu lieu.

Si la Russie persiste dans cette attitude et n'a pas voulu se borner à poser un premier jalon pour l'avenir, la gravité de la question des détroits fera passer au second plan l'importance de la guerre en Tripolitaine. L'Autriche-Hongrie devra se montrer intraitable sur ce point et c'est alors que l'Allemagne aura l'occasion de sortir de la réserve qu'elle a observée dans ces derniers temps à Constantinople.

La Sublime Porte s'est décidée à signaler à l'attention des Puissances le péril auquel l'action russe en Perse expose l'Empire.

Il est facile de se rendre compte, en effet, que si les troupes du Tzar occupaient le Nord-Ouest de la Perse, Erzeroum et les autres places fortes de la frontière actuelle russo-turque seraient facilement tournées, ce qui rendrait la résistance contre une invasion impossible.

Les attentats à la dynamite en Macédoine sont encore venus ajouter à la gravité de la situation. Le Ministre des Affaires Etrangères, ainsi que le Général Mahmoud Chefket Pacha ont affirmé à certains diplomates qu'ils avaient en main la preuve que la recrudescence du mouvement révolutionnaire bulgare est due à l'action des émissaires italiens.

138.

BRUXELLES, 28. 12. 1911.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 5 décembre 1911, No. 384.)

Macédoine.

Le Comité révolutionnaire bulgare organisé depuis longtemps en Macédoine avait adressé récemment un manifeste aux Consuls des Grandes Puissances dans cette province.

Ce document fait un tableau très sombre de la situation des populations chrétiennes de Macédoine, des vexations et même des cruautés dont elles sont victimes et d'où il résulte que les

conditions y seraient plus tristes et plus intolérables que sous le régime Hamidien.

Le Comité révolutionnaire termine son manifeste en proclamant «à haute voix» que tous les attentats commis depuis deux ans par les bandes sont son œuvre et qu'il continuera d'employer tous les moyens pour atteindre son but qui est l'autonomie de la Macédoine.

Cette menace a été promptement suivie de son exécution car trois attentats à la dynamite, viennent de se produire dans l'espace de 24 heures, dont deux sur des trains de chemin de fer et le troisième sur une mosquée, faisant de nombreuses victimes.

D'après l'agence ottomane le Gouvernement Impérial aurait appris depuis plusieurs semaines déjà que le Gouvernement italien avait envoyé des agents secrets en Macédoine pour y surexciter l'élément révolutionnaire bulgare.

La situation s'y complique encore par suite des persécutions dont les populations de race serbe y sont l'objet de la part des bandes bulgares.

Celles-ci paraissent s'être mises d'accord récemment avec les Albanais, qui, de tous temps, manifestèrent impunément leur hostilité à l'égard des Serbes.

Enfin il faut tenir compte de l'activité grandissante de la propagande roumaine qui tâche, de connivence avec les autorités turques, de s'imposer par la force aux éléments chrétiens d'autre race, surtout aux Grecs.

Il y a donc à présent, dans cette partie de l'Empire, une réunion de symptômes spécialement inquiétants et de nature à provoquer dans un délai, impossible d'ailleurs à déterminer, une intervention du dehors. Celle-ci se justifierait, comme dans le passé, par l'incapacité du Gouvernement central d'assurer à cette malheureuse province les conditions d'ordre indispensable à son existence.

139.

BRUXELLES, 28. 12. 1911.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 6 décembre 1911, No. 183.)

Crainte de guerre pour 1912.

En Roumanie on s'attend à ce que les Balkans soient le théâtre de graves événements au printemps prochain.

Les rapports envoyés de Turquie peignent sous des couleurs sombres l'état de l'Albanie mal pacifiée, aspirant à l'indépendance et décidée à la proclamer, montrent la Macédoine livrée à l'anarchie et aux exploits des bandes, prêtent enfin au Monténégro l'intention de prendre les armes dès qu'une occasion favorable se présentera. Les troupes monténégrines n'ont été arrêtées au printemps dernier que sur les représentations de St. Pétersbourg. D'autre part, on sait que l'Autriche s'opposera, au besoin par les armes, à tout agrandissement du Monténégro et, de son intervention, naîtra le conflit général. Dans la Turquie d'Europe l'irritation contre les Italiens et contre tous les étrangers qu'on confond avec eux, est extrême et un réveil de l'islam, une explosion de fanatisme sont regardés comme probables.

140[1]).

BRUXELLES, 24. 1. 1912.

(Extraits d'un rapport de Londres du 15 janvier 1912, No. 31.)

La crise ministérielle française et l'entente cordiale.

Les révélations qui ont provoqué la récente crise ministérielle en France ont été désagréables pour le gouvernement anglais. Elles semblent prouver que le premier Ministre de la République a essayé de négocier avec l'Allemagne à l'insu du Ministre des affaires étrangères et de ses autres collègues: pareil fait est de nature à inquiéter un gouvernement qui a lié ses intérêts à ceux de la France et qui est, pour ce motif, peu disposé à admettre une telle façon d'agir. Ces révélations ont en outre

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 87, S. 104.

donné l'impression que M. Caillaux avait été secrètement favorable à une politique de concessions outrées envers l'Allemagne; et cette impression a été d'autant plus pénible pour les cercles officiels anglais, que l'opinion publique venait à peine de saisir la gravité de la tension qui était résultée l'été dernier de l'attitude loyale du Cabinet de St. James envers celui de Paris.

L'Angleterre doit reconnaître avec un peu de dépit qu'elle s'est montrée plus intransigeante que la Puissance amie qu'elle voulait soutenir.

Aussi la presse a-t-elle accueilli avec une satisfaction unanime le départ de M. Caillaux.

Les derniers événements seront mis à profit par les publicistes, plus nombreux que jadis, qui émettent des doutes sur la valeur de l'entente cordiale, — des articles dans ce sens ont déjà paru dans les derniers numéros de la «Fortnightly Review» et de la «Contemporary Review», — et fourniront des arguments nouveaux aux publicistes, peu nombreux d'ailleurs qui s'efforcent de prouver que sans rompre avec la France, il y aurait avantage pour l'Angleterre à entretenir avec l'Allemagne des relations plus amicales. D'après eux, la conception première de l'Entente Cordiale a été faussée par le cabinet actuel, qui voit des engagements fermes et des obligations inéluctables dans un arrangement qui n'était destiné qu'à mettre fin à la vieille politique de coups d'épingle longtemps pratiquée par les deux pays, en réglant en une fois une série de litiges peu importants, mais irritants. Cette entente n'était pas une alliance: M. Asquith aurait eu le tort de l'envisager comme telle et de provoquer par là dans le peuple allemand une sérieuse inimitié contre la Grande-Bretagne.

VERZEICHNIS DER ZIRKULARE.

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
1	London 13. 12. 1907	13. 1. 1908	55
2	Tokio 7. 12. 1907	22. 1. 1908	56
3	Tanger 18. 1. 1908	27. 1. 1908	57
4	Paris 27. 1. 1908	31. 1. 1908	59
5	Wien 14. 1. 1908	10. 2. 1908	61
6	Petersburg 4. u. 6. 2. 1908	26. 2. 1908	62
7	Konstantinopel 16. 2. 1908	29. 2. 1908	64
8	Sophia 7. 3. 1908	16. 3. 1908	67
9	Berlin 22. 2. 1908	20. 3. 1908	68
10	Petersburg 24. 2. 1908	21. 3. 1908	70
11	Athen 18. 3. 1908	10. 4. 1908	72
12	Rom 23. 3. 1908	24. 4. 1908	74
13	Rom 31. 3. 1908	24. 4. 1908	76
14	Belgrad 21. 4. 1908	2. 5. 1908	78
15	Berlin 16. 6. 1908	24. 6. 1908	80
16	Petersburg 30. 5. 1908 u. 10. 6. 1908	3. 7. 1908	82
17	Belgrad 12. 6. 1908	6. 7. 1908	84
18	Berlin 20. 6. 1908	7. 7. 1908	85
19	Berlin 22. 6. 1908	8. 7. 1908	86
20	Paris 20. 7. 1908	17. 8. 1908	88
21	Kopenhagen 24. 7. 1908	17. 8. 1908	89
22	Berlin 14. 8. 1908	31. 8. 1908	90
23	Wien 30. 8. u. 3. 9. 1908	14. 9. 1908	92
24	Bukarest 8. 10. 1908	30. 10. 1908	94
25	Petersburg 31. 10. 1908	10. 11. 1908	95
26	Berlin 14. 11. 1908	21. 11. 1908	98
27	Belgrad 19. 11. 1908	5. 12. 1908	99
28	Belgrad 27. 11. 1908	9. 12. 1908	100
29	Tokio 10. 11. 1908	11. 12. 1908	102
30	Tanger 30. 11. 1908	11. 12. 1908	103
31	Berlin 11. 12. 1908	17. 12. 1908	104

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
32	Rom 4. 12. 1908	24. 12. 1908	106
33	Rom 27. 12. 1908	13. 1. 1909	108
34	Berlin 28. 12. 1908	14. 1. 1909	110
35	Paris 26. 12. 1908	16. 1. 1909	111
36	Wien 9. 1. 1909	28. 1. 1909	113
37	Tanger 8. 1. 1909	2. 2. 1909	115
38	Petersburg 30. 1. 1909	6. 2. 1909	116
39	Belgrad 12. 2. 1909	19. 2. 1909	117
40	Kopenhagen 19. 2. 1909	27. 2. 1909	119
41	Konstantinopel 13. 2. 1909	1. 3. 1909	120
42	Berlin 13. 2. 1909	6. 3. 1909	121
43	Belgrad 24. 2. 1909	6. 3. 1909	123
44	Berlin 17. 2. 1909	8. 3. 1909	124
45	Konstantinopel 10. 3. 1909	19. 3. 1909	126
46	Petersburg 11. 3. 1909	19. 3. 1909	128
47	Berlin 2. 3. 1909	20. 3. 1909	129
48	Berlin 12. 3. 1909	20. 3. 1909	131
49	Berlin 19. 3. 1909	26. 3. 1909	133
50	Konstantinopel 19. 3. 1909	27. 3. 1909	134
51	Petersburg 20. 3. 1909	27. 3. 1909	135
52	Belgrad 25. 3. 1909	1. 4. 1909	137
53	Konstantinopel 26. 3. 1909	2. 4. 1909	139
54	Belgrad 30. 3. 1909	8. 4. 1909	140
55	Petersburg 27.u.28. 3. 1909	15. 4. 1909	141
56	London 30. 3. 1909	15. 4. 1909	143
57	Berlin 26. 3. 1909	17. 4. 1909	144
58	Paris 5. 4. 1909	17. 4. 1909	145
59	Petersburg 30. 3. 1909	19. 4. 1909	146
60	Belgrad 10. 4. 1909	19. 4. 1909	148
61	Petersburg 9. 4. 1909	20. 4. 1909	150
62	Ottawa 30. 3. 1909	30. 4. 1909	152
63	Rom 4. 4. 1909	30. 4. 1909	154
64	Sophia 12. 4. 1909	30. 4. 1909	156
65	Rom 16. 4. 1909	5. 5. 1909	157
66	Berlin 16. 5. 1909	3. 6. 1909	160
67	Madrid 15. 5. 1909	4. 6. 1909	163
68	London 17. 5. 1909	4. 6. 1909	164
69	Konstantinopel 21. 5. 1909	9. 6. 1909	166
70	Belgrad 8. 6. 1909	2. 7. 1909	167
71	Petersburg 25. 6. 1909	3. 7. 1909	168
72	Belgrad 18. 6. 1909	10. 7. 1909	171
73	Sophia 28. 6. 1909	22. 7. 1909	173

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht		Datum des Zirkulars	Seite
74	Belgrad	11. 7. 1909	22. 7. 1909	174
75	Paris	3. 8. 1909	19. 8. 1909	175
76	Calcutta	14. 7. 1909	21. 8. 1909	176
77	Petersburg	9. 8. 1909	27. 8. 1909	178
78	Petersburg	20. 8. 1909	30. 8. 1909	180
79	Berlin	26. 10. 1909	3. 11. 1909	182
80	Konstantinopel	15. 10. 1909	4. 11. 1909	184
81	Wien	11. 2. 1910	18. 2. 1910	186
82	Petersburg	10. 2. 1910	19. 2. 1910	187
83	Wien	21. 2. 1910	3. 3. 1910	188
84	Berlin	22. 4. 1910	4. 3. 1910	189
85	Belgrad	22. 2. 1910	16. 3. 1910	190
86	Bukarest	8. 3. 1910	17. 3. 1910	192
87	Petersburg	12. 3. 1910	23. 3. 1910	192
88	Konstantinopel	11. 3. 1910	26. 3. 1910	194
89	Belgrad	24. 3. 1910	2. 4. 1910	196
90	Berlin	25. 5. 1910	3. 6. 1910	198
91	Konstantinopel	22. 7. 1910	31. 8. 1910	199
92	Konstantinopel	30. 7. 1910	31. 8. 1910	200
93	Petersburg	30. 8. 1910	22. 9. 1910	202
94	Rom	19. 9. 1910	7. 10. 1910	203
95	Berlin	7. 11. 1910	16. 11. 1910	205
96	Berlin	9. 11. 1910	30. 11. 1910	208
97	Wien	30. 12. 1910	18. 1. 1911	210
98	Konstantinopel	22. 1. 1911	11. 2. 1911	211
99	Belgrad	4. 2. 1911	22. 2. 1911	213
100	Belgrad	26. 2. 1911	6. 3. 1911	215
101	Berlin	3. 3. 1911	9. 3. 1911	217
102	Bukarest	28. 2. 1911	11. 3. 1911	219
103	Konstantinopel	17. 3. 1911	30. 3. 1911	220
104	Berlin	20. 3. 1911	31. 3. 1911	223
105	Konstantinopel	31. 3. 1911	13. 4. 1911	225
106	Belgrad	7. 4. 1911	15. 4. 1911	227
107	Bukarest	2. 4. 1911	19. 4. 1911	228
108	Konstantinopel	14. 4. 1911	27. 4. 1911	229
109	Tanger	15. 4. 1911	27. 4. 1911	231
110	Bukarest	21. 4. 1911	2. 5. 1911	234
111	Tanger	2. 5. 1911	12. 5. 1911	235
112	Berlin	5. 5. 1911	13. 5. 1911	237
113	Tanger	5. 5. 1911	17. 5. 1911	237
114	London	9. 5. 1911	18. 5. 1911	238
115	Madrid	11. 5. 1911	19. 5. 1911	239

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
116	Bukarest 17. 5. 1911	1. 6. 1911	241
117	Berlin 22. 5. 1911	1. 6. 1911	244
118	London 22. 5. 1911	7. 6. 1911	245
119	Konstantinopel 27. 5. 1911	7. 6. 1911	247
120	Berlin 27. 5. 1911	8. 6. 1911	248
121	Konstantinopel 28. 5. 1911	10. 6. 1911	249
122	Tanger 11. 6. 1911	24. 6. 1911	252
„	„ 13. 6. 1911	„	253
123	Bukarest 13. 6. 1911	24. 6. 1911	254
124	Belgrad 16. 6. 1911	28. 6. 1911	255
125	Wien 15. 6. 1911	1. 7. 1911	257
126	Konstantinopel 23. 6. 1911	1. 7. 1911	259
127	Konstantinopel 4. 7. 1911	19. 7. 1911	261
128	Tanger 7. 7. 1911	20. 7. 1911	262
129	Petersburg 9. 7. 1911	20. 7. 1911	263
130	Paris 12. 7. 1911	24. 7. 1911	265
131	Konstantinopel 10. 8. 1911	19. 8. 1911	267
132	Berlin 12. 10. 1911	20. 10. 1911	269
133	Konstantinopel 27. 10. 1911	9. 11. 1911	270
134	Belgrad 29. 10. 1911	9. 11. 1911	273
135	Petersburg 26. 10. 1911	21. 11. 1911	274
136	Konstantinopel 6. 11. 1911	7. 12. 1911	275
137	Konstantinopel 7. 12. 1911	18. 12. 1911	277
138	Konstantinopel 5. 12. 1911	28. 12. 1911	278
139	Bukarest 6. 12. 1911	28. 12. 1911	280
140	London 15. 1. 1912	24. 1. 1912	280

Ministère
des
Affaires Etrangères.

Direction P n°. 6016
N°. d'ordre

Bruxelles, le 11 décembre 1908.

Extrait d'un rapport de Tanger
du 30 novembre 1908, n°. 161.

Mulay Hafid et la France.

Le Gouvernement français examinerait, dès à présent, l'opportunité d'envoyer une mission auprès de Mulay Hafid.

Il ne paraît pas téméraire de supposer que dans un avenir plus ou moins éloigné, le Maghzen du nouveau Sultan doive s'engager, à son tour, dans la voie d'entente avec la France qu'Abd El Aziz avait si résolument suivie. L'occupation du territoire marocain par l'armée du Général d'Amade est un argument qui s'impose de plus en plus. Mais il en est d'autres auxquels peu de Marocains sont à la longue capables de résister. De tout l'ancien Maghzen, feu Mohr. Torres était le seul dont l'intransigeance patriotique fut à l'abri de certaines défections. Mohr. Guebbas, son successeur, ouvertement acquis

Monsieur

~ ~ ~

Auf 1/4 verkleinerte Wiedergabe des Originals.

acquis à la pénétration française, s'est vu confirmer dans son poste par le nouveau Sultan.

Si le jour vient où Moulay-Hafid, à son tour, réclamera "le concours bienveillant" de la République, celle-ci n'aura qu'à poursuivre la politique habile grâce à laquelle la France se trouve avoir installé des travaux publics tels que la télégraphie sans fil & le chemin de fer stratégique de la Chaouia & s'être assuré d'autres privilèges qu'elle a fait passer, sans trop de peine, entre les mailles de l'acte d'Algeciras.

Vierter Band:

1912–1914

Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen

Bearbeitet von

Alfred Doren

Das kritische Jahr 1911 war unter verhältnismäßig friedlichen Anzeichen zu Ende gegangen, wenn auch die Fortdauer des türkisch-italienischen Krieges und die der albanischen und mazedonischen Wirren eine gewisse Spannung und Beunruhigung in die große europäische Politik hineintrugen. Die durch die deutsche Flottenexpedition nach Agadir aufs äußerste geschärfte Spannung zwischen Deutschland und Frankreich war durch den Verzicht Deutschlands auf eine aktive Marokkopolitik und die Abtretung von Neukamerun an Deutschland beseitigt worden; in England, wo man nach der Ansicht des belgischen Gesandten in London päpstlicher als der Papst gewesen war und einen dauernden Druck auf Frankreich im Sinne einer unnachgiebigen Haltung gegenüber berechtigten deutschen Ausgleichungsforderungen ausgeübt hatte, hatte man sich mit dem Geschehenen abgefunden; ein energischer Protest der englischen Arbeiterpartei gegen ein solches Einstehen Englands für fremde Interessen, das die Gefahr eines Krieges mit Deutschland in unmittelbare Nähe gerückt hatte, gibt der in radikalen Kreisen Englands gegen die Greysche Politik gerichteten Stimmung noch nachträglich deutlichen Ausdruck. — Anl. 1. Anl. 3.

Nur im Wetterwinkel im Südosten, im ewig unruhig brodelnden Kessel der Balkanstaaten, die seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich und der damaligen Niederlage der russischen Orientpolitik nicht mehr zur Ruhe gekommen waren, blitzt und grollt es dauernd weiter.

Die belgische Regierung widmet gerade diesen Dingen ständig ihre besondere Aufmerksamkeit; die Mehrzahl der während des Jahres 1912 versandten Zirkulare ist mit Mitteilungen

über sie ausgefüllt; man ahnt in Brüssel, daß diese, scheinbar örtlich begrenzten, Strömungen allmählich breitere Wellen schlagen und bis an das eigene Land branden könnten, das im Sommer 1911 schon alle ängstlichen Ahnungen einer kaum mehr abwendbaren Katastrophe durchgekostet hatte; und schärft, als die Lage sich zuspitzt, in einem besonderen
Anl. 22. Rundschreiben vom 3. Oktober 1912 den Gesandten deshalb erhöhte Aufmerksamkeit diesen Dingen gegenüber ein.

Die Stellung der nächstbeteiligten Großmächte zu den Balkanfragen war in den albanisch-montenegrinischen Wirren des Jahres 1911 mit ziemlicher Deutlichkeit zutage getreten. Hinter Montenegros Vergrößerungsplänen, die von den belgischen Gesandten gelegentlich als Größenwahn bezeichnet werden, steht die italienische Politik, die während des Tripolisunternehmens mit Eifer und Geschick auf die Schwächung der Türkei auf allen gefährdeten Außenposten ihres politischen Systems hinarbeitet; steht Rußland, das den, allerdings vergeblichen, Versuch macht, sein Prestige auf dem Balkan auf diese Weise zu festigen und nach dem Fehlschlagen dieses Versuchs mit der Zusammenfügung eines neuen Balkanblocks unter russischer Führung eine zuerst deutlich gegen Österreich gerichtete, bald aber auf die Zertrümmerung der Türkei als nächstes Ziel ausgehende Politik treibt. Österreich, mit der Befestigung seiner Herrschaft in den neu gewonnenen Provinzen beschäftigt, beobachtet diese Politik mit begreiflichem Mißtrauen und arbeitet nach Kräften dagegen; Deutschland und die beiden Westmächte stehen einstweilen abseits, aber auf der Wacht, zugleich ihre Interessen zu wahren und ein Umsichgreifen einer aus der ewig glimmenden Asche emporschlagenden Flamme im richtigen Augenblick zu verhüten.

Die Wurzeln dieser den europäischen Frieden bedrohenden Gefahr — das lassen die belgischen Berichte mit aller Deutlichkeit erkennen — lagen in der Tatsache, daß in allen Ländern mehr oder minder einflußreiche Gruppen von Elementen bestanden, die aus den verschiedensten Beweggründen eine ungemein rege, nach außen gerichtete, aggressive Politik ver-

folgten und im Dienste ihrer hochgeschraubten, oft bis ins völlig Uferlose sich verlierenden Ziele auch vor den verhängnisvollsten Folgen ihres Tuns nicht zurückscheuten. — Die Aufmerksamkeit der belgischen Regierung gilt diesen Kreisen und ihrem Tun in hervorragendem Maße; das wechselnde Spiel ihres wachsenden und sinkenden Einflusses auf die Träger der politischen Verantwortung in den einzelnen Ländern wird von den belgischen Gesandten eifrig verfolgt und kommt auch in den aus ihren Berichten zusammengestellten Zirkularen zum deutlichen Ausdruck. — Die Berliner Berichte aber gewinnen in diesen Jahren schon dadurch eine besondere Bedeutung, daß im Mai 1912 Baron Greindl durch den Baron Beyens auf dem Berliner Gesandtschaftsposten abgelöst wird; daß an Stelle eines Mannes, der aus seiner in langjährigem gründlichem Einleben erwachsenen Kenntnis deutschen Wesens ein wahrhaftes Verständnis unseres Strebens und eine tiefe Liebe zur deutschen Kultur sich gewonnen hatte, ein äußerlich scheinbar kühler Beobachter getreten war, dessen in Wahrheit deutschfeindliche Gesinnung durch seine Veröffentlichungen während der Kriegszeit aller Welt bekannt geworden ist. Um so wertvoller für die wahre Erkenntnis der Dinge mag es sein, wenn ein so gearteter Mann den Deutschen und vor allem dem deutschen Kaiser ein Zeugnis ausstellt, das, über alle trübe Wirrnis der Gegenwart hinaus, vor einer unparteiisch wertenden Zukunft und dem Urteil der Weltgeschichte wird bestehen können.

Die Kriegsparteien aller unmittelbar beteiligten Länder finden wir schon in der ersten Hälfte des Jahres 1912, vor Ausbruch des Balkankrieges, am Werke, um den immer noch unter der Asche der niedergedrückten albanischen Aufstände fortglimmenden Brand im gegebenen Augenblick wiederaufzuschüren und daran die eigenen Töpfe zu wärmen. Der „Größenwahn" Montenegros ist durch das Mißlingen des Abenteuers von 1911 nicht gedämpft; die serbische Regierung steht hinter der mächtigen Organisation der großserbischen Pro- Anl. 8.
paganda, die die irredentistische Bewegung in den Nachbarstaaten schürt und sie durch Lieferung von Geld und Waffen Anl. 9.

stützt; sie baut auf den Panslawismus in Rußland[1]) und auf
Anl. 23. die innere Uneinigkeit der Großmächte. In Bulgarien besteht, nach Pariser Berichten, eine stark zum Krieg drängende Volksströmung, die die Gewinnung der großbulgarischen Grenzen und die Erwerbung Mazedoniens zum Ziel hat. Rumänien,
Anl. 4. in seiner Stellung als stärkste Balkanmacht bedroht, rüstet ebenfalls, um auf alles gefaßt zu sein. Ein langer Bericht
Anl. 7. aus Bukarest vom 19. März schildert die Lage der Türkei, gegenüber der vor wenigen Monaten, als gebessert, verzeichnet aber eben deshalb auch hier ein Anwachsen des „kriegerischen Geistes der Osmanen" und prophezeit als Folge einer Niederlage Italiens in Tripolis den Ruin des europäischen Einflusses am Bosporus. Nach der Abberufung des russischen türkenfreundlichen Gesandten in Konstantinopel, Tcharykoff, befürchtet
Anl. 12. man dort eine für die Türkei gefährliche Wendung der russischen Politik, die eine völlige Erschöpfung der Türkei infolge der
Anl. 14. Fortdauer des tripolitanischen Krieges nicht ungern sehen würde; die ewigen Unruhen in Albanien stellen die Türkei vor neue
Anl. 13, große Schwierigkeiten.
15.

Das Verhalten der beiden auf dem Balkan rivalisierenden und an dessen Zukunftsgestaltung vor allem interessierten Großstaaten, Österreich-Ungarn und Rußland, wird in den Zirkularen natürlich mit besonderer Spannung verfolgt.

In Österreich besteht wie in allen anderen Ländern eine
Anl. 42, Militärpartei, die für ein energisches Eingreifen im Südosten
43. ist, vor allem als nach Ausbruch des Balkankrieges nicht nur die Errungenschaften von 1909, der Besitz Bosniens und der Herzegowina, sondern auch der Bestand der österreichischen Monarchie selbst bedroht erscheinen. In den Zeitungen, vor allem in der von den belgischen Gesandten sehr scharf beurteilten „Neuen Freien Presse", kommt die Erregung, mit der man den Verlauf der Dinge im Südosten begleitet, oft in übertriebener, aufreizender Form zum Ausdruck. — Das Urteil über die Regierungspolitik der Doppelmonarchie ist in
Anl. 5. unseren Zirkularen kein einheitliches. Ein Zirkular vom 6. März 1912, das, nach einem Belgrader Bericht vom 25. Februar,

[1]) S. u. S. 9 ff.

von einer nach dem Tode des Grafen Aehrenthal und der Übernahme des Ministeriums des Äußeren durch den Grafen Berchtold sich vollziehenden russisch-österreichischen Annäherung zu berichten weiß, wird durch die Ereignisse bald Lügen gestraft. — Das Mißtrauen, das gegenüber der aktiven österreichischen Politik im Südosten zu Anfang unserer Periode herrscht — damals wegen angeblicher Kulturpropaganda in Albanien und Unterstützung großmontenegrinischer Bestrebungen — macht sich auch im weiteren Verlaufe der Dinge wiederholt bemerkbar; es fehlt nicht an sehr scharfen Beurteilungen der österreichischen Politik, der einmal von Baron Beyens „Ungeschicklichkeit und Zerfahrenheit" vorgehalten wird; vor allem begegnet die einseitige Unterstützung Bulgariens im Balkankriege durch die österreichische Diplomatie, die in erster Linie gegen die serbischen Expansionsbestrebungen gerichtet war, um deswillen einer ziemlich energischen Ablehnung von belgischer Seite, weil sie die alte Freundschaft mit Rumänien zu zerstören drohte. — Auf der anderen Seite aber wird betont, daß die Regierung auch gegenüber dem Drängen der starken Militärpartei im eigenen Lande die Ruhe nicht verliere, daß Österreich-Ungarn die einzige Großmacht sei, welche zur Förderung einer Politik der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan durch ihre eigenen Interessen getrieben werde. Die weit verbreitete Anschauung, daß der Thronfolger Anhänger des Kriegsgedankens und geheimer Förderer der Militärpartei sei, wird als alte, unbegründete Legende charakterisiert. Des mäßigenden Einflusses, den Kaiser Wilhelms Freundschaft und seine „von Weisheit und Erfahrung diktierten Mahnungen zur Vorsicht" auf den Jüngeren und sein oft undiszipliniertes Wesen ausgeübt hätten, wird in einem erst nach der Ermordung des Erzherzogs geschriebenen Überblick über seine politische Tätigkeit besonders gedacht. Gewiß beobachtet man in Belgien besonders zu Anfang mit ängstlicher Spannung die militärischen Vorkehrungen auf österreichischer Seite; aber man verkennt nicht die Gründe, die Österreich zu dieser Bereitschaft gezwungen haben und ist selbst in Paris geneigt, ihren rein defensiven, gegen großserbische

Anl. 2.

Anl. 74.

Anl. 89.

Anl. 19, 20,28,39.

Anl. 34.

Anl. 97.

Anl. 34, 36,42,43. 45,46,49.

und panslawistische Treibereien gerichteten Charakter anzuerkennen. — Und als die Balkankrise nach dem zweiten Balkankriege mit der Bukarester Konferenz ihr Ende findet,
Anl. 72. da wird es Österreich ausdrücklich bezeugt, daß es, obwohl sein Schicksal am engsten von allen Großmächten mit der Gestaltung der Dinge auf dem Balkan verknüpft sei, durch seine besonnene Haltung den europäischen Frieden gerettet habe. „Anstatt böswillig — heißt es in einem Berliner Bericht vom 6. August 1913 — die von der österreichischen Diplomatie während der Dauer des Balkankonfliktes gespielte Rolle zu kritisieren, wo sie, ausgenommen was das zukünftige Albanien betrifft, nichts als Mißerfolge erlitten hat, sollte man Österreich-Ungarn für sein Zögern und sein Zurückweichen (ses hésitations et ses reculs) dankbar sein; hätte es als diejenige unter den Großmächten, die in erster Linie an dem an der Balkangrenze sich abwickelnden Spiel interessiert war, sich zu einer Intervention entschlossen, so wäre ein europäischer Krieg daraus entstanden. Dank der Unentschiedenheit des Grafen Berchtold und zweifellos auch der friedliebenden Gesinnung seines ehrwürdigen Souveräns sind wir einem allgemeinen Brande entgangen[1])."

Diese dem Frieden dienende Zurückhaltung der amtlichen Politik Österreichs aber wird nach dem belgischen Zeugnis in erster Linie ermöglicht und gestützt durch den festen Rückhalt, den es an seinem Bündnis mit Deutschland besitzt,
Anl. 33. — obwohl man dort durchaus nicht stets und in allen Kreisen mit seinem Vorgehen einverstanden ist —, und durch
Anl. 41, 43, 65, 74. dessen aufrichtige Friedensliebe, die gegenüber aggressiven Strömungen in Österreich zurückhaltend wirkt. Sie findet allerdings dort ihre Grenze, wo österreichische Interessen durch großserbische Propaganda oder einen Krieg mit Rußland
Anl. 26, 38, 65. unmittelbar bedroht sind; aber auch da sind es, wie 1909,

Anl. 84. [1]) Später, im Februar 1914, wird allerdings der Wiener Presse der Vorwurf gemacht, daß sie die angebliche Erneuerung des Balkanbundes durch Rußland tendenziös aufbausche.

einzig nur der Gedanke an die Wahrung des allgemeinen europäischen Friedens und die Hoffnung, durch schnelles Eingreifen einen etwa ausbrechenden Brand zu lokalisieren und bald zu ersticken, die Deutschland zu energischem präventivem Eingreifen an der Seite seines Verbündeten veranlassen könnten. Die traditionelle Freundschaft mit der Türkei aber hindert es nicht, auch nach dieser Seite im Interesse des Friedens energische Warnungen zu erteilen[1]) und seine Unzufriedenheit über eine allzu aggressive Sprache der türkischen Diplomatie deutlich zu verstehen zu geben. Es mag auch hier besonders hervorgehoben werden, daß gerade in Pariser Berichten des Kaisers unwandelbare Friedensliebe mit besonderer Emphase betont wird: „Alle Mächte wollen aufrichtig den Frieden, und Kaiser Wilhelm zeichnet sich ganz besonders durch seine friedlichen Absichten aus." — Er ist es, der immer wieder zur Mäßigung mahnt, wenn die Dinge sich allzusehr zuzuspitzen drohen. Die Kandidatur des Prinzen von Wied für den albanischen Thron findet bei ihm nur eine sehr laue Unterstützung.

Anl. 26. Anl. 41. Anl. 43. vgl. Anl. 27. Anl. 36, 38. Anl. 73.

Frankreichs Interessen gehen hier mit denen Deutschlands insofern parallel, als es, mit der Festigung und Ausbreitung seiner Macht in Marokko nach der Einigung mit Deutschland beschäftigt, ebenfalls eine Störung des allgemeinen Friedens durch die Balkanunruhen nach Kräften zu verhindern sucht[2]); England steht — nach dem Urteil der Zirkulare wenigstens — den Dingen scheinbar gleichgültig gegenüber; nachdem ein Gerücht, daß Lord Kitchener als Gesandter nach Konstantinopel gehen und eine vorsichtigere Politik (un jeu plus serré) dort einleiten sollte, sich nicht bewahrheitet hat; während die öffentliche Meinung der Sache des Balkanbundes den Sieg wünscht, befürchtet die Regierung von einem solchen Ausgang des Kampfes eine Störung des allgemeinen Friedens, in sicherer Erwartung von Zwistigkeiten, die sich notwendig bei der Teilung der Beute einstellen würden. — Später bemüht es sich

Anl. 25, 26, 36. Anl. 25, 33. Anl. 20. Anl. 25, 26, 30. Anl. 83.

[1]) Nur im Anfang wird von dem belgischen Gesandten in Berlin bemängelt, daß es diese Mahnungen nicht mit der nötigen Energie erteilt habe. Anl. 25.

[2]) Die französischen Zeitungen allerdings werfen sich im Oktober 1913 Anl. 74. zu warmen Verteidigern großserbischer Wünsche auf.

eifrig um die Lösung des griechisch-türkischen Konflikts, ohne für seine Vorschläge bei dem Dreibund Zustimmung zu finden.

Gegen all diese friedlichen Stimmungen, gegen all die mehr oder minder aufrichtigen und energischen, egoistischen oder idealistischen Bestrebungen, die der Erhaltung des europäischen Friedens dienen, steht nun die russische Politik jener Zeit in scharfem Gegensatz; in Rußland ist die Heimat aller jener Quertreibereien, Hetzereien und Intrigen, die den Balkan nicht zur Ruhe kommen lassen, und die im Dienste einer nur durch einen allgemeinen Krieg und völligen Umsturz zu verwirklichenden Idee vor keiner Konsequenz, auch nicht vor der Schürung eines allgemeinen Weltbrandes zurückscheuen[1]).

Anl. 22, 24, 34, 35, 36, 43,48,64. Gewiß, dieser Strömung gegenüber wird besonders zu Anfang noch die Friedensliebe der russischen Regierung, insbesondere Sasonoffs betont; einen Krieg mit Österreich will er verhindern, — bei welchem Entschluß allerdings die mangelnde Bereitschaft

Anl. 40. des russischen Heeres eine ebenso bedeutsame Rolle spielt wie die Furcht vor einem Eingreifen Deutschlands, mit dem man nach unzweideutigen deutschen Erklärungen rechnen muß. Aber man sieht auf der anderen Seite die starken, durch alle

Anl. 35, 45. Vorwände nicht abzuleugnenden militärischen Rüstungen an den Grenzen gegen Österreich und Deutschland und weiß, daß

Anl. 40. im geheimen noch weiter gerüstet wird; man hat Kenntnis von der Tatsache, daß alle großserbischen Tendenzen, alle

Anl. 34, 36, 68. maßlosen Ansprüche und verstiegenen Vergrößerungswünsche Serbiens bei dem offiziellen Vertreter der russischen Regierung in Belgrad ihren Mittelpunkt haben, und daß von dort aus immer aufs neue in die schwelende Flamme geblasen wird;

Anl. 12. man hegt schon im Mai 1912 in Konstantinopel, vor allem wegen der Rüstungen an der russischen Südgrenze, starkes Mißtrauen, und wenn man auch nicht an der Aufrichtigkeit der Sasonoffschen Friedenspolitik zweifeln will, so wirft man

Anl. 35, 43, 68. ihr doch Unklarheit und Zweideutigkeit vor. Daß der Balkanbund, der nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Öster-

Anl. 10. [1]) Die Neigung Rußlands zum Zusammengehen mit Italien, die wir schon in den letzten Jahren konstatieren konnten (vgl. Europ. Politik, Bd. 3), besteht weiter, ohne daß es zu einer eigentlichen Entente kommt.

reich gerichtet erscheint, wie ein Erzeugnis so auch ein Werkzeug der russischen Politik war, daß er seinen Einheitspunkt jenseits der Grenze der Balkanländer fand, und alle Fäden, an denen er gelenkt wurde, in den Händen russischer Diplomaten lagen, kommt in den Zirkularen deutlich zum Ausdruck. Zwar bemüht sich die russische Diplomatie, wie die Zirkulare meinen, zunächst ehrlich um die Verhütung der Ausbreitung des am Balkan ausgebrochenen Brandes; aber man zweifelt auf der anderen Seite, wie ein Wiener Bericht vom 12. Oktober 1912 meldet, nicht daran, daß der russische Gesandte Hartwig der Urheber des serbisch-bulgarischen Bündnisses und damit des Balkankonfliktes sei, und daß er schwerlich ohne Wissen seiner Regierung gehandelt haben könne. Aber selbst wenn dem nicht so sei, so müsse man doch anerkennen, daß die russische Politik „einen wenig klaren und widerspruchsvollen Charakter" trage. Auch in Konstantinopel glaubt man Ende März 1913 nicht mehr, wie wenige Wochen zuvor, an die Aufrichtigkeit der russischen Friedensversicherungen. — Dieses Urteil ergab sich mit Notwendigkeit aus dem fortdauernden Ringen zweier Tendenzen: der Furcht Rußlands vor dem Ausbruch eines allgemeinen europäischen Konfliktes, den siegreich zu bestehen man sich in keiner Weise gewachsen fühlte, und jenen seit 1910 immer stärker anschwellenden Strömungen der panslawistischen Idee, die ihr letztes und höchstes Ziel: Zusammenfassung aller slawischen Kräfte unter Führung Rußlands zu einem ungeheuren, die Welt beherrschenden Weltreiche nur auf dem Wege über die Gewinnung Konstantinopels, die Zerstörung der europäischen Türkei und die Zersprengung der österreichisch-ungarischen Monarchie erreichen zu können meinte. Diese panslawistische Strömung aber wird bereits gelegentlich als „öffentliche Meinung Rußlands" bezeichnet; mit immer stärkerer Gewalt brandet sie gegen das immer noch scheinbar auf friedlicher Bahn dahinziehende Staatsschiff Rußlands und sucht es in ihre unergründlichen Strudel hinabzuziehen. Als eigentliche Trägerin dieser Idee und als Führerin der Nation auf diesen gefährlichen Wegen erscheint „eine intransigente Militärpartei", die mit ihrem starken Einfluß bei Hofe den Bemühungen der Regierung um

Anl. 58, 77.
Anl. 34, 35,36,43, 64.
Anl. 28.
Anl. 58.
Anl. 47, 59.
Anl. 51.
Anl. 45.

Erhaltung des Friedens unablässig und mit steigenden Erfolgen
Anl. 68, 95. entgegenarbeitet; erscheinen einige Mitglieder der kaiserlichen Familie, deren Namen dann der Weltkrieg als die der Haupttreiber zum unheilvollen Ende aller Welt bekannt gegeben hat. Von einzelnen Persönlichkeiten aber begegnen wir — neben Hart-
Anl. 34, 57, 76. wig und über ihm als seinem Auftraggeber und Berater — vor allem Iswolski, der für seine Niederlage in der bosnischen Krise nicht nur an seinem siegreichen Gegenspieler Aehrenthal, dessen
Anl. 76. „Theatercoup" von 1909 nach belgischem Urteil bis zum Jahre 1913 weiterwirkt, sondern auch an dem Lande Österreich eine persönliche Rache zu üben hat. Für alle diese Kreise und Bestrebungen sind die Balkanstaaten nur Steine, die sie nach eigener Willkür in ihrem waghalsigen Spiele hin und her schieben, um den Gegner, also vor allem Österreich, mattzusetzen, dessen
Anl. 64. Heer man ebenso verachtet, wie man vor dem japanischen Kriege das japanische verachtete. Sie sind es, die mit dauernden Wühlereien durch panslawistische Ausschüsse die slawischen
Anl. 34. Völker Österreich-Ungarns, nicht nur die der 1909 neu annektierten Gebiete im Südosten, sondern auch die polnischen und ruthenischen Bevölkerungen Galiziens gegen die Regierung aufhetzen; die serbischen Großmachtspläne, die von ihnen eifrig unterstützt werden, sind ihnen in letzter Linie Mittel
Anl. 34, 68. zu ihren eigenen Zwecken: man braucht einen bestimmten Vorwand, um den alten, in allen Kreisen der Bevölkerung verbreiteten Haß gegen Österreich, um die Begeisterung des Heeres
Anl. 34. für einen Krieg gegen das militärisch gering geschätzte Nachbarland praktisch wirksam werden zu lassen; den soll die serbische Frage bieten. Und so unterstützt man auch die montenegrinischen Ansprüche auf Skutari; hetzt als „öffentliche Mei-
Anl. 48. nung" zu Anfang 1913 Bulgarien gegen Rumänien und zu-
Anl. 60, vgl. Anl. 1. gleich gegen Konstantinopel, um dort die Meerengenfrage aufzurollen; sieht nach der Eroberung Adrianopels den Marsch
Anl. 59. auf Konstantinopel in beglückende Nähe gerückt. Jede den Frieden fördernde Annäherung Serbiens an Österreich ist in diesen Kreisen verhaßt und wird mit allen Mitteln ver-
Anl. 28. hindert. — So ist man dauernd mit unterirdischen Treibereien
Anl. 68. am Werke; das Vertrauen der Balkanstaaten aber gehört diesen

Männern, und vor allem baut Serbien darauf, daß seine verstiegenen Pläne durch solche mächtigen Einflüsse allmählich auch die offizielle russische Politik gewinnen und auf die gefährliche Bahn fortreißen könnten. — Ende November 1912 scheint es nach der allgemeinen Anschauung der Diplomaten so weit gekommen zu sein, daß Sasonoff nachgibt; bald darauf hat er aber noch einmal gesiegt, Hartwig zur Ordnung gerufen und Serbien zu vorläufigem Nachgeben gezwungen. Unter der Asche aber glimmen die gefährlichen Funken weiter; immer mehr gewinnt Sasonoffs Politik einen zweideutigen, undurchsichtigen Charakter; man sagt, daß sie heimlich den Balkanbund unterstütze und damit die Schwierigkeiten einer Lösung der Balkanfragen erhöhe; sie billigt zwar auch im zweiten Balkankrieg Serbiens rücksichtsloses Vorgehen nicht, wagt aber aus Furcht vor den panslawistischen Einflüssen nicht, es energisch zurückzurufen. — So bleibt am Schlusse die Befürchtung, daß, wenn es diesmal noch glücklich gelungen ist, ein Umsichgreifen der Balkanwirren und damit die Aufrollung der großen europäischen Gegensätze zu verhindern, der Panslawismus doch weiter am Werke sei und des Augenblicks harre, da er endlich über die Ufer treten und den schwachen Widerstand der Regierung gegen seine phantastischen Pläne werde hinwegschwemmen können. —

Anl. 28, 30. Anl. 37, 38,40,43. Anl. 68. Anl. 45. Anl. 70.

Das Verhältnis der großen Mächte zueinander, wie es in den beiden gegeneinander auf der Wacht stehenden Bünden zum Ausdruck kam[1]), ist durch die Balkanwirren der Jahre 1912/13 — wie schon aus dem Gesagten hervorgeht — an keinem Punkte wesentlich berührt oder gar erschüttert worden. Ein gelegentlicher heftiger Ausfall einer russischen Zeitung gegen England, „das alle Meerengen der Welt als von Gott England geschenkt ansieht", bleibt ohne alle Bedeutung. Fest stehen auf der einen Seite die gemeinsamen Bemühungen aller Mächte,

Anl. 59.

[1]) Ein Petersburger Bericht vom 28. Februar 1912 (Zirkular vom 18. 3. 1912) gibt ein in der Petersburger Zeitung Rjetsch veröffentlichtes Interview mit Graf Witte wieder, das interessante Einblicke in die Entstehungsgeschichte der englisch-russischen Entente enthält. Anl. 6.

von denen nur diejenigen Rußlands der letzten Klarheit und Ehrlichkeit entbehren, den auf dem Balkan entstandenen Brand zu lokalisieren; fest steht auf der anderen Seite die trotzdem fortdauernde, durch den Verlauf der Krise eher noch vertiefte Gegnerschaft zwischen Rußland und Österreich. — Im übrigen hat nach den Berichten der belgischen Gesandten, die die belgische Regierung sich zu eigen macht, die gemeinsame Friedensaktion, ähnlich wie im Jahre 1909, gelegentlich besondere Brücken der Verständigung zwischen den beiden großen Gruppen der europäischen Mächte geschlagen: Poincarés
Anl. 26. Bemühungen um Erhaltung des Friedens werden in Deutschland mit Freuden begrüßt. Englands Zurückhaltung während des Balkankrieges geht so weit, daß es sich selbst im Augenblick der höchsten serbisch-österreichischen Spannung und eines im Dezember 1912 drohenden allgemeinen Konflikts nicht aus
Anl. 20, 26, 30. seiner kühlen Reserve locken läßt, wobei die Rücksicht auf seine indischen Interessen, die Furcht vor einer allgemeinen muselmanischen Erhebung eine bedeutsame Rolle spielt. Die Freiheit der Aktion scheint ihm auch jetzt gewahrt.

Dennoch lassen die Zirkulare keinen Zweifel, daß, auch abgesehen von den Balkanwirren, dem österreichisch-russischen Gegensatz und dem aggressiven Treiben der panslawistischen Kreise der europäische Friede keineswegs gesichert ist, und daß die von Eduard VII. eingeleitete Einkreisungspolitik[1]) gegen das Deutsche Reich weiter ihre verhängnisvolle Wirkung übt. Wir hören von den immer wieder erneuten Versuchen Deutschlands, den eisernen Ring zu sprengen, den man ihm umgelegt hat, um seine für englische Wirtschaftsmonopole und russische Expansionsbestrebungen immer unbequemer und gefährlicher sich entwickelnde nationale Kraft lahmzulegen. Allen diesen Versuchen gegenüber verhalten die in den Zirkularen zur Sprache kommenden belgischen Gesandtschaftsberichte sich überaus skeptisch und zurückhaltend. So schon zu Beginn unseres Zeitraums gegenüber

Anl. 21, 31. [1]) Die Madrider Nachricht von einer bevorstehenden Annäherung Spaniens an die Entente wird im September 1912 von der Brüsseler Regierung nur mit Vorbehalt weitergegeben.

jener Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltisch-Port, die zunächst wohl als nicht völlig aussichtslos bezeichnet wird, von der aber doch angesichts der in der Presse und deutlicher noch bei der Beratung der Flottenvorlage in der Duma zutage tretenden Ausbrüche des Deutschenhasses in Rußland durchgreifende Änderungen in den deutsch-russischen Beziehungen nicht erwartet werden. — Und dies um so weniger, als der Begegnung der beiden Monarchen sehr bald das französisch-russische Flottenabkommen folgt, durch das — nach englischer Auffassung — ein beträchtlicher Teil der deutschen Seestreitkräfte von der Nordsee nach der Ostsee abgezogen und die für England bedrohliche Entwicklung der deutschen Nordseeflotte unterbunden wird, und das zugleich, politisch betrachtet, als „Antwort auf tendenziöse Nachrichten" gelten mochte, die in gewissen Organen der kontinentalen Presse ihr Echo fanden, „über eine Abschwächung des Zweibundes und eine Lockerung der Bande, die seit 21 Jahren Frankreich an Rußland knüpfen". Völlig wettgemacht und in ihren etwaigen günstigen Folgen für eine Besserung der deutsch-russischen Beziehungen aufgehoben wird jene Zusammenkunft durch den in der russischen wie in der französischen Öffentlichkeit mit gleicher Begeisterung gefeierten Besuch des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Petersburg zu Anfang August 1912, dessen eigentliche Bedeutung, von Poincaré nach seiner Rückkehr hartnäckig verschwiegen, der Welt und auch den belgischen Gesandten erst zwei Jahre später bekanntgegeben wird; sie bestand in der schon im Sommer 1912 angebahnten, jetzt glücklich erreichten Vertiefung des französisch-russischen Bündnisses, wie sie in der durch französisches Geld erwirkten Verpflichtung Rußlands zu einer gewaltigen Verstärkung seiner Kriegsrüstung zum Ausdruck kommt. — Wenige Monate später aber finden wir den Großfürsten Nikolaus, begleitet von seiner montenegrinischen Gemahlin, auf einer Inspektionsreise an der französischen Ostgrenze, von wo aus letztere die „eroberten Provinzen" grüßen konnte; gipfelnd in einer von der Presse reklamehaft gefeierten militärischen Parade und Kundgebung gegen die Annexion Elsaß-Lothringens! —

Anl. 16.

Anl. 18.

Anl. 23.

Anl. 96.

Anl. 29.

Günstiger als für jene Annäherungsversuche gegenüber Rußland schien die Weltlage sich für die Besserung der englisch-deutschen Beziehungen zu gestalten, die durch die Marokkokrise von 1911 aufs äußerste gespannt waren. In beiden Ländern bestanden starke Strömungen, die zueinander hindrängten; man versuchte ehrlich, Brücken über die tiefe trennende Kluft zu schlagen; Friedensbeteuerungen und Versicherungen, daß ein Nebeneinanderarbeiten überall in der Welt möglich sei, wurden ausgetauscht. In England ist es vor allem der linke Flügel der liberalen Partei, der seit der Versetzung Marschalls auf den Botschafterposten in London, unterstützt von einem Teil der Presse und der Gesellschaft, einer solchen Politik die Wege zu bahnen sucht und vor einer
Anl. 44. allzu engen Fesselung an Frankreich und einem abenteuernden Eintreten Englands für fremde Interessen warnt. In sehr scharfen Ausdrücken wendet sich die englische Arbeiterpartei
Anl. 3. schon im Januar 1912 auf ihrer Konferenz zu Birmingham gegen die antideutsche Politik Greys, die nur übermäßige Rüstungen, ein Gefühl internationaler Antipathie und den Verrat an den unterdrückten Nationen zur unmittelbaren Folge habe. Deutschlands Regierung, sagte damals Keir Hardie in einer Rede, sei immer noch der russischen Autokratie vorzuziehen; Grey, meinte ein anderer, trete Englands Tradition, den Unterdrückten zu helfen, mit Füßen. Diese antideutsche Politik müsse ein Ende haben! — Die Ersetzung des Grafen Metternich
Anl. 11. durch Baron Marschall auf dem Londoner Botschafterposten (Mai 1912) aber wird dort zwar als Ausdruck deutscher Annäherungsbestrebungen gedeutet, aber doch nicht ohne Mißtrauen aufgenommen. Mit brutaler Hand zerreißt, wie er es stets zu tun pflegt, sehr bald der Marineminister Churchill
Anl. 17, 18, 44. den aus allgemein-humanitärer Gesinnung und unklaren Gefühlen völkischer Verwandtschaft gewobenen dünnen Schleier chimärischer Hoffnungen: die Gegensätze sind, so sagt er in seiner großen Flottenrede im Unterhaus am 22. Juli, in Wirklichkeit unüberbrückbar; das neue englische Flottenprojekt ist die selbstverständliche Antwort auf die neuen deutschen Rüstungen zur See. Deutschland wird als der einzige Feind Englands bezeichnet, damit,

nach Ansicht des belgischen Gesandten, die französische Revanche-Idee zum Paroxysmus gesteigert, und der Brand, auf den man sich auf beiden Seiten vorbereitet, geschürt. Nicht nur die Nordsee-, sondern auch die Mittelmeerflotte Englands soll verstärkt werden. Das Zusammenwirken der englischen und französischen Flotte im Mittelmeer ist gesichert. — Weniger durch den Inhalt, als durch die schroffe Form, die Churchill ohne die geringste Vorsicht oder Abschwächung seinen Erklärungen gegeben hat, ist das deutsche Empfinden tief verletzt; alle Befürchtungen sind übertroffen. — Der belgische Gesandte macht allerdings in dem gleichen Bericht den Deutschen zum Vorwurf, daß sie Anl. 17. nicht einsehen wollen, wie neben den ehrgeizigen Bestrebungen Frankreichs in Marokko es Deutschlands dauernde Flottenvermehrungen gewesen sind, die, indem sie England zu Verteidigungsmaßnahmen zwangen, den Weltfrieden bedrohten und einen Konflikt unvermeidlich machten. Für jene vitalen Bedürfnisse, die Deutschland zur Schaffung einer starken Seerüstung veranlaßten, zeigt der belgische Gesandte Beyens in Berlin — wenigstens an dieser Stelle — kein Verständnis.

Trotz der energischen Absage Churchills läßt Deutschland in seinen Bemühungen um eine Verständigung mit England nicht nach, und allmählich scheinen ihm bessere Erfolge zu winken; Tirpitz' Reden über die Beschränkung der Flotten- Anl. 50. rüstungen bezeugen nach belgischem Urteil ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber England. Die englische Re- Anl. 53. gierung zeigt, im Gegensatz zu der Presse des Landes, Verständnis für die Gründe der großen deutschen Militärvorlage von 1913 und gibt zugleich nach Frankreich hin deut- Anl. 54. liche Winke, den Bogen nicht zu überspannen. An die freund- Anl. 67. liche Aufnahme des Königs Georg in Berlin bei seinem Besuch zur Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise knüpfen sich neue Hoffnungen, und zu Ende des Jahres 1913 scheinen diese ihrer Verwirklichung nahe: indem die deutsche Diplomatie den Engländern ein volles Jahr lang „den Hof macht", hat sie, so scheint es, das englische Ministerium und die in erster Linie durch innerpolitische Fragen in Anspruch genommene Presse Anl. 78. endlich gewonnen und „eingewickelt" (enguirlandé). —

Selbstverständlich aber war das nicht so zu verstehen und wurde von der belgischen Regierung nach den Berichten ihrer Gesandten nicht so verstanden, als ob es den Deutschen dadurch gelungen sei, Englands Stellung in der Entente zu lockern oder es von dem Dreiverbande weg auf die Seite des Dreibunds zu ziehen. England hatte — nach belgischem Urteil — Frankreichs Rücken während der Marokkokrise von 1911 gestärkt und es damals eben durch diese Haltung beinahe in den Krieg getrieben[1]) Im übrigen aber ist England bemüht, so wie wir es schon bei Betrachtung der Balkanfragen feststellen konnten, sich, soweit wie irgend möglich, die Freiheit der Handlung zu wahren und sich nicht stärker zu binden, als es seine eigenen Interessen zulassen. Das stets von England befolgte Prinzip: Erhaltung
Anl. 54. des europäischen Gleichgewichts, d. h. des Gleichgewichts auf dem Kontinent, ist auch jetzt maßgebende Richtschnur seines Handelns. Daß es einem grundlos durch Deutschland
Anl. 44. 54. angegriffenen Frankreich beispringen, daß es dessen Vernichtung durch deutsche Übermacht verhindern muß, steht ihm schon um deswillen fest, weil — wenigstens nach Ansicht der Konservativen — England selbst dann bald Frankreichs Schicksal teilen werde. Aber von weitergehenden Verpflichtungen ist scheinbar nicht die Rede; das Bestehen einer Militärkonvention wird im Mai 1914 von einem guten Kenner der Verhältnisse auf
Anl. 91. französischer Seite bezweifelt und betont, daß verständige Leute der Unterstützung, die Frankreich im Falle eines europäischen Konflikts von England zu erwarten habe, sehr skeptisch gegenüberständen, ja nicht einmal an eine ernste Hilfe zur See glauben wollten; England kokettiere unaufhörlich mit Deutschland.

Das eine geht aus alledem mit völliger Klarheit hervor — und auch der im Vergleich zu den Berichten aus anderen europäischen Hauptstädten dürftige Inhalt der belgischen Gesandtschaftsberichte aus London mag zum Beweise dafür dienen — daß es die englische Diplomatie trefflich verstanden hatte, sich nicht in die Karten sehen zu lassen und die Trümpfe, die sie im Spiele hatte, verdeckt zu halten.

[1]) Vgl. darüber Bd. 3.

Im Jahre 1913 und der ersten Hälfte des Jahres 1914 gilt die Aufmerksamkeit der belgischen Diplomatie, wie zuvor dem russisch-österreichischen Gegensatz und dem Wirken der Militärparteien in beiden Ländern, so jetzt den französisch-deutschen Beziehungen, nachdem die Beilegung der Marokkokrise von 1911 einen scheinbaren Ausgleich und eine Minderung der Spannung herbeigeführt hatte. Sie hat sich bald von neuem verschärft und erhält in den Augen der belgischen Diplomatie einen mehr und mehr gefährlichen und den europäischen Frieden bedrohenden Charakter. Auf beiden Seiten sind Kräfte am Werke, die den heimlich glimmenden Brand schüren und ihn, wenn die Gelegenheit günstig, zu heller, verzehrender Flamme emporflackern lassen wollen. Die Frage ist nur, auf welcher Seite diese Kräfte stärker, die Leidenschaften heißer, die Hoffnungen höherfliegend und vor allem, wo die Gegenkräfte eifriger an der Arbeit sind, die das letzte, die kriegerische Lösung, verhindern wollen. Die belgischen Berichte lassen gerade wegen ihrer gleichmäßigen, leidenschaftslosen Verteilung von Licht und Schatten dem ruhig Prüfenden keinen Zweifel, daß sich die Wage nach der französischen Seite neigt: die Aufschlüsse, die uns während des Weltkrieges zuteil wurden, vor allem die Enthüllungen des Suchomlimow-Prozesses, sind nur geeignet, das aus jenen Quellen zu gewinnende Urteil zu bekräftigen. —

In Frankreich war die Lösung der Marokkokrise von 1911 trotz der Opfer, die man hatte bringen müssen, im allgemeinen als ein Erfolg gebucht worden, und man war gewillt, ihn rücksichtslos, selbst über die vertragsmäßig gezogenen Grenzen hinaus, auszunutzen. — In dieser Atmosphäre konnten jene chauvinistischen Revanche-Ideen gut gedeihen und sich schnell und üppig entwickeln, die seit dem Wiedererscheinen Delcassés auf der politischen Bühne, der Potsdamer Zusammenkunft und der vorübergehenden russisch-deutschen Annäherung sich wieder verstärkt geltend machten und in letzter Linie darauf hinausgingen, das Land innerlich und äußerlich zu stärken und es zur Erreichung des einen großen Ziels, dem seit

1871 die Gedanken aller Patrioten galten, reif zu machen. Schon im März 1911 hatten die belgischen Zirkulare auf das Bedenkliche dieser Wendung auf Grund eines Greindlschen Berichtes hingewiesen[1]). Seitdem hatte diese Strömung beträchtlichen Boden
Anl. 32. gewonnen. Zwar haben die Balkanwirren eine gewisse Annäherung der beiden Mächte durch die dortige gemeinsame Friedensaktion herbeigeführt. Ein Zirkular vom 28. Oktober
Anl. 29. 1912 (Pariser Bericht vom 1. Oktober) weist auf die Ende 1911 allgemein herrschende Friedensstimmung hin, auf die allgemein bekannte Friedensliebe des Kaisers Wilhelm, darauf, daß Deutschland sich nicht vor Durchführung seines Flottenprogramms in einen großen Krieg stürzen werde, und daß auf der anderen Seite die Regierung der Republik damals trotz aller lärmenden Manifestationen alle deutschen Forderungen hätte annehmen müssen. „Die englische Regierung aber" — so heißt es dann — „sprach ihr ‚quos ego', und damit stellte sich in der französischen öffentlichen Meinung ein Umschwung von der Art ein, wie er nur bei einem so leicht zu beeinflussenden Volke wie dem französischen eintreten kann. Diese Wandlung in der Einstellung der öffentlichen Meinung (tendances de l'esprit public) springt in die Augen. Zu behaupten, daß die französische Nation im ganzen kriegslustig geworden sei, hieße vielleicht zu weit gehen; der Landmann, der Bourgeois, der Kaufmann, der Industrielle und der Geschäftsmann wissen, was eine kriegerische Verwicklung sie kosten würde; in Anbetracht der allgemeinen Wehrpflicht muß jeder für die Seinen zittern. Aber immerhin ist es gelungen, dem Lande das Vertrauen in den Erfolg zu geben; man muß ferner mit der stürmischen Jugend, den militärischen Kreisen und den Leuten rechnen, die nichts zu verlieren haben." Die aufrichtige Friedensliebe der französischen Regierung wird anerkannt; sie will Frankreich nur den ihm gebührenden Rang im europäischen Konzert, d. h. „den sie vor 1870 innehatte", wiedergewinnen; auf der anderen Seite aber sei es gewiß, daß ihre Tätigkeit das Maß überschreite; es sei gut, der Nation das nötige Selbstgefühl zu geben, aber gefährlich, ihren Chauvinismus aufzustacheln.

[1]) Vgl. Europ. Politik, Bd. 3, Anl. 101.

Als Beweis dafür wird auf die militärischen Paraden, auf allwöchentliche Umzüge (retraites) in den Pariser Straßen, auf die endlosen patriotischen Feste, auf das ungewöhnliche Zeremoniell bei dem Besuch Poincarés in Petersburg und der Reise des Großfürsten Nikolaus nach Frankreich[1]), auf deren Abschluß durch die Parade in Nancy, auf den Stapellauf eines neuen Panzerschiffs von gewaltigen Dimensionen in Anwesenheit Delcassés zu Toulon, auf die Bestellung zahlreicher militärischer Flugzeuge hingewiesen. All das diente dazu, die öffentliche Meinung immer mehr zu erregen, und wenn auch, von den Balkanwirren abgesehen, keine unmittelbare Gefahr bestehe, daß ein deutsch-französischer Konflikt entstände, so könnten doch unerwartete Zwischenfälle eintreten: „Die öffentliche Meinung, die Napoleon III. im Jahre 1870 das Steuer entrissen hat und die wieder nervös und reizbar geworden ist, kann unter diesem Gesichtspunkt eines Tages die Geschichte revidieren (recommencer l'histoire), so daß den beiden Regierungen keine andere Lösung bleibt, als der Appell an die Waffen." —

Wir sehen: neben Kräften, die aus der französischen Nation selbst heraus der lange Zeit fast erstorbenen Bewegung neue Nahrung gaben, sind es auch Einwirkungen von außen, zunächst von England her, die sie anfachten und belebten, so die Hilfe, die Frankreich bei England während der Marokkokrise gefunden hatte, und vor allem jene große Flottenrede Churchills, die nach dem Urteil eines belgischen Diplomaten geeignet war, die Revanchelust der Franzosen „zum Kochen zu bringen und zum Paroxysmus zu steigern"[2]). Wenn später von englischer Seite gelegentlich allzu hoch getriebenen Hoffnungen ein Dämpfer aufgesetzt, wenn die Zusage englischer Hilfe auf den Fall eines unprovozierten Angriffs von seiten Deutschlands beschränkt wurde[3]), so blieb das ohne tiefere Wirkung. Man durfte sich für den Ernstfall Englands Hilfe sicher glauben und ging, durch dieses Vertrauen gestärkt, auf dem einmal beschrittenen gefährlichen Wege weiter. —

[1]) Vgl. o. S. 13.
[2]) Vgl. o. S. 15.
[3]) Vgl. u. S. 33, Anl. 91.

Die weiteren belgischen Zirkulare lassen dieses Fortschreiten mit aller Deutlichkeit erkennen; sie zeigen zugleich, wie als Folgeerscheinung auf der anderen Seite der Vogesen nun auch an die Stelle ruhig-freundlicher oder gleichgültiger Gesinnung gegenüber dem Nachbarland allmählich eine mehr und mehr nervöse Reizbarkeit tritt und gewisse lange Zeit schlummernde Antipathien wieder lebendig zu werden beginnen. — Der nächste Schritt auf dem betretenen Wege ist auf französischer Seite, nach der Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik (17. Januar 1913), die Ernennung Delcassés zum
Anl. 52. Botschafter in Petersburg. Schon die Mitteilung der bevorstehenden Ernennung hat, wie der belgische Gesandte in Paris am 21. Februar schreibt, „wie eine Bombe eingeschlagen" und durch ihr wohl nicht zufälliges Zusammentreffen mit der Botschaft des neuen Präsidenten, unter dessen Ministerium die militaristischen Strömungen in Frankreich eingesetzt hatten,
Anl. 23. und der durch seinen mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllten Petersburger Besuch bereits die Fäden mit Rußland fester geknüpft hatte, die Gefahr einer scharf antideutschen Wendung der französischen Politik nahegerückt. Von dem
Anl. 52. „politischen, praktischen und kühlen Sinn Poincarés" wird allerdings erwartet, daß er ihn vor einem „Zuweitgehen auf diesem Wege" behüte. Deutschfeindliche Zwischenfälle in Frankreich, wie sie schon in den letzten Monaten des Jahres 1912 sich gehäuft und die Besorgnis des französischen Botschafters in Berlin wachgerufen hatten, gewinnen jetzt einen bedrohlichen Charakter und lösen auf der deutschen Seite Gegenäußerungen von einer früher nicht gekannten Energie und Schärfe aus; so vor allem das Abenteuer dreier deutscher
Anl. 62, 63. Handlungsreisender in Nancy, das dank der nach Ansicht von Beyens allzu heftigen Reaktion auf deutscher Seite und der Aufbauschung durch deutsche Zeitungen einen diplomatischen Charakter angenommen und zu Gegenbeschwerden von französischer Seite Anlaß gegeben hat. Die bulgarischen
Anl. 56. Siege über die Türken im ersten Balkankrieg werden in Frankreich als „französische Siege" und Niederlagen deutscher Rüstungsmethoden, als Siege Creuzots über Krupp gebucht;

eine Ausdeutung, die allerdings dem energischen Widerspruch des belgischen Gesandten in Paris begegnet. —

Weiter verschärft wird die Lage durch die Vorlage und Annahme des deutschen Wehrgesetzes. In englischen Regierungskreisen ist man allerdings geneigt, die Gründe, die zu diesem Schritte geführt haben, von Anfang an richtig zu würdigen: Anl. 53.
nicht als eine Herausforderung, sondern als die Feststellung einer militärischen Lage, die durch die Ereignisse auf dem Balkan geschwächt sei und die man deshalb wieder verstärken müsse. Man glaube in Berlin, nicht mehr im gleichen Maße wie früher auf die Hilfe aller österreichischen Kräfte zählen zu können, seitdem in Südosteuropa in dem Balkanbunde eine neue Macht in den Flanken der Doppelmonarchie sich gebildet habe. Infolgedessen müsse von nun an Deutschland, statt auf die Hilfe seines Bundesgenossen zählen zu können, ihm seinerseits Hilfe leisten und damit im Fall eines europäischen Konflikts seine Kräfte auf zwei Grenzen, die östliche und die südwestliche, verteilen. Berlin habe freimütig dem Pariser Kabinett die genannten Gründe für seine Handlungsweise bekanntgegeben. — Ganz anders war die Wirkung auf die englische Presse, die Deutschland wegen des Einbringens seiner Wehrvorlage die Schuld an der Verschärfung der europäischen Spannungen zuschieben will. — In Frankreich aber antwortete die Regierung fast unmittelbar mit der Vorlage eines Gesetzes über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, das trotz aller schweren Bedenken mit einer Zweidrittelmajorität angenommen, dessen ungeheure Gefährlichkeit für Frankreich und den europäischen Frieden von den belgischen Beobachtern von Anfang an mit voller Klarheit erkannt und immer wieder mit großer Energie betont wird. Denn wenn, nach einem Pariser Bericht vom 5. Mai 1913, die Anzeichen für ein Umsichgreifen Anl. 66.
der chauvinistischen Tendenzen, trotz der Friedensliebe des französischen Volkes, seiner Furcht vor einem Kriege mit dem Deutschen Reiche und der gemäßigten Sprache der Minister, sich mehren, wenn die Zeitungen und die Theater, die Revuen und die Chansons in den Kaffeekonzerten die nationalen Leidenschaften systematisch immer mehr auf-

peitschen, so bringt das neue Gesetz die ungeheure Gefahr
Anl. 69. mit sich, daß die schweren Lasten, die es dem Volke auferlegt, binnen kurzem das Land vor die verhängnisvolle Wahl stellen: einen für das Volksempfinden unerträglichen Rückzug anzutreten oder binnen kurzem einen Krieg wagen zu müssen. Die unmittelbare Folge des Gesetzes in Frankreich aber ist eine neue Stärkung der chauvinistischen Bewegung und der Revanche-Idee. Gewiß — so urteilt der belgische Gesandte —
Anl. 75. habe es zur Überwindung der starken Widerstände der Radikalen und der Sozialisten gegen das Dienstpflichtgesetz einer künstlichen Erhitzung der nationalen Leidenschaften, eines kräftigen Rührens der Alarmtrommel und eines Hinweises auf die kriegerischen Absichten der linksrheinischen Nationalisten bedurft: einige in Deutschland viel gelesene Organe, wie z. B. der ‚Temps' und das ‚Echo de Paris', hätten sich indessen dieser Aufgabe mit einer wahrhaft außerordentlichen Meisterschaft unterzogen. Die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen, die von beiden Seiten auf den deutsch-französischen Beziehungen laste, sei dadurch noch schwerer und dicker geworden; so daß jetzt auch in versöhnlichem Geiste von beiden Seiten geführte Verhandlungen über einen besonderen Gegenstand nicht mehr genügten, sie zu zerstreuen. —

Das Echo dieser Stimmung von der anderen Seite des Rheins
Anl. 55. bleibt nicht aus. Schon im März 1913 weist Beyens darauf hin, daß man in Berlin an die nahe Möglichkeit eines Konflikts mit Frankreich glaube, obwohl es sich nur um Mißverständnisse auf beiden Seiten handle: in Deutschland wolle z. B. Schiemann der französisch-russischen Allianz einen aggressiven Charakter unterschieben, in Frankreich lege man zu wenig Gewicht auf den „tief religiösen und friedliebenden Charakter des Kaisers", dessen Mystizismus aus seinen zahlreichen Reden des letzten Jahres zu sprechen scheine. Auch die Erinnerungen an die Freiheitskriege weckten in ihm nur den Gedanken an einen „Fingerzeig Gottes", der das deutsche Volk für seinen religiösen Glauben durch die Befreiung von fremdem Joch belohnt habe. „Das ist nicht die Sprache eines Mannes, der über Pläne von

Krieg und Eroberung sinnt." Andrerseits — fährt Beyens fort — ist der Geist der herrschenden Klassen allerdings lange nicht so friedlich. Ihnen ist der Haß gegen Frankreich in der Schule zugleich mit dem Gefühl für Deutschlands Größe, das zur Herrschaft über Europa bestimmt sei, eingepflanzt worden. Diese Feindseligkeit und dieser Stolz läßt sie einen Krieg mit dem westlichen Nachbarn als ein notwendiges, unvermeidliches Übel ansehen, um Deutschlands Suprematie zu sichern und alle Hindernisse zu brechen, mit Hilfe deren die Diplomatie der Republik die Entwicklung des deutschen Reiches zu hindern sucht. Wird das Land sich erst auf dies gewaltigste jemals gesehene Heer stützen können, wie es das neue Wehrgesetz ihm zur Verfügung stellt, so mag man sich fragen, ob die friedliebenden Ideen des Staatsoberhaupts nicht eine zu schwache Wehr bilden werden, um die Erregung und den kriegerischen Eifer der höheren Klassen der Nation zurückzudämmen. —

Die Rechtfertigung des neuen deutschen Heeresgesetzes, die Anl. 61.
der Kanzler in seiner großen Rede am 7. April 1913 zu geben suchte, findet bei dem belgischen Vertreter in Berlin nur bedingten Glauben; jener stütze sich dabei, meint er, mehr auf Hypothesen als auf Tatsachen und könne natürlich seine geheimen Beweggründe vor ganz Europa nicht offen darlegen. Auch vermißt er in der Rede des Kanzlers, bei der Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen und den Anklagen gegen die chauvinistische Presse Frankreichs, das Bekenntnis eigener deutscher Sünden: einer unnützen Brüskierung Frankreichs in der Marokkoaffäre, die dort die, vielleicht ohnedies längst wieder beruhigte, nationale Leidenschaft sich haßerfüllt habe gegen Deutschland kehren lassen, und der Sprache der eigenen alldeutschen Presse, die ein — allerdings gemäßigtes — Echo jener chauvinistischen Hetzblätter darstelle. — Von dem Umsichgreifen einer aggressiven, eine kommende Auseinandersetzung mit Frankreich als unvermeidlich ansehenden Stimmung, die, von der Presse vielfach angefacht, jedenfalls den belgischen Gesandten und der Regierung in Brüssel nur als Widerspiel der in Frankreich angeschürten und immer aufs neue künstlich genährten Erregung erscheint, ist auch in den folgenden Berichten Anl. 62, 63.

wiederholt die Rede. Daher jene schon erwähnte[1]) Aufbauschung des an und für sich ziemlich harmlosen Nancyer Zwischenfalls, die von dem an sich zur Versöhnung geneigten französischen Botschafter Cambon sofort mit allerlei Beschwerden über angebliche Beeinträchtigung französischer Untertanen in Berlin usw. beantwortet wird. Auch der Reichstag wird jetzt zum erstenmal von dieser antifranzösischen Welle berührt, und es entsteht die große Gefahr, daß er, auf die Verstärkung des Heeres vertrauend, sich bei irgendeinem der sich in letzter Zeit bedenklich häufenden, die deutsche Empfindlichkeit verletzenden Zwischenfälle unzugänglich (intraitable) zeigen werde. Diese Gefahr scheint allerdings einigermaßen dadurch gemildert, daß die
Anl. 67. anläßlich der Heirat der Prinzessin Viktoria Luise und der Versöhnung zwischen Hohenzollern und Welfen erfolgende Zusammenkunft zwischen den Herrschern von Deutschland, Rußland und England als eine Bestätigung der während des Balkankrieges vollzogenen Annäherung zwischen Deutschland und England und der trotz des Balkankrieges seit Potsdam und Baltisch-Port unverändert guten Beziehungen zu Rußland gedeutet werden darf. Die allgemeinen Huldigungen aber,
Anl. 71. die dem Kaiser anläßlich seines fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums aus allen Kreisen des Volkes bis in die Reihen der Sozialisten hinein dargebracht werden, können zwar als Beweis für einen gerade in letzter Zeit erfolgten Umschlag der öffentlichen Meinung zugunsten des Kaisers gelten, den er — neben seinen häuslichen Tugenden — vor allem seiner Friedensliebe und der Zurückdrängung einstiger kriegerischer Neigungen zu danken hat; trotzdem tauchen auch jetzt wieder bei dem belgischen Gesandten die Zweifel auf, ob Kaiser Wilhelm immer der „Friedenskaiser" bleiben wird, welchen schönen Titel ihn Hanotaux in einem „Figaro"-Artikel mit etwas allzuviel Eindringlichkeit anzunehmen gebeten hatte; ob er sich nicht eines Tages genötigt sehen würde, dem Drängen nicht nur der Alldeutschen, sondern auch der Liberalen auf „Brechung der Widerstände, die sich der kolonialen und kommerziellen Ausbreitung ihres Landes entgegenstellen, nachzugeben, und damit den Wunsch

[1]) Vgl. o. S. 20.

der öffentlichen Meinung ebenso zu befriedigen gezwungen ist, wie er es bisher als Wächter des Friedens getan hat". —

Unterdessen geht in Frankreich die Hetze weiter, deren Formen immer schärfer, deren Mittel immer brutaler werden. Die wunderbar vorbereitete und durchgeführte Propaganda Anl. 69. für das Heeresgesetz, die schon Poincaré auf den Stuhl des Präsidenten der Republik verholfen hat, führt ihr Werk fort, unbekümmert um die Gefahren, die sie entstehen läßt. — Und zugleich wird es immer deutlicher, daß das allein machtlose Frankreich bei seinem Bundesgenossen im Osten die Hilfe finden wird, die es braucht; daß der französische Revancheruf bei den Panslawisten ein freudiges Echo findet und beide gegen den Dreibund gerichtete Tendenzen zu gemeinsamer Arbeit, zu gleichen hohen Zielen bereit sind. Gewiß ist man in Paris trotz der durch Poincarés Besuch und Delcassés Mission geschlagenen festeren und breiteren Brücke nach Petersburg mit der schwankenden und unklaren Politik der russischen Regierung Anl. 57, nicht immer zufrieden; der Besuch des Zaren in Berlin wird als 60. Zeichen für ein Doppelspiel dieser Politik schmerzlich empfunden und heftig getadelt; Serbiens unaufrichtige und ausschweifende Politik findet bei den französischen Blättern die Unterstützung, die ihnen die offizielle russische Regierung verweigert; Anl. 74. gegen Österreich ergeht man sich im Gegensatz zur damaligen Haltung des offiziellen Rußlands in den heftigsten Ausfällen. Allmählich aber ändert sich das Bild, und es scheint nach den belgischen Zirkularen, als ob es vor allem die Aussendung der deutschen Militärmission nach der Türkei gewesen sei, die einen entscheidenden Umschwung in den Anschauungen der leitenden Kreise Rußlands und damit eine größere Einheitlichkeit der russischen und der französischen Politik herbeigeführt habe. Deutsche Wünsche auf Wiedergewinnung der Vormacht- Anl. 78, stellung am Bosporus trafen sich dabei mit denen der Jungtürken 79. auf militärische Sicherung ihrer Stellung. Den heftigen Protest Rußlands schätzt man in Berlin angesichts des dauernden Schwankens der russischen Politik auf dem Balkan nicht allzu hoch ein; die französische Regierung aber, deren vorsichtigem Vorgehen in Konstantinopel man in Berlin mit vollem Vertrauen begegnet, ist

ebenso wie England entschlossen, Rußland als meist interessierter Macht freie Hand zu lassen, seine Schritte bedingungslos zu unterstützen, aber sich vor gefährlicher Initiative zu hüten. Bei aller Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Krise — so fährt der
Anl. 79. Pariser Bericht vom 20. Dezember 1913 fort — hegt man doch den Gedanken, „daß die Schwierigkeiten des Tages für Frankreich, vom nationalistischen Standpunkt aus, den Vorteil hätten, zwischen Rußland und Deutschland eine Kluft sich auftun zu lassen, die auszufüllen ein langes und schwieriges Werk sein werde", und auch die traditionelle Freundschaft der beiden Höfe ernstlich und auf die Dauer zu trüben.

Vorübergehende Annäherungen zwischen Paris und Berlin,
Anl. 75. wie z. B. bei den Besprechungen über die Bagdadbahn, flößen Baron Beyens in Anbetracht der in Deutschland gegenüber Frankreich herrschenden Stimmung und der durch falsche Berichte der deutschen und den herausfordernden Ton der französischen Zeitungen genährten Meinung, daß das französische Heeresgesetz nicht defensiven, sondern offensiven, gegen Deutschland gerichteten, also provokatorischen Charakter habe, kein allzu großes Vertrauen ein; und wenn auch die Affäre Forstner in Zabern nicht imstande ist „den Krieg zu entketten", so ist auch sie doch ein bezeichnendes Symptom für die im deutschen Heere und einem großen Teil des Volkes herrschende Stimmung, die man von oben her nicht verletzen möchte.

So beginnt trotz des friedlichen Tons der großen Rede des
Anl. 78. Reichskanzlers vom 9. Dezember 1913 über die auswärtige Politik und der guten Aufnahme, die das neue französische Kabinett Doumergue in der deutschen Presse aller Richtungen gefunden hat, für die belgischen Beobachter an den verschiedenen Höfen das Jahr 1914 unter wenig hoffnungsvollen Zeichen. Ihre Sorge um den Bestand des europäischen Friedens wird, während die deutsche öffentliche Meinung sich allmählich eher wieder zu beruhigen scheint, durch die Entwicklung auf französischer wie auf russischer Seite dauernd wach gehalten. Deutlicher als bisher entschleiern sich die inneren Zusammen-

hänge, erkennen wir aus den belgischen Berichten die Ursachenverkettung, die zu der allgemeinen europäischen Hochspannung geführt hat, und werden in den Stand gesetzt, die Frage nach der Schuld aus neutralem Quellenmaterial zu beantworten.

Ein Artikel des „Temps“ vom 4. Januar 1914, als dessen Anl. 80.
Verfasser Tardieu, als dessen geistiger Urheber Iswolski angegeben wird und der sich gegen Lloyd Georges Abrüstungstheorien und gegen die Angriffe Miljukoffs auf Frankreich und England wendet, gibt dem belgischen Gesandten in Paris Veranlassung, einen „im allgemeinen gut unterrichteten russischen Diplomaten“ über die Frage zu sondieren, inwieweit Iswolski damit die „Absichten oder zum mindesten die Dispositionen“ seiner Regierung vertrete. Die Antwort lautet beruhigend: Frankreich und Deutschland seien im Begriff, sich über die kleinasiatischen Fragen zu verständigen; die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien besserten sich täglich, und zwischen Deutschland und Rußland herrsche „über viele Punkte Übereinstimmung“. Wenn die Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel auch noch einige „leichte Änderungen und Besserungen“ vertragen könne, so sei Rußland doch entschlossen, ihr um so weniger eine größere Bedeutung beizumessen, als am Bosporus auch ein englischer General weile, dessen Rolle eines Tags weit bedeutender werden könne als die des Generals Sanders. Rußland sei mit inneren Reformen beschäftigt, erfreue sich augenblicklich eines außerordentlichen Wohlstandes und einer gewaltigen Volksvermehrung und werde eine so günstige Lage nicht gefährden, um Frankreich gefällig zu sein. Es halte fest an seinem Bündnis mit Frankreich, das ihm sichere materielle Vorteile bringe; am Tage der Gefahr aber werde seine Hilfe weniger wirksam sein, als man in Paris vermute. —

Die weiteren Berichte lassen von dieser im allgemeinen optimistischen Auffassung des russischen Diplomaten wenig erkennen. Die Aktion der „neuen Föderation der Linken“ in Paris wird von dem belgischen Gesandten in Paris mit ge- Anl. 81.
mischten Gefühlen begrüßt; insofern sie geeignet sei, die Wirkungen des neuen Heeresgesetzes zu erhalten und zu verewigen,

verfolge man sie in Paris mit Sympathie. Vom belgischen Standpunkt allerdings müsse man eher den Radikalen und Radikalsozialisten Erfolg wünschen. „Denn in der Tat sind es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde, die die nationalistische, militaristische (cocardière) und chauvinistische Politik erfunden haben, deren Wiederaufleben wir festgestellt haben. Diese Politik stellt eine Gefahr für Europa und für Belgien dar; ja man kann in ihr die größte Gefahr erblicken, die heute den europäischen Frieden bedroht. Nicht als ob die republikanische Regierung geneigt wäre, diesen in vorgefaßter Absicht zu stören — das Gegenteil scheint gewiß —, sondern weil die Haltung, die das Kabinett Barthou eingenommen hat, die entscheidende Ursache für ein Anschwellen der militaristischen Tendenzen in Deutschland gewesen ist.“ Frankreich könne, so heißt es weiter, sowohl vom finanziellen Standpunkt aus wie von dem der persönlichen Lasten die Bürde der dreijährigen Dienstzeit nicht lange aushalten; eine Zurücknahme des Gesetzes sei nicht zu erwarten, zumal in Marokko General Liautey auf weitere ansehnliche Verstärkung dränge. Auf der andern Seite sei allerdings Caillaux, vertrauend auf die große Mehrzahl der arbeitstätigen Franzosen, die das Anwachsen der Ausgaben und der persönlichen Lasten mit Ungeduld ertrügen, für eine Annäherung an Deutschland und für eine Abänderung des Gesetzes; aber er werde mit allen Mitteln bekämpft. Belgien könne seinen Sturz nicht wünschen, weil seine Machtstellung in Frankreich geeignet sei, die Schärfe der internationalen Rivalitäten zu mildern und eine bessere Basis für die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen. —

Erkennt man in diesem Bericht, den sich die belgische Regierung durch wörtliche Verwendung zu einem Zirkular zu eigen macht, deutlich die treibenden Kräfte, die in gefährlicher Weise das nationale Empfinden in Frankreich aufpeitschen und, von der Regierung nicht genügend zurückgedämmt, das Land auf eine abschüssige Bahn zu drängen suchen; wird die

in Deutschland hochkommende militaristische Strömung mit aller Deutlichkeit als Reaktionserscheinung, hervorgerufen durch die Vorgänge in Frankreich, gekennzeichnet, so lauten die Berichte über die russischen Verhältnisse aus den ersten Monaten des Jahres 1914 womöglich noch besorgter und alarmierender. Aus Stockholm wird im Februar von der Anl. 82. gewaltigen Erregung berichtet, die angesichts der dauernden Enthüllungen über russische Spionage, über Landungs- und Besetzungspläne, über technische Arbeiten in Finnland und die dort betriebene schrankenlose Russifizierungspolitik in weiten Kreisen Schwedens herrsche; die gesamte konservative Partei, ein großer Teil der Liberalen und die ganze Geschäftswelt sähen darin eine gefährliche unmittelbare Bedrohung Schwedens. Es sei im Prinzip wahr, fügt der Gesandte hinzu, daß diese Gefahr bestehe; nur brauche man nicht an ihr unmittelbares Bevorstehen und ihre Unabwendbarkeit zu glauben; denn Rußlands Blicke seien augenblicklich auf die Balkanfragen gerichtet und ebenso auf die Verhältnisse in Kleinasien, in Persien und im fernen Osten. Auch sei es durch die Neuordnung seiner inneren Verhältnisse zu sehr in Anspruch genommen, um sich auf gefährliche Abenteuer im Norden einlassen und dadurch den Widerspruch anderer Länder, vor allem Englands, herausfordern zu können. Das Interesse dieser anderen Mächte sei jedenfalls für Schweden ein besserer Schutz als die eigene innere Kraft. — Dieses entscheidende Argument aber, so fügt der Gesandte hinzu, flöße in Schweden kein Vertrauen ein; vielmehr baue es einzig auf die Kraft seines Heeres, so sehr, daß man in Rußland auf den — sicher irrigen — Gedanken gekommen sei, daß die schwedischen Rüstungen auf deutsche Machenschaften zurückzuführen seien, indem Deutschland Schweden damit in den Kreis seiner Allianzen ziehen wolle[1]).

Durch die Aussprengung dieser Gerüchte versuchte Rußland — so dürfen wir annehmen —, die Aufmerksamkeit der Welt von den eigenen Rüstungen gegen Schweden ab- und auf Deutsch-

[1]) Berichte ähnlichen Inhalts aus Stockholm finden sich auch sonst in den Zirkularen, z. B. in einem hier nicht gebrachten vom 25. März 1912.

land als den angeblichen Störer des europäischen Gleichgewichts
Anl. 85. hinzulenken. Wenn ein Bericht aus Berlin vom 14. März in Besprechung einer schnell vorübergegangenen scharfen Polemik zwischen deutschen und russischen Zeitungen und einer ebenfalls vorübergehenden Trübung des persönlichen Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen nicht nur von der Befürchtung zu erzählen weiß, den damaligen russischen Minister des Auswärtigen durch einen extremen Panslawisten, etwa Hartwig, ersetzt zu sehen, sondern auch auf die beunruhigende Kriegslust der deutschen Militärpartei, des jungen Deutschlands und der Intellektuellen hinweist, die durch den allgemein überraschenden Erfolg der Wehrsteuer neue Nahrung bekomme, so zeigen die Berichte der nächsten Zeit mit erschreckender Deutlichkeit, wo die wahre Gefahr für den europäischen Frieden
Anl. 87. lag. Aus Rußland werden Anfang April Heeresverstärkungen gemeldet, die noch über das schon erwartete hohe Maß hinausgehen. Gegenüber einer Sensationsnachricht der „Nowoje-Wremja" von einem angeblichen Bunde zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England zum Zweck der Aufteilung
Anl. 88. Österreich-Ungarns betont ein Berliner Bericht vom 4. April die unveränderliche Festigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn als der Grundlage der Verteidigungspolitik des „Deutschen Reiches, das durch seine geographische Lage den Angriffen seiner Nachbarn im Osten und Westen ausgesetzt sei"; einer Politik, die durch die engen persönlich-dynastischen Beziehungen noch eine weitere Stütze bekommen habe[1]). Daneben widme sich Kaiser Wilhelm mit Erfolg der Beseitigung der durch entgegengesetzte Interessen in Albanien und der Adria verursachten Differenzen zwischen seinen beiden Verbündeten[2]). — Wie wenig Wahrscheinlichkeit

Anl. 86. [1]) In einem Petersburger Bericht vom 24. März 1914 (Zirkular vom 2. 4. 1914) begegnet die gleiche, von einem anderen russischen Blatt bestätigte Sensationsnachricht dem gleichen, ähnlich begründeten Mißtrauen des belgischen Gesandten in Petersburg.

Anl. 94. [2]) Der gefährlich sich zuspitzende italienisch-österreichische Gegensatz in Albanien wird noch einmal kurz vor Ausbruch des Weltkriegs in einem Bericht aus Wien vom 27. Mai 1914 (Zirkular vom 5. Juni) hervorgehoben.

jenem angeblichen Bündnisplan zuzusprechen sei, gehe wohl schon am besten aus den Mitteilungen einer nach kurzem Aufenthalt in Petersburg in Berlin eingetroffenen japanischen Militärmission hervor, die von der dort herrschenden deutschfeindlichen Stimmung der russischen Offiziere aufs höchste betroffen war. Sie hatten in den Offiziersmessen offen von einem nahe bevorstehenden Krieg gegen Österreich-Ungarn und gegen Deutschland sprechen hören; die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen. Diese Gereiztheit der russischen Offiziere gegen ihre germanischen Nachbarn, mit denen sie seit 150 Jahren in Frieden lebten, und diese Ausbrüche kriegslustiger Stimmungen haben bei den Japanern den Eindruck erweckt, daß ihre Gastfreunde jetzt, da sie sich stark und kampfbereit fühlten, ihren wahren Seelenzustand enthüllten, und daß man darin den Haß gegen Deutschland lese. Zwar wisse man, daß die Regierung des Zaren immer mit Deutschland gute Beziehungen unterhalten habe und sich ihre Politik nicht von dem militärischen und nationalistischen Element diktieren lasse; man müsse sich aber des heute ja allgemein bekannten Ursprunges des russisch-japanischen Krieges erinnern. Damals seien es die Klique des Großherzogs Wladimir und die an Koreaunternehmungen interessierten Finanzleute gewesen, denen es gelungen sei, den Zaren gegen seinen Willen in dieses Abenteuer hineinzuziehen. So könne auch die jetzt in Rußland sich zeigende Feindseligkeit gegen Deutschland der Aufrechterhaltung des Friedens gefährlich werden, wenn sie einen Dolmetsch in der Umgebung des Zaren fände. —

Die letzten Berichte über die deutsch-russischen Beziehungen im Frühjahr 1914 zeigen uns die Dinge dann allerdings in etwas verändertem Lichte: Sasonoff gibt dem deutschen Ge- Anl. 90.
schäftsträger v. Lucius — im Anschluß an den Zwischenfall der deutschen in Rußland niedergegangenen und festgenommenen Luftschiffer — durchaus beruhigende Versicherungen; aber der Eindruck des deutschen Diplomaten ist, daß sie bestimmt seien, von der deutschen Reichstagstribüne wiederholt zu

werden und deshalb absichtlich optimistisch gehalten seien. War dem so, so hatten sie jedenfalls ihren Zweck verfehlt.

Anl. 93. Die große Rede, die der deutsche Staatssekretär v. Jagow am 14. Mai 1914 über die äußere Politik im Reichstag hielt, wendete sich im Gegensatz zu der optimistischen Beurteilung der Gesamtlage mit großer Schärfe gegen die russische Presse, ebenso wie es kurz zuvor in einem offenbar fingierten Interview

Anl. 92. mit einem der Ententediplomaten der offiziöse „Lokalanzeiger" getan hatte; und wenn jene Rede auch der russischen Regierung — im Gegensatz zu ihrer Presse — friedliche Absichten gegenüber Deutschland zuschreibt, so glaubt man doch in diplomatischen Kreisen in diesem heftigen Ausfall eine Warnung auch an das Petersburger Kabinett erkennen zu müssen. — Baron

Anl. 93. Beyens, der am 16. Mai darüber ausführlich berichtet, macht dabei der deutschen Regierung zum Vorwurf, daß sie von der Heftigkeit der Sprache deutscher Blätter, z. B. der „Kreuzzeitung", gegenüber Rußland keine Notiz nehme; daß sie dagegen die Rüstungen der anderen Nationen, bald Frankreichs, bald Rußlands, nicht ertragen könne, obwohl sie beide nur dem Beispiel Deutschlands folgten; und daß die deutsche Politik Rußland „bald schone, um es zur früheren Freundschaft zurückzuführen, bald den Ton verschärfe, wie um ihm das Rasseln des deutschen Säbels bemerkbar zu machen". —

Ist dieser Bericht des belgischen Diplomaten über die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur mit manchen seiner eigenen früheren Berichte, sondern auch mit denen seiner Kollegen an anderen Höfen schwer in Einklang zu bringen[1]), so gewinnt die deutsche Politik aus den die französisch-deutschen Verhältnisse in dieser Zeit behandelnden Berichten der belgischen Diplomaten eine völlig andere Beleuchtung. — Sie fügen zwar den uns schon bekannten Anschauungen über die internationale Lage, deren Spannungen und gefährliche Stimmungen kaum ein neues Moment hinzu; aber sie sind geeignet, unsere Kenntnis dieser Lage noch weiter zu klären und die Frage nach Verursachung und Schuld am Ausbruch

[1]) Vgl. o. S. 27 f.

des Weltkrieges noch einwandfreier zu beantworten. Ein Bericht aus Paris vom 8. Mai, der die schon erwähnte skeptische Auffassung über die Bereitschaft Englands zu einer aktiven Mitwirkung im Fall eines europäischen Konflikts betont und zugleich auf die geringe Bedeutung hinweist, die man in Frankreich einem Eingreifen Italiens in den Kampf auf seiten Deutschlands zumißt, spricht noch einmal von dem Anwachsen des Chauvinismus in Frankreich während der letzten Monate; die frühere Furcht vor einem möglichen Konflikt mit Deutschland sei völlig gewichen und habe dank den großen Fortschritten des Heeres einer festen Siegeszuversicht Platz gemacht; zum mindesten könne man die deutsche Armee lange genug im Schach halten, um Rußland Zeit zur Mobilisation und Konzentration seiner Truppen und zum Angriff auf seinen westlichen Nachbarn zu lassen. Gewiß wolle keines der beiden Länder den Anstoß zum Kriege geben, aber bei dem französischen Charakter könnte ein kleiner Zwischenfall in schiefer Darstellung die Bevölkerung, oder, besser gesagt, die niedrigsten Elemente darunter zur Schaffung einer Lage fortreißen, die den Krieg unvermeidlich mache. — Noch einmal wird dann auf die — in gleicher Weise schon früher betonten — Gefahren des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit hingewiesen, das, wenn seine Abmilderung nicht gelänge, Frankreich binnen zweier Jahre in den Krieg treibe. — Die deutschen Zeitungen legen, nach einem Berliner Bericht vom 12. Juni, diesem Gesetz eine große, fast übertriebene Bedeutung bei; deshalb habe man in den Organen aller politischen Richtungen die französischen Neuwahlen und die Ministerkrise mit besonderem Interesse verfolgt, sei nun durch die Bildung des Ministeriums Ribot enttäuscht und sagte ihm ein kurzes Leben voraus. Die deutschen Zeitungen hätten insofern recht, als die überstürzte Einführung der dreijährigen Dienstzeit tatsächlich den französischen „Kräften und Empfindungen" Unmögliches zugemutet hätte: überstürzt, weil man den wahren Gründen für die deutsche Heeresvermehrung, wie sie Bethmann-Hollweg auf der Reichstagstribüne vorgetragen hätte, nicht Rech-

Anl. 91.

Anl. 95.

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Polit. - Wych.

nung getragen habe. — Nachdem einmal das französische Wehrgesetz und in dessen Folge eine erregte Rede- und Pressekampagne gegen Deutschland erfolgt sei, habe Deutschland, auch nach der Zersprengung des Balkanbundes, angesichts dieser neuen Gefahr nicht zurück gekonnt. Die französische Agitation habe zu einer stärkeren Spannung der Beziehungen zu Deutschland geführt und zu der irrigen, aber von den besten Geistern Deutschlands angenommenen Idee, daß der Krieg in absehbarer Zeit unvermeidlich sei, weil ihn Frankreich heftig wünsche und sich darauf vorbereite. In Frankreich hege man — dank vor allem einiger unglücklicher Äußerungen des preußischen Kriegsministers — die gleiche Meinung über Deutschland. Bei alledem handle es sich um Mißverständnisse von beiden Seiten; die Mehrheit des französischen Volkes wolle keinen Krieg; Deutschland brauche nur in Frieden die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seines starken Geburtenüberschusses abzuwarten, um kampflos in Mitteleuropa zu herrschen. Vom französischen Standpunkt aus sei das Dreijahresgesetz keinesfalls das richtige Mittel gewesen, den Frieden zu sichern; dazu habe man in diese innerfranzösische Frage dauernd Rußland hineinreden lassen, „dessen Politik undurchsichtig bleibt, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Nutzen lenkt und das, ohne von Deutschland bedroht zu sein, seine Rüstungen in erschreckendem Maße steigert". —

Anl. 96. Und ein letzter Pariser Bericht, datiert am Tage des Attentates von Serajewo und von Brüssel erst nach dessen Verübung weitergegeben, faßt noch einmal, rück- und vorschauend, die Situation scharf ins Auge, spricht in ernstester Besorgnis von den alles Maß übersteigenden russischen Rüstungen, von dem falschen Vertrauen Rußlands auf seine angeblich vollständige Kriegsbereitschaft — in Wahrheit fehle daran noch recht vieles —, von den Vorbereitungen der französischen Armee, um während einer eventuellen russischen Mobilisation den ersten Stoß der deutschen Heere aufzufangen; von der ängstlichen Aufmerksamkeit, mit der man in Berlin

die Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen seit dem ersten Besuche Poincarés in Petersburg verfolge. „Rußland und Frankreich", heißt es, „spielen in diesem Augenblick ein gar gefährliches Spiel. Sie spornen sich wechselseitig auf den Weg höchstgesteigerter Rüstungen und geben sich — vor allem Rußland — einem Bluff hin, der die verhängnisvollsten Folgen haben könnte." Noch sei Kaiser Wilhelm dem Frieden geneigt; „wie lange aber wird man noch auf diese Geistesverfassung bauen können angesichts der drohenden Haltung Frankreichs und Rußlands und deren Rückwirkung auf die chauvinistischen und militaristischen Geister im Reich?" —

Der Deutsche mag sich für seine Auffassung von Verursachung und Verschuldung des Weltkrieges keinen besseren Kronzeugen wünschen als diesen belgischen Diplomaten, der sicherlich deutschfreundlicher Gesinnung nicht verdächtig ist, und seinen letzten, von der belgischen Regierung weitergegebenen Bericht, der mit grellen Schlaglichtern in die dunklen Gründe der russisch-französischen Politik in den Jahren vor dem Weltkrieg noch einmal hineinleuchtet. Hätte er bei seinen Betrachtungen noch weiter zurückgegriffen, so hätte er wohl in erster Linie auf jene Einkreisungspolitik Eduards VII. hinweisen müssen, die, indem sie Deutschlands aus eigner Kraft geschaffene ökonomisch-politische Entwicklung in die Welt und in der Welt zu unterbinden sich zum Ziel setzte, bei Deutschlands Nachbarn alle schlummernden Triebe politischer Rache und Wiedervergeltung auf der einen, nationalistisch-verstiegener Expansionsgelüste auf der anderen Seite weckte und jenen Zustand dauernder Unruhe, steigender Nervosität und stetig vermehrter Rüstungen schuf, unter dem alle Nationen, in der Masse ihrer Bevölkerung friedlich gesinnt, in gleicher Weise litten, ohne ein Mittel zur Abhilfe finden zu können. Der deutsche „Militarismus" ist nach den belgischen Berichten nichts anderes als eine Reaktionserscheinung, eine mit innerer Notwen-

digkeit durch jene Strömungen hervorgerufene Gegenströmung; er gewinnt allerdings neuen Zustrom aus gewissen nationalen, nach einem der Berichte auch in der Schule genährten Instinkten und aus den natürlichen Bedürfnissen der in rastloser Arbeit des ganzen Volkes zu weltwirtschaftlicher Betätigung entwickelten deutschen Wirtschaftskraft, deren vollwertiger Auswirkung in der Welt vor allem die englische Politik dauernd entgegenarbeitete. So entsteht eine Atmosphäre internationalen Mißtrauens, in der die einzelnen Mächte sich gegenseitig zu immer schärferen Spannungen emporsteigern. Mehrere Male, vor allem während der Balkankämpfe der Jahre 1912 und 1913, droht der breit gelagerte Zündstoff in Flammen aufzugehen und Europa in Brand zu setzen: die immer wieder betonte Friedensliebe des Deutschen Kaisers ist es in erster Linie stets aufs neue, die nach der Ansicht der belgischen Zirkulare das letzte Unheil beschworen hat. Auch sie droht allmählich allerdings von den von allen Seiten auf sie einstürmenden, zum Kriege drängenden Kräften übermannt zu werden; aber im Sommer 1914 steht sie noch fest und sammelt um sich alle friedlich gesinnten Elemente. Die Situation, wie sie in den letzten belgischen Berichten in einwandfreier Klarheit geschildert wird, ist damals folgende: Frankreich muß bald losschlagen, weil es die Lasten des Dreijahrgesetzes auf die Dauer nicht zu ertragen imstande ist; Rußland will den Krieg gegen das verhaßte Deutschland mit allen Mitteln beschleunigen, weil es sich „archiprêt" glaubt; Deutschland allein kann und will friedlich und in Ruhe den weiteren Gang der Ereignisse abwarten, weil jedes Jahr ihm an Volks- und Wirtschaftskraft einen beträchtlichen Zuwachs bringt, und weil es erst in einigen Jahren die Früchte seiner Heeres- und Flottenvermehrung ernten wird. — So die belgischen Zirkulare. Und da soll die Welt glauben, daß es Deutschland war, das aus reiner Lust am Zerstören und Erobern die Lunte ans Pulverfaß legte, die Welt in Brand setzte und sich wie ein wildes Tier beutegierig auf friedliche Nachbarn gestürzt hat? —

Der Deutsche wird in Ruhe der Antwort entgegensehen können, die die Weltgeschichte auf diese Frage einst, wenn alle Archive sich öffnen, geben wird. Täuscht nicht alles, so wird sie lauten: Deutschland ist sicher nicht ohne Schuld am Weltkriege; im Deutschen Reiche gab es, wie in den Nachbarländern, Kräfte, die zu kriegerischer Lösung des unerträglich gewordenen Spannungszustandes drängten; noch aber hielten die Dämme, die ihr vernichtendes Überfluten hemmten, fester als in den anderen Staaten. Der Baum des Unheils, der die Weltkultur überschattete und ihr Wachstum für lange Zeit zu vernichten drohte, senkt seine ungeheuer verästelten Wurzeln tief in das Erdreich der letzten Jahrzehnte der Weltgeschichte hinab; aber wenn es auch schwer oder gar unmöglich sein dürfte, die einzelnen Wurzelstränge, aus denen er Kraft und Nahrung sog, bis aufs letzte freizulegen, so wird man doch einen auf Grund der belgischen Berichte und Zirkulare als die Urkraft alles Bösen und den Träger schlechtester Säfte erkennen dürfen: es ist der englische wirtschaftspolitische Imperialismus und die aus ihm geborene Einkreisungspolitik. —

VORBEMERKUNG

Alle Hervorhebungen durch fetten Druck rühren, wo es nicht ausdrücklich anders bemerkt ist, vom Bearbeiter her.

1.

BRUXELLES, 16. 1. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 4 janvier 1912, No. 4.)

Craintes de complications en Orient.

Des hommes d'État dont l'autorité est très grande, considèrent la paix comme assurée pour plusieurs années. D'après eux, l'Allemagne n'est animée d'aucune intention belliqueuse: elle a besoin de paix pour consolider ses finances et pour exécuter son propramme naval; d'ailleurs elle a assez de populations non allemandes pour ne pas en désirer d'autres. Ses relations avec l'Angleterre ne tarderont pas à s'améliorer; et la France, sachant qu'elle ne peut compter sur la Russie dans une guerre offensive, ne hasardera pas une lutte par les armes.

La situation générale de l'Europe est donc envisagée avec optimisme par les personnalités les mieux informées des vues qui prévalent dans les hautes sphères gouvernementales. Malheureusement, il est impossible de ne pas éprouver d'inquiétudes au sujet du développement possible des événements dans la péninsule balkanique.

En effet, la question d'Orient évolue vers une nouvelle crise. Depuis la chute du régime hamidien, la Turquie n'a rien ou presque rien fait pour améliorer son organisation intérieure. L'homme malade ne guérit pas. Repoussée de l'Extrême-Orient, la Russie entend reprendre à Constantinople sa politique traditionelle. Son très actif ambassadeur était parvenu, malgré la résistance de l'Autriche, à créer un courant sympathique au projet d'union balkanique. Parmi d'autres avantages, la Turquie eût obtenu, à la frontière de l'Iran, une bande de territoire de

300 kilomètres de long que la Perse lui conteste. En compensation, elle eût accordé à la Russie le libre passage pour les navires de guerre dans les détroits. Il est à peine nécessaire d'ajouter que l'Union balkanique eût été placée sous l'hégémonie de la Russie. L'Autriche-Hongrie aurait-elle supporté cette atteinte à l'accord de 1910? Heureusement, M. Tcharykoff ayant été désavoué, il a dû retirer ses projets, provisoirement du moins.

Aux délégations austro-hongroises, le discours pacifique du Comte d'Aehrenthal a été entouré de tant de réticences, qu'il n'a donné aucune sécurité aux pays balkaniques. La Serbie s'arme et elle est décidée à s'opposer le cas échéant, à l'annexion par l'Autriche du district de Novi-Bazar. La Bulgarie soudoie les bandes en Macédoine et y favorise ouvertement l'anarchie dans le but de provoquer une intervention des Puissances. Le Monténégro guette le moment de susciter de nouveaux troubles en Albanie.

Dans ces circonstances, la Roumanie prend des précautions en vue des événements qu'elle redoute pour le printemps prochain. Elle a affecté plus de 50 millions, pris sur la réserve du trésor, à l'achat de matériel de guerre, et elle organise rapidement sa X^{e} division d'armée. Dès l'année dernière, on a vu s'esquisser une entente turco-roumaine; et tout ce qui affaiblit la Turquie touche indirectement le Royaume danubien. Aussi suit-il avec une attention passionnée les moindres indices qui révéleraient chez les Puissances des visées agressives sur la Turquie. On doit reconnaître que les perspectives, sans être rassurantes, sont peut-être un peu moins mauvaises qu'il y a six semaines. Les Puissances parviennent à localiser les opérations de la guerre italo-turque; l'Autriche a fait officiellement démentir à Bucarest le bruit d'après lequel elle favoriserait une campagne de la Bulgarie en Macédoine; M. Sazonoff a répété à plusieurs diplomates que la Russie veut le maintien du «statu quo» en Orient, et ici, on a confiance dans sa loyauté et dans ses promesses.

2.

BRUXELLES, 29. 1. 1912.

Bulgarie et Autriche. Essai d'entente serbo-bulgare.

J'ai reçu du Ministre de Belgique à Belgrade un rapport confidentiel; je crois utile de vous faire part, au même titre, des intéressantes informations qu'il contient.

«Les visites fréquentes que, depuis quelques mois le Roi Ferdinand fait à Vienne, — où chaque fois il est reçu par l'Empereur et a des entretiens avec des personnages politiques, — ont éveillé, l'attention des gouvernants serbes. On appréhende qu'il n'y ait des échanges de vues ayant pour objet la distribution des rôles que la Bulgarie et l'Autriche-Hongrie auraient à jouer dans l'éventualité, prévue pour le printemps, d'un bouleversement de l'état des choses dans la péninsule balkanique.

D'autre part on observe qu'en ces derniers temps, la diplomatie autrichienne a été très active au Monténégro. Par l'entremise du Cabinet de Vienne, le Roi Nicolas a contracté récemment, avec des financiers de cette capitale, un emprunt d'environ 3 millions de francs, dont l'emploi n'est ni spécifié ni contrôlé. On en conclut ici que cet argent est destiné à être répandu en Albanie, dans un but d'agitation politique. D'après des renseignements transmis de Cettigné, on croit également qu'une entente austro-monténégrine aurait été concertée pour l'établissement d'une ligne de chemin de fer qui, partant d'un point de la frontière de l'Herzégovine, se dirigerait sur Podgoritza, et de là vers l'Albanie. Une telle voie de communication offrirait à l'Autriche de réels avantages politiques, stratégiques et économiques, en favorisant ses visées spéciales sur l'Albanie et sa poussée générale vers Salonique. Le Roi Nicolas ne ferait pas une concession de cette espèce sans se faire promettre, comme compensation, un arrondissement territorial, en cas de remaniement de l'état de possession actuel; et l'accroissement qui lui écherrait ne pourrait lui être attribué qu'aux dépens des contrées sur lesquelles portent les convoitises de la Serbie.

Par cet enchaînement de déductions, le cabinet de Belgrade se voit déjà pris entre les deux branches d'un étau forgé par

la diplomatie autrichienne pour l'enserrer. Dans cette extrémité, il semble s'être décidé à tenter un grand effort pour réaliser une alliance serbo-bulgare, offensive et défensive, avec convention militaire.

Il y a longtemps que cette question est discutée. Dans ces dernières années, à travers des alternatives de brouilles et de réconciliations, elle était au fond de la pensée des hommes politiques des deux pays; mais la jalousie et la méfiance réciproques au sujet du partage éventuel des dépouilles de l'Empire Ottoman, ont constamment fait échouer toutes les tentatives d'accord dans ce sens. La Serbie, plus exposée d'un certain côté que la Bulgarie, se montre aussi plus désireuse d'aboutir à une entente. M. Pachitch est particulièrement attaché à cette idée, qui a également pour partisan M. Milovanovitch, ainsi que la plupart des hommes politiques serbes.

On a beaucoup remarqué ces dernières semaines les fréquentes visites que M. Spalaïkovitch, Ministre de Serbie à Sofia, a faites à Belgrade. A chacune de ces visites, il a été reçu par le Roi et a eu de longs entretiens avec le Ministre de Russie, M. de Hartwig. En effet, la Russie travaille depuis longtemps à opérer un rapprochement intime entre la Serbie et la Bulgarie.

Il semble qu'on puisse conclure de ces divers indices que des négociations aux fins indiquées sont actuellement en cours. Cette hypothèse est corroborée par un artifice employé, du côté serbe, pour détourner l'attention de la diplomatie ottomane.

Il y a quelque temps, le Ministère des affaires Etrangères à Belgrade, auquel fit écho la légation de Russie, répandit complaisamment, tout en affectant des airs de mystère, le bruit qu'il avait été pressenti par des chefs albanais pour savoir si ceux-ci, en cas de soulèvement, pourraient recevoir des secours de la Serbie, et, au besoin, y trouver un asile. On ajoutait que la réponse avait été négative.

Selon toute apparence, ce racontar n'a été mis en circulation que pour être répété à la légation de Turquie, donner ainsi un nouveau témoignage des dispositions amicales du Gouvernement serbe vis-à-vis de la Porte et détourner l'attention des tractations actuellement en cours entre Belgrade et Sofia.

De toutes parts affluent ici les nouvelles représentant la Turquie d'Europe comme tombée dans un état d'anarchie bien pire que celui qui y régnait à la fin du régime hamidien. Les signes de désagrégation se multiplient; et déjà ceux qui se disent les héritiers naturels de l'Empire Ottoman se préparent à se disputer les lambeaux de ce grand corps en décomposition, en invoquant leurs prétendus droits historiques.»

3.

BRUXELLES, 3. 2. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 27 janvier 1912, No. 58.)

Le parti ouvrier anglais et la politique extérieure.

La conférence du parti ouvrier anglais, dans sa séance de clôture à Birmingham, a voté une résolution protestant énergiquement contre «la politique anti-allemande de Sir Edward Grey, qui ne peut avoir pour résultats immédiats que des armements excessifs, un sentiment d'antipathie internationale et la trahison des nationalités opprimées». Cette politique, estime la conférence, a conduit le Gouvernement actuel à «risquer une guerre avec l'Allemagne au seul profit des intérêts financiers de la France au Maroc, à fermer les yeux sur les outrages de l'Italie en Tripolitaine, sur le vol de la Russie en Mongolie, et, par dessus tout, à violer, d'accord avec la Russie, l'indépendance nationale de la Perse».

M. Keir Hardie, dans un discours violent, a attaqué la politique extérieure du Gouvernement et le voyage récent de parlementaires anglais à St. Pétersbourg: «sans aimer le Gouvernement allemand», s'est écrié l'orateur, «je le préfère à l'autocratie russe, dont l'esprit est caractérisé par la composition de la députation anglaise qui est allée lui rendre hommage.»

«La tradition britannique de venir en aide aux opprimés est foulée aujourd'hui aux pieds, grâce à la politique de Sir Edward Grey, a ajouté un membre de la Conférence. Cette politique anti-allemande doit cesser, et l'ouvrier allemand doit être convaincu que tous les efforts de son camerade anglais tendent à unir les travailleurs de tous les pays par des liens d'amitié et de sympathie.»

4.

BRUXELLES, 15. 2. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 3 février 1912, No. 29.)

Roumanie et Bulgarie.

Le Prince Ferdinand, héritier du Trône, s'est rendu à Sofia pour y représenter la Roumanie à la célébration de la majorité du Prince Boris.

Il ne faut pas voir dans cette marque de haute courtoisie, un indice de la cordialité des rapports qui uniraient les deux Cours ou les deux Gouvernements. Le Roi Carol s'est simplement conformé à l'exemple donné par les autres États des Balkans, la Turquie, la Serbie, la Grèce et le Monténégro, qui ont tenu à rehausser l'éclat des fêtes par l'envoi d'un Prince du sang. Proche voisin de la Bulgarie, et souverain d'un État dans lequel vivent et prospèrent des milliers de Bulgares, le Roi Charles n'aurait pu agir autrement sans froisser la susceptibilité de la Cour de Sofia.

On a remarqué l'extrême réserve de la presse officieuse du Gouvernement et de celle de l'opposition à l'égard d'un évènement auquel les voisins attachent une si grande importance. C'est à peine si elle l'a mentionné, en adressant quelques paroles d'une amabilité banale au Roi Ferdinand.

Ici l'inquiétude augmente à mesure que le printemps approche, et elle se traduit par des préparatifs militaires qui ne peuvent être dirigés que contre la Bulgarie. Récemment M. Guéchoff a déclaré à un correspondent de la «Novoie Vremia» qui l'a répété à plusieurs hommes politiques roumains, qu'il démissionnerait dans quelques semaines, parce qu'il était incapable de résister plus longtemps à la poussée belliqueuse de l'opinion publique. Ces déclarations auraient impressionné le Roi Carol, déjà alarmé par les mille indices qui révèlent une effervescence extraordinaire dans les Balkans. Puis, si Sa Majesté a tous ses apaisements quant à l'attitude de la Russie et aux conseils de modération qu'elle donnera au Roi Ferdinand, Elle ne sait pas encore quel langage le successeur du Comte d'Aehrenthal tiendra à Sofia. Le Chancelier austro-hongrois ne sera plus en état, pense-t-on, de reprendre la direction des affaires, même après un long

congé. Son successeur pourrait, en effet, parler autrement que son collègue de St. Pétersbourg, c'est-à-dire laisser à la Bulgarie toute liberté de diriger des actes d'hostilité contre le Sultan.

Or, c'est une maxime proférée par tous les hommes d'État roumains, qu'une descente de la Bulgarie en Macédoine doit amener une intervention armée du Royaume Danubien. A la vérité, le sort de la Macédoine, — on le sait bien ici, — ne dépend pas d'une guerre entre Turcs et Bulgares: il sera réglé par les Grandes Puissances; mais la Roumanie entend participer efficacement à la prochaine conférence et y réclamer, éventuellement, des compensations pour tout agrandissement de sa voisine. Telle est la cause de ses armements actuels.

5.

BRUXELLES, 6. 3. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 février 1912, No. 30.)

Rapprochement austro-russe.

La mort du Comte d'Aehrenthal a été enregistrée par la presse serbe, sauf une ou deux exceptions, d'une façon décente. Le Gouvernement avait, du reste, pris des mesures pour qu'il en fût ainsi.

Quant aux conséquences que doit entraîner cet événement, suivi de la désignation du Comte Berchthold comme successeur du Ministre défunt, elles sont envisagées diversement.

L'on s'accorde généralement à dire que nous sommes à la veille d'une entente austro-russe au sujet des Balkans; mais l'on diffère d'avis sur les effets, qu'il y a lieu d'en attendre. D'un côté une partie de l'opinion publique s'inquiète déjà d'une intimité de vues qu'elle soupçonne ne pouvoir être obtenue qu'au détriment des intérêts serbes; de l'autre, — et c'est l'avis du monde officiel, — on considère un tel rapprochement comme un gage de tranquillité pour les Balkans. Cette dernière manière de voir est entièrement partagée par les diplomates accrédités à Belgrade.

Vers la fin de la vie du Comte d'Aehrenthal, on avait pu recueillir de nombreux indices des tentatives faites par le Ministre austro-hongrois pour améliorer les relations de la Monarchie avec

l'Empire moscovite, notamment les voyages répétés du Comte Berchthold en Russie, et, tout récemment, l'accueil si cordial qui fut fait au Grand-Duc André Vladimirovitch, lorsqu'il s'arrêta pendant deux jours à Vienne, en revenant de Sofia, où il avait représenté le Tzar aux fêtes données pour la proclamation de la majorité du Prince Boris. Mais l'évolution complète ne pouvait s'accomplir qu'après qu'aurait disparu de la scène politique l'homme qui avait opéré l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine; et nul n'est plus propre à sceller la réconciliation que le diplomate qui, pendant la période critique des rapports austro-russes a su, comme ambassadeur d'Autriche à St. Pétersbourg, à force de sang-froid et de courtoisie, éviter une rupture et rester même «persona grata» auprès de la Cour et de la société russe.

Il est vraisemblable que l'accord à intervenir entre les deux empires revêtira une forme concrète. Toutefois, il est trop tôt pour parler du retour à un partage de zones d'influences, et **l'on peut augurer que la Russie ne consentira pas, sans d'amples compensations, à céder la situation politique privilégiée qu'elle occupe maintenant en Serbie.** Il s'agit de courir au plus pressé et d'empêcher la propagation de l'incendie que l'on s'attend à voir éclater en Albanie au printemps prochain.

Le fait seul d'une entente austro-russe, sincère et publiquement manifestée, serait de nature à écarter toute éventualité de complications de la part des petits Etats balkaniques, dont les velléités agressives spéculent toujours sur la rivalité de l'Autriche et de la Russie. La Serbie est réellement animée du désir d'entretenir des rapports amicaux avec la Turquie. Ses intérêts économiques bien entendus l'y obligent. Elle ne se départirait de son attitude prudente, que si elle se sentait menacée dans les conditions essentielles de sa vie nationale, par les entreprises de ses voisins.

Dans les cercles bien informés de Belgrade, on estime que la Bulgarie ne se laissera pas entraîner à des aventures belliqueuses. Les dispositions du Roi Ferdinand sont pacifiques, et l'opinion publique bulgare commence à rendre davantage justice à sa politique prévoyante. On sait que toute agression du jeune

royaume à l'égard de l'Empire ottoman, provoquerait immédiatement une intervention armée de la Roumanie, à moins d'arrangements pris en commun avec l'Autriche. Si celle-ci s'abstient, la Bulgarie est forcément immobilisée.

Enfin, l'on dit que le Roi Nicolas de Monténégro, lors de sa récente visite à St. Pétersbourg, a reçu du Tzar des conseils pacifiques.

En résumé, si, comme tout porte à le croire, l'Autriche et la Russie s'entendent franchement pour le maintien de la paix dans le Sud-Est de l'Europe, il n'y aura pas à redouter de complications dans les Balkans.

Que des soulèvements se produisent en Albanie et en Macédoine, l'armée turque, qui n'a été affaiblie en rien par la guerre avec l'Italie est assez forte pour les réprimer. L'Europe n'aura à assister qu'à des désordres localisés dans l'Empire Ottoman.

6.

BRUXELLES, 18. 3. 1912.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 28 février 1912.)

Le Comte Witte et l'entente anglo-russe.

Le «Rjetsch» vient de publier, sur les origines de l'entente anglo-russe relative à la Perse, une interview dont il ne nomme pas l'auteur. Il résulte toutefois des déclarations d'un diplomate très bien informé que ce serait le Comte Witte lui même qui aurait fait au rédacteur du «Rjetsch» le récit dont voici le résumé:

«Revenant de Portsmouth, après la signature du traité de paix entre la Russie et le Japon, le Comte Witte s'arrêta à Paris pour conférer avec le Gouvernement français. M. Poklewski-Kosel, 1er secrétaire russe à Londres, aujourd'hui Ministre à Téhéran, obtint une audience du Comte Witte. Il était envoyé, d'accord avec l'Ambassadeur de Russie à Londres, pour inviter l'homme d'Etat à se rendre dans la capitale anglaise pour faire la connaissance du Roi. Le Comte Witte pria le diplomate russe de transmettre ses remerciements au Roi, mais déclina l'invitation.

Il partit pour Rominten, où il se rencontra avec l'Empereur d'Allemagne. Mais M. Poklewski, toujours avec l'assentiment du Comte Benckendorff, transmit à M. Witte le projet écrit d'une entente anglo-russe relative à l'Afghanistan, au Thibet, à la Perse et au golfe persique. Le Comte déclina encore cette proposition, déclarant sa mission diplomatique épuisée, mais on lui répondit que comme il deviendrait peut-être Ministre des Affaires Etrangères, il pourrait avoir à décider la question.

«Tout en refusant de nouveau, le Comte Witte fit savoir au Roi Edouard qu'il n'avait jamais été un ennemi de l'Angleterre mais qu'il ne souscrirait jamais aux propositions qu'on lui présentait. Il ajouta:

«Malgré sa défaite dans la guerre japonaise, la Russie est encore suffisamment grande Puissance pour garder les mains libres.» Et l'alliance française?» demanda M. Poklewski.

«Elle est faite pour durer vingt ans. Il est inutile de la critiquer, ni de la louer.»

«Le Comte Witte fut en effet chargé de la direction de la politique extérieure. Il ne fut plus question d'une entente avec l'Angleterre. Ce ne fut qu'après la chute du Ministre que l'Angleterre et la Russie signèrent l'entente dont on lui avait proposé le texte en septembre 1905 à l'Hôtel Bristol à Paris.

«Le Comte Witte développe ensuite devant son interlocuteur tous les progrès faits par la Russie en Perse avant l'entente Anglo-Russe. Aujourd'hui, nous y avons perdu toute influence, ou du moins nous avons cédé à l'Angleterre la moitié des régions où s'exerçait cette influence. Nous avons gardé la sphère dans laquelle les difficultés sont les plus considérables.

«L'Allemagne, entrant en scène, déclara que les deux Pays avaient partagé ce qui ne leur appartenait pas, et réclama comme compensation le raccordement de la ligne de Bagdad et l'égalité économique. Je suis convaincu, dit-il, que nous perdrons tout en Perse, y compris nos importations, qui seront supplantées par les importations allemandes.

«En Afghanistan, l'Angleterre nous a enlevé le droit de maintenir un représentant dans ce pays-tampon, et nous ne pouvons

plus savoir ce qui s'y passe. Pour le Thibet et le Golfe Persique, ils ne nous intéressent guère.

«Devant l'incohérence de notre action en Perse on peut juger de la difficulté qu'offre l'éxécution de l'entente anglo-russe. Le but véritable de l'Angleterre a été de nous séparer de l'Allemagne.»

7.

BRUXELLES, 4. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 19 mars 1912, No. 65.)

Guerre italo-turque. Situation internationale de la Turquie.

J'ai eu avec des personnages occupant de hautes situations à Constantinople des entretiens dont je crois intéressant de vous faire connaître le résumé.

Durant l'automne dernier la situation a été fort grave; on s'attendait non seulement à des complications balkaniques mais on croyait que la question d'Orient évoluait vers une nouvelle solution. Les tribus arabes de Jahia Pacha tenaient en échec 40 bataillons ottomans; l'Italie se ruait sur la Tripolitaine; en Albanie, en Macédoine on aurait cherché en vain les organes d'un Gouvernement régulier et les populations excédées par les méfaits des bandes, par l'impunité des crimes et par le manque de sécurité n'attendaient qu'une occasion favorable pour se soulever. Les dispositions du Monténégro étaient suspectes. A Constantinople, le pouvoir affaibli par les dissensions entre le Comité «Union et Progrès» et l'«Entente libérale» était en outre déçu dans toutes ses illusions. En fondant un régime constitutionnel, copié sur le patron des institutions de l'Occident, la Jeune Turquie espérait créer en sa faveur, dans toute l'Europe, un courant d'opinion assez fort pour s'opposer aux empiètements des Gouvernements. Au moment du danger elle s'agitait dans le vide. L'Ambassadeur d'Allemagne, qui avait invité son Gouvernement à soutenir au moins moralement la Sublime Porte contre l'Italie, fut rappelé à la modération. L'Empereur entendait rester fidèle au Roi Victor Emmanuel et à la Triple Alliance. M. Tcharikoff, turcophile idéologue, était désavoué dans l'éla-

boration de ses projets chimériques. Les préparatifs militaires de l'Autriche-Hongrie en Bosnie éveillaient les défiances. Le Grand Vizir aux abois offrait à l'Italie, par l'intermédiaire du Baron Marschall, la Tripolitaine et la Cyrénaïque à la seule condition de retenir la suzeraineté et se heurtait néanmoins à un refus péremptoire.

Dans des circonstances aussi adverses, Mahmoud Chefket seul ne perdit pas courage. Il fonda le salut de l'Empire sur la force de son armée. Les progrès réalisés en quelques mois en ce qui concerne l'accroissement de l'armée, sa préparation et son équipement sont énormes et frappent les observateurs les moins perspicaces. D'après les attachés militaires on aurait rappelé sous les armes depuis le mois de novembre dernier 250 000 hommes, rédifs et recrues, et en cas de mobilisation, la Turquie pourrait mettre sur pied de guerre 600 000 hommes bien équipés et pourvus d'un matériel moderne. De nombreux régiments occupent la Macédoine et l'Albanie de façon à pouvoir réprimer immédiatement tout mouvement insurrectionnel. Les corps d'armée de la Roumélie ont été renforcés. On ne croit pas à Constantinople à une coalition des armées bulgares, grecques et serbes; mais même si cette hypothèse bien invraisemblable se réalisait, les troupes ottomanes l'emporteraient facilement sur leurs adversaires. En même temps, la Sublime Porte a compris qu'il était de son intérêt de rétablir le subside que le Sultan Abdul Hamid accordait au Roi de Monténégro et qui avait été supprimé en 1908. Il sera moins disposé que l'année dernière à rompre avec la Turquie et à écouter les suggestions de l'Italie.

Ainsi s'évanouit le spectre des complications balkaniques qui avait inspiré de si fortes inquiétudes au commencement de l'hiver dernier. A la vérité le Roi de Roumanie continue à paraître pessimiste; mais c'est moins par conviction que par calcul afin d'amener la réconciliation qui lui tient tant à cœur des différentes nuances du parti conservateur et de constituer un Gouvernement fort.

La guerre avec l'Italie cause peu de préjudices à la Turquie mais inquiète, et est destinée par sa prolongation même, à inquiéter de plus en plus les Puissances. Les échanges de vues

entre les différents cabinets n'ont pas permis de trouver une formule d'accord susceptible d'être acceptée par les belligérants. Le Baron Marschall a désapprouvé la proposition russe du mois de janvier et n'a pas consenti à la soumettre à la Sublime Porte. Il y a peu d'apparence que l'intervention des ambassadeurs auprès du Quirinal ait plus de succès. Les concessions dont les agences télégraphiques nous ont fait part sont insuffisantes (indemnité pécuniaire, dispense pour la Turquie de reconnaître l'annexion, liberté réligieuse) et ne sauraient, dans les circonstances actuelles, constituer une base sérieuse de négociations. M. de San Giuliano a bien dit à l'ambassadeur d'Allemagne à titre confidentiel qu'il irait plus loin dans la voie de la conciliation si les puissances le jugaient nécessaire, mais il s'expose à une nouvelle déception en regardant comme possible de conclure la paix sans admettre la suzeraineté du Sultan.

Ainsi l'Italie s'est jetée dans des difficultés pour ainsi dire inextricables et dont, en effet, elle ne sortira pas aussi longtemps que les opérations seront limitées. Sans parler des sacrifices d'argent qui altéreront bientôt l'ordre de ses finances elle perd chaque jour quelque chose de son prestige militaire: 150 000 Italiens sont tenus en échec et réduits à l'immobilité par 5000 réguliers ottomans et quelques tribus arabes estimées au maximum à 30 000 hommes. D'après des renseignements de bonne source, les Senoussistes de Kufra ne se sont pas encore joints aux Turco-Arabes mais ils y sont fort incités par le Sultan et ils ne paraissent pas inaccessibles à la séduction. En outre l'approche du printemps, presque toujours accompagné du «Khamsin» le vent brûlant du désert, rendra excessivement pénible la marche en avant des Italiens vers l'intérieur et celle-ci est même considérée comme une pure folie par les Européens qui connaissent ces régions désertiques, tant elle serait meurtrière. L'insuccès relatif des Italiens, les nouvelles tendancieuses lancées par les journaux de Stamboul sur de prétendues victoires turques excitent à un point extrême l'esprit guerrier des Ottomans. Ceux-ci se montrent de moins en moins dociles aux conseils de l'Europe. Là réside le danger; la jalousie, les compétitions peuvent aveugler momentanément les Puissances sur leurs véritables intérêts, mais

elles ne doivent pas s'y tromper: la défaite de l'Italie en Tripolitaine entraînera la ruine de l'influence européenne sur le Bosphore. L'Angleterre et les Etats-Unis n'ont pas lieu de se féliciter d'avoir permis au Japon de battre la Russie car du traité de Washington date l'effacement de la race blanche en Extrême-Orient.

Apparemment ce danger commence à préoccuper le Cabinet de St. Pétersbourg d'où la disgrace et le rappel de M. Tcharikoff. Cet ambassadeur intelligent et actif poursuivait une politique personnelle dans la pensée que, puisqu'il était malaisé de se mettre en travers des progrès de la Turquie, il convenait de l'aider à renaître de ses ruines à la condition qu'elle gravite, avec les pays balkaniques, dans l'orbite de la Russie. Il a caressé, cajolé, la Jeune Turquie, lui promettant la suppression des capitulations, un accroissement de territoire au préjudice de la Perse, l'hégémonie sur les pays voisins. Ses projets grandioses n'ont pas été goûtés par son Gouvernement qui ne croit pas que l'existence d'une Turquie forte, même subordonnée, soit utile à l'Empire. Celui-ci entend sans doute en revenir à la politique traditionnelle de Nelidoff et de Zinokiew qui consistait à énerver tous les rouages de l'administration à la seule exception de l'autorité du Sultan. Dans les cercles politiques c'est l'interprétation que l'on donne à la nomination de M. de Giers. Pondéré, modéré et conciliant, le nouvel Ambassadeur à Constantinople est en même temps très souple et exécutera fidèlement la politique de M. Sasonow. Sa mission ne sera pas hérissée de difficultés. Si, depuis l'instauration du nouveau régime l'armée s'est prodigieusement développée, les autres branches de l'administration, justice, intérieur, travaux publics se trouvent à peu près dans l'état où Abdul Hamid les a laissées. Le comité jeune turc a des troupes sans état major. Les ministres les plus en vue, Djavid Bey et Talaat Bey, sont dépourvus à ce point de l'esprit d'initiative et de décision qu'ils laissent au Conseil des Ministres, c'est-à-dire au Grand Vizir, le soin de trancher toutes les questions qui sont de leur ressort respectif même lorsqu'elles n'intéressent ni l'ordre intérieur, ni les relations internationales. Seul un homme d'Etat jeune et actif pourrait affronter une tâche aussi lourde

et Said Pacha est octogénaire. Kiamil Pacha, dont on parle pour le remplacer, a 86 ans. Tous les deux d'ailleurs n'inspirent aucune sympathie aux Jeunes-Turcs; ceux-ci maintiennent Said Pacha au pouvoir en raison du prestige dont il jouit vis-à-vis de l'étranger. Si l'Europe refusait d'accorder à la Turquie les crédits qui sont nécessaires à l'entretien de son armée, le but poursuivi par la Russie ne tarderait pas à être atteint.

8.

BRUXELLES, 4. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 Mars 1912, No. 36.)

Turquie et Balkans.

Deux hauts fonctionnaires de l'empire ottoman, Chukri Bey, Secrétaire Général du Ministère de l'Intérieur, et Abdul Kerim Bey, Inspecteur au Ministère de l'Instruction publique, à Constantinople, ont accompli, la semaine dernière, un voyage en Bulgarie et en Serbie, dans le but avoué de s'y aboucher avec des représentants des bandes bulgares et serbes en Macédoine, et de rechercher avec eux les moyens de mettre un terme aux crimes et aux déprédations qui désolent cette malheureuse province.

Aucun de ces deux fonctionnaires n'était investi d'un mandat officiel; et, à Sofia, pas plus qu'ici ils n'ont point cherché à se mettre en rapports avec les autorités gouvernementales. Dans la capitale bulgare ils ont voulu avoir une entrevue avec l'agent principal de l'organisation révolutionnaire macédonienne; mais celui-ci leur a fait savoir que l'organisation ne désire pas entrer en pourparlers avec les Turcs et qu'elle continuera son action jusqu'à ce qu'elle ait provoqué l'intervention des Puissances en vue d'établir l'autonomie de la Macédoine.

A Belgrade ces émissaires n'ont pas eu plus de succès que de l'autre côté du Timok. En prévision de leur visite, le Gouvernement Serbe s'était mis d'accord avec le Président du Comité de la défense nationale sur la réponse que celui-ci aurait à faire aux ouvertures qu'il recevrait.

L'Association de la défense nationale est une Société privée, créée dans un but patriotique pour favoriser le développement du serbisme au dedans et au dehors du Royaume. Elle se défend d'entreprendre rien contre la sûreté des Etats voisins où vivent des populations de race serbe; mais il n'est pas douteux qu'elle n'y soutienne et même n'y sollicite des menées irrédentistes.

La réponse concertée était, en substance, celle-ci: Le Gouvernement serbe dirige seul la politique extérieure du pays et en est responsable; la société se conforme aux vues officielles que d'ailleurs elle approuve; elle reconnait qu'il est de l'intérêt de la Serbie de vivre en bonne intelligence avec l'Empire Ottoman; elle ne fait donc rien et ne veut rien faire qui puisse exciter les frères serbes, sujets ottomans, à se révolter contre les autorités impériales; mais, si celles-ci se livraient à des mesures d'oppression, aucune contrainte ne pourrait empêcher les Serbes du Royaume de voler au secours de leurs frères persécutés.

Les deux fonctionnaires turcs, après avoir passé deux ou trois jours, ici comme à Sofia, sont partis pour Salonique.

On se demande quel était le but véritable d'une démarche aussi insolite; les uns y voient un aveu de faiblesse de la part de la Porte; d'autres, une manœuvre destinée à faire ostentation, vis-à-vis de l'Europe, des sentiments bienveillants de la Turquie envers les populations chrétiennes de l'Empire; une troisième opinion, qui paraît plus vraisemblable, considère les deux fonctionnaires comme des émissaires du Comité jeune-turc, accomplissant une tournée de brigue électorale, dans l'espoir de gagner aux candidats qui se réclament du Comité quelques suffrages auprès des sujets ottomans de race serbe et bulgare.

9.

BRUXELLES, 26. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 11 avril 1912, No. 47.)

Relations serbo-bulgares.

On s'entretient beaucoup des tentatives faites par le Cabinet de Belgrade pour conclure une alliance étroite avec la Bulgarie.

Les relations serbo-bulgares ont été, dans ces dernières années, sous la dépendance d'un sort bizarre: chaque fois que l'une des parties cherchait un rapprochement, l'autre avait des raisons pour le rejeter. Toutefois il semble que dans la présente occurrence les ouvertures de la Serbie n'ont pas rencontré un accueil décourageant, à Sofia.

On parait en être arrivé, en effet à envisager certaines éventualités où pourrait se produire une action commune. Mais on est encore loin de cette union intime que l'on poursuit, en ce moment, du côté Serbe, et il est peu vraisembable qu'on y atteigne.

En effet, s'il y a de nombreux points de contact entre les deux pays, il y a aussi des différences essentielles dans les perspectives de leur avenir politique.

Pour la Serbie toutes les combinaisons diplomatiques ont pour but premier d'augmenter sa force de résistance à la poussée autrichienne. Il n'en va pas de même, à Sofia, où l'on a surtout en vue de fortifier la situation du Royaume de façon à le rendre capable d'accomplir en Macédoine les destinées qu'il s'est assignées à titre de mission historique. Une alliance offensive et défensive avec la Serbie pourrait au contraire dans certains cas qu'il n'est pas difficile d'imaginer, être une cause de faiblesse pour la puissance d'attaque de la Bulgarie. Il n'est pas probable que le Roi Ferdinand, qui est un esprit opportuniste, ne se réserve pas sa liberté d'action afin d'en profiter pour prendre, le cas échéant, des dispositions lui permettant d'agir simultanément avec un autre Etat intéressé, pour le bien exclusif de son pays, comme il le fit en 1908.

D'autre part, l'expérience du passé démontre, que la rivalité serbo-bulgare en Macédoine est la pierre d'achoppement de toute entente durable entre les deux pays. Précisément, en ces tout derniers temps, les bandes serbes ont recommencé leurs tristes exploits dans le vilayet de Kossovo, au détriment des populations bulgares qui habitent cette province. **Le Cabinet de Belgrade a beau protester qu'il n'est pour rien dans l'accomplissement de ces méfaits; on sait à Sofia, que ce ne sont pas seulement les sociétés patriotiques serbes qui arment leurs frères, sujets otto-**

mans, mais que ceux-ci trouvent un appui efficace auprès des autorités du Royaume qui leur distribuent des armes et des subsides.

Tous les sujets ottomans de race serbe, dans le Sandjak de Novi-Bazar et en vieille-Serbie, ont été pourvus de fusils Mauser du modèle le plus récent, indirectement, par les soins du Gouvernement du Roi Pierre. Cette situation n'est sûrement pas ignorée à Sofia et elle n'est pas de nature à favoriser le maintien de rapports cordiaux entre les deux pays.

L'ensemble de ces circonstances incite à admettre que l'accord soupçonné doit être d'une portée très limitée et que l'on ne peut rien augurer de durable qui soit fondé sur une base aussi fragile.

10.

BRUXELLES, 7. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 26 avril 1912, No. 208.)

Russie et Italie.

Le 24 avril dernier, au cours de la réception diplomatique, le Ministre des Affaires Etrangères a expliqué de la manière suivante l'attitude du Gouvernement Impérial, en ce qui concerne la protestation adressée à la Sublime Porte au sujet de la fermeture des Détroits: «Les plaintes du commerce ont été si vives et si nombreuses, a déclaré M. Sazonow, que le Gouvernement russe a dû protester contre la fermeture des Dardanelles. Il a réclamé l'application de l'article 3 du traité de Londres de 1871; mais il n'a fait cette demande que par acquit de conscience, car il serait vraiment difficile de contester à la Turquie le droit de se défendre comme elle l'entend contre les attaques de son adversaire.»

«La réponse de la Porte à cette protestation ne donne pas lieu à réplique. En effet, le Gouvernement ottoman a fourni les assurances les plus formelles que les Détroits seraient ouverts aussitôt que les circonstances le permettraient, c'est-à-dire dès que les navires italiens se seraient éloignés. C'est ce qui a eu lieu: et déjà les autorités ottomanes ont commencé à

enlever les mines qui défendaient l'entrée du détroit, de sorte que l'on peut s'attendre à ce que la navigation soit rétablie dans quelques jours.»

«Comme il est hors de doute que l'Italie s'est rendu compte du mécontentement général provoqué en Europe par sa démonstration navale, il est à peu près certain que le commerce international sera à l'abri d'un nouveau blocus de cette importante voie maritime.»

Depuis que M. Sazonow a fait ces déclarations optimistes, les Italiens ont occupé l'île d'Astropalia, dans la mer Egée, s'assurant ainsi un gage en même temps qu'une base éventuelle pour les opérations futures de leur flotte. Une nouvelle attaque contre les Dardanelles n'est donc pas aussi invraisemblable que le Ministre semble le croire.

Le Ministre des Affaires Etrangères déclara que les bruits concernant la conclusion prochaine d'une entente entre l'Italie et la Russie, ou même un échange de promesses et une action diplomatique commune ayant pour but de soutenir le cabinet de Rome, sont dénués de tout fondement. L'attitude du Cabinet de St. Pétersbourg est uniquement dictée par l'intérêt de la Russie de voir se terminer rapidement la guerre.

Il n'en est pas moins évident que, depuis le commencement de la guerre, la politique de la Russie s'est constamment montrée favorable à l'Italie: les personnes les mieux informées en concluent avec raison qu'un rapprochement s'est produit récemment entre les deux pays; elles ne croient pas toutefois à une véritable entente: il ne s'agirait que d'une politique commune basée sur des intérêts communs. Il paraît en effet peu vraisemblable que l'Italie conclue un accord avec une tierce puissance, sans consulter ses alliées; d'autre part, la Russie hésiterait sans doute à s'engager avec l'Italie, au moment précis où elle cherche à se concilier les bonnes grâces du Cabinet de Vienne. Seule, une attitude moins conciliante de la Turquie dans la question d'Ourmia pourrait rendre une entente italo-russe effective et dangereuse.

11.

BRUXELLES, 23. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 13 mai 1912, No. 284.)

Le Baron Marschall von Bieberstein, Ambassadeur à Londres.

La nouvelle de la démission du Comte de Metternich et de son remplacement par le Baron Marschall de Bieberstein, pour n'être pas officielle, n'en semble pas moins certaine.

Le nouveau représentant de l'Empereur, qui a été Ministre des Affaires Etrangères, Délégué à la Conférence de la Haye et Ambassadeur à Constantinople sera, sans doute, accueilli avec le respect que lui valent ses remarquables états de service, mais aussi avec une certaine méfiance. Il est de style d'admettre qu'il a pour mission d'améliorer les relations anglo-allemandes; mais on a l'impression qu'il ne connait pas l'Angleterre et que ses méthodes seront nouvelles. Comme on le sait intelligent, on estime dans certains milieux qu'il y aura lieu de se mettre en garde contre ses menées, notamment auprès des journalistes qu'il a la réputation de flatter beaucoup. On paraît préoccupé de savoir si cette nomination n'est pas faite dans le but d'affaiblir la triple entente, en créant dans ce pays un courant d'idées défavorable à la politique extérieure actuelle du Gouvernement.

Certains organes de la presse ont prétendu que la retraite du Comte de Metternich avait été amenée à la suite de plaintes de Sir E. Grey, quant au ton adopté par l'Ambassadeur lors des discussions sur le Maroc et sur l'épisode d'Agadir, ton qui aurait dépassé la mesure. Cela est inexact.

D'après la version la plus accréditée ici, l'on estimerait à Berlin que le Comte de Metternich n'avait pas bien diagnostiqué la mentalité du Gouvernement Britannique et que ses prédictions optimistes ont été démenties par l'attitude énergique, inattendue en Allemagne, du Cabinet anglais. La tension des relations qui est résultée de cette situation l'an dernier aurait été attribuée, à tort ou à raison en Allemagne aux rapports de l'Ambassade à Londres. D'après la version officielle, le Comte de Metternich

aurait voulu quitter Londres il y a un an; vu la visite de l'Empereur et les fêtes du couronnement il aurait consenti à rester à son poste jusqu'en 1912.

12.

BRUXELLES, 28. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 15 mai 1912, No. 178.)

Rappel du Baron Marschall — Rapports turco-russes — Révolte albanaise.

Les appréhensions que cause chez certains hommes politiques ottomans le déplacement du Baron Marschall n'ont guère trouvé d'écho dans la presse locale turque, qui s'est généralement bornée à reproduire les réflexions publiées dans les journaux d'Europe au sujet du départ du diplomate allemand. Les regrets qu'elle exprime ne sont pas aussi vifs ni aussi spontanés que lors du rappel de M. Tcharykoff.

Ce dernier avait toujours été considéré comme un adepte sincère et convaincu d'un rapprochement entre l'Empire Ottoman et la Russie; ses allures accessibles et communicatives lui avaient acquis une certaine popularité parmi les Turcs.

Les sentiments amicaux du Baron Marschall envers la Turquie étaient bien connus; toutefois, on les a trouvés trop platoniques en certaines circonstances qu'il est inutile de rappeler.

L'attitude de la Russie commence à inquiéter assez sérieusement la Sublime-Porte.

L'initiative de la médiation, prise par le Gouvernement russe, le rappel de M. Tcharykoff, le discours de M. Sazonoff à la Douma, les termes dans lesquels M. de Giers a insisté pour la réouverture des Dardanelles à la navigation commerciale, la réception de la députation bulgare à Livadia ont produit ici une fâcheuse impression qui s'est manifestée le 11 de ce mois à l'occasion de la réception des autorités ottomanes à l'ambassade de Russie.

La liste des hauts fonctionnaires, des sénateurs, députés, officiers de l'armée et de la marine invités à cette réception

comprenait environ 500 personnes: fort peu d'entre elles s'y sont rendues.

Les préoccupations sont devenues plus vives encore depuis qu'est arrivée la nouvelle de la mobilisation dans le sud de la Russie.

En outre, il paraît que, le 13 de ce mois, M. de Giers s'est plaint des lenteurs apportées à la réouverture des Dardanelles sur un ton presque menaçant de nature à causer ici quelque anxiété.

Les journaux s'efforcent d'atténuer le caractère de la révolte albanaise. Ce nouveau mouvement insurrectionnel a éclaté sur deux points de l'Albanie musulmane. Les habitants réclament les avantages que les Malissores ont obtenus l'année dernière.

Le voyage récent du Ministre de l'Intérieur, loin de pacifier l'Albanie, a augmenté son mécontentement. La situation semble donc y être plus sérieuse que ne le disent les journaux. Des troupes ont déjà été envoyées contre les révoltés; mais le gouvernement, se rendant compte, après l'expérience de l'année dernière, de l'extrême difficulté d'une répression par les armes dans des regions aussi montagneuses, s'est enfin décidé à faire de larges concessions.

Plusieurs clans mirdites catholiques prennent également part au soulèvement, tandis que les Malissores restent tranquilles, grâce, dit-on, à l'attitude du Monténégro qui, jusqu'à présent, serait restée correcte à l'égard de la Turquie.

13.

BRUXELLES, 13. 6. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 24 mai 1912, No. 63.)

Troubles en Albanie.

Malgré les dénégations du gouvernement turc, qui s'efforce de farder la vérité et a même réussi, dit-on, à donner le change à quelques représentants des grandes puissances à Constantinople, sur la nature et l'étendue de la rébellion qui a éclaté

en Albanie, la situation dans cette partie de la péninsule balkanique, est considérée, ici, comme très grave.

Si l'on ne tenait compte que des désordres dont les environs d'Ipek et de Djakova sont le théâtre, on serait porté à croire que la Sublime Porte en viendrait facilement à bout. Mais l'avenir semble recéler plus de menaces que le présent. L'effervescence est générale chez les musulmans comme chez les chrétiens. L'attitude de la jeune Turquie qui n'a cessé, depuis qu'elle dirige les destinées de l'Empire, de comprimer les populations albanaises sous un rouleau niveleur, a allumé au cœur de tous des sentiments de colère et de vengeance qu'il sera difficile d'apaiser.

L'attachement basé sur la religion était, naguère encore, envisagé à Constantinople, comme la plus sûre garantie contre toute défection possible des albanais musulmans, à l'égard du commandeur des croyants. Ce lien tend tous les jours à se relacher et le régime jeune-turc a accompli, en Albanie, le prodige de substituer au fanatisme religieux, un sentiment vague de communauté nationale. Ce qui manque encore à ces populations disséminées dans des contrées montagneuses, presque inaccessibles, et qui ont été longtemps séparées par des préjugés ancestraux, c'est un trait d'union à établir entre elles par une direction unique qui les conduirait vers le but national auquel elles commencent à aspirer. Vienne l'homme qui saura réunir en un faisceau toutes ces forces dispersées qui s'ignorent, et la séparation d'avec l'Empire ottoman, sous une forme quelconque, entrera dans le cercle des possibilités.

Le gouvernement turc ne doit pas, d'ailleurs, ressentir la confiance qu'il affecte de partager et qu'il cherche à inspirer autour de lui, car il s'efforce d'accumuler des troupes dans toute la haute Albanie.

Les renseignements parvenus à Belgrade, indiquent que la fermentation des esprits dans la région de Dibra, quoique contenue jusqu'à présent, est aussi profonde qu'aux environs d'Ipek et de Djakova. Les malissores vis-à-vis desquels la Porte n'a pas tenu les promesses faites au mois d'août dernier, frémissent d'impatience de secouer le joug que fait peser sur

eux le comité de Salonique. On observe même des signes d'agitation chez les mirdites qui jusqu'ici s'étaient montrés fidèles.

Bien que l'anarchie en Macédoine soit toujours aussi complète, on estime, ici, que c'est l'Albanie qui, en ce moment, offre le plus grand danger pour la paix dans les Balkans.

A juger les choses par le dehors, les gouvernants et l'opinion publique, en Serbie, sont parfaitement calmes; il en est de même, dit-on, en Bulgarie. Mais, sous ces apparences se cache une anxiété réelle. S'il ne se passe rien d'anormal, l'atmosphère politique est, toutefois, chargée d'électricité qui sous l'influence d'un choc peut déchaîner la tempête.

14.

BRUXELLES, 29. 6. 1912.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 20 juin 1912, No. 235.)

Guerre italo-turque.

Les échanges de vues qui ont eu lieu entre Vienne et les autres capitales européennes, pour arriver à mettre fin à la guerre, sont complètement suspendus pour le moment; il a été impossible, vu la divergence absolue des prétentions des belligérants, de trouver une base pour les préliminaires de paix.

En effet, les hommes d'état ottomans se montrent de plus en plus intransigeants. Le général Mahmoud Chefket Pacha, a déclaré à un diplomate qu'il ne voyait aucune raison de faire à présent, quand tant d'argent a été dépensé et tant de sang versé, les concessions qui ont été refusées il y a huit mois; l'Empire n'a subi depuis lors aucun revers militaire qui puisse les justifier.

Néanmoins la situation générale de la Turquie paraît sérieuse.

Les finances sont dans un état précaire; le mouvement revolutionnaire albanais, bien qu'il soit loin d'être aussi dangereux qu'on le prétend en Bulgarie et en Serbie, persiste d'une façon assez inquiétante; les nouvelles reçues tout dernièrement de

Macédoine sont mauvaises également; enfin des symptômes de mécontentement ont été constatés dans certains corps d'armée.

Dans les cercles diplomatiques, on estime que les belligérants ne sont arrivés ni l'un ni l'autre au degré d'épuisement qui les forcera à faire la paix. Il faudra donc qu'ils se décident à se faire des concessions réciproques. L'Italie rapportera le décret d'annexion pure et simple; la Turquie, de son côté, devra renoncer à la domination effective sur sa province d'Afrique, sur laquelle elle ne gardera qu'une sorte de suzeraineté. On en arrivera ainsi à un régime analogue à celui de la Bosnie durant la periode de transition qui s'est écoulée de 1878 à 1908.

On prévoit que la question des îles deviendra plus dangereuse que celle de la Tripolitaine. L'Italie, n'ayant pu faire aucun progrès sur la terre ferme, a organisé son administration dans les îles turques de la mer Egée.

Elle ne pourra cependant les garder sans violer le principe du Statu quo qui est la base du système politique européen dans le proche Orient.

D'autre part, la population en grande majorité chrétienne de ces îles, ayant essayé d'une administration régulière dont l'Italie semble s'ingénier à lui faire apprécier les bienfaits, mettra tout en œuvre pour éviter de retomber sous la domination ottomane.

Sur la question de la Crète viendra donc se greffer celle des autres îles de la mer Egée. Le Mémoire envoyé aux représentants des Puissances étrangères par le Comité d'Athènes, est, à ce point de vue, déjà significatif.

L'opinion s'était répandue ici que, dès que l'exode des Italiens expulsés du territoire ottoman serait terminé, l'armée du Roi Victor Emmanuel tenterait un coup décisif sur un point quelconque de l'Empire.

Certains indices indiquant que cette action se produirait sur Smyrne, l'administration militaire a procédé à la mobilisation de 9 divisions de rédifs, et y a réuni ainsi au moins 70000 hommes.

Les hommes compétents prévoient maintenant que l'état-major italien renoncera à porter son effort sur ce point. Un

débarquement nécessiterait des forces énormes; un bombardement n'offrirait aucune difficulté, mais ne produirait aucun résultat décisif; c'est la population chrétienne et étrangère de la métropole commerciale de l'Asie Mineure qui en souffrirait le plus.

Certains attachés militaires pensent, d'ailleurs, que la tactique de l'Italie consiste précisément à faire une feinte sur un point quelconque, et lorsqu'elle a ainsi amené les Turcs à y masser à grand frais une armée de défense, à simuler des préparatifs d'attaque d'un autre côté.

Elle arriverait ainsi à épuiser financièrement son ennemi.

Les ambassadeurs des grandes Puissances sont unanimes à dire qu'une nouvelle fermeture des Dardanelles est hors de question, vu le Conseil amical donné à Rome de ne pas porter les hostilités assez près du détroit pour obliger les Turcs à prendre de nouveau une mesure si grave au point de vue des intérêts économiques de l'Europe, et de nature à entraîner les plus dangereuses complications au point de vue international.

Pourtant, et c'est là une preuve de l'état de complète incertitude où l'on se trouve ici, un homme politique extrêmement bien informé et dont les prévisions se sont souvent réalisées depuis le commencement de la guerre, affirmait tout récemment qu'il s'attendait à ce que les forces italiennes se portent de nouveau sur les Dardanelles, non pas en essayant de forcer le détroit au moyen de la flotte, mais en prenant celui-ci à revers par un débarquement de troupes sur le versant opposé de la presqu'île de Gallipoli.

Quoiqu'il en soit, le Gouvernement actuel est obligé de continuer la lutte jusqu'à la dernière extrémité. La nation se résignerait à sacrifier la Tripolitaine, mais les hommes du Comité se rendent compte que c'en serait fait alors de leur pouvoir. L'opposition, bien que battue aux élections, est encore vivace. Elle rendra le Comité responsable de la perte des provinces d'Afrique, venant s'ajouter à celle de la Bosnie et de l'Herzégovine, et du vestige de suzeraineté qui restait encore sur la Bulgarie à l'avènement de la Constitution.

D'après une opinion qui commence à se répandre ici, la Russie, bien qu'elle ait pris il y a quatre mois l'initiative des pourparlers en vue de la paix, verrait maintenant sans déplaisir les hostilités se prolonger de manière à épuiser la Turquie.

15.

BRUXELLES, 5. 7. 1912.

(Extraits de rapports de Constantinople du 13 juin 1912, No. 228; du 25 juin 1912, No. 242 et du 26 juin 1912, No. 246.)

Révolte militaire en Albanie.

Au cours de son récent voyage en Albanie, le Ministre de l'Intérieur Hadji Adil Bey semblait s'être rendu compte de la situation réelle de cette province et des fautes qui y ont été commises par le Gouvernement jeune-turc; et il avait élaboré, un certain nombre de projets de réformes destinés à remédier aux principaux griefs des révoltés (imposition de taxes, défense de porter des armes, service militaire obligatoire), et à ramener le calme et la prospérité en Albanie.

Malheureusement, la sédition militaire qui vient d'éclater à Monastir rend impossible l'application de ce programme.

Un communiqué officiel du gouvernement, publié le 25 juin, avait réduit ce mouvement à des proportions insignifiantes.

Mais, le soir du même jour, des nouvelles plus alarmantes sont parvenues ici. A Monastir, des officiers et des soldats du sixième corps d'armée, en nombre bien plus considérable que ne l'avoue le communiqué officiel, ont déserté et ont gagné la montagne, emmenant, paraît-il, avec eux plusieurs mitrailleuses.

Un symptôme assez grave est que, parmi les officiers révoltés se trouvent Tayar Bey et Fehmi Stassan Bey, deux lieutenants bien connus du fameux Niazi Bey, dit le Héros de la Liberté, à l'époque où celui-ci, précisément dans les mêmes parages, menait, il y a quatre ans, la campagne qui aboutit à la chute d'Abdul Hamid et à l'avènement de la Jeune Turquie. Le mouvement militaire actuel commence d'ailleurs d'une manière analogue à celui de 1908.

On se demande si les officiers insurgés rejoindront les Albanais ou s'ils feront campagne séparément.

Dans les deux hypothèses la situation peut devenir grave.

En effet, il n'a manqué aux Albanais qu'un commandement expérimenté pour devenir des adversaires fort sérieux.

D'autre part, si les troupes rebelles ne font pas cause commune avec les montagnards de l'Albanie du Nord, leur sédition n'en reste pas moins fort dangereuse vu l'état général fort précaire en Roumélie.

Les mutins proclament qu'ils n'attaquent pas l'autorité du Padishah mais qu'ils exigent la démission du Cabinet. Ils en veulent surtout à Talaat Bey, Djavid Bey et Stalil Bey, formant l'élément ultra-jeune Turc de la combinaison ministérielle actuelle. C'est, en d'autres termes, la guerre au Comité de Salonique qui s'étant rendu odieux par sa tyrannie a fait déborder la coupe par la pression inqualifiable qu'il a exercée sur les dernières élections législatives.

Le Conseil des Ministres s'est réuni précipitamment le 25 juin au soir. On annonce que le Grand Vézir a conseillé à ses collègues du Cabinet de démissionner; mais ceux-ci n'ont pu se résoudre jusqu'à présent à abandonner le pouvoir.

La presse de Constantinople, réduite au silence par l'état de siège et la crainte de la Cour martiale, ne fait pas même mention de la révolte militaire à Monastir.

Quant à la Macédoine, elle se trouve dans des conditions d'anarchie déplorables, par suite de la mauvaise organisation de la gendarmerie, dont (on) a écarté les officiers de nationalité étrangère.

Pour remédier à cette situation, le Ministre de l'Intérieur, Hadji Adil Bey, vient de développer, sous forme d'une interview avec un rédacteur du «Tanine», un projet de formation d'un corps d'inspection destiné à pacifier l'Albanie et la Macédoine, à la tête duquel il placerait un spécialiste étranger. Le haut fonctionnaire serait de nationalité anglaise.

Il est probable qu'en faisant ce choix, le gouvernement ottoman veut parer aux attaques du Comité Balkanique de Londres qui semble vouloir jouer à propos de l'Albanie le rôle

dont s'était chargé le Congo Reform Association à l'égard de l'Etat Indépendant du Congo.

Il se produit d'ailleurs ici une évolution, vers l'Angleterre, dont les symptômes sont encore vagues et assez imperceptibles, mais que l'on peut lire entre les lignes des articles parus depuis quelques semaines dans le «Tanine».

16.

BRUXELLES, 13. 7. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 juillet 1912, No. 859.)

Entrevue de Port-Baltique. Russie et Allemagne.

Tous les cercles politiques européens ont les yeux fixés sur l'entrevue qui a lieu aujourd'hui entre l'Empereur d'Allemagne et le Tzar. Le secret de leurs conversations sera sans doute bien gardé et nous n'en connaîtrons que plus tard le résultat. La presse allemande, toujours circonspecte dans ses appréciations quand elle ne peut pas percer le nuage dont s'entourent à dessein les dirigeants de la politique de l'Empire, se borne à émettre l'opinion ou à exprimer l'espoir que l'entrevue aura des effets bienfaisants pour la tranquillité de l'Europe, en ajoutant, comme le fait la «Vossische Zeitung», que cet espoir dût-il être déçu, l'Allemagne est assez forte pour contempler l'avenir avec sérénité.

Qu'il soit question entre les deux Souverains de la guerre italo-turque et la possibilité d'y mettre un terme, cela n'est guère douteux. Mais tant qu'une base pratique sur laquelle on entamerait des pourparlers, tant qu'un moyen concret d'intervenir entre les belligérants feront défaut, la bonne volonté des amis de la Turquie ou de l'Italie ne pourra pas s'exercer utilement. Il y a deux jours, avant de partir pour Dantzig où il a rejoint l'Empereur, le Chancelier disait à l'Ambassadeur d'Autriche qu'il prierait instamment les Ministres russes Sasonoff et Kokotsoff de s'abstenir de toute nouvelle démarche auprès des grandes puissances, en vue de les pousser à offrir leur médiation et à agir simultanément à Constantinople et à Rome, si un incident nouveau ne rendait pas cette intervention en faveur du rétablisse-

ment de la paix tout-à-fait efficace. En procédant autrement, on risquerait d'affaiblir l'action des Grandes Puissances, quand elles jugeront que le moment d'entrer en scène sera venu.

A côté de la question du conflit italo-turc, il y a celle des gouvernements russe et allemand et entre les deux nations qui préoccupe ici l'opinion publique. Elle a gardé tout son sang-froid **dans l'affaire d'espionnage** où est impliqué actuellement le **Colonel Kostewitch;** mais les journaux de tous les partis ont souligné **l'explosion de germanophobie qui s'est produite dans la presse russe à la nouvelle de l'arrestation de cet officier, et dont les principaux organes anglais et français se sont faits complaisamment l'écho. Ces sentiments à l'égard de l'Allemagne se sont manifestés d'une façon plus grave à l'occasion de l'adoption par la Douma du projet de loi concernant la flotte de guerre, voté le 19 juin dernier à la grosse majorité de 228 voix contre 71.** Comme le fait remarquer le Docteur Schiemann, dans sa revue hebdomadaire de la politique extérieure que publie la Gazette de la Croix (Preussische Zeitung), l'amiral Gregorivich a déclaré que l'état des relations entre la Russie et l'Allemagne était la raison fondamentale de l'élaboration du nouveau programme naval, et le Ministre des Affaires Etrangères, M. Sasonoff s'est exprimé dans le même sens avec beaucoup d'énergie; il a parlé du danger toujours imminent d'une coalition hostile à la Russie. Aussi la création d'une flotte de guerre dans la Baltique ne laisse-t-elle aucun doute, aux yeux du «Times» sur la ferme volonté de la Russie d'être fidèle à ses alliances et à ses engagements. Le «Temps» de son côté, reproduit les déclarations de M. Kokotsoff, d'après lesquelles le trésor russe dispose aujourd'hui d'une réserve de 400 millions de roubles, ce qui permet de satisfaire facilement aux premières dépenses nécessitées pour l'exécution du programme naval. **Le journal parisien ajoute que le but purement défensif assigné à la nouvelle flotte doit, suivant les exigences de la guerre moderne, se transformer et devenir aussi offensif.**

Il est vrai que le départ de M. Iswolski, envoyé comme ambassadeur à Paris, a été le signal d'une détente dans la tension qui existait entre les deux Empires depuis la campagne malheureuse menée par la diplomatie russe contre l'annexion de la Bosnie-

Herzégovine. L'éloignement de M. Iswolski a été suivi de l'entrevue de Potsdam en 1910, premier indice d'un rapprochement entre les deux Gouvernements et surtout entre les deux Cours. La Russie n'a pas tardé à recueillir le fruit de ce revirement dans sa politique. L'Allemagne s'est désintéressée complètement de la Perse; elle y a laissé les coudées franches à sa voisine, en échange d'une liberté d'action analogue pour l'exécution du chemin de fer de Bagdad. Mais il reste beaucoup à faire en vue de transformer ce rapprochement en une entente future et de museler définitivement, comme on dit ici, l'ours moscovite.

Il n'est pas défendu de supposer que c'est là la véritable tâche qu'entreprend aujourd'hui personnellement l'Empereur Guillaume, ni de penser que l'entrevue dans la Baltique, conséquence de la visite à Potsdam sera la répétition d'une scène qui sera jouée désormais périodiquement par les mêmes acteurs, le Tzar et l'Empereur. Un parti allemand s'est toujours maintenu très puissant à la Cour de St. Pétersbourg; il y a acquis une nouvelle force sous le règne de Nicolas II, en s'appliquant à mettre en lumière les fautes et les maladresses commises par les Ambassadeurs de la République et à exciter l'antipathie latente, la défiance bien naturelle que les tendances de plus en plus radicales de la nation alliée devaient nécessairement éveiller chez un Souverain autocrate.

L'Empereur Guillaume a cherché à détacher l'Angleterre de la France; il va tenter maintenant la même chose du côté de la Russie. Les chances de succès de Guillaume II semblent plus grandes auprès du Tzar; car les relations les plus étroites et les plus confiantes ont existé dans le passé entre les familles régnant à Berlin et à Saint-Pétersbourg. Elles n'ont pris fin qu'à l'avènement d'Alexandre III; aujourd'hui rien ne paraît empêcher que la tradition ne soit renouée et que l'intimité d'Alexandre II avec Guillaume 1er ne se renouvelle entre leurs petits fils.

Opposer à l'animosité qui éloigne la race slave de la race allemande l'union des deux Cours, annuler les effets de l'alliance franco-russe par une politique de rapprochement des deux Souverains, tel pourrait être très vraisemblablement le rêve de Guillaume II. Ce projet a déjà reçu un commencement d'exécution

et les liens forgés entre la Russie et la France tendent visiblement à se relâcher. Si l'Empereur réussit à obtenir un jour du Tzar la promesse de l'inaction des armées russes en cas de conflit européen, il n'y aura pas trop lieu de s'en étonner.

17.

BRUXELLES, 2. 8. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 25 juillet 1912, Nr. 967.)

Allemagne et Angleterre. Discours de M. Winston Churchill.

Il y a quelques semaines, au moment de l'arrivée du Baron de Marschall à Londres, on pouvait croire à une amélioration dans les relations futures entre l'Allemagne et l'Angleterre. Les premiers pas vers un rapprochement avaient été faits du côté allemand. Les Anglais, partisans d'une entente s'étaient aussitôt remués, et la presse germanique avait reproduit avec satisfaction le speech où Lord Haldane, au banquet de la société allemande de Londres, avait qualifié l'Empereur Guillaume de «Grand homme».

Il a suffi du discours prononcé tout dernièrement par M. Winston Churchill à la Chambre des Communes pour dissiper les rêves pacifiques que quelques esprits chimériques se plaisaient à former sur les deux rives de la mer du Nord. Le premier Lord de l'Amirauté est coutumier du fait. Ce n'est pas la première fois qu'il déchire brusquement en quelques phrases la toile de Pénélope que la diplomatie des deux Pays avait péniblement tissée. Après son dernier discours, si net et si brutal, l'ouvrage sera plus difficile encore à réparer. M. Churchill, avec la clarté et la franchise qui sont le propre de son talent, sans la moindre précaution ou atténuation oratoire, a posé la question telle qu'elle est: «La cause directe des crédits supplémentaires que je demande, a-t-il dit en commençant, est le nouveau projet naval allemand.»

On attendait ici avec grand intérêt les déclarations du Ministre anglais. Elles ont dépassé tout ce qu'on pouvait craindre. La forme qu'il leur a donnée et les considérations qu'il a fait valoir ont profondément froissé le sentiment allemand. Quant

au renforcement même des escadres britanniques, il n'a surpris personne.

Tous les journaux politiques ont reproduit in extenso et en première page le texte du discours tel qu'il était transmis par les agences. Les commentaires sont venus ensuite. Ils dureront vraisemblablement plusieurs jours encore. La presse belge en a cité déjà quelques uns [1]).

En désignant ainsi qu'il l'a fait l'Allemagne, comme le seul adversaire de l'Angleterre, M. Churchill va mettre en ébullition, porter à son paroxysme, le désir de revanche des Français. Il fournit lui-même la matière à l'embrasement auquel de part et d'autre on se prépare.

Un point est acquis désormais, d'après les déclarations officielles du Ministre anglais, c'est la collaboration future des escadres anglaises et françaises dans la Méditerrannée; réunies elles seront supérieures à n'importe quelle combinaison de leurs adversaires. Quand la question de l'abandon éventuel de la Méditerranée par la flotte anglaise s'est posée récemment dans la presse de Londres et de Paris, les journaux allemands avaient exprimé l'opinion que cet abandon était impossible, car l'Angleterre ne devait pas laisser sans protection la route des Indes. M. Churchill leur répond aujourd'hui. L'Angleterre renforcera à la fois ses flottes de la mer du Nord et de la Méditerranée et de plus, dans cette dernière, elle compte sur le concours de la France.

Les Allemands ne prononcent pas de mea culpa, ils n'avouent pas que l'augmentation continue de leurs forces navales est la cause première des mesures de défense et des préparatifs de combat de l'Angleterre. Si la France a sur la conscience ses ambitions marocaines dont la réalisation a menacé et menace encore la paix de l'Europe, l'Allemagne, en voulant rivaliser sur mer avec l'Angleterre, a également travaillé à rendre un conflit inévitable. Toute l'explication du discours de M. Churchill est là, mais c'est précisément ce qu'on ne veut pas reconnaître à Berlin.

---

[1]) Hier ist aus dem Originalbericht ausgelassen: «Je me permettrai seulement de vous signaler ceux qui me paraissent le mieux refléter l'opinion des hommes politiques de ce pays.»

18.

BRUXELLES, 21. 8. 1912.

(Extraits d'un rapport de Londres du 3 août 1912, No. 460.)

L'Allemagne et l'Angleterre. Convention navale franco-russe.

Le fait que le discours de M. Winston Churchill, relatif à l'armement de la flotte anglaise, ait pu froisser le sentiment allemand et surtout dissiper les rêves pacifiques entretenus par certains esprits sur les deux rives de la Mer du Nord, semble assez étonnant. Le 1er Lord de l'Amirauté a parlé en Ministre anglais, et après le discours qu'il avait prononcé à la séance de la Chambre des Communes du 18 mars dernier, son exposé du 22 juillet n'a pu causer aucune surprise. Il avait déclaré alors très nettement que l'extension du programme naval anglais dépendrait entièrement des projets de l'amirauté allemande — mais que l'Angleterre entendait maintenir une supériorité de 60% sur la flotte germanique.

L'Allemagne ayant cru devoir créer une 3e escadre de 8 bâtiments, Mr. Churchill se vit dans l'obligation, afin de tenir ses engagements, vis-à-vis des Chambres et du pays, d'accélérer les constructions anglaises et d'augmenter le personnel de la flotte. Le 1er Lord de l'Amirauté a même eu à subir les attaques violentes de l'opposition, qui trouve que la puissance navale britannique n'a pas une supériorité assez marquée sur celle de sa rivale.

L'Allemagne peut être certaine que le jour où les Conservateurs reviendront au pouvoir, la marine anglaise ne se contentera vraisemblablement pas d'une supériorité de 60%, qui d'ailleurs ne sera pas atteinte. Elle peut se considérer comme très heureuse d'avoir à faire aux Libéraux, qui dans l'opposition ont toujours critiqué les dépenses navales et déploré les énormes sacrifices imposés à la nation — et qui ne marchent dans la voie des augmentations de la flotte que contraints et forcés.

C'est pour l'Angleterre une question vitale sur laquelle aucun parti ne pourra jamais céder, car le jour où elle aura perdu sa suprématie navale, c'en sera fait de la puissance et du prestige britanniques — et comme l'a très bien dit Lord Haldane, dont

les sympathies allemandes ne sont un secret pour personne «nous dépendons de notre puissance sur mer et c'est sur mer que nous voulons conserver notre supériorité». C'est là le pivot de la politique anglaise — et c'est ce qu'on ne semble pas comprendre à Berlin.

Cela n'empêche pas l'Angleterre d'être essentiellement pacifique — et les Ministres ainsi que les membres de l'opposition, qui ont pris la parole au cours des récents débats, l'ont répété à satiété. Les armements anglais ne sont une menace pour personne — et ils ont pour but unique d'assurer la sécurité de l'Empire britannique. C'est à mon sens l'expression exacte de la vérité.

Une preuve des sentiments qui animent le Gouvernement anglais peut être trouvée dans la satisfaction avec laquelle la nouvelle convention navale franco-russe a été accueillie dans les cercles politiques londoniens. On espère ici qu'elle obligera l'Allemagne, dans un avenir plus au moins rapproché, à reporter une partie de sa flotte dans la Baltique, qu'elle avait fort dégarnie au cours des dernières années où tous ses efforts ont consisté à réunir des forces imposantes dans la Mer du Nord — car il ne faut pas perdre de vue que dans quatre ans, bien qu'il soit difficile d'apprécier la valeur de la nouvelle flotte créée par l'Amiral Gregorowitch, la Russie disposera dans la Baltique de 11 Dreadnoughts.

L'Angleterre entrevoit déjà une réduction des escadres allemandes qui constituent pour elle une menace permanente, réduction qui lui permettrait de diminuer les forces qu'elle a été obligée de concentrer dans ses eaux métropolitaines.

On insiste sur l'importance politique tout autant que sur la signification stratégique de la convention franco-russe. Elle est considérée comme une réponse aux nouvelles tendancieuses, dont certains organes de la presse continentale s'étaient fait l'écho, relatives à l'affaiblissement de la double alliance et au relâchement des liens qui unissent depuis 21 ans la France à la Russie.

On veut voir ici dans l'événement annoncé par le Temps d'avant hier une réponse à l'entrevue de Port-Baltique, qui avait été qualifiée d'essai de rapprochement germano-russe. On n'a pas manqué d'insister sur ce fait que la nouvelle convention

n'a aucun caractère agressif et n'est dirigée contre aucune Puissance, mais qu'elle a seulement pour but de fortifier et de compléter la double alliance.

19.

BRUXELLES, 6. 9. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 24 août 1912, No. 144.)

Visite à Sinaïa du Comte et de la Comtesse Berchtold. L'opinion roumaine et la proposition autrichienne.

Le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie et la Comtesse Berchtold sont arrivés ce matin à Sinaïa pour être pendant deux jours les hôtes de Sa Majesté le Roi de Roumanie.

Cette visite était préparée depuis trois mois. Le Comte Berchtold qui possède un domaine en Transylvanie, avait exprimé, lors d'une entrevue qu'il eût à Vienne au printemps dernier, avec M. Maïoresco, le désir de ne pas tarder à présenter ses hommages au Roi Carol, alors qu'il était amené à approcher fréquemment et de si près de la frontière de Roumanie.

La Comtesse Berchtold ayant manifesté le désir d'accompagner son mari, le couple fut invité au château royal de Sinaïa.

La démarche du Ministre des Affaires Etrangères constitue le troisième acte de courtoisie dont le Roi de Roumanie a été l'objet, dans l'espace d'un mois et demi, de la part de ses voisins du nord-ouest. Ce fut d'abord une délégation du corps des officiers en garnison le long de la frontière, puis le chef d'état-major général, qui firent le voyage de Sinaïa. Aujourd'hui, le chef suprême de la diplomatie austro-hongroise vient rendre ses hommages au Souverain que d'étroits liens d'amitié unissent à l'Empereur François-Joseph.

Bien qu'elle n'ait aucune connexion avec la proposition qu'il a soumise aux grandes puissances, la visite du Comte Berchtold emprunte aux circonstances un intérêt particulier pour la Roumanie: étant donné la situation géographique du royaume

danubien à côté des peuples balkaniques entre lesquels le Comte Berchtold cherche à assurer des rapports meilleurs; étant donné aussi la politique turcophile de la Roumanie et la politique de décentralisation que vise la proposition du «Ballplatz», il est certain qu'au cours de ces deux journées le Comte Berchtold ne manquera pas d'exposer à son hôte, qui est un des diplomates les plus avisés et les plus autorisés qui soient, son programme considéré jusqu'ici comme un peu obscur.

Dans les cercles officiels roumains on explique de la façon suivante l'initiative du Comte Berchtold. L'Autriche, dit-on, qui se sentait un peu isolée après l'entrevue de Port-Baltique et le voyage de M. Poincaré à Saint-Pétersbourg, a voulu à son tour appeler et retenir l'attention de l'Europe. Dans le but de ramener au calme les nationalités et les religions unies sous la domination ottomane, elle propose un échange de vues entre grandes Puissances, ou, dans un langage moins diplomatique, elle promet, à ces populations énervées qu'on va s'occuper d'elles.

C'est là un geste élégant et sympathique, début d'un homme politique arrivé récemment aux affaires.

On ne se rend pas encore axactement compte de la portée pratique de cet échange de vues. Mais on souhaite que le premier de ses effets soit de hâter la conclusion de la paix entre la Turquie et l'Italie.

Cette appréciation roumaine s'accorde avec ce que l'on a toujours affirmé, au cours de la crise turque, des intentions de l'Autriche-Hongrie, — à savoir qu'elle désirait le «statu quo», — commandé par ses intérêts: Mais pour que ce désir se réalise, il importe que les affaires de la Turquie ne se gâtent pas irrémédiablement; il faut donc écarter les causes de trouble en améliorant la situation des populations balkaniques, qui considèrent comme le pire despotisme tout essai de centralisation à l'occidentale.

La Roumanie suit avec intérêt les progrès que l'idée du Comte Berchtold fait à travers les chancelleries européennes. Egalement bien disposée vers l'Autriche-Hongrie et la Turquie, elle verra favorablement ce que le succès de l'une apportera

de bienfaits à l'autre; car elle aussi a tout intérêt au maintien du «statu quo».

Malheureusement on ne peut se dissimuler qu'un échange de vues sur le principe duquel se fait l'accord des puissances se transforme en source de désaccords dès qu'il s'agit d'établir le programme de l'entente.

20.

BRUXELLES, 6. 9. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 28 août 1912, No. 145.)

Visite du Comte Berchtold à Sinaïa.
La proposition du Comte Berchtold.

Au cours de la visite du Comte Berchtold à Sinaïa, — visite dont on se montre ici unanimement flatté — la «Neue Freie Presse», parlant de l'amitié qui lie la Roumanie et l'Autriche-Hongrie, est allée jusqu'à employer à diverses reprises pour la qualifier le terme d'alliance. Le Comte Berchtold, sous les yeux duquel cet article fut placé, affirma qu'il n'était point inspiré par le Ballplatz et qu'il arrivait souvent que la «Neue Freie Presse» essayât de l'engager plus avant qu'il ne l'entendait.

«L'Universul» du 15/28 août oppose au journal viennois un démenti qui a une allure officieuse. Le Ministre des Affaires Etrangères, en effet, dans ses conversations avec le corps diplomatique, s'est exprimé sur ce sujet dans des termes identiques à ceux de l'organe roumain. Toutes les conjectures politiques faites sur la visite du Comte Berchtold sont inexactes. Le Ministre des Affaires Etrangères de la monarchie austro-hongroise n'a pas remis au Roi de Roumanie de lettre de l'Empereur. Il ne peut être question entre les deux nations ni d'alliance, ni de convention secrète. La Roumanie a des rapports étroits avec l'Autriche-Hongrie; mais elle tient à entretenir les mêmes relations avec la Russie et la Turquie. Cet équilibre d'amitiés lui est indispensable.

Le Roi de Roumanie, qui ne se déplace plus et qui ne connais-

sait pas personnellement le Comte Berchtold, alors qu'il avait été en rapports suivis avec ses prédécesseurs, le Comte d'Aehrenthal et le Comte Goluchovsky, depuis le temps où, l'un après l'autre, ils avaient dirigé la Légation d'Autriche à Bucarest, désirait entrer en relations avec le chef du Foreign Office viennois. C'est dans ce but qu'eut lieu la visite à Sinaïa.

On dit que le Comte Berchtold n'a apporté ici aucune précision sur son programme. Il attend d'avoir trouvé un terrain d'entente entre la France, l'Angleterre, l'Allemagne et la Russie pour pousser plus avant ses propositions. Comme on lui demandait s'il estimait qu'une des premières conséquences de son initiative devait être de hâter la conclusion de la paix entre l'Italie et la Turquie, il répondit négativement. Il se montre même assez pessimiste à ce sujet.

Il parut également soucieux de l'accueil que la Porte faisait à son projet et questionna à cet égard diverses hautes personnalités. (Les Turcs ne voient pas d'un bon œil la proposition de l'Autriche qu'ils considèrent comme une menace d'intervention dans leurs affaires intérieures.) Le Comte Berchtold fit ensuite télégraphier au Marquis Pallavicini de rassurer la Porte sur ses intentions. Il n'aurait en vue que de garantir la Turquie contre les velléités d'indépendance des nationalités qui la composent et d'éloigner le retour du régime centralisateur qui fut l'erreur du comité jeune Turc.

Une nouvelle d'Athènes, et qui provient de la Légation d'Allemagne en Grèce, annonce que Sir Gerald Lowther, ambassadeur d'Angleterre à Constantinople, dont on jugeait depuis assez longtemps l'action insuffisante, allait être remplacé et que son successeur désigné était Lord Kitchener.

Si ce bruit se vérifie, la réputation de Lord Kitchener est telle qu'on ne peut s'empêcher d'en conclure que la Grande Bretagne est décidée à jouer désormais en Orient un jeu plus serré.

21[1]).

SAINT-SEBASTIEN, 6. 9. 1912.

Situation internationale de l'Espagne. Bruit d'adhésion à la Triple-Entente.

Quoiqu'il soit encore impossible de déterminer avec précision la date de la signature du traité franco-espagnol destiné à régler la question marocaine, il est déjà question d'un voyage d'Alphonse XIII à Paris. Cette nouvelle n'a pas encore reçu de confirmation officielle, on peut néanmoins la considérer aujourd'hui comme certaine. Cette visite aura une grande importance politique: elle aboutira vraisemblablement à l'adhésion de l'Espagne à la Triple-Entente. L'Espagne est soucieuse de conserver son rang parmi les nations riveraines de la Méditerranée: elle désire en outre garantir le sort des Baléares et des Canaries.

Il y a un peu plus d'une année, l'état-major général allemand désira connaître la valeur de l'armée espagnole au point de vue d'une collaboration eventuelle; l'enquête de l'attaché militaire allemand à Madrid aboutit à la conclusion que l'Allemagne n'a, au point de vue militaire, aucun intérêt à une alliance avec l'Espagne, alliance qui semblait cependant devoir être utile aux deux pays, grâce à leur situation géographique.

Le soldat espagnol est par son endurance, sa confiance dans ses chefs et son courage un des meilleurs soldats du monde; les officiers sont animés du meilleur esprit, seulement les généraux ne sont pas à la hauteur de leur mission; ils n'ont pas l'habitude du maniement des masses; pour des raisons d'écomomie il n'y a pas de grandes manœuvres en Espagne et les manœuvres partielles se réduisent le plus souvent à des spectacles militaires. Quant aux forteresses elles n'assurent que très imparfaitement la défense des côtes; elles sont en trop petit nombre, leur artillerie est insuffisante. L'Espagne a du renoncer à l'idée d'une alliance avec l'Allemagne, qui répondait aux sympathies de l'armée et d'une grande partie de la nation.

---

[1]) Dieser Bericht des belgischen Gesandten in Madrid, Lejeune, fand sich, in der gewöhnlichen Art vervielfältigt, unter den Zirkularen. Ob er tatsächlich als Zirkular versandt wurde, erscheint fraglich.

Les négociations marocaines lui ont fait comprendre d'une façon cruelle les inconvénients de son isolement. Maintenant elle tourne les yeux du côté de l'Angleterre; pour arriver à l'Angleterre dont les intérêts politiques sont actuellement d'accord avec ceux de la Russie et de la France, l'Espagne oubliant ses rancunes passera par Paris. De cette façon elle espère neutraliser les ambitions d'un pays d'où elle a plus à craindre qu'à espérer.

22.

BRUXELLES, 3. 10. 1912.

(Rundschreiben an die Gesandten.)

Le télégraphe vous a appris que la mobilisation de l'armée décrétée le 30 septembre par la Bulgarie, le fut le lendemain par la Serbie, la Grèce et le Monténégro.

Si la tension des rapports bulgaro-turcs et l'effervescence des esprits à Sophia nous faisaient appréhender le danger de voir la Bulgarie tirer parti des difficultés dans lesquelles se débat l'Empire ottoman, nous ne nous doutions pourtant pas de l'existence d'une convention militaire qui unissait contre la Turquie les différents pays des Balkans, on inclinait plutôt à penser que les différences ethniques, les rivalités des nationalités en ce qui concerne la Macédoine, élevaient une barrière contre un rapprochement politique ou militaire de ces pays.

Il semble d'ailleurs que le secret, au sujet de cette convention, ait été bien gardée et que les événements des derniers jours aient pris les grandes Puissances au dépourvu.

D'après les renseignements qui me sont parvenus, l'approche de l'hiver et les démarches pressantes des Cabinets en faveur du maintien de la paix permettent d'espérer que la mobilisation n'est pas le prélude nécessaire de la guerre.

Toutefois, on ne saurait se dissimuler que, d'une part, la surexcitation des esprits rend fort délicat la tâche de la diplomatie et que, de l'autre, un incident de minime importance peut provoquer un engagement, même contre le gré des chefs des troupes rivales qui sont déjà en présence.

Si cette éventualité se produisait, les efforts des Gouvernements tendraient à circonscrire et à localiser le conflit aux Balkans, mais nul ne saurait en prévoir le résultat.

En raison de l'opposition des grands intérêts qui seront en jeu, il est à redouter que les grandes Puissances ne cherchent à les défendre par la force des armes. Ainsi l'incendie allumé dans les Balkans se propagerait au dehors.

Ce danger ne saurait nous laisser indifférent et on peut même envisager certaines complications qui rapprocheraient de notre territoire le théâtre des hostilités.

Aussi n'ai-je pas besoin de stimuler votre vigilance et de vous prier de noter avec le plus grand soin tous les symptômes relatifs à des complications susceptibles d'entraîner les grandes Puissances dans le conflit.

23.

BRUXELLES, 4. 10. 1912.

(Extraits des rapports de Paris des 28 et 29 août 1912, No. 2637 et 2642.)

Agitation bulgare hostile à la Turquie. Voyage Poincaré. Le maintien du statu quo international dans l'intention des Puissances.

Le Quai d'Orsay ne doute pas des intentions pacifiques des Gouvernements balkaniques, mais il craint une poussée de l'opinion publique en Bulgarie pouvant renverser le Cabinet actuel qui ne veut pas la guerre.

Mais serait-il possible pour la Bulgarie de faire la guerre à la Turquie sans le concours même moral de la Russie et ayant l'armée roumaine contre elle? Il résulte de rapports militaires reçus au Quai d'Orsay que l'armée bulgare est supérieurement organisée et très forte et qu'elle peut lutter contre l'armée turque. Nul ne peut prévoir le vainqueur. Il n'est pas d'ailleurs certain que la Roumanie entrerait en conflit par le seul fait d'une guerre turco-bulgare et il ne faut pas oublier le concours que l'armée bulgare pourrait trouver dans celle de Serbie.

En ce qui concerne les résultats du voyage du Président du Conseil à St. Pétersbourg, celui-ci est décidé, même dans le

cas d'une interpellation au Parlement, à ne jamais sortir du cadre de son discours de Dunkerque et du communiqué officiel.

La Russie n'a nullement l'intention de discuter la question des Dardanelles; à St. Pétersbourg comme à Port-Baltique on s'est engagé à ne faire naître aucune question internationale et à s'efforcer de mettre fin par un long armistice à la guerre italo-turque. Le maintien de la paix, le statu quo international, voilà le mot d'ordre. L'Angleterre et la France viennent de le prouver en envoyant chacun un navire de guerre dans les eaux de Samos pour empêcher les Crétois et les Grecs d'y débarquer dans le dessein d'y fomenter une révolution contre la domination ottomane.

24.

BRUXELLES, 10. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 3 octobre 1912, No. 407.)

La crise balkanique et la répercussion financière à la Bourse de St. Pétersbourg.

On est persuadé dans les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg que la guerre est inévitable dans les Balkans. Les avis sont partagés sur la possibilité ou la probabilité de complications qui entraîneraient la Russie et des Puissances de l'Est dans le conflit.

L'effet de ce pessimisme s'est immédiatement fait sentir sur le marché financier de St. Pétersbourg. Une panique s'est emparée de la Bourse et a influencé toutes les valeurs. Depuis des mois, la spéculation avait congestionné le marché; aussi n'est-il point étonnant de voir tomber en 3 jours certains titres de près d'un tiers de leur cote récente. Il n'est pas une valeur métallurgique qui ne soit atteinte.

Le Gouvernement s'est ému de cet état de choses et a fait paraître dans les journaux d'hier et d'aujourd'hui des communiqués par lesquels il s'efforce de rassurer le monde financier et de couper court aux entreprises de quelques spéculateurs hardis, en affirmant que les craintes de la Bourse sont vaines car aucune Grande Puissance ne se laissera entraîner à la guerre;

au contraire, on s'efforcera d'empêcher les populations slaves d'attaquer la Turquie et, en cas d'insuccès, de localiser le conflit.

A la suite de cette déclaration les représentants des grandes banques ont décidé de lutter contre la baisse et de mettre en garde le public contre les manœuvres de quelques spéculateurs.

Une information que le «Novoie Vrémia» prétend avoir reçue du Ministre des Affaires Etrangères est conçue en ces termes:

«Nous avons reçu aujourd'hui des communications plus rassurantes sur la situation dans les Balkans. L'information que l'Empereur d'Allemagne avait répondu négativement à la requête du Comte Berchtold au sujet d'une intervention de l'Autriche-Hongrie dans la guerre possible des Balkans, donne le droit d'espérer que la double monarchie ne se jetera pas si facilement dans le conflit général des Balkans. Ce communiqué, qui mérite d'être confirmé, peut être rapproché des déclarations des journaux officieux d'Autriche-Hongrie affirmant que le Gouvernement austro-hongrois s'abstiendrait d'une intervention dans la guerre balkanique et conservera toutes ses forces pour une prochaine conférence internationale.

Les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg sont beaucoup moins rassurés. On y redoute les effets de la campagne de presse acharnée que les grands quotidiens panslavistes mènent contre la Turquie et en faveur des jougo-slaves opprimés. Le succès de la levée de boucliers de leurs frères des Balkans contre le Croissant ne fait pour eux l'ombre d'aucun doute; c'est là un encouragement qui prévaudra peut-être contre les conseils de prudence donnés impérativement par le cabinet de St. Pétersbourg.

25.

BRUXELLES, 10. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 3 octobre 1912, No. 1266.)

La crise balkanique et les grandes puissances.

Le désir des grandes Puissances d'empêcher l'explosion du conflit en Orient est manifeste; mais l'action commune qu'elles ont entreprise dans ce sens est délicate à régler dans les détails. Il y a des susceptibilités à éviter et l'on ne sait avec

exactitude, dans quelle forme les divers Gouvernements ont exprimé les conseils de calme qu'ils se sont engagés à donner aux Etats Balkaniques.

A Berlin, les Ambassadeurs de France, d'Espagne et d'Italie considèrent que le Gouvernement Impérial appuie d'une force insuffisante l'action commune. Ils critiquent, entre autres, que M. de Kiderlen-Waechter se soit tout récemment, borné à un entretien avec l'Ambassadeur de Turquie en Allemagne, entretien qui est susceptible d'être rapporté de façon bien diverse, au lieu de donner des instructions formelles au Baron de Wangenheim, Ambassadeur d'Allemagne en Turquie. Il est, d'autre part, certain aux yeux des représentants des Grandes Puissances à Berlin, que l'attitude de l'Allemagne à l'égard de la Turquie a subi, depuis le début de la guerre avec l'Italie, une modification considérable. L'Allemagne abandonne peu à peu la Porte; sans intérêt politique direct en Turquie, elle semble vouloir s'effacer devant l'Autriche et est, certes, désireuse de ne pas déplaire à l'Italie. Ses forces doivent rester concentrées dans l'ouest de l'Europe. Avant hier encore l'Ambassadeur de Turquie se plaignait avec amertume de ne pas trouver ici l'appui escompté.

On se défie aussi de la Russie: celle-ci n'a-t-elle pas, en réalité, encouragé longtemps la Serbie qu'elle doit maintenant retenir, et qu'elle regrette sans doute d'avoir poussée en avant?

La France absorbée dans l'Europe occidentale et au Maroc, n'est pas disposée à endosser de nouvelles responsabilités en Orient; l'Angleterre a des raisons analogues d'abstention prudente et n'a pas d'intérêt, dans la situation politique actuelle, à se solidariser avec une Puissance qui ne représente déjà plus une force de 1er ordre.

Les Ambassadeurs de Russie, d'Autriche et d'Angleterre à Berlin sont depuis longtemps absents de leur poste. On peut en conclure que le centre de gravité de l'action des Puissances en Orient ne se trouve pas en Allemagne et qu'en dernière analyse, c'est la volonté de l'Autriche-Hongrie et celle de la Russie qui déterminent l'attitude des autres pays, faisant partie de leur groupement respectif.

26.

BRUXELLES, 19. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 14 octobre 1912, No. 1315.)

La crise balkanique. Attitude de l'Allemagne.

La panique subie par la bourse de Berlin dans les derniers jours de la semaine dernière, à l'imitation de celles qui ont bouleversé les bourses de Vienne et de Paris, a péniblement impressionné le public. Si les marchés financiers de l'Europe centrale témoignent une pareille inquiétude et une si grande nervosité avant l'ouverture des véritables hostilités, c'est évidemment qu'au delà du conflit balkanique ils en voient poindre un autre, beaucoup plus grave et capable d'embraser toute l'Europe entre l'Autriche et la Russie.

Les déclarations du Comte Berchtold aux délégations d'une part, les attaques de la presse panslaviste, de l'autre, contre M. Sassonow, à qui son entente avec l'ennemi naturel de la race slave est amèrement reprochée, expliquent les craintes, ou du moins l'extrême agitation du monde des affaires, sans parler des pertes inévitables que subit la spéculation à l'annonce de toute guerre capable de léser fortement les intérêts européens. Cependant il faut se défendre aujourd'hui d'être très pessimiste et de voir l'Europe déjà en feu, alors que les Grandes Puissances sont animées, sans exception, d'un sincère désir de circonscrire le futur incendie à la Péninsule des Balkans.

Les hommes politiques allemands ne manifestent pas des appréhensions bien vives. La situation est très sérieuse, mais il y a encore à espérer que l'antagonisme entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, réveillé et surexcité par les événements balkaniques, ne les amènera pas à intervenir dans la lutte, ou tout au moins que l'intervention autrichienne, si elle se produit pour empêcher l'occupation du Sandjak de Novi Bazar par les Monténégrins et les Serbes, restera limitée à cette province et ne provoquera pas l'entrée en scène de la Russie.

L'impression dominante à Berlin dans le monde diplomatique est franchement défavorable à la Turquie qui n'a pas non plus ici une bonné presse. On lui reproche les fautes qu'elle n'a cessé

de commettre depuis qu'elle est menacée d'une guerre européenne et avant même qu'elle l'ait été, c'est-à-dire son attitude intransigeante et presque arrogante vis-à-vis des Puissances dans la question des réformes à introduire en Macédoine, ainsi que les retards qu'elle met à conclure la paix avec l'Italie.

La lutte des Etats balkaniques semble devoir revêtir cette fois-ci plus que dans les campagnes précédentes menées par la Russie, suspecte de grandes ambitions aux yeux de l'Europe, le caractère d'une croisade. Si la guerre prend cette tournure, il sera difficile à l'Autriche-Hongrie, plus difficile encore à la Roumanie, de sauvegarder les apparences en venant au secours de l'Islam contre les nations chrétiennes. C'est un point qui mérite de n'être pas perdu de vue.

Le Gouvernement impérial continue à se tenir sur une grande réserve. La presse allemande enregistre avec une certaine bienveillance les efforts tentés par M. Poincaré pour empêcher la rupture de la paix européenne. Tout au plus a-t-elle quelque plaisir à constater le peu d'accord qui règne entre le Cabinet de Paris et celui de Londres, soucieux de ménager les Turcs, par crainte de l'effervescence qui se manifeste chez les Musulmans de l'Inde, sujets britanniques.

Il ne faudrait pas en conclure que le Gouvernement allemand persévéra dans cette attitude, si la lutte prend des proportions inquiétantes, et qu'à un moment donné il ne jouera pas le premier rôle dans le drame près de commencer. Rien ne permet, d'ailleurs, de supposer qu'il n'agirait pas avec la ferme volonté d'imposer une pacification générale. En 1909, lorsque les difficultés soulevées par l'annexion à l'Autriche de la Bosnie et de l'Herzégovine atteignaient leur point culminant, c'est une démarche de l'Ambassadeur d'Allemagne auprès du Gouvernement russe qui y a mis fin. L'effacement trop complet de la diplomatie allemande dans les circonstances actuelles pourrait n'être qu'une préparation à un prochain coup de théâtre.

27.

BRUXELLES, 19. 10. 1912.

(Extrait d'un rapport de Paris du 16 octobre 1912, No. 3090.)

Signature de la paix entre l'Italie et la Turquie. Les Puissances et la crise balkanique.

Dans les sphères officielles françaises on considère que la signature de la paix entre l'Italie et la Turquie ne peut être accueillie qu'avec satisfaction. Celle-ci dégage un peu la situation. Il est toutefois difficile de présumer quelles peuvent en être les conséquences pour la suite du conflit balkanique. Ce qui est certain, c'est que le Cabinet de Rome est à présent franchement turcophile; il redoute par dessus tout une modification dans le statu quo balkanique qui pourrait amener des avantages pour l'Autriche. La Porte n'a, désormais, pas d'ami plus sincère que l'Italie.

L'état de guerre existe déjà entre la Turquie et les États Balkaniques. Il sera officiel à bref délai. Les adversaires ont chacun la même foi dans leurs forces et dans les succès qu'ils vont remporter, mais ils ont aussi conscience de l'importance de la partie qu'ils jouent. Il n'y a cependant plus aucun moyen d'arrêter les événements, et les Puissances ne tentent plus rien dans ce but. Il faut maintenant laisser parler les armes, quitte à intervenir, un peu plus tard, après certains résultats acquis, pour arrêter les belligérants par voie de médiation.

En ce qui concerne les rapports des Puissances entre elles en face des événements balkaniques, ils sont excellents; les Puissances montrent toutes beaucoup de bonne volonté. Dans la pensée de M. le Président du Conseil il faut en profiter pour maintenir le contact entre elles et jeter déjà les bases de la médiation que l'on espère pouvoir offrir plus tard ainsi que celles des arrangements que l'on désire faire prévaloir. Il y a certes plus de chances d'entente aujourd'hui qu'il pourrait y en avoir dans quinze jours ou trois semaines; il faut saisir l'occasion pour établir un accord qui liera ensuite, jusqu'à un certain point, les Puissances dans l'avenir.

Rien ne fait croire — au moins jusqu'ici — que M. Sasonoff aurait perdu la confiance du Tsar.

28.

BRUXELLES, 21. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 12 octobre 1912, No. 237.)

La Russie et l'Autriche-Hongrie dans la crise balkanique.

A la nouvelle des mobilisations dans les Etats Balkaniques et de la brusque déclaration de guerre du Monténégro, n'attendant même pas la démarche imminente des Puissances, on s'est demandé comment pareilles décisions auraient pu être prises sans que la Russie en ait eu connaissance et les ait plus ou moins encouragées. **M. de Hartwig, Ministre du Tzar à Belgrade aurait été — assure-t-on d'assez bonne source — le principal artisan de l'alliance serbo-bulgare; s'il en est ainsi, ce diplomate n'aurait pas pu diriger ses efforts dans ce sens sans y avoir été autorisé par son Gouvernement.**

On peut ne pas partager cette impression tout en reconnaissant qu'il semble y avoir dans la politique russe quelque chose de peu clair et de contradictoire. Il est possible, en effet, que le Cabinet de St. Pétersbourg n'ait pas prévu que les petits Etats balkaniques cherchaient dès maintenant à s'affranchir de la tutelle moscovite. De plus il faut distinguer entre la Russie non officielle et c'est sans doute sur l'appui de cette dernière que les Etats Balkaniques croient pouvoir compter.

Quoiqu'il en soit, le récent rapprochement entre l'Autriche-Hongrie et la Russie à l'occasion des démarches collectives des Puissances ne peut avoir qu'un caractère momentané et superficiel. Les vues et les tendances des deux Etats dans la presqu'île balkanique sont trop opposées pour que ce rapprochement puisse reposer sur une base solide. **C'est l'Autriche-Hongrie seule qui est sincère dans son désir de maintenir le statu quo.** C'est elle qui, avant d'adhérer à la démarche commune des Puissances, a mis comme condition que les réformes demandées à la Turquie

ne porteraient aucune atteinte à l'intégrité de l'Empire Ottoman. Dans une toute récente séance des délégations hongroises M. le Ministre des Affaires Etrangères répétait que tous les efforts de sa politique avaient eu pour but de maintenir la paix. Le Comte Berchtold ajoutait: «Notre politique dans les Balkans n'est pas une politique de conquête, mais ceci ne signifie pas que nous ne soyons pas intéressés dans les événements qui y surviennent. Nous avons dans les Balkans des intérêts vitaux et nous sommes résolus à les sauvegarder en toutes circonstances.»

Ces dernières paroles ont fait sensation; elles contiennent évidemment un avis, presqu'une menace d'intervention éventuelle dans la lutte qui se prépare et devient de jour en jour plus difficile à empêcher. La «Neue Freie Presse» s'empresse d'interprêter ainsi le langage du Ministre:

«Nous ne voulons pas, dit-elle, que la Serbie qui nous est si hostile obtienne une extension de territoire. Nous ne voulons pas que, s'emparant du Sandjak de Novi-Bazar, elle vienne nous barrer la route commerciale de Salonique.»

En annexant la Bosnie-Herzégovine, l'Autriche-Hongrie a retiré ses troupes du Sandjak en question et celui-ci est entièrement retourné à la Turquie. Les Etats Balkaniques étant en guerre avec l'Empire Ottoman, il serait tout naturel que Serbes et Monténégrins, désireux de se donner la main, envahissent précisément le Sandjak de Novi-Bazar. L'Autriche-Hongrie ne voudra pas tolérer qu'on se batte sur sa frontière et à moins que les Etats slaves prennent sous ce rapport des engagements positifs à son égard (ce qui serait fort possible, mais assez difficilement exécutable) on s'attend à la voir occuper militairement le Sandjak en temps opportun. Il ne paraît pas douteux que pareille action serait fort mal vue à Saint-Pétersbourg. **D'autre part, à supposer que les petits Etats soient battus ou sortent victorieux, le Gouvernement du Tzar, subissant la pression de l'opinion publique en Russie, ne pourra pas abandonner les frères slaves. Il sera obligé d'intervenir en leur faveur et de suivre une ligne de conduite diamétralement opposée à celle poursuivie par l'Autriche-Hongrie.**

Il est donc à craindre que loin d'accentuer ce rapprochement qui vient d'avoir lieu entre la Russie et l'Autriche, la future guerre produira un effet tout-à-fait contraire.

29.

BRUXELLES, 28. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Paris du 1er octobre 1912, No. 2954.)

Regain du nationalisme français et les rapports franco-allemands.

Durant la crise longue et grave de 1911 qui a suivi l'incident d'Agadir, on pouvait garder une certaine confiance dans le maintien de la paix franco-allemande, malgré les bruits alarmants qui arrivaient de toutes parts. **En effet les sentiments pacifiques de Guillaume II étaient connus et le moment était peu favorable pour l'Allemagne de se lancer dans une grande guerre avant l'accomplissement de son programme naval. D'autre part du côté du Gouvernement de la République, on sentait bien, en dépit de manifestations bruyantes que celui-ci aurait passé par toutes les exigences de l'Allemagne.**

Mais le Gouvernement britannique prononça son «quos ego» et il survint dans l'opinion française un de ces revirements comme n'en peut offrir qu'un peuple aussi impressionnable que le peuple de France.

Cette transformation des tendances de l'esprit public est saisissante. Dire que dans son ensemble la nation française est devenue belliqueuse, ce serait peut-être aller trop loin. L'agriculteur, le bourgeois, le commerçant, l'industriel et l'homme d'affaires savent ce que leur coûterait une conflagration; le service militaire étant général, chacun a à trembler pour les siens. Toutefois, on est parvenu à donner au pays la confiance du succès; il faut de plus compter avec la jeunesse turbulente, le monde militaire et les gens qui n'ont rien à perdre.

Il y a bien à la tête de l'armée française quelques chefs qui se rendent compte des difficultés qu'offrirait une campagne contre la puissante Allemagne; malheureusement ils se taisent comme le font trop souvent les gens calmes et réfléchis tandis que

les autres parlent tant qu'ils finissent par se faire entendre des masses.

Les hommes qui sont à la tête du Gouvernement de la France sont sincèrement pacifiques et n'ont d'autre but que de rendre à leur pays, dans le concert européen la place qu'il avait avant 1870; il n'en est cependant pas moins certain que leur action est excessive; il est bon de rendre à la nation une dignité nécessaire; il est dangereux d'exalter son chauvinisme. On a commencé par des parades militaires, des retraites hebdomadaires se promenant dans les rues de Paris. Le champ s'est bientôt élargi; les solennités patriotiques ne cessent plus. Le cérémonial extraordinaire dont on a entouré la visite de M. Poincaré en Russie et le récent voyage du Grand Duc Nicolas en France n'avait d'autre rôle que d'exciter le nationalisme du pays. M. Millerand qui avait inspecté minutieusement, il y a quelques semaines, les troupes et les fortifications de la frontière de l'Est vient de recommencer sommairement cette inspection en compagnie du Grand Duc Nicolas tandis que la Grande Duchesse se faisait conduire aux limites du territoire français pour saluer les provinces conquises. Ce voyage s'est terminé par une parade à Nancy, à laquelle la presse avait eu soin de faire une telle réclame qu'elle devint le prétexte d'une véritable manifestation contre l'annexion de l'Alsace-Lorraine. A Toulon, après un grand nombre de manifestations patriotiques navales, M. Delcassé vient d'assister au lancement d'un nouveau cuirassé d'une puissance énorme.

Tout cela exalte l'opinion publique d'autant plus convaincue de la supériorité militaire et d'une future victoire française que le Gouvernement ne cesse de commander des aéroplanes militaires.

En dehors des complications balkaniques, il n'est certes aucun nuage qui puisse faire craindre, pour un avenir prochain, un conflit franco-allemand, mais des incidents peuvent surgir inopinément; **l'opinion publique qui a forcé la main en 1870 à Napoléon III et qui est redevenue nerveuse et susceptible pourra un jour «recommencer l'histoire» à ce point de vue et mettre brusquement les deux Gouvernements devant une situation n'ayant d'autre issue que l'appel aux armes.**

30.

BRUXELLES, 30. 10. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 23 octobre 1912, No. 613.)

Inquiétudes causées par la guerre dans les Balkans.

Au point de vue des complications européennes éventuelles, on continue à redouter ici l'effet d'une poussée possible de l'opinion publique à Vienne et surtout à Saint-Pétersbourg. L'entente entre les deux Gouvernements ne suffit pas, en admettant qu'elle perdure, pour calmer toute appréhension, car il peut arriver un moment où les deux Cabinets soient débordés par l'émotion nationale. Si les sujets de l'Empereur François-Joseph se montrent soupçonneux des visées serbes dans le Sandjak et rebelles à l'idée indépendante, ceux de l'Empereur de Russie s'enflamment en songeant à la cause slave et aux frères de religion orthodoxe luttant contre les forces de l'Islam.

On peut distinguer dans ce pays-ci deux courants qui se dessinent de plus en plus. Le Foreign Office, le monde des hauts fonctionnaires, les gens rassis et expérimentés font plutôt des vœux pour le succès des armées turques. Ils envisagent les choses à un point de vue égoiste, personnel et ne souhaitent pas le démembrement actuel de l'Empire Ottoman, dans la crainte de voir sombrer la paix de l'Europe dans un déchaînement de convoitises. Ce n'est pas qu'ils désirent l'écrasement des alliés. Des succès partiels de part et d'autre rendraient les combattants plus disposés à écouter la voix des Puissances et à terminer la guerre sans trop de modifications à la carte des Balkans.

En revanche, l'opinion publique est généralement favorable à la cause des alliés, qui représentent, pour la masse, les champions du progrès moderne, les défenseurs des populations chrétiennes opprimées par des siècles de domination musulmane. Certain Ministre de la Couronne, connu pour son impétuosité, M. Lloyd George, a même dévoilé dans un meeting son penchant pour les quatre petits Etats, dans un speech qui a été critiqué.

Le mouvement anti-turc eut été bien plus accentué encore dans ce pays, si l'Empire s'était trouvé sans le régime hamidien.

Bien que le parti jeune turc ait déçu les espérances du monde libéral anglais, on note cependant un désir latent de lui faire crédit encore, parce qu'il représente, tant bien que mal, les idées libérales en Orient et que son premier programme, au moins donnait satisfaction aux progressistes anglais.

On n'accepte qu'avec scepticisme l'avertissement des grandes Puissances qui ont annoncé qu'aucun agrandissement territorial, aux dépens de la Turquie, n'était à espérer par les alliés après la fin de cette guerre et on n'attache pas plus d'importance aux protestations des petits Etats qui ne viseraient aucun accroissement et ne songeraient qu' à la délivrance de leurs frères opprimés.

C'est dire que l'inquiétude persiste.

31.

BRUXELLES, 31. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Madrid du 16 septembre 1912, No. 154.)

L'Espagne et la Triple-Entente.

Le Comte de Romanones, Président de la Chambre des Députés, dans une réunion du parti libéral, a prononcé le 15 septembre à Santander un remarquable discours dans lequel il a fait allusion à la politique internationale: «L'Espagne est près, très près d'entrer dans une période complètement nouvelle de sa vie internationale: je ne possède, pour parler, d'un sujet aussi délicat, que les données qui sont dans le domaine public; aussi puis-je m'exprimer avec une entière liberté. Au parti libéral sera réservée la mission glorieuse de fixer d'une façon définitive la position de l'Espagne dans les combinaisons futures de la politique mondiale. Le principe qui jusqu'ici a dirigé la politique internationale de l'Espagne a définitivement fait faillite; l'aphorisme: **«Avec tout le monde et avec personne»** est désormais vide de sens.»

Quand le Comte de Romanones prétend ne pas être initié aux secrets de la politique internationale espagnole, il ne faut y voir qu'un artifice oratoire lui permettant d'appuyer la

campagne de presse qui se fait en faveur d'une alliance avec la triple-entente. Si, comme c'est probable, cette combinaison avec la France et ses alliés se fait, elle sera due à la pression des circonstances.

Un journaliste, collaborateur de la Correspondencia de España, a écrit plusieurs articles très remarqués à cause de leur ton autoritaire et presque menaçant, d'aucuns y ont vu une inspiration étrangère: cette opinion n'est pas invraisemblable.

L'A-B-C de Madrid, qui depuis le commencement des événements marocains a été un des seuls journaux de Madrid qui se placèrent à un point de vue purement national, attaque avec violence l'idée d'une alliance française. Parlant du traité de 1904 ce journal dit «qu'au moment de tenir sa parole et de faire honneur à sa signature, la France ignora ses engagements»; il ajoute «les Français ont toujours considéré l'amitié de l'Espagne comme un titre pour elle à la servitude: nous ne voulons pas être les ennemis de nos voisins, mais nous ne voulons pas être les signataires d'un traité d'alliance ne liant que nous seuls.»

L'A-B-C exprime l'opinion générale en Espagne à savoir qu'il ne faut pas compter sur la bonne foi de la France quand elle se trouve en présence de moins forts qu'elle.

32[1]).

BRUXELLES, 8. 11. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 18 octobre 1912, No. 1342.)

Relations franco-allemandes.

Les relations entre la France et l'Allemagne ne s'étaient pas améliorés durant l'été dernier.

La campagne entreprise par une partie de la presse germanique à propos de la concentration de la flotte française dans la Méditerranée et, d'autre part, certains incidents sur lesquels il a fallu donner des explications à la Wilhelmstrasse, tels qu'un discours du Général d'Amade et le traitement infligé par la population de Nancy à l'automobile de la Princesse

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 93, S. 110.

Colloredo d'où un drapeau allemand avait eté arraché et foulé aux pieds, avaient contribué à entretenir et même augmenter l'aigreur entre les deux peuples voisins. M. de Kiderlen-Waechter ne semblait y attacher aucune importance, mais, M. Çambon, chargé d'aplanir les difficultés à mesure qu'elles se produisaient se préoccupait de leur fréquence et de l'état de tension qui en résultait.

Le premier effet de la crise balkanique a été d'opérer un rapprochement entre le Gouvernement Impérial et celui de la République. Également désireux de voir le conflit localisé dans la péninsule et d'éviter une guerre européenne, ils se sont entendus pour agir dans le même sens sur leurs alliés respectifs, la Russie et l'Autriche, et ils ont pris part en même temps aux démarches tentées, un peu tardivement, à Constantinople et dans les capitales des Balkans.

L'initiative prise personnellement par M. Poincaré en vue du rétablissement de la paix a reçu l'approbation et même les éloges de la presse allemande, quoiqu'elle ait trouvé qu'il était trop tôt pour parler d'une Conférence. Enfin le «Matin» a chanté les louanges de M. de Kiderlen, si l'on peut qualifier ainsi l'article qu'il lui a consacré.

Il était naturel que l'attention et les préoccupations du public des deux côtés des Vosges se détournassent des sujets habituels de discussion et de polémique pour se concentrer sur les événements balkaniques. Sans vouloir exagérer la portée de cette détente dans les relations de ces deux Puissances rivales, il est permis toutefois d'espérer que la communauté de vues existant entre elles servira puissament au rétablissement de la paix.

33.

BRUXELLES, 19. 11. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 novembre 1912, No. 1447.)

Affaires d'Orient.

La nouvelle des préparatifs militaires faits par l'Autriche-Hongrie et de la réunion d'un conseil de guerre à Budapest

à la suite de la décision prise par le Gouvernement serbe d'envoyer une colonne de troupes se saisir de Durazzo a provoqué hier une nouvelle panique, facile à prévoir, dans les bourses de Vienne et de Berlin.

Le Gouvernement impérial est parfaitement résolu à soutenir son alliée dans son opposition irréductible aux prétentions de la Serbie. Mais il s'en faut que cette fidélité à tenir les engagements soit du goût de tous les allemands. Les hommes d'affaires notamment observent avec une certaine irritation que les intérêts de la Triple-Alliance paraissent subordonnés aujourd'hui à ceux de l'Autriche-Hongrie, que c'est la diplomatie de cette Puissance qui mène en réalité la Triplice et qu'elle a, d'ailleurs, manqué de prévoyance dans la crise actuelle, car il eût été facile de donner à la Serbie, dès ses premiers succès, de sérieux avertissements qui auraient borné son ambition à la conquête de la vieille Serbie, voire même de faire occuper par des vaisseaux austro-hongrois les ports de l'Adriatique, objet de ses convoitises. L'entente parfaite avec l'Italie permettait l'exécution d'une semblable mesure de précaution. Ce qui paraît inquiétant ici c'est que le véritable meneur de la politique de l'Autriche-Hongrie n'est pas le Comte Berchtold, mais bien l'Archiduc héritier, auquel on attribue des sentiments belliqueux et intransigeants.

La presse de tous les pays est en grande partie responsable du manque de sangfroid du public et elle entrave au lieu de la faciliter, l'action des Gouvernements par les nouvelles sensationnelles et par les articles tendancieux qu'elle ne cesse de publier. Les Ambassadeurs s'en plaignent amèrement.

Un autre danger pour la paix européenne c'est l'activité des agents de la Russie, officiels ou secrets, qui sont soupçonnés à Berlin de faire une politique panslaviste dans les Balkans et d'exciter les vainqueurs d'aujourd'hui contre l'Autriche et l'Allemagne.

Néanmoins l'opinion personnelle des Ambassadeurs de la Triple-Entente reste très rassurante quant aux complications européennes que pourrait faire naître le conflit austro-serbe. Le langage de M. Asquith au Guildhall a obtenu l'approbation,

non seulement de toute la presse britannique, mais aussi celle de Berlin et de Paris. Le premier Ministre anglais a été l'organe plein de bon sens et de mesure de l'opinion publique générale. Un autre symptôme favorable, c'est le désir manifeste de la Bulgarie d'arriver à une entente avec l'Autriche pour la solution de toutes les questions soulevées par la guerre. C'est dans ce sens qu'on interprête ici le voyage de M. Danor à Budapest.

34.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 22 novembre 1912, No. 281.)

Relations austro-serbes.

La presse austro-hongroise a été pendant quelques jours extrêmement nerveuse par suite de l'incident relatif au Consul de Prizrend. En supposant que M. Kochaska ait commis les fautes qu'on lui reproche, l'isolement dans lequel il a été placé peut très difficilement se justifier; il semble que la Serbie ait manqué de prudence en provoquant ce conflit et en envenimant, pour une cause relativement peu importante, une situation déjà fort tendue. L'affaire est réglée pour le moment, le Cabinet de Belgrade ayant consenti à ce qu'un fonctionnaire du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères fasse une enquête sur place. Il reste à connaître le résultat de cette démarche et si celle-ci n'amènera pas le Gouvernement Austro-Hongrois à formuler une demande d'excuses et de réparation qu'il serait peut-être difficile à faire accepter.

En ce qui concerne la question posée par l'Autriche au sujet de la prétention serbe d'obtenir un port sur l'Adriatique, le Cabinet de Belgrade ne paraît vouloir y répondre que lorsque la conclusion de la paix nécessitera le règlement définitif de toutes les questions soulevées par la présente guerre. Toutefois, il est bien décidé à maintenir cette prétention. L'expérience de ces dernières années a démontré l'insuffisance d'un port sur la mer Egée. En effet, le bétail embarqué à Salonique sur de petits bateaux à marche fort lente arrivait en Italie en

fort mauvais état, et une partie de la cargaison périssait en route. Il n'en serait pas de même pendant une courte traversée de l'Adriatique. Quant à un port sur la côte dalmate, on craint d'y voir l'exportation soumise aux mêmes difficultés et vexations qu'elle le fut à la frontière hongroise. La question a un intérêt vital pour les Serbes.

Comme l'Autriche a également besoin d'obtenir de la Serbie des facilités et des garanties pour l'exportation de ses marchandises vers Salonique, un esprit réciproque de bienveillance serait tout indiqué et avec un peu de bonne volonté une solution satisfaisante pourrait être trouvée. Elle consisterait peut-être à construire une ligne de chemin der fer Danube-Adriatique à travers la partie sud d'un Monténégro agrandi, de donner en outre à ce petit royaume le port de San Giovanni de Medua et de dire aux Serbes qu'ils aient à s'entendre avec leurs frères slaves. D'après une assez bonne source le Cabinet de Vienne serait disposé à se rallier à ce projet. Si la question du port pouvait être résolue de façon satisfaisante, on croit que la Serbie se résignerait à l'autonomie de l'Albanie.

Les critiques que les prétentions de la Serbe subissent de toutes parts, l'isolement dans lequel elle se trouve, doivent lui donner à réfléchir et la disposer à la conciliation. **Malheureusement le Gouvernement serbe paraît être quelque peu débordé par le parti militaire grisé de succès. On compte à Belgrade sur le soutien de la Russie. On va même jusqu'à espérer que dans la partie sud de la Monarchie un soulèvement se produirait en faveur des frères slaves. Il est certain qu'il existe dans ces contrées une certaine agitation fomentée par l'influence des comités panslavistes de la Russie. Il est d'ailleurs intéressant de constater que depuis quelque temps la Galicie est également sillonnée d'émissaires et d'espions cherchant à exciter les Polonais et Ruthènes contre le Gouvernement Autrichien, faisant entrevoir aux uns la possibilité du rétablissenent d'une Pologne indépendante et promettant aux autres le retour à la Russie. Ce n'est pas le Gouvernement du Czar qui provoque, dit-on, cette agitation. L'attitude de Mr. Sazonow, dont l'état de santé est malheureusement redevenue très précaire, reste parfaitement correcte. Ce**

ne serait pas à Saint-Pétersbourg, mais à Paris qu'il faudrait chercher l'auteur de ces intrigues. Mr. Iswolsky, ne pouvant oublier l'échec que le Comte Aerenthal lui a fait subir lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, serait sans cesse préoccupé de prendre une revanche.

On ne peut nier qu'il existe ici une certaine préoccupation. Comme toujours ce sont les articles à sensation de la presse et son langage exagéré qui excitent les esprits. Toutefois les cercles officiels se montrent très calmes; le Comte Berchtold a prononcé devant les deux délégations des discours très réservés et très prudents. On voudrait évidemment pouvoir éviter la guerre; quant aux dispositions particulièrement belliqueuses de l'Archiduc héritier, il y a là une vieille légende que rien ne vient justifier. Il est vrai qu'on procède sous main à certains préparatifs militaires et qu'on renforce les garnisons aussi bien dans les provinces du sud qu'en Galicie, mais il n'y a pas là de mobilisation proprement dite: on ne veut pas être pris au dépourvu.

35.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 24 novembre 1912, No. 284.)

Tension des relations austro-serbes.

L'Archiduc héritier vient de passer quarante huit heures auprès de l'Empereur d'Allemagne. Il s'agissait d'une partie de chasse prévue et le fait n'avait rien d'anormal. Mais la rapide excursion que le chef de l'état major de l'armée austro-hongroise a fait au même moment à Berlin pour y conférer avec son collègue de l'armée allemande a produit ici une véritable sensation. La démarche du Lieutenant-Général Chemna devait rester ignorée. Elle a été connue par une indiscrétion. On prétend maintenant que ce n'était que la répétition toute naturelle de l'entrevue qui a lieu tous les ans entre ces généraux, mais cette explication paraît fort improbable et on attribue au contraire à la dite entrevue une grande importance, démontrant la gravité de la situation politique actuelle. Déjà

vers la fin de l'été il avait été question d'un essai de mobilisation en Russie auquel il fallait, disait-on, n'attacher aucune importance. **Depuis lors et notamment depuis quelques jours les journaux autrichiens parlaient, en termes d'ailleurs assez vagues, de rassemblements de troupes dans la Pologne russe et constataient le ton haineux et agressif de la presse moscovite à l'égard de l'Autriche-Hongrie. Depuis hier on est ici beaucoup plus précis. On affirme que des forces russes très importantes sont massées le long des frontières allemandes et autrichiennes et que trois divisions de cavalerie, fortes chacune de six régiments, sont prêtes, à la première alerte, à entrer en Galicie.**

Quoique défense sévère soit donnée à la presse par les deux Gouvernements de la Monarchie de publier une nouvelle quelconque relative à des dispositions militaires, on ne cache plus ici qu'on a recours à des mesures du même genre. Les congés sont révoqués, les officiers renvoyés à leurs régiments et les trois corps d'armée du Nord considérablement renforcés.

Toutes ces dispositions ne cadrent guère avec les affirmations pacifiques du Ministre russe des Affaires Etrangères et l'ordre donné tout récemment par l'Empereur Nicolas à son Ministre de la Guerre de déclarer faux tout bruit de mobilisation. **Mais il semble que le Gouvernement du Czar serait sur le point de se sentir débordé par l'opinion publique et qu'il se croirait obligé de prendre certaines précautions préventives. D'aucuns même émettent l'avis que la question serbe serait refoulée au second plan et que l'agitation des Comités panslavistes aurait pour but une attaque directe contre l'Autriche-Hongrie.**

Quelque malveillantes que les dispositions régnant dans le monde panslaviste puissent être à l'égard de l'Autriche-Hongrie, il est cependant impossible de provoquer une guerre devant presque nécessairement mener à une conflagration générale, sans une cause ou tout au moins un prétexte plausible. Ce serait évidemment la question serbe qui devrait le fournir.

Un compromis paraît encore parfaitement réalisable. D'après certains renseignements, en effet, une nouvelle proposition émanant de Mr. l'Ambassadeur d'Italie à Paris et de Mr. le Président du Conseil des Ministres français aurait reçu ici un

accueil assez favorable. Elle consisterait à internationaliser une bande de terrain et un port sur l'Adriatique et de mettre le tout à la disposition de la Serbie.

Le Ministère de la Guerre austro-hongrois, toutefois, vient de décréter la mobilisation (rappel de trois classes de réservistes) de neuf corps d'armées, soit les 1r, 2e, 6e, 10e et 11e pour la Galicie et les 7e, 10e, 13e et 16e pour le sud de la Monarchie.

36.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Paris du 24 novembre 1912, No. 3485.)

Affaires d'Orient. Conflit austro-serbe.

Le Gouvernement français paraît soucieux de la situation internationale, bien qu'il continue à croire qu'aucune grande puissance ne désire la guerre.

Il est difficile de prévoir comment finira le conflit austro-serbe. Les deux parties paraissent également décidées à ne pas reculer: l'on ne voit pourtant pas bien d'où vient l'insistance de l'Autriche, s'il ne s'agit pas uniquement d'une raison d'amour-propre.

Ce qui inquiète le monde politique français, c'est que la guerre entre l'Autriche et la Serbie entraînerait vraisemblablement la guerre générale, attendu que l'Allemagne a promis à son alliée le concours de ses armes, et que, dans ces conditions, l'opinion publique russe pousserait sans doute le Gouvernement de St. Pétersbourg à entrer en ligne, — et cela, avec une telle force qu'il lui serait difficile de résister.

Le Cabinet de Vienne explique ses mouvements de troupes par des nécessités intérieures; et il est incontestable que les Slaves de l'Empire se remuent beaucoup et sont assez menaçants.

On prétend même que les Serbes reçoivent de ces congénères des encouragements incessants, et que ces démarches doivent avoir une certaine influence sur l'opiniâtreté du Cabinet de Belgrade.

Si la guerre n'éclate pas, on est convaincu à Paris que la situation balkanique ne pourra se régler que par un congrès. Dès le mois d'octobre dernier, le Gouvernement français avait fait une proposition en ce sens; à cette époque, le Gouvernement allemand avait réservé sa réponse: il semble que, depuis lors, il ait reconnu la nécessité d'un congrès, car on croit savoir qu'il s'est entretenu déjà avec ses alliés du programme que l'on pourrait assigner à cette réunion: différend austro-serbe, limites de l'Albanie, le sort à faire à Constantinople et à Salonique, les îles de la Mer Egée.

La visite que vient de faire à Berlin l'héritier de l'Empire d'Autriche peut être considérée, jusqu'à un certain point, comme une affirmation de l'entente des deux Gouvernements; mais elle était inutile, car l'Empire d'Allemagne a fait savoir à Belgrade qu'il se tiendrait à côté de son allié. **D'autre part, on ne peut douter que l'Empereur Guillaume n'ait engagé son hôte à se montrer conciliant et aussi pacifique que possible.**

Si la question d'Asie se mêlait aux problèmes devant lesquels se trouve aujourd'hui l'Europe, il en résulterait une terrible complication. Une certaine agitation se manifeste déjà en Arménie où l'on tourne les yeux vers St. Pétersbourg: il est à souhaiter que ce mouvement ne s'étende pas.

37.

BRUXELLES, 5. 12. 12.

(Extraits d'un rapport de Belgrade du 26 novembre 1912, No. 134.)

Conflit austro-serbe. Albanie.

Le point de vue autrichien a beaucoup varié depuis le commencement de la guerre balkanique. Le Cabinet de Vienne avait toujours considéré comme un intérêt essentiel de maintenir une séparation géographique entre les royaumes de Serbie et de Monténégro, en ne permettant à aucun d'eux la prise de possession du Sandjak de Novi-Bazar.

Les Serbes et les Monténégrins, au début des hostilités, en vue de ménager les susceptibilités de la Monarchie voisine,

se tinrent éloignés de sa frontière, dont ils ne se rapprochèrent que lorsqu'ils s'aperçurent qu'on les laissait faire.

La première Puissance qui reconnut publiquement la faillite du principe du statu quo balkanique fut l'Autriche-Hongrie; et elle abandonna en même temps ses préventions contre la formation d'un bloc slave au sud de l'Empire. Mais, à Vienne, on insistait sur les garanties que la Serbie aurait à donner pour la sauvegarde des intérêts économiques de la Double-Monarchie.

Dès que le succès des armes serbes laissa entrevoir, pour le royaume, la possibilité de s'ouvrir une voie vers l'Adriatique en annexant une partie de l'Albanie, tout l'effort de l'Autriche tendit à faire à ce projet une opposition irréductible.

En fait, la chancellerie viennoise a obtenu, sous ce rapport, l'appui direct ou indirect de toutes les grandes Puissances. La Russie elle-même, pour ne pas troubler l'entente européenne, a fait déclarer à Belgrade qu'elle ne pourrait pas soutenir jusqu'au bout les prétentions serbes en Albanie.

On a été déçu ici de voir la Russie se joindre aux autres Puissances pour empêcher la réalisation des aspirations nationales; mais on ne croit pas, pour cela, que tout espoir soit perdu. On se dit sans doute que le sentiment panslaviste fort excité en ce moment, ne permettra pas aux Russes de laisser violenter la Serbie. On trouve un autre motif d'encouragement dans l'expérience toute récente qui a démonté la fragilité de la volonté de l'Europe. Pourquoi, suggère-t-on, les faits accomplis n'auraient-ils pas la même éloquence en Albanie qu'en Macédoine?

On semble donc espérer que, sous l'influence des événements, il se produira dans l'opinion européenne un revirement favorable aux revendications serbes. On se rend bien compte à Belgrade que l'union des Puissances est purement formelle et qu'elle ne résisterait pas à l'action séparée de l'une d'entre elles. Si l'Italie s'est associée à l'Autriche dans la question albanaise, c'est surtout pour éviter que son alliée ne soit tentée d'intervenir isolément. On soupçonne que toutes deux se réservent l'Albanie pour se la partager entre elles, dans le cas

d'une liquidation générale de l'Empire Ottoman qui procurerait, en Asie, aux autres Puissances, des avantages territoriaux auxquels elles ne pourraient pas prétendre.

Dans les milieux balkaniques, on considère l'érection de l'Albanie en Etat indépendant comme une création artificielle destinée à perpétuer, dans la péninsule, la situation troublée qui existait sous le régime turc. Ce serait un foyer d'agitation où les passions nationales seraient constamment tenues en éveil par les intrigues étrangères et, par conséquent, un voisinage dangereux, pour les autres Etats balkaniques. C'est pourquoi ceux-ci envisageraient une telle solution comme provisoire, au même titre que la constitution d'une Macédoine autonome. L'Europe aurait ainsi travaillé à entretenir un état de malaise dont elle a souffert depuis longtemps, et qui ne serait appelé à disparaître qu'au moyen d'une nouvelle guerre, laquelle pourrait entraîner une conflagration générale.

En résumé, jusqu'à présent, la diplomatie autrichienne a abandonné, l'un après l'autre, les principes sur lesquels elle prétendait baser sa politique orientale. Il ne serait donc pas impossible que la Serbie finît par gagner sa cause, si l'Europe trouvait une formule propre à sauvegarder la dignité de l'Empire austro-hongrois.

38[1]).

BRUXELLES, 7. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 30 novembre 1912, No. 1500.)

Conflit austro-serbe.

Le voyage de l'Archiduc Héritier d'Autriche en Allemagne, bien qu'il ait eu pour prétexte un déplacement de chasse motivé par une invitation de l'Empereur a eu cette année une importance particulière, étant donnés la guerre balkanique et le conflit entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie. L'Archiduc a dit à Berlin que la monarchie austro-hongroise était arrivée à la limite des concessions qu'elle pouvait faire à sa voisine. L'Em-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 96, S. 112.

pereur et ses conseillers ne lui ont pas moins prodigué des conseils de modération.

Peu de jours après le départ de François Ferdinand, a paru dans la Norddeutsche Allgemeine Zeitung un communiqué officieux, rédigé à la Wilhelmstrasse et destiné à rassurer les esprits que la nouvelle des préparatifs militaires de l'Autriche avait affolés. Il n'y a pas de doute que l'Empereur, le chancelier et le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères ne soient passionnément pacifiques. L'article de la Norddeutsche a causé un certain mécontentement à la Cour de Vienne. L'Archiduc-Héritier ne s'attendait pas, au lendemain de son voyage, à une déclaration aussi nette de la part de l'Allemagne et il s'en est plaint ici. Quels que soient les projets de M. de Kiderlen-Wächter destinés à concilier à son pays les sympathies des jeunes Puissances balkaniques, un fait absolument certain c'est qu'il veut fermement éviter une conflagration européenne. La politique allemande se rapproche sur ce point de celle de l'Angleterre et de la France, toutes deux résolument pacifiques et, si les sujets de polémique continuent d'être journaliers entre la presse de Paris et celle de Berlin, celle-ci a adopté un ton beaucoup plus conciliant à l'égard de la Grande Bretagne et de Sir Edward Grey en particulier.

Les relations entre les Gouvernements allemand et britannique sont meilleures qu'elles n'avaient été depuis longtemps et même, à ce qu'assure l'Ambassadeur de France, une détente très favorable au maintien de la paix se produit aussi entre les Cabinets de Berlin et de Paris.

Amener l'Autriche à se montrer plus traitable, comme on croit ici que le Gouvernement Impérial y a réussi, cela ne suffirait pas pour apaiser le conflit. Il faut encore faire fléchir la résistance opiniâtre de la Serbie à une diminution de ses prétentions. A la fin de la semaine dernière, le bruit courait dans les chancelleries européennes que M. Sassonow renonçait à lutter contre le parti de la Cour qui veut entraîner la Russie dans une guerre, quoique le sol de l'Empire russe soit miné par la révolution et sa préparation militaire encore insuffisante. Mais depuis que le Czar a reçu en audience

particulière l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie une impression de confiance a succédé à l'énervement de la semaine passée. M. Sassonow s'est, paraît-il, ressaisi et il joue activement auprès de la Cour de Belgrade le même rôle que la diplomatie allemande auprès de la Cour de Vienne. Sous l'influence des conseils russes l'intransigeance serbe va-t-elle se plier à un compromis dans la question du port de l'Adriatique? Or c'est là le nœud de la question. On est donc optimiste dans le monde diplomatique de Berlin. Mais on s'attend encore à recevoir de temps en temps des nouvelles, très alarmistes, auxquelles on devra d'autant moins ajouter foi qu'elles seront probablement l'œuvre des diplomates turcs. Le projet d'une conférence d'ambassadeurs qui aurait pour but de déblayer le terrain en amenant une entente préalable entre les six grandes Puissances pour la solution des questions importantes, telles que celle des îles de la Mer Egée et celle de l'Albanie, à laquelle est fatalement liée la question d'un port serbe sur l'Adriatique, a trouvé un accueil favorable à Berlin. L'idée de Sir Edward Grey répond à une préoccupation de M. de Kiderlen-Wächter qui s'est plaint à diverses reprises de perdre un temps précieux et de n'aboutir à aucun résultat par des échanges de vues de Cabinet à Cabinet. En les concentrant dans une seule capitale et en les confiant à diplomates expérimentés, on arriverait sans doute à un accord qui rendrait plus facile la tâche du Congrès appelé plus tard à régler les questions soulevées par la guerre actuelle.

39.

BRUXELLES, 7. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 4 novembre 1912, No. 194.)

L'interview de M. Sazonow au sujet de la Roumanie.

Les déclarations contenues dans l'interview que M. Sazonow a accordée à un rédacteur du «Ruskoie Slavo» ont causé ici une vive satisfaction. L'approbation donnée à l'attitude qu'ob-

serve la Roumanie depuis le début de la guerre constitue un succès pour elle non seulement en ce qui concerne l'appui que ce «satisfacit» laisse présager de la part de la Russie, mais encore en ce qu'il justifie le Gouvernement (et par gouvernement il faut entendre la Couronne qui l'inspirait directement et exclusivement) vis-à-vis de l'opposition qui critiquait sa passivité.

Le Représentant de la Russie assurait récemment le Gouvernement Roumain que l'on était disposé à Saint-Pétersbourg à seconder ses efforts pour obtenir les compensations auxquelles le pays pourrait éventuellement prétendre. Même initiative était venue de Paris, en dépit de remarques assez désobligeantes du «Journal des Débats», auxquelles M. Poincaré fit d'ailleurs mettre fin immédiatement. De l'inquiétude où l'on était plongé, il y a peu de temps encore, on a donc passé à la confiance. Le point noir que l'on apercevait du côté de la Néva s'est à tel point effacé qu'un de mes collègues, reçu tout dernièrement en audience par Sa Majesté, m'a assuré s'être laissé dire par Elle qu'«il n'y a plus de point noir que du côté de l'Autriche». Singulier et soudain revirement des choses où l'on voit les rapports russo-roumains empreints de méfiance évoqués par le Ministre des Affaires Etrangères de Russie pour affirmer qu'ils sont de nouveau consolidés et que la Roumanie ne peut qu'y gagner, alors que l'Autriche-Hongrie dont on assurait que la Roumanie recevait tous ses conseils, est toujours restée muette depuis le début de la guerre.

Quoiqu'il en soit, le contact entre les Puissances sur l'objet et les conséquences de leur intervention est ininterrompu; et de ce qu'il se prolonge, M. Poincaré qui, paraît-il, n'osait pas trop l'espérer, en tire un heureux augure. M. Sazonow semble confirmer cette impression dans son interview.

Au pont des Chantres comme ailleurs, on prévoit que le retour à l'ancien état de choses est impossible. Mais sur le «statu quo» une nouvelle théorie a pris naissance au Ballplatz, où l'on entendait plus désormais donner à cette formule l'acceptation ministérielle et l'initiative du maintien des frontières des Etats balkaniques telles qu'elles existaient avant les hosti-

lités, mais bien un sens plus large qui serait le maintien de l'équilibre politique tel qu'il était établi avant la guerre. On pourrait, de la sorte, concéder des agrandissements territoriaux dans la mesure où, par exemple, la Bulgarie augmentée d'un vilayet turc ne renverserait pas à son profit l'équilibre tel qu'il existait jusqu'ici par rapport à la Roumanie.

Un journal étranger croit pouvoir publier les prétentions de la Roumanie en cas de remaniements territoriaux assurant des avantages à la Bulgarie et à la Serbie; ce sont les suivantes: Garanties pour les Koutzo-Valaques de Macédoine au cas où cette province serait partagée entre la Serbie et la Bulgarie; renonciation de la Bulgarie à ses anciennes aspirations sur la Dobroudja; cession du fort de Silistrie et rectification de la frontière. Cette rectification, partant du fort de Silistrie, suivrait la route, établie sur une crête de montagnes, qui aboutit à Baleik au nord de la mer Noire. Elle augmenterait le territoire roumain d'une façon insignifiante; mais en revanche elle aurait une importance stratégique évidente par la cession de Silistrie, et elle apporterait une grande amélioration dans les relations de voisinage entre les deux pays.

Ces prétentions, modestes d'ailleurs, concordent absolument avec ce qu'on a dit, il y a plus de quinze jours déjà, des ambitions de la Roumanie. Il y a donc quelque raison de croire qu'elles peuvent correspondre à peu près à la réalité.

L'interview de M. Sazonow contient enfin une sorte d'assurance au profit de la Roumanie de la part des Etats balkaniques. Le Ministre des Affaires Etrangères, en effet, exprime la certitude que «ces Etats comptent avec elle comme un facteur politique important» et que la Bulgarie, notamment, «ne créera pas une situation qui lui rendrait difficile le maintien de son attitude loyale». De la part de l'Empire, protecteur des Etats balkaniques, ces paroles spontanées ont un prix dont on est justifié de se réjouir ici.

40.

BRUXELLES, 13. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 6 décembre 1912, No. 494.)

Relations austro-russes.

Les mesures militaires qui se poursuivent en Russie, avec autant d'activité que de mystère, prouvent qu'on peut se préparer à toutes les éventualités, tout en souhaitant ardemment la paix, et même en y croyant. Ce désir et cette confiance sont également sincères dans l'esprit du Gouvernement russe — et cela pour différentes raisons.

Le Ministre de l'Intérieur a dit récemment qu'il ne pouvait répondre des événements, si la guerre éclatait. M. de Bethmann-Hollweg a déclaré d'autre part la résolution de l'Allemagne d'aider l'Autriche si elle était attaquée. Le Gouvernement russe qui pensait naguère encore que l'Allemagne ne se lancerait pas dans une guerre pour la question des Balkans a dû se rendre à l'évidence. Enfin, bien des officiers et parmi eux plusieurs des plus sérieux, estiment que le matériel de l'armée n'est pas à la hauteur des circonstances. D'ailleurs l'impression prévaut ici que la Serbie modère insensiblement ses prétentions. Les propos récents de M. Pachitch en témoignent: les exhortations de M. de Hartwig devenu enfin plus docile aux instructions de Pétersbourg y contribuent.

L'armée, cependant, souhaite la guerre. Elle y voit l'occasion de racheter la campagne russo-japonaise. L'enjeu de cette dernière laissait le peuple russe indifférent: l'animosité contre l'Autriche, au contraire, unit toutes les classes de la nation. Cette rancune remonte jusqu'au commencement du XIX^{e} siècle, à l'occupation par les troupes autrichiennes de Cattaro, évacué par l'Empereur Alexandre; pour le grand public, au Congrès de Berlin, qui valut à l'Autriche plus d'avantages territoriaux qu'à la Russie et aux épisodes de la rivalité austro-russe dans les Balkans. **On exprime moins le désir de soutenir la Serbie que de «régler les comptes».**

41.

BRUXELLES, 24. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 décembre 1912, No. 1560.)

Négociations de paix. Osman Nizami Pacha à Berlin.

Osman Nizami Pacha, Ambassadeur de Turquie à Berlin s'est arrêté quelques heures en cette ville en se rendant à Londres. Il a été reçu par M. de Kiderlen-Waechter qui a été mécontent du langage que lui a tenu le délégué ottoman à la conférence de la paix.

Nizami Pacha, en sa qualité de militaire est partisan de la reprise des hostilités, si les alliées persistent dans leurs prétentions. Il a vanté la réorganisation de l'armée ottomane qui a soif d'une revanche et s'est dit persuadé qu'elle l'obtiendra. M. de Kiderlen s'est appliqué à modérer ces sentiments belliqueux. **L'Allemagne désire fermement la conservation de la paix européenne et la première condition de son maintien, c'est le rétablissement de la paix balkanique.** La Turquie n'aurait rien à gagner à une conflagration générale. Si elle s'est fortifiée de façon à pouvoir soutenir une guerre défensive, on croit à Berlin qu'elle n'est pas en état de prendre l'offensive contre un ennemi qui occupe lui aussi de très fortes positions; la reprise des hostilités n'amènerait vraisemblablement que des sacrifices inutiles et coûterait des torrents de sang dépensés en pure perte. C'est là le thème que le Secrétaire d'Etat a développé à Nizami Pacha avec une conviction qui a dû faire impression sur l'esprit de son interlocuteur.

A la légation de Bulgarie on croit à des négociations longues et difficiles, mais on a bon espoir dans leur résultat. Il m'a semblé que cette espérance était faite surtout du désir que les pourparlers ne soient pas rompus. L'armée bulgare semble être épuisée par ses victoires. Elle sera obligée, si elle doit lutter encore, de mettre en ligne des conscrits de 18 à 19 ans, n'ayant que quelques semaines de préparation militaire.

En ce qui concerne l'attitude de l'Autriche-Hongrie, la même incertitude continue de régner ici. A l'Ambassade Impériale on assure que le Gouvernement austro-hongrois est disposé à

faire à la Serbie de larges concessions dans le règlement de leurs rapports économiques, mais qu'il se montrera inflexible dans la question du port de l'Adriatique et dans celle de l'intégrité du territoire destiné à composer la principauté d'Albanie ce qui exclu toute idée d'abandonner à la Serbie une bande de terrain pour la construction d'un chemin de fer la reliant à l'Adriatique. On se demande si le Cabinet de Vienne résistera au désir de donner une leçon à la Serbie dont l'attitude a lassé sa patience.

42.

BRUXELLES, 24. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 16 décembre 1912, No. 303.)

La question albanaise. Les relations austro-serbes.

Les Etats alliés balkaniques auront non seulement à vaincre les difficultés relatives à la conclusion de la paix avec la Turquie et au partage des contrées conquises, mais ils devront aussi se défendre contre les tendances qui vont se faire jour pour la constitution d'une Albanie autonome. On paraît décidé à déclarer ce nouvel Etat neutre sous la garantie des Puissances. Mais quelles en seront les limites et comment pourra-t-on s'entendre pour les établir? Déjà une carte a été publiée qui comprendrait Janina au Sud-ouest, Prizrend et même Uskub au Nord-est. En ce qui concerne cette dernière ville la prétention est par trop exagérée, mais, sous cette réserve, il y a tout lieu de croire que l'Autriche-Hongrie soutiendra les prétentions des Albanais dans une mesure aussi large que possible au grand détriment des visées serbes, monténégrines et grecques.

Quant au conflit austro-serbe pour la question du port sur l'Adriatique, il devient de moins en moins douteux qu'on devra accepter à Belgrade la solution sur laquelle les Puissances auront établi un accord, mais il serait extrêmement désirable que cette solution fut telle que la Serbie put s'y soumettre de bonne grâce. Il faudrait arriver à un compromis satisfaisant plus ou moins les deux Etats et dans ce but on devrait montrer à Vienne des dispositions un peu conciliantes. Il semble qu'on aurait d'autant plus

d'intérêt à le faire qu'on veut obtenir de la Serbie des facilités et des garanties pour «la libre route commerciale vers Salonique».

Malheureusement on ne voit jusqu'à présent aucun symptôme permettant de croire qu'on est disposé à entrer dans cette voie. Or, si la Serbie doit se soumettre dans la question du port à une solution par trop pénible, non seulement elle n'ira pas au devant des désirs de l'Autriche-Hongrie, mais elle se laissera peut-être entraîner à des représailles, par exemple en proclamant un «boycott» de marchandises provenant de la Monarchie. Il en résulterait la continuation d'une situation extrêmement tendue qui risquerait fort de dégénérer tôt ou tard en un conflit armé. C'est ce dont on se rend évidemment compte ici. Le Ministre des Affaires Etrangères austro-hongroises ne cache d'ailleurs pas son appréhension à ce sujet. L'animosité contre la Serbie était déjà grande avant ces derniers événements. La blessure d'amour-propre infligée par ses succès militaires a été trop brusque et trop vive et toute avance faite serait considérée comme trop humiliante. C'est dans cet état des esprits que réside le danger.

Le parti militaire profite de cette situation pour dire bien haut qu'il faut apporter une solution définitive à la question serbe et le fait est qu'on s'arme ici comme si la guerre était absolument imminente. On continue à rappeler les réservistes dans une mesure qui équivaut presque à une mobilisation générale. Les officiers en service actif complètent leur équipement au point de vue d'une campagne d'hiver. Les autres achètent tout ce qui leur est nécessaire en prévision d'un prochain appel. Ceux qui sont dans les garnisons le long des frontières ont reçu l'ordre d'éloigner leurs familles. Tous sont à peu près convaincus qu'ils vont se battre et c'est tout au plus s'ils admettent qu'on cherchera à traîner les choses en longueur de manière à ne devoir entrer en campagne qu'au printemps. Le changement de Ministre de la Guerre et surtout le retour du Général Conrad von Hötzendorff au poste de chef de l'état major n'ont pu qu'accentuer cet état des esprits.

Etant donné les assurances pacifiques de la Russie et la

probabilité que la Serbie devra céder dans la question du port, il semble qu'il y ait dans ces préparatifs quelque chose d'illogique et d'exagéré. Si c'est une démonstration de parade destinée à intimider l'adversaire, elle coûtera fort cher au pays et aurait été d'autant moins nécessaire qu'une attaque de la Serbie est dans tous les cas, fort improbable.

Il faudrait admettre au contraire que, décidé à ne faire aucune concession et prévoyant l'impossibilité d'une complète entente, ce soit ici le parti militaire qui l'emporte et qu'on ait contre l'Etat voisin des intentions agressives.

C'est entre ces deux suppositions qu'il faut, semble-t-il, chercher l'explication de cette attitude de l'Autriche-Hongrie, attitude belliqueuse en apparence, mais qu'elle serait sans doute fort satisfaite de pouvoir modifier.

43.

BRUXELLES, 3. 1. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 29 décembre 1912, No. 3840.)

Conflit austro-serbe.

Les cercles politiques parisiens se montrent encore très soucieux de la situation générale. Ils espéraient, ces derniers jours, un commencement de démobilisation en Autriche; et rien n'est survenu.

Ils admettent parfaitement que l'Empire dualiste est le «grand vaincu» de la crise balkanique. Il doit renoncer jusqu'à un certain point à son programme de cinquante ans: la poussée vers l'est; Salonique lui échappe, et le renforcement slave dans les Balkans constituera une puissance d'attraction dangereuse pour ses provinces orientales. L'Autriche a pu croire de bonne foi, au début de la crise, que la Russie esquissait une mobilisation; mais elle a dû revenir de cette erreur; une partie de ses armements peuvent avoir un but intérieur et elle trouve plus prudent d'enrôler les jeunes gens des provinces slaves et polonaises où l'esprit public est assez excité; mais il est extraordinaire et inquiétant qu'elle n'ait pas marqué par un affaiblisse-

ment de ses moyens militaires, les preuves qu'elle a reçues récemment des dispositions conciliantes de la Serbie.

On dit que l'Autriche n'entend pas changer d'attitude avant que l'on ait procédé à la délimitation de l'Albanie; c'est précisément cette interprétation qui est alarmante, car elle marque l'antagonisme continuel qui existe entre les intentions conciliantes et pacifiques du Comte Berchtold et les visées du parti militaire.

L'autonomie de l'Albanie et l'accès de la Serbie sur l'Adriatique par un simple port de commerce constituent un succès pour le Cabinet de Vienne et sont acceptés aujourd'hui par l'Europe; mais maintenant surgit la question de Scutari: que nous réserve demain?

Ce qui peut donner confiance dans le maintien de la paix générale, c'est l'attitude des Puissances. **Toutes veulent sincèrement la paix, et l'Empereur Guillaume se distingue tout particulièrement par ses intentions pacifiques. On a la confiance que si un conflit surgissait encore entre l'Autriche et la Serbie, la Russie resterait neutre, et par conséquent l'Allemagne n'aurait pas à intervenir. Mais on se demande si le Cabinet de Pétersbourg, poussé par les panslavistes, pourra encore longtemps supporter les concentrations de troupes autrichiennes le long de ses frontières. Jusqu'ici il s'est borné à garder sous les armes une classe de milice; les bruits qui circulent depuis deux jours au sujet de nouveaux armements de la Russie sont faux; mais ne deviendraient-ils pas vrais?**

44.

BRUXELLES, 16. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 19 décembre 1912, No. 712.)

Articles du «Daily News» sur l'attitude à prendre par l'Angleterre en cas de conflit européen.

Le «Daily News» a publié dernièrement de fréquents articles priant le Gouvernement de Londres de déclarer hautement qu'un conflit éventuel au sujet de la crise orientale n'intéresse pas la Grande Bretagne et que si les Grandes Puissances se laissent

entraîner à la guerre, l'Angleterre ne les suivrait pas. Ce journal reflète les idées d'un parti assez nombreux dans les rangs de la gauche avancée, dit «le parti de la paix à tout prix». Il est en principe favorable à des arrangements amicaux avec l'Allemagne et critique constamment la cordiale entente avec la France, de nature à pousser le Royaume-Uni dans des aventures.

Le Gouvernement n'a rien dit ou fait pour encourager les vues dont il s'agit. M. Asquith et Sir E. Grey ont, au contraire, souvent parlé de la fidélité de l'Angleterre à ses amitiés et à ses engagements.

Le Foreign Office désavoue de son côté toute responsabilité pour les articles de ces organes de la presse. Un diplomate a récemment fait une tentative directe auprès de Sir E. Grey, en vue de lui faire dire si oui ou non, l'Angleterre se considérerait comme solidaire de la France et de la Russie dans un conflit européen, suscité par le différend austro-serbe. Comme on pouvait s'y attendre, le Ministre des Affaires Étrangères s'est contenté de lui répondre: «Cela dépendrait des circonstances» et s'est refusé à entrer dans d'autres explications.

Dans les milieux politiques anglais on remarque une grande répugnance à voir l'Angleterre participer à une guerre européenne, tempérée par deux considérations: l'idée de ne pas abandonner la République si elle était injustement attaquée par l'Allemagne et surtout la pensée que si la France devrait jamais être écrasée par les forces impériales le tour de ce pays-ci viendrait ensuite.

45.

BRUXELLES, 18. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 7 janvier 1913, No. 19.)

Affaires d'Orient.

La question du port serbe paraît aujourd'hui réglée. D'autre part, les Puissances seraient d'accord quant à l'agrandissement de territoire de la Grèce, lequel comprendrait Janina. Quant aux limites nouvelles de la Serbie, outre l'acquisition d'une partie du Sandjak, la majorité des Puissances serait disposée

à fixer comme frontière ouest le cours de la Drina, tandis que la Serbie réclame entre elle-même et l'Albanie, un tracé plus occidental, à savoir la ligne de séparation des eaux.

En ce qui concerne le Monténégro, l'Autriche estime que l'Albanie doit s'étendre au Nord jusqu'aux frontières de la Tchernagora. La Russie, au contraire, soutient le Monténégro dans son désir d'annexer le Nord de l'Albanie, y compris Scutari.

En elle-même la question, n'affectant pas directement les intérêts de la Russie, paraîtrait d'ordre secondaire, n'était l'influence en haut lieu du parti militaire intransigeant. Par suite, tout le pacifisme des Ministres de l'Empereur ne peut imposer silence à ceux qui proclament l'impossibilité de reculer une fois de plus devant l'Autriche. L'affaire se compliquera peut-être de ce que l'Italie pourrait difficilement se rallier à l'attitude antimonténégrine de la monarchie dualiste.

Tout récemment, le Gouvernement de Pétersbourg a fait une démarche courtoise auprès de celui de Vienne et lui a représenté la situation difficile que crée la persistance de l'Autriche à rester sur un pied de mobilisation. La réponse fut que rien ne pouvait être changé avant le règlement de la question d'Albanie. Le Gouvernement russe est donc obligé de continuer, lui aussi, ses préparatifs militaires.

46.

BRUXELLES, 21. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 janvier 1913, No. 53.)

La question de la paix dans les Balkans. — La situation internationale.

On ne croit pas dans les sphères officielles que la guerre puisse recommencer dans les Balkans; les grandes Puissances sont unanimes pour ne pas le vouloir, et il semble que le Gouvernement ottoman demande seulement qu'on lui force la main.

L'accord des Puissances est complet quant au sort d'Andrinople qui est d'ailleurs à la veille de capituler. L'entente est moins parfaite en ce qui concerne les îles de l'Archipel; mais

celles-ci sont nombreuses et prêtent par conséquent à des combinaisons de nature à satisfaire chacun.

Les armements de l'Autriche ne sont plus un sujet d'inquiétude depuis les explications loyales que le Cabinet de Vienne a données sur ce point à celui de St. Pétersbourg. La Russie ne désarme d'ailleurs pas.

De grosses difficultés sont encore à régler telles que les frontières de l'Albanie et le différend roumano-bulgare qui n'a pas fait un pas jusqu'ici; mais on peut espérer que l'Europe unanime et pacifique empêchera les ruptures dangereuses.

47.

BRUXELLES, 22. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 13 janvier 1913, No. 102 et du 13 janvier 1913, No. 103.)

Guerre des Balkans. Intervention des Puissances.

Les milieux officiels français se montrent maintenant aussi pessimistes qu'ils étaient optimistes il y a huit jours.

Les Puissances, dit-on, sont d'accord pour faire une démarche à Constantinople, invitant la porte à céder Andrinople aux Bulgares; mais l'on sait déjà que le Gouvernement ottoman ne cèdera pas. Qu'arrivera-t-il ensuite? Pourra-t-on retrouver cet accord pour employer des moyens coërcitifs vis-à-vis de la Turquie?

Les Turcs connaissent toutes les divisions qui subsistent entre les grandes Puissances; et la question roumaine les engage à la résistance: ils spéculent, comme ils l'ont toujours fait, sur le défaut d'entente de l'Europe.

Le désaccord entre la Roumanie et les Bulgares est aussi très grave et très dangereux: le Cabinet de Bucarest se montre d'une grande intransigeance que l'on peut se demander à quel mobile et à quels conseils il obéit.

Il semble que le seul moyen de sortir de l'impasse serait un coup de force de l'armée roumaine s'emparant de Silistrie. Il y aurait alors un fait accompli devant lequel il serait plus facile

aux Bulgares de s'incliner que d'accepter la nécessité d'une cession bénévole.

Mais il est à craindre que le très pacifique Gouvernement russe ne soit plus maître de l'opinion publique surexcitée en ce moment, et qu'il soit contraint de prendre fait et cause pour les Bulgares. En admettant même qu'il ne prenne que des mesures conservatoires, de simples précautions, peut-on espérer que l'Autriche n'en fera pas au moins autant?

Si les sphères officielles françaises sont maintenant pessimistes, les milieux turcs de Paris témoignent, de leur côté, d'un profond découragement. Leur pays, disent-ils, est abandonné par l'Europe qui lui demande tous les sacrifices, s'acharnant sur les vaincus. La Porte, ajoute-t-on ne cèdera pas Andrinople, même sous la pression des Puissances: céder serait pour elle un suicide. Elle ne désire certes pas la reprise des hostilités, mais ne la redoute pas non plus: son armée est maintenant dans de bonnes conditions, qu'elle ne connaissait pas au commencement de la guerre. Les Turcs apprécient l'intérêt qu'ont les Puissances de voir les hostilités terminées. «Mais pourquoi, disent-ils, devons-nous faire tous les frais? Que l'Europe s'adresse aux alliés et leur recommande d'être plus modérés.»

48.

BRUXELLES, 1. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg, le 13 janvier 1913, No. 32.)

Roumanie et Bulgarie. Médiation russe.

Les conversations entre M. Sazonow et le Ministre de Bulgarie à St. Pétersbourg ont amené un nouveau résultat. Il est à peu près décidé qu'outre la cession territoriale déjà signalée et la renonciation à toute prétention sur la Dobroudja, le Gouvernement de Sophia reculera la frontière bulgare au sud de Mangalia, donnant ainsi à la Roumanie toute l'extension de côte nécessaire pour construire un port très vaste. Ainsi dis-

paraîtra le grief principal du Gouvernement de Bucarest, lequel se plaignait de n'avoir pas de port militaire.

Le Tzar Ferdinand et son Cabinet demanderont des engagements à la Roumanie, en échange de ce qu'ils considèrent comme une preuve de magnanimité. D'après eux, en effet, le Roi Carol et son peuple n'ont rien fait pour mériter le présent qu'on leur offre. Loin de rester neutre pendant la guerre, la Roumanie a constamment fait passer par son territoire des armes et des munitions pour l'armée turque. La Bulgarie exigerait donc, en cas de reprise des hostilités, l'appui militaire, si possible, et en tout cas diplomatique de sa voisine du nord.

La force principale de M. Sazonow réside dans sa loyauté et dans la confiance qu'il inspire. Il a tout naturellement assumé le rôle de conciliateur entre les Royaumes bulgare et roumain. Les Ministres de ces Etats à Pétersbourg font valoir auprès de lui, tour à tour, leurs arguments. L'Envoyé de Roumanie est venu lui montrer, par exemple, un vieux document dont il ressort qu'en 1390, Mircea, prince de Valachie, prenait, dans un traité avec le Roi de Pologne, le titre de «despote de Silistrie».

Il est prématuré de dire que les bons offices de M. Sazonow en faveur du Gouvernement de Bucarest ébranlent dès à présent les relations étroites de l'Autriche-Hongrie avec le royaume moldo-valaque. Celui-ci, néanmoins, serait excusable de prêter l'oreille aux avances de Pétersbourg, et aux encouragements que donne la Russie à ses visées, chimériques peut-être, mais tenaces sur la Bukovine et la Transsylvanie. Resserrée désormais entre les deux adversaires de l'Autriche, l'Empire moscovite et le bloc des Puissances balkaniques agrandies, la Roumanie se trouve actuellement à ce qu'on est convenu d'appeler «un tournant de route».

49.

BRUXELLES, 3. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 27 janvier 1913, No. 237.)

La situation internationale et la question balkanique.

Le Quai d'Orsay envisage la situation internationale d'une façon plutôt optimiste.

Il est évident que le pronunciamento de Constantinople a remis en question bien des choses qui semblaient réglées; l'avenir est incertain et des complications sont possibles; mais jusqu'ici l'accord des grandes Puissances reste entier. Les conversations que les Ambassadeurs de France ont eues, ces jours-ci, à Berlin et à Vienne sont, à ce point de vue, pleinement satisfaisantes.

On s'attend à ce que la réponse du Gouvernement ottoman constitue un refus de céder Andrinople; les Puissances y répondront-elles par une nouvelle note ou laisseront-elles marcher les alliés? Aucune décision n'est encore prise à cet égard. Quant à une démonstration navale, elle est peu probable; l'Allemagne ne voudrait pas s'y associer, et il est même douteux que l'on ait le concours de l'Autriche-Hongrie.

Jusqu'ici aucun fait n'indique des préparatifs pour une contre-révolution à Constantinople; mais il est certain que le parti qui a pris le pouvoir ne s'appuie sur aucun élément sérieux et n'a pas d'hommes. Le langage tenu récemment aux Ambassadeurs par le nouveau Grand Vizir a été navrant, incohérent. Le Sultan serait défavorable à l'entreprise d'Enver Bey.

On ne croit pas au Quai d'Orsay que ni l'Allemagne, ni l'Autriche avancent de l'argent à la Turquie. Avant la révolution, la France avait proposé de donner une certaine somme, relativement minime, à la Porte pour payer les fonctionnaires; mais depuis le pronunciamento, elle est résolue à ne plus faire aucune avance.

Il reste vrai qu'aucune Puissance ne désire la guerre; on ne croit pas que l'Autriche fasse exception, et on semble toujours porté à croire que le renforcement de l'armée de l'Empire dualiste

vise plus l'ennemi du dedans que celui du dehors; on craint toujours à Vienne des mouvements des populations slaves.

Les journaux de Berlin et de Vienne insinuent que la France et la Russie ne seraient pas fâchés de saisir l'occasion pour procéder à un partage de la Turquie d'Asie. Le fait est absolument démenti au Quai d'Orsay; on fait, au contraire, tous les efforts possibles pour empêcher la question d'Asie de venir à l'ordre du jour; mais on ne trouve pas mauvais que cet épouvantail soit présenté par la presse à la Turquie; cela complète le sens de la note remise à la Porte par les Puissances qui lui promettaient, si elle cédait aux conseils qui lui étaient donnés, de veiller à la sauvegarde des autres parties de l'Empire ottoman.

50.

BRUXELLES, 20. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 11 février 1913, No. 166.)

Limitation des armements navals. Déclarations de l'amiral von Tirpitz. Bruit d'une conférence africaine à Berlin.

Le bruit soulevé dans la presse européenne par les déclarations de l'amiral von Tirpitz à la Commission du budget de l'Empire, l'importance qu'on leur a attribuée, les conséquences qu'on en a tirées ont dépassé sans doute l'attente et le désir du Gouvernement Impérial. La Gazette de Cologne, par un communiqué, suivi d'un article plus étendu paru le 10 février dans le No. 156, a été chargée de préciser l'interprétation qu'il faut donner aux paroles du Secrétaire d'Etat pour la marine.

Il ne s'agit pas de conclure avec la Grande-Bretagne une convention réglant la proportion à établir entre les navires de guerre des deux nations. De trop grandes difficultés, techniques et autres, s'opposeraient à la conclusion d'un pareil instrument diplomatique. En reconnaissant que la proportion de 10 à 16 ou de 2 à 3 était acceptable, l'amiral von Tirpitz ne visait que les dreadnoughts ou plutôt les escadres qu'ils composent; il n'apprenait d'ailleurs rien de nouveau à ses auditeurs, car cette proportion avait été énoncée et déclarée admissible par son

collègue anglais, le Secrétaire d'Etat pour la Marine W. Churchill dans un discours datant du mois de mars de l'année dernière. Le rétablissement de cordiales relations entre l'Allemagne et l'Angleterre ne dépend pas d'une convention limitant leurs armements maritimes. Le maintien d'une proportion raisonnable dans la construction de leurs unités de combat doit être au contraire une conséquence de l'amélioration des relations entre les deux peuples.

On peut répondre à la Gazette de Cologne qu'il ne tenait qu'au Gouvernement Impérial de ne pas donner communication à la presse des déclarations de l'amiral qui avaient un caractère confidentiel. S'il a agi autrement, c'est qu'il voulait sans doute fournir une preuve de sa bonne volonté à satisfaire les Anglais dans une question qui les intéresse si profondément et faire un premier pas considérable dans la voie du rapprochement. Le langage tenu vendredi dernier par l'amiral à la commission du Reichstag est nouveau, quoi qu'en dise la Gazette de Cologne; ni M. de Bülow, ni M. de Schoen, ni M. von Tirpitz lui-même, ayant à parler au Reichstag de la question de la limitation des constructions navales, n'avaient fait antérieurement une aussi grande concession au Gouvernement britannique. L'acceptation d'une proportion dans le nombre des dreadnoughts constitue donc une base — comme la Gazette de Cologne le reconnait elle-même — sur laquelle on peut arriver à un accord amical pour la solution de tous les problèmes possibles.

Il fallait d'ailleurs s'attendre à voir cet événement, grossi par les exagérations de la presse, être la cause d'une volée de fausses nouvelles, parmi lesquelles celle de la réunion d'une conférence africaine à Berlin. Ce bruit est démenti dans les cercles bien informés. L'Allemagne, y dit-on, a trop de difficultés à résoudre en ce moment en Europe, pour vouloir s'y créer d'autres en Afrique.

51.

BRUXELLES, 1. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 17 février 1913, No. 108.)

Russie et Autriche.

Il y a peu de jours encore, on pouvait se féliciter de ce que l'antagonisme austro-russe ne fut pas fixé sur un point assez défini pour créer un péril imminent. Ce danger est aujourd'hui plus proche, la querelle roumano-bulgare ayant atteint la période critique. Une intervention décidée du Gouvernement russe, à laquelle Mr. Sazonow craint d'être entraîné en faveur de la Bulgarie, amènerait logiquement celle de l'Autriche en faveur de la Roumanie.

Le ton des grands journaux est inquiétant, et leurs menaces se précisent. L'article du «Fremdenblatt» qui déclarait les Etats balkaniques capables de se développer désormais par leurs moyens propres, est généralement très mal accueilli. La «Novoie Vremia» y voit une insulte à la Russie, et une invitation à se désintéresser des Balkans.

Le «Rietsch» estime que l'Autriche prétend au patronage exclusif des royaumes slaves et que l'échange de lettres entre les deux Empereurs a plutôt empiré la situation. D'après ce journal, les différends austro-russes sont sur le point de prendre une forme concrète et ne pourront se résoudre que par les armes.

Ces gazettes et d'autres encore commentent avec triomphe la réponse impériale au télégramme que les convives du dernier banquet slave ont envoyé à Sa Majesté.

Le Ministre de l'Intérieur, à quelques jours de distance, a interdit, puis autorisé les «Banquets slaves». Le télégramme envoyé au Tsar exprimait «l'amour des Russes pour leurs frères qui combattent dans les Balkans, leurs sentiments de loyalisme envers le Trône, et l'espoir que la Russie place dans son Auguste Souverain».

Le télégramme envoyé en réponse, par ordre de l'Empereur, remerciait les convives pour leurs sentiments de sympathie exprimés à la cause balkanique.

52[1]).

BRUXELLES, 5. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 21 février 1913, No. 482.)

Mr. Poincaré et la politique nationaliste; le nouvel ambassadeur à St. Pétersbourg.

La nouvelle de la prochaine nomination de M. Delcassé au poste d'Ambassadeur à Pétersbourg a éclaté hier après-midi, comme une bombe. Les journaux en donnaient la mention en même temps que le texte du message de M. le Président de la République. Il semble que la coïncidence était voulue; dans tous les cas, elle fut très remarquée et exerça une action déprimante sur la bourse.

La personnalité de M. Delcassé est très connue et assez significative. Il fut un des artisans de l'alliance russo-française et, plus encore, de l'amitié franco-anglaise.

Les incidents de son départ forcé du Quai d'Orsay sont présents à la mémoire de tous. Au bout de quelques années, lorsque M. Delcassé prit le Ministère de la Marine, on disait de toute part, que son retour au pouvoir n'était pas mal vu à Berlin, et l'Ambassade d'Allemagne le proclamait très haut.

Le mois dernier, des amis de l'éminent homme d'Etat, allaient le répétant, pour l'hypothèse où, au Congrès de Versailles, après d'éventuels scrutins inutiles, on eut voulu faire élire M. Delcassé comme outsider. Il n'était un secret pour personne qu'il le désirait; mais bien des hommes politiques eussent redouté ce choix dans la crainte de l'apparence d'une manifestation anti-allemande.

Il ne faut pas nécessairement donner cette interprétation au choix du nouvel ambassadeur à Pétersbourg. Cependant, il n'a sans doute pas déplu à M. Poincaré, le Lorrain, d'affirmer, dès le premier jour de sa magistrature, son souci de se montrer ferme et de tenir haut le drapeau du pays.

Dans les moments troublés où se trouve l'Europe, c'est là le danger qu'offre la présence de M. Poincaré à l'Elysée. C'est

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 99, S. 116.

sous son ministère que se sont réveillés les sentiments militaires du peuple français. On a vu sa main dans cette modification; il faut espérer que son esprit politique, pratique et froid, le défendra contre toute exagération dans cette voie.

L'accroissement notable des armements de l'Allemagne, qui survient au moment de l'entrée à l'Élysée de M. Poincaré, va augmenter le danger d'une orientation trop nationaliste de la politique de la France.

53[1]).

BRUXELLES, 6. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 24 février 1913, No. 113.)

Les armements en Allemagne et en France.

Les milieux politiques ont été émus et l'imagination du public fortement frappée par les vastes projets militaires de l'Allemagne, et plus encore peut-être par la réponse si prompte et si ferme de la France. Les deux gouvernements sont prêts à faire des sacrifices financiers considérables et paraissent soutenus par l'opinion dans les deux pays où seuls les socialistes font entendre une voix discordante.

La presse anglaise veut naturellement endosser à l'Allemagne la responsabilité de la nouvelle tension qui résulte de ses projets et qui peut apporter à l'Europe des sujets d'inquiétude nouveaux.

Beaucoup de journaux estiment que le Gouvernement français, en se déclarant prêt à imposer le service de trois ans, et en nommant M. Delcassé à Saint-Pétersbourg, a adopté la seule attitude digne de la Grande République en présence d'une provocation allemande.

Au Foreign Office, la position est appréciée d'une manière plus équitable et plus calme. On voit dans le renforcement des armées allemandes, moins une provocation que la constatation d'une situation militaire amoindrie par les évènements et qu'il importe de renforcer. Le Gouvernement de Berlin se voit obligé de reconnaître qu'il ne peut plus compter comme au-

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 100, S. 117.

paravant, sur l'appui de toutes les forces de son alliée autrichienne, depuis l'apparition dans le sud-est de l'Europe d'une puissance nouvelle, celle des alliés balkaniques, établie sur les flancs mêmes de l'Empire dualiste.

Loin de pouvoir compter en cas de besoin sur tout l'appui du Gouvernement de Vienne, c'est à celui-ci vraisemblablement que l'Allemagne devra prêter le sien. En cas de guerre européenne, elle devrait tenir tête à ses ennemis sur deux frontières, celle de l'est et celle du sud-ouest et diminuer peut-être ses propres forces pour aider l'armée autrichienne. **Dans ces conditions, on ne trouve rien d'étonnant à ce que l'Empire allemand éprouve le besoin d'accroître le nombre de ses corps d'armée. On dit au Foreign Office que le Gouvernement de Berlin avait très franchement exposé au Cabinet de Paris les motifs précités de son action.**

54.

BRUXELLES, 13. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 4 mars 1913, No. 122.)

Armements allemands et français.

Les projets militaires prêtés à la France, à l'Allemagne et à la Russie causent ici beaucoup d'émotion. A mesure que les bruits dont il s'agit se confirment et que les détails de ces plans sont révélés, on se rend compte combien la situation révèle dans ses flancs de possibilités inquiétantes pour l'avenir.

Lorsque les trois Puissances auront accompli les sacrifices financiers qu'elles ont résolu de s'imposer, — chacune ayant augmenté le nombre de ses troupes, leur situation respective, au point de vue des forces militaires, n'aura guère changé.

Seulement il est à craindre qu'après avoir fait un effort pécuniaire pareil, les peuples, bien décidés à ne pas continuer dans cette voie, ne se laissent aller à l'idée que la guerre est devenue une nécessité, et qu'il n'y a rien à gagner à patienter. C'est un grand danger. Ici, les deux partis politiques envisagent le problème de façon très différente: l'opposition se montre

plutôt favorable à un accroissement de l'armée, malgré les sacrifices que cette réforme pourrait entraîner, et même, s'il le faut, à une alliance avec la France. Si nous laissons écraser la France, dit la presse conservatrice, notre tour viendra ensuite. Le Gouvernement, au contraire, estime que la marine est assez forte pour toutes les éventualités probables et préfère l'entente à l'alliance, comme étant de nature à lui laisser plus de latitude. **Certes le cabinet de Londres, dans certaines circonstances, pourrait devoir envoyer des troupes au secours de la République, par exemple si celle-ci était injustement attaquée, ou sur le point d'être anéantie par l'Allemagne. Mais d'autre part, si la France était la provocatrice, si le réveil chauvin que l'on remarque avait pour effet à Paris quelque défi à l'Empire allemand, le Gouvernement anglais serait heureux de pouvoir dire: « il n'y a pas d'alliance, l'entente ne nous oblige pas à tirer l'épée dans tous les cas, et ici la France est dans son tort.»**

Il est intéressant de noter le ton de l'**article de fond du Times d'hier, sur l'esprit nouveau. Il met les amis français en garde contre le chauvinisme provocateur, rappelle l'hystérie des foules parisiennes en 1870 et dit clairement qu'on parle trop en ce moment de l'Alsace-Lorraine. L'Angleterre n'approuverait pas une guerre de revanche. La Triple-Entente a pour but la paix et pour base l'équilibre européen et le statu quo. Cet article réflète sans doute les vues du cabinet britannique et constitue un véritable avertissement au Gouvernement de la République.**

55.

BRUXELLES, 22. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 8 mars 1913, No. 304.)

Allemagne et France.

L'Ambassadeur d'Italie à Berlin, M. Pansa, vient d'être mis à la retraite sur sa demande. Des divergences de vue avec son Gouvernement au sujet de la Guerre italo-turque, qu'il avait blâmée, ne pouvant pas prévoir que l'entrée en scène des Etats balkaniques transformerait en une opération avantageuse pour

l'Italie une campagne dont la durée menaçait de ruiner à la fois ses finances et son prestige militaire, l'avaient déterminé à donner sa démission il y a un an. Maintenu à son poste contre son désir, il a eu la satisfaction de contribuer l'automne dernier au renouvellement anticipé de la Triple-Alliance, et, en prenant un repos mérité par quarante années du service le plus actif, il emporte avec lui l'estime du Souverain auprès duquel il avait représenté avec honneur le Roi Victor Emmanuel et les regrets unanimes de ses collègues.

Son successeur, M. Bollati, est aussi un diplomate de carrière, qui vient d'occuper pendant six ans à Rome le poste de Secrétaire Général du Ministère des Affaires Etrangères. Il connait donc tous les ressorts et tous les secrets de la politique extérieure italienne et il deviendra vraisemblablement, comme son prédécesseur, persona gratissima à Berlin. Son arrivée a coïncidé avec l'envoi précipité de M. de Flotow à Rome. Le bruit court ici dans le corps diplomatique que ce n'est pas une pure coïncidence et que des négociations seraient engagées avec la Consulta en vue de **donner à l'Italie un rôle plus important dans la Triple-Alliance, de même que le caractère défensif de l'Alliance franco-russe est présumé devoir se modifier prochainement pendant la mission de M. Delcassé à Saint-Pétersbourg.** Ce bruit ne doit pas être accueilli sans réserve; mais il ne parait pas dénué de vraisemblance. On ne sait pas au juste si le nouveau champ d'action ouvert à l'Italie dans les opérations de la Triplice sera le bassin oriental de la Méditerrannée (où la possession de Rhodes, comme base navale, lui serait assurée), ou bien les colonies françaises de l'Afrique du nord ou bien encore la frontière des Alpes. En cherchant à justifier les renforcements de l'armée allemande par la diminution de l'appui que lui prêterait éventuellement l'Autriche-Hongrie, obligée désormais de tenir en respect ses voisins balkaniques, on a passé sous silence ou complètement oublié la coopération militaire de l'Italie. C'est la conséquence de la circonspection excessive montrée par les troupes italiennes dans leur campagne en Lybie. Elles ne seraient cependant pas un facteur négligeable sur un champ de bataille européen et le Gouvernement Impérial songe peut-

être à leur procurer une occasion de se réhabiliter, tout en contraignant l'armée française à s'affaiblir par l'envoi d'un fort contingent sur la frontière italienne.

Ces intentions prêtées par plusieurs diplomates accrédités à Berlin, généralement bien informés, aux dirigeants de la politique allemande prouvent qu'on continue à envisager ici l'éventualité d'un conflit avec la France comme une chose possible et même prochaine. Et cependant, il n'y a peut-être entre Berlin et Paris qu'une déplorable méprise, une erreur entretenue par la presse des deux pays. Mr. Schiemann, par exemple, dans la Gazette de la Croix, écrivait encore mercredi dernier qu'il n'y a aucun doute que l'alliance franco-russe ne soit une combinaison ayant une pointe agressive dirigée contre l'Allemagne. Quant aux projets belliqueux attribués à cette dernière, il suffit d'ouvrir chaque matin un journal parisien pour s'en rendre compte. **De pareils desseins cadrent mal avec le caractère profondément religieux et pacifique de l'Empereur, dont le mysticisme semble s'affirmer de plus en plus dans les nombreux discours que Sa Majesté a l'occasion de prononcer cette année. Les glorieux souvenirs d'il y a cent ans, quand l'Allemagne luttait victorieusement pour recouvrer son indépendance et jetait sur les champs de bataille les fondements de son unité nationale y sont naturellement évoqués. Mais l'Empereur voit toujours dans ces évènements le doigt de Dieu qui a récompensé le peuple allemand de sa foi religieuse, en le délivrant du joug étranger. Ce n'est pas là le langage d'un homme qui médite des projets de guerre et de conquête.**

L'esprit des classes dirigeantes est loin, en revanche, d'être aussi pacifique. La haine de la France leur a été enseignée à l'école en même temps que le sentiment de la grandeur de l'Allemagne, destinée à dominer l'Europe. Cette hostilité et cet orgueil national leur font considérer une guerre avec leur voisin de l'ouest comme un mal nécessaire, inévitable, en vue d'assurer la suprématie allemande et de briser tous les obstacles, au moyen desquels la diplomatie de la République cherche à empêcher le développement de leur pays. Quand l'Empire s'appuiera sur l'armée active la plus colossale qu'on ait jamais vue, on peut

se demander si les idées pacifiques du Chef de l'Etat ne seront pas une digue insuffisante pour contenir l'exaltation et l'ardeur guerrière des classes supérieures de la nation.

56.

BRUXELLES, 25. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Sofia du 14 mars 1913, No. 54.)

Préparatifs de l'assaut final d'Andrinople. Les victoires bulgares et les méthodes et munitions françaises.

Des télégrammes parus dans les journaux français ont appris aux habitants de Sofia que le bombardement d'Andrinople reprenait avec une vigueur nouvelle grâce aux canons de siège du Creusot qui récemment arrivés feraient merveille. La prise de Janina a donc stimulé l'Etat Major; quoi qu'il en coûte, il semble qu'il va se décider à enlever la place d'assaut. Des renseignements recueillis dans les milieux militaires et journalistiques étrangers permettent de le supposer. C'est ainsi qu'à Sofia on prépare le plus de lits possibles pour recevoir les blessés. Mais selon sa coutume l'Etat Major veut que le public ignore ses plans jusqu'à leur réalisation; de cette façon, s'ils échouent, il est toujours temps de dire qu'il ne s'est agi que de tâter le terrain et non pas d'une opération à grande envergure. Il paraîtrait cependant que la belle résistance de Chukry Pacha touche à sa fin. Le rationnement se fait sévère à Andrinople et journellement 100 à 200 soldats turcs se livrent volontairement aux lignes bulgares qui, à certains endroits ne sont plus qu'à quelques centaines de mètres des remparts de la ville.

On voit de nouveau réapparaître à cette occasion la légende lancée en France au début de la guerre que les succès bulgares sont des victoires françaises et une défaite pour les méthodes et l'armement allemands. Les officiers bulgares n'ont pas fait leurs études en France comme le prétendent les journaux parisiens. La majorité s'est formée en Russie, quelques-uns en

Italie et d'autres, et non des moindres, font honneur à l'enseignement qui leur a été donné en Belgique à l'école de guerre ou à l'école d'application. L'artillerie, il est vrai, provient du Creusot; si elle a été adoptée, cela tient aux sentiments francophiles du Souverain qui l'a en quelque sorte imposée à l'Etat Major qui s'en montrait peu enthousiaste, et à la pression diplomatique de la France qui faisait de l'acceptation de ce matériel la condition de l'émission d'un emprunt bulgare à Paris. Le résultat des batailles ne permet pas de conclure à l'infériorité balistique du canon Krupp; il ne prouve qu'une chose: la supériorité du pointeur bulgare, et si celui-ci avait eu à faire campagne avec des pièces allemandes son succès eut été le même. Les accusations d'incurie lancées contre von der Goltz Pacha ne sont pas plus sérieuses. Le soin de réorganiser l'armée ottomane lui a été confié peu après la révolution turque. En 4 ans il ne pouvait constituer une armée digne de ce nom. C'est à partir de la chute de l'ancien Sultan que la politique a commencé à s'emparer du corps d'officiers. Jeunes-turcs, vieux-turcs et francs-maçons en ont détruit ainsi la cohésion. Au même moment on a commis la faute irréparable d'enrôler les populations chrétiennes. Ce sont ces soldats qui à Kirk-Kilisse ont les premiers donné le signal de la débandade et amené l'écroulement de la puissance militaire turque. En Bulgarie l'on est plus prudent: les Musulmans peuvent se racheter moyennant une taxe annuelle de 20 francs. Pour ce qui concerne les vivres, l'habillement, les médicaments, tous de provenance allemande, l'armée turque avait une supériorité évidente sur sa rivale, et celle-ci a été bien heureuse de trouver tout ce qui lui manquait dans les magasins abandonnés par l'ennemi. L'armée turque a péri par la politique et, même instruite par les officiers français, sa défaite était inéluctable.

57[1]).

BRUXELLES, 27. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 18 mars 1913, No. 338.)

Les préliminaires de la paix balkanique.

Les conditions inacceptables posées par les Etats balkaniques pour la conclusion de la paix s'expliquent par la certitude qu'ils ont de l'impossibilité où se trouvent les grandes Puissances de leur imposer leurs volontés.

D'après les informations du monde diplomatique de Berlin, un accord complet règnerait à Londres entre les Ambassadeurs qui ont reçu le mandat de préparer des solutions aux questions soulevées par la continuation des hostilités. Mais aucun d'eux n'est autorisé à rédiger un protocole, à tracer, même une virgule, sur une feuille de papier, sans l'assentiment préalable de son Gouvernement, et l'entente entre les différentes Puissances, qu'on jugeait trop longue et trop difficile à établir par des négociations entre Cabinets, ne parait pas plus aisée aujourd'hui à obtenir, depuis qu'on a recours au moyen suggéré par Sir Edward Grey et qu'on a constitué la réunion des Ambassadeurs accrédités à Londres comme une sorte de conseil délibératif, destiné à concilier les divergences de vues et à préparer le terrain pour une action commune des Puissances.

C'est précisément là que gît la difficulté de l'entente. Les désirs des Puissances ne peuvent se réaliser qu'à l'aide d'une pression exercée sur les Etats balkaniques. Jusqu'à présent l'unanimité fait défaut, dès qu'il s'agit de passer aux moyens d'action. On le sait à Sophia, à Belgrade et à Athènes, et cette inertie des grands Etats, qui s'est manifestée après les premières victoires des alliés, encourage ceux-ci à se montrer intransigeants.

Ils y sont poussés aussi par l'attitude de la Russie. **Les représentants des Etats balkaniques à Berlin ne font plus mystère aujourd'hui des liens étroits qui n'ont jamais cessé d'exister entre leurs Gouvernements et le Cabinet de Saint-Pétersbourg.**

---

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 102, S. 119.

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Polit.-Wych.

Lui seul était au courant de l'alliance conclue entre eux et ils ont marché de l'avant que nantis de son approbation. La diplomatie russe tient pour ainsi dire en laisse celle des alliés qui reçoit d'elle ses instructions et va prendre son mot d'ordre. Mais la diplomatie russe a beaucoup varié elle-même depuis le commencement des hostilités. **Dans les milieux politiques français on ne cache pas combien il est difficile de compter sur l'esprit brillant mais versatile des hommes qui dirigent l'empire allié de la France. On s'y plaint en particulier, à maintes reprises, de l'influence conservée par M. Iswolsky, lequel poursuit une revanche personnelle contre l'Autriche-Hongrie et s'efforce de brouiller les cartes, quand celle-ci parait gagner la partie.**

A Berlin on croit cependant que la guerre approche de son terme, parce que les alliés, malgré le «bluff» dont ils abusent, sont très désireux de traiter. On croit que la question de Scutari se résoudra conformément à la volonté du Cabinet de Vienne appuyé par l'Allemagne et l'Italie, d'annexer cette place à l'Albanie et en dépit des tergiversations de la Russie qui ne peut se décider à abandonner le Monténégro. Quant aux îles de la mer Egée, il parait impossible de mobiliser une escadre internationale afin d'en chasser les Grecs qui connaissent la valeur de l'axiome «Beati possidentes». Enfin, en présence de l'obstination de la Bulgarie à réclamer une indemnité de guerre on se demande si la résistance de la France et de l'Allemagne ne fléchira pas et si dans les pourparlers qui seront engagés à Paris sur ce point spécial on ne trouvera pas moyen de donner quelques satisfactions au Cabinet de Sophia.

On est venu ici à désirer la chute d'Andrinople pour hâter l'acquiescement de la Turquie à des exigences qu'on juge d'ailleurs excessives et le maintien du Cabinet jeune-turc contre les essais de soulèvement d'une partie des officiers pour trouver des Ministres qui consentent à signer l'acte de déchéance de la domination ottomane en Europe.

58.

BRUXELLES, 10. 4. 1913.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 28 mars 1913, No. 89.)

La chute d'Andrinople: La situation présente.

La chute d'Andrinople a causé ici beaucoup d'abattement, mais l'on s'inquiète surtout de voir les Bulgares continuer leurs opérations à Tchataldja.

Jusqu'ici les combats dans cette région n'avaient pas eu une très grande importance, les Bulgares s'étant bornés à refouler sur leurs lignes de défense les Turcs qui avaient occupé plusieurs positions avancées. Mais à présent il paraît probable que l'ennemi se prépare à forcer ce dernier rempart de Constantinople. L'on croit ici dans la plupart des cercles diplomatiques que la Russie n'est pas étrangère à ce mouvement.

Le Cabinet de Saint-Pétersbourg paraissait désirer sincèrement, il y a quelques semaines encore, voir la paix rétablie dans la péninsule balkanique. **Maintenant on le soupçonne d'encourager, sous main, le Gouvernement à Sophia à continuer la lutte; son but serait d'arriver à greffer la question des détroits sur celle des Balkans.**

Plusieurs des attachés militaires ici croient que l'ennemi ne possède pas actuellement les moyens d'attaque suffisants à Tchataldja pour forcer cette ligne de défense et qu'il ne pourrait réussir qu'en faisant venir la grosse artillerie qui a servi devant Andrinople. Cela prendrait plusieurs semaines.

Si d'ici là l'action diplomatique de l'Europe ne réussit pas à rétablir la paix, une grande bataille décidera vers la fin d'avril à Tchataldja de l'existence de l'Empire ottoman.

Le ressentiment s'accentue parmi les partisans de l'entente libérale aussi bien que parmi les officiers de l'armée contre les Unionistes que l'on rend responsables — et non sans raison — de la situation lamentable de l'Empire. Les ennemis de Mahmand Chefket Pacha semblent pourtant disposés à le laisser au pouvoir jusqu'à la conclusion de la paix, ne voulant pas renouveller la faute des jeunes Turcs qui, en renversant Kiamil Pacha la veille du jour où il allait conclure la paix se sont mis dans une position intenable.

59.

BRUXELLES, 12. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 31 mars 1913, No. 184.)

Guerre des Balkans. La chute d'Andrinople. Le conflit roumano-bulgare.

La prise d'Andrinople et la possibilité d'une marche sur Constantinople donnent un nouvel essor à l'enthousiasme des panslavistes russes. Le Général bulgare Dimitriew a été acclamé à la sortie du «Te Deum», et fêté à une réception du Grand État Major. La police a craint un moment de voir les étudiants manifester aux abords de l'Ambassade d'Autriche. A l'issue des «banquets slaves», on a salué la prise prochaine de la capitale turque, et un télégramme a été envoyé au «Times», critiquant le discours de Sir Edward Grey, proclamant que l'opinion russe n'admettait pas qu'on limitât les conquêtes slaves, et déclarant qu'une pareille attitude nuisait aux sympathies russes envers la Grande Bretagne.

Quant à la presse: la «Novoie Vremia» et les journaux de même tendance conseillent aux alliés de continuer leur marche victorieuse sur Constantinople, — et confondent les succès bulgares avec le triomphe de l'idée russe. Les uns voient déjà la capitale ottomane remise aux mains de la Russie: les autres l'abandonnent aux Bulgares, et se contentent des «clefs de la Mere Noire» assurées à la flotte russe. **La «Novoie Vremia» cependant prédit que cette fois encore la diplomatie russe tremblera devant l'Angleterre, «qui considère que tous les détroits du monde ont été donnés par Dieu à la Grande Bretagne».**

Beaucoup de journaux influents, d'autre part, — le «Rietsch» en tête, déconseillent aux alliés de continuer leur marche, estimant utopique l'idée de la possession définitive de Constantinople par les Slaves.

Aujourd'hui se tient la première conférence des Ambassadeurs à Pétersbourg, pour la médiation entre la Roumanie et la Bulgarie. Les délégués de ces deux Etats restent dans la

coulisse et ne sont pas admis aux délibérations. On examinera la proposition qui consiste à couper Silistrie en deux. La division ne pourrait se faire que parallèlement à la frontière et non perpendiculairement, à cause du pont que les Roumains réclament sur le Danube. Le Ministre de Roumanie a pour instructions de demander Silistrie comme condition «sine qua non». M. Sazonow, au contraire, déclare avoir appris de Bucarest que le Gouvernement du Roi Carol est disposé à s'incliner devant la décision des Ambassadeurs.

L'élément de conciliation est représenté par M. Sazonow. On comprend malaisément pourquoi le Cabinet roumain a décliné l'offre bienveillante que ce Ministre lui a faite à deux reprises, ces derniers temps, d'interposer officiellement ses bons offices entre les deux pays intéressés. Il est douteux que l'intervention collective des six Puissances, s'exerçant à Saint-Pétersbourg, amène une solution plus favorable pour la Roumanie.

60[1]).

BRUXELLES, 12. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 avril 1913, No. 422.)

Scutari—Conflit austro-monténégrin.

L'incident de Scutari est sans doute le plus grave qui se soit produit au point de vue européen depuis l'ouverture des hostilités balkaniques. Que le Roi du Monténégro s'entête dans sa résistance aux sommations de l'Autriche-Hongrie et à la pression des Puissances, cela se comprend du reste. Il joue sa couronne par suite de ses insuccès militaires, et il n'a chance de la conserver contre une révolution intérieure, conséquence probable de l'exaspération de ses sujets, qu'en devenant à leurs yeux la victime de la politique austro-hongroise. Mais il ne peut poursuivre le siège de Scutari qu'avec la coopération des Serbes. Or la façon dont ses derniers reçoivent les réclamations du Cabinet de Vienne ne s'explique que par l'appui qu'ils croient trouver à St. Pétersbourg. **Le chargé**

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 103, S. 120.

d'affaires de Serbie disait ici récemment que son Gouvernement ne serait pas allé de l'avant depuis six mois, sans tenir compte des menaces autrichiennes, s'il n'y avait pas été encouragé par le Ministre de Russie, M. de Hartwig, un diplomate de l'école de M. Iswolsky. Il faut avouer que l'événement a donné jusqu'à présent raison à l'audace aventureuse du Cabinet de Belgrade.

La politique russe témoigne une hésitation qui aggrave singulièrement la situation européenne. M. Sazonow est de cœur avec ses collègues qui dirigent la politique des Grandes Puissances, mais il sent son influence sur le Tzar battue en brèche par le parti de la Cour et par les Panslavistes. De là, les contradictions de sa conduite. Il adhère à Londres par l'organe de l'Ambassadeur de Russie au concert européen décidé à mettre à la raison le Monténégro, et il hésite à donner officiellement à la France le mandat de représenter son alliée russe dans le blocus des côtes monténégrines.

Qu'on soit las à Paris de ces tergiversations, cela ne fait pas de doute, mais on y subit en maugréant les conséquences de l'alliance et on se laisse entraîner dans une voie qui peut conduire à une guerre générale. A Berlin on n'est pas au fond plus satisfait de la direction imprimée à la Triple-Alliance dans la question balkanique par le Cabinet de Vienne, mais on fait meilleure figure et on envisage avec sang-froid les complications qui peuvent en résulter. Dans les déclarations pleines de réserve faites hier par le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères à la commission du Reichstag, le seul point sur lequel M. de Jagow se soit exprimé avec une netteté qui ne laisse aucun doute quant aux intentions de l'Allemagne, c'est l'appui que celle-ci est résolue de prêter jusqu'au bout à son alliée, l'Autriche-Hongrie.

On ne pense pas dans le monde diplomatique de Berlin, ou plutôt on n' espère plus que la démonstration navale devant Antivari empêchera la continuation du siège de Scutari et l'assaut final auquel les Monténégrins et les Serbes se préparent activement. Si la place tombe entre leurs mains, il faudra autre chose qu'un simple blocus et des sommations

inutilement répétées pour les en déloger. L'entrée des troupes autrichiennes sur un territoire balkanique, plutôt serbe que monténégrin, parce qu'en Serbie des opérations militaires seraient plus faciles qu'au Monténégro, motiverait une intervention de la Russie et déchaînerait peut-être une guerre générale. C'est une éventualité tellement grave qu'elle ferait reculer — on l'espère du moins ici — les deux Puissances, de la décision desquelles dépend aujourd'hui la paix européenne. En d'autres termes, on croit que la gravité du péril auquel toute décision inconsidérée exposerait l'Europe entière est la meilleure garantie que l'on ait qu'il sera évité.

Il faudrait nécessairement offrir une compensation au Monténégro, l'Autriche-Hongrie ne pouvant pas sans se déconsidérer, laisser en sa possession Scutari, la future capitale du futur Etat d'Albanie. On parle ici de l'offre d'une certaine étendue de côte avec une bande de territoire au sud de Dulcigno, qui comprendrait le port de Saint Jean de Médua, entouré de rochers et qui n'est pas susceptible d'un développement économique ou militaire.

61.

BRUXELLES, 18. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 9 avril 1913, No. 441.)

Armements allemands. Discours du Chancelier.

Le discours que le Chancelier de l'Empire a prononcé lundi dernier au Reichstag, à l'ouverture de la discussion en première lecture du projet militaire, n'a rien appris de nouveau sur les motifs qui ont décidé le Gouvernemnt Impérial à demander au peuple allemand cet énorme sacrifice. Il va de soi que ce n'est pas dans une séance publique, en s'adressant non seulement à la représentation nationale mais à l'Europe entière que M. de Bethmann Hollweg aurait exposé les mobiles secrets auxquels le Gouvernement Impérial a obéi, pour expliquer son changement d'attitude, car il n'y a pas trois mois que les organes ministériels assuraient qu'il n'était pas question d'une augmen-

tation des forces militaires; tout au plus prévoyaient-ils une extension à donner aux services de l'aérostation.

Le Chancelier dans un langage clair, mesuré, dépourvu des fleurs de rhétorique et du tour spirituel familiers au Prince de Bülow, a cherché à justifier la nécessité des armements par les considérations suivantes tirées de la situation extérieure actuelle: la substitution sur la carte d'Europe de la Confédération balkanique, Puissance nouvelle pleine d'énergie et de vitalité, à la Turquie, Etat vieilli et d'une passivité sans danger; l'accroissement de la force militaire de la Russie, la lutte qui se dessine entre le germanisme et slavisme et la violence grandissante des sentiments panslavistes auxquels correspondent de l'autre côté des Vosges les manifestations du chauvinisme français. Une guerre européenne ne pourrait éclater, a dit le Chancelier, sans que l'Allemagne y prit part — c'est l'évidence même — et une part sans doute prépondérante. Il faut donc que l'Allemagne s'arme et fasse tous les préparatifs commandés par le patriotisme et la prudence, afin de rester victorieuse. Le tableau que le chancelier a tracé de cet embrasement général, auprès duquel les guerres passées ne seraient que des jeux d'enfants, n'a rien malheureusement d'exagéré.

Mais en somme les raisons données par le premier ministre allemand sont plutôt des hypothèses que des faits réels, car de la situation extérieure proprement dite il a très sobrement parlé; on attendait avec un vif intérêt ce qu'il dirait de la résistance du Monténégro aux sommations des Puissances, et on a été déçu. Hypothèse, le remplacement de la Turquie par un Etat balkanique jeune et fort: l'alliance entre les vainqueurs cessera vraisemblablement avec le partage du butin, et leur épuisement même leur commandera vis-à-vis de l'Europe une contenance pacifique; il leur faudra du temps pour panser leurs blessures et réparer leurs forces. Hypothèse aussi, mise en avant par des écrivains et des journalistes, la lutte future du slavisme et du germanisme. Où s'arrête l'un et où commence l'autre? Hypothèse enfin, la prédominance à redouter des courants panslavistes et chauvinistes et des sentiments belliqueux des minorités sur les sentiments pacifiques des majorités.

En Russie le Souverain sait fort bien que le sol est miné par les sociétés secrètes et qu'en cas de guerre malheureuse le trône des Romanow serait condamné à s'écrouler. La circonspection que cette pensée doit entretenir chez le Czar est une des meilleures garanties que nous ayons pour le maintien de la paix.

Le passage du discours du Chancelier relatif aux relations de l'Allemagne avec la France est le plus intéressant. Mais l'orateur aurait pu prononcer une sorte de mea culpa, en citant l'influence néfaste qu'exerce la littérature chauvine française. En effet le nationalisme de nos voisins du sud, réveillé et poussé à son paroxysme par l'affaire Dreyfus, se serait peut-être assoupi de nouveau, au lieu de tourner toute sa haine contre l'Allemagne, sans les brusqueries inutiles de la politique allemande dans l'affaire marocaine. Il a, d'ailleurs, sa contre-partie dans l'Empire et la presse pangermaniste lui renvoie la réplique, sur un ton, il est vrai, moins violent. Quoiqu'il en soit, on garde l'impression, en lisant entre les lignes du discours de M. de Bethmann-Hollweg, malgré la courtoisie qu'il a témoigné à l'armée française, que le véritable adversaire contre lequel est dirigé le projet militaire, l'ennemi éventuel qu'on a toujours ici en vue, est et reste la France.

Que dire des compliments adressés à Sir Edward Grey et à la politique pacifiste de l'Angleterre, et même à M. Winston Churchill qui n'est pas suspect d'une sympathie excessive à l'égard de l'Allemagne sinon qu'ils dépassent un peu la mesure? Le Gouvernement Impérial veut que l'on sache urbi et orbi que le temps de sa rivalité navale avec la Grande Bretagne est passé, que les relations entre les peuples allemand et anglais, les plus puissants et les plus civilisés de l'Europe, sont redevenues des meilleures et que, par conséquent, il n'y a pas lieu de supposer que l'Angleterre prêterait son appui à la Russie et à la France en cas de guerre. Il semble que ce ne soit pas là le moyen le plus adroit pour gagner le cœur des Anglais.

La lecture du discours du Chancelier et des commentaires qu'il provoque dans la presse allemande n'est pas faite pour modifier les impressions produites par la publication du projet

militaire. Très discutable restera, après le débat engagé actuellement au Reichstag, la question de savoir si l'excès même de ces armements, qui sont un exemple et un avertissement pour les autres Etats, ne constitue pas un danger plutôt qu'une garantie pour la conservation de la paix européenne.

Quant au moment choisi pour faire voter le projet militaire, la Gazette de Francfort en donne une explication dans son numéro d'hier, qui me paraît plausible. Il fallait profiter de l'occasion offerte par la célébration du centenaire de la guerre de l'indépendance, par l'impression toute fraîche qu'a produite la campagne des Balkans et par l'ébranlement nerveux qui en est résulté en Allemagne comme dans le reste de l'Europe.

62.

BRUXELLES, 24. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 17 avril 1913, No. 492.)

L'incident de Nancy[1]).

Les trois commis voyageurs allemands qui étaient allés se divertir à Nancy en galante compagnie et ont été houspillés dans un café-concert et ensuite à la gare même par une jeunesse universitaire malapprise ne semblent pas être particulièrement intéressants. Ils sont même suspects d'avoir exagéré, pour se donner de l'importance, les mauvais procédés dont ils avaient été l'objet. Cela n'excuse pas la grossièreté chauvine des Nancéens. Mais il y a quelque dix ans ce banal incident nocturne n'aurait pas tiré à conséquence ni risqué d'envenimer les relations des deux pays.

Il n'en a pas été de même aujourd'hui. La presse berlinoise de toutes couleurs, sauf les organes socialistes, a fulminé avec violence contre la France et les Français. Des explications et une enquête ont été réclamées au Quai d'Orsay par l'Ambassadeur d'Allemagne. Par deux fois le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères a dû promettre au Reichstag que l'affaire

[1]) Über den Nancyer Zwischenfall vgl. auch Belgische Aktenstücke Nr. 104 und 105, S. 121 f. (Berichte von Baron Guillaume aus Paris).

serait poursuivie par le Gouvernement Impéria et que des représentations seraient faites au Gouvernement de la République sur l'insuffisance de la protection accordée en France aux sujets allemands. Des orateurs libéraux et conservateurs se sont livrés à cette occasion à de vives attaques contre le chauvinisme français, signalé déjà par le Chancelier dans son discours de la semaine passée comme un danger européen, thème sur lequel M. de Jagow a cru devoir lui aussi revenir.

L'Ambassadeur de France s'est plaint hier matin au Secrétaire d'Etat du ton peu mesuré dont il s'était servi pour traiter cet incident que M. Cambon s'est efforcé de réduire à des proportions moins tragiques. M. de Jagow, qui est modéré par tempérament, lui a répondu qu'il avait dû se mettre au diapason auquel était monté le Reichstag. M. Cambon est lui-même le fervent partisan d'une politique conciliante. On l'accuse souvent à Paris de manquer de fermeté. Cette fois-ci, pour ne pas encourir ce reproche, il a dû renforcer son langage; il a dit notamment qu'il ne s'expliquait pas ce déchainement de colères, sur la foi d'un télégramme lancé par les journaux et sans attendre les résultats de l'enquête officielle, après la courtoisie dont le Gouvernement de la République avait fait preuve envers les officiers du Zeppelin atterri à Lunéville, qu'il aurait pu soupçonner de se livrer à l'espionnage; on s'est contenté de leur demander leur parole d'honneur qu'ils n'étaient pas des espions.

Ce qu'il y a d'inquiétant dans la surexcitation patriotique provoquée ici par l'aventure des trois Allemands conspués à Nancy, c'est — l'état d'esprit qu'il révèle non pas tant dans la presse que dans la majorité du Reichstag. La presse berlinoise stigmatise chaque jour avec quelque raison le chauvinisme parisien. Mais de son côté, elle ne parle jamais des Français et de toutes les belles qualités qu'ils s'attribuent, que sur un ton ironique des plus blessants. Par contre c'est la première fois que nous voyons le Reichstag se saisir d'un incident pareil, comme s'il avait la gravité de ceux de Casablanca et d'Agadir et dicter pour ainsi dire au Gouvernement une attitude intransigeante. **Il est à craindre que, lorsqu'il aura voté la loi du ren-**

forcement de l'armée et qu'il sera certain de la force militaire de l'Empire, le Reichstag ne pousse le Gouvernement à se montrer intraitable vis-à-vis de la France, chaque fois que surgira un incident de nature à blesser les susceptibilités germaniques. Et ces petits événements se répètent vraiment trop souvent. C'est cette nervosité excessive de l'opinion publique allemande, qui trouve aujourd'hui son expression au sein même de la représentation nationale, qu'il faut considérer comme le symptôme le plus menaçant pour le maintien de la paix européenne.

63.

BRUXELLES, 28. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 22 avril 1913, No. 515.)

Incidents franco-allemands.

On peut croire l'incident de Nancy terminé après la note remise par le Secrétaire d'Etat à l'Ambassadeur de France, aux termes de laquelle le Gouvernement Impérial considère l'incident comme clos. Mais, voici qu'on essaye de réveiller celui de Lunéville. Un journal de Leipzig, très répandu en Saxe, les «Leipziger Nachrichten», vient de publier une lettre du commandant du Zeppelin, où cet officier tout en rendant hommage à la courtoisie des autorités militaires supérieures françaises se plaint des mauvais procédés des officiers subalternes, des soldats et de la population. Il est resté, à ce qu'il raconte, ainsi que ces compagnons plus de 20 heures sans qu'on leur apportât à manger, pour ne pas quitter son dirigeable, de crainte qu'on ne le détériorât en son absence (il avait refusé pour cette raison une invitation à diner du général) il lui a été interdit pendant ce temps de rentrer se reposer dans la cabine du dirigeable; il n'a pas pu obtenir l'aide des soldats français pour maintenir à terre le Zeppelin et il a dû payer à cet effet des ouvriers civils. Pendant les 21 heures qu'il a passées montant la garde auprès du dirigeable, il a entendu les sarcasmes des officiers et des soldats qui veillaient bayonnette au canon autour du Zeppelin et les propos hostiles de la population, etc. etc.

Ce requisitoire est publié quinze jours après que le Cabinet de Berlin a fait transmettre à celui de Paris les remerciements du Gouvernement Impérial. A l'Ambassade de France on se montre très irrité de cette manœuvre et on accuse le Prince héritier, dont les sentiments chauvins et anti-français ne sont pas douteux, d'en être l'inspirateur.

M. Cambon a reçu de son côté communication des rapports des commandants des différentes places fortes de la frontière de l'est au-dessus desquelles le Zeppelin a évolué avant d'être obligé d'atterrir à Lunéville. D'après ces rapports, le dirigeable allemand a plané et décrit des cercles autour de toutes les positions fortifiées comme pour les étudier. Il serait donc faux que son voyage ait été un voyage d'essai et que, poussé par le vent, incapable de s'orienter, il soit descendu sans savoir où il était sur le sol français. Il a poursuivi en France une tournée d'inspection; il a fait de l'espionnage militaire en pleine paix. M. Cambon est décidé à faire usage de ces rapports si la lettre publiée par les «Leipziger Nachrichten» soulève une nouvelle polémique. Il tient aussi en réserve les plaintes de plusieurs de ses compatriotes qui ont été molestés par la population dans différentes villes de l'Allemagne, celle entre autres de la femme du correspondant du «Matin», injuriée par des promeneurs au Tiergarten parce qu'elle parlait français.

A côté de cette explosion de sentiments hostiles à la France, il faut mentionner l'émotion soulevée au Reichstag par les révélations du député socialiste Liebknecht, relative à la corruption exercée sur des fonctionnaires de l'administration militaire par les maisons allemandes qui fabriquent du matériel de guerre, notamment par la maison Krupp, en vue d'obtenir communication de documents secrets. Le Ministre de la Guerre a répondu que les documents qui auraient été livrés ne pouvaient pas compromettre la défense nationale, mais que le Gouvernement voulait une lumière complète et qu'une instruction judiciaire était en cours. Elle est commencée depuis le mois de novembre. Comment n'a-t-elle pas encore abouti?

Tous ces faits, si on les rapproche les uns des autres, preuvent l'extrême nervosité de l'opinion publique allemande, entre-

tenue par le dépôt et la discussion des projets de loi militaire et financière du Gouvernement. Il faut espérer que de nouveaux incidents ne surgiront pas pendant cette période critique du côté de la France, car il est impossible de prévoir comment ils se termineraient.

64.

BRUXELLES, 8. 5. 1913.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 28 avril 1913, No. 238.)

Scutari. Le conflit austro-monténégrin et la Russie. Bulgarie et Serbie.

L'obstination du Roi Nicolas n'a pu prendre les Puissances au dépourvu: la chute de Scutari elle-même et ses suites, embarrassantes pour le concert européen étaient nécessairement prévues. Mais il s'agissait de parer au plus pressé, en retardant l'éventualité d'une action autrichienne isolée.

Le Gouvernement russe, qui reste pacifique avant tout, a fait en sorte de n'encourir de reproches de la part d'aucune grande Puissance. Mais on ne peut lui demander de se montrer plus sévère envers le Monténégro, que la France et l'Angleterre, opposées à toute mesure vraiment cœrcitive.

La nouvelle démarche collective à Cettigné ayant échoué, comme on le prévoyait, une action isolée de l'Autriche n'étonnerait personne à Pétersbourg. Peut-être même serait-elle tolérée plus facilement ici qu'on ne le pense généralement. La politique russe a fait ses preuves de conciliation: l'opinion publique seule reste à redouter. Les officiers parlent encore de l'armée autrichienne comme ils parlaient de l'armée japonaise avant la campagne de Mandchourie. Mais l'effet calmant, sur l'agitation nationaliste, du communiqué officiel et des mesures prises contre les manifestations, a surpris le gouvernement lui-même. Le ton des journaux chauvins s'est atténué: la «Novoié Vremia« tient compte des remontrances qu'elle a reçues, sur l'ordre de l'Empereur. Dans cet ordre d'idées, néanmoins, on ne peut rien affirmer pour l'avenir.

Dans la question de partage de territoires qui divise la Serbie et la Bulgarie, le gouvernement russe parait favorable à cette dernière. Il s'agit, en effet, de se garder contre un rapprochement futur — improbable encore, mais possible —, entre l'Autriche et la Bulgarie, au lendemain surtout de la décision concernant Silistrie, — où la Russie n'a pas cru pouvoir appuyer sans réserve le point de vue bulgare. L'exemple de l'Autriche peut la faire réfléchir. Le Gouvernement de Vienne a tâché de concilier, lui aussi, les désirs de Bucarest et de Sophia, avec ce résultat que la Roumanie commence à mettre en doute les avantages de sa longue politique austrophile.

65.

BRUXELLES, 10. 5. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 30 avril 1913, No. 1282.)

Conflit austro-monténégrin.

L'Europe se trouve évidemment à un tournant très grave de la crise balkanique. La situation résultant de l'attitude du Roi de Monténégro est d'autant plus délicate qu'elle met en cause l'amour-propre de l'Autriche. Personne ne peut aujourd'hui prévoir ce que l'avenir réserve. Pourtant, les impressions du Quai d'Orsay sont moins pessimistes qu'on ne pourrait s'y attendre.

Jusqu'ici, l'accord des Puissances n'a pas été entamé; mais on admet qu'il pourrait ne plus en être ainsi jusqu'à la fin de cette semaine. Si l'Empire dualiste veut absolument prendre une attitude plus énergique à l'égard de son petit voisin, et avoir recours aux armes, voire même sous forme de simple occupation, on se demande par qui il sera suivi. Il ne semble pas pouvoir compter sur la coopération de l'Angleterre et on a l'impression ici que l'Italie qui est, dans le fond très hostile à un acte de force contre le Monténégro, ne suivrait l'Autriche que si une autre Puissance se mettait à leurs côtés.

Il en serait autrement si le Cabinet de Vienne se décidait à s'emparer d'un port de l'Adriatique; l'entrée en scène de

l'Italie ne serait alors pas douteuse; mais ce ne serait plus alors comme alliée de l'Autriche, mais comme son adversaire.

On connait ici la position difficile de l'Empire austro-hongrois et les nombreuses raisons qu'il a de désirer la paix; on espère que ces considérations lui imposeront la prudence. On ne doute pas des intentions pacifiques de l'Allemagne et même de la Russie; il est permis même de se demander si une simple action autrichienne contre le Monténégro déterminerait le Cabinet de Saint-Pétersbourg à intervenir; on ne le croit pas – mais il en serait sans doute autrement si, comme le disent certains journaux, le Gouvernement de l'Empereur François-Joseph avait la prétention de garder les „territoires serbes ou monténégrins" qu'il pourrait occuper au cours de son action contre le Roi de la Montagne Noire.

On a la confiance que le Cabinet de Berlin fait tous ses efforts pour engager son alliée à être prudente, et l'on a l'impression que les armées de l'Empereur Guillaume n'interviendraient que dans le cas d'une guerre austro-russe.

Le coup d'audace d'Essad Pacha complique beaucoup la situation et met l'Autriche dans une position difficile. S'il a 30 000 hommes avec lui et que Djavid Pacha en a 15 à 20 000, ils représentent à eux deux une force qui n'est pas négligeable. On ne croit pas que le dit Essad Pacha agisse sur une instigation de Constantinople, mais le fait seul de sa nationalité et de l'appui qu'il trouve dans une partie de la population albanaise suffit pour créer une situation qui rend très difficile la position de l'Autriche.

66.

BRUXELLES, 10. 5. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 mai 1913, No. 1310.)

Réveil du nationalisme en France.

On a signalé à plusieurs reprises depuis un an le réveil en France d'un certain chauvinisme qui pourrait offrir de graves dangers. Quelques journaux ont, à ce point de vue, une ten-

dance malsaine; des théâtres nombreux donnent des pièces de nature à surexciter les esprits et à aggraver une situation déjà trop accentuée. Il n'est pas une «revue» ou une représentation de Café-concert qui ne se distingue pas dans ce sens, et les tirades les plus chauvines soulèvent des applaudissements frénétiques.

Hier, on a donné un éclat particulier à la fête de Jeanne d'Arc; le nombre des maisons pavoisées était grand et les manifestations patriotiques furent nombreuses.

Cette tendance est dangereuse, parce qu'elle peut créer des incidents dont les effets seraient difficilement conjurés. Il ne faut cependant pas perdre de vue que, dans le fond, le vrai peuple français n'approuve pas ces manifestations et redoute — quoiqu'on en dise — l'éventualité d'une guerre avec l'Allemagne. Ce qui le prouve, c'est l'attitude généralement prudente et raisonnable de la presse sérieuse, lorsqu'un incident surgit avec les voisins de l'est. Il en fut quelques-uns récemment, et rares ont été les journaux qui ont cherché à envenimer la situation et à blâmer le Gouvernement de son esprit de conciliation.

Les Ministres ont eu, plusieurs fois, dans ces derniers temps, l'occasion de prononcer des discours patriotiques. Tous réclament le vote de la loi de trois ans avec insistance, invoquant les armements de l'Allemagne pour en expliquer la nécessité, mais tous se gardent de mots provocateurs, d'attitudes qui pourraient (être) considérées comme belliqueuses. Il en fut encore ainsi, avant-hier à Caen, où M. le Président du Conseil prononça un grand discours politique.

67[1]).

BRUXELLES, 5. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 26 mai 1913, No. 644.)

Mariage de la Princesse Victoria-Louise. Rapprochement anglo-allemand et Congo-belge.

Un mariage princier fut rarement aussi populaire que celui de la Princesse Victoria-Louise avec le Prince Ernest-Auguste,

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 106, S. 122.

Duc de Brunswick et Lunebourg. Les habitants de Berlin ont témoigné leur satisfaction par des ovations à la famille impériale, qui se sont étendues aux hôtes royaux qu'elle recevait à cette occasion. Il est aisé de constater par la lecture des journaux que le même sentiment, fait d'approbation et de contentement, a été éprouvé dans toute l'Allemagne. On était content de voir terminer d'une manière aussi heureuse la vieille querelle des Guelfes et des Hohenzollern qui pesait, comme un legs pénible du passé, sur les brillantes destinées du nouvel Empire allemand. On approuvait l'Empereur, non pas seulement d'avoir donné sa fille unique au fils de son ancien ennemi, mais aussi d'avoir traité ce dernier, pendant toute la durée des fiançailles de leurs enfants, avec une courtoisie qui ne s'est pas démentie un seul instant, en évitant soigneusement tout ce qui pouvait froisser l'amour propre de l'héritier du vaincu de Langensalza. Dans le toast, plein de tact et d'élévation que Guillaume II a porté au jeune couple pendant le banquet nuptial, il s'est plu à mettre sur le même pied les maisons des Guelfes et des Hohenzollern «qui ont joué des rôles si marquants dans le développement historique de la patrie allemande».

Le Duc de Cumberland, oncle du Roi d'Angleterre et de l'Empereur de Russie, a toujours été l'objet de la part de ces deux Princes d'une sympathie des plus marquées. La Cour britannique n'a jamais oublié que la maison de Hanovre est une branche détachée du tronc royal de la maison d'Angleterre. Aussi la solution chevaleresque apportée à la question guelfe par Guillaume II a-t-elle été accueillie avec une joie sincère tant à Londres qu'à St. Pétersbourg. Quoi d'étonnant que les Souverains Anglais et le Tzar aient tenu à montrer leur satisfaction en assistant au mariage qui a scellé la réconciliation des Guelfes et des Hohenzollern? Ce sentiment, plus encore que les liens de famille, suffirait à justifier leur présence ici pendant les fêtes qui viennent de se terminer.

On a cherché, d'autre part, à attribuer à la réunion des trois principaux monarques de l'Europe une certaine importance politique. De politique proprement dite il n'a pas dû être beaucoup question dans les entretiens de Guillaume II et de Georges V. Mais

l'Empereur allemand n'a sans doute pas laissé échapper l'occasion d'engager des conversations intéressantes avec le Tzar[1]).

On peut dire, tout au moins, sans risquer de se tromper que la visite du couple royal d'Angleterre à Berlin apparait comme la confirmation et comme la consécration aux yeux de l'Europe du rapprochement qui s'est incontestablement opéré entre l'Allemagne et la Grande Bretagne pendant la guerre balkanique, où les deux Etats ont agi de concert pour la préservation de la paix européenne.

Quant au voyage du Tzar, il est une nouvelle preuve des bonnes relations inaugurées lors de l'entrevue de Potsdam et cimentées par celle de Port Baltique, qui existent entre les maisons régnantes des deux Empires voisins et aussi entre leurs Gouvernements. La guerre balkanique n'y a pas porté atteinte. Des diplomates français clairvoyants accusent la Russie de jouer un double jeu vis-à-vis de son alliée au profit de l'Allemagne. Cela n'est pas impossible.

68.

BRUXELLES, 20. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 juin 1913, No. 730.)

Balkans — Différends entre alliés.

L'intervention personnelle de l'Empereur de Russie auprès des Cours de Sophia et de Belgrade permet encore d'espérer l'aplanissement du conflit. Si cette intervention s'était produite quinze jours plus tôt, le danger d'une nouvelle guerre balkanique serait très probablement écarté.

Du côté serbe l'intransigeance ne semble pas avoir diminué. La note que le Ministre de Serbie doit remettre aujourd'hui au cabinet bulgare a presque le caractère d'un ultimatum; demande en revision du traité d'alliance, demande du retrait des troupes qui occupent les nouvelles frontières serbes; faute d'une réponse

[1]) Der Hinweis des Originalberichtes: «a voir le Souverain anglais, on a peine à croire qu'il soit capable, comme son père, de diriger la politique extérieure de son pays» ist im Zirkular ausgelassen.

favorable au bout de deux jours, menace de proclamer l'annexion à la Serbie des territoires réclamés par elle. A en croire le Chargé d'Affaires de Serbie à Berlin, son Gouvernement est sûr, en cas de guerre, de la victoire. M. Boghitchevitch assure en outre que la note en question a été approuvée par le Ministre de Russie, M. de Hartwig et que les Serbes restent plus que jamais respectueux et reconnaissants des conseils du Gouvernement du Tzar. **Ce langage jette un nouveau jour sur la double politique pratiquée par M. Sazonow, dont on ne saurait suspecter la sincérité et par les agents russes dans les Balkans qui obéissent, soit à des préoccupations personnelles, soit aux suggestions des panslavistes et de certains membres de la famille impériale. Pour ces derniers, l'essentiel est d'empêcher à tout prix la Serbie de se rapprocher de l'Autriche-Hongrie et de la rendre puissante, pour qu'elle puisse un jour reprendre les provinces serbes détenues par la monarchie dualiste.** Quant à la Bulgarie, les panslavistes croient fermement qu'elle ne trahira jamais la cause slave. Il est certain, d'autre part, que la Serbie ne parviendrait pas à se développer sans un débouché sur la mer Egée, puisque l'accès de l'Adriatique lui est interdit; or ce débouché n'existera pas pour elle, tant que les Bulgares occuperont la route de Salonique.

Le Ministre de Bulgarie à Berlin M. Guechow ne semble pas moins belliqueux que son collègue serbe, quand il parle de l'inébranlable résolution du Gouvernement bulgare de réclamer l'exécution du traité d'alliance. Il ajoute toutefois qu'à Sophia on aura certainement égard autant que ce sera possible au désir du Tzar d'éviter un conflit. Ce qu'il ne dit pas, c'est que l'attitude de la Roumanie doit donner à réfléchir aux Ministres bulgares qui seraient forcés d'acheter sa neutralité par des concessions autrement larges que l'abandon de Silistrie. Il est à présumer que le Gouvernement russe se sert de la Roumanie comme d'un épouvantail pour peser sur l'indécision de M. Danew, dont le cabinet en formation devra assumer dès son début les plus lourdes responsabilités. Le Tzar Ferdinand continue à se tenir enfermé, comme s'il voulait se soustraire aux conséquences de la décision à prendre, et ne communique plus que par des notes avec ses Ministres.

Si l'on parle ici de la situation critique des peuples balkaniques aux représentants de la Triple-Alliance, ils font tous la même réponse: «Libre à eux de s'égorger; cela ne nous regarde pas.» N'étaient les intérêts de la Russie, dont le prestige aurait tant à perdre à cette lutte fratricide et celui des porteurs français de fonds serbes et bulgares, il est probable que le Gouvernement de la République, excédé de la conduite des Gouvernements balkaniques, ne parlerait pas autrement que la Triplice et ne seconderait pas, comme il le fait, son allié pour arriver à désarmer les Etats rivaux.

69[1]).

BRUXELLES, 20. 6. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 12 juin 1913, No. 1715.)

Loi des trois ans.

Les journaux ont annoncé que le Conseil des Ministres avait décidé d'inviter la Chambre des Députés à consacrer prochainement des séances supplémentaires à la discussion de la loi militaire, dont il est résolu à assurer le vote avant les vacances parlementaires.

Le fait est vrai; on le confirme au Ministère des Affaires Etrangères. Le Gouvernement entend que la loi établissant le service de trois ans soit adoptée avant que la Chambre des Députés ne se sépare, dût-elle siéger au delà du 14 juillet. Et il se déclare assuré de l'adoption de son projet. Il compte sur une belle majorité pour voter le principe: les articles suivants réuniront des chiffres de voix divers et puis, pour l'ensemble du projet, on prévoit un chiffre d'adhérents encore plus important que pour le vote du principe.

On est donc dès à présent certain de l'introduction dans la législation française de dispositions que le pays ne pourra vraisemblablement supporter longtemps. Les charges de la nouvelle loi seront tellement lourdes pour la population, les dépenses qu'elle entraînera seront tellement exorbitantes, que le pays protestera bientôt, et la France se trouvera devant ce dilemme:

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 107, S. 124.

une abdication qu'elle ne pourra souffrir ou la guerre à brève échéance. La responsabilité de ceux qui ont entraîné la nation dans cette situation, sera lourde. Il est aujourd'hui défendu, sous peine de passer pour un traitre, d'émettre un simple doute sur la nécessité d'adopter le service de trois ans. Chacun se rend compte que l'ensemble de la nation est loin d'être favorable à la réforme que l'on prépare et comprend le danger qui menace l'avenir; mais on ferme les yeux et l'on marche en avant.

La propagande en faveur de la loi de trois ans, destinée à amener le réveil du chauvinisme a été admirablement bien préparée et menée; elle a commencé par servir à l'élection de M. Poincaré à la Présidence de la République, elle poursuit aujourd'hui son œuvre sans souci des dangers qu'elle fait naître; le malaise est grand dans le pays.

70.

BRUXELLES, 24. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 juin 1913, No. 739.)

Conflit entre alliés. Intervention russe.

Le ton énergique du télégramme du Tzar aux Rois de Bulgarie et de Serbie a produit une profonde impression dans le monde diplomatique de Berlin. Le «quos ego» qu'il a prononcé comme un maître s'adressant à ses feudataires, l'évocation de la cause slave dont il s'est déclaré ainsi pour la première fois le représentant officiel, inaugurent de la part de l'Empereur de Russie une attitude nouvelle dont les conséquences sont difficiles dès aujourd'hui à apprécier, mais qui donnent matière aux plus sérieuses réflexions.

Le Ministre de Roumanie, très frappé de ce langage péremptoire, croit que la Bulgarie ne s'y soumettra pas. M. Beldiman est d'avis que le Tzar Ferdinand y a répondu sur un ton très digne où perce la volonté de ne pas reconnaître au Tzar de Russie le protectorat qu'il veut s'arroger sur les Balkans.

Le Ministre de Bulgarie évite de se prononcer sur ce point délicat. Il prétend que le télégramme de Nicolas II reconnait

la validité du traité d'alliance entre la Bulgarie et la Serbie, et que le partage prévu dans le traité ne fera pas matière à arbitrage. Il se pourrait que la Bulgarie fut invitée à faire quelques sacrifices, mais les points essentiels du traité ne seront pas contestés par l'arbitre.

Suivant le Chargé d'Affaires de Serbie, l'intervention du Tzar est venue trop tard. Il croit qu'elle ne produira d'autre effet à Belgrade que d'amener peut-être la retraite du Cabinet Patchich, ce qui contribuerait à embrouiller la situation. Le Gouvernement serbe, semble-t-il, n'a pas confiance dans le résultat de l'arbitrage; cette solution, pour trancher le différend ne lui sourit pas; il s'attendait peut-être, d'après les promesses du représentant du Tzar à Belgrade, à ce que la Russie pesât sur la Bulgarie pour l'amener à faire de larges concessions, et il a été déçu. D'autre part une guerre serbo-bulgare, où les Serbes seraient victorieux amènerait une intervention autrichienne en vue d'empêcher la création d'une trop grande Serbie.

L'opinion générale des diplomates accrédités à Berlin, conforme à celle de la majorité des journaux de la capitale, est cependant qu'on s'achemine vers une solution pacifique du conflit, mais qu'elle laissera derrière elle des foyers, mal éteints, de rancunes et de haines. A Paris on est très monté, au dire de l'Ambassadeur de France contre les Balkaniques qu'on traite d'enfants rusés et incorrigibles.

71.

BRUXELLES, 3. 7. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 24 juin 1913, No. 767.)

Jubilé de Guillaume II.

Les fêtes du jubilé des 25 années de règne de l'Empereur ont mis en évidence la réelle popularité dont jouit Sa Majesté auprès de ses sujets après ce long exercice du pouvoir. La foule amassée dans les rues de la capitale où a passé le Souverain lui a prodigué les ovations les plus spontanées et les plus sincères. Ces marques d'affection continuent dans le voyage poursuivi par le Chef de

l'Empire pour se rendre à Kiel en passant par Hanovre et par Hambourg.

Près de cinq années se sont écoulées depuis la publication dans une revue anglaise d'une interview qui avait soulevé contre Guillaume II l'opinion publique allemande. Presque toute la presse germanique oubliant les services qu'il avait rendus à l'Etat, l'accusait alors en termes amers de ne pouvoir contenir son intempérance de langage et de jouer un rôle personnel contraire à la Constitution comme aux intérêts de l'Empire. Comment expliquer le revirement qui s'est produit depuis ce temps en faveur du Souverain si violemment pris à partie?

Comme l'a fort bien dit le Président du Reichstag dans le discours qu'il a prononcé à l'occasion du jubilé impérial, le peuple allemand est reconnaissant à Guillaume II des bienfaits que lui ont procurés vingt cinq années d'un règne pacifique. Il lui sait gré d'avoir maîtrisé, en montant sur le trône, les penchants belliqueux et les rêves de gloire militaire qui devaient hanter l'esprit d'un homme de son âge, devenu chef de la première armée du monde, pour se vouer exclusivement au développement économique de l'Allemagne. Le peuple allemand reconnait, en présence du magnifique résultat obtenu, la part qui en revient à l'Empereur, partageant et encourageant le labeur de ses sujets, les incitant à la conquête de nouveaux débouchés, leur indiquant la voie à suivre par des paroles prophétiques comme celles-ci: Notre avenir est sur mer. Unsere Zukunft ist auf der See!

La nation allemande admire, d'autre part, les vertus domestiques dont l'Empereur a donné l'exemple, et sa sentimentalité s'est attendrie, en le voyant encourager l'inclination de sa fille et consentir paternellement à ce qu'elle fît un mariage d'amour qui s'est trouvé être en même temps une union politique des plus heureuses.

La presse de toutes nuances a rendu hommage au pacifisme de Guillaume II et à la communauté de sentiments qui existe sur ce point entre lui et son peuple. Le «Vorwärts» lui-même, à l'occasion de l'anniversaire célébré le 15 juin, a parlé en termes modérés de l'ennemi de la sociale démocratie. Il a semblé regretter que, malgré ses aspirations libérales, l'Empereur fût

resté le prisonnier des partis réactionnaires par le fait de la situation qu'il occupe et des traditions qu'il a héritées. Le journal socialiste n'a pas mis en doute que Guillaume II veuille sincèrement la paix et qu'il soit de bonne foi en croyant que le meilleur moyen d'éviter la guerre est d'augmenter la force de son armée. Mais ces armements excessifs constituent justement, aux yeux du «Vorwärts», le plus grand danger qui menace la tranquillité de l'Europe.

Guillaume II sera-t-il toute sa vie «l'Empereur de la paix», ce beau titre que M. Hanotaux met un peu trop d'insistance, dans un récent article du Figaro, à le prier d'accepter? **Sans parler du cas de conflit où l'Allemagne serait entraînée par ses alliés de la Triplice, on doit se demander si la répugnance personnelle de l'Empereur à donner le signal d'une guerre qui bouleverserait l'Europe serait une barrière suffisante pour arrêter les tendances belliqueuses de ses sujets. Le jour peut venir où les classes dirigeantes allemandes, non pas seulement les pangermanistes mais les libéraux, eux-mêmes, conscients de la puissance de l'Allemagne, jaloux d'étendre au loin son hégémonie, voudront contraindre le chef de l'Empire à employer l'arme formidable qu'ils ont forgée et mise entre ses mains, pour briser les résistances qui s'opposeraient à l'extension coloniale et commerciale de leur pays. Ce jour-là Guillaume II se conformerait probablement aux vœux de l'opinion publique, comme il l'a fait jusqu'à présent en étant le gardien de la paix.**

72.

BRUXELLES, 13. 8. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 6 août 1913, No. 957.)

Deuxième conflit balkanique. La Conférence de Bucarest.

La Conférence de Bucarest où se jouent les destinées de la Bulgarie, n'éveille qu'un médiocre intérêt à Berlin; le monde politique et le public berlinois trouvent que le conflit balkanique a trop duré. Les télégrammes venant des Balkans n'occupent plus la première place dans les diverses éditions des journaux;

ils ont dû la céder au procès Krupp et sont généralement relégués à la seconde page. L'Empereur achève sa croisière dans la Mer du Nord; le Chancelier se repose de sa rude campagne parlementaire dans sa propriété et M. de Jagow qui n'a pas autant besoin de se refaire, n'étant à la tâche que depuis cinq mois, n'en a pas moins pris un congé de quinze jours. L'absence simultanée des trois auteurs responsables de la politique étrangère de l'Allemagne prouve qu'ils ne redoutent pas que la paix européenne puisse être troublée par les événements balkaniques.

Ici, où l'on a plus que partout ailleurs le culte de la force, où l'on est plus sensible que dans les autres capitales au prestige des succès militaires, on ne s'est pas apitoyé sur le sort de la Bulgarie, tombée, en moins d'un mois, du piédestal que lui avaient dressé ses victoires, au dernier degré de l'infortune et de l'impuissance. On estime qu'elle doit subir les conditions de ses vainqueurs, si dures qu'elles soient, et l'on oublie volontiers qu'elle a supporté presque tout le poids de la campagne précédente, dont le gain lui échappe aujourd'hui. La cession à la Grèce de Kavalla, qui menaçait, dès le début, d'être la pierre d'achoppement des négociations pour la paix, apparait ici comme une nécessité inéluctable. Ce n'est pas un secret que l'Empereur Guillaume est favorable aux prétentions grecques, depuis qu'un revirement s'est fait dans son esprit ou dans son cœur en faveur des nouveaux souverains hellènes, et la diplomatie allemande, sortant de la réserve qu'elle s'est imposée jusqu'ici, appuie ces revendications à Bucarest. Le Cabinet de Berlin s'est séparé dans la question de Kavalla de ses alliés, mais il l'a fait avec cette discrétion dont sont empreintes ses démarches aussi bien à Constantinople que dans les capitales balkaniques. Peut-être un homme tel que M. de Kiderlen eût-il imprimé à la politique allemande une allure plus décidée et lui aurait-il prêté un ton plus énergique et plus impératif.

Sous le règne du Cabinet Danew, la diplomatie bulgare a commis des fautes si lourdes qu'elles ont achevé, quand elles ont été mieux connues, d'aliéner à la Bulgarie les sympathies des cercles politiques de Berlin, de même que les cruautés commises par les troupes bulgares soulevaient contre elles ici un sentiment

de réprobation et d'aversion unanime. On sait, par exemple, que l'accord, conclu sous les auspices de la Russie, entre les Cabinets de Bucarest et de Sophia, n'a pas été ratifié, ce qui a permis à la Roumanie d'intervenir sans scrupule dans le nouveau conflit balkanique, à cause de l'entêtement absurde de M. Danew et de ses collègues. Une zône de trois kilomètres, concédée à la Roumanie autour de Silistrie, devait, selon eux, partir de la ville même et non de la douane, située à quelques pas plus loin, et ils ont perdu un temps précieux en discutant âprement pour la possession de quelques mètres de terrain. Après le traité de Londres, le Gouvernement bulgare a maintenu ses troupes sur le territoire laissé à la Turquie en deçà de la ligne Enos-Midia, parce qu'il n'avait pas abdiqué tout espoir de conserver un accès à la mer de Marmara; il a ainsi fourni aux Jeunes Turcs un prétexte pour recommencer les hostilités et envahir le Thrace, quand une occasion inespérée de revanche s'est offerte à eux.

On comprend ici que le double jeu des politiciens bulgares aient dégouté le Cabinet de Saint-Pétersbourg de ses frères slaves, rebelles à tous les conseils. Malgré l'optimisme qui est de commande dans les bureaux de la Wilhelmstrasse, quand on parle de la question d'Andrinople, et malgré les sages conseils prodigués à la sublime Porte par l'officieuse Gazette de l'Allemagne du Nord, on est devenu sceptique dans le monde diplomatique de Berlin quant aux moyens pratiques d'expulser les Turcs de la capitale de la Thrace. Les démarches des représentants des grandes Puissances, il est vraisemblable qu'ils n'en tiendront aucun compte. Les avantages financiers qu'on fait luire à leurs yeux, ils savent bien qu'on ne peut pas les leur refuser dans l'intérêt même des créanciers de la Turquie. Une action militaire enfin, il n'en est pas question. La Russie convoite sans doute l'Arménie, mais elle n'est pas pressée d'y faire pénétrer ses soldats, de crainte de déchaîner des complications européennes. Aucun mouvement populaire ne se dessine, d'ailleurs, dans l'Empire slave pour forcer la main à M. Sazonow et le contraindre à une intervention armée contre les Turcs en faveur des Bulgares. D'autre part, le Comité Union et Progrès a un intérêt vital à conserver Andrinople, il reprendra par là son ancien ascendant sur

l'armée et s'assurera un plus long exercice du pouvoir. Ce n'est pas en Allemagne que cette résurrection du Croissant causera du regret ou de la mauvaise humeur. On y serait plutôt tenté d'applaudir au coup d'audace d'Enver Bey, après l'avoir traité il y a quelques mois d'assassin et d'homme néfaste. Les impressions se modifient rapidement, suivant le succès ou l'insuccès des acteurs en scène.

De ces contradictions et de ces changements dans la conduite des grandes Puissances un fait ressort, chaque jour, avec plus d'évidence, c'est que l'Europe ne veut pas se battre. Aucun des grands Etats ne désirent une guerre générale, chacun semble en avoir peur en ce moment. C'est une constatation dont les petits pays doivent se réjouir. **Au lieu de critiquer malignement le rôle joué par la diplomatie autrichienne pendant toute la durée du conflit balkanique où elle n'a connu que des échecs, sauf en ce qui concerne la future Albanie, on devrait être reconnaissant à l'Autriche-Hongrie de ses hésitations et de ses reculs, car si elle, la principale intéressée des grandes Puissances dans la partie qui se jouait sur sa frontière balkanique, s'était décidée à y intervenir, une guerre européenne en serait résultée. C est à l'indécision du Comte Berchtold et sans doute aussi à l'esprit pacifique de son vénéré Souverain que nous devons d'avoir échappé à une conflagration générale.**

73.

BRUXELLES, 31. 10. 1913.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 22 octobre 1913, No. 281.)

Conflit albano-serbe. Attitude de la Roumanie.

Le Gouvernement roumain est intervenu auprès du Gouvernement serbe en faveur de l'Albanie dont il ne peut admettre la diminution sous prétexte pour la Serbie de nécessités stratégiques, d'autant plus que la Conférence de Londres a déjà attribué à cette dernière beaucoup de territoires plus albanais que serbes. Quoique la Roumanie reconnaisse que l'Albanie est une création de l'Europe à laquelle incombe exclusivement

le soin d'en tracer les frontières, elle ne se désinteresse nullement d'un état dans lequel seront incorporés plusieurs milliers de macédo-roumains.

Cet avertissement parvenu à Belgrade quelques jours avant l'ultimatum de l'Autriche-Hongrie y a fait impression. Aussi envisage-t-on à Bucarest la situation générale dans les Balkans avec beaucoup d'optimisme. La Serbie cédera à la pression de l'Europe et retirera ses troupes du territoire albanais. On est aussi persuadé ici que l'Autriche ne nourrit aucun sentiment hostile contre la Serbie mais a simplement voulu faire respecter les décisions de l'Europe.

Le séjour à Sinaïa où ils sont les hôtes du Roi Charles du Prince et de la Princesse de Wied a fait courir le bruit que la Roumanie appuyait la candidature de ce prince au trône d'Albanie. Mais on affirme maintenant de source très autorisée que les intentions du Roi Charles sont de garder à cet égard une neutralité bienveillante mais absolue, la question dépendant de la volonté des grandes Puissances. Il paraît que Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne lui-même se montre très réservé au sujet de cette candidature, ne voulant pas se trouver placé, en cas de conflit albano-grec, entre les intérêts de son beau-frère et ceux d'un prince allemand qu'il aurait soutenu.

74.

BRUXELLES, 3. 11. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 25 octobre 1913, No. 1267.)

Albanie. Conflit austro-serbe. Opinion russe. Divergences de vues entre l'Allemagne et l'Autriche. Grèce et Turquie.

Une fois de plus, les événements se sont précipités dans les Balkans. Le Cabinet de Vienne a perdu patience; il a envoyé un ultimatum à Belgrade et la Serbie s'inclinant encore une fois devant les menaces de l'Empire voisin, s'est hâtée d'aviser les Grandes Puissances que ses troupes allaient évacuer l'Albanie.

Les plus chauds défenseurs du Cabinet de Belgrade ont été cette fois-ci les journaux français. Le «Temps» s'est signalé

en particulier par la violence de son langage contre la politique austro-hongroise. Le Gouvernement russe est loin de donner aussi complètement raison aux Serbes, quoiqu'ils soient ses protégés bien plus que ceux de la France. On estime dans les milieux diplomatiques russes que le Cabinet Pasitch a eu tort, dès le début du conflit de frontière avec les Albanais de ne pas jouer franc jeu avec les Puissances en leur déclarant formellement que l'occupation par les troupes serbes de quelques points stratégiques en Albanie ne serait que provisoire et ne durerait que le temps nécessaire pour prévenir le retour de pareils incidents.

Les diplomates russes, s'ils n'approuvent pas la politique serbe, n'en condamnent pas moins très sévèrement celle de l'Autriche-Hongrie. Ils la croient inspirée par le parti militaire qui pousse la monarchie dualiste à un conflit avec les Serbes au mépris des ses véritables intérêts. Le meilleur moyen pour elle de réparer les fautes commises pendant ces derniers mois serait de se rapprocher des Slaves des Balkans et de répondre ainsi aux vœux de la population slave, très nombreuse en Autriche comme en Hongrie.

Il ne semble pas que les initiatives dangereuses prises par le Cabinet de Vienne sans consulter celui de Berlin soient du goût de ce dernier: il suit en rechignant son allié trop pressé d'agir, mais il ne lui épargne pas en chemin les conseils et les reproches.

Ces dissentiments entre les directeurs de la politique des deux Empires alliés donnent à la présence de l'Empereur Guillaume chez l'Archiduc-Héritier à Konopischt, où il est arrivé jeudi dernier, un intérêt particulier. Il n'est pas interdit de supposer que Guillaume II avec sa franchise ordinaire aura exprimé à son hôte son opinion et celle de son Gouvernement sur les procédés de la diplomatie autrichienne, ses maladresses, ses incohérences et les dangers qu'elle fait courir à la paix européenne. L'alliance et l'amitié des deux Empires n'ont subi encore aucune atteinte, mais il ne faudrait pas que l'impéritie autrichienne mît la patience allemande trop souvent à l'épreuve.

Des nouvelles plus favorables continuent à être publiées au sujet des négociations gréco-turques. La question des vakoufs

semble résolue et la conclusion d'un traité de paix entre la Turquie et la Grèce parait moins incertaine qu'il y a quinze jours. Mais la paix ne sera probablement assurée que si les Grecs renoncent à la possession des îles avoisinant la côte d'Asie, telles que Chio et Mitylène. Ces îles ont peu de valeur au point de vue de la fertilité, en comparaison des magnifiques régions de la Macédoine qu'une nouvelle guerre risquerait de faire perdre à la Grèce. Mais ces rochers ont pour les Turcs une importance de premier ordre pour la défense de l'Asie mineure et ils ne veulent pas qu'ils servent de dépôts d'armes et de postes avancés à l'hellénisme en cas de nouveaux conflits. On croit que la question des îles sera résolue par une entente directe entre la Turquie et la Grèce ou bien par une nouvelle guerre dont l'Europe resterait simple spectatrice. Les Puissances ont des intérêts à ménager dans l'un comme dans l'autre pays, elles ne veulent s'aliéner ni les Grecs ni les Turcs et n'auront d'autre moyen d'y réussir que d'observer une complète neutralité.

75.

BRUXELLES, 6. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 22 novembre 1913, No. 1386.)

Négociations franco-allemandes à Berlin. L'incident de Saverne.

Des négociations avaient eu lieu l'été dernier entre la Deutsche Bank et la Banque Ottomane au sujet des concessions de chemin de fer accordées respectivement à ces deux établissements financiers par le Gouvernement Ottoman en Asie Mineure. Le Gouvernement Impérial et le Gouvernement de la République, estimant que ces questions, outre leur intérêt économique, présentaient pour les deux pays un intérêt politique auquel ils ne devaient pas rester indifférents, résolurent de soumettre de commun accord les arrangements conclus par les deux banques à l'examen approfondi d'une commission mixte et nommèrent, chacun, à cet effet, deux délégués qui se sont réunis depuis deux semaines à Berlin. Aux délégués allemands se sont adjoints M. M. von Gwinner et Helfferich, Directeurs de la Deutsche

Bank; les délégués français sont secondés par le Secrétaire général de la Banque ottomane.

Les négociations marchent lentement. La question de la garantie d'intérêt est la plus difficile à résoudre, les délégués français ne pouvant pas consentir à ce que toutes les disponibilités du trésor ottoman soient affectées, comme garantie d'intérêt, à l'entreprise allemande du chemin de fer de Bagdad. Quand une entente se sera établie sur les concessions et les raccordements des voies ferrées, ainsi que sur les sphères d'influence qui en dépendent, les délégués des deux Gouvernements aborderont l'étude de la question de la dette ottomane, afin de préparer et de déblayer le terrain pour la conférence financière qui doit se tenir à Paris dans le courant de l'hiver prochain. L'Allemagne voudrait avoir, comme la France, un second délégué à la commission de la dette et jouir du même privilège que la France et l'Angleterre en ce qui regarde la présidence de cette commission.

On croit de part et d'autre qu'un accord interviendra après de laborieuses négociations. Les journaux parisiens, le Temps tout le premier, ont dépassé la vérité en disant que les pourparlers suivaient un cours très favorable. Entre Français et Allemands, quand leurs intèrêts sont opposés, une entente de quelque nature qu'elle soit, ne sera jamais facile à réaliser.

Faut-il espérer, comme le fait une partie de la presse parisienne, que le succès de ces négociations aura une heureuse influence sur les relations futures entre les deux pays? Un tel espoir ne semble guère permis. **Les Allemands accusent les Français de nourrir obstinément des projets de revanche et de n'attendre pour les mettre à exécution qu'une occasion favorable. Cette conviction qui existait dans un grand nombre d'esprits de ce pays s'est généralisée dans les classes supérieures de la population après le vote de la loi française rétablissant le service militaire de trois ans. Mal renseignée par ses journaux, l'opinion publique allemande a vu dans ce vote, non pas une mesure de protection et de défense éventuelles contre l'Allemagne qui venait d'augmenter elle-même dans des proportions considérables son armée sur le pied de paix, mais la préparation à une guerre offensive, à une guerre de revanche, et même une sorte de provocation. Elle a été**

fortifiée dans cette opinion, on doit le dire, par le ton agressif des journaux français, partisans du service de trois ans, pendant toute la discussion parlementaire du projet de loi. Il fallait bien pour échauffer le sentiment national assez réfractaire en France à une prolongation du service militaire et pour triompher de la résistance soulevée par la presse radicale et socialiste, battre le tambour d'alarme et dénoncer les intentions belliqueuses des nationalistes d'outre-Rhin; mais certains organes parisiens, le Temps, le Matin, l'Echo de Paris, entre autres, très lus et très commentés en Allemagne, se sont acquittés de cette tâche avec une maëstria qui a vraiment dépassé la mesure. L'atmosphère de haine et de défiance qui pèse sur les relations franco-allemandes en est devenue encore plus lourde et plus épaisse. Il ne suffirait pas de quelques négociations menées de part et d'autre dans un esprit conciliant sur un sujet particulier pour la dissiper.

Le maintien de la paix entre la France et l'Allemagne reste à la merci d'un incident. Ce n'est pas celui de Saverne, si regrettable qu'il soit, qui pourra déchainer la guerre, car il ne blesse pas l'honneur national des Français. La grossièreté et l'inconvenance des propos attribués au lieutenant von Forstner sont incontestables; cependant cet officier n'a été l'objet d'aucune mesure disciplinaire. Cet incident est un symptôme des sentiments qui règnent dans l'armée allemande et dans une grande partie de la population à l'égard de la France et qu'on ne veut pas froisser en haut lieu.

76.

BRUXELLES, 9. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 27 novembre 1913, No. 298.)

M. Schébéko, Ambassadeur à Vienne. Tentative de rapprochement austro-hongrois.

M. N. Schébéko, qui représentait la Russie à Bucarest depuis un an à peine et dont c'était d'ailleurs le premier poste de

ministre, a présenté hier au Roi ses lettres de rappel. Il vient, en effet, d'être nommé ambassadeur à Vienne.

Ce n'est pas seulement aux services qu'il a rendus au cours des évènements balkaniques encore récents que M. Schébéko doit un avancement exceptionnel, avancement qui n'est pas d'ailleurs sans soulever quelque mécontentement parmi ses collègues du Pont aux Chantres. Il doit une fortune si rapide à la faveur du Grand Duc Nicolas Michailovitch, sous les ordres duquel, avant d'entrer dans la carrière diplomatique, il servait aux Chevaliers-Gardes. Le Grand Duc Nicolas Michailovitch, historien de valeur, qui prête beaucoup d'attention à la politique extérieure de l'Empire et dont les avis sont écoutés à la Cour du Tzar, est un partisan convaincu du rapprochement avec l'Autriche-Hongrie. Chargé au mois de décembre dernier, de remettre de la part de Nicolas II le bâton de feldmaréchal de l'armée russe au Roi Carol, le Grand Duc rencontra à Bucarest M. Schébéko. Il retrouva dans le diplomate intelligent et actif l'officier énergique et l'homme de devoir qu'il avait apprécié au régiment. On est amené à croire qu'il le désigna tout de suite dans sa pensée comme l'instrument le plus apte à réaliser son dessein politique. Car dès le mois de mai on annonçait à Bucarest que M. Schébéko serait nommé ambassadeur et vers la fin de juin on précisait que ce serait à Vienne. M. Sazonow, parait-il, était à cette époque beaucoup moins assuré de la nomination de M. Schébéko; mais l'influence du Grand Duc Nicolas l'emporta.

M. Schébéko arrivera donc à Vienne avec plusieurs rameaux d'olivier. Par sa situation personnelle, l'expérience du poste où il passa plusieurs années en qualité de secrétaire, son activité, son tact et surtout l'esprit dont il est animé, on peut être certain qu'il travaillera de toutes ses forces à ramener les deux empires sur le pied des bons rapports qui existaient avant que le Baron d'Aerenthal ne fit en Bosnie-Herzégovine le coup de théâtre sous l'émotion et la rancune duquel on est toujours resté depuis à Saint Pétersbourg, et qui a porté ses effets à travers tous les évènements dont les Balkans ont été jusqu'à hier le théâtre.

77.

BRUXELLES, 9. 12. 1913.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 27 novembre 1913, No. 306.)

La presse austro-hongroise et le traité serbo-bulgare.

La publication par le «Matin» de Paris du texte complet du traité et de la convention militaire serbo-bulgare produit ici une très grosse sensation. Les journaux austro-hongrois expriment leur étonnement, leur stupéfaction, en constatant que la Bulgarie s'était obligée à envoyer 200 000 hommes au secours de la Serbie dans le cas où celle-ci aurait été attaquée par l'Autriche-Hongrie et que cette même obligation lui aurait été également imposée si les troupes impériales avaient pénétré, avec ou sans assentiment de la Turquie, dans une partie quelconque du territoire ottoman. C'est-à-dire si elles avaient essayé d'occuper le Sandjak de Novi-Bazar. Un de ces journaux exhale son indignation que ce traité eut été conclu sous les auspices et la tutelle de la Russie, tandis que les Diplomates de l'Empire moscovite avaient continué jusqu'à la dernière heure à prôner la conservation du «Statu quo» dans la presqu'île balkanique.

La «Allgemeine Zeitung» a été la première à publier la traduction du traité. Son rédacteur en chef qui remplit les mêmes fonctions au «Fremdenblatt», l'organe officieux du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères et qui est en général bien renseigné, peut ainsi dire dans cette petite feuille bien des choses qu'il serait obligé de passer sous silence dans le grand journal. Dans son article de fond accompagnant la susdite publication, après avoir fait remarquer combien grave avait été la situation, ce rédacteur ajoute: «On voit maintenant à quel point nous avons eu raison de mettre tout en œuvre pour briser cette alliance de la Bulgarie avec la Serbie.» Ces paroles équivalent évidemment à dire: «C'est nous qui avons empêché les Bulgares d'aller à Saint-Pétersbourg, c'est nous qui les avons décidés à attaquer les Serbes.» En supposant que tel eût bien été le rôle joué par la diplomatie austro-hongroise, il

semble qu'il était un peu naif et même maladroit de la proclamer. En tous cas, le Comte Berchtold, interpellé à la Délégation autrichienne a catégoriquement nié toute intervention dans cet ordre d'idées et il serait bien difficile d'éluder complètement cette question. L'indiscrétion ayant eu pour conséquence la publicité du traité a été commise, selon toute probabilité, par quelque membre du parti russophile bulgare, lequel s'efforce, au cours de la campagne électorale actuelle, de rejeter sur le Roi Ferdinand la responsabilité des fautes commises, à compromettre Sa Majesté vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie et à regagner ainsi les bonnes grâces de la Russie.

Il serait prématuré de dire dans quelle mesure ces prévisions des russophiles bulgares vont se réaliser, mais il semble que cette publication du traité aura pour conséquence d'affaiblir ici la valeur des critiques soulevées contre la politique du Comte Berchtold et de fortifier sa situation.

78.

BRUXELLES, 20. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 décembre 1913, No. 1476.)

Discours du Chancelier sur la politique extérieure. Mission militaire allemande à Constantinople. Le Cabinet Doumergue.

La presse allemande et la presse étrangère, en constatant avec satisfaction le ton optimiste du discours sur la politique extérieure tenu par le Chancelier de l'Empire dans la séance du Reichstag du 9 de ce mois, n'ont pas pu s'empêcher de remarquer qu'il n'avait traité en particulier aucune des questions litigieuses que la guerre balkanique a laissées après elle, comme la semence de nouveaux conflits. M. de Bethmann-Hollweg s'est gardé de parler des frontières de l'Albanie ni du sort des îles de la mer Egée.

Le «Temps» de Paris a eu tort de souligner la différence des expressions dont s'était servi l'orateur pour caractériser les relations de l'Empire allemand avec les grandes Puissances. Après s'être réjoui avec insistance des bons rapports avec l'Angleterre,

il a qualifié seulement de «corrects» ceux que le Gouvernement Impérial entretient avec la France. Le «Temps» ne pouvait pas lui en demander davantage, car le Chancelier n'a dit là que la stricte vérité. Mais il aurait pu s'étonner que le premier Ministre allemand condescendit à faire aussi ouvertement la cour à l'Angleterre. C'est cependant à quoi s'emploie assidûment depuis un an la diplomatie allemande, dans l'espoir d'arriver à dissoudre la Triple Entente. Le Ministère, ainsi que la presse britannique, dont l'attention est surtout captivée par la situation intérieure de l'Angleterre, semble se prêter à ce jeu et se laisser peu à peu enguirlander par le langage du Gouvernement et des journaux de ce pays.

Cette semaine l'Empereur a reçu en audience de congé le général Liman de Sanders et les membres de la mission militaire qui s'en vont réorganiser l'armée ottomane. Le désir du Gouvernement Impérial de reconquérir à Constantinople la situation que l'Allemagne y possédait avant la guerre balkanique s'est trouvé d'accord avec celui des Jeunes Turcs de s'éterniser au pouvoir grâce à l'appui du corps d'armée stationné dans la capitale. Le meilleur moyen de s'assurer la fidélité de ces troupes était de mettre à leur tête des officiers étrangers. Le général Liman de Sanders ma ntiendra l'ordre à Constantinople, comme il l'eût fait dans sa garnison de Cassel, et ce sera au profit du parti dominant. Les Jeunes Turcs n'auront plus à craindre être renversés par une sédition militaire.

Le souci de leur sécurité personnelle explique le peu d'attention qu'ils ont prêté aux représentations de la Russie. Le Gouvernement du Tzar réclame des compensations, entre autres l'instruction par des officiers russes du corps d'armée d'Erzeroum ou de celui de Trébizonde, plus près du Bosphore. On ne croit pas à Berlin qu'il les obtienne. **On est du reste habitué ici depuis un an à de tels revirements de la part de la Russie, à des sautes de vent qui ont changé si brusquement l'orientation de sa politique, tantôt favorable, tantôt hostile aux peuples balkaniques pendant la dernière guerre, qu'on ne s'inquiète pas outre mesure de l'irritation du Cabinet et de la presse de Saint-Pétersbourg causée par la question de la mission militaire.** On pense même

— le discours de M. de Bethmann Hollweg autorise cette supposition — que les bonnes relations entre les deux Cours ne seront pas assombries par ce nuage passager que le Chancelier a négligé à dessein de mentionner.

Le Gouvernement français qui a fait l'épreuve des changements d'humeur de son allié, de ses oscillations et de son inconsistance, ne l'avait suivi qu'avec circonspection, à ce que m'a dit l'Ambassadeur de France, dans ses démarches auprès de la Sublime Porte; il s'était contenté de demander à cette dernière des explications sur la situation excessive faite aux officiers allemands. On s'attend à Berlin à ce que le Cabinet Doumergue se montre encore plus réservé que son devancier dans cette question. Il tiendra sans doute à justifier dans sa politique étrangère la confiance que lui témoignent, en raison ou en dépit de sa couleur radicale, tous les partis bourgeois allemands dont les journaux, sans exception, ont salué avec plaisir son avènement, parce qu'ils voient surtout en lui l'adversaire de la loi sur le service militaire de trois ans.

79.

BRUXELLES, 30. 12. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 20 décembre 1913, No. 3643.)

La question du commandement militaire de Constantinople.

La question du commandement militaire de Constantinople ne manque pas de gravité; elle n'a reçu jusqu'ici aucune solution.

Le jour où, il y a peu de semaines, M. Kokotzow s'arrêta à Berlin, en revenant de Paris, il était assez ému des projets que l'on prêtait à l'Allemagne à cet égard; il s'en ouvrit à l'Empereur Guillaume qui le rassura complètement. La question était délicate; elle demandait de la prudence, de la patience et du doigté, mais l'Empereur promettait qu'on trouverait une solution satisfaisante.

On attendit quelques temps puis le souverain allemand fit connaître à Pétersbourg qu'il n'avait pas trouvé la solution qu'il cherchait, que la position était difficile pour lui et, qu'au surplus,

il n'était pas responsable de l'incident attendu qu'il n'avait rien proposé à la Turquie; que c'était la Porte qui lui avait demandé l'envoi des officiers allemands.

On en fut très vexé en Russie; on offrit, puisqu'il en était ainsi, de faire une demande à Constantinople pour faire retirer les offres du Gouvernement ottoman. Mais on perdit du temps en conversations entre Pétersbourg et Berlin; sur ces entrefaites le Général allemand partait pour le Bosphore avec son état-major. Le Gouvernement moscovite se décida alors à faire à Constantinople une démarche, mais la situation qui a été mise en lumière par cette démarche n'est pas, en somme, trop désavantageuse.

La Porte considère la question des commandements militaires allemands comme étant de politique intérieure, mais elle a déclaré que le Général Sanders n'aurait qu'une mission d'instruction, ne touchant en rien la question des Détroits et des fortifications.

Le problème n'a plus fait un pas depuis ce moment. Il est absolument faux, dit-on, au Quai d'Orsay, que le Gouvernement russe ait demandé que le commandement de la gendarmerie envoyée dans la province d'Arménie soit confié à un officier russe; que les forteresses qui gardent les Détroits ne soient pas reconstruites, devant rester dans l'état actuel; que les voies ferrées qui seront construites en Arménie doivent toutes avoir le même écartement; il est faux que le Cabinet de Pétersbourg ait demandé des avantages pour des officiers russes ou des compensations.

On recherche à Pétersbourg la solution que comporte la crise actuelle; les Gouvernements de France et d'Angleterre sont à ce sujet, en communications constantes avec celui de la Russie; mais on reconnait que c'est celle-ci, la Puissance la plus intéressée dans la question, à faire connaître ses vues et ses désirs. **A Londres, comme à Paris, on a promis un appui absolu à Pétersbourg mais on ne veut pas prendre d'initiatives dangereuses.**

Le Gouvernement ottoman, bien qu'il vienne d'obtenir quelques avances qui lui permettent de vivre pour quelque temps et de calmer les impatiences très exigeantes de l'armée, est dans une situation économique assez difficile pour que des moyens

de pression puissent être facilement trouvés; mais on n'est pas arrivé jusqu'ici à ce point délicat.

On continue à espérer ici une solution satisfaisante de la crise, dont on ne méconnaît pas la gravité — en se plaçant au point de vue purement nationaliste — on n'est pas éloigné de penser que les difficultés du jour ont l'avantage de creuser entre la Russie et l'Allemagne un fossé qui sera long et difficile à combler. On connaissait depuis longtemps les relations particulièrement amicales qui existaient entre les Cours d'Allemagne et de Russie; on estime que la crise actuelle apportera de sérieuses et durables modifications à cet état de choses.

80.

BRUXELLES, 10. 1. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 janvier 1914, No. 28.)

Tiraillements dans la Triple-Entente. Russie et Allemagne.

Le «Temps» publiait hier un article intitulé: «Soyons sérieux» qui mérite d'attirer l'attention. Il reproche à M. Lloyd George des théories sur le désarmement et à M. Milioukof ses attaques contre la France et l'Angleterre qui ne soutiennent pas assez franchement et efficacement la politique russe en Europe.

On sait que les articles politiques du grand journal parisien sont généralement l'œuvre de M. Tardieu et qu'ils sont inspirés par M. Iswolsky.

Il est permis de se demander si l'attitude de l'Ambassadeur de Russie n'est pas faite pour donner le change sur les intentions, ou tout au moins sur les dispositions du grand empire qu'il représente à Paris.

Un diplomate généralement bien documenté s'exprimait récemment à ce sujet dans les termes suivants:

«Il ne faut pas se laisser influencer par les nouvelles alarmantes que colporte tous les jours une certaine presse. La France et l'Allemagne sont bien près de s'entendre sur les questions d'Asie Mineure; les rapports entre l'empire allemand et la Grande Bretagne s'améliorent tous les jours et il y

a accord sur bien des points entre Berlin et Saint-Pétersbourg.

«La question du général allemand à Constantinople pourra recevoir encore quelques légères modifications et améliorations. Mais la Russie est décidée à ne pas donner à cet incident une portée qu'elle comporte d'autant moins qu'il est, sur le Bosphore un général anglais dont l'action pourrait être un jour bien plus importante que celle du général von Sanders. La Russie est très absorbée par ses réformes intérieures; elle jouit, en ce moment, d'une prospérité extraordinaire; sa population s'accroît sans cesse dans des proportions impressionnantes; elle ne songe pas à compromettre une situation aussi favorable pour complaire au Gouvernement de la République. Elle n'a nullement l'intention de renoncer aux bienfaits de l'Alliance avec la France qui lui rapporte des avantages certains et matériels; mais soyez persuadé qu'au jour du danger l'action de l'Empire du Nord sera moins effective qu'on ne le suppose à Paris.»

81[1]).

BRUXELLES, 23. 1. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 16 janvier 1914, No. 158.)

Fédération Briand—Dangers pour la paix du mouvement nationaliste.

L'action de la nouvelle fédération des gauches se précise: M. Briand vient d'être proclamé président de l'association et la propagande se poursuit.

Ce mouvement aura certes une influence sur les prochaines élections; mais on peut se demander s'il sera aussi important que le désirent ses auteurs, lorsque l'on considère que de hautes personnalités du monde politique modéré et relativement conservateur, tels que M. M. Ribot, Develle, Méline et beaucoup d'autres s'en sont tenus jusqu'ici éloignés.

Quoiqu'il en soit, cette action est intéressante; elle peut avoir pour effet de modérer l'ardeur sectaire des hommes politiques,

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 110, S. 127.

et elle a pour but certain de soutenir et perpétuer les effets de la loi de trois ans. On ne peut donc s'empêcher d'en suivre le développement avec sympathie.

Il semble toutefois qu'au point de vue belge nous aurions plus d'intérêt à voir le succès de la politique de M. Caillaux, c'est-à-dire des radiaux et radicaux-socialistes. **Ce sont, en effet, M. M. Poincaré, Delcassé, Millerand et leurs amis qui ont inventé et poursuivi la politique nationaliste, cocardière et chauvine dont nous avons constaté la renaissance. Or, cette politique constitue un danger pour l'Europe et pour la Belgique. On peut même y voir le plus grand péril qui menace aujourd'hui la paix de l'Europe, non pas que le Gouvernement de la République soit disposé à troubler celle-ci de propos délibéré, le contraire parait certain, mais parce que l'attitude qu'a prise le Cabinet Barthou a été la cause déterminante d'un surcroit de tendances militaristes en Allemagne.**

Les folies belliqueuses de la Turquie et la loi de trois ans paraissent constituer les seuls dangers à redouter pour la paix de l'Europe.

La France, amoindrie par les déficits de sa natalité, ne peut supporter longtemps le régime de loi de trois ans. L'effort est trop considérable, tant au point de vue financier que relativement aux charges personnelles. Elle ne pourra soutenir un pareil effort; et que fera-t-elle pour sortir de la position difficile dans laquelle elle se sera placée? Tout le monde est d'accord pour reconnaître, que les 50 000 hommes qui ont été ajoutés au contingent par l'amendement Vincent sont superflus et inutiles. On cherche un moyen de s'en débarrasser de façon convenable et élégante; mais après?

Il n'est pas à espérer qu'au moins pour le moment les partis et les hommes qui ont produit un effort considérable pour faire voter la loi de trois ans, puissent se montrer favorables voire même indulgents à un retour en arrière de leur politique militariste. Il y a en plus le Maroc où le Général Liautey demande des renforts considérables pour faire monter jusqu'à cent ou cent cinquante mille hommes les contingents qui lui sont affectés; il veut établir définitivement l'union entre l'Algérie et le Maroc.

On use aujord'hui de moyens indirects; on achète à prix d'or les chameaux des tribus que l'on veut gagner et l'on supprime ainsi leurs moyens d'action. Mais le moyen coûte trop cher et son application est trop lente. Il y a entre le Maroc et l'Algérie des populations redoutables contre lesquelles des forces importantes sont nécessaires. Il faut donc un accroissement de 60 à 80.000 hommes, et ceux qui préconisent l'application immédiate de cette politique ne seront pas partisans de l'allègement de l'effort militaire inauguré en France.

M. Caillaux a voté contre la loi de trois ans; nombreux sont les hommes politiques qui le soutiennent et partagent son avis à cet égard. Le Président du Conseil, poussé par les hauts personnages de la République, a promis le respect loyal de la loi de trois ans; mais il n'est pas exagéré de supposer que dans sa pensée et dans celle de ses amis, on conserve le dessein d'adoucir considérablement les rigueurs du régime actuel.

M. Caillaux, qui est le véritable président du Conseil, est connu pour ses sentiments en faveur d'un rapprochement avec l'Allemagne; il connait admirablement son pays et sait qu'en dehors des états-majors politiques, de poignées de chauvins et de gens qui n'osent pas avouer leurs idées et leurs préférences, le plus grand nombre des Français, des paysans, des commerçants et des industriels subissent avec impatience le surcroit de dépenses et de charges personnelles qui leur est imposé.

La véritable campagne électorale va commencer; il faut s'attendre à ce que l'effet de ces dispositions vienne contrebalancer l'action du groupement inauguré par M. Briand. On cherche par tous les moyens à user la politique de M. Caillaux; on veut empêcher qu'il ne fasse les prochaines élections; personne en ce moment ne saurait prévoir les résultats de cette lutte; mais nous n'avons certes pas à désirer, comme Belges, la chute de M. Caillaux. Cet homme d'Etat peut être dangereux pour les finances de son pays; il peut amener des divisions malsaines et regrettables pour la politique intérieure de la France, mais il semble que sa présence au pouvoir soit de nature à diminuer l'acuité des rivalités internationales et à constituer une meilleure base pour les relations entre la France et l'Allemagne.

82.

BRUXELLES, 9. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Stockholm du 29 janvier 1914, No. 17.)

Renforcement de la défense militaire de la Suède.
Crainte d'entreprises russes.

La principale question qui passionne actuellement l'opinion publique en Suède, est le problème du renforcement de la défense nationale. Un débat a déjà eu lieu au sujet de la question des nouvelles constructions navales: on a décidé de consacrer un capital de 7 millions de couronnes, aux petites unités, principalement des torpilleurs. On estime que la Suède ne pouvant se pourvoir de grands vaissaux, doit s'efforcer d'augmenter ses moyens de destruction, pour se défendre contre l'ennemi. La question des armements en Suède est celle qui intéresse et préoccupe le plus l'opinion publique à l'étranger. En réalité le Cabinet Suédois actuel est peu favorable à l'augmentation des armements.

Il est inspiré dans cette tendance par des considérations économiques de premier ordre et par le développement naturel de son programme libéral, qui a besoin d'un certain appui du parti socialiste, opposé, par principe, à toute augmentation des charges militaires.

En dehors de ces considérations générales, il est difficile de savoir dans quelle mesure exacte chaque membre du Gouvernement est personnellement convaincu, du plus ou moins de nécessité d'augmenter les forces de la défense nationale, il semble néanmoins que cette conviction soit l'opinion intime du plus grand nombre.

Le Roi est extrêmement anxieux de voir augmenter, dans une mesure efficace les forces militaires de la Suède. Sa Majesté est convaincue que le péril est grand et qu'il n'y a pas d'autre moyen de sauver le trône et la dynastie, aussi bien que l'indépendance de la nation.

Les nombreuses tentatives d'espionnage faites par des agents russes; la découverte de plans complets de débarquement et

d'investissement de certaines places fortes suédoises; les travaux techniques exécutés récemment en Finlande, les routes et les voies ferrées, sans objet économique plausible, convergeant vers la Suède; la politique de russification à outrance, constituent aux yeux de nombreux Suédois[1]), autant de preuves que la Russie nourrit des arrière-pensées à l'égard de la Suède et que ses intentions ne sont pas «purement pacifiques».

Il y a donc une menace qui pèse sur la Suède de la part de la Russie. Telle est l'opinion du parti conservateur suédois tout entier. Un grand nombre de libéraux semblent partager la même opinion. Tous les hommes d'affaires suédois, financiers, industriels, commerçants sont du même avis.

Une imposante délégation de paysans de toutes les parties de la Suède, se prépare à venir manifester à Stockholm le 7 février prochain. Trente mille hommes viendront demander au Gouvernement d'augmenter la défense nationale, en se soumettant d'avance, à toutes les charges qui leur incomberont de ce chef.

Une telle démonstration ne peut laisser aucun doute sur l'opinion de la masse du pays. Les socialistes, dociles au principe de la fraternité internationale, et peu désireux de voir augmenter les charges budgétaires, demandent le statu quo, quelques-uns veulent même une réduction des dépenses, pour la défense nationale. On annonce qu'une démonstration ouvrière aura lieu dimanche prochain, dans ce sens, pour faire contrepoids et répondre d'avance, à la manifestation de paysans.

L'opinion socialiste n'est pas celle de toute la Suède; et le sentiment de la plupart des Suédois est que le péril russe est réel, et qu'il est imminent. Cette conviction est sincère et on ne saurait mettre en doute qu'elle repose sur une bonne foi absolue et sur la crainte d'un danger réel.

Il est cependant impossible de la partager d'une manière absolue. Sans doute un certain danger existe en principe et on ne peut nier qu'il puisse devenir un jour effectif; mais il semble qu'on s'en exagère beaucoup ici l'imminence prochaine et l'inéluctable fatalité.

[1]) Im Originalbericht steht statt der Worte constituent bis Suédois „sont"; das Zirkular hat hier also wesentlich gemildert.

La Russie doit porter actuellement son attention ailleurs. Ses regards sont tournés vers les questions balkaniques et vers d'autres questions non moins graves pour elle, notamment les questions d'Asie Mineure, de Perse et d'Extrême Orient.

Elle est à peine sortie de la période de troubles intérieurs; et elle doit réparer encore les pertes résultant de sa guerre avec le Japon. Il semble peu vraisemblable, que dans ces conditions, la Russie songe à tenter une nouvelle aventure dans le Nord. Une telle entreprise de sa part, paraîtrait bien inconsidérée; et elle ne manquerait pas d'entraîner de graves complications.

Il est peu probable que les pays les mieux disposés à l'égard de la Russie, verraient avec indifférence une prise de possession qui bouleverserait la configuration de l'Europe. L'Angleterre, notamment, ne peut désirer voir la Russie prendre pied en face d'elle sur la mer du Nord.

La meilleure sauvegarde de la Suède ne semble pas devoir reposer exclusivement sur la force intrinsèque de ses armées, mais plutôt sur l'intérêt qu'ont toutes les Puissances à empêcher la Russie d'occuper son territoire.

Cet argument, qui parait décisif n'inspire aucune confiance ici, et le pays place toute sa foi dans la force de son armée. Cette conviction ressemble tellement à une méprise, qu'à l'étranger on doute de sa sincérité. On veut en chercher l'explication dans les manœuvres de la politique allemande qui cherche à entraîner la Suède dans le cercle de ses alliances.

C'est une erreur. Quelle que soit la politique de l'Allemagne à ce sujet, la conviction de la Suède est sincère et elle est antérieure aux avances de l'Allemagne. Du reste, si ce désir existe du côté de l'Allemagne, on croit qu'il ne trouvera aucun écho ici. A l'heure actuelle, la politique de la Suède est essentiellement scandinave et elle ne cherche à se rapprocher que de ses voisins immédiats, les Norvégiens et les Danois. En somme, la question peut se résumer ainsi:

La majorité de l'opinion suédoise est convaincue de l'imminence du danger russe. Elle ne voit de salut que dans l'augmentation de sa force armée.

En Russie, on affecte de croire que les armements de la Suède

ne sont que le résultat des machinations de l'Allemagne et qu'ils ne trouvent aucune justification logique dans son attitude.

En Allemagne, on désire une évolution des pays scandinaves vers la triple alliance; et toute mesure de défiance à l'égard de la Russie, est accueillie avec une bienveillante approbation.

83.

BRUXELLES, 16. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Londres du 8 février 1914, No. 86.)

Epire et îles de l'Egée. Réponse de la Triplice.

Les Puissances de la Triple alliance ont répondu avant hier à la note que Sir Edw. Grey leur avait adressé le 21 janvier dernier.

Le Gouvernement britannique prenait acte dans cette note de l'acceptation par les trois Puissances de l'attribution définitive à la Grèce des îles de la mer Egée à l'exception d'Imbros et Ténédos qui commandent l'entrée des Dardanelles et de Castellorijo qui se trouve trop rapprochée du continent asiatique, à condition que la Grèce évacue les territoires attribués à l'Albanie.

Sir Edw. Grey proposait de remplacer la date du 18 janvier par une nouvelle date ou par un terme vague tel que «le plus tôt possible».

La note anglaise faisait ensuite remarquer:

1. que la Grèce en toute justice ne pouvait pas être rendue responsable des troubles qui éventuellement se produiraient parmi les Epirotes annexés à l'Albanie. Le seul engagement qu'on puisse lui demander est de ne pas s'opposer à la volonté des Puissances et de ne pas encourager la résistance de ces populations;

2. qu'une déclaration contenant les propositions originales de Sir Edw. Grey du 13 décembre, amendées suivant le désir de la Triple alliance, devrait être remise simultanément à Constantinople et à Athènes. Les Puissances s'entendraient sur les moyens à employer pour faire respecter leurs décisions.

En ce qui concerne les îles du Dodécanèse, le Secrétaire d'Etat

pour les Affaires Etrangères rappelait que toutes les puissances étaient intéressées à leur sort et que par conséquent celui-ci ne pouvait être règlé par un arrangement direct à intervenir entre la Porte et l'Italie.

Dans leur réponse les Puissances de la Triple alliance donnent leur assentiment à la déclaration à remettre à la Grèce, mais demandent l'insertion d'un paragraphe ainsi conçu:

«l'évacuation des territoires albanais par la Grèce commencera le 1er Mars à Larasso et à Koritza et sera terminé le 31 mars, dans toute la zône contestée.»

Elles ne parlent pas de la note à remettre à Constantinople, ni des moyens à employer pour faire respecter en cas de besoin leurs décisions.

On est, parait-il, très mécontent au Foreign Office de la réponse de la Triple alliance. On assure même que Sir Edw. Grey aurait quitté Londres pour ne pas recevoir les communications que les Ambassadeurs étaient chargés de lui remettre et dont il connaissait la teneur.

Le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères qui depuis des mois s'est efforcé par tous les moyens d'arriver à des solutions acceptables par tous et de maintenir l'accord parmi les Puissances est, dit-on, très découragé. On a même déclaré au Foreign Office à un représentant d'un Royaume balkanique que l'Angleterre pourrait bien envisager la possibilité d'entreprendre une action indépendante.

La situation est donc peu satisfaisante et il est à craindre que l'attitude de la Triple alliance n'amène des complications graves.

84.

BRUXELLES, 27. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 16 février 1914, No. 45.)

La crise balkanique. L'Epire et les îles. La reconstitution de l'union balkanique et l'Autriche-Hongrie.

La préoccupation qui régnait dans les cercles diplomatiques s'est à peu près dissipée et la situation s'est sensiblement amé-

liorée. A la suite d'échanges de vue d'une lenteur désespérante, les Puissances des deux groupes ont fini par se mettre s'accord. Le voyage circulaire de M. Vénizelos, les explications et assurances données par cet éminent homme d'Etat ont largement contribué à atteindre ce résultat. Le premier Ministre du Roi Constantin a fait remarquer avec beaucoup de raison qu'il serait dangereux de forcer les troupes grecques à évacuer les territoires devant être remis à l'Albanie, avant que l'ordre soit suffisamment rétabli dans ce pays et que son Gouvernement soit en état de faire occuper à son tour ces contrées de manières à pouvoir y garantir le maintien de la tranquillité. Par conséquent, M. Vénizelos aurait voulu qu'on lui laissât une assez large latitude qui lui aurait permis de choisir le moment opportun pour procéder graduellement à cette évacuation. De plus il demandait certaines modifications de frontière peu importantes. Enfin, il aurait tout naturellement désiré que les Puissances, conformément à la proposition anglaise, se missent dès maintenant d'accord sur les mesures cœrcitives à prendre dans le cas où la Turquie ne respecterait pas leur décision relative aux îles de la mer Egée.

A Berlin, à Rome et à Vienne, on s'est refusé à entrer complètement dans cette triple voie et l'entente finale des six Puissances constitue un compromis. On donne à la Grèce pour l'évacuation de l'Epire un délai s'étendant jusqu'au 31 mars. La rectification de frontière qu' elle demande va être examinée avec esprit de bienveillance à son égard. La question des dispositions éventuelles à prendre contre la Turquie est laissé ouverte.

Le Gouvernement hellène se trouve ainsi dans la fâcheuse position de devoir restituer d'un côté des territoires que ses armées ont conquis sur terre ferme, sans avoir la moindre garantie qu'on ne cherchera pas d'un autre côté à lui enlever par la force des îles que le sort de la guerre a également fait tomber entre ses mains d'une manière tout à fait légitime.

Mais en fait tout porte à croire que les craintes qu'on pourrait éprouver à Athènes sous ce dernier rapport ne sont pas fondées. Le langage très décidé et très agressif qu'on tenait au début à Constantinople est devenu beaucoup plus calme.

La nouvelle d'une alliance offensive et défensive entre la Turquie et la Bulgarie n'est nullement confirmée et ce dernier pays est d'ailleurs trop épuisé pour se laisser entraîner actuellement dans une aventure de ce genre. De plus il y a la Roumanie qui veille à ce que le traité de Bucarest soit respecté. Enfin Hussein Hilmi Pacha, l'Ambassadeur turc à Vienne, affirmait tout récemment qu'on se faisait une fausse idée d'Enver Pacha, qu'il était beaucoup trop raisonnable pour chercher à s'opposer par la force à la décision unanime des Puissances et que la guerre n'aura pas lieu.

On se contentera probablement à Constantinople de protester, on appliquera le système qu'on a suivi à propos de l'Egypte et de la Tunisie en refusant de reconnaitre officiellement le nouvel état de choses, mais on ne se battra pas.

La presse de Vienne a fait un bruit énorme à propos des pourparlers qui viennent d'avoir lieu à Pétersbourg. Elle considère que la prétendue tentative de reconstituer l'union balkanique est un acte agressif contre l'Autriche-Hongrie «que la Russie veut entourer d'un cercle de fer». Comme d'habitude c'est la «Neue Freie Presse» qui se distingue par la violence de son langage. Avide de sensations, ce journal se fait en outre un malin plaisir de présenter la situation sous un jour menaçant dans l'intention de créer des ennuis au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères avec lequel il est en mauvais termes.

Il est évident que, surtout à cause de son ressentiment contre la Serbie, l'Autriche-Hongrie ne verrait pas d'un œil indifférent la reconstitution de l'union balkanique et qu'une participation effective de la Roumanie sous l'influence de la Russie devrait lui être particulièrement pénible. Mais, en premier lieu, ce projet, s'il était effectivement dans les intentions de la Russie, ne serait guère réalisable puisqu'un rapprochement entre la Bulgarie et la Serbie serait encore impossible et ne pourrait selon toute probabilité s'effectuer de sitôt. Entre la Serbie et la Grèce le traité subsiste et il n'y a sous ce rapport rien de changé. D'autre part, la Roumanie est maintenant dans une trop bonne situation pour ne pas chercher à rester indépendante de toute influence, qu'elle vienne des bords de la Néva ou du

Danube. Tout en ayant avec la Serbie et la Grèce des intérêts communs qui la poussent à entretenir avec ces deux pays des relations plus intimes, il est douteux qu'elle consente à se lier formellement par un traité général. Elle voudra rester l'arbitre dans la presqu'île balkanique et fera tout ce qui dépendra d'elle pour qu'il ne soit pas touché à l'état de choses consacré par le traité conclu sous ses auspices. En poursuivant ce but principal, elle ne peut avoir aucune pensée hostile ou agressive à l'égard de l'Autriche-Hongrie.

Quant à la Serbie, quoique considérablement agrandie, sa position n'est pas pour le moment fort enviable. D'après les affirmations de l'Ambassadeur de Turquie à Vienne, fort compétent en cette matière, les territoires conquis comportent une population de 1 800 000 âmes composée de Turcs, Bulgares, Grecs et Albanais, qu'il s'agit de s'assimiler et le Gouvernement du Roi Pierre devra consacrer tous ses efforts à l'accomplissement de cette tâche difficile. De plus, il faut s'attendre à voir surgir, dès l'arrivée du printemps, aussi bien le long de la frontière bulgare que du côté albanais, de nombreuses bandes de «Comitadjis», qui donneront fort à faire à l'armée serbe. Comment pourrait-on, dans ces conditions, à Belgrade songer à quelqu'entreprise hostile envers la Monarchie. Absorbé pour longtemps par un travail intérieur des plus intense, on n'y pense plus pour le moment à la Bosnie-Herzégovine et la solution éventuelle de cette question est renvoyée aux Calendes grecques. C'est par conséquent à tort que la presse s'alarme ici de soi-disants projets de la Russie et les nouvelles publiées à ce sujet ont un caractère d'exagération presque ridicule.

85.

BRUXELLES, 21. 3. 1914.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 14 mars 1914, No. 293.)

Rapports russo-allemands.

Le communiqué, publié par la Gazette de l'Allemagne du Nord en tête de son numéro d'hier soir semble clôre l'incident

soulevé par l'article de la Gazette de Cologne du 2 mars. Malgré le langage apaisant de l'organe officieux du Gouvernement russe, la «Rossika», auquel la Gazette de l'Allemagne du Nord n'a fait que répondre sur le même ton, on croit ici[1]) que les autres journaux de Saint-Pétersbourg continueront pendant quelques jours encore à fulminer contre l'Allemagne et contre l'Autriche-Hongrie et que les polémiques de presse ne se calmeront que peu à peu.

Dans les milieux franco-russes de Berlin[2]), on ne veut, bien entendu, pas rendre la presse parisienne responsable, par ses imprudences, de la leçon infligée à l'allié de la France; mais on se demande s'il ne faut pas chercher l'explication de tout l'incident dans un nuage qui aurait troublé dernièrement pendant 48 heures les relations très amicales[3]) de l'Empereur Guillaume avec le Tzar. L'Empereur aurait écrit personnellement à ce dernier, à l'occasion du renvoi de M. Kokowtzow, pour lui donner des conseils que lui permet sa plus longue expérience du pouvoir, et ses bons avis auraient été assez mal reçus. Il est certain qu'il y a quinze jours environ, à un de ces repas de régiment, auxquels assiste volontiers Guillaume II, il s'est laissé aller à une explosion de colère contre la Russie qui n'est pas restée ignorée, malgré la discrétion obligatoire des convives. Aujourd'hui ce nuage paraît dissipé.

Un ambassadeur[4]) a eu, d'autre part, avec M. de Jagow (lors de la chute du Premier Ministre russe), un entretien, dans lequel celui-ci a exprimé la crainte que M. Sasonow ne fût renvoyé, lui aussi, et remplacé par un panslaviste ou un nationaliste qui inaugurerait dans l'Orient balkanique une politique dangereuse pour la paix de l'Europe. Le nom de M. de Hartwig avait été mis en avant par quelques journaux. Confier

[1]) Im Originalbericht stand: l'ambassadeur de France, que j'ai vu ce matin, croit ...

[2]) Im Originalbericht wird erwähnt, offenbar geschehe der Angriff der Kölnischen Zeitung gegen Rußland mit Billigung der Deutschen Regierung. Cambon wolle übrigens die Pariser Presse nicht verantwortlich machen.

[3]) Im Bericht stand «aimables».

[4]) Im Original «M. Cambon».

dans les circonstances actuelles la direction de la politique étrangère de la Russie à un pareil homme, cela serait considéré à Vienne comme une sorte de provocation ou comme une menace de guerre. Qui sait, si le Gouvernement allemand, agissant tant pour son propre compte que pour celui de son allié austro-hongrois, n'a pas voulu prendre les devants et inciter à la prudence le Ministre qui prendra demain la succession de M. Sasonow?

Tout en étant persuadé qu'il ne s'agit cette fois-ci que d'une fausse alerte, les milieux diplomatiques[1]) ne cachent pas les inquiétudes que leur causent les sentiments belliqueux du parti militaire allemand, de la jeunesse allemande et des intellectuels. Tout le monde a le verbe plus haut ici depuis le succès de la contribution extraordinaire de guerre votée l'an dernier par le Reichstag; elle produira le double de ce sur quoi l'on avait escompté, deux milliards de marks au lieu d'un. L'Allemagne ne se savait pas si riche. Elle se montrera encore plus intraitable dans les incidents qui viendraient à surgir entre elle et la Triple Entente.

86.

BRUXELLES, 2. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 24 mars 1914, No. 164.)

Prétendu projet d'alliance franco-russo-allemande.

Le «Novoïé Vrémia» publiait il y a quelques jours des déclarations qu'il attribuait à un haut personnage russe, et qui faisaient prévoir la possibilité d'une alliance entre la Russie, l'Allemagne, la France et l'Angleterre. Le «Temps» de Paris a répondu à cet article en disant qu'il avait recueilli à Saint Pétersbourg des informations lui permettant de démentir ce bruit.

---

[1]) Auch hier wird im Original der Botschafter Cambon persönlich genannt.

Il faut signaler aujourd'hui un article du «Wetchernié Vrémia», dont voici le résumé:

«Le «Temps», ému par les déclarations attribuées à un personnage haut placé a envoyé son correspondant M. Rivet au Ministère Impérial des Affaires Etrangères, pour se renseigner. Un jeune diplomate qu'il y a interviewé lui a dit que les nouvelles dont il s'agit ne reposaient sur aucune autorité. Or, la personnalité dont émane le bruit d'un rapprochement entre les quatre Puissances citées plus haut, est fort bien vu en haut lieu et occupe l'un des postes principaux dans le Gouvernement. Le jeune diplomate au contraire n'est pas en mesure de connaître les intentions des cercles dirigeants. Nous savons, et ceci calmera les nerfs du journaliste parisien et lui sera en même temps extrêmement désagréable, que la haute autorité en question a été formellement chargée par les sphères officielles de causer avec des représentants du Gouvernement allemand. Il s'est également entretenu à Paris avec des personnalités responsables au sujet d'une nouvelle orientation des grandes Puissances. A Paris et à Berlin, l'idée d'une alliance anglo-russo-franco-allemande sur la base du partage de l'Autriche a rencontré une approbation complète. Rentré à Saint-Pétersbourg le dignitaire en question a fait son rapport, lequel a trouvé un écho favorable. Tout cela s'est passé l'été dernier. Depuis, le même personnage a eu l'occasion de revenir sur la question, de sorte que les affirmations du jeune diplomate et du correspondant du Temps, d'après lesquelles on ne songerait nullement à une nouvelle orientation des Puissances montrent que ces Messieurs sont mal informés.»

Ce qui précède cadre mal avec ce qu'on sait des dispositions du Ministre Impérial des Affaires Etrangères, très peu favorables à l'Allemagne et que les dernières polémiques russo-allemandes n'ont pas contribué à modifier.

87.

BRUXELLES, 4. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 27 mars 1914, No. 171.)

Accroissement de l'armée russe.

Malgré le grand secret dont (on) entoure de plus en plus les mesures militaires, il se confirme qu'on se propose de créer, non seulement un quatrième nouveau corps d'armée, mais encore un cinquième. On se rappelle que la création de trois nouveaux corps d'armée a été décidée l'année dernière.

De nouveaux régiments de cavalerie sont en formation: leur nombre sera de 20 en tout cas — peut-être de 25.

Le projet d'accroissement des forces russes comporte une division de réserve pour chaque corps d'armée.

Il y a lieu de remarquer ici qu'actuellement déjà l'artillerie russe possède le matériel nécessaire pour doubler immédiatement le nombre de toutes les «brigades» d'artillerie en temps de guerre.

Il existe au surplus considérablement de recrues depuis qu'on a décidé d'augmenter le chiffre des hommes enrôlés et aussi depuis qu'on a pris l'habitude de garder sous les drapeaux, jusqu'au printemps, la classe la plus ancienne, pendant la période d'instruction de la classe nouvelle.

Le nombre des recrues dont dispose annuellement l'Empire russe est de 1,200,000 hommes. Mais jusque récemment on ne prenait sur ce nombre que 450,000 environ: le chiffre des dispensés était donc énorme. Aujourd'hui, l'on enrôle environ 600,000 hommes par an.

Jusqu'à présent, la Russie possédait, pour le cas de guerre, 5,000,000 d'hommes instruits. Ce chiffre sera notablement accru dans quelques années, vu l'augmentation du nombre d'enrôlés. Il serait naturellement bien plus considérable encore si l'on enrôlait tous les hommes valides et si la limite d'âge pour la réserve, au lieu d'être de 35 ans, était reportée au même âge qu'en Allemagne.

88 [1]).

BRUXELLES, 15. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 avril 1914, No. 369.)

Allemagne et Russie.

La nouvelle, lancée par le «Novoïé Vrémia», au sujet de la possibilité d'une alliance entre la Russie, l'Allemagne, la France et l'Angleterre sur la base d'un partage de l'Autriche-Hongrie, n'a rencontré aucune créance à Berlin, ni dans la presse, ni dans le monde diplomatique. L'alliance autrichienne est restée le fondement sûr et immuable de la politique allemande, depuis Bismarck. Aux motifs qu'il avait de rester fidèle à la conception bismarckienne pour assurer la défense de l'Empire exposé par sa situation géographique aux attaques de ses voisins de l'ouest et de l'est, l'Empereur Guillaume a ajouté des raisons de sentiments: son amitié pleine d'égards, son culte presque filial pour l'Empereur François-Joseph et sa camaraderie avec l'Archiduc héritier. Il vient de donner une nouvelle preuve de cette amitié par la double visite qu'il a faite, à la Cour Impériale à Vienne et à celle de l'Archiduc à Miramar, avant d'aller à Corfou. Il ne faut pas se rompre la tête pour chercher à savoir ce que les deux monarques et le Prince héritier ont pu se dire dans ces entrevues. Les bonnes relations entre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne sont si évidentes et basées sur de telles nécessités politiques que les entretiens entre leurs Souverains n'ont besoin d'aucun commentaire. Quant à la rencontre de l'Empereur avec le Roi d'Italie, elle a été la conséquence naturelle de son arrêt à Vienne. Peut-être est-il permis de supposer que Guillaume II a saisi cette occasion pour aplanir les difficultés, ou dissiper les nuages, que font naître les intérêts opposés de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie dans l'Adriatique et en Albanie. C'est le devoir de l'Allemagne d'entretenir l'élasticité du lien conventionnel qui unit les membres de la

[1]) Originalbericht nicht vorhanden. Der Auszug ging den Gesandtschaften in Paris, London, Petersburg, Haag, Wien, Rom, Bern, Konstantinopel, Teheran, Peking, Tokio (11 Stellen) zu.

Triple Alliance. Guillaume II s'y est employé lui-même, et toujours avec succès, dans maintes circonstances.

Le «Temps» de Paris a donc raison de signaler à ses lecteurs l'invraisemblance de la nouvelle du «Novoïé Vrémia» et ce qui parait plus certain que ce projet d'alliance fantaisiste, c'est l'évolution qui s'est opérée depuis quelque temps dans l'esprit de l'armée russe. **La mission militaire japonaise, qui, après avoir passé quelque temps en Russie, vient d'arriver en Allemagne, a été frappée des sentiments hostiles à l'Allemagne dont sont animés aujourd'hui les officiers russes. Dans les mess des régiments les officiers japonais ont entendu parler ouvertement d'une guerre prochaine contre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne. On y disait que l'armée était prête à entrer en campagne et que le moment était propice aussi bien pour les Russes que pour leurs alliés, les Français.**

Cette animosité des officiers russes contre leurs voisins germaniques avec lesquels ils vivent en paix depuis cent cinquante ans et ces explosions de sentiments belliqueux ont donné aux Japonais l'impression que leurs hôtes, maintenant qu'ils se sentent forts et prêts à la lutte, laissent entrevoir leur véritable état d'âme et qu'on y lit la haine de l'Allemagne.

Certes le Gouvernement du Tzar a toujours montré un grand souci de ménager l'Empire allemand et de vivres (sic!) en bons termes avec lui, et il ne se laisse pas dicter sa politique par l'élément militaire ou nationaliste; mais il convient de se rappeler les origines, bien connues aujourd'hui, de la guerre avec le Japon. C'est la coterie du Grand Duc Vladimir et des financiers intéressés dans les entreprises en Corée qui a réussi à entraîner le Tzar, malgré lui, dans cette aventure. L'hostilité qui se manifeste en Russie contre l'Allemagne pourrait donc devenir dangereuse pour le maintien de la paix, si elle trouvait un interprète influent dans l'entourage du Tzar.

89.

BRUXELLES, 17. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 7 avril 1914, No. 379.)

Roumanie et Allemagne.

Dans ces derniers temps la presse et le monde politique de Berlin se sont beaucoup occupés de la Roumanie et de l'orientation nouvelle de sa politique extérieure. On a discuté la question de savoir si elle abandonnerait définitivement le camp de la Triple Alliance, pour passer, avec armes et bagages, dans celui de la Triple Entente ou plutôt de l'alliance franco-russe. Les motifs de cette préoccupation de deviner les secrets desseins du Cabinet de Bucarest ont été la visite des Princes de Roumanie à la Cour de Russie et le projet de mariage du jeune Prince Carol avec une des filles du Czar. Avec ce voyage ont coïncidé justement des manifestations bruyantes de la Ligue de culture roumaine et des étudiants de Bucarest contre l'Autriche-Hongrie. On s'est un peu ému ici des revendications exprimées par les manifestants, ayant pour objet les provinces roumaines de la monarchie dualiste, revendications qui sommeillaient plus ou moins dans l'âme de tous les patriotes roumains, mais que les résultats inespérés de l'intervention de la Roumanie dans la querelle balkanique devaient inévitablement réveiller.

La Gazette de la Croix, en déplorant ces manifestations anti-hongroises plutôt qu'anti-autrichiennes, ainsi que ces aspirations à la reconstitution d'une plus grande Roumanie, n'y voit pas forcément un désir de se livrer à l'influence de la Russie, malgré les avances que cette dernière prodigue aujourd'hui au Royaume danubien. Elle fait observer avec raison que la Russie détient aussi une province roumaine, la Bessarabie, dont la perte en 1878, après une guerre victorieuse menée en commun contre la Turquie, a coûté tant de larmes de rage aux Roumains; elle remarque malignement que la presse russe ne propose pas de rendre ce territoire. D'un autre côté, le journal berlinois ne peut pas nier le rapprochement qui s'est

opéré depuis l'an dernier entre la Roumanie et les Puissances de la Triple Entente; il l'attribue aux fautes commises pendant la guerre des Balkans par la diplomatie austro-hongroise; celle-ci a couronné une série de fausses démarches par la prétention maladroite de soumettre le Traité de Bucarest à une revision des grandes Puissances. C'était une offense personnelle au vieux Roi Carol, fier à juste titre du rôle d'arbitre des Balkans que des circonstances heureuses lui avaient dévolu. On avait oublié à Vienne les ménagements dus à cet ami fidèle; on avait oublié que, pendant plus de vingt ans, il avait conduit et maintenu, malgré les orages et les vents souvent contraires, la barque de la Roumanie dans le sillage de l'Autriche-Hongrie et de la Triple Alliance.

Le Roi Carol, il est vrai, avait été aidé dans cette tâche par les deux hommes d'Etat les plus marquants des deux partis politiques, M. Sturdza et M. Carp, aujourd'hui rétirés de la vie publique. Adversaires irréconciliables sur le terrain de l'administration intérieure, ils se rapprochaient dans une admiration commune de l'Allemagne et de la culture allemande, dont ils s'étaient nourris tous deux, dans leur jeunesse, et par une haine égale de la Russie. Elle était plus cachée chez M. Sturdza, mais tout aussi vivace. Sous les différents Ministères libéraux et conservateurs, la politique extérieure de la Roumanie n'avait jamais varié; elle conservait les mêmes tendances tripliciennes. La Russie était toujours considérée comme le grand ennemi du jeune Royaume, qui lui barrait la route de Constantinople. Contre le danger d'une agression, voire même d'une conquête russe, le Cabinet de Bucarest s'était couvert par une entente avec le Cabinet de Vienne.

La guerre des Balkans a renversé l'échaffaudage de la politique extérieure roumaine et modifié le système de ses alliances. La Roumanie ne peut pas oublier, son vieux Souverain ne peut pas méconnaitre que le Cabinet de Vienne favorisait à ses dépens l'extension de la Bulgarie, par animosité contre la Serbie, et qu'il voulait placer le Royaume danubien dans un état d'infériorité manifeste vis-à-vis d'un voisin redoutable, plein d'ambition et dont les forces avaient doublé. La guerre des

Balkans a eu cet autre résultat de démontrer aux Roumains l'inanité du péril russe.

Aujourd'hui le Cabinet libéral, qui est au pouvoir à Bucarest, est dirigé par les frères Bratiano. Leur éducation, les idées qui ont présidé à leur formation politique ne les rapprochent pas de l'Allemagne. Leur libéralisme avancé confine plutôt avec le radicalisme français. C'est en France qu'ils ont fait leurs études supérieures. Cela ne veut pas dire qu'ils subiraient volontiers l'influence du Gouvernement de la République. Ils sont, avant tout, des Roumains de l'espèce la plus intransigeante, la plus hostile à une immixtion étrangère de quelque côté qu'elle vienne. On le sait parfaitement à Berlin. On s'attend ici, à la Wilhelmstraße, à ce que la Roumanie, sous la direction des Bratiano et avec le consentement du Roi désabusé de l'amitié autrichienne, reprenne complètement sa liberté d'action, sa politique des mains libres, et devienne de plus en plus une Puissance balkanique. Elle y sera encouragée, assure-t-on, par l'Allemagne. Que le maintien du Traité de Bucarest et de l'équilibre dans les Balkans soit désormais le principal objectif du Gouvernement roumain, c'est une politique que le Cabinet de Berlin ne peut qu'approuver, car elle concorderait avec la sienne. Tous ses efforts tendent en effet aujourd'hui, dans l'Orient méditerranéen, à la conservation du statu quo et de ce qui reste de l'Empire ottoman.

90.

BRUXELLES, 1. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 22 avril 1914, No. 218.)

Allemagne et Russie.

L'affaire des aéronautes allemands détenus en Russie fait toujours l'objet de pourparlers entre le Gouvernement de Saint-Pétersbourg et l'Ambassade d'Allemagne. Ces conversations, bien que longues et pénibles, sont exemptes d'âcrimonie.

M. de Lucius, Chargé d'Affaires d'Allemagne, vient de demander à M. Sazonow s'il est vrai, comme le répètent les jour-

naux, que le Gouvernement russe ait décidé de ne plus faire aucune commande en Allemagne, notamment pour la marine. Le Ministre Impérial a répondu que cette affirmation est sans aucun fondement: qu'il a interrogé à ce sujet le Chef d'Etat Major de la Marine, le quel nie absolument l'existence d'un semblable «boycott». Il y a en ce moment pour 28 millions de commandes en Allemagne, destinées à la marine russe.

M. Sazonow a tenu en outre à M. de Lucius le propos suivant: «Il existe entre nous des difficultés sur le terrain commercial: mais cela est d'ordre secondaire. Si je devais actuellement faire un grand discours à la Douma sur la politique extérieure, je déclarerais que les rapports russo-allemands sont tout-à-fait amicaux; les sentiments de cordialité qui unissent nos deux Empereurs n'ont pas changé.» M. de Lucius a eu l'impression que ces paroles étaient destinées à suggérer au chancelier allemand de s'exprimer dans un sens analoque, lorsqu'il aborderait à la tribune du Reichstag les relations des deux Empires.

A l'Ambassasde de France à Saint-Pétersbourg on estime qu'il convient de ne pas se laisser égarer par les informations des journaux français chauvins, qui représentent la situation comme très tendue entre Saint-Pétersbourg et Berlin.

91[1]).

BRUXELLES, 16. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 mai 1914, No. 1544.)

Politique française.

Voici comment un des hommes les mieux informés de Paris juge la situation internationale et la politique française:

«La visite du Roi et de la Reine d'Angleterre a parfaitement réussi; le soleil était de la fête et les Français adorent de manifester et de crier «Vive le Roi». Ils ont donc fait à leurs hôtes une réception vraiment chaleureuse; mais je doute que ces manifestations entraînent le moindre changement dans la poli-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 115, S. 134.

tique des deux états. Le toast du Roi George était d'ailleurs manifestement moins chaleureux que celui de M. Poincaré.

«Quelle est la nature des engagements qui lient entre eux les deux Etats, ont-ils conclu une convention militaire? Je l'ignore, mais je n'oublie pas que des esprits réfléchis et sérieux doutent quelque peu de l'assistance que la France trouverait chez les Anglais au jour d'une conflagration européenne. Il se trouve même des gens qui ne croient pas à un concours britannique bien sérieux sur mer.

«Je sais que l'on parle couramment de l'intention qu'auraient les Anglais de débarquer des troupes dans le Nord des côtes françaises et de les envoyer de là sans retard dans les régions du Sud-Est, pour couper la route aux troupes italiennes. C'est possible, mais je crois savoir que les autorités françaises font bon marché de l'action de l'armée italienne, car celle-ci aurait besoin d'un temps considérable pour se mobiliser.

«Enfin, l'Angleterre ne cesse de faire des coquetteries à l'Allemagne.

«Il est incontestable que la nation française, durant ces derniers mois, est devenue plus chauvine et plus confiante en elle-même. Les mêmes hommes autorisés et compétents qui, il y a deux ans, témoignaient des craintes très vives à la mention seule de difficultés possibles entre la France et l'Allemagne, ont changé aujourd'hui de ton; ils se disent certains de la victoire; font grand état des progrès, d'ailleurs très réels, accomplis par l'armée de la République et se disent assurés de pouvoir tout au moins, tenir l'armée allemande en échec pendant une durée de temps assez longue pour permettre à la Russie de mobiliser, de concentrer des troupes et de se jeter sur son voisin de l'Occident.

«Je ne crois pas au désir ni de l'un ni de l'autre des deux pays de jouer l'effroyable coup de dés que serait une guerre; mais il est toujours à craindre, avec le caractère français, qu'un incident mal présenté n'amène sa population, ou pour mieux dire, les éléments les plus nerveux voire même les moins respectables de la population, à créer une situation qui rendrait la guerre inévitable.

«Un diplomate d'expérience et de haute position disait ré-

cemment: «S'il éclate un de ces jours un incident grave entre la France et l'Allemagne, les hommes d'Etat des deux pays devront s'appliquer à lui donner une solution pacifique dans les trois jours ou bien ce sera la guerre.

«Un des éléments les plus dangereux de la situation actuelle, est le retour de la France à la loi de trois ans; elle a été imposée à la légère par le parti militaire, et le pays ne peut pas la supporter. Avant deux ans d'ici, il faudra y renoncer ou faire la guerre; de bons esprits cherchent à remédier à la situation par une modification de la loi qui en enlèverait les côtés excessifs sans constituer une blessure pour l'amour propre du pays. On pense à une combinaison, basée sur le rappel annuel des réserves.

«La presse est mauvaise dans les deux pays. La campagne qui se poursuit en Allemagne au sujet de la Légion étrangère est excessivement maladroite, et le ton des journaux français ne cesse d'être acerbe et agressif. Personne n'a assez d'autorité et d'indépendance pour essayer de modifier cette situation qui est cependant blâmée par beaucoup de bons esprits.»

92.

BRUXELLES, 26. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 mai 1914, No. 529.)

Article du Berliner Lokal-Anzeiger intitulé «Diplomatie et presse».

Quelques journaux parisiens ont commenté dans un sens favorable un article intitulé: «Diplomatie et presse», paru le 9 de ce mois dans le numéro du soir du «Berliner Lokal-Anzeiger», organe officieux du Gouvernement Impérial. Cet article aurait peut-être fixé d'avantage l'attention du public français, s'il avait vu le jour en d'autres circonstances, au lieu de paraître la veille des élections législatives.

Il s'agit d'une soi-disant interview accordée à un rédacteur de ce journal par un des Ambassadeurs (qui n'est pas nommé) d'une des Puissances composant la Triple Entente. Le langage attribué à ce diplomate porte un certain cachet de vérité. Ce qu'il dit de la division de l'Europe en deux groupes de puissances

se faisant contrepoids n'est pas nouveau; c'est une opinion qu'on a souvent rencontrée dans les discours d'hommes d'etat français, anglais ou russes et qui répond en somme à la réalité. Plus caractéristique est l'évocation des grandes figures du passé, Louis XIV et Napoléon, ayant succombé dans leur dessein d'asservir l'Europe; ces souvenirs historiques servent de transition pour en arriver aux craintes qu'inspire à ses voisins la puissance colossale et toujours grandissante de l'Allemagne, quoique cette puissance n'ait jamais abusé de sa force. Un Ambassadeur étranger aurait fort bien pu s'exprimer ainsi, sans risquer de blesser le Gouvernement Impérial. Eût-il osé dénoncer, comme le diplomate anonyme du Lokal-Anzeiger, le péril que fait courir à tous les pays le pouvoir incontrôlé et irresponsable de la presse, surtout dans la politique étrangère, cela est fort douteux et ne cadrerait guère avec le soin que mettent les représentants à Berlin de la France, de la Russie et de l'Angleterre, à se concilier les bonnes grâces de la presse berlinoise, dont ils acceptent chaque année les invitations.

Renseignements pris auprès de ces Messieurs, aucune interview n'a été accordée par eux à un rédacteur du Lokal-Anzeiger. Quoique le prétendu compte-rendu reflète bien quelques unes de leurs idées et mérite leur approbation, ils ne sont pour rien dans sa publication. Ils ont toutes raisons de croire qu'il a été fabriqué en entier au Ministère même des Affaires Etrangères; c'est un habit d'arlequin dont les pièces ont été rassemblées et cousues à la Wilhelmstraße. Le but poursuivi semble avoir été de produire un certain apaisement en France dans les esprits, après l'indignation provoquée par le spectacle du palais de glace de Berlin où l'on a vu un figurant portant l'uniforme de la Légion étrangère fusillé par de vrais soldats empruntés à la garnison de la capitale. On a d'autant plus regretté cette exhibition de mauvais goût à la Wilhelmstraße qu'on y avait été averti par l'Ambassadeur de France de ce qui allait se passer et de l'impression que la représentation causerait à Paris. Mais le moyen employé par le Ministère des Affaires Etrangères est assez piquant. Au lieu d'envoyer un communiqué à l'un des organes officieux, le Département Impérial des Affaires Etran-

gères a imaginé de mettre des déclarations rassurantes pour la paix de l'Europe dans la bouche d'un des représentants de la Triple Entente à Berlin.

93.

BRUXELLES, 29. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 16 mai 1914, No. 539.)

Discours de M. de Jagow au Reichstag. Roumanie. Rapports franco-allemands — Russo-allemands. Mexique-Amérique du Sud.

C'est devant des banquettes à moitié vides que le Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères, remplaçant le Chancelier, a lu avant hier au Reichstag l'exposé du Gouvernement Impérial sur la politique étrangère, dont les journaux de tous les pays ont déjà publié le texte. M. de Jagow, qui n'est pas un orateur, ne voulait pas avoir autour de lui un public trop nombreux et prompt à la critique. Son exposé débité d'une voix monotone a eu cependant à Berlin, le lendemain surtout, beaucoup de succès.

Il y règne un certain optimisme nuageux destiné à rassurer l'opinion publique et le monde des affaires. Tout en partageant son espérance au sujet de l'apaisement progressif de la situation dans les Balkans, on ne peut méconnaître cependant qu'un coin orageux subsiste toujours à l'est du ciel européen et qu'en outre la consolidation graduelle de l'Etat albanais, si elle n'est pas une utopie, est encore loin de devenir une réalité. Les compliments et les caresses prodigués par M. de Jagow à la Roumanie ont trouvé ici un écho immédiat, tant il est doux de sauver une âme qu'on croyait perdue et de ramener au bercail une brebis égarée. Il va de soi, d'ailleurs, sans qu'il fût nécessaire de le dire, que la Roumanie travaillera au maintien de la paix établie par les traités de Londres et de Bucarest, par le dernier principalement, dont elle n'a pas admis la révision, malgré les efforts de l'Autriche-Hongrie.

Le passage relatif à la France a fait bonne impression à Paris. M. de Jagow a exprimé le désir d'arriver à conclure avec le

voisin de l'Ouest des accords en vue de supprimer les possibilités de conflits. Ce langage vise surtout les négociations engagées au sujet des questions d'Asie Mineure, mais il faut l'entendre d'une façon plus générale. Il est adroit de faire montre de ces dispositions conciliantes, au lendemain des élections françaises, pour achever d'amadouer la nouvelle majorité radicale-socialiste et la convaincre de l'inutilité du maintien de la loi sur le service de trois ans, par l'espoir d'un rapprochement franco-allemand.

Quant au Mexique, le Secrétaire d'Etat ne pouvait pas dépeindre sa situation lamentable sous des couleurs trop atténuées. Mais il a eu soin d'annoncer à son auditoire que l'Allemagne réclamerait pour ses ressortissants des dommages économiques, dès que l'ordre serait rétabli; c'est dans cette intention sans doute qu'il s'est félicité des excellentes relations existant entre l'Allemagne et les Etats-Unis, qu'il s'agit de ménager, malgré tout le mal qu'on pense et qu'on dit à Berlin de leur politique à l'égard du Mexique.

M. de Jagow n'a pas voulu quitter l'Amérique, sans adresser quelques paroles gracieuses aux jeunes et riches républiques de l'Argentine, du Brésil et du Chili, avec lesquelles l'Allemagne a le désir de nouer des relations commerciales de plus en plus fructueuses. Le voyage du Prince Henri de Prusse, qui est le commis voyageur du Gouvernement Impérial, n'avait pas d'autre but. Le Secrétaire d'Etat dont le langage aura du retentissement dans l'Amérique du Sud, s'est efforcé de détruire à Rio comme à Buenos-Ayres **la légende du péril allemand, inventée par les concurrents de l'Allemagne.**

Le principal intérêt de l'exposé réside dans le long passage consacré à la Russie. Il faut avouer que M. de Jagow, sans sortir du ton diplomatique, a traité durement la presse russe. Les Ambassadeurs des Puissances de la Triple Entente n'ont pas manqué de remarquer que ce langage coïncidait avec celui que «le Lokal-Anzeiger» prêtait à l'un d'entre eux, dans une soi-disant interview dont vous a rendu compte mon rapport du 13 de ce mois. Le diplomate étranger y dénonçait en général les excitations de la presse comme une façon dangereuse de

jouer avec le feu. En accusant spécialement la presse russe de sentiments haineux contre l'Allemagne et en parlant de la résonnance que ces sentiments ont provoqués ici, M. de Jagow n'a pas entendu exprimer un blâme contre ses compatriotes, comme le prétendent certains journaux de Paris. On dirait qu'il ne lit jamais la Gazette de la Croix où la presse russe est prise à partie tous les mercredis avec une violente animosité par le Dr. Schiemann, non plus que les journaux libéraux et socialistes qui n'épargnent guère la Russie. Si un Gouvernement étranger peut se flatter d'avoir une mauvaise presse en Allemagne, c'est bien le Gouvernement du Czar.

M. de Jagow ajoute, il est vrai, pour tempérer ses critiques, qu'il est persuadé que le Gouvernement russe, sans se laisser égarer par cette agitation, a le désir de maintenir avec l'Empire allemand ses anciennes relations de bon voisinage. En est-il vraiment aussi convaincu qu'il se plait à le dire? Dans le monde diplomatique de Berlin, on voit dans les dures paroles adressées à la presse russe un avertissement donné au Cabinet de St. Pétersbourg lui-même. En réalité l'Allemagne et le Gouvernement allemand ne peuvent supporter l'idée que d'autres nations les imitent et augmentent démesurément aussi leurs effectifs de guerre. L'an dernier, la grande irritation contre la France avait pour cause le vote de la loi de trois ans. Aujourd'hui on s'inquiète ici des préparatifs militaires de la Russie, on trouve ces renforcements exagérés, on n'en devine pas le motif ni le but. De là viennent ces alternatives qui nous étonnent dans le langage des hommes d'état de ce pays à l'adresse de la Russie. Tantôt on la ménage, pour la ramener à l'amitié d'autrefois; tantôt on élève le ton, comme pour lui faire entendre le cliquetis du sabre allemand.

On aura été frappé de l'absence, dans l'exposé du Secrétaire d'Etat de toute allusion aux questions africaines. On est tenté de s'en féliciter, si c'est la preuve que l'entente n'a pas pu se faire entre l'Allemagne et l'Angleterre pour le partage des sphères d'influence.

94.

BRUXELLES, 5. 6. 1914.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 27 mai 1914, No. 118.)

Rivalités austro-italiennes en Albanie.

Les évènements qui ont eu lieu ces jours-ci en Albanie ont tout malheureusement produit ici une très vive sensation. Les premières nouvelles sont parvenues à Vienne au moment où Tuckom Pacha, le Ministre Président de ce jeune Etat, envoyé en mission par son souverain, arrivait dans la capitale autrichienne. Logé aux frais de l'Etat à l'Hôtel Impérial, invité à l'avance pour le même soir par le Comte de Schönborn à un grand dîner auquel assistait l'élite de l'aristocratie, reçu le lendemain à déjeuner par le Prince Edouard de Lichtenstein, Son Excellence a été comblée de prévenances et d'honneurs. Les Ministres, les hauts dignitaires du Palais, de nombreuses personnalités en vue lui ont déposé leurs cartes et Sa Majesté l'Empereur lui a fait remettre son portrait contenu dans un magnifique cadre orné de diamants.

Cette reception était excessive par elle-même et dans les circonstances présentes elle a pris un caractère d'exagération d'autant plus accentuée, qui est maintenant regretté.

Tuckom Pacha est connu depuis longtemps dans le monde diplomatique. C'est un homme honnête, intègre, animé des meilleures intentions mais qui a passé une grande partie de sa vie dans la carrière diplomatique et n'a, au point de vue administratif, aucune expérience sérieuse.

Ce qui se passe actuellement à Durazzo et dans ses environs, le degré de culpabilité ou de trahison d'Essad Pacha, le caractère de la révolte des paysans et la nature de leurs exigences, tout cela n'est pas encore suffisamment éclairci. D'ailleurs le Ministre des Affaires Etrangères, les principaux chefs de sections de son Département et plusieurs Ambassadeurs se trouvant à Budapest, il est difficile d'obtenir des renseignements de nature officielle. Mais parmi les personnes qui se faisaient au sujet de l'avenir de l'Albanie et du rôle que l'Autriche-Hongrie pourrait

y jouer de fortes illusions, on constate une déception notable et un assez vif découragement. On reproche au Prince d'avoir abandonné son poste au moment du danger. On est d'avis que son embarquement sur un navire étranger doit avoir produit sur ses sujets un effet déplorable. On est désagréablement impressionné en constatant par la teneur des télégrammes que c'est le Ministre d'Italie qui joue là-bas le rôle prépondérant tandis que le nom de son collègue d'Autriche-Hongrie est passé sous silence.

Enfin on est ému du langage violent de la presse italienne prenant fait et cause pour Essad Pacha considéré comme victime des intrigues émanées du «Ballplatz». On commence à se rendre compte que la rivalité des deux Puissances qui ont insisté pour la création d'une Albanie indépendante prend des proportions fâcheuses et on est quelque peu effrayé à l'idée que cette rivalité pourrait dégénérer en un véritable conflit.

Il est probable que les explications que le Marquis de San Giuliano doit donner aujourd'hui à Rome contribuerant à atténuer cette mauvaise impression et que les deux Gouvernements intéressés continueront pour le moment du moins, à agir officiellement d'accord. Mais il serait difficile de contester que cet état de choses récèle pour l'avenir un certain danger.

Dans ces conditions, il n'est pas à présumer que l'Autriche-Hongrie et l'Italie aient actuellement la moindre envie d'intervenir seules en Albanie dans le cas où il serait jugé nécessaire d'y envoyer une force armée. Déjà certains organes de la presse autrichienne protestent contre cette éventualité et à Rome on est certainement dans les mêmes dispositions. En effet, lors des conférences de Londres, lorsqu'il s'est agi du blocus de la côte du Monténégro et ensuite du détachement international à envoyer à Scutari, c'est le Marquis Impériali qui a le plus vivement insisté auprès de ses collègues pour qu'on ne laissât pas l'Italie agir seule avec son alliée.

Quant à la situation actuelle en Albanie, si celle-ci n'est pas encore suffisamment éclaircie, il est dès maintenant évident qu'elle est due en grande partie au fanatisme religieux. De même qu'en Turquie, malgré l'introduction d'une Constitution,

le Musulman ne considérera jamais un chrétien comme son égal, de même l'Albanais mohamétan ne voudra jamais s'incliner de bonne grâce devant une autorité étrangère et ce côté de la question sera pour le Prince de Wied la source de plus d'une difficulté.

95[1]).

BRUXELLES, 25. 6. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 12 juin 1914, No. 645.)

Le Ministère Ribot.

Les journaux allemands consacrent depuis dix jours en première page des articles quotidiens à la crise ministérielle française. Elle accapare leur attention et celle de leurs lecteurs. La question albanaise, l'imbroglio mexicain, sont relégués au second plan. Les élections législatives en France avaient causé ici une grande satisfaction qui s'était fait jour dans le langage de la presse, avec cette restriction cependant qu'il ne fallait pas espérer de la majorité de la nouvelle chambre l'abrogation immédiate de la loi sur le service militaire de trois ans. Cette loi a acquis en effet une importance extraordinaire, et suivant les cercles officiels, quelque peu exagérée aux yeux des Allemands. C'est le leit motiv, le refrain obligé de leurs appréciations sur la politique française à l'égard de l'Allemagne. C'est pour eux la preuve manifeste des desseins agressifs qu'ils prêtent à ses dirigeants.

La démission du Cabinet Doumergue, l'échec de la combinaison Viviani, le refus de MM. Deschanel, Delcassé et Jean Dupuy d'assumer la responsabilité de constituer un Ministère, avaient rendu confiance à la presse allemande dans la réalisation de son désir: l'abolition du service militaire de trois ans par une majorité de radicaux socialistes. Mais si la pensée était la même chez tous les organes de l'opinion publique allemande, l'expression en était bien différente, suivant la couleur politique du journal. Là où la presse libérale applaudissait

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 118, S. 138.

sans mesure au triomphe du radicalisme français, les pangermanistes ne trouvaient que matière à raillerie et à dénigrement; on peut même dire que la plupart des journaux conservateurs n'ont observé aucune mesure dans leurs jugements. Tous cependant sont d'accord pour voir dans l'obstination des radicaux-socialistes à ne pas faire partie d'un Ministère qui ne promettrait pas de résoudre immédiatement la question militaire, un plan de campagne ourdi contre l'Elysée, la crise ministérielle en se prolongeant devant se transformer en crise présidentielle.

La constitution d'un Cabinet sous la présidence de M. Ribot a déçu les espérances des journaux allemands. Ils n'admettent pas que l'honorable académicien n'ait accepté que par patriotisme, malgré son âge avancé et son mauvais état de santé, la tâche ingrate de former un Ministère d'union républicaine. Ils ne voient là de sa part qu'un acte de complaisance envers M. Poincaré. Quant à ses chances de durée, ils s'en réfèrent aveuglement à l'avis de M. Jaurès et des radicaux français, quoique la Gazette de Voss, — qui connaît mieux l'histoire parlementaire de la République, — ait pris soin de rappeler, par l'exemple de MM. Méline et Barthou, que certains Ministères condamnés à mourir dès le premier jour avaient eu la vie plus dure qu'on ne le supposait. En réalité, surtout après une crise difficile à dénouer, le Parlement français a généralement accordé quelques mois de répit aux combinaisons ministérielles les moins viables.

Il semble aujourd'hui, d'après le spectacle que nous offre la France, que le Cabinet Barthou ait trop présumé des forces et des sentiments du pays, en lui demandant le rétablissement du service militaire de trois ans, et que les Allemands aient raison de le penser. Le peuple français n'a pas montré à cette occasion l'abnégation patriotique dont il avait donné des preuves dans d'autres circonstances. Cela tient sans doute à la propagation des idées socialistes dans les classes inférieures de la nation. Quoi qu'il en soit, on doit se demander si le Cabinet Barthou et le Président de la République n'ont pas agi avec trop de précipitation; si, mal éclairés sur les véritables intentions du Gouvernement Impérial lorsqu'il a déposé l'an dernier son projet de loi pour

le renforcement de l'armée, ils ont eu raison de riposter du tac au tac par la loi sur le service de trois ans, au lieu de s'assurer que l'augmentation des effectifs allemands était réellement une arme tournée contre la France. On peut croire en définitif, comme l'a dit M. de Bethmann-Hollweg à la tribune du Reichstag, que le danger d'une confédération balkanique, qui paralyserait plus tard une grande partie des forces autrichiennes, a été la raison dominante de la loi allemande de 1913. Quelques semaines après le dépôt de cette loi, la confédération balkanique avait cessé d'exister. Mais le Gouvernement Impérial se trouvait en présence d'un autre danger qu'il n'avait pas prévu: le dépôt d'une loi augmentant les effectifs de combat de l'armée française, suivi d'une campagne violente de discours et d'articles de journaux dirigée contre l'Allemagne. **Il est résulté de cette agitation montrée par les Français une plus grande tension dans leurs rapports avec l'Empire voisin et l'idée, faussement répandue ou acceptée sans contrôle par les meilleurs esprits de ce pays-ci, que la guerre est inévitable dans un avenir rapproché parce que la France la désire violemment et s'arme fébrilement pour s'y préparer. A Paris les mêmes intentions sont prêtées au Gouvernement Impérial dont plusieurs membres ont eu parfois, il faut en convenir, des paroles malheureuses; tel le Ministre de la Guerre parlant «d'une offensive foudroyante» et «d'une attaque brusquée» pour donner la victoire à l'armée allemande. Il n'y a peut-être encore aujourd'hui qu'une effroyable méprise chez l'un comme chez l'autre des deux peuples. La majorité de la nation française ne veut certainement pas d'une guerre et cette guerre ne serait pas nécessaire à l'Allemagne. Dans peu d'années l'équilibre des forces ne sera plus possible entre elle et sa voisine. L'Allemagne n'a qu'à prendre patience, qu'à poursuivre en paix le développement incessant de sa puissance économique et financière, qu'à attendre les effets de sa natalité prépondérante pour dominer sans conteste et sans lutte toute l'Europe centrale. M. Barthou et M. Poincaré auraient donc mieux fait peut-être d'examiner avec plus de sang-froid s'il n'existait pas de meilleur moyen d'assurer la paix entre la France et l'Allemagne que cette concurrence dans les armements et l'augmentation des effectifs,**

dont la première n'est pas capable de supporter le poids aussi longtemps que la seconde.

Un autre reproche qu'on peut adresser aux partisans en France du service de trois ans, c'est de faire intervenir sans cesse dans la discussion de cette question intérieure la Russie, dont les desseins politiques restent impénétrables, la Russie qui dirige la Duplice à son profit exclusif, la Russie, qui accroit, elle aussi, dans une proportion effrayante ses armements, sans qu'elle soit menacée par l'Allemagne [1]).

96 [2]).

BRUXELLES, 3. 7. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 24 juin 1914, No. 2156.)

Armements français et russes.

La France et la Russie jouent véritablement, en ce moment, un jeu bien dangereux. Elles s'excitent mutuellement dans la voie des armements à outrance et se livrent — la Russie surtout — à un bluff qui pourrait avoir les plus funestes conséquences.

Il n'est pas contestable que les préparatifs militaires de l'Empire moscovite sont énormes; son armée sera colossale; mais elle dépasse toutes les limites de la réalité en proclamant qu'elle est aujourd'hui prête à affronter une grande guerre. Il lui faudrait au moins deux mois pour mobiliser ses troupes; son matériel commence à être bon; mais ses moyens de communication sont absolument insuffisants et elle aurait besoin de plusieurs années pour suppléer à cette pénurie de voies ferrées. Il ne lui sera pas seulement difficile de concentrer ses armées; mais on se demande comment elle les nourrira.

---

[1]) Der wichtige Schlußabsatz des Originalberichtes, der den Wunsch enthält, das französische Militärgesetz möge im Interesse der Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu Fall kommen, fehlt im Zirkular. (Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 139/140.)

[2]) Originalbericht nicht vorhanden. Dieses Zirkular wurde für so wichtig gehalten, daß es 17 Gesandtschaften, sogar denen von Tokio, Peking und Teheran zuging!

Quoiqu'il en soit, l'effort russe cause à Berlin un profond malaise et on y presse de plus en plus l'achèvement des travaux entrepris sur la Vistule.

D'ici à un an et demi ou deux ans, l'Allemagne sera arrivée à un maximum de forces de terre et de mer prévu. Sa puissance militaire sera aussi formidable, et on se demande comment on empêchera d'en faire usage.

M. Poincaré a fait un voyage à Pétersbourg lorsqu'il était président du Conseil; nul ne doute des efforts qu'il a faits pour pousser la Russie dans la voie des armements à outrance; il envoya M. Delcassé dans un but identique; il va retourner lui-même dans quelques semaines. Toutes ces manifestations sont naturellement suivies de près à Berlin, et on a lu, là comme ailleurs l'article suggestif imprimé, il y a quelques jours à peine, dans la Gazette de la Bourse, pour rappeler au Gouvernement de la République les devoirs militaires qu'il a assumés et la nécessité du maintien de la loi de trois ans.

Personne ne doute de l'esprit encore pacifique de l'Empereur Guillaume; mais combien de temps pourra-t-on compter sur cette disposition d'esprit en présence des procédés menaçants de la France et de la Russie et des conséquences qu'ils ont sur les esprits chauvins et militaristes de l'Empire.

On s'accorde à reconnaître que l'armée française a fait ces derniers temps des progrès très appréciables; la discipline y a beaucoup gagné et ses chefs sont généralement très bons. Elle se rend parfaitement compte qu'à raison des difficultés de la mobilisation russe, c'est elle qui aura à supporter seule, durant deux mois, le premier choc de l'armée allemande. Elle concentre dans ce but, la plus notable partie de ses troupes actives dans les régions de l'Est et compte y accumuler d'immenses forces de réserve, dégarnissant notablement le reste des régions du pays. On peut admettre qu'elle comptera plus de soldats que son adversaire sur les points probables de la rencontre ; mais comment parviendra-t-elle à mouvoir ces énormes quantités de troupes et à les nourrir ? Ces questions sont aujourd'hui à l'étude et donnent lieu à de nombreux conciliabules des autorités militaires.

97.

BRUXELLES, 11. 7. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 2 juillet 1914, No. 700.)

Le rôle de l'Archiduc François-Ferdinand dans la politique extérieure de l'Autriche-Hongrie.

Si renfermé, si ennemi des manifestations extérieures et des épanchements oratoires qu'ait été l'Archiduc François-Ferdinand, il n'en a pas moins joué un rôle incontestable dans l'histoire de l'Autriche-Hongrie pendant ces dernières années. C'est ce rôle que discute aujourd'hui rétrospectivement la presse allemande, comme le fait, d'ailleurs celle des autres pays. Elle s'indigne que le malheureux Prince soit tombé sous les coups de revolver d'un Serbe, alors que ses sentiments slavophiles étaient bien connus. Pénétré des dangers que faisaient courir à la monarchie la prépondérance et les prétentions du magyarisme dans l'équilibre instable du dualisme de 1867, il aurait voulu, assure-t-on, pour rétablir une balance plus égale entre les principales races de l'Empire, substituer au système dualiste un système trialiste, c'est-à-dire ajouter aux duchés autrichiens et au royaume de Saint Etienne un royaume slave, formé en grande partie des provinces enlevées à ce dernier. La Gazette de Voss s'est élevée avec force contre la conception prêtée à l'Archiduc ou prétendûment encouragée par lui. Elle démontre qu'un esprit aussi réfléchi que le sien aurait dû se rendre compte de la tendance qu'aurait fatalement ce royaume slavo-illyrien à s'unir à la Serbie; celle-ci serait pour lui un centre d'attraction irrésistible et le même phénomène de cristallisation se produirait dans les Balkans qui a été constaté il y a quarante ans dans la formation de l'unité italienne. La Serbie deviendrait le Piémont de la péninsule balkanique. L'Autriche, vis-à-vis du magyarisme et du slavisme illyrien se trouverait en présence de deux ennemis au lieu d'un. — Non, d'après le journal berlinois, l'Archiduc défunt a été seulement un Grand Autrichien; il a rêvé surtout de provoquer lui-même la régénération de l'Autriche-Hongrie, de lui rendre une des premières places dans

le concert des Grandes Puissances et c'était déjà un beau rêve, digne d'un successeur de Joseph II.

Dans la politique extérieure suivie par le Cabinet de Vienne depuis le commencement du vingtième siècle, l'influence de François-Ferdinand a été moins considérable qu'on ne le prétend. «C'était mal connaître le Comte d'Aehrenthal, d'après le Ministre suisse qui a été longtemps Ministre à Vienne et a entretenu des relations personnelles avec l'Archiduc, que de croire qu'il aurait obéi aux suggestions de l'héritier du trône, quand il s'est décidé à proclamer l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine après la révolution de Constantinople. Il a exécuté alors, avec habileté des plus contestables, un plan qu'il avait personnellement conçu et mûri. Après sa mort et pendant la guerre balkanique, on peut, semble-t-il attribuer à l'archiduc les mesures militaires prises en vue d'intimider, sans succès, d'ailleurs, la Serbie et qui ont failli déchaîner un conflit avec la Russie. Mais sa mémoire ne doit pas être rendue responsable des procédés incohérents du Ballplatz. Son rôle militaire a suffi pour lui attirer la haine des Serbes et surtout celle des sociétés secrètes de Belgrade qui poursuivent en Autriche-Hongrie par le terrorisme et la propagande révolutionnaire la réunion d'une grande Serbie. L'Archiduc était désigné à leurs coups: sans en avoir été l'auteur réel, il est tombé victime de la mauvaise politique austro-hongroise dans les Balkans.»

A-t-il été au moins l'un des principaux promoteurs de l'idée d'une principauté indépendante d'Albanie, dont le lamentable échec parait inévitable aujourd'hui? D'après l'opinion de l'Ambassadeur d'Italie, c'est le Cabinet de Rome qui se serait opiniâtrement refusé à ouvrir aux Serbes un accès à l'Adriatique et à leur abandonner les districts albanais du Nord. «Nous n'avons pas pensé que la Serbie fût en état de créer de si tôt une marine de guerre dans la Méditerranée, mais nous devons envisager l'avenir et escompter la dissolution future de la monarchie austro-hongroise. Les côtes occidentales de l'Adriatique sont peuplées de Slaves auxquels s'est superposée une légère couche d'éléments italiens. Nous devons nous attendre à la naissance d'un royaume slave en face de l'Italie, adversaire

bien autrement redoutable et entreprenant que nos voisins actuels. L'arrivée des Serbes sur les rives de l'Adriatique aurait sans doute précipité des événements qu'il est pour nous d'un intérêt primordial de retarder le plus longtemps possible. Une Albanie indépendante est un obstacle apporté à l'extension du Slavisme, une digue contre ses envahissements.» Il est curieux de constater l'opinion qu'on s'est faite dans les cercles officiels de Rome de la solidité de l'édifice austro-hongrois, opinion que certains agents diplomatiques italiens ne se gênent pas de révéler.

En résumé, l'impression générale recueillie à Berlin à la suite du drame de Serajewo, quel que soit le jugement qu'on porte sur l'Archiduc, est que sa disparition sera une cause d'affaiblissement pour la Triple alliance. Cette impression, on la trouve exprimée aussi, mais avec une satisfaction à peine déguisée, dans les extraits des journaux russes. L'Empereur Guillaume avait indubitablement acquis peu à peu un grand ascendant sur l'esprit de François-Ferdinand; il avait eu sans doute quelque peine à triompher de certaines résistances de son caractère entier et volontaire, et l'élève s'était montré maintes fois indiscipliné. Mais les conseils de prudence, dictés par la sagesse et l'expérience, avaient fini par prévaloir. Outre l'ami personnel, l'Empereur doit profondément regretter le disciple qu'il s'était conquis. Le prix qu'il attachait à cette conquête nous est prouvé par la fréquence, inusitée entre Princes, de leurs rencontres et de leurs entretiens.

VERZEICHNIS DER ZIRKULARE

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
1	Bukarest 4. 1. 1912	16. 1. 1912	41
2	Belgrad	29. 1. 1912	43
3	London 27. 1. 1912	3. 2. 1912	45
4	Bukarest 3. 2. 1912	15. 2. 1912	46
5	Belgrad 25. 2. 1912	6. 3. 1912	47
6	Petersburg 28. 2. 1912	18. 3. 1912	49
7	Bukarest 19. 3. 1912	4. 4. 1912	51
8	Belgrad 25. 3. 1912	4. 4. 1912	55
9	Belgrad 11. 4. 1912	26. 4. 1912	56
10	Petersburg 26. 4. 1912	7. 5. 1912	58
11	London 13. 5. 1912	23. 5. 1912	60
12	Konstantinopel 15. 5. 1912	28. 5. 1912	61
13	Belgrad 24. 5. 1912	13. 6. 1912	62
14	Konstantinopel 20. 6. 1912	29. 6. 1912	64
15	Konstantinopel 13. 6. 1912 u. 25., 26. 6. 1912	5. 7. 1912	67
16	Berlin 4. 7. 1912	13. 7. 1912	69
17	Berlin 25. 7. 1912	2. 8. 1912	72
18	London 3. 8. 1912	21. 8. 1912	74
19	Bukarest 24. 8. 1912	6. 9. 1912	76
20	Bukarest 28. 8. 1912	6. 9. 1912	78
21	San Sebastian 6. 9. 1912		80
22		3. 10. 1912	81
23	Paris 28., 29. 8. 1912	4. 10. 1912	82
24	Petersburg 3. 10. 1912	10. 10. 1912	83
25	Berlin 3. 10. 1912	10. 10. 1912	84
26	Berlin 14. 10. 1912	19. 10. 1912	86
27	Paris 16. 10. 1912	19. 10. 1912	88
28	Wien 12. 10. 1912	21. 10. 1912	89
29	Paris 1. 10. 1912	28. 10. 1912	91
30	London 23. 10. 1912	30. 10. 1912	93
31	Madrid 16. 9. 1912	31. 10. 1912	94
32	Berlin 18. 10. 1912	8. 11. 1912	95

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht		Datum des Zirkulars	Seite
33	Berlin	12. 11. 1912	19. 11. 1912	96
34	Wien	22. 11. 1912	2. 12. 1912	98
35	Wien	24. 11. 1912	2. 12. 1912	100
36	Paris	24. 11. 1912	2. 12. 1912	102
37	Belgrad	26. 11. 1912	5. 12. 1912	103
38	Berlin	30. 11. 1912	7. 12. 1912	105
39	Bukarest	4. 11. 1912	7. 12. 1912	107
40	Petersburg	6. 12. 1912	13. 12. 1912	110
41	Berlin	16. 12. 1912	24. 12. 1912	111
42	Wien	16. 12. 1912	24. 12. 1912	112
43	Paris	29. 12. 1912	3. 1. 1913	114
44	London	19. 12. 1912	16. 1. 1913	115
45	Petersburg	7. 1. 1913	18. 1. 1913	116
46	Paris	8. 1. 1913	21. 1. 1913	117
47	Paris	13. 1. 1913	22. 1. 1913	118
48	Petersburg	13. 1. 1913	1. 2. 1913	119
49	Paris	27. 1. 1913	3. 2. 1913	121
50	Berlin	11. 2. 1913	20. 2. 1913	122
51	Petersburg	17. 2. 1913	1. 3. 1913	124
52	Paris	21. 2. 1913	5. 3. 1913	125
53	London	24. 2. 1913	6. 3. 1913	126
54	London	4. 3. 1913	13. 3. 1913	127
55	Berlin	8. 3. 1913	22. 3. 1913	128
56	Sofia	14. 3. 1913	25. 3. 1913	131
57	Berlin	18. 3. 1913	27. 3. 1913	133
58	Konstantinopel	28. 3. 1913	10. 4. 1913	135
59	Petersburg	31. 3. 1913	12. 4. 1913	136
60	Berlin	4. 4. 1913	12. 4. 1913	137
61	Berlin	9. 4. 1913	18. 4. 1913	139
62	Berlin	17. 4. 1913	24. 4. 1913	142
63	Berlin	22. 4. 1913	28. 4. 1913	144
64	Petersburg	28. 4. 1913	8. 5. 1913	146
65	Paris	30. 4. 1913	10. 5. 1913	147
66	Paris	5. 5. 1913	10. 5. 1913	148
67	Berlin	26. 5. 1913	5. 6. 1913	149
68	Berlin	12. 6. 1913	20. 6. 1913	151
69	Paris	12. 6. 1913	20. 6. 1913	153
70	Berlin	16. 6. 1913	24. 6. 1913	154
71	Berlin	24. 6. 1913	3. 7. 1913	155
72	Berlin	6. 8. 1913	13. 8. 1913	157
73	Bukarest	22. 10. 1913	31. 10. 1913	160
74	Berlin	25. 10. 1913	3. 11. 1913	161

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht		Datum des Zirkulars	Seite
75	Berlin	22. 11. 1913	6. 12. 1913	163
76	Bukarest	27. 11. 1913	9. 12. 1913	165
77	Wien	27. 11. 1913	9. 12. 1913	167
78	Berlin	13. 12. 1913	20. 12. 1913	168
79	Paris	20. 12. 1913	30. 12. 1913	170
80	Paris	5. 1. 1914	10. 1. 1914	172
81	Paris	16. 1. 1914	23. 1. 1914	173
82	Stockholm	29. 1. 1914	9. 2. 1914	176
83	London	8. 2. 1914	16. 2. 1914	179
84	Wien	16. 2. 1914	27. 2. 1914	180
85	Berlin	14. 3. 1914	21. 3. 1914	183
86	Petersburg	24. 3. 1914	2. 4. 1914	185
87	Petersburg	27. 3. 1914	4. 4. 1914	187
88	Berlin	4. 4. 1914	15. 4. 1914	188
89	Berlin	7. 4. 1914	17. 4. 1914	190
90	Petersburg	22. 4. 1914	1. 5. 1914	192
91	Paris	8. 5. 1914	16. 5. 1914	193
92	Berlin	13. 5. 1914	26. 5. 1914	195
93	Berlin	16. 5. 1914	29. 5. 1914	197
94	Wien	27. 5. 1914	5. 6. 1914	200
95	Berlin	12. 6. 1914	25. 6. 1914	202
96	Paris	24. 6. 1914	3. 7. 1914	205
97	Berlin	2. 7. 1914	11. 7. 1914	207

Ministère
des
Affaires Etrangères

Direction Pol. 6016
N.° d'ordre

Bruxelles, le 21/1/13

Extraits d'un rapport de Paris
du 8 janvier 1913, n.° 53.

La question de la paix dans les Balkans –
la situation internationale.

On ne croit pas dans les sphères officielles que la guerre puisse recommencer dans les Balkans ; les grandes Puissances sont unanimes pour ne pas le vouloir, et il semble que le Gouvernement ottoman demande seulement qu'on lui force la main.

L'accord des Puissances est complet quand au sort d'Andrinople qui est d'ailleurs à la veille de capituler. L'entente est moins parfaite en ce qui concerne les îles de l'Archipel ; mais celles-ci sont nombreuses et prêtent par conséquent à des combinaisons de nature à satisfaire chacun.

Le sentiment de l'Autriche

me

Monsieur

^ ^ ^

Auf 1/4 verkleinerte Wiedergabe des Originals.

ne sont plus un sujet d'inquiétude depuis les explications loyales que le Cabinet de Vienne a données sur ce point à celui de St. Pétersbourg. La Russie ne désarme d'ailleurs pas.

De grosses difficultés sont encore à régler telles que les frontières de l'Albanie et le différend roumano-bulgare qui n'a pas fait un pas jusqu'ici ; mais on peut espérer que l'Europe unanime et pacifique empêchera les ruptures dangereuses.

BIBLIOTEKA
Wyższej Szkoły Polit.-Wych.
L. inw. 1114

Biblioteka AP W
24736/I
/2